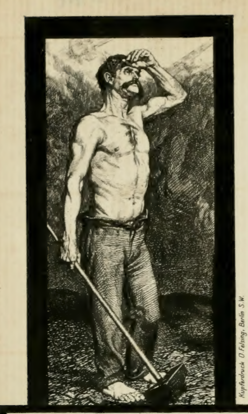
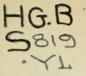







EX LIBRIS
HANS FREIHERR VON BERLEPSCH
KLOSTERGUT SEEBACH.
Kupferdruck O. Felsing, Berlin S.W.



Freiherr vom Stein

Von

Max Lehmann

Dritter Theil

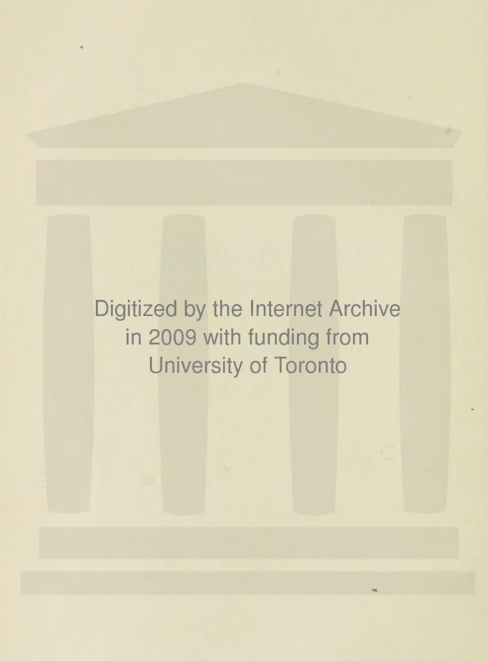
Nach der Reform

1808 — 1831

Leipzig
Verlag von S. Hirzel
1905

Hans Delbrück

gewidmet



Vorwort.

Wenn es mir geglückt sein sollte, in dem Bande, den ich hier vorlege, über eine oft behandelte Periode noch etwas Neues zu bringen, so danke ich dies vor Allem denen, die mir die Archive eröffnet haben. Einiges bot das Wiener Haus-, Hof- und Staats-Archiv, das Meiste aber lieferten, wie schon für die beiden ersten Bände, das Geheime Staats-Archiv in Berlin und das Steinsche Familien-Archiv in Nassau. Sodann spendeten mir Freunde meines Buches, die ich regelmäßig in den Anmerkungen genannt habe, aus deutschen, russischen, polnischen und englischen Sammlungen. Zu besonderem Danke fühle ich mich Paul Bailleu verpflichtet, der mir seine im Petersburger Archiv angefertigten Abschriften Steinscher Berichte an Alexander I. zur Benutzung überließ. Ein Vergleich mit den Concepten, die das Berliner und das Nassauer Archiv aufbewahrt, zeigt in Zahl und Wortlaut eine so große Übereinstimmung, daß wir ziemlich sicher sind, diesen Theil der Überlieferung vollständig zu besitzen.

Das dergestalt gewonnene Material war zwar nicht so umfangreich wie das im zweiten Bande verarbeitete, immerhin ist der dritte Band stärker geworden als der erste. Um ihn nicht noch weiter anschwellen zu lassen, habe ich mich entschlossen, die ursprünglich in Aussicht gestellten Analekten und Documente besonders, je nachdem die Gelegenheit sich bietet, zu veröffentlichen.

Derjenige, von dem dies nunmehr abgeschlossene Buch handelt, hatte von dem Werthe der Historie eine hohe Vorstellung. Wie er überhaupt seine Urtheile auf die Ethik zu beziehen liebte, so meinte er, es sei der Geschichtswissenschaft eigenthümlich, daß sie über das Alltägliche erhebe. Dabei dachte er wahrlich nicht an die eigenen Thaten, und dem Wesen unsrer Wissenschaft wurde er mit seinem Ausspruche nicht gerecht. Aber daß von ihm selbst, trotz seiner Ecken und Kanten, seiner Irrthümer und Fehlgriffe, eine solche befreiende Wirkung ausgeht, wird nur derjenige bestreiten wollen, dem der Sinn für wahrhafte Größe fehlt.

Assisi 9. April 1905.

Max Lehmann.

Inhalt.

Zweiter Abschnitt.

Fortsetzung der Reform in Preußen. Französisch-preußisches Bündniß.
1810—1812.

Dritter Abschnitt.
In Rußland 1812.

Vierter Abschnitt.

Die Erhebung Preußens 1813.

Fünfter Abschnitt.

Freiheitskrieg in Deutschland 1813.

Sechster Abschnitt.

Freiheitskrieg in Frankreich 1814.

Siebenter Abschnitt.

Der Wiener Congreß und der Sturz Napoleons 1814. 1815.

Die letzten Jahre
1815—1831.

Drittes Buch.

Der Freiheitskampf.



Erster Abschnitt.

Die Ächtung. Österreich in und nach seinem Freiheitskriege.

1808—1811.

Die beiden Streiter, die das Jahr 1808 zu langem Kampfe in die Arena hinabsteigen sah, waren in Verhältnissen herangewachsen, wie sie verschiedener kaum gedacht werden konnten.

Stein, der Ältere, war geboren in einem Zwergstaate, den seine Familie, wenn auch unter der Oberhohheit des Kaisers, seit Jahrhunderten selbst regierte, in den geordneten Zuständen einer vergleichsweise alten Cultur; er hatte eine rasche und glänzende Laufbahn gemacht als Aristokrat, in einem andern, größeren Gemeinwesen, dessen auswärtige Politik zwar nicht eines revolutionären Beigeschmacks entbehrte, das aber in seiner inneren Structur durchaus legitim war. Napoleon stammte aus einem Lande, das von der Civilisation nur oberflächlich gestreift war, die Stufe des Geschlechterstaates kaum überwunden hatte und den persönlichen Leidenschaften des Einzelnen den weitesten Spielraum ließ. Auch Napoleon mußte, wenn er etwas werden wollte in der Welt, eine größere Bühne suchen, aber während sie Stein innerhalb desselben Volkes und Reiches zufiel, fand der Corse sie in einem Lande, das eine andere Sprache redete als er, das seine Heimath unterjocht, dem er mit den Waffen in der Hand gegenüber gestanden hatte; weder Geburt noch Neigung, sondern Berechnung machte ihn zum Franzosen.

Vorbedingungen für sein Emporkommen in Frankreich waren der Sturz der Erbmonarchie und des Adels, welche in Deutschland Stein helfend und fördernd zur Seite gestanden hatten, die Egali=

sirung der Gesellschaft, die jedem Talent die freieste Bahn eröffnete, die Eroberungstendenz der neugeschaffenen Republik, die den geborenen Soldaten in ununterbrochenen Kriegen schulte und emporhob. Steins Platz in diesem Weltkampfe war von Anbeginn auf Seiten der legitimen Mächte: seine erste große That war, daß er, obwohl nicht Soldat, dem ferneren Vordringen der Franzosen im deutschen Reiche wehrte. Aber er konnte nicht verhindern, daß ein ansehnlicher Theil des Vaterlandes, darunter einige seiner eigenen Besitzungen, mit Frankreich vereinigt wurden. Es war Napoleon, der diese Eroberung perfect machte; er war es auch, der Frankreich eine Verfassung gab, welche es zu neuen Angriffen gegen die Nachbarstaaten befähigte.

Eine so starke Monarchie hatte die moderne Welt noch nicht gesehen. An ihrer Spitze der siegreiche General selbst, der von der alten und neuen Ordnung der Dinge dasjenige zusammennahm, was die Macht des Staates steigern konnte. Er war ledig aller Beschränkungen, welche die Ideen von 1789 der historischen Erbmonarchie hatten auferlegen wollen; von der Freiheit, an der die Franzosen sich so sehr berauscht hatten, war nichts mehr übrig; die Mitwirkung der Nation war auf ein Schattenspiel beschränkt, es gab weder Parlamentarismus noch Selbstverwaltung. Stehen geblieben waren die Gleichheit und die Einheit, symbolisirt in der Person des Imperators, des einzigen Vertreters der Nation, der umgeben war von einer dreifachen, ihm als Vollstreckerin seines Willens verpflichteten Bureaukratie, der Beamtenschaft, dem Klerus, dem Offiziercorps. Wenn schon die revolutionären Versammlungen eine Wendung genommen hatten von der ursprünglich alles beherrschenden nationalen Idee fort zu der Expansion und der Eroberung, so nun erst recht diese Monarchie, die so zu sagen auf dem Schlachtfelde geboren war. Ihr erstes Opfer wurde mit einer Art Naturnothwendigkeit das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das den Ideen der Revolution am fernsten, denen des Mittelalters am nächsten geblieben war; das Empire überschritt den Rhein wie die Alpen, und eine Conföderation deutscher Fürsten bildete sich unter Napoleons Protectorat, neben welcher weder Kaiser noch Reich fortdauern konnten.

Der vordringenden revolutionär-imperialistischen Fluth zu widerstehen war unter den deutschen Erbfürsten jener Tage nicht ein einziger im Stande; was die Monarchie nicht vermochte, mußte eine Aristokratie, theils des Blutes theils des Geistes, versuchen; deren Haupt und Wortführer wurde Stein. Von vorn herein war sein Augenmerk auf Dreierlei gerichtet: die beiden größten deutschen Staaten, Preußen und Österreich, durch ein enges Bündniß zu vereinigen, ihre Machtsphäre durch Angliederung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu erweitern, ihre Leistungsfähigkeit durch Reformen zu steigern, welche die Kräfte der Nation in den Dienst des Staates stellten. Aber ehe es dazu kam, wurden Österreich und Preußen einzeln überwältigt, Preußen nahezu vernichtet.

Wenn nun Napoleon selber dem preußischen Könige vorschlug, Stein zum ersten Minister zu machen, so war dies, im Zusammenhang der preußischen Geschichte betrachtet, nicht so befremdlich, wie es auf den ersten Blick erscheint; denn die Reform, von deren Gelingen der Fortbestand des Staates abhing, war erst durch die Niederlage möglich geworden, deren Urheber eben auch der französische Imperator war. Versetzt man sich dagegen auf den Standpunkt Napoleons, so erscheint sein Rath als der schwerste Fehler, den er in dieser Lage begehen konnte. Da er an den Confinien seines Reiches nur ohnmächtige oder eng verbündete Staaten brauchen konnte, mußte ihm bereits die Wiederaufrichtung eines autonomen Preußens widerwärtig sein. Stein war aber auch entschlossen, den Kampf mit dem Kaiserreich bei der ersten Gelegenheit aufzunehmen; noch wichtiger war, daß er, als der erste unter Napoleons Gegnern, dabei diejenigen Mittel anwenden wollte, die den Sieg auf dem Schlachtfelde bedingten und dem Napoleonischen Régime überhaupt von Grund aus feindlich waren: die popularen und die nationalen, wie sie in den Ideen von 1789 ruhten. Die Respectirung des Nationalitätsgedankens wäre für Napoleon gleichbedeutend gewesen mit dem Verzicht auf sein Weltreich; die Mitregierung der Nation war unvereinbar mit den Ansprüchen des Cäsarenthums. Stein wollte, ohne die Eigenart des preußischen Staates ganz preis zu geben, ihn

so weit umgestalten, daß er einer der Träger des deutschnationalen Gedankens werden konnte, und dies meinte er am sichersten zu bewirken, wenn er ihm jene von Napoleon als ideologisch und jakobinisch verworfenen Institutionen französischen Ursprungs oder Gepräges einbildete.

Aber der Gegensatz ging noch tiefer, und die beiden Streiter hatten davon eine sehr lebhafte Empfindung, indem sie ihn, nachdem der Kampf einmal ausgebrochen war, von dem Gebiete der Politik auf das der Ethik hinüberspielten. Stein that dies in gutem Glauben, Napoleon wollte damit nur sagen, daß seine Weltanschauung eine andere als die des Widersachers sei.

In der That, der innerste Kern der Seele, dem, weil er durch keine Analyse zu erklären ist, vornehmlich die Benennung Individuum zukommt, war bei Napoleon von Moral eben so fern geblieben, wie er bei Stein von ihr durchdrungen war. Napoleon hat schon in jener Jugendschrift, dem Souper de Beaucaire, in der er den Südfranzosen zuredete, sich den Jakobinern zu unterwerfen, von jeder Distinction zwischen Gut und Böse abgesehen; für ihn gab es nur den Unterschied von Stark und Schwach, Sieger und Besiegtem[1]). Vor dem Feldzug, der seinen Namen auf Aller Lippen brachte, redete er zu seinen Soldaten wie ein Condottiere des Quattro Cento; was er ihnen in Aussicht stellte, das waren außer Ruhm und Ehre Reichthümer, d. h. die Genüsse, die der Reichthum gewährt, und was er anderen verhieß, beanspruchte er erst recht für sich. Mit dem größten Cynismus befriedigte er vor Allem seine geschlechtlichen Triebe. Nichts lag ihm ferner als die geordneten Verhältnisse einer glücklichen Ehe, wie sie Stein geschlossen hatte. Die Polen kannten ihn gar wohl, wenn sie ihm, wie einem modernen Baal, das begehrenswertheste Weib ihres Adels zuführten: er nahm es hin als einen selbstverständlichen Tribut. Wie anders Stein, der, als es ihm geglückt war, ein schönes Mädchen des Weichselthales vor den Nachstellungen der Franzosen nach Königsberg zu retten, es ablehnte, sie auch nur zu sehen[2]).

[1]) Böhtlingk, Napoleon Bonaparte (1883) 1, 276.

[2]) Denkwürdigkeiten v. Beguelin S. 177.

Eben so wenig Scrupel kannte Napoleon in der Behandlung derer, die ihm unbequem waren oder sich ihm gar widersetzten. Er ließ seine Soldaten gleich Mordbrennern in Binasco und Pavia hausen; er ließ in Ägypten Tausende von Gefangenen niedermetzeln, nur um den Schrecken seines Namens unter den Muselmanen zu verbreiten; er ließ den unschuldigen Herzog von Enghien durch die Farce eines Kriegsgerichts ums Leben bringen, um den Freunden des Hauses Bourbon die Lust zu Restaurations-Versuchen zu verleiden. Vollends die Lüge, das bequemste Kampfmittel des Politikers, handhabte er mit solchem Behagen, daß scharfe Beobachter fanden, er täusche unaufhörlich. Im engsten Verein mit der Amoralität stand auch bei ihm die Irreligiosität. Was in Steins Seele von Jahr zu Jahr mächtiger wurde, das Gefühl der Abhängigkeit von einer überirdischen Macht, das Vertrauen auf den Beistand der Vorsehung, war ihm Schall und Rauch; er sah in der Religion nur ein Mittel, um auf andre zu wirken. Als er im Orient weilte, redete er, wie ein Muselman, von „unsrem Propheten", in Frankreich stellte er die Autorität des römischen Bischofs wieder her und machte die Messe mit. Am liebsten hätte er in der Weise eines orientalischen Herrschers die Rechte der Gottheit sich selbst angeeignet; immerhin erhob er Ansprüche, die einem frommen Gemüthe als nahezu blasphemisch erscheinen mußten. Er forderte und erhielt seinen Platz im französischen Katechismus. Er wollte nicht nur die Leiber, sondern auch die Seelen seiner Unterthanen haben. Seinem Anspruch auf Beherrschung der Welt lag eben so sehr die Vergottung des eigenen Ichs wie die Mißachtung aller fremden Rechte zu Grunde.

Gegensätze von solcher Ausdehnung und Schärfe müssen, wenn ein Mal enthüllt, feindlich auf einander stoßen. In diesem Falle konnten sie latent bleiben, so lange Stein, der schwächere Theil, sich auf die allmähliche Durchführung der Reform beschränkte und von jeder auswärtigen Action absah. Sie traten in die Erscheinung, als Stein die Erhebung der Spanier benutzen wollte, um seine alte Idee, Bündniß zwischen Preußen und Österreich, zu paaren mit der andern, die ihm die jüngste Vergangenheit gelehrt hatte: Aufstand der unter-

drückten Nationen wider den Imperialismus in Gestalt des Landsturms.

Kunde von diesen Absichten des Widersachers erhielt Napoleon durch den Steinschen Brief an Fürst Wittgenstein. Wir kennen die Gefühle des Grolls und der Verachtung, die er gegen Alles, was preußisch hieß, hegte; begreiflich, daß er durch die hochfliegenden ihm jetzt enthüllten Pläne, die zu der preußischen Politik der Jahre vor 1806 in einem wahrhaft schneidenden Gegensatze standen, auf das stärkste betroffen wurde[1]) und sich gegen ihre Realisirung zu schützen suchte. Auf der Stelle brachte er in die dem Prinzen Wilhelm abgetrotzte Convention jenen Artikel, der dazu bestimmt war, Stein zu stürzen. Seinem Bruder Jérôme befahl er, die Güter „dieses Individuums“ zu sequestriren, Stein, der sein Unterthan sei, vor sich zu fordern, damit er sich verantworte, und, falls er nicht kommen würde, die Güter zu confisciren. Unmittelbar darauf ließ er im Journal de l'Empire einen Commentar des Briefes erscheinen, der Stein als eben so schlechten Bürger wie schlechten Politiker stigmatisirte und an die Fürsten die Mahnung richtete, sich mit Männern zu umgeben, die ihrer würdig und deren erste politische Grundsätze Offenheit und Rechtschaffenheit seien[2]). Endlich in Erfurt richtete er den fürchterlichen Ausfall gegen Stein und seine Höllenbriefe[3]), der den armen an Derartiges nicht gewöhnten Grafen Goltz so erschreckte. Um so auffallender ist, daß er den Worten keine Thaten folgen ließ. Als sich herausstellte, daß sowohl der Zusatz zur Convention wie der Befehl an Jérôme Lufthiebe waren (denn Stein stammte weder aus den alten, nunmehr königlich westfälischen Provinzen des preußischen Staates noch hatte er dort Besitzungen), ließ Napoleon keine neuen Verfügungen ergehen, die sein Opfer

---

[1]) Fort extraordinaire nannte er den Steinschen Brief in seinem Schreiben an Minister Champagny (2. September) und an Marschall Soult (4. September 1808); Lecestre, Lettres inédites de Napoléon I. 1, 237 s. Besonders charakteristisch die Sätze des zweiten Schreibens: Ces Prussiens sont de pauvres et misérables gens. Pour peu que vous ayez des soupçons sur le général Rüchel, faites-le arrêter et conduire en France; mais il ne faut pas le manquer.

[2]) Hassel, Geschichte d. preußischen Politik 1, 582 ff.

[3]) lettres infernales. Weitere Beiträge u. Nachträge z. d. Papieren v. Schön S. 50.

besser getroffen hätten; ja, gegenüber dem Zaren verzichtete er geradezu auf die völlige Entfernung Steins aus dem preußischen Dienst[1]). Weshalb diese Mäßigung? Sollte er wirklich, wie schon Minister Goltz vermuthete, die Frage Stein als eine Art Barometer benutzt haben, um an ihm die Gesinnung des preußischen Königs zu messen, also daß er, so lange Stein von Friedrich Wilhelm gehalten wurde, dessen Gegnerschaft sicher gewesen wäre, im Falle der Entlassung aber hätte auf ihn zählen können? Sehr unwahrscheinlich; er kannte den preußischen König auch so zur Genüge, und gesetzt daß dies nicht der Fall war, so hätte doch sein Vortheil in keinem Verhältniß gestanden zu dem Schaden, den der geschonte Minister ihm hätte zufügen können. Viel näher liegt eine andere Lösung des Problems. Die furchtbare Katastrophe von Baylen hatte auf Napoleon tiefen Eindruck gemacht; er war sich ferner wohl bewußt, daß er dem Zaren in Tilsit und nach Tilsit hinters Licht geführt hatte und daß die russische Allianz gar leicht in die Brüche gehen könne; er sah, daß Österreich rüstete. Wie, wenn nun auch das nördliche Deutschland der Mahnung Steins Folge leistete und das Beispiel Spaniens nachahmte? Gewiß, er hätte an den preußischen König die peremtorische Forderung richten können, seinen revanchelustigen Minister zu entlassen, und er war der Gewährung seines Gesuches sicher, wenn es allein auf den König angekommen wäre. Die Frage war nur ob dieser noch in der Lage war, Ja zu sagen, ob nicht vielmehr die nationale Bewegung in Norddeutschland bereits so mächtig war, daß er ihr folgen und sich Napoleon versagen mußte: das aber wäre der Kriegserklärung an Frankreich gleichgekommen, die unfehlbar die Schilderhebung Österreichs und den Aufstand mindestens eines Theiles von Deutschland zur Folge gehabt hätte[2]). Ganz anders,

[1]) Theil 2, 578. In denselben Zusammenhang gehört die Unterdrückung einiger Stellen des Steinschen Briefes; Theil 2, 570.

[2]) Wie weit die Besorgnisse Napoleons gingen, zeigt sein Befehl vom 28. November 1808 (Correspondance 18, 85 s.), der die Möglichkeit eines baldigen Verlustes sowohl der Oder-Festungen wie Magdeburgs statuirte. Vgl. Menge, Schlacht bei Aspern (1901) S. 218.

wenn Stein so eingeschüchtert wurde, daß er freiwillig ging, oder wenn die ihm feindliche Partei in Preußen so gestärkt wurde, daß sie ihn stürzte. Diesen Zwecken diente die Commentirung des Steinschen Briefes im Journal de l'Empire, die Unterredung mit Goltz in Erfurt, endlich eine Kundgebung von Spanien aus, wohin sich der Kaiser nach der Erfurter Zusammenkunft begeben hatte. Im 3. Bulletin der Armée d'Espagne[1]) gedachte er der Greuel, die seine Truppen bei der Erstürmung von Burgos verübt hatten. Das hätten, fuhr er fort, Leute wie Herr v. Stein mit ansehen müssen, um das Unheil und die Nutzlosigkeit ihrer sublimen Landsturm-Pläne zu begreifen.

Vier Wochen später erhielt er die Nachricht, daß Stein entlassen sei. Er hatte sein Ziel erreicht und konnte nunmehr sowohl Rache nehmen wie ein Exempel statuiren, von dem er hoffen durfte, daß es für die nächste Zukunft den Widersachern die Lust benehmen würde, Insurrectionen anzuzetteln. Es war am 16. December 1808, als er, in Madrid angelangt, von seinem „kaiserlichen Lager" folgendes Decret ausgehen ließ. „Der p. p. Stein, der Unruhen in Deutschland zu erregen sucht, wird für einen Feind Frankreichs und des Rheinbundes erklärt. Die Güter, die besagter Stein, sei es in Frankreich sei es in den Ländern des Rheinbundes, besitzen sollte, werden mit Beschlag belegt. Persönlich wird besagter Stein überall, wo er von unsren oder unsrer Verbündeten Truppen erreicht werden kann, verhaftet." Gleichzeitig erhielt Champagny, der auswärtige Minister, den Befehl, dem preußischen Hofe zu eröffnen, daß der für Berlin ernannte französische Gesandte nicht dorthin gehen werde, wenn Stein nicht aus ganz Preußen entfernt werde. „Sie werden", fuhr der Imperator, seine Leidenschaft steigernd, fort, „weiter gehen und vom preußischen Gesandten fordern, daß dies Individuum

[1]) Burgos 13 novembre 1808 (Moniteur No. 326 p. 1284): L'infortunée ville de Burgos, en proie à tous les maux d'une ville prise d'assaut, fait frémir d'horreur . . . Il faudrait que les hommes comme M. de Stein, qui, au défaut des troupes de ligne, qui n'ont pu résister à nos aigles, méditent le sublime projet de lever des masses, fussent témoins des malheurs qu'elles entraînent, et du peu d'obstacles que cette ressource peut offrir à des troupes réglées.

als ein Verräther und Werkzeug Englands ausgeliefert werde. Geben Sie zu verstehen, daß, wenn meine Truppen Stein ergreifen, er erschossen wird"[1]).

Ein Moment der Universal-Geschichte. Napoleon hat seine Widersacher einkerkern und ermorden lassen, niemals aber einen Einzelnen so in aller Form und vor den Augen der Welt einer souveränen Macht gleichgestellt, der er genöthigt sei den Krieg zu erklären. Wer dächte da nicht an die Ächtung, die drei Jahrhunderte zuvor gegen Martin Luther verhängt wurde? Beide Male war derjenige, von dem die Ächtung ausging, der Herrscher eines Universal-Reiches; beide Male war der Geächtete der gegen ausländische Tyrannei sich wendende Wortführer der deutschen Nation; beide Male fiel Deutschlands Interesse zusammen mit dem der abendländischen Völkerfreiheit überhaupt. Die Ähnlichkeit geht noch weiter: beide Male wurde das Acht-Decret unvollständig vollstreckt, weil die Herrschaft dessen, dem der Geächtete sich widersetzte, bereits erschüttert war; nur mit dem Unterschiede, daß Luther günstiger gestellt war als Stein. Der Abfall vom Papste hatte 1521 im deutschen Volke bereits so weit um sich gegriffen, daß Luthers Landesherr gar nicht hätte wagen dürfen, ihn den feindlichen Gewalten auszuliefern; der Reformator sah seine Wirksamkeit eigentlich keinen Augenblick unterbrochen. Stein rettete zwar sein Leben, mußte aber ins Exil und fand sich zu lang dauernder Unthätigkeit verurtheilt.

Man darf wohl annehmen, daß Napoleon, als er die Nachricht von Baylen erhielt, zum ersten Male von dem Gedanken ergriffen wurde: sollten nicht deine Tage gezählt sein? Aber so durchdringend sein Scharfblick und so tief sein Mißtrauen war, alles sah er nicht.

---

[1]) Vortrefflich über die ganze Angelegenheit Cavaignac, la saisie de la lettre de Stein en 1808, Revue historique (1896) 60, 96 s. Dazu die Bemerkungen von A. Stern an derselben Stelle, p. 333 s., und die Documente in seinen „Abhandlungen und Actenstücken" S. 269 ff. sowie in der Revue historique (1884) 24, 310 s. Sehr lückenhaft die Correspondance de Napoléon I. Ergänzungen bei Lecestre, Lettres inédites de Napoléon 1, 237 s. Das Acht-Decret bei Pertz 2, 319. Es fehlt sowohl im Bulletin des lois, das sonst die Décrets impériaux bringt, wie in der Correspondance de Napoléon I.

Es entging ihm, daß der Klügste in Frankreich nach ihm, der bis vor Kurzem an der Spitze des Auswärtigen Ministeriums gestanden hatte, daß Talleyrand bei der Zusammenkunft in Erfurt den russischen Kaiser ermahnt hatte, Europa zu retten, was nur möglich sei, indem er Napoleon die Stirn biete[1]). Nicht so weit ging Talleyrands Nachfolger; immerhin sorgte doch Champagny dafür, daß die brutalen Weisungen aus Madrid stark abgeschwächt wurden[2]), ehe sie an die ausführenden Organe der französischen Diplomatie gelangten. Und derjenige dieser Diplomaten, auf den das Meiste ankam, handelte wieder ganz im Sinne von Talleyrand. Graf Saint-Marsan, der fortan Frankreich am preußischen Hofe vertreten sollte, gehörte zu einem jener Adelsgeschlechter von Piemont, welche die im übrigen Italien zeitig preisgegebenen Ideen der Vasallität und Lehnstreue bewahrt hatten. Napoleon lernte ihn bei den Friedensverhandlungen des Jahres 1796 kennen und drängte ihn, in seine Dienste zu treten: liebte er es doch, sich sowohl auf bekehrte Jakobiner wie auf geborene Aristokraten zu stützen; Saint-Marsan fügte sich endlich, offenbar halb wider Willen. Den Berliner Hof kannte er schon von einer früheren Mission her: jetzt sollte er denjenigen, welchen auch er für den besten Diener des preußischen Königs gehalten haben wird, ins Verderben stürzen? An dem Tage, da er das Acht-Decret erhielt (5. Januar 1809), ließ er es Stein durch den Bürger eines Landes, das ebenfalls unter Napoleons Zumuthungen auf das schwerste zu leiden hatte, den holländischen Gesandten v. Goldberg[3]), zustellen, mit der

[1]) Mémoire de Metternich, Vienne 4. décembre 1808: Beer, zehn Jahre österreichischer Politik S. 522 f.; Aus Metternichs nachgelassenen Papieren 2, 254. Vgl. Vandal, Napoléon et Alexandre I. 1, 420 s. und Lady Blennerhassett, Talleyrand S. 371 ff. Nach einiger Zeit (am 15. September 1810) überreichte Talleyrand, nach seiner Gewohnheit, die Rechnung, in Höhe von 1½ Millionen Francs, deren Saldirung aber der Zar mit unnachahmlicher Grazie ablehnte: A combien de soupçons ne seriez-vous pas exposé? Schilder, Kaiser Alexander I. (1897) 2, 397 f.

[2]) Er gab sich sogar der wunderlichen Illusion hin, das Acht-Decret geheim halten zu können. Stern, Abhandlungen S. 270.

[3]) „den ich im Frühjahr 1808 als einen verständigen, wohlwollenden Mann hatte kennen lernen"; Stein i. seiner Selbstbiographie S. 172.

Erklärung: er habe Befehl, mit Preußen zu brechen, wenn er Stein noch in Berlin antreffe; er werde aber, wenn Stein sogleich abreise, annehmen, daß der Geächtete bereits abwesend sei.

Stein war am 11. December in Berlin angekommen, ohne eine Ahnung von der ihm drohenden Gefahr. Anfangs genoß er hier in vollen Zügen die so lange entbehrten Freuden des Familienlebens, die in Ehren erworbene persönliche Freiheit und Unabhängigkeit[1]); in Königsberg hatte er sich eigentlich niemals wohl gefühlt[2]). Freilich konnte er nicht verhindern, daß sich die Patrioten auch jetzt vertrauensvoll an ihn wandten, wie jene Glogauer Stände, die ihn durch die Mittheilung erfreuten, daß sie den König um eine neue, den jetzigen Umständen angemessene, vor der ganzen Nation geprüfte und freudig angenommene Constitution und um Einführung eines Repräsentativ-Systems bitten würden. Dies sowie eigene Urtheile und Rathschläge theilte er dann nach Königsberg mit[3]). Aber sein Vorsatz war, jede bleibende Verbindung mit der Regierung des preußischen Staates zu vermeiden; auch unterließ er es, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. Da man annahm, daß der König nach seiner Rückkehr von der Petersburger Reise sich direct in seine alte Residenz begeben werde, wollte Stein Berlin alsbald wieder verlassen. Bei der Wahl des künftigen Aufenthaltsortes fiel die Rücksicht auf die Erziehung der ältesten Tochter (sie war jetzt 12 Jahre alt) ins Gewicht; schließlich entschied er sich für Breslau. Dorthin wollte er Mitte Januar aufbrechen; als vorläufiges Absteigequartier waren

---

[1]) Mme de Stein à sa mère, B[erlin] 12. décembre 1808. Il [Stein] est enchanté de se retrouver avec nous, et ce plaisir dissiperait sûrement pour le moment ses regrets, s'il pouvait en avoir; mais en vérité sous les conjonctures actuelles cette idée n'est pas admissible, et vous connaissez assez son goût pour l'indépendance pour croire qu'il apprécie le bonheur de l'avoir obtenue, sans sacrifier ses principes. — 29. décembre: Son humeur est parfaite et fait ma consolation, et les délices des enfants qui l'accablent véritablement de caresses.

[2]) Prinzeß Wilhelm an Stein, [Homburg] 30. Mai 1810: „worüber [Königsberg] Sie sich so oft beschwerten".

[3]) Stein an Schön, B[erlin] 26. December 1808. Aus den Papieren Schöns 2, 66 f.

ihm Räumlichkeiten in der bischöflichen Residenz zur Verfügung gestellt. Wenn er nicht ins westliche Deutschland ging, wohin ihn doch sein Herz zog, so haben wir die Ursache wohl in seiner Abneigung gegen den Rheinbund zu suchen.[1])

Als er nun die Mittheilung von Saint-Marsan erhielt, hatte er seinen Entschluß auf der Stelle zu fassen. Keinenfalls konnte er seine Familie mitnehmen; er überließ sie der Obhut seines Schwagers, des Grafen Arnim-Boytzenburg, und der beiden Freunde Kunth und Sack[2]). Wohin aber sollte er selbst flüchten? England und Schweden waren zu weit. Um Rußland zu erreichen, hätte er sich auch in den Bereich von mehr als Einer französischen Garnison begeben, überdies, wenn er den nächsten Weg einschlug, Königsberg passiren müssen, wodurch er die dortigen Behörden in arge Verlegenheit gebracht hätte; nur für den äußersten Nothfall behielt er Rußland im Auge[3]). So blieb denn nur Österreich übrig, das Land, von dem er in den kritischen Tagen des letzten Septembers gesagt hatte, es hege den Geist, der allein noch im Stande sei, Deutschland von der

---

[1]) Die beiden oben citierten Briefe von Steins Frau. In Breslau wollte er bis zum Mai bleiben und dann nach Teplitz gehen, wohl um seine Gicht los zu werden; Stein an Beyme, Berlin 2. Januar 1809 (Bassewitz, Kurmark 1806—1808 1, 632). Unklar ist folgende Stelle in dem ersten Briefe der Frau v. Stein: Peut être qu'une ville dans le voisinage de la belle-soeur de votre cousin Münck de Schw. réunira les avantages que nous désirons, et probablement mon mari ne tardera pas à s'y rendre pour en juger par lui-même.

[2]) Arnim hatte die ältere Schwester von Steins Frau geheirathet. Über Kunth s. Theil 1, 353. Sack (vgl. Theil 2, 422 u. 603) war am 25. October 1808 mit der einstweiligen Verwaltung der Provinzen jenseit der Weichsel betraut worden und weilte seit dem November in Berlin, wo ihn von neuem der Haß der Franzosen, dies Mal der von Davout, traf. Vgl. Mazade, Correspondance de Davout (1885) 3, 239 s. 242. In Band 2 dieser Publication S. 321 erscheint er als M. de Rach.

[3]) Er bat Friedrich Wilhelm III., ihm beim Zaren zu erwirken la permission de me rendre en Russie, si les circonstances le rendraient nécessaire. Die Einwilligung des Zaren wurde durch das am 1. März bei Stein eingegangene Cabinets-Schreiben, St. Petersburg 16. Januar 1809 (Pertz 2, 336), übermittelt.

Sklaverei zu befreien, unter welcher es seufze[1]). Dann drängte sich auch die Sorge um die fernere Zukunft gebieterisch auf. Wohl hatte Gneisenau Recht zu schreiben: „Aller Edlen Herzen sind durch Ihre Proscription noch fester an Sie geschlossen. Napoleon hätte für Ihre erweiterte Celebrität nichts Zweckmäßigeres thun können. Sie gehörten ehedem nur unsrem Staate an, nun der ganzen civilisirten Welt"[2]). Aber in diesem Momente wenigstens kam es dem, an welchen das ehrende Zeugnis erging, nicht zum Bewußtsein, wie hoch er stand. Und wenn auch, welche Bürgschaft besaß er, daß die „civilisirte Welt" ihm das tägliche Brot reichen werde? Wovon sollte er mit den Seinen leben? Bisher hatte er die Renten seiner Güter und sein preußisches Beamten-Gehalt gehabt; jene waren nunmehr sequestrirt, dieses hatte nach seiner Verabschiedung aufgehört, und auf eine Pension hatte er kein gesetzliches Anrecht: sie war ihm zwar in Aussicht gestellt, aber nicht förmlich bewilligt[3]). Wenn er das, was er in Händen hatte, und den Erlös dessen, was sich etwa noch vom Hausrath verkaufen ließ, verzehrt hatte, war er auf die Mildthätigkeit Andrer angewiesen; ein für diese stolze Seele unerträglicher Zustand. Das war die Stimmung, in der er auf der Stelle — noch am 5. Januar — an den preußischen König und an denjenigen seiner Räthe schrieb, der ihm am nächsten stand, an General Scharnhorst[4]). Diesem wird er (der Brief ist nicht erhalten) seine wirthschaftliche Lage auseinandergesetzt haben; dem Könige gegenüber unterwarf er das Ächtungs-Decret Napoleons einer Beurtheilung, die nun freilich ihrerseits die Kritik herausfordert. „Es nimmt mich", schrieb er, „in den Verdacht, an Unruhen in Deutschland Antheil genommen zu haben, ohne weder die Thatsachen noch die Beweise anzugeben, die man doch sicher zur Kenntniß des Publicums gebracht hätte, wenn es welche gäbe." Daran schloß er dann die Behauptung, daß

[1]) Wertheimer, Geschichte Österreichs 2, 266.

[2]) Gneisenau an Stein, Königsberg 15. Februar 1809; Pertz, Gneisenau 1, 476. [3]) Theil 2, 601.

[4]) Stein à Frédéric Guillaume, Berlin 5. janvier 1809. Hier und in seinem Brief an [Gneisenau] v. 20. Februar 1809 auch eine Bezugnahme auf das Schreiben an Scharnhorst.

das Decret provocirt sei durch Landsleute, entweder durch seine persönlichen Feinde oder durch solche, die sich von einem falschen Eifer hätten treiben lassen. Eine Meinung, die er nicht wieder aufgegeben, sondern mit wachsender Leidenschaft verfochten hat. Und in der That, wir müssen ihm soweit Recht geben, daß er ohne die Opposition seiner einheimischen Widersacher sicher nicht 1808, vielleicht auch 1809 nicht gestürzt worden wäre; denn Napoleon hat auch während des österreichischen Freiheitskampfes sich wohl gehütet, Preußen zu reizen. Aber wie stark mußte Steins Erregung sein, um die Thatsache ganz aus seinem Bewußtsein zu verdrängen, daß er das Seinige gethan, um „Unruhen" in Deutschland zu erregen: seine Correspondenz nicht nur mit Fürst Wittgenstein, sondern auch mit Graf Götzen beweist es auf das klarste[1]). Und wenn Napoleon auch vor dem 16. December eine direct gegen Stein gerichtete Sommation unterlassen hatte, so war doch genug von ihm geschehen, was Stein schaden mußte: an seiner feindlichen Gesinnung konnte nicht der geringste Zweifel sein. Darum war es eine weitere starke Verkennung der Situation, wenn Stein den König bat, ihm für die Aufhebung des Sequesters und die Sicherstellung seiner Person nicht nur den eigenen Beistand zu leihen, sondern auch die Protection des Zaren beim französischen Kaiser zu vermitteln. Niemand wird gegen den von Haus und Hof Vertriebenen den ersten Stein aufheben wollen, aber man wünschte wohl, daß er wenigstens denjenigen aus dem Spiel gelassen hätte, von dem er wenige Monate zuvor gesagt hatte, er habe die Hölle im Herzen[2]).

Tags darauf, am 6. Januar, brach er auf. Der nächste Weg nach Österreich war, weil durch das rheinbündische Sachsen führend, verlegt, er wandte sich also nach Schlesien. Am Abende des 7. war

---

[1]) Theil 2, 574 f.

[2]) Theil 2, 577. Stein an Gneisenau, Brünn 27. März 1809: „Auch wünschte ich durch G[eneral] v. S[charnhorst] zu erfahren, ob Kais. A[lexander] sich für mich bei N[apoleon] verwandt und mit welchem Erfolg". Hierüber „erbitte ich mir dringend Antwort". — Auch Dalberg bat er (von Buchwald aus), bei Napoleon für die Aufhebung des Sequesters zu wirken, natürlich vergebens. Vgl. Pertz 2, 339 ff.

er in Sagan, der gefährlichsten Stelle; denn Glogau, eine der Festungen, die Preußen französischen Garnisonen hatte überlassen müssen, lag nur wenige Meilen entfernt. Von da ging es weiter nach Bunzlau; hier verließ er den Wagen und bestieg den Schlitten, der ihn nach Löwenberg brachte. Nach kurz bemessener Ruhe brach er, eine Stunde nach Mitternacht, wieder auf. In ergreifenden Worten hat er diesen letzten Theil seiner Reise geschildert. „Die Nacht war sehr schön, die Witterung milde, der Himmel bald bewölkt bald hell, die Natur still und feierlich, die zahlreichen Wohnungen der Menschen, durch die man reiste, ruhig. Eine solche Nacht und solche Umgebungen gaben der Seele eine Stimmung, die alles Menschliche, und sei es noch so colossalisch scheinend, auf seinen wahren Werth zu bringen bereit ist." Da erinnerte er sich, daß er am letzten Neujahrstage zusammen mit dem geliebten Weibe, an das diese Worte gerichtet waren, Schleiermachers Predigt gelesen hatte über das, „was wir fürchten sollen und was nicht," jene großartige, an das gebeugte und wieder emporstrebende Preußen gerichtete Auslegung des Wortes Christi: „Fürchtet euch nicht vor denen, welche den Leib tödten und und die Seele nicht mögen tödten, fürchtet euch aber vielmehr vor dem, der Leib und Seele verderben mag in die Hölle"[1].

Solche Gedanken in seinem Herzen bewegend, erreichte er in der Frühe des 9. Januars Buchwald, den Sitz seines Jugendfreundes Reden, mit dem er einst die polnische Reise gemacht und den er zuletzt, vor dem Antritt seines zweiten Ministeriums, in Kunersdorf gesehen hatte[2]). Von hier aus war es nicht mehr weit zur österreichischen Gränze, in einer Stunde konnte er sie, wenn er Nebenwege einschlug, erreichen; also gönnte er sich einige Ruhe. Er benutzte sie, um sich mit einer gewichtigen Frage an seine Frau zu wenden, ungefähr so wie Coligny es gethan hatte, als er den folgenschweren Entschluß faßte, die Sache der Glaubensbrüder zur seinigen zu machen. Er fragte sie, ob sie das herumziehende Leben, das er

[1]) Fr. Schleiermacher, Predigten (1834) 1, 281 ff.

[2]) Theil 1, 41 ff. 2, 104. Im Jahre 1826 nennt ihn Stein den „ältesten und bewährten Freund meiner Jugend;" Pertz 6, 1, 211.

fortan werde führen müssen und das ihrer Gesundheit und der Ausbildung ihrer Kinder nachtheilig sein werde, theilen wolle. Man wird Frau v. Stein nicht mit der Gemahlin des großen Hugenotten vergleichen dürfen, sie war ohne das Pathos, mit dem diese in der Geschichte fortlebt; aber auch sie war sich bewußt, wozu das Gelübde verpflichtet, mit welchem Mann und Weib sich vor dem Antlitze Gottes verbinden. Ohne die Frage ihres Gatten abzuwarten, erklärte sie ihm schlicht und einfach, als könne es gar nichts anders sein: sie wünsche bald abzureisen, um sich wieder mit ihm zu vereinigen, wo es auch sei. Überdies erwies sie ihm, ebenfalls unaufgefordert, einen großen Dienst; sie verschaffte ihm von der österreichischen Gesandtschaft den Paß, den er unterlassen hatte nachzusuchen. Mit ihm ausgerüstet, wartete er nicht länger, um so weniger da in dem benachbarten Hirschberg noch Franzosen waren. Er nahm Abschied von seinen Wirthen, die ihn wie einen Bruder aufgenommen hatten, und überschritt[1]) das Gebirge, begleitet von Graf Geßler, einem seiner treuesten Anhänger[2]), den er zufällig in Buchwald getroffen hatte und der ihm nun die schweren ersten Wochen der Verbannung verkürzen half[3]). In Trautenau, auf böhmischem Boden, erwartete er seinen Wagen. Nochmals dankte er von hier aus den Redens und rief ihnen die schönen Worte zu: „Bestrebe sich jeder brave Mann, die Gesinnungen und die Liebe für Wahrheit und Freiheit aufrecht zu erhalten unter seinen Umgebungen, und besonders unter der Jugend streue er den Samen des Edlen unverdrossen aus; das Schlechte trägt den Keim seines Unterganges in sich und

---

[1]) Am 12. oder am 13. Januar 1809; Steins eigene Angaben differiren.

[2]) Graf Geßler an Gneisenau, Neudorf bei Reichenbach 27. April 1809 (Pertz, Gneisenau 1, 495): „Wie viel hübsche Leute auch hier in unsrem Kreise den Galgen und Pranger verdienen, ist merkwürdig. Ich bin kein Schlesier, sondern ein Preuße, aber ich ging gern so weit, daß ich von Berlin und Paris nie etwas mehr hörte".

[3]) Stein (13. Januar): „Für mich ist G[eßler] eine große Hülfe, er zerstreut und erhält mich aufrecht und verhindert, mich hundert trüben Ideen zu überlassen". Er verließ ihn erst in Brünn, einige Tage bevor Steins Familie eintraf. Stein à la princesse Louise Radziwill, [Brünn] 6. mars 1809.

wird nicht siegen." Dann fuhr er nach Prag, wo er am 16. Januar eintraf[1]).

Es verstand sich von selbst, daß Stein die Erlaubniß nachsuchte, seinen Wohnsitz in den Staaten des österreichischen Kaisers nehmen zu dürfen. Das geschah schon von Trautenau aus, in Briefen an die beiden Bekannten, die er im Cabinet Franz' I. hatte: Graf Philipp Stadion, den auswärtigen Minister, den er einst in Berlin gesehen hatte, und Graf O'Donnell, den Finanz-Minister, einen seiner Göttinger Studienfreunde[2]). Wieder verwahrte er sich, dies Mal in ausführlicherer Rede, gegen die Beschuldigung Napoleons, ein Volksaufwiegler zu sein: die Erregung des nördlichen Deutschlands sei ohne sein Zuthun, durch andere Ursachen bewirkt worden; zum Schluß bat er für den Winter um ein Asyl in Prag, damit er das geringe Maß Gesundheit, das Alter, Krankheit und Kummer ihm gelassen, der Erziehung seiner Kinder widmen könne; er wolle mit seiner Familie in der vollkommensten Zurückgezogenheit leben[3]).

Das klang wie der endgültige Verzicht auf jede fernere öffentliche Wirksamkeit. Aber so sehr diese Äußerungen für subjectiv wahr gelten müssen, eben so sicher ist, daß sie nur die Stimmung des Moments wiedergaben; unfehlbar würde Stein, wenn gerufen, in den Dienst Österreichs getreten sein: die alten Interessen- und Ideen-Übereinstimmung zwischen dem Kaiserthum und der reichsfreien Ritterschaft würde ihn, eben so sehr wie der gemeinsame Antagonismus gegen Frankreich, nach Wien gezogen haben. Und was wäre wohl jetzt, da Österreich sich anschickte, die Waffen gegen das revolu-

[1]) Stein an seine Frau: B[uchwald] 9. Januar (fortgesetzt am 10., beendet am 12. Januar); Trautenau 13. Januar; Prag 19. Januar. Frau v. Stein an Stein, B[erlin] 7. Januar 1809. Der von der Fürstin Reuß (Friederike Gräfin v. Reden [1897] S. 129) veröffentlichte, aus Trautenau datirte Brief Steins an Graf Reden muß vor dem 16. Januar geschrieben sein.

[2]) Theil 1, 21. 51.

[3]) Stein à Stadion, Trautenau 13. [Concept: 14.] janvier 1809; Lentner, Stein in Österreich (1873) S. 8 ff. Gleichzeitig (auch französisch) Schreiben an Comte O'Donnell of Tyrconnell. — Der Aufsatz von Lentner erschien vorher (1872) in der Zeitschrift „Österreich, Wochenschrift f. Wissenschaft u. Kunst" N. F. 2, 609 ff.

tionäre Weltreich zu erheben, natürlicher gewesen, als daß es die kostbare Kraft des größten deutschen Staatsmannes, die das Glück ihm in den Schooß warf, benutzt hätte?[1]) Aber bei denen, welche seine Geschicke bestimmten, regte sich kaum ein flüchtiger Wunsch dieser Art, so sehr sich die öffentliche Meinung in Wien für Stein aussprach[2]). Stadion, der dem Kaiser über Steins Gesuch berichtete, empfahl es nur mit der unbestimmten Wendung, daß der Flüchtling seiner Zeit Österreich sehr nützlich werden könne. Er dachte an ein Unternehmen auf Schlesien und schlug deshalb vor, Stein die Stadt Brünn, wo man ihn näher zur Hand haben würde, als Aufenthaltsort anzuweisen. Kaiser Franz, bei dem nun die Entscheidung stand, gab sie mit den Worten: „Sie werden dem Baron Stein bedeuten, daß, wenn er einen Aufenthalt in meinen Staaten haben will, er sich zu Brünn aufzuhalten und bescheiden zu betragen habe, indem ich von ihm sonst sich aus meinen Erbstaaten zu entfernen fordern werde“[3]). Es war, wenn man Stein nicht ausweisen wollte, das denkbar geringste Maß von Entgegenkommen; aber auch dies wurde, kaum gewährt, wieder gefährdet, und zwar durch seine alten preußischen Widersacher. Aus Berlin ging dem Chef der Wiener Polizei ein Schreiben[4]) zu, das diesen bestimmte, Stein seinem kaiserlichen Herrn als gefährlichen Revolutionär[5]) zu denunciren. Es glückte Stadion, den Kaiser bei seiner ersten Entschließung festzuhalten, aber wenn man sieht, mit welchen Mitteln dies geschah, so muß man wohl gestehen, daß Stein auch 1809 in Österreich als

---

[1]) Wie Gneisenau schrieb (an Stein, Königsberg 14. Januar 1809): „Sie gehören nun der Geschichte an, und wenn ein gewisser Hof durch große Blicke sich leiten läßt, so zieht er von diesem Umstande großen Vortheil“. Pertz, Gneisenau 1, 460.

[2]) Gentz an Stein, Wien 5. März 1809: „Allenthalben ist nur eine Stimme der Bewunderung für E. E. und des Abscheus gegen Ihre frevelhaften Verfolger“.

[3]) Vortrag v. Stadion, Wien 17. Januar 1809; Lentner S. 10. Rand-Verfügung des Kaisers o. D.

[4]) „affiliirter Literaten“.

[5]) Als ein „Glied der aufgeklärten Neuerer, die Ew. Maj. Staaten Unruhen drohen, einen Mann von antifeudalen Grundsätzen, einen mit Maurer-Geist begabten Mann.“

Minister unmöglich war. Zu loben fand Stadion an ihm neben der warmen Anhänglichkeit an seinen Hof und an sein Vaterland Deutschland auch die Tendenz, die bestehende Ordnung zu erhalten, die gänzliche Abwesenheit von Neuerungssucht, von Reformations- und Umwälzungsgeist; zu tadeln, daß er allzu rasch vorgegangen sei. Dies und die Thatsache überhaupt, daß er an großen Reformen und Änderungen der inneren Verwaltung gearbeitet habe, glaubte Stadion entschuldigen zu müssen; was er dann auf eine Weise that, die wenig Verständniß für das große Werk von 1807 und 1808 bekundete: die schlimme Lage des preußischen Staates habe Stein genöthigt, die äußerste Sparsamkeit walten zu lassen[1]).

Was Stadion sowie Kaiser und Kaiserin[2]) — denn auch in Österreich spielte die Gemahlin des Herrschers eine große Rolle — wollten, das war der Kampf gegen Napoleon, und insofern sahen sie in Stein einen Gesinnungsgenossen, einen Märtyrer, den die Ehre gebot nicht zurückzustoßen. Sie rechneten bei ihrem Vorhaben auch

---

[1]) Vortrag v. Stadion, Wien 20. Januar 1809; Lentner S. 10. Kaiserliches Handschreiben an Stadion v. demselben Tage. Stadion berichtet: Stein habe sich „nirgends durch Reformations- und Umwälzungsgeist, sondern durch wahre Anhänglichkeit an seine Pflicht, an die Erhaltung der bestehenden Ordnung, durch warmes Attachement an seinen Hof und an sein Vaterland (Deutschland) ausgezeichnet, und wenn er bei seiner damaligen Anstellung in Königsberg an großen Reformen und Änderungen der innern Administration gearbeitet hat, wenn er darin (was in seinem Charakter liegt) mit zu viel Hitze vorgegangen ist, so war es nicht Neuerungssucht, sondern die ihm einleuchtende Nothwendigkeit, bei dem jetzigen Verfall des preußischen Staates die äußerste Oekonomie zu bezwecken, welche ihn zu diesen Reformen veranlaßte".

[2]) Die Gesinnung des Kaisers ist bekannt. Über die Kaiserin vgl. Krones, z. Geschichte Österreichs 1792—1816 (1886) S. 102; Wertheimer, d. drei ersten Frauen d. Kaisers Franz (1893) S. 87 ff.; Guglia, Kaiserin Maria Ludovica (1894) S. 68 ff. Über Stadion: Beer, 10 Jahre österreichischer Politik S. 312, 389; Wertheimer, Gesch. Österreichs 2, 233. 267. 280. 395. 425; ganz besonders Gentz, Tagebücher (1861) S. 142: Hudelist m'a dit, par rapport au singulier éloignement du comte Stadion à traiter avec M. de Stein, qu'il croyait en trouver la véritable cause dans l'aversion prononcée du comte Stadion pour tout ce qui s'appelait projet révolutionnaire; chose dont il croyait M. de Stein profondément imbu. — Ceci n'est pas absolument faux.

auf die Mitwirkung der Nation, welche die Cadres der Feldarmee füllen und vermehren sollte; aber von der Absicht, die politischen Institutionen in einem volksthümlichen Sinne umzubilden, waren sie weit entfernt, und in der Entfesselung der nationalen Kräfte, wie sie Stein 1808 für Preußen und Deutschland erstrebt hatte, fanden sie eine Annäherung an die revolutionäre Idee, die man höchstens da, wo sie in der Fremde begegne, für Österreich benutzen, nimmermehr aber grundsätzlich gutheißen dürfe[1]). Das war auch die Meinung des einzigen österreichischen Politikers, mit dem Stein damals in regelmäßigen, erst mündlichen, dann schriftlichen Verkehr trat. Wohl brauchte Gentz, geradeso wie vor der Katastrophe von 1806, gegenüber Stein Worte höchster Anerkennung, nannte ihn den Patriarchen, das Oberhaupt der Kirche der Gutgesinnten, wollte ihm die Dictatur „im eigentlichen, altrömischen Sinne des Wortes" über Alles, was zur Rettung von Deutschland unternommen werden müßte, übertragen[2]). Aber erst vor wenigen Wochen hatte er den auffallend demokratischen, echt revolutionären Geist der Königsberger Bureaux, d. h. den Geist der Steinschen Verwaltung, streng gerügt, und in den Befreiungs- und Verfassungs-Plänen, die er gleichzeitig aufgestellt, war wenig von der deutschen Nation die Rede[3]).

---

[1]) Nur scheinbar widersprechen die bei Ausbruch des Krieges von 1809 ergangenen österreichischen Proclamationen (vgl. unten S. 25). Den Schlüssel für das Verständniß enthalten auch hier die Tagebücher von Gentz (unter dem 4. October 1809 S. 185): Metternich les [die Proclamationen] a indistinctement blâmées, à commencer par celle de Hormayr aux Tyroliens. J'abondais depuis longtemps dans ce sens . . . Le comte de Stadion nous a franchement avoué qu'il en pensait comme nous, qu'il avait blâmé toutes ces pièces, sans excepter l'adresse aux Allemands, . . . mais que . . . chacun avait fait ce qui lui plaisait; . . . que de là etait résulté ce système révolutionnaire si déplacé

[2]) Gentz an Stein, Prag 23. Januar 1809; Pertz 2, 331. Vgl. Theil 1, 451.

[3]) M. Scharnhorst 2, 98. Gentz, „Gedanken über die Frage, was würde das Haus Österreich unter den jetzigen Umständen zu beschließen haben, um Deutschland auf eine dauerhafte Weise von fremder Gewalt zu befreien", o. D. Aus dem Nachlasse v. Gentz (1868) 2, 101 ff. Die Denkschrift ist, wie S. 124 beweist, vor Steins Entlassung und nach der Veröffentlichung seines August-Briefes geschrieben.

So haben denn diejenigen, welche Österreich regierten, sich darauf beschränkt, Stein, wie er einmal sagt, den Gebrauch des Feuers und des Wassers zu erlauben. „Man äußerte“, schrieb er, „nie die leiseste Absicht, weder durch Unterredungen noch durch Schriftwechsel noch auf irgend eine denkbare Art mit mir in Verbindung zu treten“; auf eine Darstellung der preußischen Verhältnisse, die er einreichte, erfolgte eine nichts sagende mündliche Antwort[1]). Zwar schrieb Gentz, der, als der Entschluß zum Bruche mit Frankreich gefaßt war, nach Wien gerufen wurde: Stadion wünsche aufrichtig und lebhaft, Stein bald in der österreichischen Hauptstadt zu sehen, und der eifrige Publicist, der damals eben so rosig wie bald darauf schwarz in die Zukunft sah, fügte hinzu: der Minister sei nur deshalb zurückhaltend, weil er keine Gewißheit über die Stellung des preußischen Hofes habe[2]); sehe er erst in dieser Sache auch nur einigermaßen klar, so werde er selbst Schritte thun, die zu einer unmittelbaren Annäherung an Stein führten[3]). Aber diese Schritte blieben aus. Gentz hat Stein den leisen Vorwurf gemacht, daß er sich, um gehört zu werden, mehr hätte regen sollen. Er erwiederte, daß er, gewarnt durch die französischen Emigranten, nicht die zudringliche, lästige und zwecklos thätige Rolle eines nach der Wiederherstellung seines Zustandes jagenden Vertriebenen übernehmen wolle[4]).

---

[1]) Steins Denkschrift war vom 24. Februar datirt (Pertz 2, 363). Gentz an Stein, Wien 5. März 1809: „Graf Stadion hat die von E. E. ihm mitgetheilte Schrift mit großem Interesse gelesen und mir vorläufig aufgetragen, E. E. dies zu sagen“. Am 20. April schrieb Stein an Gentz, seine Denkschrift sei „unbeantwortet“ (Pertz 2, 363), d. h. also: ohne directe und schriftliche Antwort geblieben.

[2]) Eine solche Rücksichtnahme erscheint allerdings sehr begreiflich, wenn man die Worte liest, die Königin Luise am 27. Februar 1809 an ihren Bruder Georg richtete (Deutsche Rundschau December 1900 S. 442): „Dabei haben wir die Nachricht, daß Stein ist nach Wien berufen worden; geht er hin, so erregt das Verdacht gegen uns, und es bricht uns den Hals gewiß. Doch der Mann ist so eitel, daß er hinrennt, statt zu fahren wie Andere“. Vgl. Theil 2, 590.

[3]) Gentz an Stein, Wien 5. März 1809.

[4]) Stein an Gentz, Brünn 20. April 1809; Pertz 2, 363.

Stein verließ Prag[1]) ungern. Nicht nur weil er hier der Heimath und den alten Freunden näher war: er war auch von einigen der böhmischen Magnaten-Familien sehr freundlich aufgenommen worden, und die täglichen Unterredungen mit einem Manne wie Gentz waren schwer zu ersetzen; er wußte sich mit ihm im Gegensatze zu Napoleon und seinem Reich dermaßen einig, daß die Differenzen auf dem Gebiete der inneren Politik jetzt, am Vorabend eines neuen Krieges, dagegen zurücktraten[2]). Aber nicht lange, so fand er sich auch in Brünn zurecht. Vor Allem: er wurde hier wieder mit den Seinigen vereint; die Stimmung, in der er sie begrüßte, wird dadurch bezeichnet, daß er auf den letzten Brief, den er von seiner Frau erhalten hatte, die Worte aus Schillers Glocke schrieb über den süßen Trost dessen, der zum Wanderstabe greifen muß. Dann gewahrte er, daß der neue Aufenthaltsort auch seine Reize hatte: hübsche Promenaden, ein leidliches Theater, entzückende Umgebungen. Unter dem Adel gab es liebenswürdige Leute[3]); das Volk insgesammt schien Stein wenig geistige Bedürfnisse, desto mehr Freude am Genuß und an der Geselligkeit zu haben, aber es dünkte ihm gutmüthig und treu, verständig und fromm[4]).

Dies war der Eindruck der ersten Wochen. Dann geschah endlich, worauf Stein seit dem Sommer 1808 theils gerechnet theils hingearbeitet hatte: Kaiser Franz warf Napoleon den Fehdehandschuh

[1]) Am 28. Januar schrieb Stein an Stadion, er werde dans peu de jours nach Brünn abreisen. Der erste erhaltene Brünner Brief ist v. 20. Februar. Steins Familie kam am 1. März nach Brünn.

[2]) Stein an Gentz, Brünn 20. April 1809 (Pertz 2, 363): „Seien Sie überzeugt, daß ich Sie wegen Ihrer richtigen Ansichten des europäischen Staatsverhältnisses, des Muths, der Beharrlichkeit und des Geistes, womit Sie die Sache erst der gesellschaftlichen Ordnung, dann der aus dem Gleichgewicht der Kräfte entstehenden Freiheit der Nationen vertheidigt haben, ehre und unendlich schätze“.

[3]) Trautenberger, Stein i. Brünn („Publication deutscher Club i. Brünn“ Nr. 1 o. J.) S. 15 berichtet (wohl nach Polizei-Acten), Stein habe nur mit Graf Leopold v. Berchtold, Graf Hugo Franz zu Salm-Reifferscheid und Educations-Rath André verkehrt.

[4]) Stein à O'Donnell, [Prag] 22. janvier. Stein à la princesse Louise Radziwill, [Brünn] 6. mars; 25. juin: ce qui rend la vie entre eux assez douce. Stein an Gneisenau, Brünn 27. März; Pertz, Gneisenau 1, 483. Stein an Kriegsrath Scheffner, Troppau 6. August 1809; Pertz, Stein 2, 401.

hin (27. März). Es begann, um in Steins Sprache zu reden, „der fünfte Act des großen Trauerspiels, dessen Entwicklung entweder Befestigung des Reichs der Knechtschaft und Lüge ist oder Wiederherstellung einer verständigen, gesetzlichen Ordnung." Indem er eine große, in der Krisis des Sommers 1808 ausgesprochene Forderung weiter verschärfte, bekannte er sich zu dem Satze: „Deutschland kann nur durch Deutschland gerettet werden" [1]). Auf eben diesen Ton waren die Proclamationen gestimmt, mit denen Österreich die Waffen erhob. Österreichs Sicherheit, hieß es in dem von Gentz verfaßten Manifest, könne nicht in der Isolirung gesucht, am wenigsten von dem Schicksal Deutschlands und Italiens getrennt werden. „Die Freiheit Europas", rief Erzherzog Karl, der Oberbefehlshaber, seinem Heere zu, „hat sich unter Eure Fahnen geflüchtet, Eure Siege werden ihre Fesseln lösen, und Eure deutschen Brüder, jetzt noch in feindlichen Reihen, harren auf ihre Erlösung." „Wir kämpfen", redete er die deutsche Nation an, „um die Selbständigkeit der österreichischen Monarchie zu behaupten, um Deutschland die Unabhängigkeit und National-Ehre wieder zu verschaffen, die ihm gebühren. Dieselben Anmaßungen, die uns jetzt bedrohen, haben Deutschland bereits gebeugt. Unser Widerstand ist seine letzte Stütze zur Rettung; unsre Sache ist die Sache Deutschlands. Mit Österreich war Deutschland selbständig und glücklich; nur durch Österreichs Beistand kann es wieder beides werden." „Der jetzige Augenblick", mahnte ein andrer Aufruf, „kehrt nicht zurück in Jahrhunderten. Ergreift ihn, damit er nicht für Euch auf immer entfliehe! Ahmt Spaniens großes Beispiel nach!" [2]) Das alles war Stein aus der Seele gesprochen [3]). Und eben so zufrieden war er mit der österreichischen Bevölkerung; sie zeigte Tugenden, die seine Erwartungen übertrafen. „In allen Ständen der Gesellschaft", schrieb er an Prinzeß Radziwill, „herrscht für die gute Sache eine Aufopferung, die wahrhaft rührend und schön ist. Jeder drängt sich, die größten Opfer aller Art zu bringen,

[1]) Stein an [Gneisenau], Brünn 20. Februar 1809. Vgl. Theil 2, 559.
[2]) Voß, Zeiten (1809) 20, 444 ff. Europas Palingenesie (1810) 1, 146 ff.
[3]) Stein an Gentz, Brünn 20. April 1809; Pertz 2, 365.

und es giebt keine Familie, die nicht Freiwillige unter den Vertheidigern des Vaterlandes zählte.“ Ebenso an die Prinzeß Wilhelm: „Ich wünschte, Ew. Königliche Hoheit wären Zeuge von den Äußerungen des vortrefflichen Geistes, der in dieser Monarchie herrscht; man leistet mit Bereitwilligkeit jedes Opfer, um das kostbare Gut der National-Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu erhalten. Sie sehen Menschen von jedem Stand, von jedem Alter an dem allgemeinen Kampf freiwillig Theil nehmen und in die Landwehr treten.“ Und welche Tapferkeit bekundete dies Volk, wieder hoch und niedrig, auf dem Schlachtfelde. Stein gedenkt jenes Grafen Westphalen, der Weib und Kind daheim gelassen hatte und als Landwehrmann bei Regensburg inmitten einer feindlichen Batterie den Heldentod starb; er gedenkt mit der tiefsten Bewegung der großen Thaten, die in Tirol geschahen: jeder Bauer, der dort für seinen Kaiser blutet, ist ihm lieber als die ganze Sippe der Rheinbund-Fürsten und ihrer Helfershelfer[1]).

Überdies schien ihm der Krieg die Erfüllung eines persönlichen Wunsches zu bringen. Stadion stellte ihm, freilich erst nachdem er selbst Wien verlassen hatte, frei, seinen Wohnsitz dorthin zu verlegen[2]). Aber die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze ließen es nicht zu. Denn diejenigen, in deren Hände die nationalen Kräfte des österreichischen Staates gelegt waren, verstanden nicht, den rechten Gebrauch von ihnen zu machen. Schon im März schrieb Stein an Gneisenau: der richtige Moment schiene ihm größten Theils verpaßt; bei der Ausführung fehle der rasche und kräftige Entschluß sowohl wie die Ausdauer; der Krieg werde den Führern von ihrer Umgebung abgerungen[3]). Sollte er dabei den Erzherzog Karl im Auge

---

[1]) Stein an die Prinzeß Wilhelm, B[rünn] 19. Juni. Stein à la princesse Louise Radziwill, Brünn 25. juin 1809. Pertz 2, 366 ff. — Vgl. noch Pertz 2, 523 u. Fournier, Stein u. Gruner, Deutsche Rundschau (1887) 53, 134.

[2]) Der Brief, durch den Stein seinen Wunsch bei O'Donnell vortrug (16. April), kreuzte sich mit dem Schreiben von Gentz (Wien 17. April 1809; Pertz 2, 360 f.), das ihn erfüllte.

[3]) Stein an Gneisenau, Brünn 27. März 1809; Pertz, Gneisenau 1, 482. In dieser Stimmung drang er, wie schon im Januar, bei Scharnhorst auf die Besorgung russischer Pässe. Vgl. S. 14 Anm. 3.

gehabt haben, so rechtfertigte dieser die an ihm geübte Kritik nur allzu sehr. Zunächst ließ er sich an der Isar die Gelegenheit zu einem großen Erfolge entgehen, dann operirte er so ungeschickt, daß Napoleon abermals Sieg an Sieg reihen und, wie 1805, den Marsch auf die österreichische Hauptstadt antreten konnte. Wie wurde da dem Brünner Exulanten zu Muth. Noch sah er seine Zufluchtsstätte durch die Streitkräfte geschützt, welche Erzherzog Karl gerettet hatte und eben jetzt ins Marchfeld führte. Wenn nun aber auch sie geschlagen wurden? Dann, schrieb er, „bleibt nichts mehr zu erwarten übrig, und mein ganzes Leben wird in einem trüben Hinbrüten über Vergangenheit und Gegenwart, und in Verrichtung der animalischen Functionen bestehen.“ Er hing dem Gedanken nach, das Wanderleben aufzugeben, in Brünn abzuwarten, was das Schicksal verhänge und sich sogar Napoleon zu überlassen, wenn er ihn dort erreichen sollte[1]). Aber schon nach wenigen Tagen citirte er die Worte eines römischen Dichters[2]), welche die größte Entschlossenheit athmen[3]). Das war, so schien es, auch die Parole des österreichischen Oberbefehlshabers, der sich inzwischen auf sein besseres Ich besonnen hatte: er besiegte Napoleon bei Aspern (21. 22. Mai). Es war der zweite große Mißerfolg des Imperators, nach dem ersten von Preußisch Eylau, und wenn er damals nur nicht Sieger geblieben, so war er jetzt unzweifelhaft geschlagen. Die nach Freiheit lechzende Welt jauchzte auf: — sie wurde nicht gewahr, daß der Sieger verabsäumt hatte, was er gekonnt, dem Gegner eine vernichtende Niederlage beizubringen. Und wie bei Aspern, so weiter: der Erzherzog duldete, daß Napoleon sein Heer auf das gewaltigste verstärkte; schließlich endete die neue Schlacht, die auch auf dem Marchfelde, dies Mal bei Wagram, geschlagen wurde, mit einem unzweifelhaften Siege der Franzosen (5. 6. Juli). Von ihm wurde Stein

[1]) Stein an Kunth, Brünn 7. Mai 1809; mitgetheilt v. Fournier, Stein u. Gruner S. 125, wiederholt v. A. Becker i. d. Mittheilungen d. Instituts f. österreich. Geschichtsforschung (1895) 16, 493.

[2]) Sunt validae vires nobis, sunt pectora cunctis
Suffectura malis.

[3]) Stein an G[neisenau], Brünn 14. Mai 1809.

persönlich betroffen; denn die Sieger drangen nordwärts, in der Richtung auf Brünn, vor, und der von Napoleon Geächtete wollte es jetzt nicht darauf ankommen lassen, von ihnen ergriffen zu werden: er flüchtete nach Troppau, der Hauptstadt des österreichischen Schlesiens[1]).

Zu seiner Freude gab nun aber die österreichische Kriegspartei ihre Sache noch nicht preis. Sie rechnete auf den Beistand Preußens. Stein hatte nach den Erfahrungen, die er mit dem Könige gemacht, von vorn herein seine Hoffnungen nicht eben hoch gespannt; nach Aspern aber wurde auch er zuversichtlicher. Er erging sich in Freiheitsplänen, die er freilich noch Träume nannte[2]); immerhin ertheilte er dem Grafen Götzen, der noch immer in Schlesien die Wacht hielt, Rathschläge, die als die unmittelbare Fortsetzung der von ihm 1808 befolgten Politik angesehen werden müssen. Götzen möge Flugschriften verbreiten, durch welche das Verfahren Napoleons bei den Verhandlungen über die preußische Kriegs-Contribution ebenso wie die Erpressungen und Räubereien seiner Generale, Beamten und Soldaten an den Pranger gestellt würden; er möge dafür sorgen, daß in jedem Dorfe der Haß gegen die Franzosen und der Abscheu gegen ihre Herrschaft erregt werde: hier durch Processionen, dort durch Predigten; jedes Scheibenschießen, jede gymnastische Übung müsse auf den Tag der Abrechnung vorbereiten: „Diese verruchte Nation muß der öffentlichen Meinung unterliegen, wenn man diese recht aufreizt." Dem preußischen Könige sollte durchaus nichts Andres übrig bleiben als seinem Volke auf der Bahn der Freiheit zu folgen; ausdrücklich forderte Stein seinen alten Mitarbeiter auf, in den von den Franzosen besetzt gehaltenen Festungen so bald als möglich, noch ehe der Krieg förmlich erklärt sei, die Bevölkerung zu den Waffen zu rufen[3]).

---

[1]) Der erste Troppauer Brief ist v. 12. Juli 1809.

[2]) General-Major Wallmoden an Stein, Hirschstetten 18. Juni 1809 (Pertz 2, 748): J'ai lu avec intérêt ce que vous appelez vos rêves, mon cher Stein; une fois la décision du roi obtenue, ils pourront être utiles.

[3]) Stein an Götzen, Brünn 8. Juni 1809; Pertz, Gneisenau 1, 502. Vgl. die Denkschrift aus dem August 1808 (Pertz, Stein 2, 206): „An einem Tage sucht man sich aller festen Plätze durch Verrath oder Überfall zu bemeistern." Daß diese Weisung, wenn es nur nach Götzens Wunsche gegangen

Als nun aber nichts von alle dem geschah, als weder der König noch seine Nation sich regte, da schrieb Stein, unter dem frischen Eindruck der Schlacht von Wagram: „Preußen wird unbedauert und ohne Nachruhm untergehen, und man wird es für ein Glück halten, daß eine Macht, die durch ihren Ehrgeiz Anfangs Europa erschüttert, nachher durch ihr Tripotiren beunruhigt, die keine Pflicht weder gegen sich noch gegen den europäischen Staatenbund erfüllt hat, zu sein aufhöre"[1]). Das Wort war vom Zorn eingegeben und darf deshalb nur mit Vorbehalten angenommen werden; immerhin hat Stein doch noch ein Mal im Laufe des Jahres 1809 von der bevorstehenden Auflösung Preußens geredet, ohne einen Ausdruck des Bedauerns hinzufügen[2]). Wie Scharnhorst und Gneisenau, wie Blücher und Götzen hatte auch er nur Ein Vaterland: Deutschland; den Werth von Preußen bemaßen sie nach dem, was es für Deutschland that.

Die österreichische Kriegspartei zählte ferner auf die Hülfe von England. Stein wußte, wahrscheinlich durch seinen Schwager Wallmoden, der in den ersten Monaten des Jahres 1809 als österreichischer Gesandter in London gewesen war[3]), daß über eine englische Landung verhandelt wurde. Er versprach sich in jedem Falle etwas von ihr, mochte sie nun in Italien oder in Frankreich oder in

---

wäre, bereits im Frühjahr 1809 ausgeführt worden wäre, zeigen die von Meinecke in der Historischen Zeitschrift (1893) N. F. 34, 464 ff. veröffentlichten Documente.

[1]) Stein an [Götzen], Troppau 12. Juli 1809.

[2]) Allerdings auch nach einem erschütternden Ereigniß, dem Wiener Frieden. Stein an Sack, [Troppau] 31. October [1809]: „Ein Regent ohne Willenskraft, ein Ministerium ohne Einfluß, eine Nation ohne gesetzliches Organ ihrer Meinung, was soll alles dieses für Resultate liefern? Alles löst sich in ein leeres Geschwätz, in kleine Oscillationen, die aus dem Wollen und Nichtwollen entstehen, auf, und weiter nichts hat Preußen in dem langen Zeitraum vom April bis zum October hervorgebracht, und weiter wird es auch nichts bis zum Augenblick seiner Auflösung hervorbringen."

[3]) Beer, 10 Jahre österreichischer Politik S. 389. 426. Wertheimer, Gesch. Österreichs 2, 272. Thimme, die inneren Zustände d. Kurfürstenthums Hannover 1806—1813 (1894) 2, 428. Wallmoden war 1795, vielleicht durch Stein bewogen, aus dem preußischen in den österreichischen Dienst übergetreten.

Deutschland erfolgen; er hielt es sogar für möglich, auf diese Weise Paris in Unruhe zu setzen: immer in großen Erinnerungen lebend, jetzt zumeist in denen, welche der glücklichen Abwehr imperialistischer Tendenzen galten, wies er auf ähnliche Unternehmungen Wilhelms III. hin; wenn sie nicht den erwarteten Erfolg gehabt, so habe dies an der Beschränktheit der Mittel und an der Verrätherei von Lord Churchill gelegen. Am liebsten aber war ihm natürlich eine englische Landung an der deutschen Nordsee-Küste, wie die Patrioten sie schon 1807 und 1808 gewünscht hatten[1]). Als sie Ende Juli nahe bevorzustehen schien, erregte sie ihn auf das tiefste. Sorgenvoll legte er sich die Frage vor, was ein fremder, mit dem deutschen Wesen unbekannter General hier alles verderben konnte. Durfte er da schweigen, wo es sich wesentlich mit um seinen alten westfälischen Amtsbezirk handelte, er also, wie wenig andre, sachverständig war? Und war die Pflicht zu reden nicht jetzt für ihn auch Lust und Genuß? Endlich konnte er etwas für die gute Sache thun; nachdem er Monate lang darauf gewartet hatte, gerufen und gehört zu werden, entschloß er sich doch, unaufgefordert Rathschläge zu ertheilen.

Er schrieb an Gentz und Stadion, aber auch sofort an denjenigen deutschen Prinzen, den er zur Leitung des von ihm geplanten Unternehmens ins Auge gefaßt hatte, den Prinzen Wilhelm von Oranien[2]), den Nachkommen der Grafen von Nassau, denen seine Vorfahren gedient hatten, den Sohn des letzten Erbstatthalters der Vereinigten Niederlande. Der Prinz hatte sowohl in den belgischen Feldzügen von 1793 und 1794 wie 1806 als preußischer General wenig Lorberen gepflückt, aber er war zwei Mal durch die Franzosen von Haus und Hof vertrieben worden, erst aus den Niederlanden, dann aus den deutschen Landschaften, die ihm beim Umsturze des Reiches als Entschädigung überwiesen waren. Steins Achtung hatte er gewonnen

---

[1]) Vgl. m. Scharnhorst 1, 505. 2, 188.

[2]) In den Briefen an Gentz und Stadion ließ er (Pertz 2, 372) noch die Wahl zwischen dem Oranier, einem Erzherzog und „dem Prinzen von Koburg", womit er vermuthlich Ferdinand, den späteren Stifter des Hauses Koharh, damals in österreichischen Diensten, meinte.

sowohl durch seine Weigerung, dem Rheinbunde beizutreten, wie als Bundesgenosse im Kampfe gegen Haugwitz und die Cabinets-Räthe: obwohl des Königs Schwager, unterschrieb er die große Eingabe vom August 1806[1]). Jetzt, 1809, stellte er sich in den Dienst der Sache, die den Völkern die Freiheit vom Napoleonischen Joche, ihm seinen alten Besitz zurück bringen sollte. Er, der österreichische Feldzeugmeister, ging — nicht ohne Vorwissen Steins, den er in Brünn aufsuchte — nach Königsberg, um Friedrich Wilhelm zur Schilderhebung zu bestimmen; was er allein gerettet hatte, die Diamanten seiner Familie, wollte er zur Bestreitung der Kriegskosten hergeben[2]). So versteht man, daß Steins Auge sich auf ihn richtete und darüber hinwegsah, wie übel auch dieser hohe Adliche der Reichsritterschaft mitgespielt hatte[3]). Er forderte ihn auf, für das nördliche Deutschland das zu werden, was sein erlauchter Geschlechtsgenosse Wilhelm I. für Holland gewesen war: er habe für sich den Namen, die Geburt, die Verbindungen im Inland, die Kenntniß der fremden Höfe; er habe seinen Besitz aufgeopfert, sein Leben für die gute Sache aufs Spiel gesetzt[4]) und dergestalt sich Ansprüche auf das Zutrauen und die Verehrung der Nation erworben. Neben dem Prinzen aber gedachte Stein selbst zu wirken. Was er dabei wagte, war ihm völlig klar; mißglückte das, was er plante, so confiscirte Napoleon seinen Besitz und vernichtete seine ganze bürgerliche Existenz in Deutschland. „Das wird mich aber", schrieb er in stolzer Erinnerung an den August 1807, „jetzt eben so wenig, als es in viel traurigern Lagen geschah, abhalten, meine Pflichten gegen mein Vaterland zu erfüllen." Er versenkte sich in das Dichterwort:

> Macht und Güter gehören der Erde,
> Er ist ein Fremdling, er wandert aus
> Und sucht ein unvergänglich Haus[5]).

---

[1]) Theil 1, 417.

[2]) Steins Selbstbiographie S. 173. Vgl. Pertz 6, 2, 999.

[3]) Pertz 3, 98. Vgl. Darmstädter, Großherzogthum Frankfurt (1901) S. 58 ff.

[4]) „unzählige Male", fügt Stein mit starker Hyperbel hinzu.

[5]) Stein an Schön, [Troppau] 12. August 1809; Pertz 2, 403.

Im Jahre 1808 hatte Ausgangs- und Mittelpunkt der von den Patrioten geplanten Insurrection der preußische Staat sein sollen. Davon konnte, da dieser in der Neutralität verharrte, jetzt nicht die Rede sein; die einzige Rücksicht, die Stein auf ihn nahm, war die seinen Vorschlägen hinzugefügte Clausel: „mit möglichster Schonung Preußens und seiner Anhänger." Der Prinz von Oranien soll auftreten, gleichzeitig als kaiserlicher Bevollmächtigter und als deutscher Fürst. Denn es versteht sich für Stein von selbst, daß die Dynastien Hannover, Braunschweig, Hessen und Oranien-Fulda[1]) wieder eingesetzt werden; Napoleon hat sie „ungerechter und verruchter" Weise abgesetzt, und sie werden ihren Mann im Kampfe wider den Usurpator stehen. Sie sollen unter dem Schutze des Kaisers einen Deutschen Bund schließen, dessen Aufgabe sein wird Wiederherstellung der deutschen Unabhängigkeit gegenüber dem Auslande, und Zerstörung des Rheinbundes. Der war in den Erörterungen des vergangenen Jahres, die von der österreichisch-preußischen Allianz beherrscht waren, zurückgetreten; jetzt, da seine Fürsten die Ruchlosigkeit begangen haben, ihre Truppen gegen die Freiheitsstreiter marschiren zu lassen, schüttet Stein die ganze Schale seines Zorns über ihn aus: er nennt ihn gesetzwidrig, ungeheuer, verderblich; er bestreitet den Fürsten, die ihn geschlossen haben, das Recht, die gesetzlichen Bande, die sie an den deutschen Staat knüpften, zu zerreißen und ihre Mitstände zu unterdrücken. Aber er unterscheidet Grade der Schuld. Mehr als die Feigheit der Fürsten, mehr als die Arglist und rohe Gewalt Napoleons geißelt er den Sklavensinn einzelner Minister, die eben deshalb in den künftigen Proclamationen besonders gebrandmarkt werden sollen. Das war nun freilich eine weder logische noch gerechte Distinction: denn wo war der rheinbündische Minister, der eigenmächtig gegen den Willen seines Fürsten gehandelt hatte? Kein Wunder, daß Stein selbst ins Schwanken gerieth[2]). Einmal erörtert er, daß alle kleinen

[1]) Fulda die Hauptstadt des 1803 dem Erbstatthalter überwiesenen Territoriums, zu dem außerdem noch gehörten Corvey, Dortmund, Weingarten und einige andre kleine Parzellen.

[2]) Pertz 2, 373. 391.

Fürsten, aus Egoismus und im Gefühl ihrer Schwäche, denselben schlechten Geist haben: es kommt ihnen nur auf die Erhaltung ihres winzigen Daseins an, sie sind gegen das Schicksal des Vaterlandes gleichgültig; man wird sie daher alle entweder vorläufig entfernen oder an einem sichern Ort sammeln und unter strenge Aufsicht nehmen müssen, während dessen ihr Land in ihrem Namen verwaltet wird, bis eine dauerhafte Ordnung der Dinge eintreten kann. Ein andres Mal aber will er, daß die Rheinbund-Fürsten aufgefordert werden, zu den Pflichten der Ehre und Treue gegen Kaiser und Reich zurückzukehren. Man geht wohl nicht fehl, wenn man hierin eine Rücksichtnahme auf die österreichische Politik findet, welche diese Fürsten geschont zu sehen wünschte[1].

So oder so: die Fürsten müssen sich eine Beschränkung ihrer Souveränität in einem doppelten Sinne gefallen lassen. Der Prinz von Oranien übernimmt die Bildung und die Führung der „deutschen Armee" im Namen des Beschützers von Deutschland, des Kaisers Franz; er thut es im weitesten Sinne des Wortes: auch die Einrichtung der Verwaltung, die Leitung der öffentlichen Meinung fällt ihm zu. In engem Zusammenhange damit steht, daß die Mitwirkung der Nation angerufen werden soll. Stein rechnet auf sie, aber, gerade so wie 1808 Gneisenau[2], in verschiedener Weise. Am wenigsten auf die Beamten: sie denken am gemeinsten, bei ihnen herrscht der Miethlingsgeist; man wird sie streng sichten und die beibehaltenen unter genaue Aufsicht nehmen müssen. Auch der Adel, der in seiner Mehrheit sich der Reform des Gemeinwesens so abhold gezeigt hat, wird ungünstig beurtheilt; den Wohlhabenden wird vorgeworfen, daß bei ihnen der Wunsch, ihr Eigenthum ruhig zu genießen, überwiegt, die Ärmeren hofft Stein nur durch die Aussicht auf militärische Ämter in Bewegung zu bringen. Eben so wenig traut er den Handeltreibenden einen großen Opfersinn zu. Das Meiste erwartet er von denen, die er zusammenfassend Mittelstand

[1] Oncken, Österreich und Preußen im Befreiungskriege 2,483. M. Scharnhorst 2, 248.

[2] Theil 1, 562.

und Bauern nennt. Er lobt sie, daß sie treu und fest an Deutschland, ihren alten Landesherren und am alten Zustand der Dinge hängen. Selbstverständlich meint er damit nur die Feindschaft gegen Napoleon und den Rheinbund, wie sie die Tiroler im Süden und die Niedersachsen im Norden beim Rückzuge der schwarzen Schar des Braunschweiger Herzogs bekundet hatten; er will nicht etwa auf Reformen verzichten. Im Gegentheil, er fährt fort: „Diesen Stand muß man ehren, heben und ihm die Aussicht zu großen Vortheilen verschaffen"; er redet von der Nothwendigkeit, die Verfassung von Stadt und Land[1]) umzubilden: womit offenbar eine populare Reform gemeint ist, denn unmittelbar darauf heißt es, man müsse den guten Geist der niederen Stände durch Erweiterung ihrer Thätigkeit benutzen und nähren. Wenige Monate zuvor hatte er in einem Briefe an den gleichgesinnten Gneisenau die denkwürdigen Worte gebraucht: „Die Verbesserung des Zustandes der unteren Volksclassen, die in Umlauf gebrachten liberalen Ideen über Verfassung werden bleiben und sich entwickeln"[2]). Was er wollte, war eine Annäherung des Kaiserthums an den dritten und vierten Stand, welche jenes, ohne die Mitwirkung von Adel und Fürstenthum auszuschließen, doch auf eine neue Basis gestellt hätte.

Die Motive, welche Stein in seine Rechnung stellt, sind verschieden: hier lautere und edle Triebe, dort Bewußtsein des eigenen Werthes oder Ehrgeiz oder gar selbstsüchtige Leidenschaften. Aber sie alle treten in den Dienst des Vaterlandes, und dadurch werden die minder guten geadelt. „Man muß die Thätigkeit vieler Menschen in Anspruch nehmen, die Leidenschaften aller Art reizen und in Spiel setzen, damit das Schicksal Aller an die Unternehmung gekettet und die Kräfte Aller auf ihre Ausführung und ihren Erfolg gerichtet werden." Stein weiß und bekennt von neuem, daß er nicht der Erste ist, der ein solches Werk empfiehlt; er gedenkt des Freiheitskampfes der nordamerikanischen Kolonien[3]), des Widerstandes, den

---

1) „die Municipal- und Communal-Verfassungen".

2) Stein an Gneisenau, Brünn 27. März 1809; Pertz, Gneisenau 1, 482.

3) Dabei beruft er sich auf Adam Smith (Wealth of Nations 3, 201 Ed. Basil).

Frankreich der ersten Coalition leistete, der Siege, die einen nach dem andern die Tiroler erfochten. Am auffälligsten ist auch jetzt seine Ähnlichkeit mit den Jakobinern. Auch er bevorzugt die niederen Stände, auch er will, daß die Gutgesinnten die Macht behaupten sollen, die sie haben, und diejenige erlangen sollen, die ihnen fehlt. Dazu will er die Presse ebenso benutzen wie die bestehenden geheimen Verbindungen, unter denen er den Tugendbund ausdrücklich namhaft macht, jetzt mit vorbehaltloser Anerkennung; sie sollen sich richten gegen Egoisten, Furchtsame und Verräther[1]).

Das Wichtigste wäre immer die Central-Verwaltung gewesen, die Stein als Rathgeber seines Prinzen eingerichtet hätte. Er nennt sie, mit einem neuen, wahrscheinlich von ihm erfundenen Worte[2]), Bundesrath, aber das Recht, dessen Mitglieder zu ernennen, soll der Prinz haben[3]). Unter den drei Sectionen des Bundesraths, die etwa den Ministerien des Innern, der Finanzen und des Krieges entsprechen, soll die Organisation der einzelnen Landschaften zwischen Elbe, Main und der böhmischen Grenze stehen. Die alten, wiederhergestellten Regierungen erhalten das Recht, einen Beamten für die Aushebung und Bewaffnung innerhalb ihres Gebietes zu ernennen. Der Rest des nordwestlichen Deutschlands wird, so weit er altpreußisch[4]) war, in zwei Gouvernements eingetheilt; die Posten der Civil- und Militär-Gouverneure, die hier walten sollen, werden — darin tritt

---

[1]) Vgl. Theil 1, 532 f.

[2]) Das Wort fehlt bei Adelung und taucht in der Schweiz nicht vor 1848 auf.

[3]) Stein an Oranien (Pertz 2, 374): „Personen, denen Höchstdieselben Ihr Vertrauen zu ertheilen geneigt wären".

[4]) In Steins Aufzählung der preußischen Provinzen zwischen Elbe und Main (Pertz 2, 378) fehlen die Altmark, Hildesheim, Goslar, Ostfriesland und alle westfälischen Annexionen von 1802. Daß dies kein Zufall ist, ergiebt sich aus der Aufzählung der in Betracht kommenden preußischen Infanterie- und Cavallerie-Regimenter; hier sind sorgfältig diejenigen ausgeschieden, welche aus den genannten Provinzen rekrutirten. Was hatte Stein mit ihnen vor? — Die Hanse-Städte werden den „Gouvernements" unterstellt. Von den Rheinbund-Staaten (Albertinisches und Ernestinisches Sachsen, Reuß, Anhalt, Hessen-Darmstadt und Nassau) ist nicht die Rede; das letzte Wort über sie sollte offenbar noch gesagt werden.

die Rücksichtnahme auf den alten Besitzer zu Tage — mit Preußen besetzt[1]). Die Gouverneure vertreiben die Präfecten und Unter-Präfecten von Rheinbunds Gnaden[2]) und arretiren sie als Geißeln für die neuen Beamten, die sie an ihre Stelle setzen. Ferner fällt ihnen die schon erwähnte Umbildung der Communal-Verfassung zu, deren Tendenz Aufreizung der ganzen Nation ist; Deputirte treten an die Seite des Generals, der Civil-Gouverneure und der Districts-Beamten, um — ungefähr so wie die ständischen Kammer-Mitglieder der preußischen Reform von 1807 und 1808[3]) — bei der Verwaltung mit Rath und That zu helfen.

Das militärische Aufgebot ist, wieder im Sinne der preußischen Reform von 1807 und 1808, dreifach: Linientruppen, Land-Miliz und Landsturm[4]). Die Offiziere werden, nach französisch-revolutionärem Vorbild gewählt, Drill und Gamaschendienst abgelehnt; es gilt der Grundsatz: Freies Spiel der Kraft, bewirkt durch möglichste Vereinfachung der Formen. Die Armee besteht nicht aus Contingenten der Einzelstaaten, sondern ist deutsch; ihre Farben und Wappen sind die altkaiserlichen. Auf ihren Fahnen sieht man den Hut der Freiheit über zerbrochenen Fesseln; den Wahlspruch: „Tod und Verderben Napoleon Buonaparte;" die Namen der Befreier deutscher Nation: Armin, der Besieger der Römer, Heinrich I. und Otto I., die Besieger der Magyaren, Wilhelm I. von Oranien, der Widersacher der Spanier. Sie alle haben einen Feind bekämpft, der nicht nur eine einzelne Nation bedrohte, und so gilt es auch jetzt einen Kampf zugleich „der Deutschheit und der Menschheit": in Steins Befreiungsplan fallen beide Ideen zusammen, wie in den Reden, die Fichte an seine Nation richtete. Die Vernichtung der Franzosen, sie mögen einzeln oder in Massen erscheinen, wird nach dem Vorbilde der

---

[1]) Im westfälischen Gouvernement Vincke und Blücher, im sächsischen Landrath v. Wedell (ob identisch mit dem bei Stern, Abhandlungen S. 156 erwähnten?) und General Rüchel.

[2]) „von denen nur ein schwankendes, niederträchtiges, selbstsüchtiges Benehmen zu erwarten ist". Pertz, 2, 371.

[3]) Theil 2, 76. 404.

[4]) „eine bewaffnete Masse".

Spanier von 1808 als eine Pflicht bezeichnet, auf deren Unterlassung der Verlust des Lebens und der Ehre steht. Es ist ein heiliger Krieg; das Gebahren Napoleons erinnert den Urheber dieser Freiheitspläne an das tiefe Dunkel, in das sich die schwarze Seele Satans im Messias des deutschen Dichters hüllt; unmöglich darf da die Geistlichkeit zurückbleiben: sie muß, wie in Spanien, wie in Tirol, den religiösen Sinn des Heeres und des Volkes auf die Erfüllung der vaterländischen Pflichten leiten, die jetzt eins sind mit denen des Soldaten.

Das waren Entwürfe, die in ihrer Vereinigung von Legitimität und Revolution da, wo sie wirken sollten, nur gemischte Empfindungen erwecken konnten. Gentz zwar war, so versicherte er wenigstens Stein, ganz Feuer und Flamme; Oranien dagegen äußerte sich sehr lau, und auch Stadion ging nicht über einige höfliche Redewendungen hinaus. Aber es kam gar nicht dazu, daß die Probe auf die Zuverlässigkeit aller dieser Erklärungen gemacht wurde. Denn die beiden Vorbedingungen des Unternehmens, die englische Landung und die kaiserliche Ermächtigung, blieben aus. Die Engländer landeten nicht in Norddeutschland, sondern an der Mündung der Schelde, und Kaiser Franz machte (14. October 1809) seinen Frieden mit Napoleon[1]).

Die Opfer, welche Österreich auferlegt wurden, waren schmerzlich genug. Es mußte sich zu ansehnlichen Abtretungen verstehen, die im Westen Baiern, im Osten das Herzogthum Warschau und Rußland verstärkten; im Süden wurde es ganz vom Meere verdrängt. Immer aber blieb es eine Großmacht, die dritte des Continents, von Napoleon selbst als solche anerkannt. Denn alsbald

[1]) Die Correspondenzen über das nordwestdeutsche Unternehmen im Archiv zu Nassau, veröffentlicht von Pertz 2, 369 ff.; Oraniens Briefe aus dem Französischen übersetzt. Steins Briefe sind datirt: Troppau 27. u. 29. Juli, 3. 20. 23. (oder 27.?) August, 6. u. 8. September 1809. Es fehlen seine Schreiben: v. 23. August an Gentz (von diesem „eben so bewundernswerth als rührend" genannt, Pertz 2, 380), v. 18. u. 21. September gleichfalls an Gentz (Pertz 2, 396 u. 399), v. 6. October an Oranien. — Vgl. de Bas, Prins Frederik der Nederlanden (1891) 2, 512 v.

warb er, der Sieger, um die Tochter des Besiegten: nicht etwa nur um seine Dynastie zu legitimiren, sondern auch um einen Bundesgenossen zu haben für künftige Kriege.

Für Stein hatte der österreichisch-französische Friede die Folge, daß er Troppau wieder verlassen konnte. Unter gewöhnlichen Verhältnissen hätte er die kleine, von allen geistigen Hülfsmitteln entblößte schlesische Stadt, in der er überdies genöthigt war, ein unbehagliches Gasthofsleben mit den Seinigen zu führen[1]), wohl ein Exil im Exil nennen können; aber mit ihm waren andere Emigranten dorthin geflüchtet, und unter ihnen fand er bald Gesinnungsgenossen und Freunde. Vor allen Pozzo di Borgo und die Gräfin Lanskoronska. Diese gehörte zu den fascinirenden Frauen, an denen die polnische Nation so reich ist. Sie hat Stein eben so rasch wie Gentz gewonnen. „So viel tiefes Gefühl", rief er ihr beim Abschiede zu, „für das Edle und Große, mit besonnener, ruhiger, gediegener Vernunft, so viele Liebenswürdigkeit und Einfachheit: Sie werden dadurch zu einer von den Erinnerungen, die man nie vergißt, bei denen man in allen Verhältnissen des Lebens mit Wohlgefallen verweilt, um das Gemüth zu erheben und zu veredeln". Bei dem Lobe dieser rein menschlichen Tugenden sprach die Politik ein Wort mit; denn die Gräfin hielt es nicht, wie die überwältigende Mehrzahl ihrer Landsleute, mit Napoleon, sondern war der Sache der abendländischen Freiheit zugethan[2]). Ganz und gar auf politische Übereinstimmung war die andre Freundschaft gegründet, die Stein in Troppau schloß. Pozzo di Borgo war ein Corse wie Napoleon, und als sie noch Kinder und Jünglinge waren, hatten die beiden in inniger Freundschaft gelebt. Dann war das Band jäh zerrissen worden durch den Gegensatz der Familien, der Charaktere, der Überzeugungen. Pozzo di Borgo ergab sich den Ideen von 1789, meinte aber mit ihnen die Institution der Erbmonarchie vereinigen zu

[1]) Stein à [la comtesse Sophie Brühl] B[rünn] 20. décembre 1809.

[2]) Ebendort: Elle [la comtesse Landskoronska] ne donne point dans les folies de sa nation, elle est attachée à la bonne cause. Außerdem Pertz 2, 412. 475. Das Urtheil von Gentz ebendort 2, 386 f.

können; nach dem 10. August 1792 ging er in seine Heimath zurück und trat, um deren Unabhängigkeit gegenüber dem jakobinischen Frankreich zu retten, in die engste Verbindung mit dem alten Vorkämpfer corsischer Freiheit, General Paoli. Bonaparte dagegen warf sich den Jakobinern in die Arme und half sein altes Vaterland endgültig in ein französisches Departement verwandeln. Für Pozzo di Borgo war fortan weder in Corsica noch in Frankreich Raum; geächtet und seiner Güter beraubt, flüchtete er in das Lager der Coalition. Erst wandte er sich nach England, das Paoli unterstützt hatte, dann nach Rußland: hier wie dort den Widerstand gegen das von Bonaparte regierte Frankreich, der ihm im Lichte einer Vendetta seiner Heimathinsel erschien, ermuthigend und verstärkend. Als der Zar sich mit Napoleon vertrug, verstand es sich für ihn von selbst, daß er Rußland verließ und Österreich aufsuchte, dessen conservativen Staatsmännern er noch vor Kurzem im Lichte eines Revolutionärs erschienen war. Nunmehr, nach dem unglücklichen Ausgang des österreichischen Freiheitskrieges, ging auch er nach Troppau. Wie hätte es anders sein können, als daß er mit dem andern, auch durch die Acht des revolutionären Weltreichs geehrten großen Widersacher Napoleons sich gar bald verstand? Ein jüngerer Freund von Pozzo di Borgo, der sich als dessen Schüler ansah, der Russe Uwaroff, hat uns geschildert, wie die beiden auf dem frischem Grün der friedlichen Fußwege Schlesiens umherwandelten und in diese, einer Vossischen Idylle vergleichbare, kleinbürgerliche Natur alle Aufregung der politischen Welt hineintrugen: der eine mit einem Antlitz von südlichem Ausdruck, in vollster Lebenskraft stehend, der andere schon bejahrt, durch die Unregelmäßigkeit seiner Gesichtszüge und durch einen Blick auffallend, der in die Tiefen der Seelen zu dringen schien. Ihre Unterredung umspannte, wie der Briefwechsel der nächsten Monate zeigt, die Welt; denn ihr gemeinsames Ziel war der Sturz des Imperators. Was darüber hinaus lag, trennte sie nicht, so verschieden sie es sich vorstellten. Pozzos Vaterland war unwiderruflich seiner Freiheit verlustig gegangen, also konnte es ihm gleich sein, wem er fortan diente; Steins Vaterland war noch

nicht ganz unterjocht, und er durfte hoffen, ihm die Freiheit zurückzugewinnen[1]).

Am liebsten wäre Stein von Troppau gleich nach Prag gegangen. Aber er bekam die Weisung, sich zunächst nach Brünn zurückzubegeben[2]). Es war der neue, auf Stadion folgende österreichische Staatskanzler, Graf Metternich, der dies bewirkte. Als Motiv für seinen Rath, den dann der Kaiser befolgte, gab er an: Prag werde in diesem Winter der Sammelplatz des böhmischen Adels werden; die Stadt sei groß und werde daher von französischen Emissären und Spionen mehr besucht werden als Brünn; das Glücklichste aber, was dem Freiherrn von Stein in der ersten Zeit geschehen könne, sei, „sich gänzlich vergessen zu machen;" sowohl sein eigenes Interesse wie das des österreichischen Kaisers müsse ihn bestimmen, nach Brünn zu gehen. So redete Metternich auch gegenüber den Freunden Steins, die sich für dessen Wünsche verwandten: er wolle ihn gegen neue Verfolgungen sicher stellen. Aber weshalb wurde diese Fürsorge dem andern Geächteten, Pozzo di Borgo, vorenthalten, weshalb ließ man den sogar nach Wien übersiedeln? Es scheint so, als habe Metternich bei Napoleon ein größeres Maß von Feindschaft gegen seinen deutschen als gegen seinen corsischen Widersacher vorausgesetzt[3]). Oder war ihm selber schon damals Stein im Grunde des Herzens antipathisch und verdächtig? Die unfehlbar doch von ihm angeordnete Überwachung der Steinschen Correspondenz würde dafür sprechen[4]).

---

[1]) Ouvaroff, Stein et Pozzo di Borgo (mit dem schönen Virgilschen Motto: Ceu duo nubigenae cum vertice montis ab alto descendunt centauri) St. Pétersbourg 1846, aufgenommen in seine 1848 von Léonzon Leduc herausgegebenen Esquisses politiques et littéraires p. 104. 110. (Deutsch in: Aus den Papieren Schöns 2, 258 ff.)

[2]) Der neue Aufenthalt Steins in Brünn begann depuis le mois de novembre 1809; Stein à la princesse Louise Radziwill, B[rünn] 31. décembre 1809. Nach Fournier (Stein u. Gruner S. 127) am 11. November.

[3]) Worin er sich übrigens geirrt haben würde; denn Napoleon forderte (26. Juli 1810) die Ausweisung von Pozzo di Borgo aus Österreich. Correspondance de Napoléon I. 20, 540; Maggiolo, Pozzo di Borgo (1890) p. 137 s.

[4]) Die Intercepte in der oft citirten Abhandlung von Fournier. Vgl. Mittheilungen d. Instituts f. österreichische Geschichtsforschung 16, 500.

Sicher ist, daß Kaiser Franz im Februar 1810 Steins Wunsch erfüllte, Metternich noch nach Monaten die Erfüllung des Wunsches bedauerte[1]).

So ging denn Stein im Juni 1810 nach Prag zurück[2]), um dort und in der Nachbarschaft den ganzen Rest seines österreichischen Exils zu verleben. Der Plan einer Reise nach Ungarn scheiterte an der Ängstlichkeit Metternichs[3]); dem Vorhaben, Baden bei Wien und die Bergwerke von Ober-Österreich und Steiermark aufzusuchen, stellten sich andere Hindernisse entgegen[4]): genug, über die Gränzen Böhmens kam Stein nicht hinaus[5]). Aber Prag hielt ihm, was es versprochen hatte. Er fand sich inmitten einer schönen Landschaft; große historische Erinnerungen regten ihn an: der Karlstein, „der Wohnsitz Karls IV., dieses kenntnißvollen, thätigen, weisen Fürsten," die ehr-

[1]) Vortrag v. Metternich, Totis 15. October 1809; Fournier, Stein u. Gruner S. 126 f. Hiernach Kaiserliche Resolution an den Oberst-Burggrafen v. Prag, Grafen Wallis, v. 16. October 1809. Stein an Metternich, Brünn 19. Januar 1810. Stein an O'Donnell, o. D. (wahrscheinlich auch v. 19. Jan. 1810): Mon désir de m'établir à Prague est motivé par le rapprochement de l'Allemagne où tous mes rapports aboutissent, et par l'impossibilité de suivre ici l'éducation de mes enfants. Zustimmende Antwort Metternichs v. 8. Februar 1810. Pozzo di Borgo à Stein, Vienne 25. janvier 1810. Ganz klar ist die Angelegenheit übrigens nicht. Nach dem Schreiben Metternichs an den Polizei-Vicepräsidenten Freiherrn v. Hager (bei Lentner S. 17 u. Trautenberger S. 25) muß man annehmen, daß Kaiser Franz seine Erlaubniß hinter dem Rücken von Metternich ertheilt hat, während doch das im Nassauer Archiv ruhende Schreiben Metternichs v. 8. Februar 1810 beweist, daß er sofort eingeweiht wurde. Log er oder vergaß er? Von der durch seinen Vortrag bewirkten kaiserlichen Resolution v. 16. October 1809 sagte er zu Gentz (s. dessen Schreiben an Stein, Ofen 26. October 1809), es sei die „eigne unmittelbare Entscheidung des Kaisers".

[2]) Tag seiner Ankunft: 9. Juni 1810. Fournier, Stein u. Gruner S. 129.

[3]) Gentz an Stein, Wien 21. Mai 1811.

[4]) Stein an Metternich, B[rünn] 2. Juni 1810. Stein an Gentz, o. D. (zwischen dem 21. Mai u. 16. Juni 1811). Zur Reise nach Ober-Österreich erhielt Stein die Vollmacht, sich Pässe ausfertigen zu lassen; Gentz an Stein, Wien 16. Juni 1811.

[5]) Im Sommer 1811 (v. 1. Juli an) bewohnte Stein das nahe bei Prag gelegene „hübsche Schloß Troja". Stein an Gentz, [Prag, zwischen d. 16. u. 30. Juni 1811]; Pertz 2, 555.

würdigen Kirchen der Stadt, „die Wiege religiöser Reformation, die Tausende von tapferen Männern mit dem Schwert erfochten, mit ihrem Blut besiegelten"[1]). Er konnte, wenn er es sich auch — im Hinblicke auf die österreichische Regierung — zur Regel machte, eingezogen zu leben, doch einige willkommene Beziehungen zum einheimischen Adel pflegen[2]). Vor Allem aber: Böhmen gravitirte viel mehr als Mähren nach dem „Reiche". Freilich war nicht alles, was von dort her kam oder gekommen war, erfreulich. Weder jener Prinz Bernhard von Weimar[3]), von dem Stein bemerkte: „Er gleicht seinem Vorfahr nur in dem Mangel an Vaterlandsliebe, da er das Kreuz der Ehrenlegion trägt, für einen Deutschen das Zeichen der Knechtschaft". Noch die beiden Geizhälse, Kurfürst und Kurprinz von Hessen-Kassel, die, von Napoleon verjagt, eine Zuflucht an der Moldau gefunden hatten; Stein konnte nicht umhin, sie zu ermahnen, daß sie die treuen Unterthanen, die sich für sie aufgeopfert und noch für sie zu handeln bereit seien, auch ihrerseits unterstützten[4]). Indessen für solche Erfahrungen fand er sich entschädigt durch andern Besuch. Da kam seine Schwester Marianne; er sah sie nicht in Prag, sondern in Laun, näher der sächsischen Gränze. Sie war während des Krieges von 1809 wegen angeblicher Begünstigung des hessischen Aufstandes[5])

---

[1]) Stein an Prinzeß Wilhelm v. Preußen, Prag 27. September 1810; Pertz 2, 523.

[2]) Stein à Hardenberg, P[rague] 21. juillet 1811 (Histor. Zeitschr. [1881] N. F. 10, 189): J'évite toutes les grandes réunions, les bains etc., je ne vois que 3 ou 4 maisons à Prague etc. In seinen Briefen nennt Stein die Familien der Grafen Czernin, Thun (diese mit den Brühls verwandt) und St[ernberg], außerdem Fritz Stadion, den Bruder des Ministers. — Pertz (2, 471) fügt noch den Oberst-Burggrafen, Graf Kollowrat, hinzu. — Vgl. Fournier, Stein u. Gruner S. 217 ff.

[3]) grand flandrin, débauché et niais etc. Stein à la princesse Louise Radziwill, Prague 24. octobre 1811.

[4]) Pertz 2, 606 ff.

[5]) Von Stein (in der Denkschrift „Über meine gegenwärtige Lage, wie sie ist und wie sie im September 1807 war — über die Ursachen, die sie herbeigeführt", Prag 12. Juli 1811) in Abrede gestellt. — Vgl. Lynker, Gesch. d. Insurrectionen wider d. westfälische Gouvernement (1857) S. 156 f. Mémoires du comte de Senfft (1863) p. 585. Kleinschmidt i. d. Zeitschrift d. Vereins f. Hessische Geschichte (1890) N. F. 15, 272 ff.

verhaftet und nach Paris gebracht, schließlich zwar frei gelassen worden, aber der Stiftsstelle in Wallenstein, von der sie lebte, verlustig gegangen. Dann fand sie ein Unterkommen in der Familie ihrer Nichte[1]), die an den sächsischen Minister Graf Senfft verheirathet war. Stein wollte davon nichts wissen und prophezeite baldige Trennung: Marianne werde es nicht aushalten im Hause dieses Rheinbündlers, wo man sich eine Ehre daraus mache, wirkende Kraft alles dessen zu sein, was ein patriotisches Herz verabscheue. Er behielt Recht; sie verließ gar bald Dresden und ging nach Dietz an der Lahn, „in die Nähe des väterlichen Himmels"[2]): beneidet von dem Bruder, der auch während der großen Königsberger Tage nicht aufgehört hatte, für die heimathlichen Wälder und Felder, hoffentlich dermaleinst die Ruhestätte seines Leibes, zu sorgen. Seufzend wiederholte er das Dantesche Wort: „Es ist hart, fremde Treppen steigen zu müssen", und bis in die Tiefen der Seele wird es ihn erschüttert haben, als Prinzeß Wilhelm, die in Nassau gewesen war, ihm von der Liebe seiner ehemaligen Unterthanen erzählte: „Ein jeder sprach von Ihnen, wie ich von Ihnen denke"[3]). Von Berlin kamen nach Prag, außer Anderen, Kunth und Arnim; beide blickten ehrerbietig zu Stein empor, und er schätzte sie, jenen als ehemaligen Mitarbeiter, diesen als einen der wenigen nicht junkerlich gesinnten märkischen Adlichen[4]). Auch Wilhelm v. Humboldt machte, als er nach Wien fuhr, um die Geschäfte der

---

[1]) Luise, Tochter der Frau v. Werthern. S. Theil 1, 15.

[2]) Deutsche Einschaltung in einem französischen Briefe.

[3]) Stein an seine Frau, Königsberg 19. Juni 1808 (Pertz 2, 174): „Ich will dort den Sarg meiner Eltern hinstellen, mir einen Platz an ihrer Seite bereiten und das Ganze umgeben mit der rothen Ceder oder piniperus Virginiana, dem Lebensbaum, Babylonischen Weiden und ein Paar Cypressen". Stein à la comtesse Sophie Brühl: [Prague] 21. avril 1811; s. d. [nach dem 5. Juni 1811]. Prinzeß Wilhelm an Stein, Berlin 14. December 1810; Pertz 2, 525.

[4]) Arnim pries nach Steins erster Entlassung (Berlin 7. März 1807, Pertz 1, 411) ihn „als einen der seltenen Männer, die das Gute und Rechte nur um des Guten und Rechten willen thun, ohne Rücksicht auf sich, ohne Interesse, bloß weil Sie überzeugt sind: es muß so sein". Charakteristisch für Arnims politische Meinungen sein Schreiben bei Pertz 2, 563 ff.

preußischen Gesandtschaft zu übernehmen, in Prag Station, um den Mann persönlich kennen zu lernen, der ihn zum Unterrichts-Minister des preußischen Staats vorgeschlagen hatte. Die beiden verstanden sich sehr gut; Humboldt erklärte im Hinblick auf Stein: „Männer von großem Kopf und Energie können allein noch der Noth der Zeit abhelfen", und Stein bedauerte die verspätete Bekanntschaft, da vielleicht sonst hätten Einrichtungen getroffen werden können, um einem Manne von Humboldts Geist und Kenntnissen sogleich ausgedehntere und angenehmere Verhältnisse zu verschaffen[1]). Diejenigen Freunde aber, welche nicht kommen konnten, hatten es leichter und näher mit ihren Briefen als nach Brünn, namentlich wenn sie zum Hofe gehörten oder im Ministerium angestellt waren, die beide seit Ende 1809 wieder in Berlin waren. Unter den Correspondenten ragten wieder durch Zahl und Inhalt der Briefe, die sie sandten und empfingen, drei hochgeborene und unter einander befreundete Frauen hervor: Gräfin Sophie Brühl und die Gemahlinnen des Prinzen Wilhelm von Preußen und des Fürsten Radziwill. Gräfin Brühl, die Frau des Erziehers von Friedrich Wilhelm III., wird er im Hause der Frau v. Berg kennen gelernt haben[2]); Prinzeß Luise Radziwill war die Schwester seines Freundes Louis Ferdinand; Prinzeß Wilhelm nannte er jetzt, in der verdeckten Bilder- und Zeichensprache seiner Briefe, Vittoria Colonna: womit er doch wohl zu verstehen geben wollte, daß von ihrem Gemahl ähnliche Versuchungen siegreich bestanden seien wie von Pescara, dem Feldhauptmann Karls V.[3]) Mit unerschütterlicher Treue bewahrten diese Frauen ihrem Heroen die Freundschaft, und er erwiederte diese Neigung, indem er mit ihnen alles besprach, was die Seele bewegt: Natur und Menschen, Literatur und Leben, Familie und Staat, Alltägliches und Ewiges[4]).

---

[1]) Theil 2, 540. W. v. Humboldt an Stein, Wien 18. October; [Prag] 28. October 1810.

[2]) Schwartz, Clausewitz (1878) 1, 179 f.

[3]) Theil 2, 96. 145. Baersch, Beiträge z. Gesch. d. sogenannten Tugendbundes S. 33 f. M. Scharnhorst 2, 277. Fournier, Stein u. Gruner S. 138.

[4]) Der französische General-Consul in Königsberg, Clérembault, erklärte sich dieses Verhältniß auf seine Weise, indem er an Napoleon berichtete (Königs-

Sie weilten im Norden; aber in der ersten Zeit des Prager Aufenthalts war Steins Auge noch, wie vorher in Brünn, mehr südwärts gerichtet.

Stein gehörte zu denen, welche die neue Wendung in den Geschicken Österreichs auf das schmerzlichste empfanden. Er nannte den Frieden von Schönbrunn übereilt, demüthigend und verderblich, das Ehebündniß zwischen Napoleon und der Erzherzogin Marie Luise widernatürlich. Aber hält man daneben jene zornigen Worte über Preußen, so erscheint dieses Urtheil maßvoll; die Erinnerung an die Heldenthaten des Jahres 1809, vielleicht auch die alte, eben jetzt wieder aufgelebte Liebe des Süddeutschen und des Reichsritters zu Österreich[1]) wehrten den harten Worten, die sich auf die Lippen drängen wollten[2]). Im Gegentheil, er suchte jetzt, da der Friede eingekehrt war, dem gastfreien Lande seinen Dank dadurch abzustatten, daß er über die ihm nothwendigen Reformen nachsann.

Die Agrar-Verhältnisse schienen ihm in einem großen Theile des Reiches zur Zufriedenheit geregelt. Ehrlich gestand er den Freunden ein, wie weit — Dank den Reformen Josefs II. — die Österreicher den Preußen auf diesem Gebiete überlegen waren, noch über das Edict vom 9. October 1807 hinaus: die Hörigkeit beseitigt; der Mühlenzwang ganz, der Getränkezwang großentheils abgeschafft; die Domänen zerstückelt; in jedem Kreise besondere Anwälte angestellt, welche un-

berg 30. Mai 1809; A. Stern i. d. Revue historique 24, 320): Ce ministre [Stein] a, pendant longtemps, vécu avec la princesse Radziwill, et cette dernière s'étant . . . emparé de l'esprit du roi et de la reine, les a constamment fait accéder à tous les projets dudit ministre.

[1]) Stein an seine Schwester Marianne, [Prag] 7. December 1810: „Ich werde dieses Land der Rechtlichkeit und Gutmüthigkeit, das ich bewohne, nie verlassen".

[2]) Schreiben Steins, Troppau 2. November 1809: Il est affligeant de voir que tant d'efforts, tant de sacrifices et un dévouement si généreux et si noble de toutes les classes des habitants de la monarchie et tant de bonne volonté de la part du souverain n'ait point amené de résultats plus heureux pour le moment. — Stein à Pozzo di Borgo, Brünn 16. avril 1810: Et on a laissé égorger Hofer . . . il a dû augmenter le nombre des martyrs de la bonne cause.

entgeltlich die Rechte der Unterthanen gegen die Gutsherren zu vertreten hatten; überall die Bauern Eigenthümer: ausgenommen in Galizien, aber auch dort durfte kein Bauer ohne richterliche Erlaubniß seines Hofes entsetzt werden. Ganz schlimm stand es nur in Ungarn denn hier hatte Josef II. seine Reformen zurücknehmen müssen[1]).

Desto ungünstiger urtheilte er über das Bildungswesen. Auch in Preußen gab es da, wie wir sahen, manches zu reformiren; aber wie viel mehr in Österreich. Er erkannte die beiden großen, eng verbundenen Hindernisse, mit denen hier ein Reformator zu kämpfen hatte: die Rückständigkeit der Nationen des Donaureichs und die Präponderanz der römischen Kirche. Die Slawen und Ungarn, erörterte er, sind Barbaren, haben keine Literatur, sind vom Meere abgeschnitten, gränzen wieder an Slawen oder gar an Türken, entbehren jeder geselligen Einrichtung, um Menschen zu bilden, zu entwickeln und zu veredeln. Überall hat die Kirche die geistige Entwickelung aufgehalten, sie „lähmte jede Äußerung eines Geistes freier Untersuchung", und neuerdings hat der österreichische Staat alles noch dadurch verschlimmert, daß er das Erziehungswesen in die Hände einer einzigen Mönchs-Congregation, der Piaristen, legte. Da empfahl denn Stein den Österreichern, was er in Preußen durchsetzen wollte: die Pestalozzische Erziehungsweise, zu handhaben von den aufgeklärtesten Geistern[2]). Diejenigen aber, welche die Kinderschuhe ausgetreten hatten, sollten weniger als bisher durch die Censur beengt werden. Das wäre allen Nationalitäten zu Statten gekommen; aber Steins Idee war nicht, diesen Proceß abzuwarten. Da die Überlegenheit der deutschen Cultur unbestreitbar ist, soll Österreich sie sich zu Nutze machen, wie das seine größten Regenten, Maria Theresia und Josef II., gethan haben. Es soll die deutschen Gelehrten benutzen, um auf die öffentliche Meinung in Deutschland zu wirken; es soll die ausgezeichneten unter ihnen,

---

[1]) Stein an Kriegsrath Scheffner, Troppau 6. August (Pertz 2, 402); an Kunth, Troppau 7. August 1809.

[2]) qu'on le confie aux personnes les plus éclairées, et point à un ordre monastique quelconque dont la règle et l'esprit de corps retrécissent le nombre des concurrents etc. Vgl. Pertz 2, 417.

besonders diejenigen, welche für die gute Sache schreiben, belohnen; es soll Zeitungen und Zeitschriften sich zu eigen machen. Gleichzeitig soll es daheim die wissenschaftlichen Anstalten verbessern und vermehren, z. B. eine eigene Akademie der Wissenschaften einrichten. Sehr wichtig ist die oberste Leitung des gesammten Erziehungs- und Bildungswesens; es soll, die Erneuerung einer alten Forderung Steins[1]), ein Departement für sich ausmachen, und dies müßte einem Manne anvertraut werden, wie Preußen so glücklich ist gegenwärtig in Wilhelm v. Humboldt zu haben, „der einen vorzüglichen Geist und Gründlichkeit des Charakters besitzt und der diese Eigenschaften mit ruhmvoller Treue in seinem Wirkungskreise gebraucht“[2]). Befolgt Österreich diese Rathschläge, so wird es dem Vorurtheile entgegenwirken, unter dem es in Deutschland zu leiden hat, als halte es die Fortschritte des menschlichen Geistes zurück und lähme dessen Kraft durch die ängstliche Vormundschaft, die es über ihn ausübe. Der Moment ist günstig: wie sehr hat es durch seinen Freiheitskampf an Achtung und Theilnahme in Deutschland gewonnen. Politik und Cultur, Deutschthum und Bildung sollen zusammenwirken, um eben so sehr Österreich für die schweren Verluste des letzten Friedens zu entschädigen wie Deutschlands Einfluß im Osten zu stärken.

Eng damit zusammen hing eine constitutionelle Frage, über deren für das österreichische Gemeinwesen verhängnißvolle Bedeutung sich Stein nicht die geringsten Täuschungen machte: „Der Mangel an Einheit ist der österreichischen Monarchie äußerst nachtheilig, sowohl in ihrer inneren Verwaltung als bei der Bildung und Anwendung ihrer Streitkräfte“. In der einen Hälfte des Staats ist der Monarch absolut, in der andern parlamentarisch beschränkt. Stein urtheilte über die ungarische Verfassung eben so streng wie über den Charakter der ungarischen Nation, die er mit Recht als eine Einheit behandelte; denn die von den Magyaren unterdrückten andern Nationalitäten hatten sich kaum zu regen begonnen. Der Verfassung warf er vor, daß sie dem Adel die Steuerfreiheit und die politische

[1]) Theil 2, 390. 415.

[2]) Geschrieben ehe Humboldt nach Wien ging; vgl. S. 43 f.

wie die bürgerliche Freiheit zusichere, während sie die übrigen Stände im Drucke der Leibeigenschaft, der Frohnden, der Abgaben, des Militärzwanges erhalte. Der Nation wollte er zwar zu Gute halten, daß sie erst sehr spät vom türkischen Joche befreit und zu innerer Ruhe gelangt sei, aber deshalb bleibe es doch wahr, daß sie von Vorurtheilen erfüllt sei, eine blinde Anhänglichkeit an ihre fehlerhafte Constitution hege, ihr Verhältniß zu andern Staaten falsch beurtheile und ihre vermeintlichen National-Vorzüge aufgeblasen zur Schau trage. Wie war da zu helfen? Als Stein im Jahre 1810 sich zum ersten Male über diese Frage äußerte, lehnte er die Nachahmung der Politik Josefs II., die gerade in Ungarn zu Falle gekommen war, ab: die Regierung möge sich hüten, bestehende Rechte zu untergraben, sich von Eifersucht und Hinterlist fern halten, offen und frei vorgehen, Vertrauen zeigen und einflößen. Sie möge die Mittel brauchen, die ihr die Verfassung des Landes an die Hand gebe. Sie könne durch das Recht, die Ämter zu besetzen, auf die erste Kammer des Reichstages, die Magnaten-Tafel, die aus Beamten bestehe, wirken; sie verfüge über bedeutende Güter: also ständen ihr die beiden kräftigen Hebel des Ehrgeizes und des Eigennutzes zu Gebote; sie habe aber auch die Leitung des öffentlichen Unterrichts, könne also die Nation erziehen. Endlich hoffte er, daß die Ungarn selbst, ihrerseits durch das Vordringen der Universal-Monarchie Napoleons bedroht, schon jetzt geneigter sein würden, sich fest an Österreich anzuschließen. Während dergestalt in Ungarn die Monarchie Schritt für Schritt die Fehler der ständischen Verfassung corrigirte, sollte sie nach Steins Wunsch diesseit der Leitha sich selbst beschränken: die Bureaukratie depossediren, die verschiedenen Classen der Bevölkerung durch den Dienst in der Communal-, in der Provincial-Verwaltung, im Heere an den Staat knüpfen, gerade so wie er es in Preußen gewollt hatte. Die Ausführung dieses Gedankens erschien ihm in Österreich fast noch leichter, denn das Land war reicher, die Wirkung aber eben so sicher: die Abkehr von dem Egoismus und der Genußschwelgerei[1]).

[1]) „So wird ihr [der Nation] Geist gestärkt, ihr Gemüth veredelt und ihre Liebe zum Genuß und zur Sinnlichkeit vermindert. In einem reichen Lande

Die größte Schwierigkeit des Moments waren für Österreich die Finanzen, die von Alters her in Unordnung, durch den zehnjährigen Krieg gegen die Revolution, die beiden Feldzüge gegen das Empire, die Abtretungen und die Kriegs-Contribution des letzten Friedens völlig zerrüttet waren.

Gewohnt, die Bedürfnisse des Gemeinwesens über die des Individuums zu stellen, schreckte Stein — und zwar bereits ehe der Friede geschlossen war[1]) — nicht davor zurück, einen partiellen Bankerott zu empfehlen, die Herabsetzung des Papiergeldes auf den Tagescurs (damals nur 37 Procent). Österreich, meinte er, befolge damit nur das Beispiel, das er selbst vor Kurzem durch die Reduction der Scheidemünze gegeben[2]), und das Beispiel Friedrichs des Großen, der nach dem siebenjährigen Kriege sein minderwerthiges Metallgeld auf den wahren Werth zurückgebracht habe[3]). Über den Einwand, daß dadurch die Einzelnen hart und obenein verschieden hart getroffen würden, half er sich mit der Erwägung fort, daß der Verlust sich auf viele vertheile und die momentanen Inhaber des Papiergeldes sogar nichts verlören, da sie es nach dem Tagescurse angenommen hätten; der Gesetzgeber habe nur diejenigen Gläubiger zu schützen, welche ihr Capital zu einer Zeit gesammelt hätten, in der das Papiergeld höher stand. Von einer Wiederaufnahme der Baarzahlungen konnte zunächst keine Rede sein,

wie dieses giebt es eine große Menge von Menschen, die einen Theil oder das Ganze ihrer Zeit frei haben von Nahrungssorgen, und die Thätigkeit dieser Menschen muß man durch eine zweckmäßige Verfassung in Anspruch nehmen, sie veredeln und sie verhindern, daß sie ihre Kräfte nicht im Genuß verschwenden oder nur ausschließend auf eigennützige Zwecke richten." Die Worte stehen in einer undatirten, wohl aus dem Frühjahr 1810 stammenden Aufzeichnung; Pertz 2, 450 ff. Außerdem: Stein an Scheffner, Troppau 6. August 1809; Pertz 2, 482. Stein à Pozzo di Borgo [Brünn février 1810], [Brünn] 16. avril 1810; zum Theil übersetzt b. Pertz 2, 421 ff. u. 433 ff. Denkschrift v. Stein, „Brünn im März 1809" (verschrieben für 1810, wie schon Pertz 2, 423 bemerkt hat.)

[1]) Denkschrift v. Stein, „Troppau i. August 1809".

[2]) Theil 2, 245 ff.

[3]) Diesen ganzen Vorgang entschuldigte er jetzt, anders urtheilend als 1805 (Theil 1, 380), mit dem Drange der Umstände.

und Stein, die uns bekannten Argumente[1]) wiederholend, erklärte, das Papiergeld sei nützlich und nothwendig. Den nahe liegenden, aus der französischen Revolution geläufigen und eben damals auch in Österreich auftauchenden Gedanken, das Kirchengut einzuziehen und den Klerus aus den Staats-Cassen zu besolden, verwarf Stein, nicht im Einklang mit sich selber[2]): „Religions- und Erziehungs-Anstalten", erklärte er, „müssen ein von den Staats-Cassen unabhängiges Eigenthum haben, besonders in unsern Zeiten, wo jeder Staat mit Zertrümmerungen und willkürlichen Gebietsveränderungen[3]) bedroht ist".

Aber es versteht sich, daß er dabei nicht stehen blieb. Er drang einerseits auf Ersparnisse, vor Allem in der Armee; da war es das Krümper- und Landwehr-System seines Freundes Scharnhorst, das er den Österreichern auseinandersetzte und ans Herz legte. Die Land-Miliz, wie auch er damals die Landwehr noch nannte, sei in Österreich sogar leichter durchzuführen: denn die Gewerbe würden hier, wo die Bevölkerung dichter und die Feldarbeiten nicht durch das Klima auf eine kurze Zeit beschränkt seien, weniger unter den militärischen Übungen zu leiden haben. Bewaffnet und bekleidet würde die Miliz durch die Stände und eine von ihnen bewilligte außerordentliche Auflage. Überhaupt fand er, daß in der österreichischen Monarchie die Steuern zu niedrig seien, und dabei hatte er vornehmlich die Länder jenseit der Leitha im Auge. Von neuem schalt er über die Ungarn, die sich weigerten, nach dem Maße ihrer Kräfte zu den Lasten des Gemeinwesens beizutragen. Er bezeichnete ihren Unverstand und blinden Egoismus als die Hauptquelle des Unglücks von Österreich; zornig verwarf er ihre Prahlereien und erinnerte daran, wie bescheiden ihr Antheil an den Thaten von 1809 gewesen sei: „Man spricht von ihrer Tapferkeit, und sie reiten bei dem ersten Pistolenschuß bei Raab zum Teufel; von ihrer Bereitwilligkeit, den Staat aus der Gefahr zu reißen, und die ganze In-

[1]) Theil 1, 381. 420.

[2]) Theil 2, 528.

[3]) „Abründungen."

surrection bestand in einer unbeholfenen Menschenmasse von 35000 Mann". Und nunmehr empfahl er geradezu den Staatsstreich. „Hat Ungarn eine Verfassung? Ein tumultuarischer Reichstag, die Exemtion einer Classe von allen Geldleistungen, Leibeigenschaft in ihrer rohesten Gestalt von drei Fünfteln der Nation: das ist keine Verfassung". Wie sehr stehen die Ungarn hinter den Polen von 1791 zurück, die freiwillig unhaltbare Rechte aufgaben. „Ungarn müßte erst eine Staatsverfassung erhalten, und nur dann beobachtet der König seinen Krönungseid, wenn er alles versucht, um die geistigen und physischen Kräfte der Nation und des Landes zu entwickeln, indem er ihr den Genuß einer gesetzlichen Freiheit verschafft. Ihm liegt es auf, das für Ungarn zu werden, was Gustav Anno 1772 für Schweden ward." Aber auch mit den Österreichern war er in dieser Angelegenheit nicht zufrieden. Er verglich die Wiener Bankiers mit den Kaufherren in London und Amsterdam, die nicht nur die Ehre der Zahlungsfähigkeit, sondern auch ihre Würde und ihren Einfluß in Parlament und Nation aufrecht erhielten, und rief jenen zu: „Es sind Bankiers mit Bankiers-Seelen und jüdischen Bankiers-Seelen". Um „dieser Bande" das Handwerk zu legen und das Börsenspiel einzudämmen, schlug er geradezu vor, den Curszettel abzuschaffen. Wie immer nahm auch hier seine Kritik eine moralische Wendung. Er warf den Capitalisten, aber auch den Gutsbesitzern Habsucht und Mißbrauch ihrer Eigenthumsrechte vor. Ihre Pflicht sei es gewesen, durch Verabredungen und ein großes Beispiel den Curs des Papiergeldes aufrecht zu erhalten und so die Revolution der Preise zu verhindern, welche die Nichteigenthümer zur Verzweiflung brachte[1]).

[1]) Denkschrift v. Stein, [Brünn] 21. März 1810. Stein an Wilhelm v. Humboldt, [Prag] 28. October 1810; Pertz, 2, 534 f. (Fortsetzung auf S. 507.) Stein an Gneisenau, P[rag] 13. Januar 1811; Pertz 2, 536 f. Denkschrift v. Stein, Prag 15. März 1811; Pertz 2, 544 ff. Stein an Gentz, [Prag Juni 1811]; Pertz 2, 557. Steins Kritik zweier Denkschriften von Pozzo di Borgo und von Gentz o. D. [1811]; Pertz 2, 751 ff. Aufzeichnung Steins o. D., überschrieben: „Vortrag der [ungarischen] Stände am König d. d. 11. November 1811"; Pertz 2, 559 f.

So, meinte er, könne der österreichischen Monarchie durch die Weisheit ihrer Regierung und durch die Hingebung ihrer Völker geholfen werden. Aber da seine Rathschläge an Mittelspersonen gerichtet waren, ist es bei keinem einzigen sicher, ob er an die maßgebenden Autoritäten gelangte, und jedenfalls ist, wenn man sie als Ganzes auffaßt, nicht in ihrem Sinne gehandelt worden. Zwar blieb das Kirchengut verschont, und Ungarn wurde durch eine Art Staatsstreich zu den Lasten des Gemeinwesens herangezogen. Dagegen wurde das Heer nur vermindert, nicht zum Organ des nationalen Waffendienstes ausgebildet. Das Papiergeld wurde herabgesetzt, aber nicht auf seinen wahren Werth, und die Vermögenssteuer, die unter Steins Zustimmung bereits angekündigt war[1]), unterblieb[2]). Vor Allem: nichts geschah, um die Bevölkerung geistig zu heben und zur Arbeit am Staate zu erziehen. Wenn schon zur Zeit von Stadion die Reform auf ein enges Gebiet beschränkt worden war, so trat unter Metternich eine bewußte und consequente Abwendung von allen popularen Ideen ein. Dessen ist Stein nicht auf der Stelle inne geworden; wie es zu gehen pflegt: er hörte nicht auf zu hoffen, weil er immer noch wünschte. Nur in der Beurtheilung der Vergangenheit gab er sich keiner Täuschung hin. Er hatte im Zeitalter der zweiten Coalition mit zu denen gehört, welche dem „jungen Helden" von Österreich, dem Erzherzog Karl, entgegenjubelten[3]); er war schon bedenklich geworden durch die Einleitung des Krieges von 1809. Als er nun jetzt über die erste Periode des Feldzuges das eben so ehrliche wie sachkundige Werk des österreichischen Generals Stutterheim las und dazu nahm, was er von seinen Freunden und

---

[1]) Von Steins Freunde, dem Hofkammer-Präsidenten O'Donnell, dessen Vorschläge er überhaupt günstiger beurtheilte als die des Nachfolgers, Grafen Wallis.

[2]) Hofkanzlei-Decret v. 21. Juni 1811 betr. die in Zukunft aufzustellende Reserve- und Landwehr-Mannschaft; Sr. k. k. Maj. Franz I. politische Gesetze f. d. österreichischen Erbländer 36, 208 ff. Springer, Geschichte Österreichs seit 1809 (1863) 1, 197 f. Beer, Finanzen Österreichs i. 19. Jahrhundert (1877) S. 60 ff.

[3]) Theil 1, 235.

Verwandten[1]) über die späteren Ereignisse erfuhr, war er entsetzt über die Unfähigkeit dieses Führers. Er brach in die Worte aus: „Wer mag es wünschen, ihn je wieder an der Spitze der Armee zu sehen"[2]).

---

[1]) Namentlich wohl von seinem Schwager Wallmoden, aber auch von Pozzo di Borgo (25. Januar 1810): L'archiduc Charles cherche à se rapatrier, surtout avec le militaire; il a fait circuler une brochure, pour prouver l'impossibilité de tirer un plus grand profit de la bataille d'Aspern.

[2]) Stein an Gentz [Prag Juni 1811]; Pertz 2, 558.

Zweiter Abschnitt.

Fortsetzung der Reform in Preußen. Französisch-preußisches Bündniß.

1810—1812.

Während Stein so in etwas dem Liebhaber glich, der, obwohl von der Geliebten verschmäht, doch nicht aufhört, für sie zu sinnen und zu sorgen, gedachte seiner das Land, dem er feierlich abgesagt hatte. Österreich hörte ihn nicht, Preußen suchte seinen Rath[1].

Es hat lange gewährt, bis die Königsberger Vorgänge des Jahres 1809 vollständig und zuverlässig bekannt geworden sind. Heute wissen wir, daß das Ministerium, das auf Stein folgte, in seinem Sinne mit der größten Bestimmtheit und Beharrlichkeit das Bündniß mit Österreich, den Krieg mit Frankreich wollte; nur der König war es, der die Neutralität bewirkte. Hätte also Stein während des österreichisch-französischen Krieges seine Anklagen nicht gegen Preußen im Allgemeinen, sondern allein gegen Friedrich Wilhelm III. richten müssen, so war er in seinem Rechte, wenn er die innere Politik des Ministeriums Dohna-Altenstein streng tadelte. Bereits im Januar 1809 rief er ihm, einigermaßen mißtrauisch geworden, zu: „Zweckmäßige Neuerungen werden mehr Popularität geben als Beibehaltung des Alten; das Erstere wünscht und erwartet die große Masse der Nation; das Letztere einige Volksabtheilungen, z. B. der Adel und die Beamten". Ein Halbjahr später warf er den Ministern vor, daß sie nichts gethan, um eine öffentliche Meinung zu erzeugen und der er-

[1]) Die Literatur verzeichnet bei Cavaignac, Formation de la Prusse contemporaine (1898) 2, 35 s.

zeugten Meinung Kraft und Wirksamkeit zu geben, daß sie weder den Staatsrath noch eine kräftig geordnete National-Repräsentation ins Leben gerufen[1]). Er hätte hinzufügen können, daß sie keine der Reformen, die er begonnen, vollendet hatten. Das alles war offenkundig: die Lectüre der Zeitungen, in denen die Reformgesetze hätten stehen müssen und leider nicht standen, bewies es. Überdies aber erhielt Stein von seinen Freunden über die Gebrechen der Minister Mittheilungen, die vielleicht hier und da etwas übertrieben, im Großen und Ganzen aber zuverlässig waren, und diese mußten seine ohnehin gereizte Stimmung weiter verschärfen[2]). Er traute seinen Nachfolgern nichts Ordentliches mehr zu.

Im Frühjahr 1810 wurde nun der Bestand dieses Ministeriums erschüttert. Es geschah bei einem Problem, das eben so sehr die auswärtige wie die innere Politik anging. Während der Wirren des Jahres 1809 waren die preußischen Contributions-Zahlungen ins Stocken geraten: jetzt, nach dem Frieden mit Österreich, mahnte Napoleon in drohenden Worten, das Versäumte nachzuholen. Sicher

---

[1]) Stein an Beyme, Berlin 2. Januar 1809; Bassewitz, Kurmark 1806 bis 1808 1, 632. Stein an Sack, [Troppau] 31. October [1809]. Besonders auffällig ist die schon von Bassewitz (Kurmark Brandenburg 1809—1810 S. 617) bemerkte Impotenz von Beyme. Wie leicht hatte er es, nachdem ihm von Stein 1808 noch ein besonderes Programm mit auf den Weg gegeben war; s. die zuerst v. Preuß, Friedrich d. Große [1833] 3, 531 f. veröffentlichte, dann v. Bassewitz a. a. O. S. 629 ff. u. v. Beseler in d. Preußischen Jahrbüchern (1865) 15, 167 f. wiederholte Cabinets-Ordre an Beyme, Königsberg 25. November 1808.

[2]) „Fortsetzung der Geschichte Karls IX. von Schweden": eine anonyme, Ende April 1809 geschriebene Darstellung der Verhältnisse in Königsberg, aus dem Nassauer Archiv veröffentlicht von A. Stern in der Deutschen Revue 1885 1, 157 ff. Sie rührt, wie die Züge der Handschrift beweisen, nicht von Schön, sondern von Süvern her. — Schön an Stein, K[önigsberg] 11. April 1809; Pertz 2, 746. Graf Reden an Stein, 18. Januar 1810; Pertz 2, 476. Vincke an Stein, Potsdam 12. November 1809 u. 22. März 1810; Bodelschwingh, Vincke, 1, 435 ff. 464 f. Zwei Briefe von Sack an Stein, [Berlin] 7. April u. 29. Juni 1810; von Pertz 2, 476—478 zum Theil mit, zum Theil ohne Anführungsstriche in die Darstellung aufgenommen. Stein à la princesse Louise Radziwill, P[rague] 7. juillet 1810: Maman Golz et *poor* Dohna se sont sauvés du naufrage, la nullité les a abrités.

hätten die preußischen Minister alles aufbieten müssen, um diese Forderungen, wenn auch nur vorläufig, zu befriedigen; statt dessen griffen sie einen Gedanken, der ihnen von Paris aus eingegeben war, auf und empfahlen die Abtretung preußischen Landes in Schlesien. Altenstein selbst hatte sich früher einem solchen Auswege widersetzt[1]); jetzt war es die Königin, die nichts davon wissen wollte und der es glückte, ihren Gemahl, welcher Anfangs apathisch zur Seite[2]) stand, in Bewegung zu bringen. Sie wandte sich an Hardenberg, der ihr unter allen Minister-Candidaten der Liebste war. Verhandlungen begannen, an denen auch Fürst Wittgenstein seinen Antheil hatte und die damit endeten, daß Altenstein, Beyme und Nagler aus dem Ministerium schieden; Hardenberg wurde Erster Minister unter dem Namen eines Staatskanzlers. Napoleon, der ihn 1807 zu Falle gebracht hatte, indem er sich weigerte, mit ihm zu unterhandeln, war jetzt andrer Meinung und ertheilte in aller Form seine Zustimmung zu Hardenbergs Berufung. Er würde Schlesien, wenn es ihm angeboten wäre, natürlich genommen haben: hatte er es doch schon in Tilsit begehrt; aber abtrotzen konnte und wollte er es damals dem preußischen Könige nicht: Österreichs wegen nicht, dessen junge Freundschaft er nicht durch das Mißtrauen stören durfte, das unfehlbar die Vollendung der französischen Flankenstellung im Norden erweckt hätte, und erst recht nicht Rußlands wegen, mit welchem die Beziehungen täglich gespannter wurden. Die Weltumstände bewirkten, daß Preußens Allianz im Werthe stieg; Napoleon mußte ganz zufrieden sein, wenn er wenigstens Geld von ihm bekam, und dies versprach Hardenberg.

Die Frage war, auf welche Weise die Geldmittel beschafft werden sollten, die für die Verpflichtungen des Staates sowohl wie der Provinzen erforderlich waren: denn Hardenberg wollte, daß der Staat auch die Provincial-Schulden übernehme, die ja doch zur Tilgung der vom Feinde des Staates auferlegten Contribution contrahirt worden waren[3]).

---

[1]) Theil 2, 125.

[2]) Bailleu i. d. Sitzungsberichten d. Vereins f. Gesch. d. Mark Brandenburg (1903) S. 70 f. Vgl. Ompteda, Nachlaß 2, 39.

[3]) Vgl. Theil 2, 159 ff.

In dem Immediat-Bericht vom 28. Mai 1810, der das finanzielle Programm des künftigen Staatskanzlers enthält[1]), ist von den Domänen, obwohl ihr Verkauf bereits begonnen hatte[2]), nicht die Rede[3]). Dagegen schlug Hardenberg vor, die „geistlichen Güter der Katholiken in Schlesien" zu säcularisiren. Große Hoffnungen setzte er auf Anleihen, inländische und ausländische, verzinsliche und unverzinsliche: nicht weniger als 16 Millionen Tresorscheine wollte er ausgeben[4]). Die meisten dieser Operationen gedachte er einer neuen, an die Stelle der Königlichen Bank und der Seehandlung tretenden Creditanstalt, der „National-Bank", zu übertragen. Diese wollte er auf einen Theil der Steuer fundiren: nach englischem Muster schlug er vor, die Hälfte der Grundsteuer, der übrigens auch der Adel ohne Ausnahme unterworfen werden sollte[5]), abkaufen zu lassen, die Abkaufs-Summen als erste Hypothek einzutragen und sie der National-Bank zu übereignen. Aber es war klar, daß dies alles nicht ausreichen würde, daß vielmehr eine Erhöhung oder eine Vermehrung der Steuern hinzukommen müsse. Altenstein hatte die directen wie die indirecten Steuern anspannen, die bestehende Accise, ohne ihr Wesen zu ändern, erhöhen, die Einkommensteuer, die bisher nur in Ost- und Westpreußen bestand[6]), auf den ganzen Staat erstrecken wollen. Hardenberg dagegen verwarf die Einkommensteuer auf das bestimmteste; er bemerkte von ihr, daß sie einer fortgesetzten[7])

[1]) Noch nicht vollständig gedruckt, am vollständigsten der Auszug bei Nasse, die preußische Finanz- und Ministerkrisis i. J. 1810; Histor. Zeitschr. (1871) 26, 314 ff.

[2]) Bassewitz, Kurmark Brandenburg 1809—1810 S. 365 f.

[3]) Eine dem Bericht beigefügte Anlage nimmt auf die Domänen Rücksicht als auf einen Gegenstand, womit gedeckt werden könne. Aber ein Verkauf wird auch hier nicht empfohlen, ebensowenig in dem beiliegenden Etat für 1810—1811.

[4]) § 17 giebt die Summe „an Papier, wodurch der Abgang an metallischem Numeraire ersetzt" werden soll, auf 16 093 210 Thalern an.

[5]) Im Finanz-Plan steht das explicite nicht; aber Hardenberg behauptete alsbald (Schreiben an Schön, Berlin 7. August 1810, vgl. S. 61 Anm. 1), es nicht anders gemeint zu haben.

[6]) Theil 2, 221.

[7]) In Hardenbergs Immediat-Bericht steht, sicher verschrieben: „festgesetzt".

Inquisition gleich komme und der öffentlichen Meinung in hohem Grade zuwider laufe; eine seiner ersten Handlungen als Staatskanzler war, daß er das unter seinem Vorgänger für die Kurmark ausgearbeitete Reglement suspendirte[1]). Dafür wollte er die Stempelsteuern vermehren und eine Gewerbesteuer neu einführen. Aber den Nachdruck legte er doch auf die indirecten Steuern. Die Accise sollte mehr einbringen, weniger durch eine arithmetische Veränderung ihrer Sätze als durch eine organische Umbildung; bisher auf die Städte beschränkt, sollte sie in Zukunft auch auf das platte Land erstreckt und in allen Provinzen egalisirt werden. Das bedingte, da Accise und Gewerbezwang eng zusammenhingen[2]), die Einführung der Gewerbefreiheit. Aber die Gleichstellung von Stadt und Land wirkte weiter; es sollten noch einige particulare Lasten fallen: in den Städten die Zuschüsse zu den Kosten der Einquartierung[3]), auf dem Lande der Vorspann und die Lieferung der Fourage und des Brotkorns für das Heer[4]). In denselben Zusammenhang gehörte die Forderung, die Bauern ungesäumt mit Eigenthum auszustatten[5]). Constitutionelle Forderungen, denen Hardenberg stets abhold gewesen war[6]), enthielt auch sein Finanz-Plan nicht; er begnügte sich, die Berufung von Notabeln[7]) anzurathen.

---

[1]) Bassewitz, Kurmark 1806—1808 2, 158 ff. Bornhak, die preußische Finanz-Reform v. 1810; Forschungen z. brandenb. u. preuß. Geschichte (1890) 3, 575.

[2]) Theil 1, 383.

[3]) „die lästigen Zuschüsse zum reglementsmäßigen Servis". Vgl. Bassewitz, Kurmark Brandenburg vor 1806 S. 301 f.

[4]) Bassewitz, Kurmark vor 1806 S. 170. 186. 321. Boyen, Darstellung d. preußischen Kriegsverfassung; Histor. Zeitschr. (1891) N. F. 31, 71.

[5]) § 6. „Die freien Steuerpflichtigen stellen die Obligationen [über den Verkauf der halben Grundsteuer] selbst aus; für die unfreien müssen vorerst die Gutsherrn die Vertretung übernehmen mit dem Regreß an die Besitzungen der Steuerpflichtigen. Es muß aber ungesäumt daran gearbeitet werden, die beabsichtigte Verwandlung der Unfreien in Eigenthümer zu bewirken und zugleich die völlige Sicherstellung und Schadloshaltung der Gutsherrn wegen jener Verbindlichkeit."

[6]) Theil 2, 598. A. Stern, Abhandlungen z. Gesch. d. preußischen Reformzeit S. 160 f.

[7]) „Einsichtsvolle Männer" (darunter die Ober-Präsidenten und Landes-

Wenn es nun galt, diesen Plan, umfassend und weitaussehend wie er war, auszuführen, so ließ sich nicht verkennen, daß sein Urheber in einer schwierigen Lage war. Mit seinen alten Freunden Altenstein und Nagler hatte er gebrochen; die Feindschaft der Reactionäre sowohl innerhalb des Adels wie der Bureaukratie war ihm sicher; genug, er mußte suchen, die Partei Steins für sich zu gewinnen. Er wandte sich also an einige der hervorragendsten Mitarbeiter seines Vorgängers. Einen von ihnen, den feurigen, der modernen Ideenwelt am nächsten stehenden Sack, gewann er sofort[1]), zwei andre versagten sich: Niebuhr, der mit unsäglicher Mühe die Anleihe in Holland zu Stande gebracht hatte und dann Sections-Chef im Finanz-Ministerium geworden war[2]); Schön, der seinen Ministerial-Posten mit dem Regierungs-Präsidium in Gumbinnen vertauscht hatte[3]).

Niebuhr bestritt, gestützt auf die traurigen Erfahrungen, die er soeben gemacht hatte, die Möglichkeit neuer Anleihen. Über die National-Bank bemerkte er, Zweck und Thätigkeit seien ihm nicht klar. Er lehnte die Vermehrung des Papiergeldes ab, denn eben erst sei versprochen worden, es nicht zu vermehren[4]); er verwarf den Abkauf und die Hypothecirung der halben Grundsteuer, weil dadurch einerseits die Pfandbriefe der ritterschaftlichen Credit-Institute[5]) benachtheiligt, andrerseits die märkischen Adlichen in Stand gesetzt würden, sich des gesammten Bauerlandes zu bemächtigen[6]). Auch

---

Directoren), mit denen der Plan der National-Bank und was damit zusammenhinge, zu überlegen sei, „damit sie demnächst als Organe E. K. M. den Ständen die Resultate Höchstdero Entschließungen überbringen“.

[1]) Er wurde Director der allgemeinen Polizei im Ministerium des Innern.

[2]) Theil 2, 239. Krug, Gesch. d. preuß. Staatsschulden S. 131 ff. Bassewitz, Kurmark Brandenburg 1809—1810 S. 381 ff. Lebensnachrichten über Niebuhr 1, 427.

[3]) Theil 2, 603. Aus d. Papieren v. Schön 1, 96 ff. d. Anlagen.

[4]) „Verordnung wegen Wiederherstellung der Tresorscheine“ (Königsberg 11. Februar 1809) § 4; Gesetz-Sammlung S. 524.

[5]) Theil 2, 205.

[6]) „Der Grundherr soll für das Capital der Grundsteuer Regreß an die Besitzungen der Steuerpflichtigen haben, und das führt zu folgender ganz

den Plan, Staats- und Provincial-Schulden zu consolidiren, erklärte er für ungerecht, weil dabei die hochverschuldete Kurmark übermäßig begünstigt, diejenigen Provinzen aber, welche (wie namentlich Preußen) anstatt Anleihen abzuschließen, mit äußerster Anstrengung ihre Kriegslasten umgelegt hätten, sehr benachtheiligt würden. Fast noch verwerflicher erschien ihm die Coincidenz der Accise-Ausdehnung und des Verzichts auf die Einkommensteuer. Wenn Hardenberg, um sich zu salviren, auf die „öffentliche Opinion" hingewiesen hatte, die der Einkommensteuer gründlich abgeneigt sei, so erwiederte ihm Niebuhr: diese Opinion sei die eines Standes, des Adels, der jetzt ganz frei von neuen Lasten sein wolle, während auf die Familie des Landmanns und Tagelöhners im Durchschnitt 5 bis 6 Thaler jährliche neue Lasten fielen; eines Adels, der ihn, den Geschichtskundigen, an das Wort von Turgot erinnerte: „Die Habgier des Adels deckt sich mit dem Mantel der Selbstgefälligkeit"[1]).

Eben so ablehnend gegen den Finanz-Plan des Staatskanzlers verhielt sich Schön, den Hardenberg eigens nach Berlin berufen hatte. Auch er verwarf die National-Bank, den Abkauf der Grundsteuer, das Papiergeld. Dessen Entbehrlichkeit bemühte er sich fast noch eifriger als einst 1806[2]) nachzuweisen: keiner Nation, die mit andern in Verbindung stehe, sei mehr Metallgeld zu nehmen, als sie entbehren könne, sowie sie auch andrerseits nie zu viel haben könne; in dem Ausströmen des Metallgeldes liege zugleich der höchste Reiz zum Wiedereinströmen; der Geldbedarf der Nation könne zwar schwanken, trete aber, selbst bei außerordentlichen Ereignissen, wieder in das richtige Verhältniß. Unterscheidend zwischen Staatscredit und Privatcredit, erwartete Schön Hülfe von der raschen Veräußerung der Do-

---

einfacher Operation. Die Tresorscheine würden so tief sinken, daß man sie für ein Spottgeld erhalten könnte. Wer nun Credit oder Hypothek hat, hätte er auch kein baares Capital, der leiht, und müßte er auch 15 Procent geben, kauft sich Tresorscheine, tauscht sich die Steuer-Obligationen seiner eigenen Bauern ein, kündigt nach einem Jahr, die Bauern können nicht zahlen, es wird subhastirt und das Bauerland ist optima forma aquirirt."

[1]) Denkschrift Niebuhrs v. 23. Juni 1810; Nasse a. a. O. S. 321 ff.

[2]) Theil 1, 420 f.

mänen und von einer Anleihe, die auf die geistlichen Güter zu hypotheciren sei: denn von deren Säcularisation wollte er so wenig etwas wissen wie Niebuhr[1]).

Hardenberg, gegen den diese Kritiken sich richteten, nahm sie keineswegs übel auf. Wie er selbst seinen Finanz-Plan als einen ersten, der Verbesserung fähigen Entwurf ansah, so gab er die Hoffnung nicht auf, durch Compromisse herüber und hinüber die Kritiker für sich zu gewinnen, und setzte die Verhandlungen mit ihnen fort.

In dieser Lage schrieben Niebuhr und Schön an Stein, ohne zu wissen, daß er sie vor Kurzem den Österreichern empfohlen hatte[2]). Sie wollten nicht etwa seinen Rath einholen oder ihn einweihen in die schwebenden Controversen; sie beschränkten sich darauf, ihm zu huldigen. Aber so peinlich empfanden sie den Gegensatz zwischen den großen Tagen seines Ministeriums einerseits, der Unfähigkeit der gestürzten Minister und den von ihnen abgelehnten Plänen Hardenbergs andererseits, daß der Wunsch nach Steins Rückkehr aus ihren Zeilen hervorleuchtete. Schön, der sich in einem Briefe an Hardenberg so nachdrücklich wie nur möglich als einen Jünger Steins bekannte, schrieb an diesen selbst: „Weil Sie nicht sind, ergab ich mich nicht unbedingt; ich kam bedingt an und gehe vielleicht dahin zurück, von wo ich kam". Dann fuhr er fort: „Ich vertraue noch und hoffe, weil ein Schatten der Möglichkeit, daß ein großer Mann wieder zu uns kommen kann, da ist. Ein Trost von Ihnen, edler Mann, der je länger je mehr allgemein gekannt wird, wird mir große Freude machen". Ebenso Niebuhr: niemand könne Stein treuer und herzlicher ergeben sein als er. Aber leidenschaftlicher als Schön, geißelte er in den schärfsten Worten die finanzielle Tollheit Hardenbergs, der, durch Wittgensteins Schliche zurückgekehrt, selbst

[1]) Schöns „Finanz-Plan", Berlin 10. August 1810, dem Staatskanzler mit Schreiben vom 11. August überreicht; excerpirt v. Nasse S. 333 f. Eine recht späte Meinungsäußerung, von der man aber auf Schöns frühere, mündlich vorgetragene Bedenken und Argumente zurückschließen darf; vgl. die Briefe Hardenbergs in der Schrift: Weitere Beiträge und Nachträge z. d. Papieren v. Schön (1881) S. 89 ff.

[2]) Pertz 2, 422 f.

ein schwacher Thor, unfehlbar das Staatsschiff binnen Kurzem zum Scheitern bringen werde [1])

Die ganze Überlegenheit der Stellung, die Stein in diesem Moment einnahm, tritt darin zu Tage, daß auch Hardenberg sich mit ihm in Verbindung setzte. Er ließ ihm durch Sack einen Auszug aus dem umstrittenen Finanz-Plan zukommen, ohne jedoch die Ausstellungen von Niebuhr und Schön hinzuzufügen, und bat um sein Urtheil. Das that er nicht sofort, sondern erst nachdem ihn Stein begrüßt hatte [2]). Begreiflich genug, daß er Anfangs ohne Stein auszukommen gedacht hatte. Ruhte doch auf diesem die Acht Napoleons, auch hatte Hardenberg wohl selbst, nachdem er 1808 so wesentlich zu Steins Sturz beigetragen hatte, ihm gegenüber kein ganz reines Gewissen. Sicher aber lebte er jetzt der Hoffnung, durch ein Wort des Alten dessen Anhänger zur Raison zu bringen.

Der erste Eindruck der Botschaft des Staatskanzlers auf Stein konnte nicht anders als günstig sein. Er hielt die Fortdauer des im November 1808 eingesetzten Ministeriums geradezu für ein Unglück, seitdem die Weltereignisse eine Wendung genommen hatten, welche dringend die pünktliche Ausführung der von Preußen übernommenen Verpflichtungen zu erheischen schien. Die Nachrichten, die er über den Widerstand der Spanier erhielt, sprachen dafür, daß er sich nicht über den Herbst 1811, den letzten Zahlungstermin Preußens, werde fortsetzen lassen; wenn dann Preußen noch im Rückstande war, so forderte es neue Zerstörungspläne des Widersachers geradezu

---

[1]) Schön an Hardenberg, Gumbinnen 14. Juni: „Der große Mann, den wir nach Ew. Excellenz erhielten und auch verloren und dessen Vertrauen ich vielleicht am mehresten hatte, hat wesentlich auf mich gewürkt". Niebuhr an Stein, Berlin 29. Juni; theilweise bei Pertz (2, 488), der zwischen Scharnweber und Oelssen **Beuth** ausgelassen hat. Schön an Stein, B[erlin] 27. Juli 1810; O. Mejer in seinem Aufsatze über Schön und Niebuhr in den Preußischen Jahrbüchern (1873) 31, 518 hatte Recht, die Vermuthung von Pertz (2, 487), daß der Brief in den Juni gehöre, abzulehnen.

[2]) Der Zeitpunkt der Übersendung an Stein läßt sich nur annähernd feststellen. Steins Antwort datirt vom 2. August 1810; Sacks Brief vom 29. Juni enthält Hardenbergs Auftrag noch nicht. Steins erstes Schreiben an Hardenberg ist v. 7. Juli 1810.

heraus[1]). Dem versprach nun das Programm, das Hardenberg aufgestellt hatte, vorzubeugen, und Stein war überzeugt, daß er es nicht bei bloßen Worten werde bewenden lassen. Er hatte von ihm die günstigste Meinung: sowohl wegen seiner Leistungen auf dem Gebiete der inneren Politik (wie gut hatte er anderthalb Jahrzehnte hindurch seine Sache in den fränkischen Provinzen gemacht und wie tapfer hatte er gegen die Cabinets-Regierung mitgestritten), als auch ganz besonders wegen seiner Verwaltung des auswärtigen Ministeriums. Er rechnete ihm die würdevolle Haltung, die er gegenüber Napoleon in der Epoche der Verträge von Schönbrunn und Bartenstein beobachtet hatte, sehr hoch an und hielt ihn für einen Gesinnungsgenossen und Mitstreiter in dem großen Kampfe, der seine Seele ausfüllte[2]).

Im Einzelnen billigte er vor Allem die Idee, der finanziellen Noth durch die Emission von Papiergeld abzuhelfen. Er hatte stets die Meinung verfochten, daß Papiergeld, wenn nur nicht im Übermaß ausgegeben, unschädlich sei. Nun übertraf freilich die jetzt geplante Summe die früheren sehr erheblich; aber unter den obwaltenden Umständen hielt er sie nicht für zu hoch. Er wies darauf hin, daß in Österreich lange Zeit das Papiergeld sich Pari gehalten und selbst nachdem es dem Mißbrauch verfallen, nicht der Production und den Gewerben, sondern nur den Beamten und den Capitalisten geschadet habe; so wenig wie 1806 schreckte er jetzt vor dem Zwangscurs zurück[3]). Auch unter den socialen und politischen Forderungen des Hardenbergschen Programms begegnete er manchem eigenen Liebling: die Milderung des wirthschaftlichen Gegensatzes zwischen Stadt und Land, die Einführung einer indirecten Steuer auf dem Lande, die Überwindung der provincialen Unterschiede, die Emancipation der Bauern hatte er längst begehrt. Zu dem letzten Punkte bemerkte er

---

[1]) Stein an Schön, [Prag] 29. August 1810; Pertz 2, 506.

[2]) Stein an Niebuhr, Prag 28. November 1811: „den [Hardenberg] man allgemein als einen Bekenner der würdevollen und den alten Basen des europäischen Staatenbundes angemessenen Politik ansah".

[3]) Theil 1, 380 ff. 419 ff. Theil 2, 163 ff.

anspornend, es sei rathsam, durchzugreifen; wobei er nicht unterließ, nochmals zu betonen, daß nach seiner Meinung die Eigenthumsansprüche des altpreußischen Adels auf das Bauernland Usurpation seien[1]). Eben so freudig wird er begrüßt haben, was Sack, natürlich im Einvernehmen mit Hardenberg[2]), schrieb: daß der Staatsrath sofort eingerichtet, der von Stein entworfene Organisations-Plan fest zur Basis behalten und durchgeführt, die Repräsentation verbessert, bereits bei der Berathung und Ausführung des Finanz-Plans Notable, die das volle Vertrauen von Regierung und Volk hätten, zugezogen werden sollten[3]). Endlich fand er eine Bürgschaft für das Gelingen der Reform darin, daß Schön, den er selber 1808 und dann wieder 1809 zum Minister vorgeschlagen hatte, jetzt wenigstens eine angesehene Stellung im Ministerium erhalten sollte[4]).

Indessen vollständig war die Übereinstimmung zwischen den beiden Reformatoren nicht. Stein war mehr als Hardenberg für Kirche und Schule besorgt; deshalb wollte er so wenig wie in Österreich[5]) den zur Dotirung der Religions- und Lehr-Anstalten erforderlichen Theil des geistlichen Vermögens eingezogen sehen: diese „wichtigen Culturmittel" sollten nicht von öffentlichen Cassen abhängig sein. Übrigens hielt er für billig, daß nicht nur die katholischen (wie Hardenberg vorschlug), sondern auch die evangelischen Stifter[6]) säcu-

---

[1]) S. Theil 2, 326.

[2]) Vgl. Aus den Papieren Schöns 1, 120 d. Anlagen.

[3]) Sack an Stein, B[erlin] 29. Juni 1810; von Pertz 2, 477 ff. 487 theils excerpirt, theils in die eigene Darstellung übernommen.

[4]) Stein à Hardenberg, [Prague] 2. août 1810: Il [Schön] réunit à une connaissance profonde des principes de la science des finances une clarté dans ses conceptions, une facilité à faire les combinaisons arithmétiques et la connaissance de notre ancien système de finance, qui est très utile, quand on veut innover et changer. Son esprit à système *wird in diesem Fach durch Zahlen beschränkt und in seinen Gränzen gehalten.* Schön an Hardenberg, B[erlin] 8. August 1810: „H. v. Stein hat mir auch sagen lassen, die Finanzen würden mir gut thun, weil sie die Poesie zur Prosa machen." Vgl. Pertz 2, 503.

[5]) S. 50.

[6]) Vgl. Theil 2, 519.

larisirt würden. Im Punkte der Gewerbefreiheit ging er nicht so weit wie Hardenberg[1]). Man möge dem platten Lande das Brennen, Brauen und Backen, auch die Anlage von Fabriken frei geben, nicht aber den Handel „mit Kolonial-Waren, Wein und ausländischen Producten“: der verbleibe besser den Städten. Er tadelte ferner, daß die Provincial-Schulden mechanisch und unterschiedslos auf die Staats-Casse übernommen werden sollten: das sei unbillig, denn es begünstige den Leichtsinn derer, welche (wie z. B. die Stände der Kurmark) die Kriegskosten auf die Nachkommen abgewälzt, und benachtheilige diejenigen Provinzen, welche entweder keine Schulden gemacht oder sich bemüht hätten, sie abzutragen. Damit meinte er Altpreußen und dessen Einkommensteuer: eben diese wollte er nun auf den ganzen Staat ausgedehnt sehen. Wie schon 1806 und dann wieder 1808[2]) bezeichnete er die Steuer vom Einkommen als die zugleich einträglichste und gerechteste: denn durch sie würden, so schrieb er jetzt, die privilegirten Stände mit zu den Lasten des Staates herangezogen[3]).

Seine Kritik nahm also eine Mittelstellung ein zwischen Hardenberg und dessen Recensenten; diesen gab er sowohl wegen der Einkommensteuer wie wegen der Provincial-Schulden Recht: man wird bemerkt haben, wie sehr auch seine Beweisführung mit der ihrigen übereinstimmte. Indessen war das Ganze in einem dem Staatskanzler so günstigen Tone gehalten, daß dieser sich als Sieger an-

---

[1]) Hardenberg an Schön, Berlin 7. August 1810 (nach dem Empfang der Steinschen Kritik): „In Absicht auf Gewerbefreiheit müssen wir nicht auf halbem Wege stehen bleiben“.

[2]) Theil 1, 427. 2, 162. 188.

[3]) Stein à Hardenberg, [Prague] 2. août 1810, übersendet die Denkschrift „Einige Bemerkungen zu dem Bericht d. d. 29. [so!] Mai 1810“. Aus dem etwas abweichenden Concept der Denkschrift („Über den Finanz-Plan des H. v. H. d. d. 29. Mai 1810“), welches das Datum des 1. (oder 2.?) August 1810 trägt, ein Auszug bei Pertz 2, 490 ff. — Die Mahnung Steins, den Verkauf der Grundsteuer obligatorisch zu machen, war überflüssig; Hardenberg hatte sich, wie er mit Recht gegenüber Schön (7. August) bemerkte, bereits in gleichem Sinne geäußert. — Ein in demselben Schreiben erwähnter Brief von Stein an Sack ist so wenig wie seine Vorläufer und Nachfolger erhalten.

sehen konnte. Mit sichtlichem Behagen[1]) gab er Schön den Brief des Meisters zu lesen. Schön durchschaute gar wohl die besonderen Verhältnisse, unter denen Steins Erklärung zu Stande gekommen war. Er bemerkte treffend, daß Stein durch die Freude über den Sturz des unbrauchbaren Ministeriums zu Gunsten von Hardenberg voreingenommen gewesen sei, und wies auf den für die Beurtheilung der augenblicklichen Lage entscheidenden Punkt hin: daß nämlich Hardenberg unterlassen habe, in der Botschaft an Stein auch den andern Theil zu Worte kommen zu lassen; wäre es geschehen, dann würde, so fest war Schön von der Unwiderstehlichkeit seiner Beweisführung überzeugt, Stein anders votirt haben[2]). Aber wie die Dinge gekommen waren, hatte er die Empfindung, in Nachtheil gerathen zu sein, und nicht ohne einige Gereiztheit hielt er Stein vor, daß er seine und Niebuhrs vereinte, dem Ziel nahe Bemühungen größtentheils vereitelt habe; er schloß mit der Erklärung, daß er wahrscheinlich in die Heimath zurückkehren werde. Das ist denn bald darauf wirklich geschehen[3]). Niebuhr hatte sich schon vorher zurückgezogen. Wenn Hardenberg gehofft hatte, durch die Intervention von Stein Niebuhr und Schön für sich zu gewinnen, so hatte er sich verrechnet.

---

[1]) Sack an Stein, B[erlin] 22. August 1810: „Für ihn [Hardenberg] selbst ist es [Steins Schreiben] von einem sehr großen Werthe in der Krisis, womit er sich mit seinem Finanz-Plan befindet." Stein selbst hatte sich so resumirt: Tout en reconnaissant la bonté des idées générales sur lesquelles le plan est établi, j'ai cependant cru devoir proposer quelques modifications.

[2]) Hardenberg an Schön, Berlin 7. August; Weitere Beiträge und Nachträge z. d. Papieren v. Schön S. 91 ff. Schön an Hardenberg, Berlin 8. August 1810: „Ich kann nicht sagen, daß Homer schlummerte, aber er [Stein] war durch die Eile, mit der er die Sache auffaßte und die Kritik schrieb — ich kenne die Geschichte der Sache — und durch die Freude, daß es besser werden würde, sehr aufgereizt . . . Ich bin durchaus überzeugt, daß, wenn E. E. ihm, nachdem von dem Niebuhrschen Gutachten die übele Form abgestreift wäre, solches communiciren und meine Meinung beifügen sollten, er seine Meinung anders stellen würde."

[3]) Am 31. August war Schön, wie ein Brief an Hardenberg beweist, noch in Berlin. Bald darauf wird er nach Gumbinnen aufgebrochen sein.

Stein war mit dieser Wendung der Dinge äußerst unzufrieden. Je mehr er sich darüber gefreut hatte, daß Hardenberg sowohl Niebuhr wie Schön zu sich heranziehen wollte, desto größer war jetzt seine Enttäuschung, desto stärker sein Groll gegen die beiden, auf die er alle Schuld warf. Schön, der sich auf eine Äußerung von Wilberforce „dem Frommen" berufen hatte, erwiederte er mit einem Hinweise auf den ersten Korinther-Brief, sonderlich auf das Capitel über die Liebe, unter die er auch die Liebe zum leidenden Vaterlande und zum unglücklichen Könige begriffen sehen wollte. Dann rief er ihm zu: „Habt ihr andre Mittel bei Krebs und Brand als Schnitt, Schirling und Höllenstein, so sagt sie. Wollt ihr sie aber mit Froschlaich-Pflaster heilen? Papier ist Übel, und gewaltsame Maßregeln, um Metall zu erpressen, sind auch ein Übel; aber der gegenwärtige Zustand der Dinge ist ein noch größeres und seine Dauer, wegen der Folgen, das allergrößte. Wer würde Friedrich dem Großen Vorwürfe machen, daß er schlechte Münze schlug, da dieses eine unerläßliche Bedingung der Erhaltung seiner Staaten war? Auch die Maßregel der übermäßigen Papiergeld-Emission läßt sich nicht tadeln, wenn man es als Mittel ansieht, um den langen Kampf gegen fremde Übermacht zu kämpfen". Wilhelm v. Humboldt gegenüber nannte Stein das Verfahren von Schön und Niebuhr einen verfeinerten Egoismus[1]).

Ein Urtheil, das wohl niemand sich aneignen wird. Stein

---

[1]) Schön an Stein, B[erlin] 16. August; Pertz 2, 504. Stein an Schön, [Prag] 29. August; Pertz 2, 505. Stein an W. v. Humboldt, [Prag] 28. October 1810; Pertz 2, 534. 507. — Stein à la princesse Radziwill, [Prague] 24. septembre [1810]: Il n'y a dans ce moment qu'un devoir à remplir, c'est celui du dévouement à la chose publique, d'une abnégation complète de soi-même, d'un oubli entier de tout ce qui peut être convenance personnelle. Ils [Schön et Niebuhr] auraient dû se rallier autour d'un homme estimable comme H[ardenberg], partager, alléger son travail, lui montrer de l'attachement, un désir sincère de l'assister. La conduite de Niebuhr est condemnable, c'est l'honnête criminel. — Merkwürdig übereinstimmend das Urtheil Friedrich Wilhelms III. in dem Schreiben [an Hardenberg], Charlottenburg 24. August 1810; Mittheilungen aus d. Leben des Feldmarschalls Dohna (1873) S. 231.

redete so in der Kampfesstimmung, die stets ungerecht macht; doch war in seinem Wort, wenn man es recht versteht, ein Korn Wahrheit.

Merkwürdig, wie sich die vier Staatsmänner in ihren Tendenzen theils abstießen, theils berührten, und wie sie durch die allgemeinen Ideen, ihre eigene individuelle Entwickelung, die momentanen Bedürfnisse ihres Staates beeinflußt wurden.

Auf dem linken Flügel, wenn es erlaubt ist eine moderne Parteibezeichnung anzuwenden, stand Schön. Die Königin Luise bemerkte dies gar wohl, wenn sie eben in diesen Tagen Hardenberg vor seinen republikanischen Grundsätzen warnte[1]). Damit wollte sie sagen, daß in Schöns Augen die Bedürfnisse des besonderen, durch den Monarchen repräsentirten Staates zurücktraten hinter den Postulaten, die für den Menschen an sich, unabhängig von Nation und Stand, gelten. Schön glaubte an die neue Nationalökonomie, und diese erstrebte die Befreiung des Individuums aus den Fesseln der Corporationen sowohl wie des Staates; sein Glaube wurde einzig und allein durch die leidenschaftliche Liebe zu seiner Heimathprovinz modificirt; Erwägungen der auswärtigen Politik ließ er nur einen bescheidenen Raum, und nationalen Kämpfen stand er kühl gegenüber[2]). Es ist doch kein Zufall, daß Stein während seines Ministeriums zwar die meisten Fragen der inneren Politik mit ihm besprach, und hier verstanden sie sich, da es nach Steins Meinung darauf ankam, die Macht des Staates durch Überwindung der ständischen Gegensätze und Entfesselung der individuellen Kräfte zu stärken. Über auswärtige Politik dagegen haben die beiden eigentlich nur ein Mal verhandelt, und da stimmte Schön für die Abtretung preußischen Gebietes; unter seinen Gründen figurirte damals auch der,

[1]) Königin Luise an Hardenberg, Berlin 18. Juni 1810: Je vous recommande de tenir bien court et en ordre Schoen, qui est dangereux pour ses principes républicains. (Mittheilung von P. Bailleu.)

[2]) Droysen an General v. Below, Jena 25. August 1852 (Rühl, Briefwechsel Schöns mit Pertz u. Droysen [1896] S. 233): „In der schleswig-holsteinischen Frage hält er [Schön] die hohe Idee des Staates allein fest, und dieser Staat soll nach seiner Ansicht der dänische Gesammtstaat sein".

daß so eine übermäßige Besteuerung verhindert werde[1]). Wenn jetzt, im Jahre 1810, Stein meinte, der Bestand des Staates hinge von der Abtragung der Kriegs-Contribution ab und alle andern Probleme müßten zurücktreten, so lebte und webte Schön in den Ideen, die er in dem Edicte vom 9. October 1807 formulirt hatte: eben nun rief er es von neuem an; was er erstrebte, war die Emancipation der Bürger und fast noch mehr der Bauern. Deshalb forderte er nachdrücklich die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und der gutsherrlichen Polizei[2]). Seine Widersacher wollten wissen, er habe, „um Enthusiasmus zu erregen", auch vorgeschlagen, daß alle Bauern sich in die Besitzungen ihrer Herren theilten[3]).

Niebuhr ist persönlich stets mit Schön im besten Einvernehmen geblieben, hatte aber im Grunde nur wenig mit ihm gemein. Im Mittelpunkt seines politischen Denkens stand nicht der Mensch an sich, sondern der Mensch als Glied einer Nation; zur Überwindung der naturrechtlichen Lehre, welcher Schön und seine Lehrer in der Nationalökonomie zugethan waren, hat er das Seinige beigetragen. Der Staat war ihm die organisirte Nation: nicht die jeweilige Mehrheit der zu demselben Gemeinwesen gehörenden Individuen, sondern die historisch entstandenen Corporationen, die Zünfte, Gemeinden, Stände. Diese stellte er sich zwar keineswegs als starr und einer weiteren Entwickelung unfähig vor, im Gegentheil, er verabscheute jede an überlebten Privilegien klebende Aristokratie: aber die Weiterbildung des Gemeinwesens sollte, wie in dem Musterstaate

---

[1]) Theil 2, 129. Auffällig, daß in seinem Finanz-Plan von 1810 die Einkommensteuer, für die er sich doch 1808 ausgesprochen hatte (Theil 2, 193 f.), fehlt.

[2]) „des Herrnrechts", wie er sich ausdrückte in seiner Denkschrift vom 15. August 1810. Aus den Papieren Schöns 1, 123 d. Anlagen.

[3]) Außerdem noch: „Es wäre heilsamer, de facto die Dienstverpflichtungen als die Bannrechte aufzuheben". So berichtet F. v. Raumer in seinem „Promemoria über den Finanz-Plan des vorigen und jetzigen Ministerii und über die gegen den letzten gemachten Einwendungen", Breslau 11. September 1810. Dazu Marginal Hardenbergs: „Ich muß fast glauben, daß H. v. Schön diese Robespierreschen Ideen nicht im Ernst, sondern nur als Tadel harter Maßregeln hingestellt hat".

England, ohne Bruch der Rechtscontinuität erfolgen. Deren Bewahrung erschien ihm als ein Gebot der Sittlichkeit, und auf diese hinwiederum hielt er mit der Strenge eines Puritaners. Er hat zwar auch ein Mal den Machiavelli in Schutz genommen, aber weiter als er ist wohl niemals ein politischer Denker von den Maximen des Florentiners entfernt geblieben. Damit war sein Verhältniß sowohl zur französischen Revolution wie zum Napoleonischen Kaiserreich gegeben: er sah in beiden nur despotische Mächte der Zerstörung. Er ging in seiner Abneigung so weit, daß er auch die Institutionen verwarf, durch welche die Franzosen sich im Kampfe mit dem Auslande behauptet hatten; als Stein die Conscription, d. h. die allgemeine Wehrpflicht, für Preußen verhieß, ereiferte er sich wider diese culturfeindliche Idee[1]).

Stein und Hardenberg stimmten darin überein, daß sie sich durch Motive der auswärtigen Politik leiten ließen. Es fällt auf, welch geringen Raum in Steins damaligen Auseinandersetzungen diejenigen Forderungen einnahmen, welche die Menschenrechte, wie man 1789, oder die Grundrechte, wie man später sagte, zu verwirklichen bestimmt waren. Er ist für sie, wenn auch nicht in ihrem ganzen Umfange, eingetreten, sobald keine unmittelbare Gefahr von außen drohte. Aber bereits 1808 findet sich in einer seiner Anweisungen das Wort: in der Regel könne von der Verbesserung des Zustandes des Einzelnen nicht die Rede sein, so lange das Ganze so sehr leide[2]). Jetzt standen ihm gegenüber nicht nur Schön, sondern auch derjenige unter den preußischen Beamten, der damals am meisten das Ohr des Staatskanzlers hatte: Friedrich v. Raumer erklärte, daß ein Finanz-Plan, der nur Lasten, nicht auch Erleichterungen bringe, selbst durch die höchste Noth nicht entschuldigt werden könne, sondern als ein Frevel gegen die Nation betrachtet werden müsse[3]). Stein wollte von solchen Rücksichten

[1]) M. Scharnhorst 2, 98.

[2]) Stein an Minister Schroetter, Königsberg 27. Juni 1808; Pertz 2, 671.

[3]) Friedrich v. Raumer, „Vorläufige Bemerkungen", Berlin 13. August 1810.

nichts wissen. Der Gegensatz zwischen ihm und seinen individualistischen Gegnern erscheint in diesem Momente fast so stark wie zwischen den beiden großen Briten des ausgehenden 17. Jahrhunderts, Hobbes, dem Fürsprecher des omnipotenten Staates, und Locke, dem Vorkämpfer der Rechte des Individuums.

Hardenberg endlich war nicht nur von Schön, sondern auch von Niebuhr durch starke Differenzen getrennt. Er wollte, daß Preußen um jeden Preis Frankreichs finanzielle Ansprüche befriedige, sich mit ihm aussöhne und dadurch wieder eine Stelle in der Welt erhalte. Schön hatte dafür kein Verständniß. Hardenberg wollte, um Preußen zahlungsfähig zu machen, Papiergeld in größtem Umfange ausgeben und Kirchengut einziehen, wie das die revolutionären Versammlungen in Frankreich gethan hatten; die entgegenstehende Verpfändung des königlichen Wortes störte ihn nicht. Niebuhr sah in dem geistlichen Gut ein Eigenthum wie jedes andre; habe man nicht in Frankreich mit der Fortnahme des Kirchenguts begonnen und mit der Fortnahme des Eigenthums der Hospitäler sowohl wie der Emigranten und ihrer Angehörigen geschlossen? Vollends der Bruch jenes königlichen Versprechens erschien ihm wie der Anfang vom Ende. Einer Kassandra gleich, prophezeite er Hardenberg, daß der gränzenlose Eigennutz der preußischen Aristokratie, zur Freude der Revolutionäre, an denen es auch in Preußen nicht fehle, eine Gährung fördere, in der „wir untergehen werden"[1]). Indessen auch zwischen Stein und den beiden Opponenten Hardenbergs hatte es Meinungsverschiedenheiten gegeben, und eine gemeinsame, sogar höchst erfolgreiche Arbeit war doch möglich geblieben; weshalb blieb sie jetzt aus? Die Ursache lag, insofern hatte Stein wirklich Recht, in den Persönlichkeiten. Im Jahre 1810 fehlte Dasjenige, was die Reform der Jahre 1807 und 1808 eingeleitet, begleitet und zum Siege geführt hatte: das Vertrauen. So kritisch, ja tadelsüchtig Schön veranlagt war, Stein ordnete er sich unter. Nicht anders stand es mit Niebuhr. In der Gesellschaft Steins athmete er die Luft, die er für sein geistiges Gedeihen nöthig hatte. Hardenberg dagegen reizte und

[1]) Niebuhr an Hardenberg, [Berlin] 6. Juli 1810.

verletzte ihn auf das empfindlichste. Sein Verhalten in den Monaten vor dem Sturze der alten Minister war ihm wie das eines Intriganten erschienen, und daß Hardenberg ihm vollends zumuthete, hinter dem Rücken seines Chefs Altenstein Mittheilungen aus den Acten zu machen, sah er als eine Verleitung zur Felonie an; so wenig er für Altenstein eingenommen war, er wollte, wie er sagte, nicht Gutes durch Böses und durch Gemeinschaft mit Schlechten suchen[1]). Dazu kam, daß Hardenberg durch die Unregelmäßigkeiten seines Haushalts schweren Anstoß gab: trotz seiner grauen Haare konnte er von den süßen Sünden nicht lassen, und was für fragwürdige Gestalten wies, immerhin neben vortrefflichen Männern, seine Umgebung auf[2]). Dazu die oft genug in Leichtsinn ausartende Leichtigkeit, mit der er namentlich die finanziellen Geschäfte betrieb: alles das war für eine Natur vom Schlage Niebuhrs unerträglich.

Die Personen von Niebuhr und Schön schieden aus den neuen Combinationen, die dem preußischen Staate galten, aus, aber ihre Ideen wirkten nach, sowohl bei Hardenberg wie bei Stein.

Hardenbergs Genugthuung über das Votum, das Stein zu seinen Gunsten abgegeben hatte, war so groß, daß er den Entschluß faßte, persönliche Rücksprache mit dem Autor zu nehmen. Ob er dabei wirklich nur, wie er es seinen Anhängern darstellte, durch den Respect vor der Größe Steins getrieben wurde? Er hat sich später in gefährlicher Lage auf die Zustimmung Steins gerade so berufen[3]), wie er ihn im Sommer 1810 gegen Schön ausspielte. Völlige Klarheit wird man über den Vielgewandten auch hier nicht erlangen können; aber das Zugeständniß gebührt ihm, daß das geplante Unternehmen nicht ohne Gefahr war. Denn wenn Napoleon von der Zusammenkunft erfuhr, so drohten nicht nur Stein, sondern auch Hardenberg, ja vielleicht dem preußischen Staate die Strafen des in seiner Rachsucht Unberechenbaren. Aber das Geheimniß wurde gut

[1]) Lebensnachrichten über Niebuhr (1838) 1, 442.

[2]) Das gesteht sogar der ihm sehr wohlgesinnte Sack zu (an Stein, B[erlin] 4. April 1811). Vgl. Pertz 2, 567.

[3]) Pertz 2, 571. 575.

bewahrt. Zunächst machte wieder Sack, in dem damals die Ideen der beiden preußischen Reformatoren convergirten, den Vermittler: er theilte Stein mit, daß der Staatskanzler zusammen mit dem Könige nach Schlesien gehen und bei dieser Gelegenheit Graf Reden auf dessen Gut Buchwald besuchen werde; mit diesem möge Stein das Weitere über die Zusammenkunft, für welche ein Ort in der Nähe der preußisch-österreichischen Gränze vorgeschlagen wurde, verabreden. Am 31. August verließ Hardenberg Berlin und begleitete den König bis Breslau; hier trennte er sich von ihm, nachdem er in aller Form dessen Zustimmung zu dem, was er vor hatte, eingeholt. In Buchwald erfuhr er von Reden, daß Stein benachrichtigt sei und auf der andern Seite des Gebirges warte. Dies Mal behielt er kein Actenstück zurück, sondern schickte seinem Partner die Kritiken von Niebuhr und Schön, die Entgegnungen, welche seine Getreuen darauf hatten ergehen lassen, die Entwürfe zu den neuen Gesetzen über Besteuerung und Agrarwesen; ganz zuletzt auch noch die jüngste Modification, die der Finanz-Plan erfahren hatte, den „Finanz-Plan nach den neueren Erwägungen". Er hatte hier seinen Kritikern allerhand Zugeständnisse gemacht. Die National-Bank, die fast das Rückgrat des ursprünglichen Plans gewesen war, erschien jetzt als etwas nicht durchaus Nothwendiges. Die Domänen, von deren Verkauf vorher kaum gesprochen war, sollten nunmehr nach und nach veräußert werden, wie das Schön gewollt hatte. Eben demselben Kritiker war die Abschaffung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit zugestanden. Die Schulden der Provinzen sollten nicht in Bausch und Bogen, sondern nach sorgfältiger Prüfung vom Staate übernommen werden. Die Einkommensteuer war nicht mehr mit dem Banne belegt, freilich auch nicht zu Gnaden angenommen; immerhin figurirte im Budget wenigstens eine Classensteuer, zu der jeder ohne Unterschied beitragen sollte. Die protestantischen Stifter waren mit in den Säcularisations-Plan aufgenommen[1]).

---

[1]) Hardenberg expedirte die erste Sendung Actenstücke aus Buchwald am 12. September Abends. In dem Begleitbrief (vgl. Pertz 2, 510) heißt es: „Morgen werde ich noch nachsenden u. s. w."

Um die geistige Atmosphäre, welche Stein zur Zeit der Zusammenkunft mit Hardenberg umgab, ganz zu reproduciren, müssen wir noch der Briefe gedenken, die Sack an ihn richtete. Dieser hatte als Ober-Präsident von Brandenburg und Pommern mit dem Adel, wie er in den überlieferten Ständen dieser Provinzen organisirt war, zu thun gehabt und von ihm, besonders von dem kurmärkischen, den schlechtesten Eindruck bekommen. Der Adel, schrieb er jetzt an Stein, thue alles, um die Reorganisation des Staates zu hemmen; er werde Himmel und Erde bewegen, um sich in seinem alten Egoismus zu behaupten; er wolle durchaus keine neue Repräsentation; er wolle alle Lasten von sich weg und auf die andern Stände werfen; er wolle alle Unterschiede der Provinzen und der Stände (sie werden geradezu Kasten genannt) verewigen. Darum rieth Sack, das große Werk zu beginnen mit einer Constitution und mit einer andern Organisation der Stände: „Die jetzigen sind total zu nichts nütze, als alles Gute zu hemmen". Dann möge die Radical-Cur folgen: Wegschaffung aller Spuren des Lehns-Systems, Wegwerfung aller Unterschiede zwischen den Provinzen und den verschiedenen Classen der Unterthanen. „Jetzt oder nie", fügte der leidenschaftliche Autor in seiner drastischen Sprache hinzu, „besser dem Hunde mit einem Male die Ohren abgeschnitten als alle Tage ein Stückchen, wie Graf Dohna will"[1].

Die Einwirkung aller dieser Kundgebungen zeigt ein Document, das Stein am 12. und 13. September, unmittelbar vor der Zusammenkunft mit Hardenberg, aufzeichnete[2].

---

[1]) Sack an Stein, Berlin 22. u. 31. August, 11. September 1810. Zwei Antworten Steins (v. 19. u. 31. August) sind verloren. Vgl. S. 65 Anm. 3.

[2]) Denkschrift Steins o. D. Pertz, dem nur das Concept vorlag, behandelt sie irrig als zwei verschiedene Documente, indem er den Anfang auf S. 511 bis S. 515 seines 2. Bandes, die Fortsetzung S. 492 bis 503 giebt. Beide Stücke gehören zusammen, sind aber nicht in einem Zuge geschrieben, wie folgender (an den Schluß des ersten Stücks, Pertz 2, 515, gehörender) Satz beweist: „Nachdem ich dieses geschrieben hatte, erhielt ich ‚die Grundzüge des Finanz-Plans nach denen neueren Erwägungen', wodurch vieles von dem Gesagten überflüssig wird." Hardenberg schickte diese „Grundzüge" am 13. September; vgl. S. 73. Da die Zusammenkunft am 14. September Statt fand

Da machte er nun Niebuhr und Schön, denen er schon unbewußt entgegengekommen war, einige fernere Concessionen. Er äußerte sich jetzt kritischer über das Papiergeld und schlug vor, die ganze Operation zu verschieben, bis die Kriegs-Contribution abgetragen sei: denn jede Emission von Papiergeld habe Einfluß auf den Wechselcurs, der bei den Zahlungen Preußens ins Ausland so sehr zu beachten sei, und überhaupt erlaube der gelähmte und kränkelnde Zustand des preußischen Staats keine allzu kräftigen Maßregeln, wie sie eine große Monarchie wohl vertrage. Im Punkte des Kirchengutes gab er wenigstens so weit nach, daß er es als eine offene Frage behandelte, ob baares Geld sich rascher durch den Verkauf oder durch die Hypothecirung werde beschaffen lassen[1]).

Die von Hardenberg concedirte Classensteuer genügte ihm nicht: „Ich sehe" — erklärte er abermals — „keinen Grund ab, warum nicht ganz einfach eine dem Bedarf angemessene Einkommensteuer ausgeschrieben wird". Auch die Classensteuer erfordere, wenn die Classen einigermaßen gerecht vertheilt werden sollten, diejenigen Untersuchungen, welche die Einkommensteuer nöthig mache.

Die Ausdehnung der indirecten Steuern auf das platte Land verwarf er in ihrer Gesammttendenz so wenig wie früher, er nannte sie geradezu sehr zweckmäßig. Aber daneben zeigte er einen Scrupel,

---

(s. unten S. 81), ist also die Steinsche Denkschrift am 12. u. 13. September geschrieben. Concept und Mundum weichen übrigens ziemlich stark von einander ab. — Der verloren gegangene Brief Steins an Sack v. 19. August enthielt (wie aus Sacks Antwort v. 11. September und aus Sacks Schreiben an Hardenberg, Berlin 10. September, hervorgeht) Vorschläge „über die Mittel der Contributions-Zahlung und andre Gegenstände des Hardenbergschen Finanz-Plans". Wir erfahren wenigstens, daß er den Mangel an Sparsamkeit im neuen preußischen Etat rügte, eine Anleihe in England und Überlassung der Domänen an Napoleon proponirte, letztere unter der Bedingung, daß die französischen Garnisonen aus den Oder-Festungen abzogen. Nur auf den ersten dieser Vorschläge ist er in seiner Denkschrift v. $\frac{12.}{13.}$ September zurückgekommen.

[1]) Im Concept der Steinschen Denkschrift wird unter den „subsidiarischen Hülfsmitteln zur Bezahlung der Contribution" verzeichnet: „die von H. v. Schön vorgeschlagene Belastung sämmtlicher geistlicher Corporationen". Dafür heißt es im Mundum: „die Benutzung der geistlichen Güter durch Säcularisation oder Belastung".

der sicher durch die Einwendungen von Hardenbergs Gegnern erweckt ist: er erklärte die Besteuerung des „Gemahls", d. h. der Brotfrucht und ihrer Verarbeitung, für sehr lästig; lieber war ihm die Entrichtung eines Aversums[1], also eine directe Steuer, wobei er nicht unterließ, auf mäßigen Anschlag zu dringen.

Nach wie vor billigte er die „Reform der Gewerbe-Polizei", was hinauslief auf die Anerkennung des Princips der Gewerbe-Freiheit. Wenn er hinzufügte: „mit einigen Modificationen", so hatte er außer den früher gemachten Vorbehalten den Mahl- und Getränkezwang im Auge. Zwar bezeichnete er seine Aufhebung ausdrücklich als wohlthätig, aber er meinte, wohl beeinflußt durch die kritischen Bemerkungen von Niebuhr über das Eigenthum: den bisher Berechtigten gebühre eine Entschädigung von Seiten der Verpflichteten[2].

Der Gesetzentwurf über die Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse, welcher Stein vorgelegt wurde[3], erstrebte die völlige und grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Rittergutsbesitzer und Bauer, die Befreiung sowohl des Bauern wie des Rittergutsbesitzers von allen Rechten und Pflichten, die sie mit einander vereinigt hatten. Die Ausgleichung sollte da, wo es sich um erbliche Bauerngüter

---

[1]) „Fix-Accise" sagte er, dem Sprachgebrauch des fridericianischen Preußens folgend.

[2]) Vgl. Theil 2, 314.

[3]) Es ist das bei Knapp, Bauern-Befreiung 2, 243 ff. abgedruckte „Edict", wie durch die Citirung des 10. Paragraphen in der Steinschen Denkschrift v. 12. u. 13. September (Pertz 2, 515) bewiesen wird. Merkwürdiger Weise fehlt der Gesetzentwurf in der Aufzählung des Hardenbergschen Briefes v. 12. September. — Vielleicht hat der von Stein Anfang August ertheilte Rath, auf diesem Gebiete „durchzugreifen", die Fassung des Gesetzentwurfs beeinflußt. Denn weder die „Instruction für die zu Entwerfung der neuen Grundgesetze bestellte Commission" [Berlin 22. Juni] 1810 (vgl. unten S. 91 Anm. 2) noch die nach dem 16. Juli 1810 von Hardenberg am Rande seines Immediat-Berichts v. 28. Mai gemachten Bemerkungen reden von einer gesetzlich zu erzwingenden Auseinandersetzung zwischen Gutsherr und Bauer. Erst in den nach dem Eingange des Steinschen Briefes v. 2. August verfaßten „Grundzügen meines Finanz-Plans nach den neueren Erwägungen" wird gefordert: „Vorbereitung der Reluition ihrer [der Bauern] Dienstleistungen nach bestimmten Grundsätzen und nach den Local-Umständen".

handelte, erfolgen durch gegenseitige Aufrechnung der Rechte und Vergütung des Überschusses; diese sollte entweder in Land oder in Capital oder in Rente geschehen dürfen. War sie beendet, so wurde das befreite bäuerliche Eigenthum eine Ware, die jeder, auch der bisherige Gutsherr, kaufen konnte. Abweichend war die Behandlung der bäuerlichen Zeitpacht-Besitzungen. Hier sollte das bisherige Verhältniß fortdauern, d. h. der Gutsbesitzer verpflichtet bleiben, solche Höfe mit besonderen Wirthen zu besetzen und in wirthschaftlichem Zustande zu erhalten. Aber er bekam das Recht, sich von diesen Verbindlichkeiten zu befreien, dadurch daß er die Hälfte der vor dem letzten Kriege bei seinem Gute vorhanden gewesenen Bauerländereien zu vollständigem Eigenthum abtrat und von allen Naturaldiensten, Naturalabgaben und Servituten löste. Auch die also befreite Hälfte wurde Ware und käuflich. Das ging nun unzweifelhaft über das Edict vom 9. October 1807 hinaus. Aber längst hatte Stein bekundet, daß auch er dabei nicht stehen bleiben, sondern die gänzliche Auseinandersetzung zwischen Gutsherr und Bauer, vor Allem die Ablösung der Frohnden und Zwangsrechte bewirken wolle; er hatte sich auch bereits mit dem jetzt vorgeschlagenen Mittel, Entschädigung des Gutsherrn durch Bauernland, einverstanden erklärt[1]). Gar nicht war das Princip des neuen Gesetzes zu vereinigen mit der Februar-Declaration von 1808[2]), und deren Aufhebung war denn auch in aller Form verfügt, aber an ihrer Stelle wurde so zu sagen eine neue Declaration angekündigt: der Gesetzgeber behielt sich vor, eine zu weit gehende Verminderung der „kleinen landwirthschaftlichen Etablissements" zu beschränken. So hat denn Stein nicht nur keine einzige Einwendung gemacht, sondern die Verleihung des Eigenthums an die Bauern ausdrücklich als eine wesentliche Verbesserung und das dem Rittergutsbesitzer zugesprochene Recht, Bauernland zu kaufen, als ungefährlich für den Bauern bezeichnet[3]); was er verhindert sehen wollte, war die „Mecklenburgische

---

[1]) Theil 2, 301. 303. 309 f. 317. 331. 605.

[2]) Theil 2, 301.

[3]) „In Schlesien, wo der Bauer Eigenthümer ist, oder in der Kurmark,

Operation des Bauernlegens", und deshalb lobte er insbesondere die Bestimmung, die dem Schutze der Zeitpächter galt.

Den constitutionellen Fragen, zu denen das Postulat eines freien, vom Adel ganz unabhängigen Bauernstandes überleitet, hatte Hardenberg, sicher den Wünschen seiner Umgebung nachgebend[1]), in der Modification seines Finanz-Plans etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt als ursprünglich. Der König, schrieb er, möge dem Staat eine Verfassung geben: eine consultative Repräsentation, wie er erläuternd hinzufügte, deren Mitglieder zuerst vom Monarchen ernannt werden sollten; alljährlich würde ihr „der Zustand der Nation und der Finanzen" vorgelegt werden. Gerade hier durfte man mit einiger Spannung der Antwort Steins entgegensehen; aber sie enttäuschte zunächst auf das stärkste. Seine ganze Gesetzgebung von 1807 und 1808 ruhte auf der Annahme, daß die Nation reif sei, sich selbst zu regieren und die Concessionen verdiene, welche zu gewähren er der

wo er lassitisches Eigenthum besitzt, können für den Bauernstand hieraus keine drückenden Folgen entstehen". Die nun folgende Motivirung („Denn der Gutsherr muß kaufen, und es ist bei dem Zusammenkaufen einzelner Grundstücke im Ganzen wenig Vortheil") erläutert sich aus einer andern Aufzeichnung Steins (Pertz 2, 30): „Das Zusammenziehen der Bauernhöfe durch Ankauf kann wegen des hohen Werths des zu kleinen Besitzungen gehörigen Landes nicht dem Ganzen nachtheilig werden". — Beachtung verdient, daß Stein die Februar-Declaration mit keiner Silbe erwähnte.

[1]) Besonders eifrig in dieser Hinsicht waren Sack und F. v. Raumer. Über jenen vgl. S. 74. Dieser brachte in die Instruction für „die zu Entwerfung der neuen Grundgesetze bestellte Commission" (vgl. S. 91 Anm. 2) auch die Bestimmung: „Es soll eine neue Organisation der Stände erfolgen, und bei letzterer darauf gesehen werden, daß die verschiedenen Classen der Nation sowohl im Verhältniß ihrer Zahl als ihres Vermögens und ihrer öffentlichen Wirksamkeit und Wichtigkeit repräsentirt werden. Den Ständen soll aber kein Antheil an der Administration selbst zustehen." Sehr dringend Raumers Denkschrift „Punkte, welche nach der Conferenz v. 17. August in Hinsicht der neuen Finanz-Einrichtungen zu erwägen bleiben": „Die Repräsentation der Nation muß schlechterdings und schleunig reformirt werden; sonst ist die Zuziehung der Repräsentanten bei der Bank-Revision rc. kein Mittel, Zutrauen zu erwecken". Groß waren freilich die Rechte, die Raumer der Volksvertretung zudachte, nicht; s. den von Pertz 2, 518 ff. veröffentlichten Auszug aus seinem Promemoria v. 11. September 1810 und die Bemerkung v. A. Stern in seinen Abhandlungen S. 167.

Krone anrieth. Jetzt bestritt er in leidenschaftlichen Worten die Voraussetzung seines Werkes, indem er die Nation verwildert, ungehorsam und ränkesüchtig nannte, ihr Widersetzlichkeit, Gleichgültigkeit gegen das Wohl der Gesammtheit, Frechheit im Reden und Schreiben, groben Egoismus vorwarf. Schon im August hatte er empfohlen, das Beispiel Richelieus zu befolgen; jetzt wiederholte er diesen Rath in noch schärferen Wendungen: er rieth zu plötzlichen Absetzungen, Verhaftungen, Verbannungen[1]). Das fällt um so mehr auf, da er gleichzeitig die Bewohner der österreichischen Landschaften zwar auch kritisirte, aber nicht verurtheilte. Was war geschehen? Steins Neigung für den Nordosten war niemals groß gewesen; er hat ihn wohl stets mit den Empfindungen betrachtet, wie sie Walther von der Vogelweide beschlichen, wenn er an Dobrilugk dachte. Dann hat Stein sicherlich die passive Haltung der preußischen Landschaften während des Jahres 1809 sehr verdrossen. So redete er nunmehr von nordischer Gemüthlosigkeit, ein Urtheil, mit dem er übrigens nicht allein stand: auch ein andrer Sohn des deutschen Südens, Gneisenau, erging sich in Tadelsworten über die preußische Nation[2]). Endlich hat Stein unzweifelhaft, wenn er von der Nation redete, vornehmlich zwei Bruchtheile von ihr im Auge gehabt: die Beamten und die Edelleute. Jenen mißtraute er von je her, diesen seit den peinlichen Vorgängen von 1808. Er schleuderte gegen den unbemittelten Adel das uns aus den reichsständischen Verhandlungen von 1808 bekannte Verdammungsurtheil, das er noch verschärfte durch jene auch schon (im Jahre 1809) eröffnete Perspective: dieser arme, verschuldete, anmaßende, ungebildete, rohe Adel werde täglich mehr sinken, ebenso wie die unteren Stände in ihrer Bildung, ihrer Wohlhabenheit und ihren Ansprüchen steigen würden[3]). Da nun die also Verurtheilten

[1]) Er wollte bestraft sehen diejenigen, „so sich bemühen, schädliche Meinungen zu verbreiten oder die Beschlüsse der Regierung zu untergraben"; „alle Versuche, um dem Vorsteher des Staates zu schaden"; „intriguirende, klatschende u. s. w. Menschen".

[2]) Gneisenau an Stein, Breslau 26. Juni 1811; Pertz, Stein 2, 577 (mit falschem Datum wiederholt Pertz, Gneisenau 2, 93).

[3]) Oben S. 62 ff. Theil 2, 513.

in den Landständen das große Wort führten, konnten diese schon deshalb nicht in der bisherigen Form fortbestehen; es sei, meinte Stein, schwer, mehr Unverstand, Verdrehung und üblen Willen verbunden zu finden als in den Verhandlungen der kurmärkischen Edelleute über die Einkommensteuer. Darum wollte er ihnen schon im August 1810 einen wesentlichen Theil ihrer Rechte nehmen[1]). Ebenso der bisherigen Verfassung entgegen mußte die Aufhebung der Stifter wirken, und in diesem Zusammenhange war es, daß er jetzt von der „gänzlichen Auflösung der ständischen Verfassungen" wie von etwas Selbstverständlichem und Nothwendigem redete. Wie tief mußte seine Achtung vor dem ostelbischen Adel gesunken sein, daß er, der noch vor Kurzem seine Reformpläne an die altüberlieferten Stände anknüpfen wollte[2]), sie jetzt einfach bei Seite schob. Insoweit kam er mit Sack überein; was ihn von dem alten Freunde eben so sehr wie von Hardenberg unterschied, war der pädagogische Zug seiner Vorschläge. Sack betonte die Gleichheit so stark, daß bei ihm so wenig wie etwa 1808 bei Vincke und Schön noch Raum für einen Adel war; Stein wollte ihn auch jetzt nicht aufheben, sondern einschränken. Den übrig bleibenden Adlichen aber wären die Erziehungspläne zu Statten gekommen, die Stein für die gesammte Nation, für Preußen sowohl wie für Österreich, hegte. Er berief sich nicht nur von neuem auf Pestalozzi, dessen Ideen er jetzt durch Schleiermacher als den besten Cultus-Minister verwirklicht zu sehen wünschte; er wollte nicht nur die gutgesinnten Schriftsteller benutzen, die schlechten bekämpfen; er erhoffte, wieder seinen alten Ideen treu bleibend, eine bessernde Wirkung auch von den Institutionen. Ohne mit Sack gerade eine Constitution anzurathen, drang er auf eine Vervollkommnung der Repräsentation; in welchem Sinne, zeigt die Mahnung: „Man suche durch National-Repräsentation, Erziehung und Leitung der Schrift-

[1]) Steins Denkschrift „Einige Bemerkungen" (s. oben S. 65): „Außerdem ist es rathsam, das alte kurmärkische Ziese- und Creditwesen wegen seiner Kostbarkeit und Zwecklosigkeit aufzuheben". Vgl. Mülverstedt, ältere Verfassung der Landstände i. d. Mark Brandenburg (1858) S. 214 ff.

[2]) Theil 1, 159. 250 ff. 2, 198 ff.

stellerei einen öffentlichen und Gemeingeist zu bilden." Und so werden wir uns nicht mehr wundern, daß er an den Rand derselben Denkschrift, welche die Maximen Richelieus empfahl, die Worte „Reichstag" und „Vertrauen" schrieb. Wenn nicht die Beamten und Edelleute, so doch die Bürger und Bauern, wenn nicht die lebende, so doch die künftige Generation, sie werden das Vaterland erretten.

Wenigstens theilweise pädagogische Zwecke verfolgte auch die Bildung des Staatsraths, auf die er gegenüber dem an dieser Stelle beharrlich schweigsamen Hardenberg drang: so werde eine große Anzahl von Personen zu allgemeinen Ansichten und Geschäften gebildet[1]). Aber, wie sich versteht, wollte er diese Wirkung nicht abwarten; das preußische Ministerium sollte besser zusammengesetzt, Dohna sowohl wie Goltz entfernt werden. Schon im Juli hatte er, seiner wieder mächtig sich regenden Spottlust nachgebend, Hardenberg gefragt, weshalb er denn die nachsichtigen Grundsätze des Evangeliums zu Gunsten der im Geiste Armen angenommen habe? Und das war noch höflich gewesen im Vergleich zu den Prädicaten, mit denen seine Leidenschaft diese „Armen" jetzt schmückte. Nun erst scheint er von dem Plane der Abtretung Schlesiens erfahren zu haben; denn er schloß seine Denkschrift mit den fulminanten Sätzen: „Man hänge den Minister, der von Länder-Cession spricht, und handle kräftig, muthig, unerschütterlich gegen das Geschrei der Intriganten, die herrschen wollen, der Egoisten, die nicht zahlen wollen, der Schafsköpfe, die ihre Stellen nicht verlieren wollen".

In dieser Stimmung kam er am 14. September in Hermsdorf mit Hardenberg zusammen[2]). Über die Einzelheiten, über Rede und Gegenrede der beiden Theilnehmer, wissen wir leider nichts. Es ist nicht einmal möglich festzustellen, worüber sie sich schließlich verständigt haben; denn in der Zeit zwischen der Zusammenkunft und der Publi-

---

[1]) Die Worte stehen übrigens nur im Concept.

[2]) Der Ort ergiebt sich aus dem von P. Goldschmidt in der Histor. Zeitschrift (1881) N. F. 10, 185 veröffentlichten Briefe Hardenbergs an Stein v. 19. Mai 1811; der Tag aus Hardenbergs Schreiben v. 12. September 1810: Je me rendrai après-demain 14. avec empressement au rendez-vous.

cation der ersten Reform-Gesetze — sie erfolgte am 27. October 1810 in der nach französisch-westfälischem Muster neu begründeten Gesetz-Sammlung — nahm Hardenberg abermals Änderungen vor[1]. Und auch bei dem, was in der Gesetz-Sammlung verfügt und verheißen wurde, ist er nicht stehen geblieben, so daß man berechtigt wäre, nicht nur von einem neueren und neuesten[2], sondern von einem allerneuesten Plane des Wandelbaren zu reden. Man fragt: was hat er denn schließlich reformirt, und in welchem Verhältnisse steht seine Reform zu derjenigen, welche Steins Namen trägt?

Um mit den Personen zu beginnen, so wurde Dohna wirklich entlassen; Hardenberg wird nicht unterlassen haben, das scharfe Urtheil Steins bestens gegen ihn zu verwenden. Goltz dagegen blieb: er war dem Staatskanzler bequem.

Der Staatsrath wurde wirklich unter die Institutionen des Staates aufgenommen; aber er blieb gerade so auf dem Papier wie die Bestimmung der Ministerien: in Wahrheit regierte fortan der Staatskanzler, zusammen mit dem Cabinet, das er sich aus seinen Vertrauten bildete.

Die stärkste Abwandlung erfuhren die finanziellen Vorschläge des ursprünglichen Plans. Es war nicht mehr die Rede von einer mechanischen Übernahme der Provincial-Schulden auf die Staats-Casse[3]. Der Abkauf der Grundsteuer verschwand ebenso wie die Idee einer National-Bank und die Vermehrung des Papiergeldes, diese so gründlich, daß die früher hierüber ergangene Zusage, die einem Verbote gleich kam, feierlich erneuert wurde[4]; statt dessen sollte der Verkauf der Domänen in weitem Umfange betrieben werden. So sehr blieben in diesem Punkte Niebuhr und Schön Sieger. Dagegen

---

[1] Hardenberg an Stein, Berlin 19. Mai 1811 (vgl. S. 81 Anm. 2): Vous vous serez aperçu des modifications au plan que vous connaissez, et que les circonstances ont rendu nécessaires.

[2] Hardenbergs „Grundzüge des Finanz-Plans nach den neuesten Erwägungen" o. D. [Ende September 1810?]. Auszüge bei Mamroth, Geschichte d. preußischen Staats-Besteuerung S. 210 ff.

[3] Vgl. Gesetz-Sammlung 1810 S. 30; 1810 S. 261.

[4] Gesetz-Sammlung 1810 S. 31.

fiel beim Kirchengut die Entscheidung zu Gunsten der Säcularisirung, ohne daß Steins Verlangen nach einer sofortigen pecuniären Sicherstellung der Kirchen, Schulen und milden Stiftungen erfüllt worden wäre; sie mußten sich mit einem auf die Zukunft gezogenen Wechsel begnügen[1]).

In seiner Abneigung gegen die Einkommensteuer zäh, hob Hardenberg sogar die in Altpreußen bestehende Steuer dieser Art auf und fiel in das brutale System der Kopfsteuer zurück; erst spät und offenbar mit dem stärksten Widerstreben befolgte er den Rath Steins: wie sich alsbald zeigte, mit dem besten Erfolge[2]).

Um so strenger führten Hardenberg und seine Berliner Finanz-Räthe von vorn herein die indirecten Steuern durch, auch diejenige, die gegen Steins Gutachten auf das Backen gelegt war. Diese Gesetzgeber, deren Mund von volksthümlichen Redewendungen überfloß, trieben die Ungerechtigkeit und Grausamkeit so weit, daß sie das Einkommen der Wohlhabenden frei ließen, aber die Zerstörung der Handmühlen anordneten, in denen die armen Litauer sich ihr Korn für den Hausbedarf zerstampften. Hiergegen führte Schön einen leidenschaftlichen, höchst gerechten und schließlich siegreichen Kampf; die Mahl-Accise auf dem platten Lande und in den kleinen Städten wurde aufgehoben und, wie Stein empfohlen hatte, durch eine directe Abgabe ersetzt[3]).

Der Zunftzwang fiel durchaus und aller Orten, in Consequenz des von Stein 1808 für Altpreußen erlassenen Gesetzes[4]). Wenn die damals ergangene Verordnung über den Auf- und Verkauf jetzt aufgehoben wurde[5]), so trat darin nicht eine Verschiedenheit der wirth-

---

[1]) Gesetz-Sammlung 1810 S. 32.

[2]) S. m. Abhandlung über den Ursprung d. preußischen Einkommensteuer i. d. Preußischen Jahrbüchern (1901) 103, 43.

[3]) Dieterici, z. Geschichte d. Steuer-Reform i. Preußen (1875) S. 24 ff. Gesetz-Sammlung 1811 S. 255 ff.

[4]) Theil 2, 496 ff. Gesetz v. 7. September 1811; Gesetz-Sammlung S. 264 f. Über die schüchternen Reform-Versuche des Ministeriums Dohna-Altenstein s. Roehl, Beiträge z. preußischen Handwerker-Politik S. 93 ff.

[5]) Theil 2, 499 ff. Edict v. 20. November 1810; Gesetz-Sammlung S. 100.

schaftlichen Grundsätze zu Tage: vielmehr wollten Hardenberg und seine Mitarbeiter nur die damals gemachten Vorbehalte theilweise beseitigen.

Die Bauern wurden dadurch, daß der Vorspann sowohl wie die Natural-Lieferung der Fourage und des Brotes aufgehoben wurde[1]), die Bürger durch eine neue Regulirung der Servis-Abgabe[2]) erleichtert. Eine Gesinde-Ordnung erging[3]), die zwar an sich nicht im Sinne der Legislatoren von 1808 war: denn diese hatten die Bestimmungen des Landrechts für ausreichend gehalten[4]). Aber sie gab sich selbst nur als eine neue Redaction des betreffenden Titels im bürgerlichen Gesetzbuche des Staates und vermied alles, was die Reactionäre erstrebten, wenn sie eine Gesinde-Ordnung begehrten.

Über die geistige Hebung der Nation, die Reform der Erziehung, die Beeinflussung der Literatur beobachteten die Programme, welche Hardenberg ausgehen ließ, nicht gänzlich Schweigen. Er hat es gelegentlich ein Fundament seines Systemes genannt, daß „durch Erziehung, durch echte Religiosität und durch jede zweckmäßige Einrichtung Ein Nationalgeist, Ein Interesse und Ein Sinn gebildet werde“[5]). Aber groß war sein Eifer für diese Dinge nicht; im Grunde war er auf Bevormundung, nicht auf Erziehung der Nation bedacht[6]). Noch weniger lag diesem Weltkinde an einer Verbesserung der kirchlichen Verhältnisse. Nachdem Stein halb und halb in eine Säcularisation des Kirchenguts gewilligt hatte, wollte er sie wenigstens in enge Verbindung mit der Reform der katholischen Geistlichkeit bringen und em-

---

[1]) Edicte v. 28. u. 30. October 1810; Gesetz-Sammlung S. 77. 78.

[2]) Edict v. 7. September 1811 §§ 9 u. 10; Gesetz-Sammlung S. 259.

[3]) Gesetz-Sammlung 1810 S. 101.

[4]) Theil 2, 344. 606.

[5]) Rede v. 23. Februar 1811; Voß, Zeiten 27, 110. — In den „Grundzügen des Finanz-Plans nach den neuesten Erwägungen“ (Mamroth, Gesch. d. preuß. Staats-Besteuerung 1, 213) ist noch die Rede von einem „wohleingerichteten Regierungsblatt“. Auch daraus ist nichts geworden.

[6]) In der soeben citirten Rede Hardenbergs findet sich (S. 107) die Wendung: „Wie ein guter Vater von seinen Kindern, so fordert der König von seinen getreuen Unterthanen u. s. w.“

pfahl für diese Aufgabe den, wie er sagte, kenntnißreichen, weitblickenden, thätigen und charaktervollen Dom-Dechanten Spiegel, den er von Münster her kannte: ihn möge man zum Coadjutor des hochbetagten Bischofs von Breslau machen[1]). Aber er predigte tauben Ohren. Gerade so war und blieb es stille über die seiner Zeit von Stein angeregte Emancipation der evangelischen Gemeinden[2]).

Die Idee einer Volksvertretung hat den Staatskanzler, wohl in Folge der Unterredung mit Stein, noch einige Zeit beschäftigt. In Zukunft, meinte er, könnten die Repräsentanten von der Nation selbst „nach richtigen Vorschriften" gewählt werden; alljährlich wollte er ihnen „den Zustand des Staates und der Finanzen vorlegen"; die alten Stände, die er ursprünglich beibehalten wollte[3]), gedachte er jetzt aufzuheben[4]). Demgemäß verhieß das in der Gesetz-Sammlung veröffentlichte Programm[5]) der Nation eine Repräsentation, und zwar „sowohl in den Provinzen als für das Ganze": die erste in der Öffentlichkeit erschienene constitutionelle Zusage für den preußischen Staat als solchen; denn die des Jahres 1808 war auf den Sitzungssaal des ostpreußischen Landtages beschränkt geblieben und galt eben nur einer einzelnen Provinz[6]).

---

[1]) Stein à Hardenberg, P[rague] 15. novembre 1810: Il faudrait avoir un sujet capable de vues étendues, connaissant les principes de l'hiérarchie, la constitution du clergé, ses imperfections, les objets qui exigent une réforme. L'homme le plus fait pour un tel ouvrage serait le grand doyen de Spiegel à Münster, qui réunit à une connaissance exacte du clergé des vues très étendues et libérales sur les réformes qu'il exige, sur l'éducation publique, une grande activité et toutes les qualités dont se compose le caractère d'un galant homme. Vgl. Theil 1, 281.

[2]) Theil 2, 527.

[3]) S. oben S. 59.

[4]) „Grundzüge des Finanz-Plans nach den neuesten Erwägungen" (Mamroth, Gesch. d. preußischen Staats-Besteuerung S. 213): „S. Maj. der König würden die Repräsentanten der Nation, gegen welche die einzelnen Stände wegfielen, zum ersten Mal höchstselbst nennen. In der Folge könnten sie nach richtigen Vorschriften wählen". Das letzte Wort offenbar verschrieben für: „gewählt werden".

[5]) Edict v. 27. October 1810; Gesetz-Sammlung S. 31.

[6]) Theil 2, 207.

Das Versprechen erging in Form eines Vorbehalts, auch fehlte nicht die Clausel, welche den künftigen Ständen nur die Rolle des Rathgebers zuwies[1]); aber es erscheint doch sehr begreiflich, daß Hoffnungen und Befürchtungen mancherlei Art in der Nation geweckt wurden. Solche Stimmungen sind wir heute geneigt vor Allem bei den Bürgern und Bauern vorauszusetzen, aber von neuem zeigte sich, wie sehr diese beiden Stände nach ihrer langen Zurücksetzung erst der politischen Schulung bedurften. Es war im Wesentlichen nur der Adel[2]), welcher, ungefähr wie unmittelbar vor 1789 der französische, den constitutionellen Gedanken aufgriff, in der Hoffnung ihn zu seinen Gunsten zu wenden[3]). Andre Theile des Hardenbergschen Programms waren nun freilich den adlichen Herren wenig genehm: die starke Betonung des Gleichheitsgedankens, die Aussicht auf die Beseitigung der Grundsteuer-Exemtion, die Aufhebung der Zwangs- und Bannrechte, die Verleihung des Eigenthums an die Bauern; besonders brachte es sie auf, daß Hand angelegt wurde, ihnen einen Theil ihrer ständischen Rechte und Einkünfte zu nehmen[4]). Aber vielleicht war dies noch alles rückgängig zu machen. Und wenn Hardenberg nicht wollte, war seine Stellung denn so unerschütterlich? War nicht sein Vorgänger Stein mit durch die Opposition des Adels zu Falle gekommen? Genug, die Adlichen, meist solche der Kurmark — die jetzt, wie vorher ihre ostpreußischen Standesgenossen, den Monarchen in ihrer Mitte hatten und sich deshalb in dem Kampfe

---

[1]) „so wie Wir Uns vorbehalten, der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation, sowohl in den Provinzen als für das Ganze, zu geben, deren Rath Wir gern benutzen . . . werden.“

[2]) Hier und in Zukunft wolle man sich gegenwärtig halten, daß ein allerdings nur kleiner Theil des Adels reformfreundlich war und daß andrerseits mit dem Adel es auch Bürgerliche hielten, die Rittergüter erworben hatten.

[3]) Namentlich die Ritterschaft der Provinz Schlesien, die keine Provincial-Stände hatte; s. ihre v. R. Röpell (in d. Übersicht d. Arbeiten d. schlesischen Gesellschaft f. vaterländische Cultur 1847) veröffentlichte Immediat-Eingabe, Berlin 3. Januar 1811.

[4]) Aus dem Nachlasse v. Marwitz 2, 273 ff. Bassewitz, Kurmark Brandenburg 1809 u. 1810 S. 257 f.

um die Privilegien zur Führerschaft berechtigt glaubten[1]) — begannen die Action, indem sie sich theils an den König, theils an Hardenberg wandten. Was sie hier wie dort vorwiesen, waren die Documente der provincial-ständischen Verfassung, auf denen, wie nicht in Abrede gestellt werden konnte, noch immer das Staatsrecht der Monarchie beruhte: vor Allem der Receß, welchen 1653 der letzte brandenburgische Landtag dem Kurfürsten abgerungen hatte[2]). Die Rechts-Deduction, deren sich die Stände bedienten, war nun, daß eine Änderung der Staatsverfassung nur möglich sei auf dem Wege des Vertrages. Da ein solcher nicht geschlossen, redeten sie von einer gänzlichen Umwälzung der Verfassung, von einem Bruch der Verträge, von einer Compromittirung des königlichen Wortes; sie fanden das Eigenthum verletzt, sie sahen, namentlich durch die künftige Volksvertretung, den Thron gefährdet; sie prophezeiten, als Folge der jetzt geschehenen Annahme fremder Gesetze und Gebräuche, den Verfall des Ackerbaues, allgemeine Nahrungslosigkeit, Revolution; sie verlangten, daß nicht junge Fremdlinge, sondern einheimische, des Landes kundige und angesessene Männer zu Rathe gezogen würden; einer der Führer drohte mit dem Verkaufe seiner Besitzungen, denn nach dem, was geschehen, dürfe man im preußischen Staat kein Grundeigenthum haben[3]). Aber

[1]) Immediat-Eingabe der Priegnitzer Ritterschaft, Perleberg 24. Januar 1811 (Treitschke, deutsche Geschichte 1, 373): „die Kur- und Neumark Brandenburg, gleichsam der Kern der gesammten preußischen Monarchie u. s. w."

[2]) Theil 2, 14.

[3]) Immediat-Eingabe des Herrn v. Zitzewitz und 29 andrer „Stände des pommerschen Adels" o. D. Herr v. Panwitz an Herrn v. Schuckmann, Berlin 29. November 1810. Die Deputirten der kurmärkischen Stände an Hardenberg, Berlin 22. Januar 1811. Immediat-Eingabe der Ritterschaft des Ruppinschen Kreises, Neu-Ruppin 7. Mai 1811: „daß diese [die gänzliche Umwandlung der Verfassung] selbst der Festigkeit des Throns nachtheilig werden kann, besonders wenn die Repräsentation der Nation nicht mehr auf die gebildeten Stände sich beschränkt, sondern diese, bei Theilnahme der überwiegenden ungebildeten Menge, allen Einfluß verlieren". Die bekannte Immediat-Eingabe der Kreis-Stände von Lebus, Storkow u. Beeskow (Frankfurt an d. Oder 9. Mai 1811) steht vollständig nur i. d. anonymen Schrift „Die neuen Jacobiner i. d. preußischen Staaten" o. O. 1811; die sonstigen Abdrücke (i. Politischen

auch mildere Töne wurden angeschlagen, wie z. B. in der Eingabe, die den katholisch gewordenen Romantiker Adam Müller zum Verfasser hatte. Indem sie eine Combination zwischen den Traditionen der Vergangenheit und den Bedürfnissen der Gegenwart versuchte, stellte sie den hoffentlich noch zu bekehrenden Hardenberg gegenüber dem voreiligen Eiferer Stein, der durch seine Nachgiebigkeit gegen die Systeme des Jahrhunderts zerstörend gewirkt habe[1]). Das war ein mittelbares Compliment für den Staatskanzler, welches freilich nicht hinderte, daß doch zwischen ihm und den ständischen Heißspornen der Conflict ausbrach. In dieser Lage entsann er sich des Rathes, den ihm Stein gegeben, und schickte, das Beispiel Richelieus befolgend, zwei seiner Widersacher, Marwitz und Finkenstein, auf die Festung. Eine Episode, die doch nicht darüber täuschen kann, daß Hardenberg keineswegs in allen Treffen dieses Kampfes Sieger geblieben ist. Vielmehr erlitt er mehr als eine empfindliche Niederlage, die er dann, in den Künsten der Diplomatie wohlbewandert, durch die Erklärung maskirte, es sei Frevel, die Grundlagen seines Systems erschüttern zu wollen[2]).

Der Adel war es, vor dem er in der Frage der Einkommensteuer zurückwich, schon ehe der Krieg mit ihm erklärt war; denn —

Journal, den „Zeiten" v. Voß. auch bei Klose, Leben Hardenbergs [1851] S. 283 ff.) sind stark verstümmelt. Außerdem s. Bornhak, d. preußische Finanz-Reform v. 1810; Forschungen z. brandenburg.-preuß. Gesch. (1890) 3, 597 ff. — Stark junkerliche Wendungen enthält auch die oben S. 86 Anm. 3 citirte schlesische Eingabe. Von dem Adel der schlesischen Gebirgskreise berichtet Klose (Leben Hardenbergs S. 280 f.), er habe für den Schaden, den ihm das October-Edict verursache, eine Entschädigung von 50 Millionen Thalern begehrt.

[1]) Schreiben an Hardenberg, Berlin 11. Februar 1811; Dorow, Denkschriften und Briefe (1839) 3, 217 ff. Es ist das Document, wo (S. 224) Stein „ein großer Skizzirer und stärker im Entwurf als in der Ausführung" genannt wird. Vgl. E. Meier, Reform der Verwaltungs-Organisation S. 147.

[2]) Reden des H. Staatskanzlers Freiherrn v. Hardenberg b. d. Versammlungen d. ständischen Deputirten i. Berlin a. 7. u. 16. September 1811 (o. O. u. J.) S. 4. — Übrigens ist das historische Urtheil auch durch die einseitige Darstellung von Marwitz (Nachlaß 2, 272 ff.) beeinflußt worden, der die von seiner Partei errungenen Siege unerwähnt läßt.

wir hörten es aus Niebuhrs Munde — die öffentliche Meinung, auf die er sich berief, war die des Adels.

Auf das nachdrücklichste ermahnten ihn die Mitglieder seines eigenen Cabinets, zu thun, was Stein[1]) längst als selbstverständlich angesehen und auch Hardenberg[2]) in sein ursprüngliches Programm aufgenommen hatte: die Grundsteuer-Exemtionen aufzuheben. Indem sie ihn an die französische Revolution, den damaligen Widerstand der Privilegirten und dessen verhängnißvolle Folgen erinnerten, forderten sie ihn auf: das Edict, das diese Aufhebung verfügen sollte, gleichzeitig mit allen übrigen Reform-Gesetzen verkündigen zu lassen; denn es müsse den übelsten Eindruck machen, wenn die Einkommensteuer, welche allein die ungeheuere Belastung des Bauernstandes ausgleichen könne, bei Seite geschoben würde und die Grundsteuer-Befreiungen bestehen blieben. Ende August 1810 war das Edict fertig, aber Hardenberg begnügte sich, es in seinem Programm anzukündigen; vollzogen ist es nicht: in den Provinzen, wo der Adel steuerfrei gewesen, blieb er es auch fernerhin[3]). Eine Bevorzugung, die in ihr schimpfliches Licht erst tritt, wenn wir daneben halten die drakonische Anziehung der Steuerschraube gegen die niederen Stände[4]).

Dauerten die adlichen Privilegien auf dem Gebiete der Steuern fort, so führte sie Hardenberg im Gewerberecht, wo sie eben erst abgeschafft waren[5]), wieder ein: „Das Recht", so verfügte mit scham-

---

[1]) Theil 2, 367 f.

[2]) Oben S. 57.

[3]) Vorsche, Ladenberg, F. v. Raumer u. Beuth an Hardenberg, Berlin 4. Juli; größtentheils bei Mamroth 1, 192 ff. F. v. Raumer an Hardenberg, Berlin 21. August 1810. Dazu noch der Statistiker Hoffmann in der Denkschrift „Ungefährer Staatswirthschafts-Etat für das Jahr 1810/1" (o. D.): „Da die Gutsbesitzer in eben der Zeit, wo die Städte durch Einquartierungen und die Bauern durch Marsch-Quartiere und Kriegsfuhren zu Grunde gerichtet wurden, ihre Producte zu hohen Preisen an die Lieferanten verkaufen konnten, so ist eine solche Ausgleichung jetzt besonders begründet". — Gesetz-Sammlung 1810 S. 26.

[4]) S. 83.

[5]) Edict v. 28. October 1810 (Gesetz-Sammlung S. 95): „der ... Brau- und Branntwein-Zwang . . . hört vom heutigen Tage an sowohl in den Städten als auf dem platten Lande, ohne Unterschied der Qualität der Besitzrechte, auf".

hafter Vermeidung des Wortes „Privilegium" eine neue Gewerbe-Ordnung[1]), „das Recht zum Absatze an andere zu brauen, und das Recht Branntwein zu brennen überhaupt, verbleibt auf dem Lande den bisherigen Besitzern desselben".

Sehr weit kam Hardenberg den adlichen Wünschen entgegen bei der Regulirung der agrarischen Besitz-Verhältnisse. Die in dem Entwurfe von 1810[2]) gezogene Gränze wurde dadurch zu Ungunsten der Bauern verschoben, daß die mit lebenslänglichem Besitz ausgestatteten Lassiten[3]), die sehr zahlreich waren, aus der ersten in die zweite Classe versetzt wurden. Die Lage aber der also verkleinerten ersten Classe verschlechterte sich durch zwei Änderungen: die Eigenthums-Verleihung sollte nicht sofort, sondern erst nach der Auseinandersetzung mit den Rittergutsbesitzern erfolgen, und an die Stelle der gegenseitigen Aufrechnung von Rechten trat auch hier das ursprünglich nur bei der zweiten Classe angewandte Princip der Abtretung von Bauernland. Endlich verschwand der letzte Rest des Bauernschutzes, jene Clausel, durch welche der Gesetzgeber sich hatte vorbehalten wollen, einer zu weit gehenden Verminderung der kleinen Betriebe zu steuern[4]).

Das Privilegium der Jagd, der noblen Passion der Junker, auf das sie, in Deutschland wie in Frankreich, immer den größten Werth gelegt haben, wurde ihnen von neuem zugesprochen. „Die Jagd-Gerechtigkeit", heißt es im Gesetz[5]), „bleibt auch nach der Auseinandersetzung bei dem ursprünglichen Dominial-Hofe". Warum? „Da die Ausübung durch kleine Grundbesitzer viele Nachtheile hat". Und

[1]) Gesetz v. 7. September 1811 § 52; Gesetz-Sammlung S. 268.

[2]) S. 76 f.

[3]) S. Theil 2, 329 f.

[4]) „Edict, die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betreffend", Berlin 14. September 1811; Gesetz-Sammlung S. 281 ff. Knapp, Bauern-Befreiung 1, 164 ff. Mag man übrigens die Abweichungen dieses Edicts von dem Entwurf des Jahres 1810 noch so stark betonen, die Angaben Steins in seiner Selbstbiographie (S. 165; vgl. Pertz 5, 89) über seine Theilnahme oder vielmehr Nichttheilnahme am Edict bleiben doch ein Irrthum.

[5]) Edict v. 14. September 1811 § 57 C; Gesetz-Sammlung S. 298.

die Ausübung durch Großgrundbesitzer? Der Gesetzgeber glaubte ersichtlich, etwas Großes zu thun, wenn er verfügte, daß der Jagdeigenthümer allen Schaden, der durch Jagen oder Wildfraß „erweislich" entstehe, vollständig ersetzen solle.

Dasselbe Gesetz[1]) bestimmte, daß in Ansehung der Jurisdiction nichts verändert werde. Mit andern Worten: die Patrimonial-Gerichtsbarkeit, deren Abschaffung Hardenberg soeben erst selbst gefordert hatte, dauerte fort.

Bequem genug war es Hardenberg durch das Steinsche Ministerium gemacht worden, die Gemeinde-Verfassung weiter zu bilden, den in der Städte-Ordnung enthaltenen Gedanken auf die ländlichen Gemeinden und die Kreise anzuwenden. Wirklich erhielt die Commission, die man wohl als Hardenbergs Cabinet ansehen darf, den Auftrag, Gesetze auch über die Organisation der Communal-Behörden, der ländlichen Polizei und der Kreis-Behörden zu entwerfen, und Friedrich v. Raumer, die eigentliche Seele dieser Commission, meinte gar, daß ohne eine neue Communal-Verfassung die Einführung indirecter Abgaben auf dem platten Lande fast unmöglich sei[2]). Aber das Programm der Gesetz-Sammlung hüllte sich wieder in Schweigen, und das Edict über die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse sanctionirte den Fortbestand auch der gutsherrlichen Polizei[3]).

Endlich, noch ein Mal sich widersprechend, verbürgte Hardenberg den Reactionären in aller Form die alte ständische Verfassung, indem er durch den Monarchen die Berufung eines brandenburgischen Landtags verheißen ließ. Allerdings hielt er sich durch die Clausel: „sobald es thunlich sein wird", eine Hinterthür offen, die er aber wieder dadurch versperrte, daß er hinzufügte: „Dieser Zeitpunkt ist nicht

[1]) § 58.

[2]) „Instruction für die zu Entwerfung der neuen Grundgesetze bestellte Commission" [Berlin 22. Juni] 1810; unvollständig bei F. v. Raumer, Lebenserinnerungen (1861) 1, 124 ff. F. v. Raumer, „Puncte, welche nach der Conferenz v. 17. August in Hinsicht der neuen Finanz-Einrichtungen zu erwägen bleiben", o. D.

[3]) Gesetz-Sammlung 1811 S. 299 (§ 58).

mehr entfernt"[1]). Mit der größten Schärfe tritt hier der Unterschied in der Methode der beiden Staatsmänner, die das neue Preußen geschaffen haben, zu Tage. Einst, als es sich um die Organisation von Münsterland handelte, war Stein für, Hardenberg gegen die Conservirung der ständischen Corporationen gewesen[2]). Seitdem hatte Stein seine Ansicht über den Adel geändert, und entschlossen zog er daraus die Consequenzen; Hardenberg hatte in diesem Punkte ein Mal seine Meinung beibehalten, aber er trug kein Bedenken, eine Zusage zu geben, die ihr direct widersprach und die er gewillt war nicht zu halten. Das Endergebniß war, daß die alten Stände zwar nicht berufen wurden, aber bestehen blieben, und die Reform der Repräsentation einschlief[3]).

Halten wir, um nicht ungerecht zu werden, inne und bedenken, daß Stein nach kurzer Wirksamkeit zu Falle gekommen ist, Hardenberg dagegen sich bis an sein Lebensende als Erster Minister behauptet hat: was, wie sich versteht, kein Spiel des Zufalls ist. Es waren dieselben Widersacher, mit denen Stein wie Hardenberg zu ringen hatten, der mächtige auswärtige Monarch und die Vorkämpfer der alten Ordnungen daheim. Gegenüber Napoleon war Hardenbergs Lage von vorn herein günstiger als die seines Vorgängers; nicht das Gleiche läßt sich von seiner Stellung zum einheimischen Adel sagen, dessen Selbstbewußtsein, 1807 durch die vorangegangene Katastrophe

[1]) Cabinets-Resolution für die Gutsbesitzer des havelländischen Kreises v. Briest, v. Bredow u. s. w., Potsdam 10. Juni 1811. Die Petenten hatten die Berufung eines Landtages begehrt. In der von Hardenberg aufgesetzten Antwort des Königs heißt es: „Unterdessen ist ihnen [einer größeren Anzahl von Mitgliedern der kurmärkischen Stände, welche das gleiche Petitum gestellt hatten] aber von dem Staatskanzler mündlich zugesagt worden, daß solches geschehen werde. Ich bin auch gern geneigt, die Wünsche und Beschwerden der zu einem Landtage versammelten Stände zu hören u. s. w." Nach dem Schreiben, das die Deputirten der kurmärkischen Stände am 22. Januar 1811 (aus Berlin) an Hardenberg richteten, hätte dieser sogar erklärt, „daß es bei dem ersten Entwurfe der . . . Veränderungen" seine „Absicht gewesen sei, Einrichtungen, welche in die Verfassung eingriffen, nur auf dem Wege des Vertrages durchzuführen".

[2]) Theil 1, 258.

[3]) „Da die dazu erforderlichen Vorbereitungen indessen noch Zeit erforderten u. s. w." Edict. v. 7. September 1811 § 14; Gesetz-Sammlung S. 262.

erschüttert, seitdem durch den Sturz Steins und die Unthätigkeit seiner nächsten Nachfolger wieder ansehnlich gewachsen war. Stein würde jedenfalls in der Lage Hardenbergs die Concessionen nicht gemacht haben, zu denen dieser sich verstand, aber bei den hundert und aber hundert persönlichen Beziehungen, welche namentlich in Preußen den Erbadel mit der Erbmonarchie verknüpfen, muß es sehr fraglich erscheinen, ob nicht eine solche Unnachgiebigkeit früher oder später doch wieder einen Conflict zwischen Krone und Minister heraufbeschworen hätte. Dem beugte Hardenberg vor, indem er der Aristokratie dasjenige gab, wofür sie zu haben war. Wie sehr er auch im Einzelnen fehlgegriffen haben mag, als Ganzes betrachtet, waren seine Zugeständnisse der Preis, um den er sich selbst in seiner Stellung behauptete und einen immerhin recht ansehnlichen Theil seiner Reformen unter Dach und Fach brachte. In diesem scheinbar so monarchischen Preußen entwickelte die Aristokratie überraschende Kräfte: den ersten Reform-Minister half sie stürzen, den zweiten brachte sie um die Hälfte seines Erfolges.

Tritt durch diese Erwägungen Hardenberg für den nachlebenden Beurtheiler in ein günstigeres Licht, so verharrte auch Stein zunächst in seiner guten Meinung über ihn. Wohl erklärte er, daß sehr viel zu wünschen und sehr viel zu ändern bleibe[1]) — leider erfahren wir nicht, was das war —, aber er übte eine immer schärfer werdende Kritik an den Widersachern des Staatskanzlers, den alten und den neuen, den Beamten und den Ständen. Niebuhr, der im Herbst 1811 Hardenberg von neuem anklagte, wurde hart, ja grausam zurückgewiesen: hier galt die Freundschaft nicht mehr, der Staat und seine Interessen herrschten in Steins Seele mit einer an die Antike erinnernden Strenge. Schön erhielt das Prädicat „hypermetaphysisch"; Marwitz wurde ein egoistischer Halbwisser, Adam Müller ein Phrasendrechsler gescholten[2]). Nach wie vor geißelte Stein die Herz-

---

[1]) Stein à la comtesse Sophie Brühl [o. D., nach dem 10. Juli 1811]: Je crois qu'il reste bien des choses à désirer, bien des modifications à faire.

[2]) Stein an Hardenberg, [Prag, etwa 28. November 1811]: „den [Nie-

losigkeit und Halbbildung der kurmärkischen Bevölkerung, jetzt auch noch die Tölpelei und Böswilligkeit ihrer Vertreter[1]), und mit der Lauge seines Spottes überschüttete er, wie immer, die Hofleute[2]): alles im Hinblick auf Hardenberg. Dieses Wohlwollen befremdet um so mehr, da der von ihm auf den Schild Erhobene gerade das unterließ, worauf Stein beständig den größten Werth legte[3]): die Reformen[4]), die dazu bestimmt waren, die Nation durch politische Arbeit zu erziehen, mündig zu machen und dergestalt auch die Macht des Staates zu vermehren. Aber die Motive, die Stein im Sommer 1810 dem neuen Minister günstig stimmten, dauerten fort; ja, sie wurden noch verstärkt. Von Monat zu Monat umwölkte sich der politische Horizont mehr, und in Preußen selbst erhob sich das Schreckbild einer mit Beymes Hülfe verwirklichten Minister-Candidatur des Erzreactionärs und Franzosenfreundes Voß, dessen Wirken dann vielleicht abgelöst wurde durch eine Umwälzung, wie sie Frankreich seit 1789

buhr] der Dünkel und die Irascibilität eines Bücherwurms immer über alle Gränzen treiben". Der soeben citirte Brief an Gräfin Brühl. Stein à Hardenberg, [Prague] 7. juin [1811]; Histor. Zeitschr. N. F. 10, 187. Stein à la princesse Radziwill [o. D., nach dem 10. Juli 1811; vgl. Pertz 2, 583 f.]: son [Marwitzens] *Schildträger* Adam Müller avec des phrases alambiquées d'un jargon précieusement ridicule et metaphysique.

[1]) Stein à la comtesse Sophie Brühl, [Prague] 7. mars 1811 (vgl. Pertz 2, 585): Qui peut-on attendre des habitants de ces *sandige Steppen; diese pfiffige, herzlose, hölzerne, halbgebildete Menschen, die doch eigentlich nur zu Corporals und Calculators gemacht sind.* Ebendort über die ineptie und die mauvaise volonté der Notabeln. — Stein an Gneisenau, [Prag] 17. August 1811 (Pertz 2, 587): „Ein Unglück für den preußischen Staat ist es, daß die Hauptstadt in der Kurmark liegt."

[2]) In dem oben citirten Briefe an Prinzeß Radziwill: Un maréchal de cour patriotique c'est un être si extraordinaire qu'il faudrait le conserver en esprit de vin, ou comme ce serait trop cher, *ihn ausstopfen.*

[3]) Stein an Graf Reden, Prag 23. November 1810 (Fournier, Stein u. Gruner S. 133): „Er [der Egoismus] existirt überall, wo nicht Verfassung ihm entgegenwirkt, indem sie den Einzelnen zur Theilnahme an der Verwaltung der Angelegenheiten des Districts oder des Ganzen beruft".

[4]) Sie wird Schleiermacher mit seiner Klage über Hardenberg (Pertz 2, 575) im Auge gehabt haben.

erlebt hatte[1]). Das mußte um jeden Preis vereitelt werden, und kein besseres Mittel gab es dazu als die Verstärkung der Position von Hardenberg.

Die politische Wirksamkeit, zu der Stein durch Hardenberg dergestalt berufen wurde, währte nur kurze Zeit; dann sah er sich von neuem zur Rolle eines Zuschauers verurtheilt.

Von vorn herein wäre dieser Zustand für eine so arbeitsfreudige Natur, wie die von Stein, unerträglich gewesen, wenn er keine Hülfsquellen in sich gehabt hätte. Indeß von je her hatte er Erholung und Sammlung, Freude und Trost in seinen Büchern gefunden, und ihnen wandte er sich auch jetzt zu. Da er sie mit der Feder in der Hand studirte, haben sich einige Reminiscenzen an seine Lectüre erhalten[2]). Immer noch, wie bereits in seiner Göttinger Zeit, bevorzugte er nationalökonomische und historische Werke. Unter jenen las er wieder ein Mal seinen Adam Smith, dem er schon so viel

---

[1]) Stein erwähnt diese Intrigue sowohl in seinem nach dem 10. Juli 1811 geschriebenen Briefe an die Gräfin Brühl wie in zwei Briefen an Hardenberg (21. u. 28. Juli 1811). In der Reinschrift des ersten steht deutlich B—e, wodurch die Vermuthung von Goldschmidt (Histor. Ztschr. N. F. 10, 188) zur Gewißheit wird. Wenn in der Bildersprache, deren sich Stein zuweilen bediente, *Hühnerdieb* den Minister Voß bezeichnet, so gehört hierher auch ein undatirtes Schreiben Steins, das wohl den ersten Monaten von 1811 angehört: „Ich werde ihm [dem Hühnerdieb] auch noch die Karlsbader Bade-Cur [die Intrigue mit Beyme?] versalzen, er ist ein niederträchtiger Schurke". — In dem soeben citirten Briefe an die Gräfin Brühl bemerkt Stein: Il règne là-bas un esprit de vertige coupable et pernicieux, tel que nous l'avons vu amener en 1789 la révolution en France. — Sehr aufgebracht war Stein darüber, daß die Zeitschrift „Die Zeiten" (März 1811 S. 477) ihn zu einem Mitglied des Tugendbundes machte; s. Pertz 2, 588. Andre Widersacher wollten sein politisches Testament von 1808 publiciren, um „daraus Gift zu saugen"; doch wurde das verhindert. Leider erfährt man darüber nichts Näheres. Vgl. Fournier, Stein u. Gruner S. 139.

[2]) Pertz 2, 442 ff. Die Blätter, auf denen sie verzeichnet sind, liegen in einem Umschlage mit der Aufschrift: „Aufsätze und Bemerkungen über mancherlei Gegenstände 1809". Da sie aber nicht geheftet sind, können sie mit andern Papieren vermischt sein; man wird also, wenn etwas auf die Datirung ankommt, Vorsicht üben müssen.

verdankte, daneben aber auch Ganilh, jenen Franzosen, der gegen das neue wirthschaftliche System Bedenken erhoben hatte. Man hat die kritischen Bemerkungen, zu denen sich Stein auf diese Weise anregen ließ, wohl als den Beginn einer Sinnesänderung angesehen; schwerlich mit Recht. Denn zunächst ist es ein Andres, den Inhalt eines Buches zu prüfen, ein Andres, den Entwurf zu einem Gesetze aufzustellen. Dann wollen wir uns daran erinnern, daß er sich niemals einem nationalökonomischen System ergeben, sondern stets neben den wirthschaftlichen Erwägungen auch ethischen Geboten Raum gelassen hatte[1]); doch erscheinen diese jetzt, im Vergleich zu früher, einigermaßen verstärkt. Wohl verspricht er sich von einer zweckmäßigen Verbreitung des Reichthums durch alle Classen der bürgerlichen Gesellschaft wohlthätige Folgen, aber er warnt davor, den Reichthum als solchen zu suchen und zu überschätzen. Der durch Erwerbsfleiß gewonnene Reichthum könne sittenverderblich werden[2]); wenn der Mensch seine ganze Aufmerksamkeit auf Gewinnst richte, würden die edleren Gefühle erstickt; Streben nach Reichthum sei vorzüglich Streben nach dem Besitze der Mittel, die sinnlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Indem er Reichthum und Aufklärung in Wechselwirkung bringt, bemerkt er, daß die Staaten nicht durch Reichthum und Aufklärung, sondern durch frommen, reinen und tapfern Sinn erhalten würden[3]). Er verwirft einen wahllosen Genuß und rechtfertigt die Beschränkung der Einfuhr als eine Art Luxusgesetz[4]); es sei möglich, daß durch Einfuhrverbote eine Nation veranlaßt werde, vieles zu produciren, was sie bei freier Concurrenz nicht producirt haben würde. So vertheidigt er das Mercantil-System, nicht als eine Panacee, sondern gewissermaßen als staatswirthschaftliche Pädagogik und als eine Stufe in der wirthschaftlichen Entwickelung[5]).

---

[1]) S. namentlich Theil 2, 279 ff.

[2]) Stein an Reden, Prag 23. November 1810 (Fournier, Stein u. Gruner S. 133): „Verarmung kann die Sitten vereinfachen und Energie wiedergeben".

[3]) Pertz 2, 466 f.

[4]) „Prachtgesetz", wie er sagt (Pertz 2, 463).

[5]) „Eine Nation, deren einländische Production noch nicht die Gegenstände

Wenn er ferner für Fideicommisse eintrat, so könnte man hierin eher eine Modification früherer Meinungen finden; hatte er doch 1808 die Abschaffung dieser von der neuen nationalökonomischen Schule so heftig angefeindeten Institution zur Debatte stellen wollen. Indessen war er auch damals für Conservirung eines wohlhabenden Adels gewesen, die sich ohne Bindung von Grundbesitz kaum durchführen läßt[1]). Der Widerspruch findet seine Lösung wohl in einer Bemerkung Steins, die, auch während seines Exils aufgezeichnet, an eine ältere Idee von ihm anknüpft: nachtheilig seien Fideicommisse nur da, wo sie aus Latifundien, nicht aber, wo sie aus einzelnen Pachthöfen und aus Renten beständen; in ganz Süd- und Westdeutschland, in Brabant und Flandern gäbe es große Fideicommisse, und doch sei hier die Agricultur eben so vollkommen wie auf den Gütern, die gekauft und verkauft würden[2]). Er hielt die Ausführung seines Plans sogar auf der Grundlage des October-Edicts für möglich, geradeso wie er 1808 die Schutzmaßregeln zu Gunsten des Bauernstandes in Gestalt einer Declaration jenes Gesetzes gegeben hatte.

Vielleicht am meisten überrascht eine Äußerung zu Gunsten der Zünfte, gegen die er sich in früheren Jahren wiederholt erklärt hatte[3]). Indem er einer Abhandlung über den Nutzen der Zünfte und Innungen gedachte, fügte er hinzu, der Autor übergehe einen wichtigen Grund, den moralischen, die Aufrechthaltung einer gewissen Bürgerehre[4]). Indessen aphoristisch wie diese Bemerkung ist, könnte sie gar wohl ergänzt werden durch eine andre, die auch den schädlichen Folgen der Zünfte Rechnung trüge und schließlich, nach Abwägung des Fürs und des Widers doch zu dem Ergebniß käme, daß

des gemeinen Verbrauchs darstellte, würde wohl einen Theil ihres Capitals den andern Gewerben entziehen müssen, weil sie diese Gegenstände nicht entbehren kann. Dieses ist aber nicht der Fall, wenn die einländische Industrie Gegenstände des gemeinen Verbrauchs gut und wohlfeil producirt.“ Pertz 2, 463.

[1]) Theil 2, 308. 515.

[2]) Pertz 2, 454. Vgl. Theil 2, 336.

[3]) Theil 1, 361. 2, 498.

[4]) Pertz 2, 467 f.

die Zünfte im Interesse des Gemeinwesens einer andern wirthschaftlichen Ordnung Platz zu machen hätten. In der That liegt eine ziemlich gleichzeitige Aufzeichnung Steins vor, in der er sich für Gewerbefreiheit und gegen Zunftzwang ausspricht[1].

Einen erheblich größeren Theil seiner Zeit widmete er aber historischen Studien, und mit diesen verband er einen besonderen Zweck.

Wir kennen das Interesse, das er an der Erziehung seiner Kinder nahm. Nun boten Brünn sowohl wie Troppau so gut wie keine, Prag wenigstens nicht ausreichende Erziehungsmittel, und der liebevolle Vater entschloß sich, die Pädagogik, die seiner Nation zu Theil werden zu lassen ihm ein widriges Geschick verbot, seinen Töchtern zuzuwenden. Stets hatte er den erzieherischen Werth der Geschichte hoch veranschlagt, die, wie er es eben damals wieder formulirte, am meisten „gegen Versinken in das Gemeine" schütze[2]). Für die früheren Perioden gab es leidliche Hülfsmittel, was aber sollte er bei der Betrachtung der neuesten Ereignisse, auf die er doch nicht verzichten wollte, zu Grunde legen? So griff er denn selbst zur Feder und wurde der Geschichtschreiber seiner eigenen Zeit[3]).

In der Epoche, da der Wille des Einen Gewaltigen an der

---

[1]) S. unten S. 102.

[2]) Theil 1, 149. 177. 2, 588. Pertz 2, 368. Fournier, Stein u. Gruner S. 140. Stein à la princesse Louise Radziwill, B[rünn] 31. décembre 1809. In der Anweisung für Dr. Eiselen (P[rag] 10. März 1812; Pertz 3, 35), der die Kinder seines Schwagers Arnim erzog, heißt es: „Der Einfluß der Geschichte ist wohlthätig für ein junges Gemüth, wenn sie gründlich, treu, einfältig studirt wird und man nicht auf der Bahn metaphysischer Schwätzer und politischer Sophisten daherwandelt; sie erhebt uns über das Gemeine der Zeitgenossen und macht uns bekannt mit dem, was die edelsten und größten Menschen geleistet und was Trägheit, Sinnlichkeit, Gemeinheit oder verkehrte Anwendung großer Kräfte zerstört. Ich halte es daher für wesentlich, den Sinn für Studium der Geschichte zu erregen und damit den Jüngling vorzüglich zu beschäftigen."

[3]) Der Titel des Werks lautet: „Geschichte des Zeitraums von 1789 bis 1799". Er erwähnt seine Arbeit am 7. März 1811 in einem Briefe an die Gräfin Brühl: Je suis maintenant occupé à faire pour H[enriette] un tableau historique de la révolution. Das jüngste Buch, das citirt wird, ist das erste Heft der „Neuen Militärischen Zeitschrift von 1812."

Seine maßgebend für die Welt war, hätte wohl nichts näher gelegen als die treibende Kraft der Historie in den Persönlichkeiten zu suchen. Stein war andrer Meinung. Er ging aus von dem, was er Geist der Zeit nannte, den er dann in die engste Verbindung mit dem National-Charakter brachte; erst in zweiter Linie standen ihm die Individualitäten der „handelnden Personen", der „großen Männer"; in dritter endlich die „zufälligen, unberechenbaren Ereignisse"[1]). Personen aber nicht nur, sondern auch Zeitgeist und Volkscharakter unterwarf er einer Werthschätzung, für welche wieder moralische Gesichtspunkte entscheidend waren. Um es kurz zu sagen: über die französische Revolution, mit der sein Buch beginnt, urtheilte er sehr ungünstig, nicht etwa nur um seine Kinder mit Abscheu gegen die damals verübten Greuel zu erfüllen (wenngleich diese Tendenz manches scharfe Wort erklären mag), sondern auch aus innerer Überzeugung. „Die Revolution", schreibt er, „brach aus, ohne eine vom König gegebene Veranlassung, der vielmehr längst besessene Vorrechte freiwillig aufgab; die Nation war leichtsinnig, unsittlich, irreligiös; Parteihäupter suchten die Monarchie in ein eitles Luftgebilde zu verwandeln, sie verfolgten mit unwissender Neuerungssucht, ohne Schonung der Rechte oder Gefühle ihrer Mitbürger, den verruchten Zweck durch noch verruchtere Mittel, durch Aufruhr, Plünderung, Mord und Verführung. Sie wurden durch verwegenere Ehrgeizige verdrängt, die auf Leichen, Raub und Gottesverleugnung ihre Herrschaft gründeten; auch diese fielen unter dem Stahl ihrer Gesellen. Sie ersetzte eine Directorial-Regierung, die zwischen Tyrannei und gesetzlichem Schein schwankte, sich durch Unsittlichkeit und Habsucht verächtlich machte und zuletzt von einem kühnen Feldherrn mit Hohn und ohne Widerstand verjagt wurde, der eine vollkommene Alleinherrschaft stiftete". Das ist nun nicht etwa so zu verstehen, als sei Stein für die Conservirung des Zustandes vor 1789 gewesen; im Gegentheil, er lobte auch jetzt Montesquieu und dessen Idee „einer durch National-Repräsentation gemäßigten Monarchie". Aber dadurch wird die Schilderung, die

[1]) Hierüber handelt auch sein Brief an Pozzo di Borgo aus dem Februar 1810.

er — wesentlich übereinstimmend mit Burke, dem ersten großen literarischen Widersacher der Revolution — von dem Verlaufe der Ereignisse in Frankreich giebt, nicht gerettet: sie ist theils einseitig, theils geradezu falsch[1]). Er selbst hatte sich so zu sagen vorweg widerlegt, indem er Beschlüsse der ersten und wichtigsten revolutionären Versammlung als Bausteine für die Wiederherstellung des vaterländischen Gemeinwesens benutzte[2]). Merkwürdig genug, daß ihm in seiner Leidenschaft diese Thatsache völlig entfallen war und er nun über die Constituante sowohl wie über die Legislative in Bausch und Bogen absprach. Nicht ganz so ungünstig urtheilte er über den Convent. Er gestand dem Wohlfahrtsausschusse zu, daß er mit eisernem, unerschütterlichem Willen große Streitkräfte entwickelt und kraftvoll angewandt habe; er nannte es Vaterlandsliebe, daß die Franzosen von 1793 sich lieber der Herrschaft des Convents unterwarfen, als daß sie ihr Land von den Mächten der Coalition zerstückeln ließen. Indessen das war eine Anerkennung, zu der er sich nur widerstrebend gegenüber dieser Nation „halb Tiger, halb Affe“[3]) herbeiließ[4]). Vorbehaltlos dagegen bewunderte er England: „Die Weltgeschichte zeigt uns kein ähnliches Beispiel, wo eine wenig zahlreiche Nation einen solchen glänzenden Grad äußerer Macht und inneren Wohlstandes erreicht und ihre Staatsverfassung so musterhaft ausgebildet hat.“

Die interessantesten Abschnitte sind diejenigen, welche von Deutschland und Preußen handeln; denn hier schöpft der Autor nicht nur aus Büchern, sondern auch aus dem Leben. Zwar lehnte Stein es

[1]) Wie bitter äußerte er sich auch in einem Briefe an Hardenberg (28. November 1811 oder bald darauf; vgl. Pertz 2, 602) über „die Kunst der Verleumdung“ als eine von den „wohlthätigen Künsten, die die glückliche mit 1789 den 4. Mai beginnende Epoche zu einem hohen Grade der Vollkommenheit gebracht hat“.

[2]) Theil 2, 85 ff. 479.

[3]) cette nation tigre singe. Stein à la comtesse Brühl, [Prague] 7. mars 1811.

[4]) Diese Stimmungen Steins sind nicht übel von Varnhagen geschildert (Denkwürdigkeiten d. eignen Lebens [1843] 2, 285 ff.), der ihn in Prag aufsuchte.

weit von sich ab, Memoiren schreiben zu wollen: „Soll ich, wie mehrere neue Zeitungsschreiber[1]), wie Massenbach[2]), die Welt mit meiner Geschäftsführung, meinen Verdiensten, der Schwäche meiner Gegner u. s. w. unterhalten? So würde ich wenig Achtung für mich selbst haben"[3]). Aber namentlich die Charakteristiken der Zeitgenossen, die er einflicht, erhalten ihren Reiz doch dadurch, daß sie eigene Beobachtungen und Stimmungen wiederspiegeln[4]). Natürlich dürfen sie von dem nachlebenden Historiker nicht einfach wiederholt werden; denn bei aller subjectiven Wahrheit bleiben sie Producte des Moments[5]).

Die Darstellung verwendet zwar nur die einfachsten Mittel, aber läßt die Theilnahme des Autors, die sich oft bis zur Erregung steigert, überall erkennen. Zuweilen, sowohl in der Erzählung als auch in den Charakteristiken, erhebt sie sich zu monumentaler Würde. Wie etwa in der Epoche der Consulats-Gründung: „wo jeder eilte, durch Gehorsam sich des neuen Herrn Beifall zu erwerben oder die edleren Gefühle der Freiheit in sein Inneres zu verschließen, wo

[1]) folliculaires.

[2]) Vgl. m. Scharnhorst 1, 533 ff.

[3]) Stein an Gentz, [Brünn] 7. März 1809.

[4]) Sie sind der literarischen Welt längst bekannt, da Pertz sie, zusammen mit andren Stücken des Steinschen Werkes, in die eigne Darstellung aufnahm.

[5]) Sehr günstig lautet das Urtheil über Friedrich Wilhelm III.; vgl. unten S. 113. Scharfe Worte dagegen enthält die Charakteristik der Königin Luise, die wohl deshalb von Pertz der Öffentlichkeit vorenthalten wurde. „Die Königin", heißt es hier, „hätte wegen seiner [des Königs] zärtlichen Anhänglichkeit an sie, bei mehr Bildung, Consequenz und tieferen Gefühlen einen wohlthätigen Einfluß auf ihn haben können. Sie war eine angenehme, sehr gutmüthige Frau, gefallsüchtig [das Folgende unleserlich], ihre Bildung mangelhaft, ihre Gefühle fürs Gute leicht auflodernd, und wegen der Oberflächlichkeit ihres Geistes war sie unglücklich in der Wahl der Mittel, wenig ausdauernd in ihrer Anwendung. Sie erfüllte sehr unvollkommen ihre Pflichten als Mutter. Als Gattin opferte sie ihre Zeit und Neigungen ihrem Gemahl auf, der, an sie durch Gewohnheit gefesselt, ihr alles anvertraute, ohne übrigens auf ihre Meinung besonders zu achten . . . Aus blinder Liebe zu ihrer Familie übersah sie die Fehler ihrer beiden verderbten Schwestern v. T[axis] und v. S[olms], die List und Intriguen der ersteren und die gemeine Sinnlichkeit der letzteren, und entschuldigte die Feigheit ihres Bruders, des Prinzen Karl".

aller Gemeingeist, aller Sinn für Wahrheit und Recht und jedes Gefühl der Selbständigkeit verschwand und deren Stelle platter Egoismus, Sinnlichkeit und kriechende Ränkesucht einnahmen. Die republikanischen Einrichtungen verwandelten sich in gehaltlose Gaukelspiele, die hochtönenden Phrasen wurden vergessen, nur die Sprache der unbedingten Unterwürfigkeit, der gesuchtesten Schmeichelei durfte laut werden“. Oder die Schilderung des Zustandes innerhalb der ersten Coalition: „Nirgends standen an der Spitze dieser Staaten Männer, die den öffentlichen Geist zu beherrschen, das sinkende Gebäude des europäischen Staatenbundes zu stützen, die Völker im hartnäckigen Kampf für Selbständigkeit zu leiten vermochten, indem sie zugleich bemüht waren, die billigen Wünsche der Nationen zu befriedigen, den Mängeln der Verfassung abzuhelfen. Sondern man traf überall auf Mittelmäßigkeit, Schwäche, gemeinen Egoismus, der nur eigne Vortheile erringen wollte und in der Gefahr verzweifelte.“ Es ist kein Zufall, daß Stein Tacitus anruft; ein Zug herber und strenger Moral durchweht das Ganze.

Das Werk schließt mit dem Jahre 1799. Aber Steins Nachlaß bewahrt einige Blätter auf, welche zeigen, daß er seine Darstellung weiter führen wollte. Auch in ihrer Vereinzelung sind sie unschätzbar; denn zusammen mit den Rathschlägen, die er 1810 Hardenberg ertheilte, ja fast noch mehr als diese, verbürgen sie Steins fortdauernde Anhänglichkeit an die Ideale von 1807 und 1808. Er trat hier von neuem ein für Gewerbefreiheit, Emancipation der Bauern, Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und der gutsherrlichen Polizei, Mitarbeit der Nation am Staate. Da flocht er in die historische Darstellung theoretische Erörterungen ein, die zu dem Treffendsten gehören, was aus seiner Feder geflossen ist[1]). So

[1]) Namentlich zwei Aufzeichnungen kommen in Betracht, beide undatirt. Die erste beginnt mit den Worten: „Das Edict d. d. 27. Juli 1808“. Die Abfassungszeit ergiebt sich annähernd aus einer Bezugnahme auf Hardenbergs Eintritt ins Ministerium: „die [die preußische Verwaltung] aber gegenwärtig wieder fortzuschreiten in den Stand gesetzt ist.“ Die zweite enthält die im Texte gegebene Darlegung „Hat man sich überzeugt u. s. w.“ (Pertz 2, 10 ff.) und steht auf einem Blatte, wo auch Bezug genommen wird auf das Gesetz

wenn er das Recht des Staates zur Aufhebung der Leibeigenschaft begründete: „Sie ist im Widerspruch mit den ursprünglichen und unveräußerlichen Rechten der Menschheit, und die willkürliche Entsetzung von Bauernhöfen verschafft den Berechtigten wenig Vortheil und hält den Verpflichteten in einem fortdauernden Zustand von Unmündigkeit, und sein unterhabendes Land, Gebäude und Inventarium bleibt von einer elenden Beschaffenheit, da es ihm nicht eigenthümlich gehört und aller Reiz fehlt, es zu verbessern und Capital anzuhäufen. Der Landmann gewöhnt sich in dieser Lage an Sorglosigkeit bei der Benutzung und an rohen sinnlichen Genuß. Bei großen äußeren Erschütterungen durch Kriege verläßt er einen Wohnort, an den ihn die Liebe zum Eigenthum nicht bindet, und einen Boden, den er als ihm fremde anzusehen gewohnt war". Ausführlicher ist der Abschnitt, der die Nothwendigkeit der politischen Arbeit darlegt. „Hat man sich überzeugt, daß das Verdrängen der Nation von jeder Theilnahme an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten den Gemeingeist erstickt und daß dessen Stelle eine Verwaltung durch besoldete Behörden nicht ersetzt, so muß eine Veränderung in der Verfassung erfolgen. Das zudringliche Eingreifen der Staatsbehörden in Privat- und Gemeinde-Angelegenheiten muß aufhören, und dessen Stelle nimmt die Thätigkeit des Bürgers ein, der nicht in Formen und Papier lebt, sondern kräftig handelt, weil ihn seine Verhältnisse in das wirkliche Leben hinrufen und zur Theilnahme an dem Gewirre der menschlichen Angelegenheiten nöthigen. Man muß bemüht sein, die ganze Masse der in der Nation vorhandenen Kräfte auf die Besorgung ihrer Angelegenheiten zu lenken; denn sie ist mit ihrer Lage und ihren Bedürfnissen am besten bekannt, und auf diese Art nimmt die Verwaltung eine dieser Lage gemäße Richtung und kommt in Übereinstimmung mit dem Zustand der Cultur der Nation. Es wird die Gesetzgebung einer Nation mangelhaft bleiben, wenn sie sich allein aus den Ansichten der Geschäftsleute oder der Gelehrten bildet. Die ersteren sind mit Besorgung des Einzelnen so sehr überladen,

v. 22. November 1808. Die Handschrift, aus der Pertz 2, 29 geschöpft hat, lag mir nicht vor.

daß sie die Übersicht des Ganzen verlieren, und so sehr an das Erlernte, Positive gewöhnt, daß sie allem Fortschreiten abgeneigt sind; die letzteren sind vom wirklichen Geschäftsleben zu sehr entfernt, um etwas Nützliches leisten zu können. Hat eine Nation sich über den Zustand der Sinnlichkeit erhoben, hat sie sich eine bedeutende Masse von Kenntnissen erworben, genießt sie einen mäßigen Grad von Denkfreiheit, so richtet sie ihre Aufmerksamkeit auf ihre eignen National- und Communal-Angelegenheiten. Räumt man ihr nur eine Theilnahme daran ein, so zeigen sich die wohlthätigsten Äußerungen der Vaterlandsliebe und des Gemeingeistes; verweigert man ihr alles Mitwirken, so entsteht Mißmuth und Unwille, der entweder auf mannigfaltige schädliche Art ausbricht oder durch gewaltsame, den Geist lähmende Maßregeln unterdrückt werden muß. Die arbeitenden und die mittleren Stände der bürgerlichen Gesellschaft werden alsdann verunedelt, indem ihre Thätigkeit ausschließend auf Erwerb und Genuß geleitet wird, die oberen Stände sinken in der öffentlichen Achtung, durch Genußliebe und Müßiggang oder wirken nachtheilig durch wilden, unverständigen Tadel der Regierung. Die speculativen Wissenschaften erhalten einen usurpirten Werth, das Gemeinnützige wird vernachlässigt, und das Sonderbare, Unverständliche zieht die Aufmerksamkeit des menschlichen Geistes an sich, der sich einem müßigen Hinbrüten überläßt, statt zu einem kräftigen Handeln zu schreiten. In Frankreich ist die Nation nur zum Schein zur Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten zugelassen, ihr gesetzgebender Körper ist nur eine der registrirenden Verwaltungsbehörden, das Maschinenwesen ihrer Bureaukratie ist zusammengesetzt, kostbar, in Alles eingreifend und wird von dem ungebundenen und rücksichtslosen Willen eines Einzelnen geleitet".

So führte ihn die Zukunft seiner Kinder, die er bei der Abfassung und Auslegung dieses Buches im Auge hatte, auf die Gegenwart zurück, und leider gab es Dinge, die ihn minder freundlich daran erinnerten, daß er einst eine Rolle in der Welt gespielt.

Als er von Königsberg schied, hatte ihm der König eine Pension in Aussicht gestellt; als er von dem Banne des Imperators ge-

troffen wurde, hatten seine Nachfolger im Ministerium — niemanden, wie Gneisenau rühmend hervorhob, ausgenommen — sich bemüht, seine Lage zu sichern und zu verbessern; damals wurde die Pension auf 5000 Thaler normirt. Dennoch dauerte es eine Weile, ehe er das erste Geld aus Königsberg erhielt, so daß er dazu schreiten mußte, sein Silbergeschirr zu veräußern[1]. Sollte er immer auf die mehr oder minder große Zufälligkeit solcher Pensionszahlungen angewiesen bleiben? Er hatte von dem baldigen Untergange des preußischen Staates gesprochen, und wenn jetzt, nach dem Wiedereintritt Hardenbergs, auch die zornige Stimmung, der dies Wort entstammte, verflogen war, wer bürgte denn dafür, daß jenes Ereigniß nicht doch endlich eintrat? Eben damals fingen spanische Guerrillas Documente auf, die bewiesen, daß Napoleon sich mit dem Plane trug, Spanien einfach seinem Reiche einzuverleiben[2]. Warum nicht auch Preußen? Weiter aber: bis zur Verhängung der Acht war er, auch ohne Gehalt, ein wohlhabender Mann gewesen, nun standen seine Güter unter fremder Verwaltung, die in Nassau von der herzoglichen Regierung, wie Stein selbst zugestand, mit Billigkeit[3], in Birnbaum von den „Myrmidonen" des neugebackenen polnischen Dynasten mit verletzender Brutalität gehandhabt wurde[4].

---

[1]) Pertz, Gneisenau 1, 460. 474. Pertz, Stein 2, 348. 746. Steins Selbstbiographie S. 173.

[2]) Pertz, über d. politische Bedeutung d. Jahres 1810, i. d. Abhandlungen d. Berliner Akademie 1861 S. 187 ff. Vgl. Fournier, Stein u. Gruner S. 137.

[3]) avec équité; Stein à la princesse Louise Radziwill, [Brünn] 6. mars 1809. — In der Denkschrift v. 12. Juli 1811: „mein Eigenthum wurde von meinen Landsleuten behandelt als res sacra miser[orum]". Es scheint sogar Steins Schwester eine Mitwirkung bei der Verwaltung zugestanden zu sein; s. Pertz 2, 601.

[4]) Mémoires du comte de Senfft p. 57. Flathe, Geschichte Sachsens 3, 28. Nach dem soeben citirten Briefe an Luise Radziwill hätte Stein seinen Antheil an Birnbaum im Juni 1808 dem Miteigenthümer, Herrn v. Troschke (s. Theil 1, 237), verkauft; nachher aber bezeichnet sich Stein wieder als Eigenthümer. Besonders erschwert wurde die Situation in Birnbaum dadurch, daß auf dem Gute 113 000 Thaler Hypotheken ruhten, deren Zinsen nicht bezahlt werden konnten.

In dieser Lage suchte Stein verschiedene Auswege. Er schlug Hardenberg vor, seine Pensionsansprüche an den preußischen Staat durch Überlassung einer Domäne abzukaufen, und der Staatskanzler, der in seinen Finanz-Plänen schließlich die Veräußerung der Domänen acceptirt hatte, willigte ein; ebenso der König[1]). Aber das Geschäft kam, aus unbekannten Gründen, nicht zu Stande; doch wurde Stein, als ein Brand Birnbaum von neuem arg mitgenommen hatte, durch allerhand Zuwendungen unterstützt[2]).

Dann erwog Stein, daß er doch nur persönlich von der Acht getroffen war, nicht aber seine Frau und Kinder. Vielleicht, daß Napoleon sich geneigt erwies, seinerseits diese Distinction zu machen. Hatte er nicht die Emigranten nach Frankreich zurückkehren lassen und den Sequester aufgehoben, der auf die Besitzungen österreichischer Unterthanen innerhalb des Rheinbundes gelegt war? Schien es nicht so, als grolle er Stein nicht mehr? Hatte er nicht Marianne vom Stein, die nach Paris geschleppt war, unbehelligt wieder ziehen lassen?[3]) Genug, Stein faßte den Plan, seinen Kindern eine Rente aus dem sequestrirten Besitz zu verschaffen; er selbst wollte keinen Vortheil davon haben und sogar auf die Rückkehr nach Nassau verzichten. Schon 1809 war der Versuch gemacht worden, ihn zu einer Annäherung an Napoleon zu bestimmen, und einem seiner Freunde scheinen Scrupel darüber aufgestiegen zu sein, ob er noch der Alte sei; worauf er erwiederte: „Die Umstände haben mich in Lagen gestellt, wo ich das Beispiel eines festen, beharrlichen und unabhängigen Charakters geben soll; einen so ehrenvollen Beruf will ich nicht für erbärmliche Rücksichten auf Vermögen und Geld preis geben".

---

[1]) Cabinets-Ordre an Hardenberg, Berlin 11. Juli 1811. Steins Dankschreiben an den König, Prag 13. August 1811: „Hätte ich nicht Pflichten gegen meine Kinder und gegen Gläubiger, die zur Zeit meines Wohlstands mir ihr Eigenthum anvertraut hatten, zu erfüllen, so würde ich mit Hingebung mein eignes Schicksal ertragen".

[2]) Cabinets-Ordre an Hardenberg, Berlin 20. Februar 1812: unentgeltliche Lieferung von Bauholz und Kalk, Zahlung von 20 000 Thalern in schlesischen Pfandbriefen (wogegen 1000 Thaler von der Pension fortfielen).

[3]) Pertz 2, 416.

War es aber nicht doch eine Halbheit? In der einen oder der andern Weise wäre die flüssig gewordene Rente Stein zu Statten gekommen, wenn auch nur insofern als sie ihm die peinigende Sorge für Weib und Kind abgenommen hätte. Und konnte er wohl mit innerer Freiheit das Concept aufsetzen, in dem seine Frau, wenn auch noch so verclausulirt, die Gerechtigkeit Napoleons anrief, den er in andern Documenten mit Dschingis Khan und Timur verglich, dem er den „Egoismus des sich selbst vergötternden und die Menschheit in Staub tretenden Despoten" vorwarf?[1]) Nach Allem, was vorausgegangen war, hätte man erwarten sollen, daß er in dem Conflicte zwischen seiner Familie einerseits, seiner Vergangenheit und seinen politischen Grundsätzen andrerseits sich zu Gunsten der letzteren entscheiden würde. Aber die ganze Speculation schlug fehl, obwohl der österreichische sowohl wie der preußische Staatskanzler angespannt wurden. Hardenberg bekam aus Paris zur Antwort, daß Stein für das Haupt einer gefährlichen Secte gelte, welche große und weite Pläne verfolge. Wenn die Bitte von Steins Gemahlin überhaupt bis zu Napoleon gedrungen ist, so wußte er gar wohl, warum er sich versagte. Wer es wagte, sich wider seine Majestät aufzulehnen, sollte Zeitlebens, oder mindestens bis er Buße gethan, unter der Strafe leiden[2]).

[1]) Stein à Pozzo di Borgo, [Brünn] 16. avril 1810: Il [Napoléon] n'a qu'un but, c'est celui de Zinghis Chan, Timour etc. Aufzeichnungen bei Pertz 2, 447. 448.

[2]) Aufzeichnung Steins, o. D., beginnend mit den Worten: „Es sei bedenklich", und mit dem Vermerk: „Geantw. per expr. retour T[roppau?] 28. S[eptember] 1809"; Pertz 2, 408. Stein [à la comtesse de Brühl], Troppau 2. novembre 1809; benutzt v. Pertz 2, 408. Stein à O'Donnell, B[rünn] 24. avril [1810]. Correspondenz m. Gentz u. Hardenberg November u. December 1810. Mme de Stein à Napoléon et au prince Schwarzenberg (österreichischen Gesandten in Paris), Prague 6. janvier 1811; Pertz 2, 754 f. Correspondenz m. Hardenberg Mai bis Juli 1811 i. d. Histor. Zeitschr. N. F. 10, 186 ff., wo in dem Schreiben Steins v. 7. Juni 1811 die schöne Stelle fehlt: Comprend-on sous chef d'une secte celui qui désire l'émancipation de sa patrie, je ne puis me défendre de cette crime, mais je crois que les 9/10 de l'Europe sont mes complices. Stein au prince Schwarzenberg, Prague 26. octobre 1811. Daß Stein von England aus unterstützt worden sei, behauptet nur ein österreichischer Polizei-Bericht; Fournier, Stein u. Gruner S. 218.

Anders als der Fremde urtheilte und handelte der Landsmann. Die Herzöge von Nassau ließen seit 1811 der Frau vom Stein eine anständige „Competenz“ zukommen[1]): was ihnen um so höher anzurechnen ist, da der Reichsfreiherr wahrlich nicht säuberlich mit ihnen umgegangen war.

Mochten dergestalt die materiellen Sorgen zurücktreten, den geistigen Druck des Napoleonischen Regiments empfand Stein nach wie vor auf das schwerste. Aber wird die Herrschaft des Tyrannen ewig dauern? Wir kennen die Antwort, die Stein sich 1808 auf diese Frage gab. Seitdem war Österreich, auf das er damals zählte, gedemüthigt. In Spanien, woher die Freiheitshoffnungen gekommen waren, hatten die Insurgenten, obwohl von den Engländern unterstützt, doch nicht das Gebiet behaupten können, das sie im Hochsommer des großen Jahres eingenommen: die Franzosen überschritten wieder sowohl die Sierra Guadarrama wie die Sierra Morena; sie besetzten Sevilla, sie belagerten Cadix. Und wie im Süden so neigte sich auch im Norden die Wagschale zu Gunsten des Weltreiches: ein französischer Marschall, jener Bernadotte, wurde Regent von Schweden. Das Continental-System, in welchem die Politik Napoleons gipfelte, schien sich zu vollenden.

Andrerseits blieb die zweite Macht, auf welche Stein damals gehofft hatte, blieb England nicht nur auf dem Meere siegreich, sondern behauptete sich auch in Portugal; vergebens versuchten die Franzosen den großen britischen Feldhauptmann, von dem die Welt noch mehr hören sollte, aus seinen festen Stellungen zu verdrängen. Und schon zeigte sich handgreiflich die Unmöglichkeit und der Widersinn jener Handelssperre. Napoleon widerlegte sich selbst, indem er, wenn auch gegen einen riesigen Zoll, selbst Kolonial-Waren einließ, unter denen, wie er gar wohl wußte, sich auch englische befanden; hielt man daneben die älteren von ihm erlassenen handelspolitischen Decrete, so erschien er jetzt wie ein gekrönter Schmuggler. Vollends über den Ocean reichte der Arm des Gewaltigen nicht.

[1]) Jährlich 2000 Gulden. Stein an Gagern, Frankfurt 16. Januar 1823; Gagern, mein Antheil an der Politik (1833) 4, 129.

Ungestört von ihm, seinen Söldnern und Steuerboten, konnten die Pioniere der germanischen Rasse die Elemente der Cultur in den Urwald und die Steppen einer jungfräulichen Welt hineintragen.

Wie alle die andern großen Männer, welche die Zukunft des menschlichen Geschlechts in ihrem Herzen bewegten, schwankte auch Stein zwischen Furcht und Hoffnung. „Ich glaube nicht", schrieb er einmal, „daß der böse Geist triumphiren wird". Und ein andres Mal, noch zuversichtlicher: „Es ist unmöglich, daß ein System wie dasjenige, unter welchem wir seufzen, welches das Glück von jedermann dem Willen eines Einzigen opfert, sich behaupten kann; es muß fallen, entweder durch einen fremden Anstoß oder durch seine innere Fäulniß"[1]). Aber je länger je mehr schwand diese Zuversicht, und das konnte nicht wohl anders sein. Er hat uns selbst den Schlüssel zum Verständniß seiner Umstimmung in einem Worte gegeben, das er brauchte beim Beginne seines dritten Exil-Jahres: für jeden, der mehr im Streben als im Genießen lebe, sei eine Unruhe wie die des Jahres 1809 vielleicht wünschenswerther als die Ruhe der Folgezeit[2]). Unthätigkeit in Zeit höchster Spannung war für eine so auf das Schaffen angelegte Natur etwas Fürchterliches, und diese Stimmung projicirte sich in den Urtheilen, die er über die Welt ringsum fällte. Wenn er nicht handeln konnte, warum legten andre, deren Kraft nicht gehemmt war, die Hände in den Schoß? Und wenn eine mit dem besten Willen erfüllte Persönlichkeit wie Hardenberg auftrat, warum stieß er auf Widerstand, warum kam ihm nicht aus der Mitte der Nation eine freudige Unterstützung entgegen? Warum regte sich nicht die Bevölkerung im rheinbündischen Deutschland? Warum verhandelte der österreichische Kaiser sein Kind an den, der sich als die Incarnation des Bösen darstellte? Warum

[1]) Stein [à la comtessse Brühl], Troppau 2. novembre. Stein à la princesse Louise Radziwill, B[rünn] 31. décembre 1809. Und so auch an Pozzo di Borgo im Februar u. am 16. April 1810 (dort nannte er Napoleon un individu qui est déjà sur son retour), ja selbst noch im Januar 1811, an Münster; Pertz 3, 43 f.

[2]) Stein an Kunth, Prag 29. December 1810; Fournier, Stein u. Gruner S. 134.

verharrte der Zar im französischen Bündniß? Sicher, dies Zeitalter war von Grund aus verdorben. Aber waren nicht die Nationen, sonderlich die deutsche, früher anders und besser gewesen? Zuerst leise, dann stärker und stärker, erklangen in Steins Seele die Töne der Romantik. Als früheste Accorde dieser Art haben wir anzusehen seine Vorliebe für die „alte deutsche Verfassung", seine Betonung der Religion gegenüber den modernen „Philosophismen", seinen gegen Egoismus und Weichlichkeit des lebenden Geschlechts gerichteten Tadel[1]); weiterhin gedenken wir seiner Empfehlung mittelalterlicher Stadt-Ordnungen und Ritter-Statuten, jener Äußerung zu Gunsten der Zünfte, der vermehrten Fürsorge für Sicherheit und Selbständigkeit der Kirche[2]). Wie aber wuchs diese Stimmung mit der Dauer des Exils. Als Prinzeß Wilhelm durch die Lectüre der Vorlesungen des feinsinnigen, edlen, Stein treu ergebenen Pädagogen Süvern sich zu einer Verherrlichung der Ritterzeit angeregt fühlte, pflichtete Stein freudig bei: „Gewiß besaß jenes Zeitalter überwiegende Vorzüge vor dem unsrigen. Diese frommen, treuen, für Religion, kriegerische Ehre und Liebe beseelten Menschen, wie vermag man die zu vergleichen mit den kleinlichen, frivolen, zusammengeschrumpften, genußliebenden Egoisten unsres Zeitalters?"[3]) Er las und empfahl Chateaubriand und Friedrich Schlegel[4]). Doch schloß er als echter Protestant, wenn er die Vergangenheit lobte, auch die Reformation mit ein, von der er schrieb: „Den Männern jenes Zeitalters verdanken wir Geistesfreiheit, Wiederaufleben der Wissenschaften, Nationalreichthum, den europäischen Staatenbund und die ganze Blüthe der neueren Cultur: deren Stelle jetzt Geistesdruck, allgemeine Niedergeschlagenheit, Hingeben unter die launenhafte, ungebundene Herr-

---

[1]) Theil 1, 191. 244. 246. 248. 251. 259. 2, 83.

[2]) Theil 2, 510. 546. Oben S. 50. 64.

[3]) Stein an die Prinzeß Wilhelm, Prag 17. März 1811; Pertz 2, 527. Übrigens hatte er schon im März 1809 Gneisenau gebeten, ihm selbst eine Abschrift der Süvernschen Vorlesungen zu verschaffen. S. auch Pertz 2, 402.

[4]) Von Chateaubriand: Génie du christianisme, von F. Schlegel: „Über die neuere Geschichte; Vorlesungen, gehalten zu Wien". Pertz, 2, 592.

schaft eines Eroberers, um sich greifende Verarmung eingenommen haben"[1]). Und wenn er sich nun die Frage vorlegte, wann und woher die Wendung zum Schlimmen gekommen sei, so fand er die Ursache in der Verdrängung der Religion, die er den „Sophisten des 18. Jahrhunderts" Schuld gab: in Frankreich den sogenannten Philosophen, in Deutschland nicht etwa den großen Denkern insgesammt — vielmehr pries er eben in diesem Zusammenhang Herder[2]), — sondern König Friedrich II. von Preußen[3]), der „Berliner theologischen Schule, ihrem Koryphäen und Colporteur Nicolai und seinen neueren Metaphysikern". „Jene haben den einfältigen, schlichten Bibel-Glauben hinweg exegesirt, diese die alte deutsche Biederkeit und Treue hinwegraisonnirt, den schlichten, gesunden Menschenverstand verdunkelt und Lehren vorgetragen, die die Grundsätze der Moral, den Glauben an Gott und Unsterblichkeit tief erschütterten und die Herzen der Menschen austrockneten". In dem frommen, kindlichen Sinn, erklärte er geradezu, liege „die einzige Weisheit und die höchste Wahrheit"[4]). Wenn er von Frömmigkeit redete, so meinte er die des Christenthums, die sich an dieser Welt nicht genügen läßt. Und wandte er nun den Blick zurück auf sich selbst, so stand er in einem Lebensalter, das dem Menschen den Gedanken an das Ende der irdischen Laufbahn gebieterisch aufdrängt. Nahe Verwandte und Freunde starben: seine Schwester Luise, sein Schwager Arnim, sein Freund Fritz Stadion,

---

[1]) Steins „Geschichte des Zeitraums v. 1789 bis 1799".

[2]) Er nannte ihn (Pertz 2, 527 f.) „einen Mann, der einen kräftigen gesunden Menschenverstand, einen religiösen tugendhaften Sinn, einen zarten reinen Geschmack besaß und äußerte und damit einen großen Tiefsinn, eine ausgebreitete Gelehrsamkeit verband und durch sie zu einem seltenen Reichthum von Ideen und Ansichten gelangte"; er habe sich dem eindringenden Strom des Verderbens widersetzt. Vgl. Theil 1, 80; Pertz 1, 193; H. Baumgarten, Historische und politische Aufsätze (1894) S. 400.

[3]) Fournier, Stein u. Gruner S. 134. Vgl. Theil 2, 526. Übrigens widmete er den Tugenden des Königs in einer Parallele mit Napoleon Worte warmer Anerkennung. Undatirte Aufzeichnung, beginnend mit den Worten: „Das Leben Friedr. des Gr."

[4]) Stein an die Prinzeß Wilhelm, 17. März u. 14. August 1811; Pertz 2, 526 f. 591 f.

seine Freundin Frau v. Heinitz. Er sehnte sich fort, in eine reinere Welt[1]).

Er konnte seine Augen allerorten schließen, und so hätte er sich mit dem Gedanken, in Prag zu bleiben, wohl versöhnen mögen. Aber dann und wann regte sich wieder der Wunsch, dem Ekel erregenden Anblick der Napoleonischen Tyrannei zu entrinnen, was gleichbedeutend gewesen wäre mit der Aussicht, noch etwas im Diesseits zu wirken. Er dachte an England[2]), aber auch an Amerika, und wenn er darüber nachsann, empfand er gelegentlich wohl gar die Familie, deren Liebe sonst für seine Seele Erquickung und Trost war, als eine Hemmung. Er hat einmal, das Wort des Apostels Paulus wiederholend, die Meinung verfochten, daß in dem gegenwärtigen Zeitalter des Egoismus und der Immoralität der Cölibat der Ehe vorzuziehen sei, und den Wunsch ausgesprochen, daß seine Töchter nach dieser Maxime handeln möchten[3]). „Wäre ich nicht", schrieb er an Freund Reden, „durch Familienverhältnisse gefesselt, so würde ich morgen Europa verlassen und anderwärts mein Heil suchen". Und an seine Schwester Marianne: „Es wäre, um Ruhe und Unabhängigkeit zu genießen, am besten, sich in Amerika anzusiedeln, in Kentucky oder Tenessee. Ein herrliches Klima und Boden, schöne Ströme fände man da, und Ruhe und Sicherheit auf ein Jahrhundert." Er hoffte, seine Nationalität drüben bewahren zu können; denn er erinnerte weiter daran, daß man dort eine Menge Deutsche fände: „Die Hauptstadt von Kentucky heißt Frankfurt"[4]). Wer will sagen,

---

[1]) Zahlreiche Äußerungen in den Briefen seit Ende 1810, die ich nicht im Einzelnen aufzähle.

[2]) Stein an Graf Münster, [Prag] 11. Januar 1811; [Hormayr] Lebensbilder aus dem Befreiungskriege (1844) 2, 274 u. Pertz 3, 43 f. Bei der Veröffentlichung dieses wichtigen Briefwechsels hat Hormayr nur das Münstersche, Pertz auch das Steinsche Familien-Archiv benutzt. Concept und Mundum weichen oft von einander ab.

[3]) Stein à la princesse Louise Radziwill, [Prague] 27. janvier [1811].

[4]) Stein an Graf Reden, Prag 1. November 1810; Fournier, Stein u. Gruner S. 133. Stein an seine Schwester Marianne, [Prag] 9. Juli 1811; Pertz 2, 604. Auch auf den Süden Amerikas hoffte er, pourvu que ces Es-

ob er auch jenseit des Oceans eine Rolle gespielt hätte? Ganz undenkbar ist es nicht. Denn einige der Eigenschaften, die in den damaligen Vereinigten Staaten etwas galten, stolzen Unabhängigkeitssinn, gründlichen Abscheu gegen die Bureaukratie, warmes Interesse für das Wohl und Wehe der engeren wie der weiteren Heimath, echte Religiosität, sie hätte dieser Germane als der dem Range und der Zeit nach erste aller politischen Auswandrer des 19. Jahrhunderts mit hinüber gebracht.

Aber es ist nicht dazu gekommen. Indem er darüber nachsann, ob er nicht besser thäte, den neuen Erdtheil aufzusuchen, mehrten sich die Anzeichen, daß im alten Erdtheil noch ein großer Kampf um die Völkerfreiheit bevorstünde.

Rüstungen, wie sie Napoleon seit Ende 1810 betrieb, lassen sich nicht geheim halten; klärlich waren sie gegen Rußland gerichtet, zogen also auch Preußen, das von den Anmarsch-Straßen durchschnitten wurde, in Mitleidenschaft. Das Haupt dieses Staates, der König, erschien Stein jetzt in einem viel günstigeren Lichte als früher[1]). Zunächst wegen des strengen Urtheils, das er über die öffentliche Meinung in den preußischen Provinzen fällte: war sie wirklich so verderbt, wie er glaubte, so war Friedrich Wilhelm wegen der Mißgriffe, die in Preußen begangen waren, zu einem guten Theile entlastet. Rein menschliche Beweggründe kamen hinzu: der Dank dafür, daß der

pagnols y parviennent à fondre un nouvel empire sur les bases de la morale religieuse et de la monarchie modérée (an Pozzo di Borgo, Prag 16. April 1810).

[1]) Stein an die Prinzeß Wilhelm, Prag 17. März 1811 (Pertz 2, 526): „Ich verehre ihn wegen seiner religiösen Sittlichkeit, seiner reinen Liebe zum Guten, ich liebe ihn wegen seines wohlwollenden Charakters und beklage ihn, daß er in einem eisernen Zeitalter lebt". Vgl. oben S. 101. Sehr strenge über die Haltung der Nation in dem Briefe an Gneisenau, [Prag] 17. August 1811 (unvollständig b. Pertz 2, 586 ff.): „Hätte die Nation nur die geringste Energie, so wären wir nie so tief gesunken u. s. w." — Um dieselbe Zeit schrieb Graf Münster an Stein (London 27. August 1811; unterdrückt von Pertz 3, 45): „Welche Rolle wird in dieser verhängnißvollen Zeit der Mann spielen, von dem Sie mir einst selbst sagten, sein ganzes Leben sei ein verfehlter Zweck?" Der Zusammenhang zeigt, daß damit nur Friedrich Wilhelm III. gemeint sein kann.

König ihm jüngst geholfen hatte; das Mitgefühl über den jähen Tod der Königin. Freilich konnte er es zunächst nicht über sich gewinnen, seine Theilnahme in die Wendungen eines Condolenz-Schreibens zu fassen; er fürchtete, daß das Hofgesinde, das er so grimmig haßte, ihm einen solchen Schritt als Buhlen um die königliche Gunst auslegen möchte. Aber die Briefe an die beiden Prinzessinnen, mit denen er correspondirte, enthalten Worte tiefempfundener Theilnahme: „Sie fanden ein zartes, inniges Band, das Liebe, Schönheit und Güte geknüpft hatten, zerrissen, und wer wird diese Wunden heilen, wer den durch das Schicksal verfolgten, tief bekümmerten, nun ganz isolirt stehenden König trösten, aufrichten?"[1]) Nicht minder innig war der Antheil, den er, wie einst 1808, an der Erziehung des künftigen Herrschers von Preußen nahm, des Kronprinzen, auf welchem nun nicht mehr das fürsorgende Auge der Mutter ruhte[2]).

Abstrahiren wir von dem allgemein Menschlichen und beschränken wir uns auf das politische Moment, so verfiel doch auch Stein einigermaßen dem Schicksal aller Emigranten, die früher oder später die Fühlung mit den Realitäten verlieren. Diejenigen, welche sie besaßen, die Freunde in Berlin, urtheilten weniger günstig über Friedrich Wilhelm. „Der König", schrieb Gneisenau an Stein, „steht noch immer neben dem Thron, worauf er nie gesessen hat, und ist immer noch Recensent desselben und derer, die auf dessen Stufen stehen. An dieser Individualität wird ewig jeder Gehülfe scheitern, der, Staatsmann im höhern Sinn, erhabene Anordnungen zu machen

---

[1]) Stein an Prinzeß Wilhelm, [Prag] 27. September 1810; Pertz 2, 522. Ähnlich an Prinzeß Radziwill (24. September 1810). — Nachträglich (am 13. August 1811, s. oben S. 106) sprach Stein auch dem Könige selbst sein Beileid aus.

[2]) Stein à la princesse Louise Radziwill, P[rague] 7. juillet 1810. Princesse Louise Radziwill à Stein, Bellevue 14. août [1810]. Stein à la princesse Louise Radziwill, [Prague] 24. septembre [1810]: Ce que vous en dites est inquiétant. *Ungebundenheit, Unbesonnenheit, Leichtsinn, eine lebhafte, bewegliche Einbildungskraft* pour un jeune homme dans sa position, ces qualités annoncent peu d' *innere, wahre, gediegene Kraft.* Pourquoi n'a-t-on plus tôt éloigné cette cire molle de D[elbrück]? Vgl. Theil 2, 583 f.

gedenkt. Im Militärwesen sowie in den auswärtigen Verhältnissen behauptet er noch immer seine ungeheure Stärke und wirkt entmannend auf diejenigen, die gute Rathschläge ertheilen. Übrigens ist er schlechter als je umgeben; wir haben nicht einmal die Aussicht, eine Agnes Sorel zu erhalten". Dem wagte Stein doch nicht zu widersprechen; vermuthlich entsann er sich in diesem Momente der Hindernisse, die ihm selbst durch den König bereitet waren. Aber er meinte, daß solch Mißverhältniß zwischen den Kräften des Regenten und seinem Berufe niemals eine Nation entschuldige: wogegen übrigens auch Gneisenau nichts einzuwenden hatte[1]).

Ebenso löste sich schließlich eine andre Differenz zwischen Stein und den preußischen Patrioten in Berlin. Sie wollten nunmehr, im Sommer 1811, losschlagen gegen Frankreich; Stein dagegen hielt einen Aufschub der Entscheidung für zweckmäßig: denn nach seinen Nachrichten waren die Russen mit ihren Rüstungen noch nicht fertig. Daß aber, wenn es so weit war, Preußen nicht wieder dem Freiheitskampfe fern bleiben dürfe, war natürlich auch seine Meinung, und da er sich jetzt wieder ganz und gar solidarisch mit dem preußischen Staate fühlte, ließ er seine Rathschläge für den Zukunftskrieg nach Berlin gelangen[2]). Sie stimmten in allem Wesentlichen überein sowohl mit denen, die er selbst 1808 und 1809 ertheilt hatte, wie mit denen, welche jetzt Scharnhorst und Gneisenau, die alten Ge-

---

[1]) Gneisenau an Stein, Breslau 26. Juni (die Stelle ist von Pertz [Stein 2, 579; Gneisenau 2, 95] unterdrückt). Stein an Gneisenau, [Prag] 17. August 1811; Pertz, Stein 2, 587.

[2]) Zwei „Pro Memoria" von Stein: 1) Prag 24. August 1811, „per Dohna"; 2) Prag 17. September 1811, „ab 23. Sept. per P[rinz] v. H[essen]". Die im Hardenbergichen Nachlaß beruhenden Ausfertigungen weichen von den Concepten i. Nassauischen Archiv, welche Pertz (3, 14 ff.) publicirt hat, erheblich ab. — Nach dem bereits S. 107) citirten österreichischen Polizei-Bericht (Fournier, Stein u. Gruner S. 221) wäre Prinz Wilhelm im Herbst 1811 nach Prag gekommen. Die Reise ist anderweitig nicht bezeugt, und es liegt sicher eine Verwechselung mit Prinz August vor, von dem Stein, ein wenig boshaft, am 24. October 1811 (Pertz 2, 605) schreibt, er sei nach der Schweiz gegangen, um die Alpen und ihre Hirtinnen zu sehen. Dadurch erledigen sich die von Cavaignac (Formation de la Prusse contemporaine 2, 178) aufgeworfenen Fragen.

nossen von 1808, formulirten. Doch fehlt es nicht an einigen Nuancen, die sich theils aus der persönlichen Stimmung des Rathgebers theils aus den neu gemachten Erfahrungen erklären. Wie die Religion in ihm selber mächtiger geworden war, so trat sie auch in seinen Rathschlägen stärker hervor; er bezeichnete jetzt die Erregung der religiösen Gefühle als nothwendig zur Erweckung des öffentlichen Geistes, und wieder brachte er für die Formulirung der erforderlichen Verordnungen Schleiermacher in Vorschlag. Ferner wurden die Vorbilder nationaler Erhebung, die alten und die neuen[1]), jetzt consequenter und strenger befolgt: kein Zweifel, so sehr Stein sonst geneigt war, auf die Ideen der Romantiker einzugehen, da, wo es die Befreiung das Vaterlandes galt, zeigte er sich eher noch radicaler als in den früheren Epochen des Kampfes. Das wird vor Allem bewiesen durch das ungeheure Zugeständniß, das er, seine Denkwürdigkeiten noch überbietend[2]), hier, in einer für die Lenker des preußischen Staats bestimmten Denkschrift, der Regierung des Frankreichs von 1793 macht: „So verabscheuungswürdig der revolutionäre Wohlfahrtsausschuß war, so sehr verdient er Nachahmung und Bewunderung bei seiner Aufstellung und Entwickelung der Streitkräfte der Nation." Also dieselben Kampfmittel wie damals: Aufgebot aller kampffähigen Männer und, worauf jetzt mehr Werth gelegt wird als 1808 und 1809, Mobilisirung aller wirthschaftlichen Werthe durch die Ausgabe von Papiergeld. „Die Ordnung der Finanzen ist dem größeren Zweck der Erhaltung des Staats untergeordnet, und wird im Kriege das Leben des Staatsbürgers aufgeopfert, so kann sein Eigenthum nicht geschont werden, und gewiß ist jeder bereit, es aufzuopfern, um die Fesseln der allgemeinen Sklaverei zu zertrümmern". Nur gegen die Adlichen und die Beamten dauert das alte Mißtrauen des Autors der Denkschrift fort; jene bedroht er, wenn sie nicht mitthun, mit Degradation, diese mit Absetzung, ja mit

[1]) Um den Kampf der Tiroler kennen zu lernen, empfahl Stein das damals nur handschriftlich vorhandene Werk von Hormayr [und dem Erzherzog Johann]: „Das Heer von Inner-Österreich". Für die Vendée nannte er Beauchamp, Histoire de la Vendée.

[2]) Vgl. S. 100.

Füsilirung, namentlich dann, wenn sie dem Feinde den Eid des Gehorsams leisten[1]).

Wie 1808 setzt er auch jetzt die Möglichkeit des Unterliegens: dann, tröstet er sich, haben wir ein Beispiel von Edelmuth und Aufopferung für die Sache der Freiheit den Zeitgenossen gegeben und in der Geschichte hinterlassen. Aber den Zwiespalt seiner Seele bezeugt auch dies Document; einige Stellen lesen sich, als sei er des Sieges im Grunde gewiß. In zwei Etappen hofft er ihn zu erringen. Zunächst werden Rußland und Preußen bis an die Elbe vordringen. Zur Befreiung aber von ganz Deutschland ist die Mitwirkung von Österreich erforderlich, auch deshalb, weil nur auf diese Weise der Beistand der süddeutschen Stämme zu gewinnen ist, welche, weniger phlegmatisch als die norddeutschen, mehr für die gute Sache versprechen. Und Österreich wird sich anschließen; dennoch ist Stein seinetwegen in einiger Sorge, denn das Heer des Kaiserstaates ist desorganisirt und braucht wenigstens sechs Monate Zeit zu seiner Wiederherstellung.

Immerhin erwog er schon jetzt, was aus dem Vaterlande werden sollte, wenn es ganz befreit war. Noch erdröhnten die Straßen in Aachen und Mainz, Hamburg und Lübeck, Stettin und Danzig von dem Tritte französischer Bataillone, noch ruhte die eiserne Faust des Eroberers auf allen, welche die deutsche Sprache redeten, und dort in Prag, in den Schmerzen und Entbehrungen eines durch fremde Gewalt auferlegten Exils, rechnete der politische Führer der deutschen Nation mit der Vergangenheit ab, erhob sich über das Elend der Gegenwart und schaute, halb prüfender Politiker, halb visionärer Prophet, die Jahrzehnte überspringend, in eine ferne Zukunft. Zunächst hielt er den „deutschen Fürsten", d. h. den Rheinbund-Fürsten, ihre Sünden vor. „Der allgemeine Unwille", sagt er, „hat in Deutschland die Bande, die den Unterthanen an den Fürsten knüpften, gelöst; er sieht in ihnen entweder feige Flüchtlinge, die, nur für ihre Erhaltung besorgt, sich durch Flucht retteten, taub gegen die Forderungen der Ehre und Pflicht, oder be-

[1]) Pertz 3, 47.

titelte Sklaven- und Untervögte, die mit dem Gut und Blut ihrer Unterthanen eine hinfällige Existenz erbettelten". Zum Glück, fährt Stein fort, bleibt die Nation bei dieser Kritik nicht stehen: sie erhebt sich zu dem Wunsche nach einer Verfassung, die auf Einheit, Kraft und Nationalität gegründet ist. Wer aber soll sie gründen? In diesem Zusammenhange spricht Stein einen Satz aus, der uns einen Blick in die tiefsten Tiefen seiner Seele thun läßt: „Jeder große Mann, der sie, die Verfassung, herzustellen fähig wäre, würde der Nation, die sich von den Mittelmächten abgewendet hat, willkommen sein": unter Mittelmächten versteht der Redner eben die Fürstenhäuser, die ja einst zwischen Kaiser und Unterthanen in der Mitte standen. Jeder große Mann; darin liegt doch: gleich viel, welchen Standes, hoch oder niedrig geboren. Sollen wir nicht noch einen Schritt weiter gehen und annehmen, daß Stein in diesem Momente, wenn auch nur diesen Einen Moment hindurch, an sich selber gedacht und gemeint hat, glücklicher als der Advocatensohn aus Ajaccio die französische, würde er, der Reichsfreiherr von dem Stein im Lahnthal, die deutsche Nation schon machen? Dazu würde stimmen, daß er auf der Stelle ein neues Verdammungsurtheil gegen die eben erst verdammten Fürsten schleudert, gleich als wollte er den in seinem Innern aufkeimenden Gedanken gegen die ihn verklagenden Geister in Schutz nehmen: „Die Individualität der Fürstenhäuser selbst ist herabgesunken; durchaus herrscht in ihnen Erbärmlichkeit, Schwäche, niederträchtige kriechende Selbstsucht". Doch genug davon; der Historie sind durch die Überlieferung Gränzen gezogen, die sie nicht überschreiten darf. Folgen wir vielmehr dem Redner, der selber sich von dem Persönlichen weg, dem Allgemeinen zuwendet und die Frage nach der Beschaffenheit der künftigen deutschen Verfassung aufwirft.

Was er zur Antwort giebt, sind nur die ersten zarten, im Dämmerlicht der Erwartung und Hoffnung fast zerfließenden Umrisse eines Bildes. Doch über Eines ist der Autor völlig mit sich im Klaren: die Verfassung des Westfälischen Friedens darf nicht erneuert werden; denn das war ein Gesetz, „das fremde Übermacht, unterstützt durch Factionsgeist Deutschland aufdrang, um das Band, das es umschlang, zu lösen

und der Zwietracht und Selbstsucht freies Spiel zu lassen". Das Bundesverhältniß zwischen den deutschen Staaten muß fester geschlossen werden, das kindische Großmachtspielenwollen der einzelnen Bundesglieder muß aufhören. Freimüthig bekennt Stein, was sein eigenes Ideal ist: „Könnte ich einen Zustand wieder herzaubern, unter dem Deutschland in großer Kraft blühte, so wäre es der unter unsern großen Kaisern des 10. bis 13. Jahrhunderts". Aber er macht sich einen Einwand, bei dem wir glauben seine Lippen in Schmerz zucken zu sehen: „Läßt sich aber ein solcher Zustand erwarten? Hat nicht Religion, Sprache, Verschiedenheit im Zustande der Civilisation, Temperament eine unglückliche Spaltung verursacht? Läßt sich diese heben?" Was für Schwierigkeiten wird ihm dermaleinst die Formulirung der deutschen Verfassungsartikel bereiten.

Um seinen Gedankenkreis zu umschreiben, gedenken wir noch des Lobes, das er den „großen Kaisern" spendet: „Sie hielten die deutsche Verfassung durch ihren Wink zusammen und gaben vielen fremden Völkern Schutz und Gesetze". Das war eine neue Einwirkung der romantischen Schule, die in der mondbeglänzten Zaubernacht des Mittelalters schwärmte. Aber es versteht sich, daß er fern blieb von der Idee, das moderne, an den französischen Namen geknüpfte Universalreich durch eine Copie des heiligen römischen Reichs deutscher Nation ersetzen zu wollen. Im Gegentheil, er nannte die Gebirge, welche Deutschland und Italien trennen, Österreichs natürliche Gränze; vielleicht darf man in diesem Wort sogar die erste Ankündigung eines großen Gedankens sehen, dem wir später wieder begegnen werden. Ganz unzweifelhaft war er immer noch zu nationalen Concessionen an die Polen bereit. Wohl braucht er scharfe Worte gegen die Nation, die „aus Edelleuten, Juden und Sklaven besteht" und sich im Kriege von 1809 auf die Seite der Franzosen geschlagen hat, aber er glaubt[1]) zu gewahren, daß ein großer Theil der Polen des

[1]) Vielleicht beeinflußt durch Fürst Anton Radziwill, der im Frühjahr 1811 in Warschau gewesen war. Princesse Louise Radziwill à Stein, Berlin 24. juin 1811. In seiner Antwort beklagt Stein ce malheureux pays écrasé par des impôts, wo la fermeture des ports anéantit l'agriculture et les armements surpassent les forces du pays, détruisent la population.

gegenwärtigen Drucks, der Verarmung, der Vergeudung des Bluts für fremden Ehrgeiz überdrüssig sei, und so will er denn von neuem[1]) den Versuch machen, sie für die gute Sache zu gewinnen: man möge ihrer Eitelkeit schmeicheln und ihnen ihre gegenwärtige Verfassung lassen, sie aber mit Preußen[2]) vereinigen durch ein Band, wie es zwischen Österreich und Ungarn bestehe.

Das alles hatte zur Voraussetzung, daß Preußen der guten Sache treu blieb. Gar bald aber zeigte sich, daß Gneisenau mit seiner Prophezeiung Recht gehabt hatte. Friedrich Wilhelm hielt, nachdem er, an der Hand der Patrioten, einige Schritte zur russischen Allianz gethan hatte, inne und kehrte um. Nicht anders aber auch Hardenberg, der Steins und seiner Freunde Erwartungen von Monat zu Monat mehr täuschte. Wohl erwogen Scharnhorst und Gneisenau, ob nicht Stein zurückgerufen werden könne[3]), was dann die Kriegserklärung an Frankreich gewesen wäre, aber so sehr Friedrich Wilhelm bereit war, seinem ehemaligen Minister mit Geld und Geldeswerth zu Hülfe zu kommen, neben sich sehen wollte er ihn nicht wieder. Berathen von Hardenberg, der halb ihm nachgab, halb der eigenen Schwäche erlag, willigte er (5. März 1812) in das von Napoleon dictirte Bündniß.

Merkwürdig milde und vorsichtig urtheilte Stein Anfangs über diese verhängnißvolle Schwenkung der preußischen Politik: er wollte nicht auf Grund von Zeitungsartikeln absprechen, sondern erst zuverlässige Nachrichten abwarten[4]). Als er sie aber hatte[5]), pflichtete er

---

[1]) Vgl. Theil 2, 82.

[2]) So das Concept der Denkschrift v. 17. September 1811. Im Mundum (Pertz 3, 19 unten) steht: „Die Selbständigkeit eines mit einem andern unirten Staates u. s. w.

[3]) M. Scharnhorst 2, 377. — Gneisenau an Stein, Breslau 26. Juni 1811 (Pertz 2, 580): „So rufe man wieder den geächteten Herrn v. Stein ... Kolberg kann sich, wenn recht vorbereitet, bis zu Ende unserer Katastrophe wehren, und dann schifft Herr von Stein nach dem Lande der Freiheit sich ein und findet dort eine ungestörte Zukunft".

[4]) Stein à la princesse Louise Radziwill, [Prague] 13. mars 1812. So das Concept; Pertz, der die Reinschrift benutzt zu haben scheint, giebt (3, 27) den 18. März als Datum.

[5]) Durch Gneisenaus Schreiben v. 2. April 1812, das am 14. April Staatsrath Gruner überbrachte. Pertz 3, 29; Fournier, Stein u. Gruner S. 233.

seinen Berliner Freunden bei: „Die Hoffnungen aller Redlichen und Gutgesinnten sind zum zweiten Mal von Preußen getäuscht, es hat sich wehrlos und gebunden den Händen seines Feindes überliefert, bereitet mit eigenen Händen sein Grab und sieht dem Kampf leidend und mit Schande bedeckt entgegen. Nun kann man in Deutschland nichts mehr von einer Impulsion von oben erwarten, denn hier sitzt überall Erbärmlichkeit auf den Thronen" [1]).

Auch Österreich schickte sich an, dem Imperator Heeresfolge zu leisten: die Augen des Exulanten suchten das Lager der Engländer und der Russen, an deren Tapferkeit jetzt das Schicksal des Abendlandes hing. Durfte er die Hände in den Schoß legen? „Es ist unerträglich, sich in diesem Müßiggang aufzuzehren und die kurze Lebenszeit, in der man noch einigen Vorrath von Kräften besitzt, unbenutzt vorübergehen zu sehen, während das Rad des Schicksals sich unaufhaltsam über die Zeitgenossen hinwälzt". So schrieb er denn nach England, an Graf Münster, den deutschen Minister der Dynastie Welf, den er seit geraumer Zeit als Menschen und jetzt doppelt als Widersacher Napoleons schätzte, und bat, er möge ihn auf irgend eine Weise wieder in Thätigkeit setzen. Vielleicht könne er sich unter dem Schutze der englischen Gesandtschaft im russischen Hauptquartier aufhalten, er verlange nichts als Reisekosten, Diäten und die nöthigen Pässe. „Ist der Krieg zu Ende, so kehre ich wieder hierher zurück. Möge er einen glücklichen Erfolg haben oder ich mein Ende darin finden" [2]).

---

[1]) So an Graf Münster (19. April, s. unten). Ausführlicher über die Schwäche des Königs eine vom 14. April 1812 datirte Aufzeichnung Steins: „So hat der König zum zweiten Mal die Sache der Ehre und Freiheit im Augenblick der Entscheidung aufgegeben, nachdem er die Täuschung lange gegeben und unterhalten hatte, als wolle er [sich] muthig und kräftig aufopfern. Sein Mangel von Energie, seine Unfähigkeit, sich für eine große Sache aufzuopfern, sein Hang zu dem gewöhnlichen, gemeinen Treiben, aus dem er sich nicht herauszureißen vermag, entmuthete ihn im entscheidenden Augenblick, er schmiegte sich unter das Joch, das auf ihm und der Nation drückend lastet".

[2]) Stein an Münster, Prag 19. April 1812; Lebensbilder aus dem Befreiungskriege 2, 275 u. Pertz 3, 49 f. — Erste Anknüpfung Steins i. Januar 1811; s. oben S. 112. Vgl. Theil 1, 176.

In diesem Zusammenhange gedachte er auch des Vertrauens, das ihm Kaiser Alexander vor fünf Jahren erwiesen hatte. Kommende Ereignisse, sagt das Sprüchwort, werfen ihren Schatten voraus. Das heißt: es giebt Combinationen, die sich mit unwiderstehlicher Folgerichtigkeit vollziehen und darum von begabten Geistern berechnet oder geahnt werden. Fast in demselben Momente, da jener Brief geschrieben wurde, suchte der Herrscher des russischen Reiches die Bundesgenossenschaft des deutschen Reichsfreiherrn.

Dritter Abschnitt.

In Rußland.

1812.

Der Herrscher, der dem Thatendrange unsres Helden eine neue große Bühne eröffnete, war durch Geburt und Erziehung in die Mitte von zwei Welten gestellt.

Er empfing seinen Namen auf das Geheiß seiner Großmutter Katharina, welche, obwohl deutschen Ursprungs, doch so trefflich auf die Wünsche und Neigungen des russischen Volkes einzugehen verstand: Alexander sollte ihr ältester Enkel heißen, wie der macedonische Eroberer jener orientalischen Welt, welcher Rußland sein Kirchenwesen verdankte und an welche es durch hundert Bande der Sitte und des Interesses gefesselt blieb. Gleichzeitig war aber Katharina weit davon entfernt, das aus den Bausteinen der occidentalischen Cultur aufgerichtete Werk Peters des Großen abzutragen, und wie sie selbst als ein echtes Kind des 18. Jahrhunderts in den Ideen der französischen Aufklärung lebte, so berief sie zum Erzieher des jungen Großfürsten einen französisch redenden Schweizer, den Waadtländer Laharpe. Schwerlich hat sie geahnt, welches Ferment sie damit in ihr Haus brachte. Denn der Pädagog ließ sich nicht an der formalen Wirkung der französischen Sprache und Literatur genügen. Er, der später selbst Hand anlegte, als es galt, seine Landsleute an den Gestaden des Genfer Sees von der Herrschaft des Berner Patriciats zu befreien, schärfte seinem Zögling die großen Lehren ein, die man bald anfing durch das Wort Liberal[1]) zu adeln: die Lehren von der Gleichheit aller Menschen, dem

[1]) So bereits 1811 und 1812 Alexander I. selbst; z. B. bei Mazade,

Rechte der Nationen, der Unterwerfung des Monarchen unter das Gesetz, dem Rechte des Widerstandes gegen Unterdrückung; so gewöhnte sich der junge Fürst, die Vernichtung des polnischen Staates als das größte Unrecht anzusehen, das die Herrscher des 18. Jahrhunderts begangen hätten. Dann fand die Regierung von Katharinas Nachfolger, dem halbwahnsinnigen Paul, ein Ende, das den Lehren Laharpes durchaus nicht widersprach[1]); doch hatte der in die Verschwörung eingeweihte Sohn nur der Absetzung, nicht der Ermordung zugestimmt. Und so stand Zar Alexander nun zwischen den Idealen des Naturrechts und der grausamen Politik eines halborientalischen Gemeinwesens, zwischen den Tendenzen der Volkssouveränität und den Interessen seines eigenen, mehr als ein Volk umfassenden, durchaus despotisch regierten Reiches, zwischen der weltlichen Cultur des Occidents und der kirchlichen Gebundenheit des Orients. Da er überdies von Natur weich und empfänglich war, so wuchs und wuchs der Zwiespalt in seiner Seele. Alle Enttäuschungen und Schmerzen, die er erlebte, alle Schwankungen und Widersprüche, Hinterhaltigkeiten und Doppelzüngigkeiten, in die er verfiel, haben hier ihren Ursprung. Er führte die Tugend im Munde und erlag der Versuchung, sich Mätressen zu nehmen. Er beanspruchte Vertrauen von jedermann und vertraute sich niemanden ganz an. Er gab sich wie ein zweiter Marc Aurel und machte die Gebräuche der orthodoxen Kirche mit. Er redete wie ein Bürger und hatte eine fast kindische Freude an militärischem Drill. Er erklärte, abdanken und die Stille einer schönen Landschaft aufsuchen zu wollen, und blieb, was er war. Er wollte Rußland Constitution und Repräsentation

---

Alexandre I. et Czartoryski (1865) p. 160 u. Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 (1863) 2, 19.

[1]) Laharpe (in seinen dem Großfürsten gehaltenen Vorträgen über die römische Geschichte, s. d. Schrift: Le Gouverneur d'un prince, Laharpe et Alexandre I. [Lausanne] p. 104. 122): Les tyrans qui détruisirent la république, essayèrent en vain de flétrir la mémoire de Brutus et de Cassius en les condamnant comme assassins. — Le souverain qui viole les privilèges de son peuple et ne reconnaît d'autre règle que sa volonté, s'expose à être déposé.

geben und mußte gewahren, daß so gut wie keiner seiner Russen sie haben wollte. Er war russischer Kaiser und liebte die Fremden. Er war gelehrt worden, daß das eigentliche Object der Regierungskunst die innere Politik sei, und er fand seinen weltgeschichtlichen Beruf auf dem Gebiete der auswärtigen Politik.

Da war denn freilich auch Raum für Völkerbeglückung im Sinne von Laharpe, der nicht müde geworden war, die Eroberer zu verwünschen; aber hier erst recht setzte sich dem Ideal das Interesse entgegen. Alexander machte einen Polen, seinen Jugendfreund Adam Czartoryski, ein Glied der angesehensten Familie des Sarmatenreichs, zu seinem auswärtigen Minister und acceptirte die Bundesgenossenschaft Frankreichs, bei der er meinte daß für das russische Reich am besten gesorgt sein würde. Bald aber wandte er sich wieder von Frankreich ab. Bei dieser Schwenkung wirkten in gleichem Maße mit der Unwille über die gräßliche Ermordung des Herzogs von Enghien; die Abneigung gegen die mehr und mehr hervortretenden imperialistischen Tendenzen des französischen Herrschers; die Besorgniß vor dessen orientalischen Aspirationen, durch welche die Herzenswünsche des russischen Volkes verletzt wurden; die alten Beziehungen zu England, für welches Rußland fast wie eine Kolonie war. So wurde der Zar zusammen mit William Pitt der Urheber der dritten Coalition. Die großen Ideen, die seine Seele durchzogen, fanden Aufnahme in das Programm der Verbündeten: Sturz des französischen Universalreiches, Herstellung von Friede und Gleichgewicht, Befreiung der Völker, Befriedigung der nationalen Wünsche, Verkündigung freiheitlicher Constitutionen, Verzicht auf ein einseitiges Eroberungsrecht, Formulirung eines neuen Völkerrechts durch gütliches Übereinkommen aller Staaten. Der Protagonist der englischen Nation war seiner Sache so sicher, daß er den Zaren bereits feierte als einen neuen Wilhelm III. Es war zu früh: der Beherrscher Frankreichs triumphirte über die vereinten Heere Rußlands und Österreichs geradeso wie über das preußische, dem Alexander nach seiner ersten Niederlage zu Hülfe gekommen war. Da, als der fremde, scheinbar unüberwindliche Kriegsfürst dicht an die Gränze

Rußlands vorgedrungen war, regte sich hier wieder etwas wie nationale Opposition. Die Führer des Heeres ließen den Zaren durch den Mund des eigenen Bruders wissen, daß nach ihrer Meinung Rußland sich lange genug für fremde Interessen geschlagen habe und daß ohnehin der Zustand der Armee eine Fortsetzung des Krieges unmöglich mache. Da andrerseits Napoleon mit dem bisherigen Ertrage seiner Siege zufrieden war, so kam es rasch zu einer Verständigung: der Zar gab den Kampf für die fast zerschlagene preußische Monarchie auf und erhielt ein Stück des osmanischen Reiches zugesichert. Wenn ihm Napoleon im Laufe der Unterhandlungen die ehemals polnischen Provinzen von Preußen insgesammt anbot[1]), so zeigte er ein sicheres politisches Urtheil, indem er dies Geschenk ablehnte; denn durch die Annahme würde er Preußen nicht nur, sondern auch Österreich für immer in die französische Allianz gedrängt haben. So aber ließ sich hoffen, daß aus dem Herzogthum Warschau, wie es Napoleon nunmehr constituirte, in Zukunft etwas zu machen sein werde, bei dem sowohl Rußland auf seine Rechnung kam, wie auch des Zaren Ideal verwirklicht wurde. Übrigens dürfte man den oft geschilderten Scenen von Tilsit nicht die Wichtigkeit beimessen, die sie in den Augen der nicht eingeweihten Zuschauer hatten; im Zusammenhange der Weltgeschichte betrachtet, erscheint dieser Friede nur wie ein Waffenstillstand[2]). Denn kaum waren die Ratificationen vollzogen, so begann Napoleon gegen das dem Zaren gemachte Zugeständniß zu arbeiten, indem er den Türken den Rücken steifte, daß sie Moldau und Wallachei nicht fahren ließen. Ein Geheimniß konnte dies für Alexander nicht bleiben, und es hat doch wohl die höchste Wahrscheinlichkeit, daß ihm schon in den Wintermonaten 1807 auf 1808 starke Zweifel an der Dauerhaftigkeit der neuen Freundschaft aufgestiegen sind[3]). Er hielt an ihr fest, weil er mit ihrer Hülfe die Annexion Finlands, die Fortsetzung der Petrinischen Eroberungspolitik im Occident, unter Dach und Fach zu bringen ge-

[1]) Schiemann, Alexander I. (1904) S. 97 ff.

[2]) Vgl. Theil 2, 118. 129.

[3]) Theil 2, 568.

dachte. Daß er sich in Erfurt bereits demjenigen französischen Staatsmann näherte, der, wie die Dinge lagen, für eine Art Rebell gegen das Napoleonische System gelten mußte, sahen wir. Der Kampf, den er dann im Jahre 1809 gegen Österreich führte, war ein Scheinkrieg, und bald nach der Pacification von Schönbrunn begannen die diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen ihm und Napoleon, die das Vorspiel zu der kriegerischen Abrechnung waren. Alexander besorgte, daß Napoleon Ernst machen könne mit der Wiederherstellung eines polnischen Reiches, das dann nothwendig in Abhängigkeit von Frankreich gerathen mußte: er forderte völkerrechtliche Garantien, welche Napoleon ablehnte. Er sah sich empfindlich gekränkt in der Person eines nahen Verwandten, des Herzogs von Oldenburg, der durch die Ausdehnung des Empire bis an die Ostsee von Haus und Hof verjagt wurde. Er mußte bemerken, daß Rußland durch die Unterwerfung unter das Continental-System in seinen Lebensinteressen getroffen war; also beantwortete er die letzte und höchste Steigerung der Napoleonischen Zoll-Politik mit einem Tarif, der England so weit entgegen kam, daß schon hierdurch der Bruch mit Frankreich entschieden war. Der Krieg stand bevor, Alexander legte die Feindschaft mit der Hohen Pforte bei und sah sich nach Allianzen um. Die Verhandlungen mit Preußen blieben erfolglos. Dagegen war der neue Thronfolger von Schweden, der, hierin Talleyrand vergleichbar, schon immer zu den Kritikern Napoleons gehört hatte, höchlich bereit zu einer Verständigung, sobald er nur die Gewißheit erhielt, sein Adoptiv-Vaterland für den Verlust von Finland anderweitig entschädigen zu können. Alexander trug kein Bedenken, ihm Norwegen zu versprechen, und darauf hin kam das Bündniß zwischen Rußland und Schweden zu Stande.

Dafür, daß dies das Fundament der neuen Coalition gegen Frankreich sein würde, gab der Zar der Kriegspartei seines Hofes ein Unterpfand, indem er mit dem entschlossensten Gegner, den Napoleon auf dem Continent gefunden hatte, anknüpfte. An demselben Tage, da er sein Ultimatum nach Paris abgehen ließ (8. April), schrieb er an Stein: „Die entscheidenden Umstände des Moments

müssen alle Gutgesinnten, alle Freunde der Menschheit und der liberalen Ideen vereinigen. Es handelt sich darum, sie zu bewahren vor der Barbarei und der Knechtschaft, die sich bereit machen, sie zu verschlingen. Napoleon will die Knechtung Europas vollenden, und um dies zu erreichen, muß er Rußland niederwerfen. Dieser Krieg wird muthmaßlich der letzte sein. Er wird über die Rettung oder über den Untergang Europas entscheiden. Die Freunde der Tugend und alle Wesen, die von den Gefühlen der Unabhängigkeit und der Liebe zur Menschheit beseelt werden, sind höchlich bei dem Erfolge dieses Ringens betheiligt. Sie, Herr Baron, der Sie sich so glänzend unter ihnen ausgezeichnet haben, Sie können nur ein Gefühl hegen: mitzuwirken bei dem Siege der Anstrengungen, zu denen man sich jetzt im Norden anschickt, um über Napoleons rücksichtslosen Despotismus zu triumphiren". Dann ließ der Zar Stein die Wahl, ob er seine Ideen, die auf das dringendste erbeten wurden, schriftlich oder mündlich, indem er selbst nach Wilna käme, mittheilen wolle. Freilich könne seine Anwesenheit in Böhmen, so zu sagen im Rücken des französischen Heeres, von großem Nutzen sein, aber da an der österreichisch-französischen Allianz kaum noch zu zweifeln sei, werde die Sicherheit seiner Person oder wenigstens seiner Correspondenz gefährdet sein. Entscheide er sich dahin, zu kommen, so werde er in Rußland mit offenen Armen empfangen werden[1]).

Ein großes Zugeständniß, das der Zar hier dem deutschen Edelmann, welcher nur sich selbst anzubieten hatte, machte; in seiner Art doch vergleichbar dem Rufe, den Friedrich Wilhelm im Juli 1807 an Stein ergehen ließ: denn auch Alexander und Stein waren

[1]) Alexandre I. à Stein, St. Pétersbourg 27. mars 1812 [a. St.]; ungenau bei Pertz 3, 599 f. Vgl. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 52; Vandal, Napoléon et Alexandre I. 3, 362. Der Brief des Zaren kam über Berlin, durch die Vermittelung der russischen Gesandtschaft (Begleitschreiben d. Grafen Lieven, Berlin $\frac{12.}{24.}$ April). Überbringer war Prinz Ernst von Hessen-Philippsthal, bisher Oberst-Lieutenant i. preußischen Garde-Regiment zu Fuß; er nahm, in Folge der Annäherung Preußens an Frankreich, russische Dienste. Steins Selbstbiographie S. 175; m. Knesebeck u. Schön S. 57; Stern, Abhandlungen S. 373.

verschiedener Meinung gewesen[1]). Zweierlei wirkte hier zusammen: zunächst der persönliche Eindruck, den Stein 1808 auf den Zaren gemacht hatte; aber wie stark man ihn sich auch vorstellen mag, hinzukommen mußte die Stigmatisirung durch das Acht-Decret Napoleons: sie erst verlieh Stein einen Ruf, der über die Gränzen Preußens und Deutschlands hinausging und seine Bundesgenossenschaft jedem Widersacher des Imperators werthvoll machte. Daß der russische Kaiser sie ergriff, während der österreichische sie verschmäht hatte, zeigt den Abstand zwischen den beiden Charakteren der Fürsten in seiner ganzen Weite.

Die Antwort Steins war thatsächlich schon enthalten in jenem Briefe an Graf Münster, und was ihm jetzt der Zar schrieb über die Lage der Welt und die Pflichten der Gutgesinnten, traf den innersten Kern seiner eigenen Meinung. Dennoch, wie viele würden, vor die letzte schwere Entscheidung gestellt, zurückgewichen sein. Denn wenn der Zar versicherte, daß man sich in Rußland schon lange auf den Widerstand vorbereite und daß die wirksamsten Mittel seit geraumer Zeit zusammengebracht seien, so war es doch im höchsten Grade zweifelhaft, ob sie ausreichen würden, um den Sieg zu verbürgen. Im Gegentheil, nachdem Preußen und Österreich ins französische Lager übergetreten waren, sprach die Wahrscheinlichkeit dafür, daß Napoleon Sieger bleiben werde. Eben als Stein den Brief des Zaren las, hielt Napoleon in Dresden jene Musterung über die deutschen Fürsten ab, welche als die Vollendung der Knechtschaft Germaniens gelten mußte[2]). Ihm standen nunmehr die Kräfte fast des gesammten Continents zur Verfügung, und wann hätte je eine solche Riesenmacht einen genialeren Führer erhalten? Hatte nicht der gewaltige Kriegsfürst schon zwei Mal, bei Austerlitz und bei Friedland, über den thönernen russischen Koloß triumphirt?[3]) Gewiß, bedenklich wurde

[1]) Vgl. Theil 2, 566 f.

[2]) Stein empfing den Brief des Zaren am 19. Mai. Napoleon traf in Dresden am 15. ein.

[3]) Steins Selbstbiographie S. 175: „Man glaubte, Napoleon werde durch große Überlegenheit an Feldherrntalent und Streitkräften die russischen Heere

durch das Vorrücken der französischen Truppen Steins Lage in jedem Falle. Warum sollte ihn Napoleon in Prag nicht gerade so wie den Herzog von Enghien in Ettenheim ergreifen lassen? Weder Kaiser Franz noch Metternich würden ihn geschützt haben. Aber dagegen hätte es ein Mittel gegeben, die Unterwerfung, mit deren mildester Form Napoleon zufrieden gewesen wäre; ja, vielleicht hätte Ansichhalten und Schweigen ausgereicht. Aber Stein verschmähte das Eine wie das Andre. „Die Sache, die es galt", sagt er schlicht und einfach in seiner Selbstbiographie, „war zu heilig, ich war durch mein vorhergegangenes Leben, durch meine Gesinnungen zu fest daran gekettet, um einen Augenblick zu wanken". Wieder wendet sich unser Blick zurück zu den Puritaner-Fürsten der früheren Jahrhunderte, einem Calvin, einem Coligny, einem Wilhelm III. Ihr Wesen ist, daß sie sich der in den Dingen ruhenden Nothwendigkeit, die ihnen als der unwandelbare Rathschluß der Gerechtigkeit Gottes erscheint, willig unterwerfen, aber nur um als Gegengabe für ihren Gehorsam von der Gottheit eine Stärke zu empfangen, die sie zu den größten Thaten befähigt. Von den beiden Entschlüssen, zwischen denen Alexander die Wahl gelassen, ergriff Stein den zweiten, den kühneren. Er verließ die Seinen, die, so lieb er sie hatte, jetzt hinter dem Vaterlande zurückstehen mußten[1]), und segelte hinaus auf den ungewissen Ocean des Kriegsglücks, sein Los vereinend mit der abendländischen Völkerfreiheit. Kaum wagt man in diesem Zusammenhange zu erinnern an jenes Bekenntniß, das er einmal über seine Neigung zum Abenteuer abgelegt hatte. Aber sicher ist, daß er alsbald seine Stacheln wider diejenigen kehrte, welche zur Liga des Müßiggangs und der Ruhmlosigkeit gehörten[2]).

---

bis an den Dnjepr zurückdrängen, sie bei Smolensk schlagen, dann einen glänzenden für Rußland verderblichen Frieden erzwingen, und man belegte diese Ansicht mit Austerlitz, Friedland".

[1]) Sehr bezeichnend heißt es in Steins Schreiben an seine Frau, Plozk 10. Februar 1813: Si Dieu voudra, il vous rendra calme et prospéritée... Soyez bien convaincue . . . que c'est, après la cause à laquelle je tiens, mon seul et unique désir.

[2]) Stein antwortete dem Zaren am 23. Mai 1812; Pertz 3, 53. In

Sofort nachdem er seine Pässe von der österreichischen Regierung erhalten hatte, brach er auf. Da die nächsten Straßen nach dem russischen Hauptquartier durch die Märsche des französischen Heeres schon gesperrt waren, schlug er den Weg durch Galizien ein. Am 12. Juni war er in Wilna[1]).

In der Audienz, die er erhielt, suchte der Zar die an die Namen Tilsit und Erfurt geknüpfte Episode seiner Politik zu rechtfertigen und gelobte für die Zukunft die größte Standhaftigkeit. In diesem Punkte hatte Stein, so sehr er, schon durch das Gefühl der Dankbarkeit, geneigt war, die guten Eigenschaften des Zaren gelten zu lassen, doch einige Scrupel. „Der Hauptzug in seinem Charakter", schrieb er damals[2]), „ist Gutmüthigkeit, Freundlichkeit und ein Wunsch, die Menschen zu beglücken und zu veredeln. Sein Erzieher Laharpe hat ihm frühzeitig Achtung für den Menschen und seine Rechte bei=

---

seinem gleichzeitigen Schreiben an den Grafen Stackelberg, russischen Gesandten in Wien, nimmt Stein Bezug auf eine Zuschrift des Zaren, par laquelle il m'appelle auprès de sa personne pour m'employer, à mon choix, ou dans les finances ou dans la partie de l'éducation publique. Steins Brief an den Oberst=Burggrafen Kolowrat erwähnt außerdem noch unter den Anerbietungen des Kaisers „ein von mir selbst zu bestimmendes Gehalt" (Pertz 3, 600). Da in dem einzig vorliegenden Schreiben Alexanders hiervon nicht die Rede ist und Stein in seiner Antwort an den Zaren auch nur den Brief v. 27. März (= 8. April) erwähnt, wird Gruner wohl Recht haben, der am 6. Juni 1812 an Hardenberg schrieb, jene Angaben sollten die Österreicher irre leiten; Corre=spondenzblatt d. Gesammtvereins d. deutschen Geschichtsvereine 1894 S. 59. — Stein an Hardenberg (wahrscheinlich noch aus Prag) 27. Mai 1812: Je connais tous les risques que je cours, toutes les vicissitudes qui m'attendent, mais je suis une fois sorti de la ligue de la tranquillité et de l'obscurité. — Vgl. Theil 2, 550.

[1]) Abreise von Prag am 26. oder 27. Mai; s. Pertz 3, 53: Fournier, Stein u. Gruner S. 240; Gruner i. Correspondenzblatt 1894 S. 59. Stationen: Lemberg, Brody, Radziwiloff (von hier zusammen mit dem russischen Major Siniawin), Dubno (Hauptquartier von Tormassoff), Slonim (Hauptquartier von Bagration); s. Steins Selbstbiographie S. 175. Das Datum der Ankunft in Wilna erwähnt Stein in seinem Briefe an Gneisenau, Wilna 23. Juni 1812. Mit dem 14. Juni beginnen die leider nur kurzen Denkwürdigkeiten Steins, die ich in den Nachrichten der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften 1896 Heft 2 S. 171 ff. herausgegeben habe.

[2]) Steins Denkwürdigkeiten über 1812 S. 178.

gebracht, die er bei dem Antritt seiner Regierung in das Leben zu bringen eifrig bemüht war. Ihm fehlt aber die Geisteskraft, um mit Beharrlichkeit die Wahrheit zu erforschen, die Festigkeit, um trotz aller Hindernisse das Beschlossene durchzuführen, den Willen der Anderswollenden zu beugen. Seine Gutmüthigkeit artet in Weichheit aus, und er muß sich oft der Waffen der List und Schlauheit bedienen, um seine Absichten durchzuführen".

Die erste wichtige Frage war die nach der Verwendung Steins. Der Kaiser gab ihm einen neuen Beweis seines Vertrauens, indem er ihm die Entscheidung anheimstellte. Darauf erklärte Stein: seine Absicht sei nicht, in russische Dienste zu treten; er wolle nur an den deutschen Angelegenheiten auf eine seinem Vaterlande nützliche Art Theil nehmen. Das war klug und würdig zugleich; das entsprang den innersten Trieben von Steins Natur, die jeden bureaukratischen Zwang verabscheute, und nützte auch dem Vaterlande. Der Urheber des modernen Preußens, der Vorkämpfer des nationalen deutschen Staats konnte nicht einem Fremden dienen. Mochte immerhin der Zar die letzte Hoffnung derer sein, welche nicht dem alten Erdtheil den Rücken kehren und übers Meer gehen wollten, mochten die nationalen Gegensätze unter den Widersachern Napoleons ebenso zurücktreten, wie sie im Bereiche des Empire verblaßten: auch der Schein mußte vermieden werden, als gelte es, die französische Universal-Monarchie durch die russische abzulösen. Gleichzeitig aber gewann Stein durch seine Weisheit auch die Russen, so weit sie zu gewinnen waren, indem er ihre persönliche und nationale Eifersucht schonte[1].

Ein Deutscher wollte er bleiben inmitten der russischen Welt, aber die Kräfte Deutschlands, die jetzt im Dienste Napoleons standen, sollten diesem entzogen und zu Gunsten der guten Sache verwendet werden, für welche Rußland stritt. Es war nicht Steins Meinung, daß dies auf ein Mal und sofort geschehen solle. Die Lage war jetzt anders als im Hochsommer 1809: unmittelbar stand keine

[1]) Steins Selbstbiographie S. 176: „Durch diese Erklärung behielt ich die Freiheit, nach meiner Überzeugung zu handeln, und entfernte bei den Russen jeden Verdacht, als trachte ich nach Stellen, Einfluß, und jede Mißgunst".

Landung befreundeter Truppen im Rücken des französischen Heeres bevor, also konnte es sich zunächst nur um vorbereitende Maßnahmen handeln, vor Allem um die Steigerung der Gährung und Unzufriedenheit, die erst dann, wenn die Truppen kamen, sich in Aufständen wider die fremden Blutsauger entladen würde. Stein schlug vor, patriotische Schriften, die bereits gedruckt waren, im Geheimen weiter zu verbreiten, namentlich den zweiten Band des „Geists der Zeit" von Ernst Moritz Arndt, mit der in die dunkelsten Farben getauchten Schilderung Napoleons als des vollkommen Bösen, der wundervollen, im Tone des Alten Testamentes gehaltenen Prophezeiung seines Unterganges, der leidenschaftlichen Mahnung an die Deutschen, das Beispiel der Spanier nachzuahmen: ein Werk, von dem Stein bemerkte, es sei mit einer erschreckenden Wahrheit geschrieben. Derjenige, dem so Großes geglückt, sollte selbst nach Rußland gerufen werden, um neue Schriften dieser Art zu verfassen[1]). Andre gutgesinnte deutsche Autoren (wie Schleiermacher in Berlin, Steffens und Bredow in Breslau, Heeren in Göttingen, Luden in Jena) sollten irgendwie ausgezeichnet, den vorauszusehenden Lügen der französischen Bulletins eine heimlich in Deutschland gedruckte Zeitung entgegengesetzt werden. Diese Dirigirung der öffentlichen Meinung empfahl Stein in die Hände Gruners zu legen, des ehemaligen Chefs der preußischen Polizei, der als der einzige Civil-

[1]) Außerdem empfahl Stein (Pertz 3, 70), „das vortreffliche Werk von Fabre" ins Deutsche zu übersetzen und in Deutschland zu vertheilen. Er meinte die Schrift: Notices sur l'intérieur de la France, écrites en 1806. Tome premier. St. Pétersbourg 1807. Der Verfasser (Gotth. Theodor Faber) war Unter-Präfect in Kalkar, dann Professor am Lyceum in Köln gewesen (Pertz 5, 859) und scheint etwa 1806 nach Rußland gekommen zu sein. S. die „Voranzeige" seiner „Beiträge": „In dem Augenblick, wo 1807 der 2. Theil meiner Notices im Druck erscheinen sollte, ward der Friede von Tilsit geschlossen, und meine Arbeit blieb im Pult liegen". Andre Aufträge Steins für Faber b. Pertz 3, 75. Kotschubeij erwähnt ihn in seinem Schreiben an Stein (Welikij Luki $\frac{11.}{23.}$ Juli 1812; Pertz 3, 614): M. Fabre est à la fin depuis hier ici etc. Aber der 2. Theil seines Werkes erschien erst 1815, und zwar deutsch: „Beiträge z. Charakteristik d. französischen Staatsverfassung u. Staatsverwaltung während der Epoche Bonapartes".

Beamte seines Staates die Schande der französischen Allianz nicht hatte mitmachen wollen. Er war nach Prag zu Stein gekommen[1]), und hier hatten die beiden bereits die Einzelheiten der national-deutschen Propaganda besprochen. Die meisten ergaben sich wohl aus der allgemeinen Lage; aber eine Vergleichung der Documente zeigt, daß die Priorität in den wichtigsten Punkten Gruner gebührt, der schon in Berlin mit dem russischen Gesandten angeknüpft hatte[2]). Nunmehr sollte ihm auch die Ausführung einer jener Maßregeln zufallen, durch welche dem französischen Heere schon jetzt directer Abbruch geschehen sollte: das Auffangen der Couriere. Dagegen konnte nur unmittelbar von Rußland aus eine Einwirkung auf die Deutschen im Heere Napoleons erfolgen. Wir gewahren hier eine Weiterentwickelung von Steins Ideen, die freilich auch durch die Ereignisse gefördert wurde. Hatten nicht die von Schill geführten Scharen ohne, ja gegen den Befehl des preußischen Königs den Kampf mit Frankreich begonnen? Hatte nicht der junge Herzog von Braunschweig bei seinem Zuge durch das Königreich Westfalen die ganze Hinfälligkeit dieses Napoleonischen Staatengebildes enthüllt? War es denkbar, daß die Söhne Tirols ihr Leben für den Mörder ihres geliebten Andreas Hofer in die Schanze schlagen würden? Der Zar hoffte auch auf die Südslawen, die der Balkan-Halbinsel sowohl wie diejenigen, welche 1809 als Bewohner der „Illyrischen Provinzen“ unter französische Herrschaft gerathen waren[3]). Und so entstand der Plan, die deutschen und südslawischen Truppentheile in Napoleons Heer zum Übertritt ins Lager der Freiheit zu bestimmen. Noch vor wenigen Monaten, in jener resignirten Stimmung der Märztage, hatte Stein beiden Parteien im preußischen Heere das Wort geredet, der, die unter den alten Fahnen ausharren wollte, mochten diese auch gemeinsame Sache

[1]) Vgl. S. 120.

[2]) Fournier, Stein u. Gruner S. 227 ff. Gruner im Correspondenzblatt 1894 S. 57 f.

[3]) Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 2, 21. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 11, 159. Schilder, Alexander I. 3, 365. 375. 497.

mit den französischen Adlern machen, und der, die sie verlassen wollte[1]). Jetzt aber war er froh, daß so tüchtige Offiziere wie Clausewitz, Chasot, Tiedemann, Stülpnagel, Alexander v. d. Goltz, Horn den preußischen Dienst verlassen hatten und nach Rußland gekommen waren oder kommen wollten[2]), und auf alle Weise suchte er die Zurückgebliebenen zur Befolgung dieses Beispiels zu bestimmen: die Mannschaften sowohl wie die Offiziere. Das Ziel, das ihm dabei vorschwebte, war kein geringeres als die vollständige Auflösung dieser Truppentheile. Daß sie ihren Landesherren den Fahneneid geschworen hatten, focht Stein und seine Gesinnungsgenossen nicht an. Sie zogen zwar aus der Thatsache, daß die deutschen Fürsten, mit einziger Ausnahme der von Napoleon verjagten, jetzt unter seinen Fahnen stritten, keine republikanischen Folgerungen. Ungefähr so wie die um ihre Freiheit kämpfenden Niederländer des 16. Jahrhunderts oder wie die eben jetzt in Cadix tagenden spanischen Cortes, nahmen sie an, daß die altüberlieferte monarchische Gewalt in ihren Entschließungen nicht frei sei und daß man ihr zu Hülfe kommen müsse. „Nur dadurch", schrieb Stein, „daß die Völker die Fesseln zerbrechen, in welche die Fürsten sie werfen wollen, erretten sie die Fürsten selber vom Untergange; denn sollte Napoleon die Universal-Herrschaft erlangen, so wird er diese verächtlichen und kostspieligen Werkzeuge seines Despotismus zerbrechen". Ja wohl, respondirte Justus Gruner: „Das sind dieselben Grundsätze, denen ich bereits in Preußen den Offizieren gegenüber Ausdruck gab, indem ich sagte, daß nun, wo der König und die deutschen Fürsten

[1]) Stein à la princesse Louise Radziwill, [Prague] 13. [18.? vgl. S. 120] mars 1812: Il est difficile dans ce moment de concilier les devoirs de citoyen avec ceux de l'homme moral . . . Que chacun consulte sa conscience, qu'il en suive la dictée, je n'ose leur prescrire une règle de conduite . . . J'estime ceux qui, sans se démoraliser, sans s'avilir, se soumettent à la nécessité, cachent et entretiennent dans leur intérieur des sentiments qu'ils pourront cependant un jour manifester avec succès. Mais je ne puis blâmer ceux qui ont une manière d'agir différente, et qui cèdent à leur horreur pour les nouveaux principes. Ceux qui restent par des motifs honorables, montrent peutêtre plus de vraie force d'âmes.

[2]) M. Knesebeck u. Schön S. 49 ff.

nichts weiter seien als die Präfecten Napoleons, niemand mehr an seinen Eid gebunden wäre und keiner die Pflicht hätte, für eine schlechte und dem Vaterlande verderbliche Sache die Waffen zu führen". Aber ob diese Rechtsfiction sich werde aufrecht erhalten lassen, war äußerst zweifelhaft, und das Herz der Patrioten war denn auch wohl bei der andern Hälfte ihres Programms, wie sie wieder Stein formulirt hatte: „Das Vaterland ist da, wo sich die Ehre und die Unabhängigkeit findet" [1]).

Ein durch die veränderte Situation bedingter, sehr erheblicher Schritt hinaus über die Vorschläge des Jahres 1809 [2]). Zum zweiten Male innerhalb von 20 Jahren sah das Abendland Emigranten: erst die französischen, nun die deutschen; aber welche Kluft trennte sie in Motiven und Tendenzen. Die einen stritten gegen das Vaterland, dessen Ordnungen sie sich nicht hatten unterwerfen wollen, die andern griffen zu den Waffen, um ihm, zusammen mit der Freiheit, die Grundlage einer politischen Existenz zu erkämpfen.

Aus den übergetretenen deutschen Soldaten sollte ein Truppentheil gebildet werden, für den Stein, wie bereits Gruner [3]) gethan hatte, den Namen der Deutschen Legion vorschlug. Einigermaßen legalisirt sollte diese revolutionäre Schöpfung dadurch werden, daß deutsche Fürsten, die Herzöge von Oldenburg und Braunschweig, an ihre Spitze traten. Siegte die gute Sache, so kehrte die Legion ins Vaterland zurück, andernfalls konnte sie der Zar im milden Klima des südlichen Rußlands nach dem Beispiel der österreichischen Gränztruppen ansiedeln. Nahm man dies Alles zusammen, erwog man ferner, welchen Umfang hoffentlich die nationaldeutsche Bewegung

---

[1]) La patrie est là où se trouve l'honneur et l'indépendance. Stein à Gruner, Wilna $\frac{22.}{10.}$ juin [1812]; nach dem Concept übersetzt bei Pertz 3, 82 f., nach dem (etwas abweichenden) Mundum bei Fournier, Stein u. Gruner S. 244 u. bei Gruner, Correspondenzblatt 1894 S. 60 f. Ebendort Gruners Antwort.

[2]) S. 33 ff.

[3]) Der sich merkwürdiger Weise nicht auf die deutsche Legion in englischen Diensten, sondern auf die polnische im Heere Napoleons berief; Fournier, Stein u. Gruner 230. Gneisenaus Plan von 1809, den Österreichern eine preußische Legion zuzuführen, war ihm wohl unbekannt geblieben.

in Zukunft annehmen würde, so erschien eine einheitliche Leitung von Rußland aus dringend nothwendig: Stein empfahl dem Zaren die Einsetzung eines besonderen Comités für die deutschen Angelegenheiten[1]).

Kaiser Alexander genehmigte alles, und zwar unverzüglich[2]). In das Deutsche Comité berief er, wie sich versteht, Stein. Den Vorsitz gedachte er einem Fürsten zu, dem depossedirten Herzog von Oldenburg, und da dieser, wir erfahren nicht wodurch, verhindert war, berief er provisorisch dessen jüngsten Sohn, Prinz Georg. Drittes Mitglied wurde Graf Kotschubeij, der bis 1807 russischer Minister gewesen war. Als viertes und letztes trat nachträglich ein Militär hinzu, der General-Lieutenant und General-Adjutant Graf Lieven[3]).

Bei der Theilung der Geschäfte, die alsbald vorgenommen wurde, fiel Stein zu „die Förderung der Mittel, um Einfluß zu gewinnen". In diesem unbestimmten Ausdruck lag die Anerkennung der Thatsache, daß er das geistige Haupt der neuen Behörde sei, und

---

[1]) Stein à Alexandre I., Wilna 18. juin n. st. 1812 (nach dem Concept; von Stein selbst bald darauf mit einem andern Datum [$\frac{5.}{17.}$ juin] citirt); übersetzt b. Pertz 3, 68 ff.

[2]) Alexandre I. à Stein, [Wilna] 6. juin [v. st. 1812]; übersetzt b. Pertz 3, 74. Darauf neuer Bericht Steins, Wilna $\frac{20.}{8.}$ juin 1812; übersetzt b. Pertz 3, 74 ff.

[3]) Stein berichtet in seiner Selbstbiographie (S. 177), daß er Prinz Georg, Kotschubeij und sich selbst vorgeschlagen habe. Das Datum der Einsetzung des Comités ist nicht überliefert; wir lesen nur in Steins Schreiben an Gruner, Wilna $\frac{22.}{10.}$ Juni 1812: On a organisé un point central pour toute l'étendue des affaires allemandes. Auch über die Comité-Sitzung v. 16. Juni (a. St.), in der die Vertheilung der Geschäfte vorgenommen wurde (Pertz 3, 621), erfahren wir nur, was Stein, wieder an Gruner (Quartier général de Swinciany $\frac{18.}{30.}$ juin 1812), berichtet: Prinz Georg pour la partie militaire, Kotschubeij pour les rapports de l'intérieur (d. h. doch wohl Rußland), et moi pour me mettre en correspondance et activer les moyens d'influence. Außerdem liegt vor ein undatirter, nach dem $\frac{16.}{28.}$ Juni 1812 aufgesetzter Entwurf: Instruction pour le Comité chargé des affaires d'Allemagne; dazu, gleichfalls undatirt, von Steins Hand: Observations sur le projet d'instruction pour le Comité chargé des affaires d'Allemagne; Pertz 3, 620 ff. — Quistorp (Die kaiserlich russisch-deutsche Legion [1860] S. 7) berichtet, daß, als Lieven nach London ging, an seine Stelle General Goguel trat.

er unterzog sich seiner Aufgabe mit dem Eifer, den wir an ihm kennen. Er ließ Gruner, der in Prag verblieb, sowohl seine Instruction zukommen wie einige Geldmittel, um sie auszuführen[1]. Dann setzte er eine Proclamation auf, welche die Deutschen ermahnte, sich unter den Fahnen des Vaterlandes und der Ehre zu sammeln. Der Zar, der den Entwurf durchsah, nahm einige Änderungen vor, die bewiesen, daß ihm Steins Ungestüm zu weit ging; namentlich ermäßigte er die Anklage gegen Deutschlands Fürsten, Adel und Beamten. So modificirt kam der Aufruf an den Oberbefehlshaber des russischen Heeres, der ihn unterzeichnete und verbreiten ließ[2]. Aber mit dieser so zu sagen literarischen Einwirkung begnügte man sich nicht. Einer der nach Rußland gekommenen preußischen Offiziere, Major v. d. Goltz, wurde, sicher auf Steins Antrag, mit einer Vollmacht des russischen Herrschers ausgerüstet und abgesandt, um persönlich die preußischen Truppen zu bearbeiten. Goltz gab sich den größten Hoffnungen hin[3]. Das preußische Hülfscorps, meinte er, würde niemals etwas Ernstliches gegen die Russen unternehmen; nicht weniger als fünf Regimenter[4]) zählte er auf, die wegen ihres tief eingewurzelten Hasses gegen Frankreich mit leichter Mühe zum Abfall zu bringen

---

[1]) In dem auf S. 136 Anm. 1 citirten Schreiben.

[2]) Steins undatirter „Entwurf zu einem Aufruf an die Teutschen zum Auswandern und sich unter den Fahnen des Vaterlandes und der Ehre zu sammeln" (deutsch und französisch), dazu die Änderungen des Zaren: Pertz 3, 601 ff. Alexander strich die Worte: quoique presque tous vos princes [die deutsche Fassung lautete milder: „viele Eurer Fürsten"] aient trahi la cause de la patrie, au lieu de verser leur sang pour elle, quoiqu'un grand nombre de votre noblesse, de vos employés prête son ministère pour la perdre, au lieu de la défendre. Die schließliche Fassung bei Pertz 3, 79: „vergaßen gleich viele aus Euren oberen Ständen ihre Pflichten gegen das Vaterland". Ein Datum scheint die Proclamation nicht erhalten zu haben; am 30. Juli wird sie von Stein als fertig erwähnt. Pertz 3, 605.

[3]) Denkschrift d. Majors v. d. Goltz, Wilna 8. Juni 1812.

[4]) „Das aus einem Bataillon d. 1. u. einem Bataillon des 2. Ostpreußischen Infanterie-Regiments formirte Regiment; das aus einem Bat. d. Regiments Kolberg u. einem Bat. d. Pommerschen Regiments formirte Regiment; das aus 3 Bat. bestehende Leib-Regiment; das Leib-Husaren-Regiment; das aus d. Littauischen u. 2. Westpreußischen Dragoner-Regiment formirte Regiment."

sein würden, und von General Yorck, dem zweiten Befehlshaber des Corps, entwarf er eine Charakteristik, die sich heute wie eine Prophezeiung liest[1]). „Eines kühnen Entschlusses leicht fähig", heißt es hier. Welch eine Aussicht! Zwei der nach Rußland gekommenen preußischen Offiziere nahmen sich der Sache an: Graf Chasot, der von den Patrioten insgesammt hochgefeierte Reiter-Offizier, der von Abstammung halb Franzose halb Italiener, von Gesinnung ein ganzer Deutscher war; im Duelle erschoß er einen französischen Offizier, der seinen König geschmäht hatte, und als Schill aus Berlin zog, schickte er, obwohl Stadt-Commandant, den Offizieren ihre Burschen mit Pässen nach. Jetzt meinte er, wenn einer den General gewinnen könne, so sei's nur Hauptmann Stülpnagel; der verstand sich auf solche Geschäfte: schon im Juli 1809 war er, zusammen mit Steins Schwager Arnim, von Blücher an Graf Götzen mit einer Mission betraut worden, die der Alte nicht dem Papiere anzuvertrauen wagte[2]). Wirklich schrieb Stülpnagel an Yorck, und zwar so offenherzig und nachdrücklich, daß selbst Stein, der den Brief zur Weiterbeförderung an Gruner schickte, zur Vorsicht rieth[3]). Die westfälischen Regimenter zu gewinnen war Oberst Dörnberg ausersehen, der 1809 Hessen gegen König Jérôme hatte insurgiren wollen und nun von England herbeigerufen wurde[4]). Ja, Stein hielt die Herrschaft Napoleons bereits für so brüchig, daß er rieth, die französischen Offiziere selbst aufs Korn zu nehmen. Er erinnerte an den Übertritt des Generals Sarrazin ins englische Lager, er wollte

---

[1]) „Von mittlerem Alter, unterrichtet, ehrgeizig, unzufrieden, Frankreich haßend, allgemein anerkannter, braver und schnell überblickender, mehr praktischer als theoretischer Soldat, eines kühnen Entschlusses leicht fähig, völlig unbemittelt."

[2]) M. Knesebeck und Schön S. 55 f. 58 f.

[3]) Stein à Gruner, Quartier général de Swinciany $\frac{18.}{30.}$ juin 1812: Voici la lettre. Comme elle est écrite avec trop peu de réserve, il faut être bien prudent dans la manière de l'envoyer à son adresse et lui dire qu'il brûle la lettre et ne me nomme point.

[4]) Eine besonders hohe Meinung hatte Stein nicht von ihm: C'est un homme bien pensant, mais ses moyens sont médiocres. Pertz 3, 616.

wissen, daß Marschall Soult nach der Schlacht von Aspern mit den Engländern unterhandelt und daß General Dessoles, der ehemalige Generalstabs-Chef von Moreau, 1807 versucht habe, Marschall Lannes von Napoleon zu trennen. Vielleicht, daß nun Bernadotte mit Dessoles anknüpfte.

Weiter suchte Stein die Vorbedingung für die deutsche Insurrection, die Landung regulärer Truppen, zu erfüllen: nachdem Napoleon durch Überschreitung des Niemen (24. Juni) den Krieg begonnen hatte, war jeder Vorwand für eine Politik des Abwartens hinfällig geworden. Da Rußland voraussichtlich seine Streitkräfte brauchte, um das feindliche Invasionsheer abzuwehren, und höchstens ein Hülfscorps für jene Diversion im Westen verwenden konnte, kamen hauptsächlich Schweden und England in Betracht. Bernadottes Plan war, auf Seeland zu landen und Kopenhagen einzunehmen; er hoffte, daß dies ausreichen würde, um den dänischen König mürbe und zur Abtretung Norwegens geneigt zu machen. Stein widersprach: Friedrich VI. sei stolz und eigensinnig; er werde auch nach dem Verluste seiner Hauptstadt, auf Jütland gestützt, den Krieg fortsetzen und sich schlimmsten Falls ganz in die Arme Napoleons werfen, der inzwischen, durch keine Diversion gestört, mit seiner ungetheilten Heeresmacht den Russen zugesetzt haben und im Falle des Sieges seinen dänischen Bundesgenossen restituiren würde; daher läge es im Interesse Deutschlands sowohl wie Schwedens, die Landung direct nach den deutschen Küsten zu richten: das werde Napoleon zu Detachirungen nöthigen, einen Theil der deutschen Nation insurgiren und die Streitkräfte der Verbündeten vermehren. Der Zar gestand die Richtigkeit dieses Calculs unumwunden zu. Schon in den Verhandlungen, die dem schwedisch-russischen Tractat vom 5. April vorausgingen, hatte er seinerseits der Landung in Deutschland den Vorzug gegeben und nur widerstrebend in das Unternehmen gegen Seeland gewilligt; aber er war nun einmal gebunden: ja, er hatte soeben noch weiter nachgegeben und Beistand auch gegen Norwegen versprochen[1]). Es scheint nicht, daß er Stein vollständig in diese

[1]) Vandal, Napoléon et Alexandre I. 3, 355. Der schwedisch-russische

Sachlage eingeweiht hat; doch ließ er durchblicken, daß er trotz aller mit dem schwedischen Kronprinzen getauschten Freundschaftsversicherungen dessen nicht sicher war. Unumwunden erklärte er, fürchten zu müssen, daß Bernadotte durch ein nachdrückliches Auftreten ins französische Lager getrieben werde: um so mehr, da vor der Hand es in dem armen Schweden an den Guineen fehle; noch war das Bündniß zwischen England und Schweden nicht geschlossen. Desto wichtiger war unter diesen Umständen Englands Beistand. Auch zwischen Rußland und England dauerte noch officiell der Kriegszustand fort, der die Nachwirkung der Zusammenkunft von Tilsit war, und Stein empfahl, die Friedensverhandlungen, die in Stockholm begonnen waren, zum Abschluß zu bringen. Immerhin konnte er schon am 23. Juni seinem Freunde Gneisenau, der auf eigene Faust nach England unterwegs war, um von dort aus dem Feinde jeden möglichen Abbruch zu thun, die Mittheilung machen: man wünsche in Rußland, daß alle deutschen Einrichtungen und Truppenbildungen hauptsächlich unter englischer Mitwirkung und Geldhülfe geschähen. Eine Woche später ermächtigte ihn der Zar, ausführlich an Graf Münster zu schreiben. Hier mahnte Stein dringend zu raschem Abschluß mit Schweden, da die Jahreszeit schon weit vorgeschritten sei und in wenigen Monaten Schiffahrt und Transport großen Schwierigkeiten begegnen werde; für die deutsche Insurrection, zu deren Führern der Herzog von Braunschweig und Gneisenau vorgeschlagen wurden, müsse England Waffen, Utensilien und, wenn möglich, auch Truppen senden; gleichermaßen möge es von Sicilien und dem Adriatischen Meere aus den Südslawen zu Hülfe kommen, die man durch Detachirungen von der russischen Donau-Armee gegen die französische Aufstellung in Italien mobil zu machen hoffte.

Vertrag v. $\frac{24.\text{ März}}{5\text{ April}}$ 1812 excerpirt u. ins Schwedische übersetzt b. Schinkel, minnen ur Sveriges nyare historia (1855) 6, 137. Die am $\frac{3.}{15.}$ Juni in Wilna zwischen Schweden und Rußland geschlossene Convention bestimmte (Schinkel 6, 254): att ryska hjelptrupperna finge begagnas icke allenast till anfall mot Seland, utan äfven emot Norge liktidigt eller kort derefter, i fall Sveriges förening med nämnde land derigenom kunde påskyndas.

Eine allgemeine Bedeutung hatte die letzte Maßregel, die wir zu verzeichnen haben. Die auswärtigen Angelegenheiten des russischen Reiches wurden noch verwaltet von jenem Rumianzoff, der sie in der französirenden Periode Alexanders übernommen hatte. Stein verachtete ihn wegen seiner Unwahrhaftigkeit, Eitelkeit und perversen Sinnlichkeit, aber er mußte mit ihm rechnen. Um einen Bundesgenossen wider ihn zu haben, rief er von London herbei Pozzo di Borgo, den unversöhnlichen Widersacher Napoleons, dessen Zuverlässigkeit er 1809 in Troppau erprobt hatte[1]).

Ein Theil dieser diplomatischen und militärischen Rüstungsbefehle ist nicht mehr aus dem alten Hauptquartier des Zaren er-

[1]) Stein an Gneisenau, Wilna 23. Juni 1812. Vgl. m. Aufsatz: „Gneisenaus Sendung nach Schweden u. England i. J. 1812"; Histor. Zeitschr. (1889) N. F. 26, 466 ff. Die gleichfalls v. 23. Juni datirten Briefe Steins an Münster (Pertz 3, 607) und Pozzo di Borgo (Pertz 3, 617) sind nicht erhalten. Die Nachricht vom Einbruche der Franzosen kam in der Nacht vom 24. zum 25. Juni nach Wilna; Bogdanowitsch, Geschichte d. Feldzugs v. 1812 1, 113 Stein verließ die Stadt zusammen mit dem Zaren am 26., nicht, wie er in der Selbstbiographie berichtet (S. 177), erst am 28.; Bogdanowitsch, Geschichte d. Feldzugs v. 1812 1, 118. Goltz wurde am 25. Juni abgesandt (das Datum seines bei Pertz 3, 81 citirten Berichtes [23. Juni] ist offenbar alten Stils); der Brief an Dörnberg erging („auf unmittelbaren Befehl") am 27. Juni (vgl. Pertz 3, 608). Beides verzeichnet in dem unvollständigen, von Stein geschriebenen „Journal d. Juni 1812". Hier heißt es noch unter d. 27. Juni: „Gneisenau ist durch H. v. Clausewitz von der Lage der Angelegenheiten benachrichtigt". Am 23. hatte Stein Gneisenau nach Rußland berufen, eine Woche später gedachte er ihm die oben erwähnte Stelle in der deutschen Insurrection zu. — Stein à Alexandre I., Swinciany $\frac{27.}{15.}$ juin; deutsch b. Pertz 3, 87 ff. Stein à Alexandre I., [Quartier général de Witzy $\frac{30.}{18.}$ juin]: überreicht den Entwurf zu einem Schreiben an Graf Münster (Pertz 3, 604 ff.), das vom Kaiser genehmigt wird und das Datum des 2. Juli erhält (Pertz 3, 187). Alexandre I. à Stein, s. d.; Pertz 3, 607. — Über die russischen Friedensverhandlungen mit England s. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie (1895) 11, 157 s. u. Bogdanowitsch, Feldzug v. 1812 1, 169. Eine Mahnung Steins zu raschem Abschluß noch in seinem Schreiben an Prinz Georg von Oldenburg, Justinianowe près de Drissa $\frac{25.\text{ juin}}{9.\text{ juillet}}$ 1812 (Antwort b. Pertz 3, 612). — Steins Urtheil über Rumianzoff in seinen Denkwürdigkeiten v. 1812 S. 174 f. u. i. d. Schreiben an Münster v. 10. September 1812, s. unten S. 158.

gangen. Denn mit gewohntem Ungestüm war der französische Kaiser vorgedrungen, um die Aufstellung der Gegner zu zerreißen und ihre Corps einzeln zu schlagen. Gar viele im russischen Offiziercorps hatten nicht übel Lust, ihm, wie er es begehrte, bei Wilna eine Schlacht zu liefern[1]), die dann unfehlbar mit einer schweren Niederlage der Russen geendet haben würde. Zum Glück aber drangen diejenigen durch, welche der Entscheidung aus dem Wege gehen wollten: das Heer zog sich in das Lager bei Drissa zurück, von dem sein Urheber, General Phull, eine ähnliche heilvolle Wirkung erwartete, wie sie Wellington das Jahr zuvor in seiner festen Stellung bei Torres Vedras erprobt hatte.

Eigentlich erst hier, zwischen Niemen und Düna, gelangte die diplomatische Action, die dem Kriege voraufging, zum Abschluß. Es war, als wenn die Kriegführenden eine Ahnung gehabt hätten von der furchtbaren Katastrophe, mit der dieser Feldzug enden sollte; jeder schob dem andern die Verantwortung zu. So hatte noch von Wilna aus Alexander, nachdem er die Nachricht von Napoleons Übergang über den Niemen erhalten, ihm seinen General-Adjutanten Balaschoff mit einer friedfertig klingenden Mission geschickt. Eben jetzt kam der Gesandte zurück. Die Antwort, die er von Napoleon brachte (sie war mit Recriminationen erfüllt und athmete im Grunde nur Krieg), interessirt uns weniger als was er von dessen Äußerungen über Stein berichtete. Er hatte ihn nicht vergessen; sein Haß war eher noch gewachsen. Drei Mal, und stets ohne eine äußere Veranlassung, kam er auf ihn zu reden. Er verglich ihn mit einem Verbrecher, der geächtet und auf dessen Kopf ein Preis gesetzt ist. Er stellte ihn auf eine Stufe mit dem russischen General Bennigsen, der Kaiser Paul mit hatte ermorden helfen, und mit dem Schweden Armfelt, der wegen einer Verschwörung gegen das Staatsoberhaupt zum Tode verurtheilt war und später eine Zuflucht in Rußland gefunden hatte. „Schämt sich", rief Napoleon, bald Entrüstung, bald Freundschaft heuchelnd, „der Zar denn gar nicht, solche Subjecte seiner Person nahe zu bringen? Wie kann er dulden, daß sie sich an seine Tafel setzen

[1]) Steins Denkwürdigkeiten über 1812 S. 180.

und sein Brot essen? Wie kann er, ein Mann von Ehre und Rechtschaffenheit, sich mit Leuten ohne Treu und Glauben umgeben? Wie können wir, ich und die andern, die ihn trotz alledem wahrhaft lieben, wie können wir ohne Widerstreben sagen hören, daß Armfelt und Stein, Leute die bereit sind, ihm den Strick um den Hals zu legen und zuzuziehen, freien Zugang zu seinem Cabinet haben und daß er Auge in Auge mit ihnen redet? Wie kann er sich einbilden, daß ein Stein ihm ergeben sein könne? Engel und Teufel," so schloß der Corse mit plumper Schmeichelei diesen Theil seiner Tiraden, „sollen sich niemals zusammenfinden" [1]).

Man fragt, wie Napoleon zu so ungeheuerlichen Beschuldigungen kommen konnte. Waren ihm falsche Nachrichten über Stein zugetragen? Oder haben wir es mit nackten Ausgeburten seines Hasses zu thun? Oder hielt er den Zaren für so feige, daß er hoffte, ihn von seinem genialsten Rathgeber loszureißen, indem er ihn für sein liebes Leben bange machte? Haben ihn in dieser Beziehung vielleicht die Mittheilungen bestärkt, die er über den soeben erfolgten Sturz des Ersten russischen Ministers Speranskij erhielt? [2]) Dann hätte er aber die Intrigue feiner einfädeln müssen: so niedrigen Verdächtigungen und Schmähungen, wie er sie laut werden ließ, war Alexander denn doch nicht zugänglich.

Zahmer und deshalb gefährlicher war eine andere Kritik, die Stein in diesen Tagen erfuhr. Ein naher Verwandter des Zaren, Prinz August von Oldenburg, sprach sich gegen seinen Plan eines deutschen Volksaufstandes aus. Nicht die Nation, erörterte der Prinz, sondern die vertriebenen Fürsten müßten die Sache in die

---

[1]) Die Episode hat die Historiker, denen sich auch der große Poet Tolstoj (in seinem Werke „Krieg und Frieden") beigesellte, mit Recht sehr interessirt. Vgl. Thiers, Histoire du consulat et de l'empire (1856) 14, 42 s.; Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 1, 123 ff.; Tatistcheff, Alexandre I et Napoléon p. 588 s.; Taine, Origines de la France contemporaine Régime moderne (1891) 1, 96 s. (in der herrlichen Charakteristik Napoleons); Vandal, Napoléon et Alexandre I. 3, 493 s. Die Unterredung fand in Wilna am 1. Juli 1812 Statt.

[2]) Er erwähnte Speranskij im Gespräch mit Balaschoff. Tatistcheff p. 603.

Hand nehmen; jeder für sich, gestützt auf die Kräfte der eigenen Unterthanen, sollten sie ihre Territorien zurückzugewinnen suchen. Im engsten Zusammenhange damit stand die Perhorrescirung der geheimen Gesellschaften: dem fürstlichen Autor erschienen die Steinschen Vorschläge zu revolutionär, er setzte ihnen das Princip der Legitimität entgegen.

Stein, dem der Zar diese Einwendungen übergab, antwortete in einer Denkschrift, deren ironische Spitzen und Stacheln von mühsam verhaltenem Grimm Zeugniß ablegen. Er machte geltend, daß, was der Prinz wolle, zu einer Zersplitterung der Kräfte, die man brauche, führen und sie großentheils völlig unfähigen Personen zuwenden werde. „Eine Unternehmung, welche die größte Einheit und Kraft erfordert, würde dann damit begonnen, daß wir ihre Ausführung einer hannoverschen Regierung anvertrauten, deren Haupt in London wohnt, einer hessischen Regierung, deren Haupt ein unfähiger, kleinlicher, habsüchtiger Greis ist, einer Regierung von Fulda, deren Fürst seine eigene Meinung haben würde, einer braunschweigschen Regierung, deren Fürst schwer zu leiten ist, einer oldenburgischen Regierung, welche bestimmt wegen ihrer Weisheit und Sittlichkeit völliges Zutrauen verdienen, aber schwerlich hinreichende Kraft und Zwang haben möchte, um ihre Collegen und deren Cabinette, Minister, Generale, Kammerdiener und Mätressen — denn Frau v. Schlotheim[1]) wird dann auch für etwas mitzählen — auf demselben Wege vorwärts zu bringen." Ein zweiter Nachtheil werde sein, daß ein großer Theil der norddeutschen Landschaften sich zur Unthätigkeit verurtheilt sehen würde. Eine Landung, mit 40 bis 50 Tausend Mann einheitlich geleiteter Truppen an der Elbe ausgeführt, würde das ganze Land zwischen Elbe, Rhein, Yssel und Nordsee gewinnen, nicht nur die Territorien der genannten Fürsten, sondern auch die ehemals preußischen, jetzt königlich westfälischen Lande, auch den Theil Deutschlands, der mit Frankreich vereinigt sei, auch „die Lande getreuer und zerknirschter Anhänger der Religion Napoleons, wie des Großher-

[1]) Vgl. Vehse, Geschichte d. deutschen Höfe seit der Reformation (1853) 27, 254.

zogs von Berg und der Fürsten von Lippe". „Mit welchem Rechte würden sich die Fürsten von Hannover, Hessen, Fulda und Braunschweig um diese Länder bekümmern, und würden sie bei glücklichem Ausgang nicht Vergrößerungslust bekommen? Das Kasseler Cabinet z. B. hat stets Absichten auf die Stifter Korvei, Fulda, Paderborn gehabt. Die hannoverschen Minister haben erklärt, das europäische Gleichgewicht werde gesichert, wenn Osnabrück und Hildesheim mit dem Kurfürstenthum vereinigt würden; der Prinz von Oranien war kaum in Fulda eingerichtet, als er sich so sehr von dem Verlangen, die Nachbarn durch seine weise und gerechte Regierung zu beglücken, beseelt fand, daß er einer der eifrigsten Vertheidiger des ungerechten Verfahrens der Unterjochung der Reichsritterschaft ward."

Dann beruhigte Stein die Kritiker über seine monarchische Gesinnung, indem er zeigte, daß er die deutschen Fürsten nicht beseitigen, sondern in den Dienst der deutschen Nation stellen wollte. Die Ironie ganz ablegend, fuhr er fort: „Der Anstoß, den man Deutschland zu geben beabsichtigt, muß ausgehen von einer einzigen und energischen Kraft, die auf einer weiten und edeln Grundlage ruht, sie darf nicht ihre Bewegung durch verwickelte und fehlerhafte Mittel hemmen. Rußland und seine Verbündeten senden ein Landungsheer an die deutschen Küsten, sie laden die deutsche Bevölkerung ein, sich von dem französischen Joche zu befreien. Der Anführer der Ausrüstung bildet einen Central-Ausschuß für die Länder, die er in den Wirkungskreis seines Heeres begreift. Dieser Ausschuß besteht natürlich aus den Fürsten und den Männern, die den größten Einfluß auf die von den Franzosen besetzten Länder haben; er leitet die politischen und militärischen Geschäfte. Man jakobinisirt nicht die besetzten Lande, aber man organisirt die bewaffnete Masse, und man thut alles mit Einheit, Kraft und mit der einzigen Absicht auf das Glück und die Freiheit der deutschen Nation, der die Fürsten so gut als die letzten ihrer Unterthanen das Opfer ihres Vortheils zu bringen verpflichtet sind, da sie niemals Souveräne, sondern Glieder und Unterthanen des Kaisers und Reichs gewesen sind und die durch den Rheinbund ihnen gegebene Souverainität nichts als eine Usurpation ist."

Schließlich konnte Stein mit gutem Gewissen auch den Verdacht ablehnen, als hege er eine besondere Vorliebe für die geheimen Gesellschaften; auch in seinen Denkwürdigkeiten, die für kein fremdes Auge bestimmt waren, redete er von ihnen als von Fratzen[1]); nur verboten wolle er sie nicht sehen: „Wenn es wohlgesinnte Personen giebt, die Geschmack daran haben, weshalb soll man sich nicht mit dieser kleinen Schwäche abfinden?" Daß er sich jetzt über den Tugendbund unfreundlicher äußerte als drei Jahre zuvor, findet seine Erklärung wohl in der passiven Haltung, die der Verein, wie die gesammte nordostdeutsche Bevölkerung, 1809 beobachtete[2]).

Die Wirkung dieser Apologie war, daß Steins Stellung beim Zaren unerschüttert blieb. Eben damals weihte dieser ihn in die geheimen Verhandlungen ein, die mit Österreich gepflogen wurden. Kaiser Franz und Metternich wünschten die Kräfte ihres Staates zu schonen und gegen Rußland einen Scheinkrieg zu führen wie 1809. Dabei erwog man auch den Fall, daß die russischen Waffen vom Glück begünstigt werden und das im Dienste Frankreichs stehende österreichische Corps nöthigen könnten, sich nach Galizien zurückzuziehen. Dann erklärte der Wiener Hof sich dem Einfalle der Russen widersetzen zu wollen; der Zar möge also, und zwar binnen sechs Wochen, erklären, daß er sich eines solchen Angriffs enthalten werde. Alexander traute den Österreichern nicht recht und äußerte sich in diesem Sinne gegen Stein. Der aber, geleitet von seinem gesunden Menschenverstande sowohl wie von dem Wunsche, kein Mißtrauen zwischen denen aufkommen zu lassen, welche er als Bundesgenossen ansah, erwiederte: die Sache schiene ihm keinen besonderen praktischen Werth zu haben, denn die großen Schläge würden bei den Hauptarmeen erfolgen; des endlichen Sieges gewiß, fuhr er fort: „Dann wird sich die französische Armee nach der Oder zurückziehen, und die österreichische muß ihr auf gleicher Linie folgen". Dem Zaren leuchtete

[1]) Steins Denkwürdigkeiten über 1812 S. 186.

[2]) Mémoire de Stein, Quartier général Drissa 11. juillet n. st. 1812. Die „träumenden Schafe", mit denen Pertz 3, 99 seine Übersetzung schließt, sind in Wahrheit moutons enragés.

dies ein, er verständigte sich mit Österreich, und die beiden Mächte thaten sich wenig Schaden in dem Kampfe, den sie mit einander führten[1]).

Freilich, ehe die letzte der von Stein erhofften Wirkungen des gesammten Krieges eintrat, war noch manche Spannung und Krisis zu bestehen.

Zunächst erwies sich die Anlage des Lagers von Drissa als eine verfehlte Speculation. Wollte man nicht vom Feinde in Flanke und Rücken genommen werden, so mußte man es räumen. Dann litt die Führung der Armee unter der Anwesenheit des Zaren, der nicht selbst das Commando übernahm und doch durch das Gewicht seiner Persönlichkeit einen lähmenden Einfluß auf den Oberfeldherrn ausübte. Man stellte ihm die Sachlage vor, und er war, nach Überwindung der Anfangs auffsteigenden Empfindlichkeit, verständig genug, nachzugeben: er entschloß sich, nach Moskau zu gehen und von dort aus die Rüstungen, die Rußland zu seiner Rettung dringend nöthig hatte, zu beschleunigen[2]). Was aber sollte nun sein deutscher Rathgeber bei dem Heere, beschränkt wie er war auf die Rolle eines Zuschauers? Unverzüglich bat er Alexander um die Erlaubniß, ihm folgen zu dürfen, und er hatte die Genugthuung, sie eben so rasch zu erhalten; gleich nach dem Zaren traf auch er (24. Juli) in der russischen Metropole ein[3]).

---

[1]) Steins Denkwürdigkeiten über 1812 S. 185. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 3, 87 s. Schilder, Alexander I. 3, 366 Anm. 52. Demelitsch, Metternich u. seine auswärtige Politik (1898) S. 593 ff.

[2]) Steins Denkwürdigkeiten über 1812 S. 182. 187 f.

[3]) Die russische Armee räumte das Lager von Drissa am 14. Juli: Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 1, 155. Der Kaiser mit seinem Gefolge ging nach Welikij Luki (an der Straße nach Petersburg), von hier aus begab er sich nach Moskau, wo er am 23., spät in der Nacht, ankam. Comte Kotschubeij à Stein, Welikij Luki 11. juillet 1812 [v. st.]; Pertz 3, 613 f. Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 1, 164. — Prince George [de Holstein] à Stein, Algovka 6. juillet 1812 [v. st.]: L'Empereur est parfaitement d'accord avec votre intention d'aller à Moscou, et croit que cela soit très bien fait (Pertz 3, 613). Stein verließ, wie er seiner Frau am 27. Juli schrieb, Welikij Luki am 20. und schlug den Weg über Smolensk ein.

Er kam zur rechten Zeit, um einen der größten Momente der modernen russischen Geschichte zu erleben[1]. Hundert Jahre waren verstrichen, seit das Land ein fremdes Heer in seinen Gränzen, zweihundert Jahre, seit es ein fremdes Heer im Marsche auf Moskau gesehen hatte; beide Male waren die Angreifer, der falsche Demetrius wie Karl XII., kläglich zu Falle gekommen. Die Erinnerung daran lebte in der Seele des russischen Volkes fort: noch immer wurde der Tag von Pultawa festlich begangen, und man verstand Alexander gar wohl, als er den Wunsch aussprach, daß der Feind in jedem russischen Edelmann einen Posharskij, in jedem russischen Bürger einen Kosma Minin finden möge[2]. Wenn jetzt der Frankenkaiser, auch er den von der heiligen Mutter Kirche so oft verfluchten Ketzereien verfallen und in der Obedienz des excommunicirten Bischofs von Roms stehend, zu einem neuen Angriff schritt, so lebten alle echten Moskowiter des festen Glaubens, daß es ihm nicht besser ergehen werde als seinen Vorgängern. Wie in Spanien, so vereinigten sich auch in Rußland kirchliche Rechtgläubigkeit und nationales Selbstbewußtsein, zu denen noch die dem slawischen Naturell eigenthümliche dynastische Unterwürfigkeit hinzutrat, um eine Leidenschaft von unwiderstehlicher Kraft zu bilden. Stein sah, wie die Bevölkerung der Riesenstadt in die Kirchen strömte, um dort „mit glühender Andacht“ zu beten, und wie sie sich drängte, um einen Blick von dem Zaren, dem Schilde des bedrohten Vaterlandes, zu erhaschen. Besonderen Eindruck aber machte auf ihn, den deutschen Edelmann, die Haltung der russischen Aristokratie. Abermals war er selber Zeuge, wie der Kaiser, immer umjubelt von seinem getreuen Volke, im Slobodskijschen Palaste erschien und die Erklärung abgab, daß das stehende Heer, wenn auf sich gestellt, trotz aller Tapferkeit den überlegenen Feind nicht aufhalten könne und dadurch der Appell an die Gesammtheit der Unterthanen, zunächst an den Adel, nöthig werde: worauf dann die ver-

[1] Kotschubeij à Stein: On dirait que vous avez l'art de la divination, tellement vous avez choisi à propos le moment de votre voyage à Moscou.

[2] Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 1, 152. 162.

sammelten Edelleute den Beschluß faßten, eine Landwehr aufzustellen, einzukleiden und auszurüsten (27. Juli). Das war doch wieder ein Adel, der diesen Namen verdiente, und in tiefster Seele bewegt, gedachte Stein des Wortes, das Burke in seinem „bewundernswürdigen“ Werke über die französische Revolution gebraucht habe: von den großen Grundeigenthümern hänge es ab, das Vollkommenste zu erreichen, was die Menschheit hervorbringen könne, und selbst abgesehen von allen sittlichen Eigenschaften, seien sie der Ballast, dessen das Staatsschiff nicht entbehren könne, um mit Sicherheit zu segeln[1]).

Indessen so großartig sich die Haltung des in Moskau versammelten Adels darstellte (großartig auch durch die Einwirkung auf die übrigen Stände), Steins Seele konnte sie nicht ausfüllen; sie war und blieb der Heimath zugewandt: der Natur wie den Menschen. Er fand, daß der Wald daheim abwechslungsreicher und schöner, die Luft milder und weicher sei; die Landsleute wollten ihm in der Erinnerung gutmüthiger erscheinen, wenn er sie maß an dem Hochmuth und der Herzlosigkeit der russischen Halborientalen: wie gräßlich diese moskowitischen Mütter, von denen Tausende Jahr aus Jahr ein ihre Kinder dem Findelhaus überantworteten, „das Gefühl der Natur erstickend“. So ergriff ihn denn oft das Heimweh mit seiner ganzen, Leib und Seele bezwingenden Gewalt. Dann versagte auch das alterprobte Heilmittel, Neues zu sehen und Ungewohntes zu beobachten, wozu sowohl Moskau selbst wie die herrlichen Landsitze des benachbarten Adels einluden. Er glaubte zu bemerken, daß er, der Fünfundfünfzigjährige, nicht mehr die gleiche Empfänglichkeit wie früher besitze; resignirt schrieb er: „Das Leben hat seine Illusionen und seine Farben verloren; alles verkündet, daß man sich von ihm trennen und auf die Trennung vorbereiten muß“[2]).

---

[1]) Stein citirte sehr frei. In Wahrheit hatte Burke gesagt (Reflections on the revolution in France [1790] p. 76): Let those large proprietors be what they will, and they have their chance of being among the best, they are at the very worst, the ballast in the vessel of the commonwealth.

[2]) Stein à [Kotschubeij], Moscow $\frac{27.}{15.}$ juillet. Stein à Mme de Stein, Moscow 27. juillet 1812. Steins Selbstbiographie S. 178. Bogdanowitsch,

Das meinte er nun freilich jetzt so wenig wie früher im Sinne einer thatenlosen Beschaulichkeit; im Gegentheil, für ihn galt die biblische Mahnung, zu wirken, so lange es Tag ist. Hätte er nur in seiner „unthätigen Thätigkeit“[1]), wie er bitter sein Ressort charakterisirte, mehr Gelegenheit dazu gehabt. Ganz ruhten die Geschäfte des Deutschen Comités auch in Moskau nicht: der ehemalige russische Gesandte in Berlin, Graf Lieven, berichtete über das, was Gruner mit ihm verabredet hatte. Es waren die Maßnahmen, die wir schon kennen und für die Stein längst die Einwilligung des Zaren besaß[2]), aber er hielt es nicht für überflüssig, sie ihm abermals vorzuführen. Einiges Neue fügte er dabei hinzu: die Warnung vor übereilten localen Aufständen, die nur eine Menge braver und und thatkräftiger Leute compromittiren würden, den Hinweis auf sein geliebtes Westfalen als den dankbarsten Boden für eine werkthätige Propaganda, den Wunsch, die Schriften der Patrioten vor Allem auf den Universitäten zu verbreiten; denn die Jugend, fügte er begründend hinzu, ist für Enthusiasmus und edle Empfindungen am meisten empfänglich, und unter ihr wird man, wenn die Stunde der Befreiung schlägt, den größten Eifer finden. Der Zar war, wie fast immer in dieser Zeit, einer Meinung mit Stein[3]).

Von langer Dauer war der Aufenthalt in Moskau nicht. Ende Juli begab sich der Zar in seine gewöhnliche Residenz zurück, nach einigen Tagen folgte ihm Stein[4]).

Gesch. d. Feldzugs v. 1812 1, 164 ff. -- Das bei Pertz 3, 625 gedruckte Billet Rostopschins an Stein ist v. 24. Juli 1812.

[1]) cette sphère d'activité inactive.

[2]) S. 137.

[3]) Stein à Alexandre I., Moscow $\frac{27.}{15.}$ juillet 1812; Concept. Darunter die Bemerkung Steins: Dans une audience du 16. du juillet l'Empereur a approuvé ces observations.

[4]) Der Zar verließ Moskau am 31. Juli Vormittags, Stein am 2. August. Am 3. u. 4. war er in Twer, am 8. in Zarskoje Selo, am 9. in Petersburg. Stein à Mme de Stein: Moscou 31. juillet, Twer 3. et 4. août, St. Pétersbourg 9. août; z. Theil übersetzt b. Pertz 3, 105 ff. Stein au prince Auguste d'Oldenbourg, Moscou $\frac{20.\text{juillet}}{1.\text{ août}}$ 1812; Pertz 3, 616 f. In seinem Bericht an den Zaren v. 10. August (Pertz 3, 625) ist für Moscow zu lesen St. Pétersbourg.

In Petersburg traten alsbald die Geschäfte des Deutschen Comités, so unerheblich sie immer noch waren, in eine Krise. Wider Steins Rath war in die Instruction der Behörde die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Berichte der einzelnen Mitglieder durch den Präsidenten vorzutragen seien[1]). Doch hatte es keine Frictionen gegeben, so lange Prinz Georg von Oldenburg die Geschäfte leitete; er war Stein eifrig zugethan, und dieser ließ seinen guten Eigenschaften Gerechtigkeit widerfahren. Noch besser war das Verhältniß zu Graf Kotschubeij; Stein gab ihm seine Neigung kund in überschwänglichen Worten, wie sie seine Briefe nur selten aufweisen. Nun aber wurde der Prinz in sein Gouvernement geschickt, um dort die Errichtung der Landwehr zu leiten; auf der Reise nach Petersburg, in Twer, hatte Stein ihn und seine vortreffliche Gemahlin, des Zaren Schwester Katharina, begrüßt, ihn zum letzten Male, denn nach wenigen Monaten starb er[2]). An seine Stelle trat[3]) im Deutschen Comité, wie von vorn herein beabsichtigt war, sein Vater, Peter von Oldenburg. Ein vom moralischen Standpunkt aus untadliger, aber höchst pedantischer und in den Vorstellungen des alten Reichs befangener Herr[4]), der sich keinen Augenblick

[1]) Pertz 3, 624.

[2]) Briefe des Prinzen Georg v. Oldenburg an Stein, bei Pertz 3, 612 f. Steins Denkwürdigkeiten über 1812 S. 180. Mémoires de la comtesse Edling, née Stourdza (Moscou 1888) p. 70. Stein à Mme de Stein, Twer 4. août 1812. Stein à [Kotschubeij], Moscow $\frac{27.}{15.}$ juillet 1812: L'éloignement de V. E. pour P[étersbourg] m'afflige vivement, me privant de la société et de vos conseils que j'avais reçus, du premier moment de connaissance, avec une bienveillance et un intérêt qui vous était si natur[el] que même une grande et longue connaissance des hommes et des choses, des passions des uns, de la nullité des autres, n'ont pu les détruire. Vgl. Pertz 3, 107.

[3]) Nachdem kurze Zeit Prinz August von Oldenburg, der ältere Bruder von Georg, die Geschäfte geführt hatte.

[4]) Stein zu E. M. Arndt (s. dessen Wanderungen und Wandelungen mit d. Reichsfreiherrn v. Stein [1858] S. 8; etwas abweichend Arndts Erinnerungen aus dem äußeren Leben [1842] S. 163): „Er steht da wie ein langbeiniger Storch und wird Ihnen stans pede in uno ein Examinatorium über die ganze deutsche Reichsgeschichte und deren Fürstenstämme zumuthen".

bedachte, seine abweichende Meinung rücksichtslos zu äußern; er mißbilligte den Aufruf an die Deutschen, der doch mit Zustimmung des Zaren erlassen war, und erklärte, nicht an die Erhebung der Nation zu glauben. Es war derselbe legitimistische Standpunkt[1]), den bereits der älteste seiner beiden Söhne verfochten hatte und der mit dem von Stein empfohlenen System unvereinbar war. Stein empfand nicht die geringste Lust, unnütze Wortkämpfe auszufechten. Er schrieb dem Zaren: „Meinungen, die so wesentlich von einander abweichen, lassen sich nicht vereinigen; ich verabscheue das System der Vergleiche, der gegenseitigen Meinungsopfer, der Gefälligkeiten; es ist das verderblichste von allen": — er bat um die Erlaubniß, aus dem Comité austreten zu dürfen. Alexander aber gab ihm ein neues Unterpfand seines Vertrauens; indem er die Geschäftsordnung der Behörde änderte, gestattete er seinem deutschen Rathgeber, die Geschäfte ohne Mitwirkung des Herzogs zu erledigen[2]).

Wichtiger und erfreulicher als dieser diplomatisch-bureaukratische Erfolg war die Ankunft des Landsmanns, auf den Stein seit dem Beginne des russischen Exils gehofft hatte: am 16. August traf Ernst Moritz Arndt in Petersburg ein. Steins uns schon bekannter, jetzt weiter ausgeführte und gleichfalls vom Zaren gebilligte Plan war, den streitbaren Patrioten als eine Art weltlichen Feldpredigers zu verwenden: er sollte durch Lieder und Prosa-Schriften die Ansichten der in russische Gefangenschaft gerathenen Deutschen aufklären und

[1]) Stein à Münster, St. Pétersbourg 10. septembre 1812: Le Duc ... craint toute espèce de mouvement insurrectionel. E. M. Arndt, Meine Wanderungen S. 9: „Der Herzog wollte alles allein mit, durch und für die Fürsten anfangen."

[2]) Stein à Alexandre I., St. Pétersbourg $\frac{6.}{18.}$ août 1812. Concept; auf ihm die Bemerkung Steins: S. Maj. m'a permis verbalement le $\frac{8.}{20}$ d'août de traiter les affaires de l'Allemagne, entant qu'ils m'étaient délégués, seul avec M. M. de Kotschubeij et de Lieven, et sans la concurrence du Duc. Nach Steins Schreiben an Münster v. 10. September hatten jetzt der Herzog u. Lieven die militärische Organisation, Kotschubeij u. Stein die Correspondenz mit dem inneren Deutschland zu besorgen. Vgl. S. 137. — Stein an Gneisenau, Petersburg $\frac{29.}{17.}$ September 1812 (Pertz 3, 181 f.): „Diese Menschen ... sind blind und taub — ich habe sie mir abgeschüttelt".

berichtigen; er sollte förmlich bei der Deutschen Legion angestellt werden, um ihr durch seine Schriften und durch alle Mittel einer volksthümlichen Beredsamkeit eine Begeisterung und Hingebung einzuflößen, wie sie die Scharen Schills und des Braunschweiger Herzogs bekundet hatten[1]). Arndts und raschesichere Feder ließ nicht auf sich warten. Aber er sowohl wie sein Auftraggeber hatten die Empfindung, daß dies ganze Werk nicht recht vorwärts kam; die Hoffnungen, die Stein im Juni 1812 geäußert hatte, gingen nicht in Erfüllung. Weder fügte Gruner mit seinen Leuten den Franzosen großen Schaden zu noch wollte die Legion gedeihen. Es fehlte ihr ein tüchtiger Führer; die Russen gingen mit den Gefangenen schlecht um, und wie sollte sich in den Garnisonen hinter der Front des russischen Heeres ein besonderer Eifer entfalten? Offenbar hing alles von der geplanten Landung im Rücken des Feindes ab. Und kam sie zu Stande, so wollte natürlich Stein, wie in gleicher Lage 1809, mit dabei sein, nicht länger fern vom Schuß Projecte schmieden[2]).

Ende August schienen sich bessere Aussichten zu eröffnen. Der Zar ging nach Åbo und traf dort mit Bernadotte zusammen. Aber die Convention, die aus den Besprechungen der beiden Alliirten hervorging (30. August), änderte nichts an den früher aufgestellten Plänen. Neu waren, abgesehen von einer Verstärkung des russischen Hülfscorps und von einer pecuniären Beihülfe Rußlands, zwei territoriale Bestimmungen: Rußland trat seine aus einer etwaigen Eroberung Seelands erwachsenden Rechte an Schweden ab (dem überdies Norwegen abermals zugesichert wurde); dafür versprach

---

[1]) Stein à Alexandre, St. Pétersbourg $\frac{6.}{18.}$ août 1812. Am $\frac{8.}{20.}$ August Genehmigung des Kaisers. Pertz 3, 116. Vgl. S. 133.

[2]) E. M. Arndt an Capitän Friedrich v. Horn, St. Petersburg 22. August 1812 (H. Meisner u. R. Geerds, E. M. Arndt [1898] S. 83): „Das erscheint aus Allem, es ist kein rechter Trieb noch Zusammenhang in dem Ganzen, was die Deutsche Legion betrifft". Steins Denkwürdigkeiten über 1812 S. 190: „Man transportirte im November und December 1812 von Poloczk 566 deutsche Gefangene nach Pleskow; davon kamen nur 166 an; die übrigen starben an Krankheit, Verwahrlosung, Mißhandlung, durch die Raubsucht der mit der Verpflegung Beauftragten". Pertz 3, 115. 138. 182. Quistorp, die kaiserlich russisch-deutsche Legion S. 11 ff.

Schweden, eine Ausdehnung Rußlands bis an die Weichsel anzuerkennen[1]).

Das war das Gegentheil der Politik, die Stein im Juni empfohlen hatte[2]). Jetzt war nun doch dem Unternehmen gegen Dänemark der Vorzug gegeben, die deutsche Landung als ein Gegenstand zweiter Ordnung behandelt. Und was sollte der Artikel bedeuten, der Rußlands Gränze so weit nach Westen vorrückte? War damit nur polnisches Land oder auch das deutsche Gebiet rechts der Weichsel gemeint? Offenbar hat Stein von dem Inhalt der Convention zunächst (vielleicht überhaupt) nur Bruchstücke erfahren, und ganz verborgen blieben ihm die mündlichen Verhandlungen der beiden Contrahenten über das Commando der russischen Armee, das Bernadotte ablehnte, und über die französische Krone, die er sich gern von Alexander anbieten ließ. Was der Zar Stein mittheilte, beschränkte sich auf die Ankündigung der dänischen Expedition; um die Pille zu versüßen, fügte er hinzu (wovon übrigens in der Convention nicht die Rede war): die deutsche Landung werde im December und zwar an der Küste von Holstein erfolgen, nichts stünde dann im Wege, daß Stein sich dorthin begebe[3]).

Stein war weit davon entfernt, über die Nichtbefolgung seiner Rathschläge zu schmollen. Er zeigte sich eben so sehr als Politiker wie als Patrioten, indem er die neu geschaffene Lage acceptirte und sie zum Besten des Vaterlandes zu verwerthen suchte. Er schrieb an Gruner und theilte ihm die Entschlüsse des Zaren mit, wie sie in der Moskauer Audienz formulirt waren, hier und da sie etwas erweiternd: so wenn er anheimgab, den Tugendbund für die Propa-

[1]) Das Original der Convention von Åbo ist noch nicht veröffentlicht. Excerpte bei Schinkel, Minnen 6, 254 und Garden, Histoire des traités de paix 13, 411; deutsche Übersetzung v. Oncken i. Historischen Taschenbuch (1892) VI, 12, 18 ff. Über die Unterredungen von Åbo und die sich daran schließende Correspondenz zwischen Alexander und Bernadotte über die französische Krone s. Bailleu i. d. Historischen Zeitschrift (1899) 83, 183; Fournier, Congreß v. Châtillon (1900) S. 43 f.; Pingaud: Bernadotte, Napoléon et les Bourbons (1901) p. 163 s. [2]) S. 140.

[3]) Notice de Stein, „le 8. de septembre“ [1812]. Später erfuhr Stein mehr, s. unten S. 170.

ganda zu benutzen[1]) oder wenn er nachdrücklich auf die evangelische Geistlichkeit als eine werthvolle Bundesgenossenschaft hinwies[2]). Daran schloß er die Nachricht von der bevorstehenden Landung Bernadottes und die förmliche Ermächtigung, den verschwiegenen General Scharnhorst einzuweihen und seinen Beistand nachzusuchen: er möge verhindern, daß der preußische König sich etwa mit Waffengewalt dem Unternehmen widersetze, er möge Friedrich Wilhelm vielmehr bestimmen, daß er sich den Befreiern anschließe; „denn von ihren Erfolgen muß er seine Unabhängigkeit erwarten" [3]). Gewichtige Worte, die Stein sicher nicht ohne Vorwissen des Zaren gebraucht hat. Einen wesentlich verschiedenen Charakter trägt das zweite wichtige Schreiben, das er in diesen Tagen expedirte. Gerichtet an Graf Münster, giebt es sich als private Meinung des Autors, und zwar als Äußerung des Mißtrauens gegen einen Theil seiner russischen Umgebung, des Vertrauens auf England. Noch immer wurde das Auswärtige Ministerium Rußlands von Rumianzoff verwaltet[4]). Stein wollte so wenig von ihm wissen wie Münster, und eben deshalb sandte er nun nach London die dringende Aufforderung, beim Zaren auf Absetzung seines von den Ereignissen überholten Rathgebers zu dringen, sowohl durch den neuen englischen Gesandten Lord Cathcart, den Alexander von Åbo mitgebracht hatte, wie auch besonders durch Bernadotte, der als Soldat offener und deutlicher reden könne[5]). Durfte man

[1]) Stein à Gruner, St. Pétersbourg $\frac{\text{31. août}}{\text{11. septembre}}$ 1812: Cette association des *Tugendfreunde* existe-t-elle encore? Qui en sont les chefs? Ne peut-on point l'activer maintenant, en observant les cautions les plus grandes contre la perfidie et l'indiscrétion? Vgl. Voigt, Tugendbund S. 106.

[2]) Le clergé protestant compte parmi ses membres des personnes extrêmement bien pensantes qui influent le plus sur les hommes religieux. La conduite de cet ordre, en Hesse et dans le pays d'Hanovre, a surtout été louable, et c'est parmi eux qu'il faut tâcher de se former des liaisons.

[3]) comme c'est de leurs succès qu'il doit attendre son indépendance.

[4]) Vgl. S. 142.

[5]) Les personnes que le public désigne comme capables de remplacer R[umianzoff], sont M. M. de Markoff, de Kotschubeij, de Panin. — Über George Cathcart s. dessen Commentaries on the war in Russia and Germany in 1812 and 1813 (1850) p. 40.

ferner die deutschen Angelegenheiten ganz und gar diesem Kronprinzen von Schweden überlassen? Offenbar traute Stein dem Franzosen, der so rasch Schwede geworden war, schon damals nicht. Deutschland, erörterte er, befindet sich jetzt in einer ähnlichen Lage wie zur Zeit Gustav Adolfs; wie damals ist es von einer fremden Macht unterdrückt und in sich gespalten, wie damals wird der Befreier sich auf die Kräfte der Unterdrückten stützen können. Man muß also verhindern, daß der Schwede die Gährungen inmitten der Nation zu seinem alleinigen Nutzen ausbeute, vielmehr sollen sie Deutschland und Europa im Allgemeinen zu Statten kommen. Das kann aber nur durch England bewirkt werden, das des Beistandes sowohl von Rußland wie von Schweden sicher ist und sich eines großen Vertrauens in Deutschland erfreut. Noch ist, obwohl die schwedische Landung bevorsteht, nichts zwischen den Mächten über die deutsche Frage verabredet. Gewiß, das Los der Waffen wird über das Los von Deutschland und die ihm zu gebende Verfassung entscheiden, aber man muß doch sofort einen Entschluß fassen, wie es in dem von den Landungstruppen occupirten Theile Deutschlands gehalten werden soll. Da räth Stein, das Beispiel zu befolgen, das England in Portugal gegeben hat, d. h. bis zur endgültigen Constituirung des Gemeinwesens eine Dictatur einzurichten. Deren Träger soll ein Verwaltungsrath[1]) sein, in welchem sitzen Münster im Auftrage des Prinz-Regenten von England, Stein als Delegirter des Zaren; außerdem vielleicht noch einige gutgesinnte und hervorragende Personen aus Deutschland, ein russischer Minister, ein englischer Minister: vorausgesetzt jedoch daß er wirklich großer Conceptionen fähig ist, also etwa Canning, mit dem Stein 1808 angeknüpft hatte, oder Richard Wellesley, der Bruder des Siegers von Talavera und Salamanca. Auch das Commando des in Deutschland aufzustellenden nationalen Heeres will Stein nicht dem Kronprinzen von Schweden überlassen, vielmehr soll England den General ernennen, z. B. den Herzog von Braunschweig, an dessen Seite jedoch ein militärischer Beirath stehen würde: in ihm Steins Schwager Wall-

[1]) un conseil politique et administratif.

moden und Steins Mitarbeiter von 1808, Gneisenau und Grolman[1]).

Das waren Vorschläge, welche die Kritik gar sehr herausforderten; mit Recht wandte Graf Münster ein, ein viereiniger Dictator habe doch manches Bedenkliche, und noch schwieriger sei ein vielköpfiges Militär-Commando[2]). Beides waren eben Nothbehelfe, erwachsen aus Mißtrauen und gestützt auf sonst abgelehnte Compromisse[3]). Ubrigens zweifelte Stein auch so nicht an dem Siege der gerechten Waffen, wie er denn gegen Rumianzoff vornehmlich einwandte, daß er einem großen Momente nicht gewachsen sein würde. Und wirklich kam alsbald die Nachricht von einem ansehnlichen Erfolge des russischen Heeres.

Nachdem der Zar seine Truppen verlassen, hatten diese sich aus einer schweren Gefahr befreit: die beiden West-Armeen, geführt von Barclay de Tolly und von Bagration, bewirkten ihre Vereinigung, die zu verhindern Napoleons erster Plan gewesen war. Hätten jetzt die Russen die Rathschläge befolgt, die ihre deutschen Freunde ertheilten, so würden sie sich ohne große Schlachten weiter und weiter zurückgezogen haben, damit, um in der Sprache von Scharnhorst und Clausewitz zu reden, Napoleon an den großen Dimensionen des russischen Reiches zu Grunde gehe. Dagegen aber lehnte sich die öffentliche Meinung in Rußland auf, welche die alte Hauptstadt des Reiches nicht ohne Schwertstreich opfern wollte, und die russische Heerführung gab ihr nach. Zwei Mal leistete sie Napoleon Widerstand, zuerst (am 17. und 19. August) bei Smolensk, dann (am 7. September) bei Borodino; hier wie dort schlugen sich

[1]) Stein à Münster, St. Pétersbourg 10. septembre 1812 (abgeschickt am 13. September); Auszug in deutscher Übersetzung bei Pertz 3, 152 f.

[2]) Münster an Stein, London 3. November 1812 (eingegangen am 29. November); Pertz 3, 186 ff. 224.

[3]) Vortrefflich Gneisenau an Münster, Buxton 2. November 1812 (Pertz, Gneisenau 2, 423): „Ich will nicht sagen, daß er [Stein] einen bessern Plan hätte machen können, denn die Natur der widerstrebenden und sich wechselweise vernichtenden Forderungen und Bedingungen und seine Stellung hat ihm die Erschaffung eines solchen Ungeheuers geboten, aber ausführbar wäre ein solcher Plan nimmermehr gewesen.“ Vgl. S. 153.

die Russen mit heroischer Tapferkeit, aber unglücklich. Doch war die zweite Schlacht mit so furchtbaren Verlusten für das französische Heer verbunden und glich so wenig den Entscheidungsschlachten der früheren Napoleonischen Feldzüge, daß der russische Oberbefehlshaber, Kutusoff, es wagen konnte, den französischen Sieg in Abrede zu stellen. Eine Correctur, die der Zar an seinem Berichte vornahm, stempelte den Kampf zu einem russischen Siege[1]).

„Du kannst Dir", schrieb Stein an seine Frau unmittelbar nach der Verkündigung der Freudenbotschaft (11. September), „die Rührung und die allgemeine Freude vorstellen, die dieser Sieg der ehrlichen Leute über die Sitten verderbenden Räuber und ihren Anführer hervorgerufen hat. Eine beruhigende Zukunft stellt sich dar: ich halte den Sturz des Menschen für mehr als wahrscheinlich. Diese tollen Kriege an beiden Enden Europas, geführt in der überspannten Voraussetzung, daß er im Innern Rußlands einen Aufstand erregen könne, werden die Ursache seines Falles sein, und die Vorsehung wird gerechtfertigt sein, das Wüthen des Menschen so lange geduldet zu haben, indem sie ihn in einen Abgrund von Schande stürzt"[2]).

Da schien ihm die Stunde gekommen, die Hoffnungen für das Vaterland, die er bisher nur sich selbst oder den Freunden eingestanden, dem Haupte des vermeintlich siegreichen Staates vorzulegen. Er überreichte (18. September) dem Zaren eine Denkschrift über Deutschlands künftige Verfassung[3]).

---

[1]) Bogdanowitsch, Geschichte d. Feldzugs v. 1812 2, 215 ff. Vgl. Bernhardi, Denkwürdigkeiten v. Toll (1865) 2, 124.

[2]) Stein à Mme de Stein. Pétersbourg 11. septembre 1812. Vgl. Pertz 3, 170 f.

[3]) Stein setzte zunächst ein Concept (mit dem Datum „Petersburg 17. September 1812") in deutscher Sprache auf, das nach einer kurzen, noch nicht gedruckten Einleitung fortfährt: „Es ist also nöthig, mit England und Schweden einen Plan zu verabreden 1) über die Art, diese Kräfte aufzuregen und zu leiten und 2) allgemeine Grundsätze zu einer Verfassung für Deutschland festzusetzen". Daran schließt sich zunächst (im Wesentlichen übereinstimmend, im Einzelnen abweichend), was Pertz 3, 144 ff. als „Denkschrift u. s. w." giebt: vor dem Schlußabsatz auf S. 148 („Wenn diese Gedanken u. s. w.") steht folgende Einschaltung: „Würde Oesterreich und Preußen der Verbindung

Sie setzt die Zerstörung des Rheinbunds als selbstverständlich voraus und erörtert nur die Frage: was soll an seine Stelle treten, damit die Ruhe Europas bewahrt bleibt? Denn das ist der Kanon, den Stein zunächst anwendet; er redet mit einem Nichtdeutschen, der nicht für Deutschland allein, sondern für die Unabhängigkeit der abendländischen Nationen überhaupt das Schwert führt. „Die Ruhe Europas erheischt, daß Deutschland so eingerichtet sei, daß es Frankreich widerstehen, seine Unabhängigkeit behaupten, England in seinen Häfen zulassen und der Möglichkeit französischer Invasionen in Rußland zuvorkommen kann."

Drei Wege giebt es, dies Ziel zu erreichen. Erstens: man vereinigt Deutschland zu einer Monarchie. Zweitens: man theilt es nach dem Laufe des Mains zwischen Preußen und Österreich. Drittens: man läßt in diesen beiden Theilen einige Territorien als Verbündete von Österreich und Preußen bestehen. Stein nennt als Beispiel Hannover; er weiß, daß nur um den Preis der Selbständigkeit dieses Territoriums der Beistand des englischen Regenten zu haben sein wird.

---

mit Rußland beitreten, so werden sie als Bundesgenossen, sonst als Feinde behandelt, und man sieht den König als einen seiner Freiheit beraubten Regenten an. Tritt er der Verbindung bei, so wird [ursprünglich: „muß"] er durch Handlungen die Reinheit seiner Absichten und die Festigkeit seines Entschlusses beweisen und die schlechten Rathgeber entfernen". Hierauf erst folgt das von Pertz 3, 140—144 als „Denkschrift u. s. w." Mitgetheilte. Auch hier eine Einschaltung, aus der hervorzuheben sein dürfte der erste Satz: „Das Land zwischen Oder, Rhein, Maas, Schweiz, Italien und den österreichischen Staaten würde alsdann ein großes Ganze bilden, das alle physische und intellectuelle Elemente zu einem glücklichen, kräftigen, freien Staat in sich faßt und dem Ehrgeiz und den wilden Trieben Frankreichs sich zu widersetzen vermag". — Dann übertrug Stein das Ganze für den der deutschen Sprache nicht mächtigen Zaren ins Französische und theilte es in zwei Denkschriften (wie bei Pertz), beide mit dem Datum des 18. Septembers. Einige Bruchstücke des Mundums bei Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 53 s. Was Pertz giebt, ist eine Rückübersetzung des französischen Concepts ins Deutsche; das deutsche Concept war ihm so wenig bekannt wie das Mundum. — Die von Hormayr (Lebensbilder 2, 254) mit dem Datum des 15. September 1812 und der Unterschrift Steins veröffentlichte Aufzeichnung ist ein Regest aus verschiedenen Denkschriften Steins.

Jede dieser Einrichtungen würde Deutschlands Kraft vermehren. „Einige Leute" — Stein nennt sie nicht, aber wir wissen, wen er meint: die beiden oldenburgschen Fürsten — „einige Leute reden von Herstellung der alten Reichsverfassung, aber ich frage: von welcher?" Von der des Westfälischen Friedens oder von der des Reichsdeputations-Hauptschlusses? Weder die eine noch die andre ist das Product des Willens einer durch die Erfahrung und über ihren wahren Vortheil aufgeklärten Nation. Beide verdanken ihren Ursprung den verderblichen Ränken der ehrgeizigen Päpste, der Treulosigkeit und dem aufrührerischen Geiste der deutschen Fürsten, dem Einflusse der fremden Mächte[1]).

Wir prüfen nicht im Einzelnen die Übersicht der deutschen Entwickelung, die Stein nun folgen läßt. Sie ist ein Erzeugniß des Momentes und deshalb einseitig; die Reformation erscheint nur von ihrer staatszerstörenden Seite, die fridericianischen Kriege figuriren als Bürgerkriege, welche die Gemüther verbittert und Deutschlands Fall vorbereitet haben. Halten wir uns nur an die Folgerung: „Das ist der Abriß der unglücklichen Geschichte dieses großen Landes; wollen wir nach solchen Erfahrungen das alte Gebäude einer fehlerhaften Verfassung wieder herstellen? Können wir es?" Die Antwort des Autors zeigt, wie tief er wenigstens in den Geist der Verfassung des Westfälischen Friedens eingedrungen ist. „Wenn wir ernstlich diesen Plan haben, so müßte man Österreich seinen Einfluß, seine Obergewalt wiedergeben, Preußen, Baiern u. s. w. verkleinern, die geistlichen Fürsten, die Reichsritterschaft, die Reichsstädte, die Reichsgerichte wieder herstellen: denn nur durch diese Mittel war es dem Kaiser möglich, eine so unvollkommen eingerichtete Regierung, wie das Deutsche Reich war, in Bewegung zu setzen". Und was würde man damit erreichen? Deutschland würde Frankreich nur einen schwachen

[1]) Etwas später (1. December 1812) an Münster (Pertz 3, 226): „Deutschland kann auf dem Wege alter, zerfallener und verfaulter Formen nicht erhalten werden; dies hieße, das System einer militärischen, künstlichen Gränze auf den Ruinen der alten Ritterburgen und den mit Mauern und Thürmen befestigten Städten gründen [zu] wollen und die Ideen Vaubans, Coehorns und Montalemberts zu verwerfen".

Widerstand entgegensetzen können, und es wäre der Kleinstaaterei preisgegeben. Stein wendet dies Wort nicht an, es ist erst später geprägt worden, aber die Sache geißelt er so scharf wie nur einer der Vorkämpfer des deutschen Bundes- oder Einheitsstaates. Die intermediären und territorialen Gewalten, setzt er auseinander, zerstören jedes Gefühl für die Würde eines großen Volkes, zerstören den kriegerischen Geist, lenken die Aufmerksamkeit von den Angelegenheiten der Nation ab auf diejenigen eines kleinen Landes, auf das Leben der kleinen Höfe, deren Vervielfältigung verderblich ist für die Sitten und für eine stolze, unabhängige Haltung des Individuums.

Noch unvollkommener ist die Verfassung von 1802. Denn dadurch daß sie die geistlichen Territorien und die Reichsstädte vernichtete, beraubte sie den Kaiser aller für die Regierung erforderlichen Mittel[1]).

Indem Stein dann zurückkehrt zu den drei von ihm vorgeschlagenen Verfassungsformen, verhehlt er nicht, jetzt so wenig wie früher und später, wohin ihn seine geheime Neigung zieht[2]): zur Monarchie, die so stark sein soll, wie er sich vorstellt, daß sie vom 10. bis zum 13. Jahrhundert in Deutschland gewesen ist[3]). Er will ein Reich, „das alle Elemente, sittliche und physische, der Kraft, der Freiheit und der Intelligenz[4]) enthielte und dem unruhigen Ehrgeize Frankreichs widerstehen könnte". Er meint, daß eine solche Monarchie fast von der ganzen Nation begehrt wird, „seitdem sie in unwürdiger Weise von denen verrathen ist, die hätten verstehen müssen für sie zu sterben, seitdem sie in den Fürsten nur noch Feiglinge sieht, die das Blut ihres Volkes verkaufen, um ihr schmach-

[1]) tous les ressorts pour activer le gouvernement.

[2]) Stein an Münster, Petersburg 1. December 1812 (Pertz 3, 226): „Mein Glaubensbekenntniß . . . ist Einheit; ist sie nicht möglich, ein Auskunftsmittel, ein Übergang".

[3]) „Der mächtigste Mann war Unterthan des Kaisers, und der kleinste freie Eigenthümer hing unmittelbar von ihm ab".

[4]) tous les éléments moraux et physiques de force, de liberté et de lumières.

volles Dasein zu verlängern". Und im Grunde müssen die Fürsten das Gleiche wünschen. Denn nur eine solche Ordnung der Dinge kann ihr eignes Dasein sichern, indem sie ihnen, anstatt der bisher inne gehabten ungewissen und wenig ehrenvollen erblichen Präfecturen, die edle Aufgabe zuweisen würde, Rathgeber eines großen Volkes sein. Näher läßt sich Stein darüber nicht aus; doch wäre sein Gedanke unverständlich ohne die Annahme eines Oberhauses, in dem fortan die Fürsten Sitz und Stimme hätten.

Aber, fährt er fort: „Die Wiederherstellung der alten Monarchie ist unmöglich". So scharf, viel schärfer als vor Jahresfrist in dem Briefe an Graf Münster, weist er seinen Lieblingsgedanken von sich: ob nicht doch, fast unbewußt, einigermaßen dem Zaren zu Liebe, um diesem nicht Besorgnisse wegen einer allzu starken Staatsgewalt zu erwecken? Jedenfalls ist, was er jetzt empfiehlt, die Theilung Deutschlands zwischen Österreich und Preußen, sei es vorbehaltlos, sei es mit der früher erwähnten Modification zu Gunsten einiger Fürstenhäuser[1]). Die nicht ausgesprochene, aber selbstverständliche Voraussetzung war dabei, daß Österreich und Preußen fest verbunden sein würden; denn sonst wäre die Reform gleichbedeutend gewesen mit der Steigerung und Verewigung der deutschen Zwietracht.

Stein hatte, als er in seiner Darlegung so weit gekommen war, die Empfindung, etwas Außerordentliches gesagt zu haben. Was für Worte hatte er über die deutschen Fürsten gebraucht, unter denen sich auch nahe Verwandte des Zaren befanden. Wie wird er es aufnehmen, in dessen Händen doch die Zukunft Deutschlands momentan ruht? Dringend schien ein Wort der Beschwichtigung geboten. Es charakterisirt Stein, wie er es formulirte, ohne sich und seiner Sache etwas zu vergeben: „Ich glaube nicht, die Ausdrücke rechtfertigen zu müssen, die in dieser Denkschrift zu stark erscheinen könnten; ich glaube, sie sind gerechtfertigt durch die Größe des Gegenstandes und durch die Gefühle, welche die Erinnerung an ein unglückliches, verrathenes, unterjochtes Vaterland einflößen muß; ich habe geglaubt,

[1]) Welche dies Privileg erhalten sollen, erhellt nicht; genannt wird nur Hannover. Vgl. unten S. 194.

zu einem Souverän, der ein unermeßliches Reich beherrscht, die Sprache der Wahrheit und des Freimuths reden zu müssen, da es seine Weisheit, sein edler Charakter und seine Macht sind, von denen mein Vaterland seine Freiheit und die Einrichtung einer Verfassung erwartet, die sein Glück verbürgt".

Wer die Bedeutung der Denkschrift ermessen will, muß sich zunächst daran erinnern, daß auch die Siegesnachricht von Borodino nicht die Vernichtung des Napoleonischen Heeres gemeldet hatte. Noch stand der Cäsar in Rußland, noch war seine Herrschaft über Frankreich, Deutschland und Italien unerschüttert, und Stein kannte den Gewaltigen genau genug, um zu wissen, welche Hülfsmittel ihm sein Genie noch an die Hand geben würde. Dennoch nahm der Patriot, wie schon 1811, mit der felsenfesten Zuversicht des Glaubens die kommende Entwickelung vorweg und ging daran, dem Vaterlande die Rüstung zu schmieden, die seinen Leib in Zukunft schirmen sollte. Und auch über deren Beschaffenheit hatte er, wie wir einer andern Aufzeichnung entnehmen, bereits nachgedacht. Er wollte, da nun einmal auch in Zukunft Fürsten sein sollten, ihnen doch die die Theilnahme an der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, des Kriegswesens und der dafür erforderlichen Finanzen entziehen; fallen sollten vor Allem das Recht, Bündnisse mit dem Auslande zu schließen, und die tief in das politische Gebiet hineinragenden Befugnisse des Corpus Evangelicorum, jener Reliquie aus der Zeit der Religionskriege. Was so den Gliedern genommen wurde, gedachte er dem „Oberhaupte des Bundes" anzuvertrauen, wobei er aber den Zusatz machte: „mit Zuziehung des Bundestages"[1]. Für weitere Vorschläge war die Zeit noch nicht gekommen; genug, wenn verhindert wurde, daß der Zar seinen oldenburgischen Vettern das Ohr lieh.

Sehen wir nun von den Verhältnissen des Moments ab und suchen die Denkschrift — die erste, die Stein in verantwortlicher

[1] Aufzeichnung Steins o. D., beginnend mit den Worten „die Auflösung Deutschlands"; Pertz 2, 459 f. Sie beruht unter den S. 95 bezeichneten Papieren und ist, da die Erfolge der Jahre 1812 und 1813 nicht erwähnt werden, sicher vor ihnen entstanden.

Stellung über deutsche Verfassung verfaßte — im Zusammenhang der deutschen Entwickelung zu würdigen.

Von einer Reform der Reichs-Verfassung konnte so lange nicht die Rede sein, als Preußen, der mächtigste Territorial-Staat nächst Österreich, sie zu zerstören suchte. Und selbst nachdem Österreich und Preußen sich vertragen und den Krieg gegen das revolutionäre Frankreich begonnen hatten, dauerte es noch eine Weile, bis unter den Regierenden die Frage sich regte: was muß geschehen, damit es besser wird? Nachdem aber das Reich die ersten empfindlichen Niederlagen erlitten hatte, trat ein aus dem Reiche nach Preußen gekommener Staatsmann mit dem Vorschlage auf, durch Annäherung theils an die deutschen Reformen des 15. und 16. Jahrhunderts theils an die Ideen der französischen Revolution eine Heilung der offenkundigen Schäden zu bewirken[1]). Indeß von vorn herein hatte Hardenberg, denn er war der Urheber des Plans, es mehr auf Preußen als auf das Reich abgesehen, und das Werk, das er alsbald zu Stande brachte, der Baseler Tractat mit seiner nur auf Preußen und Norddeutschland gerichteten, franzosenfreundlichen Pacifications-Politik drohte Deutschland zu zerreißen, anstatt es zu einigen. In demselben Sinne wirkten die Niederlagen, welche die Kaiserlichen auf den Schlachtfeldern Italiens und Deutschlands erlitten: die Landschaften des linken Rheinufers, das Gebiet des fränkischen Stammes, von dem das Kaiserthum ausgegangen war, fielen an Frankreich, und der Reichs-Deputations-Hauptschluß vollendete — wir hörten es aus Steins Munde — den Untergang der alten Verfassung. So sehr gerieth das Reich in Mißachtung, daß die Coalition von 1805 in ihren Verträgen seiner weniger gedachte als irgend eines andern Gemeinwesens, und als sie auseinander fiel, ertönte in der That das Finis Germaniae: die Erklärung des Rheinbundes, jenes pseudodeutschen Bundes ohne Österreich und Preußen, der Verzicht auf die Kaiserkrone. Was gleichzeitig die preußischen Staatsmänner versuchten, um Norddeutschland zu einigen, verdient keine andre Beurtheilung als die Tendenzen des Basler Friedens; denn es geschah unter der Ägide Frankreichs,

[1]) Ranke, Denkwürdigkeiten v. Hardenberg (1877) 1, 162 f.

dessen Absicht auf die Zerstörung Deutschlands gerichtet war: wenn Napoleon damals dem Hause Brandenburg geradezu die Kaiserkrone antrug, so hatte er ein Reich ohne Österreich und ohne den Rheinbund im Auge[1]). Erst die Zertrümmerung des alten fridericianischen Gemeinwesens machte die Bahn frei für die Reform nicht nur in Preußen, sondern auch im Reiche. Jener Bund, den Hardenberg und Zar Alexander in Bartenstein zu Stande brachten, nahm die Verwirklichung des Ideals in Aussicht, zu dem Stein in Preußen, Gentz in Österreich sich bekannt hatten[2]): Österreich und Preußen sollten, durch ein enges und dauerndes Bündniß vereint, die Leitung Deutschlands übernehmen. Freilich scheiterte der erste Versuch, der mit den Mitteln der Kriegskunst und Diplomatie in dieser Richtung gemacht wurde, an den Niederlagen des Juni 1807; dafür aber legte die Steinsche Reform eine Grundlage für den neuen deutschen Staat, die durch kein Schlachtenglück zu erschüttern war. Stein rief, um Preußen zu retten, alle in der Nation schlummernden Kräfte wach; die Nation aber war nicht preußisch, sondern deutsch: also konnte er, auch wenn er gewollt hätte, gar nicht bei den zufällig unter dem Scepter der Hohenzollern vereinigten Stämmen stehen bleiben. Alles, was er in Preußen that, kam auch der deutschen Idee zu Statten, und in den kriegerischen Entwürfen, die er 1808 dem Zaren vortrug, war viel mehr von Deutschland als von Preußen die Rede[3]). Aber er kam zu Falle, seine Nachfolger vermochten nicht den preußischen König zu einem kriegerischen Unternehmen fortzureißen, die deutsche Idee suchte eine Zuflucht in Österreich. Da hat Gentz, den man wohl als den Interpreten der von den Rathgebern Franz II. gehegten Wünsche ansehen kann, in der That einen Verfassungsentwurf für das neue Deutschland aufgestellt. Er wird dadurch charakterisirt, daß er sich dem Zustande, wie er vor 1802 gewesen war, so nahe wie möglich hielt; je weniger von der Nation, desto mehr war von den Fürsten

[1]) Lefebvre, histoire des cabinets de l'Europe (1866) 2, 315. Bailleu, Preußen und Frankreich 1795—1807 (1887) 2, 485 f. 499 f.

[2]) Theil 1, 307 f.

[3]) Theil 2, 567.

die Rede; alles in allem ungefähr der Gegenpol zu den Steinschen Plänen, die wir soeben kennen gelernt haben: war das Ideal von Gentz föderalistisch und legitimistisch, so das von Stein unitarisch und national[1]). Die Situation des Jahres 1812 brachte es mit sich, daß der österreichische Publicist nicht als Kritiker des zarischen Rathgebers für die deutschen Angelegenheiten auftreten konnte. Aber er bekam einen ebenbürtigen Ersatzmann in der Person des Grafen Münster. Der fand den schwachen Punkt in der Steinschen Darlegung, die ihm alsbald mitgetheilt wurde, ganz richtig heraus. So schädlich, wie Stein sie malte, waren die Höfe Deutschlands nicht gewesen, und nicht übel bemerkte Münster, er könne wenig Unterschied darin finden, ob man einem Fürsten oder einem Departements-Präfecten schmeichle, um zu seinem Zwecke zu gelangen. Noch treffender war, wenn er seinen Gegner darauf hinwies, wie viel Wissenschaft, Cultur und Wohlstand durch die Vermehrung der Centren, von denen sie ausgingen, gewonnen hätten, und mit Fug und Recht zog er schließlich die Parallele zwischen Deutschland und Hellas: „Hatte in alten Zeiten Griechenlands Bildung und Glück nicht zum Theil jene Theilung in kleinere Staaten zum Grunde?“[2])

Doch kehren wir zu der Epoche zurück, der die Denkschrift Steins ihren Ursprung verdankt, so enthielt sie noch einige Vorschläge, die eben auf den Moment berechnet waren. Im Wesentlichen stimmten sie mit denen überein, die Stein soeben in dem Schreiben

[1]) Oben S. 22. Daneben der von Gentz am 5. October 1806 im preußischen Hauptquartier entwickelte „Plan“ (Mémoires et lettres inédits du chevalier de Gentz, publiés p. Schlesier [1841] p. 247 s.): Dissoudre la Confédération monstrueuse qui s'est formée sous les auspices d'un pouvoir arbitraire et étranger. Examiner ensuite si le rétablissement de l'ancienne constitution de l'Empire, avec telles modifications que les conjonctures pourraient indiquer, ne serait pas préférable à tout. Ce rétablissement reconnu impraticable, partager l'Allemagne en deux grandes confédérations, réunies par une alliance perpétuelle, dont l'une sous la protection de l'Autriche, l'autre sous celle de la Prusse, dont les membres conserveraient tous leurs droits de souveraineté, sauf à être astreints à un système militaire uniforme.

[2]) Münster an Stein (theils deutsch, theils französisch), [London] 4. Januar 1813; Pertz 3, 243.

an Münster formulirt hatte[1]). Nur daß er jetzt noch mehr darauf drang, den Franzosen und ihren „Knechten" keinen Vorwand zu geben, daß sie Mißtrauen säeten. Schweden, Engländer, Russen, lauter Fremde, waren für die Landung in Deutschland bestimmt. Dringend empfahl er, der deutschen Nation ein edles und offenes Betragen zu zeigen und ihr ein doppeltes Unterpfand für die Reinheit dieser Gesinnungen zu geben: das Landungsheer möge von Männern begleitet sein, die der Sache des Vaterlandes treu geblieben, und die Deutsche Legion möge baldigst eingeschifft werden, damit sie der Rahmen des in Deutschland zu bildenden Heeres werden könne.

Der Zar erklärte sich mit dem Inhalt des wichtigen Documents zufrieden, und ließ Graf Lieven, seinen neuen Gesandten in London, danach instruiren[2]). Aber alsbald wurde alles wieder in Frage gestellt durch eine grausame Enttäuschung, die der Siegesnachricht auf dem Fuße folgte. Am 18. September hatte Stein seine Ideen formulirt, am 19. wurde es zur Gewißheit, daß Borodino kein Sieg gewesen, vielmehr Moskau verloren sei[3]).

Wenn man den Bericht liest, den Arndt über den Eindruck dieser Nachricht auf Stein hinterlassen hat, so glaubt man sich in

---

[1]) Die Vorschläge für die Zusammensetzung des Verwaltungsraths sind etwas modificirt. Auch Schweden sollte, und zwar durch den am Berliner Hofe wohlbewanderten Dichter-Diplomaten Karl Gustaf v. Brinckmann, den Freund Schleiermachers, vertreten werden; Stein scheint nicht gewußt zu haben, daß er bei Bernadotte in Ungnade gefallen war (s. Allgemeine Deutsche Biographie [1903] 47, 238). Auch Gneisenau urtheilte ungünstig über Brinckmann: Pertz, Gneisenau 2, 467 f. — Die vertriebenen Fürsten sollten gemeinschaftlich ein Mitglied ernennen.

[2]) Stein an Münster, Petersburg 3. October 1812 (Pertz 3, 184): „Der Kaiser hat vorläufig mir seine Zufriedenheit über den Inhalt des Promemoria, so ich E. E. mitgetheilt habe, zu erkennen gegeben, und Graf Lieven wird darnach instruirt werden". Gemeint ist das „Memorial d. d. 18. September 1812", d. h. die Denkschrift bei Pertz 3, 140—144, die Stein am 25. September auszugsweise (ohne den Schlußabsatz) an Münster sandte. Daß das Promemoria wirklich an Lieven geschickt wurde, ergiebt sich aus dem Schreiben Steins an Münster v. $\frac{2.}{14.}$ November 1812 (Pertz 3, 205).

[3]) Bogdanowitsch, Geschichte d. Feldzugs v. 1812 2, 266.

das Jahr 1792 zurückversetzt, als zum ersten Male die Heere der Revolution ins Deutsche Reich eindrangen[1]). Wie damals, so nahm Stein auch jetzt für seine Person die Hiobspost mit der größten Gelassenheit auf. „Es kann sein", sagte er zu seinem Knappen, „daß wir nach Orel oder gar nach Orenburg die Fahrt werden antreten müssen. Ich habe schon zwei, drei Mal im Leben mein Gepäck verloren; was thut's?" Indem er auf einen russischen Beamten schalt, der sich gebärdete, als wäre mit Moskau die Welt abgebrannt, fuhr er fort: „Ich wollte ihn zu Mittag einladen, aber er hat mir die Lust auf immer benommen; wir aber wollen heut froh sein". Und er war es, fügt Arndt hinzu, unbeschreiblich[2]). Für eine solche Gesinnung hatten unter den Russen, mit denen Stein verkehrte, nur die wenigsten ein Verständniß: die Partei des Friedens erhob von neuem ihr Haupt. Geregt hatte sie sich schon im Lager von Drissa, dann wieder als der Zar in Moskau weilte, aber wie viel stärker war sie jetzt und wie viel größer waren ihre Aussichten. Zu ihr gehörte, abgesehen vom Kanzler Rumianzoff, der eigene Bruder des Kaisers, Großfürst Konstantin, der schon 1807 sich zum Organ der Kleinmüthigen gemacht hatte; ferner der Kriegs-Minister Araktschejeff, der Polizei-Minister Balaschoff und, was besonders gefährlich schien, die Bevölkerung von Petersburg überhaupt. Da war, urtheilte Stein, Eitelkeit, Ehrgeiz, Gewinnsucht, kein frommer treuer Bürgersinn; wie kalt war der Zar, zu dessen Kummer, aufgenommen, als er von Moskau zurückkam.

Die große Frage war nun, ob Alexander dieser Stimmung nachgeben würde. Stein war seiner Sache durchaus nicht sicher. „Nirgends", schrieb er an Münster, „findet sich unter den Umgebungen des Kaisers ein kräftiger, weiser Mann. Gehen die Angelegenheiten erträglich, so wird man Festigkeit zeigen; gehen sie schlecht, so wird man trotz alles Wortgepränges[3]) unterliegen, wie 1805 und 1807". Er

[1]) Theil 1, 141 ff.

[2]) Arndt bei Pertz (3, 157). Etwas abweichend die „Erinnerungen aus dem äußeren Leben" (S. 157) und die „Wanderungen und Wandlungen" (S. 86).

[3]) Damit ist wohl die Proclamation v. $\frac{8.}{20.}$ September 1812 (Bogdanowitsch, Geschichte d. Feldzugs v. 1812 2, 273 f.) gemeint.

statuirte geradezu die Möglichkeit eines schändlichen Friedens. Auf alle Fälle rieth er den Engländern, die Deutsche Legion rasch zu übernehmen, um ihrer gewiß zu sein. Denn mehr als je setzte er seine Hoffnung auf das Inselreich. Niederträchtig nannte er das Wiener und Berliner Cabinet, Bernadotte einen Gascogner, die Schweden raubsüchtig: inzwischen waren ihm die Verabredungen von Abo ganz oder doch größtentheils bekannt geworden. Er äußerte die Vermuthung, daß Rußland sich im Westen vergrößern und daß Schweden die Dänen für den Verlust Norwegens durch deutsche Provinzen entschädigen wolle. Wer beschirmt dann Deutschland? „Das Lumpengesindel der deutschen Fürsten wird vor den nordischen Bundesgenossen kriechen, wie sie 1801 und 1802 vor Laforest und Mathieu gekrochen haben"[1]).

Aber die Krisis wurde glücklich überwunden. Alexander ließ den Brief, durch den Napoleon mit ihm anzuknüpfen suchte, unbeantwortet, und als der Oberbefehlshaber seines Heeres sich auf die Unterredung mit einem französischen Bevollmächtigten einließ, erneuerte er kategorisch das früher erlassene Verbot jedweder Unterhandlung. Dem Kronprinzen von Schweden, der, wie die Mehrzahl seiner neuen Landsleute überhaupt, über den Sieg Napoleons doch sehr betroffen war, erklärte er, sich mit seinem Volke eher unter den Trümmern des Reiches begraben zu lassen, als daß er mit dem Attila der Neuzeit Frieden mache; entschlossen wie er war, sich auch durch den Verlust von Petersburg nicht beugen zu lassen, bat er die Engländer, seiner Flotte eine Zuflucht in ihren Häfen zu gewähren. Weiter ließ er in Berlin die Versicherung geben, daß er, so viel an ihm sei, Preußen und Österreich wieder zum Range unabhängiger

[1]) Stein, Denkwürdigkeiten über 1812 S. 187. 189. Stein an Münster, Petersburg 25. September [n. St.] 1812; größtentheils b. Pertz 3, 174 ff. Stein meint den Länderschacher, der nach dem Lunéviller Frieden in Paris und Regensburg getrieben wurde; s. Häusser, Deutsche Geschichte (1862) 2, 341. 381. 388. Im Text des Steinschen Briefes steht irrig: Matthieu Favier. — Araktschejeff behauptete, „daß man zum Frieden wegen Mangel an Kriegsbedürfnissen gezwungen sei"; Stein an Münster, Petersburg 3. October [n. St.] 1812 (Pertz 3, 184). — Vgl. Schiemann, Alexander I. S. 82 f.

Mächte erheben wolle: der König möge gegen den gemeinsamen Feind rüsten, Österreich zu dem gleichen Entschlusse bestimmen und vor Allem seinen General Yorck mit den nöthigen Instructionen versehen, d. h. zum Abfalle von den Franzosen ermächtigen[1]).

Woher diese Festigkeit und Zuversicht, durch welche der Besiegte von Austerlitz und Tilsit im Grunde jedermann überraschte? Verschiedenes wirkte zusammen. Vor Allem: Moskau urtheilte anders als Petersburg, die russische Nation anders als die ihr von Peter I. aufgedrängte Capitale. Der Verlust der alten Hauptstadt, der furchtbare Brand, der in Wahrheit die That eines Russen, des Gouverneurs Rostopschin war, aber von der erregten Bevölkerung dem National-Feinde Schuld gegeben wurde, sie verliehen den populären Leidenschaften einen neuen, unbeschreiblich gewaltigen Aufschwung. Auf die breiten Massen der Nation, nicht auf die theilweise verweichlichten höheren Stände setzte Stein, geradeso wie 1809, seine Hoffnung, und sie trog ihn nicht. Der Zar begriff, daß auch wenn er wolle, er keinen Frieden schließen könne, ohne seine Krone aufs Spiel zu setzen: wie er es selbst gegen Stein unumwunden bekannte[2]). Dazu kamen in diesem Momente gute Nachrichten

[1]) Napoléon à Alexandre I., Moscou 20. septembre; Napoléon à Koutouzof, Moscou 16. octobre 1812: Correspondance de Napoléon 24, 221. 267. Bogdanowitsch, Geschichte d. Feldzugs v. 1812 2, 296 ff. 360 ff. — Alexandre à Bernadotte, St. Pétersbourg 19. septembre [a. St. = 1. Octbr. n. St.]: Lumbroso, Miscellanea Napoleonica (1898) Série III—IV p. 691 s.; Schilder, Alexander I. 3, 510 ff. Über Bernadottes und Schwedens Haltung s. Pingaud, Bernadotte p. 177 s. und besonders (nach den Berichten des französischen Geschäftsträgers in Stockholm) P. Gautier, Madame de Staël et Napoléon (1903) p. 328 s: Il [Bernadotte] devient pour ses gens un „objet de pitié“. C'est au point qu'il lui échappe de dire que, „s'il avait de l'argent, il quitterait la Suède“. — Cathcart, Commentaries p. 40 f. Bericht d. englischen Gesandten Cathcart, Petersburg $\frac{18.}{30.}$ September; Oncken, Zeitalter d. Revolution (1886) 2, 518 f. — Lieven an Hardenberg, St. Petersburg $\frac{\text{20. September}}{\text{2. October}}$ 1812. M. Scharnhorst 2, 478 f. Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 2, 272 f. — Auch daß der Zar Pozzo di Borgo, der in London weilte, zu sich rief (Maggiolo, Pozzo di Borgo p. 146), gehört wohl in diesen Zusammenhang.

[2]) Stein à Mme de Stein, Pétersbourg 19. septembre [n. st.]: Je n'ai aucun doute que N[apoléon] succombera, si la force du gouvernement répond

aus England. Gneisenau, der dort mit der Leidenschaft seines Herzens und dem Glanze seiner Beredsamkeit für die gute Sache geworben hatte, berichtete, daß die britischen Minister Schweden mit Geld und Waffen zu Hülfe kommen, die Landung in Deutschland mit 12000 Mann eigener Truppen unterstützen und das in Deutschland aufzustellende Heer ganz und gar besolden und ausrüsten wollten. Stein jubelte. „Ich kann Ihnen, mein verehrungswürdiger Freund", schrieb er zurück, „unmöglich das Vergnügen ausdrücken, welches mir der Inhalt Ihres Schreibens gemacht hat: nach langem angstvollen Harren, nach dreimonatlichem Treiben zwischen schwankenden Entschlüssen, trüben Aussichten geht endlich ein Strahl von Hoffnung für die vaterländischen Angelegenheiten auf." Auf der Stelle setzte er den Zaren von diesem Erfolge des freiwilligen Diplomaten in Kenntniß[1]. Aber wird er es jetzt, wird er es in dieser Periode überhaupt bei solchen thatsächlichen Mittheilungen haben bewenden lassen? Wir besitzen keine directen Zeugnisse über seine Einwirkung

---

à la force de la nation, qui montre un grand dévouement, beaucoup d'enthousiasme, un courage inébranlable. Ici, comme partout ailleurs, il y a dans les classes supérieures des gens faibles, moins plus attachés à leur proprieté qu'à l'honneur. Stein an Gneisenau, Petersburg $\frac{29}{17}$. September 1812: „Die Erbitterung der Nation ist auf das Äußerste gebracht, der Kaiser kann, wie er sich deutlich und bestimmt äußerte, seiner eigenen Sicherheit halber keinen Frieden machen, und dieses hat er auch in der vorliegenden Proclamation (wahrscheinlich diejenige, welche nachher das Datum des 2. Octobers erhielt, s. Bogdanowitsch 2, 278 f.) ausgesprochen". Über diese Unterredung möchte man wohl Näheres erfahren; sie hat Stein, wie ein Vergleich seiner beiden Briefe v. 25. u. 29. September zeigt, beruhigt. — Die Stimmung der russischen Nation höchst anschaulich geschildert in dem Briefe der Kaiserin Elisabeth Alexejewna an ihre Mutter v. $\frac{28.\ \text{August}}{9.\ \text{September}}$ 1812 b. Schilder, Kaiser Alexander I. 3, 505 f.; auch er gipfelt in der Erklärung: Cette paix . . . ne peut pas se faire heureusement: l'Empereur n'en conçoit pas l'idée, et quand même il le voudrait, il ne le pourrait pas. — Tzenoff (Wer hat Moskau 1812 in Brand gesteckt? Berlin 1900) hat seine Thesis (daß weder Rostopschin noch das russische Volk die Urheber des Brandes gewesen) nicht bewiesen. Wichtig auch hierfür ein Brief der Kaiserin v. $\frac{24\ \text{September}}{6.\ \text{October}}$ 1812, b. Schilder 3, 507).

[1] Gneisenau an Stein, London 1. September. Stein à Alexandre I., Pétersbourg [illegible] septembre. Stein an Gneisenau, Petersburg [illegible] September 1812. Pertz 3, 176 ff. 180 ff. 634.

auf den Zaren: dergleichen wird erst die Publication des kaiserlichen Tagebuchs gewähren[1]). Indessen verfallen wir wohl nicht in den landläufigen Fehler der Biographen, wenn wir annehmen, daß es 1812 nicht anders gewesen sein wird als 1792, 1806 und 1808: an Stein wird sich, was schwach in seiner Umgebung war, aufgerichtet, er wird an seinem Theile mitgewirkt haben, gute Vorsätze im Zaren zu erwecken und, nachdem sie erweckt waren, nicht untergehen zu lassen.

Es dauerte nun einige Wochen, bis die tapfere Haltung der russischen Nation, ihres Fürsten und des Rathgebers, den dieser zum Glück gefunden hatte, die ersehnten Früchte trug[2]). Eine peinvolle Wartezeit für alle, welche an stete Arbeit gewöhnt waren: wie ist Stein über sie hinfortgekommen? Das Deutsche Comité hatte noch weniger als bisher zu thun, seitdem die in Deutschland angesponnenen Fäden die Hand, die sie zusammenhielt, verloren hatten. Denn Gruner wurde durch die österreichische Polizei verhaftet und von Prag fort nach Peterwardein gebracht[3]).

In den also reichlich gewährten Mußestunden sann Stein über Rußland nach, wie früher über Österreich. Er gewahrte das große Problem, das die russische Entwickelung seit dem 16. Jahrhundert beherrschte und ihn, den Anwalt des Nationalitäts-Gedankens, besonders interessirte: „Hat Rußland wohl gethan, das Eindringen fremder Sitten zu begünstigen?“ Die Antwort, die er gab, war weder Ja noch Nein: „Die Aufnahme gemeinnütziger europäischer Kenntnisse und Einrichtungen war nöthig, um der Nation die mit wissenschaftlicher Bildung und zweckmäßiger Verfassung verbundenen Vortheile zu verschaffen; sie konnte aber ihre ursprünglichen Sitten,

---

[1]) Schiemann i. d. Forschungen z. brandenburg. u. preuß. Geschichte (1899) 12, 609.

[2]) Die erste Rückwirkung betraf den kaiserlichen Hof. Steins Selbstbiographie S. 179: „Alles war zur Reise der kaiserlichen Familie nach Olonez bereit, als man endlich Nachrichten vom Dasein des Heeres und seinem Rückzug gegen Kaluga erhielt“.

[3]) Die Verhaftung geschah in der Nacht vom 21. zum 22. August 1812.

Lebensweise, Kleidung[1]) u. s. w. beibehalten und nicht hierin ihre Nationalität untergraben und verderben." Besonders bedauerte er, daß die Russen sich gerade die Franzosen zum Muster genommen hätten; das habe die nachtheiligsten Folgen für die Sittlichkeit und die Volksbildung gehabt. Aber noch sei es Zeit, zu hemmen: man möge die nationale Kleidung wieder einführen, der Hof müsse sich einen großen Theil des Jahres in Moskau aufhalten, der Umgang der Inländer mit den fremden Gesandten müsse erschwert werden. Einen Mittelweg empfahl er auch gegenüber dem wichtigsten socialen Problem, dem der Leibeigenschaft: „Es wäre wohlthätig für die Entwicklung der intellectuellen Kräfte und des National-Reichthums, wenn man dem Bauer das volle Eigenthum der Grundstücke überließe und dieses mit einer steigenden Rente in Naturalien belegte (allenfalls mit einem Drittel oder selbst der Hälfte), dem Landmann seine persönliche Freiheit ertheilte und ihn der polizeilichen und richterlichen Aufsicht des Gutsherrn untergeordnet ließe. So würde ein achtbarer freier Bauernstand entstehen, und der dritte Stand eine Ausdehnung erhalten, die ihn in den Stand setzte, den ganzen Umfang des ihm angewiesenen Geschäftskreises auszufüllen."[2]) So verschieden wollte er Deutschland und Rußland behandelt sehen: dort Auflösung, hier Beibehaltung des agrarischen Nexus, dort Beseitigung, hier Fortdauer der Patrimonial-Gerichtsbarkeit.

Weiter war es ein Glück für ihn, daß er jetzt Arndt hatte. Rasch haben die beiden, der Plebejer und der Edelmann, sich verstanden. Wohl gab es Momente, da Arndt nicht wagte, dem Leidenschaftlichen den Brief eines Freundes, von dem er eine schlimme Wirkung besorgte, zu übergeben[3]); aber zu einem Conflicte ist es zwischen ihnen

[1]) Auch Frau v. Stael empfand es störend, die Russen anders als orientalisch gekleidet zu sehen; Lady Blennerhassett, Frau v. Stael 3, 337.

[2]) Pertz 2, 468 ff.

[3]) Arndt an Capitän F. v. Horn, Petersburg 20. November 1812 (H. Meisner u. R. Geerds, Ernst Moritz Arndt [1898] S. 85): „Der Alte ist zu heftig und oft schon zu ergrimmt und ungeduldig, als daß ich dies Öl, was Ihr bereitet, so in ihn gießen könnte." Übrigens war der Altersunterschied nicht so groß: Arndt zählte 43, Stein 55 Jahre.

nicht gekommen. Sie sahen sich, da Arndt auch zu Secretärs-Diensten gebraucht wurde, täglich am Schreibtisch; so lange das Wetter es gestattete, und es war ein langer und schöner Herbst, machten sie überdies gemeinsame Spaziergänge. Da haben sie auch die patriotischen Schriften besprochen, die zu verfassen nun Arndts eigentlicher Beruf war. „Ich gewahrte bald," berichtet er nicht ohne Stolz, „daß Stein selten etwas fremd und mißfällig oder solches däuchte, das da geändert werden müsse. Ich hatte meistens seinen Ton getroffen. Da sagte er denn wohl in seiner kurzen, schneidigen Weise: ‚Recht so! Sie sind immer kurz und gradaus; ich mag die Wortschnitzler nicht, die weitschweifigen Umwickler, Entwickler und Auswickler der Dinge; sie hauen meist in die Luft, statt die Sache zu treffen.'"[1])

Das traf wohl am meisten zu bei der denkwürdigen Schrift, die Ende October[2]) fertig wurde, dem „Kurzen Katechismus für teutsche Soldaten."[3]) Nur die Form ist hier ausschließlich das Eigenthum des Autors; sonst begegnen uns dieselben romantisch-historischen Erinnerungen und dieselben höchst modernen Postulate wie bei Stein.

Arndt geht davon aus, daß in der „mittleren Zeit, welche Unkundige oft die Zeit der Barbarei und Gewalt nennen, das deutsche Volk an Macht, Ruhm, Freiheit, Kunst und Wissenschaft vor vielen andern Völkern blühte." Denn damals war Deutschland Ein Land

[1]) Arndt, Wanderungen u. Wandelungen S. 41.

[2]) Meisner u. Geerds, Ernst Moritz Arndt S. 84.

[3]) Die Fassung dieser Schrift, die Arndt in seine 1845 veranstaltete Sammlung „E. M. Arndts Schriften für und an seine lieben Deutschen" (1, 229 ff.) aufnahm, weicht auf das stärkste von der ersten Auflage ab. Diese war bis vor Kurzem verschollen. Aus dem Exemplar, das sich in der Göritz-Lübeck-Bibliothek zu Berlin erhalten hat, habe ich im December-Heft 1904 der Deutschen Revue (S. 284 ff.) die 7 ersten Capitel, die der Autor bereits 1813 tilgte, von neuem veröffentlicht. Über ältere Soldaten-Katechismen s. H. Meisner i. d. Zeitschrift für Bücherfreunde 1903/1904 S. 198 ff. — Eine andere schon im September 1812 verfaßte Schrift Arndts: „Die Glocke der Stunde in drei Zügen". Vgl. Meisner u. Geerds, Arndt S. 89.

und hatte einen großen gewaltigen Herrn, den Kaiser, der ungehorsame und aufrühreriſche Fürsten ihres Landes und ihrer Güter entsetzte und sie an Ehre und Leben strafte. Dann aber — der Autor meint das 16., 17. und 18. Jahrhundert — kamen die Zeiten der Zwietracht und Lüge und Untreue, wo der Eine von dem Andern zu lassen und deutsche Fürsten sich häufig an Fremde zu hängen anfingen. Schon damals gelüstete die hinterlistigen Franzosen nach unsrem Lande und Volke, und durch Betrug und Verrätherei zwackten sie mehrere herrliche Städte und Landschaften unsres Reiches von uns ab. Aber erst in diesen jüngsten Tagen des Unheils und der Schande haben sie sich unser bemeistert: nicht durch ihre größere Tugend und Streitbarkeit, sondern durch die Uneinigkeit, Schlechtigkeit, Ehrlosigkeit und Verrätherei derer, die Herren und Vertheidiger des Vaterlandes sein sollten. Jetzt treiben sie, die deutschen Fürsten, verbündet wie sie sind mit Bonaparte, diesem Abbilde des Satans und der Hölle, jetzt treiben sie ihre Heere in die fernsten Länder, um andre noch glückliche und freie Völker unterjochen zu helfen. Darf da ein deutscher Soldat mitwirken? Arndt antwortet mit einem unumwundenen Nein, und um dies begründen zu können, sieht er sich wohl oder übel genöthigt, den monarchischen Gedanken andren Ideen unterzuordnen, den Ideen der Nationalität und des Vaterlandes. Wohl verkündet er das Lob der guten Könige und Fürsten; in seiner von echter Frömmigkeit erfüllten Sprache nennt er sie Ebenbilder Gottes auf Erden und Gleichnisse der himmlischen Majestät. „Wenn aber ein Fürst anders thut, als wofür Gott ihn eingesetzt hat, und nicht fürstlich regiert nach dem Ebenbilde Gottes, so muß der Soldat und Christ Gott mehr gehorchen als den Menschen. Denn wenn ein Fürst seinen Soldaten beföhle, Gewalt zu üben gegen die Unschuld und das Recht; wenn er sie gebrauchte, das Glück und die Freiheit ihrer Mitbürger zu zerstören; wenn er sie den Feinden des Vaterlandes gegen das Vaterland zu Hülfe schickte; wenn er durch sie seine eignen Landsleute plündern, verheeren, bekämpfen hieße, müßten sie nimmer gehorchen, was wider das Gebot Gottes und das eben so heilige Gebot streitet, das Gott in unser Gewissen gepflanzt hat. Denn auch ein

König und Fürst darf nimmer thun noch befehlen, was in aller Ewigkeit Unrecht bleibt, und spräche man es mit Engelzungen und schmückte man es mit Engelscheinen aus." So sehr Arndt den Franzosen, sonderlich denen des gegenwärtigen Zeitalters, gram ist, er stimmt, freilich ohne es Wort haben zu wollen, mit ihnen in seiner Cardinal-Forderung überein: „Das ist die wahre Soldatenehre, daß der Soldat ein edler Mensch und treuer Bürger seines Vaterlandes ist, daß er, wann Fremde eindringen und sein Land beschimpfen oder unterjochen wollen, keine andre Stimme hört als die: das Vaterland ist in Gefahr. Das ist die deutsche Soldatenehre, daß der brave Krieger dem Könige oder Fürsten, der ihm zu gebieten wagt, für die Franzosen und ihren Despoten den Degen zu ziehen und gegen die Freiheit und Ehre seines Landes zu fechten, den Degen im Angesicht zerbreche. Das ist deutsche Soldatenehre, daß der Soldat fühlt: er war ein deutscher Mensch, ehe er von deutschen Königen und Fürsten wußte; es war ein deutsches Land, ehe Könige und Fürsten waren; daß er es tief und inniglich fühlt: das Land und das Volk sollen unsterblich und ewig sein, aber die Herren und Fürsten mit ihren Ehren und Schanden sind vergänglich." Ja, Arndt geht so weit, daß er demjenigen, der Volk und Vaterland geringer achtet als Könige und Fürsten, die Strafen der Gottheit in Aussicht stellt: „Gott wird ein strenges Gericht halten über den knechtischen und thierischen Soldaten der nicht wissen wollte, wozu Gott dem Menschen Gewissen und Vernunft in die Brust gelegt hat". Da sanken auch die Verpflichtungen des Fahneneides dahin; weder Stein noch seine Freunde hatten ihn bei ihrer Agitation inmitten der deutschen Contingente des feindlichen Heeres respectirt. Ausdrücklich verwirft Arndt die Meinung, daß der Soldat, wenn er zur Fahne eines Königs oder Fürsten geschworen habe, blind alles thun müsse, was ihm geboten würde, und daß Soldatenehre ein ander Ding sei als Bürgerehre und Menschenehre: „Du bist", ruft der Autor dem Soldaten zu, „ein Mensch, und du sollst den Menschen nicht ausziehen, wenn du die Mondur anziehest". Das ist der springende Punkt der Schrift, das ist die nachträgliche literarische Rechtfertigung dessen, was Stein und seine

Freunde unternommen hatten: die Contingente der deutschen Fürsten im Heere Napoleons für die nationale Sache zu gewinnen.

Herzog Peter von Oldenburg fand Arndts Schrift, wie der Autor selbst berichtet, „viel zu wild und revolutionär", und das ist begreiflich genug. Aber wenn die Ideen des „Soldaten-Katechismus" durchaus nicht unberührt waren von der französischen Revolution, so hatten sie doch auch ihre besondere Stelle in der germanischen wie in der protestantischen Welt. Kein Landsknechtswesen, kein Söldnerthum, kein Militarismus, keine Überhebung des Heeres über das Volk, vielmehr der Soldat Bürger, der Bürger Soldat, und der Monarch, der an der Spitze des Heeres steht, das durch Gesetze und populare Institutionen beschränkte Haupt der Nation, für die zu arbeiten seine Pflicht und sein Rechtstitel ist: das war die Tendenz der 1807 von Scharnhorst und Gneisenau im Bunde mit Stein begonnenen Reform gewesen, und sie war seitdem durch Action und Reaction beständig gesteigert worden. Die erste Anwendung auf das politische Gebiet hatte Stein gemacht, der schon 1808, als der König sich ihm versagte, eigenmächtig Weisungen an zuverlässige Gesinnungsgenossen ergehen ließ[1]). Das fortgesetzte Zaudern Friedrich Wilhelms wurde 1809 von Seiten der Patrioten-Partei durch die Schilderhebung Schills erwiedert; ähnliche Unternehmungen, wie die des Majors Krockow und die der in Pommern commandirenden Generäle Blücher und Bülow, wurden im Keime erstickt oder durch die österreichischen Niederlagen vereitelt[2]). Als 1811 ein neuer Kampf mit Frankreich drohte, schrieb ein so kundiger und ruhiger Beurtheiler wie der hannoverische Agent Ompteda: die patriotische Partei in Preußen würde am liebsten ihren König an der Spitze der Truppen sehen; sollte es diesem aber an Entschlossenheit fehlen, so scheine sie geneigt, ihre Pläne auch auf eine revolutionäre Weise auszuführen. „Die alten Dynastien", erklärte bald darauf Gneisenau kurzab, „werden untergehen"[3]). So ist denn dem preußischen Könige der Anschluß an Frankreich wesentlich durch die Erwägung erleichtert worden, daß

[1]) Theil 2, 575. [2]) M. Scharnhorst 277. 297. 330.
[3]) Ompteda, politischer Nachlaß 2, 41. Pertz, Gneisenau 2, 224.

der von den Patrioten empfohlene Volkskrieg gar leicht zu einer Revolution führen könne. Als Ancillon, der beste Interpret der Gesinnungen des Königs, diese Besorgniß (noch vor dem Abschlusse des Bündnisses) äußerte, erwiederte ihm Gneisenau: „Ja, wenn die Völker, von ihren Regierungen verrathen und verlassen, zur Selbsthülfe dereinst greifen werden, dann möchten die Regenten, die Gut und Leben den Feinden hingegeben haben, leicht über glücklichen Anführern vergessen werden" [1]. Die Antwort, welche die Patrioten auf die preußisch-französische Allianz gaben, war der Übertritt jener preußischen Offiziere in russische Dienste, die Bildung der russisch-deutschen Legion, der Versuch Deutschland zu insurgiren; lauter Dinge, die sich gegen die deutschen Fürsten insgesammt richteten. Deutlicher noch war die Sprache der vertrauten Briefe. Ganz Deutschland, schrieb Graf Karl v. d. Gröben, bisher Lieutenant im preußischen Generalstabe, an seinen Freund Gneisenau, ganz Deutschland sehne sich nach einem Retter, Heiland und Befreier, komme er von Osten oder Westen, Süden oder Norden: „Kann dieser Volksheld den Druck der Unterkönige und Unterfürsten zugleich mit ihnen stürzen und als Einheitsschöpfer walten, so hat das wiedergeborene Volk Vergebung für alle seine Sünden". Nicht viel anders der, an welchen diese Worte gerichtet waren: „Wer möchte nicht zornig werden über die deutschen Fürsten? Es ruht ein Fluch auf allen diesen Fürstenkindern"; und aus tiefster Seele wiederholte er das Wort, das einer dieser Fürsten selbst, Erzherzog Karl, an ihn gerichtet hatte: „Die Welt kann nur durch einen Mann, nicht im Fürstenstand geboren, gerettet werden". Aber am weitesten ging doch wohl, so weit die Documente es erkennen lassen, Justus Gruner. Der fragte Gneisenau, in dem auch er das künftige Haupt der deutschen Insurrection sah, wie in den geplanten Proclamationen Preußen behandelt und auf dessen Volk gewirkt, ob hier Friedrich Wilhelm als verächtlich, als verdächtig oder als unterdrückt dargestellt werden solle?

[1]) Gneisenau an Hardenberg, Berlin 13. Januar 1812.

[2]) Pertz, Gneisenau 2, 367. 404. 409: Gneisenau im October, Gröben vielleicht bereits im September 1812.

Das war selbst Gneisenau zu stark, er entschied sich für die letzte Alternative[1]); man sieht jedoch deutlich, daß wenn Gruner in jenem früher erwähnten Schriftstück[2]) den preußischen König als unfrei behandelte, er ursprünglich nicht übel Lust gehabt hatte, weiter zu gehen. Da ist es nicht zu verwundern, daß auch auf der andern Seite der Gegensatz sich steigerte. Hardenberg, der popularen Bewegungen stets abhold gewesen war[3]) und jetzt, wenn er auch die Beziehungen zu den Patrioten nicht ganz löste, sich doch auf die Fortdauer des Napoleonischen Weltreiches einrichtete, ergänzte sein Ministerium und sein Cabinet durch einige dem neuen Bundesgenossen genehme Persönlichkeiten; die bekannteste unter ihnen war Fürst Wittgenstein, der nun ganz im französischen Fahrwasser schwamm[4]). Dann benutzte der preußische Staatskanzler die in Dresden von Napoleon inscenirte deutsche Fürsten- und Minister-Revue dazu, um sich mit Metternich über die Bekämpfung der patriotischen Insurrections-Pläne zu verständigen, die er als revolutionär und antifranzösisch ablehnte. Er erreichte seinen Zweck durch die Verhaftung Gruners, die hinwiederum den Patrioten als ein an ihrer guten Sache verübter Verrath erschien, und in der That war sie von den beiden

---

[1]) Gruner hat dies höchst außerordentliche Document, nachdem er es von Gneisenau zurückerhalten hatte, nicht sofort vernichtet: für einen gewesenen Polizei-Präsidenten etwas leichtsinnig. Die österreichische Polizei legte es, als sie Gruner verhaftete, mit Beschlag: so kam es in die Archive, aus denen es dann durch Fournier veröffentlicht ist (Stein u. Gruner S. 231 ff.).

[2]) S. 135 f. [3]) Theil 2, 598.

[4]) Er bekam das Departement für die höhere und Sicherheits-Polizei i. Ministerium d. Innern, der Geheime Staatsrath v. Schuckmann (Gegner Fichtes, s. Allgemeine Deutsche Biographie 6, 767, und gelobt vom Fürsten Hatzfeld, dem vielleicht eifrigsten Franzosenfreunde, den es in Preußen gab, s. Stern, Abhandlungen S. 381) erhielt die übrige Polizei; Königlicher Befehl v. 24. April 1812 (Gesetz-Sammlung S. 43 ff.). Es war das früher von Sack verwaltete Departement (s. S. 59), der Umschwung also sehr stark. Der Geheime Staatsrath v. Bülow, ein persönlicher Feind von Gruner (Pertz 3, 132, vgl. Delbrück, Gneisenau 4, 294), wurde Wittgenstein zugewiesen. — Die Mittheilungen bei Pertz 3, 26 beruhen auf einer v. 14. April 1812 datirten Aufzeichnung Steins, der hier aus nicht völlig zuverlässigen Quellen schöpfte. — Vgl. Stern, Abhandlungen S. 387.

„deutschen“ Mächten ganz spontan, ohne eine Aufforderung von Seiten Frankreichs, vollbracht worden[1]). In denselben Zusammenhang gehört, daß Hardenberg durch sein Gendarmerie-Edict sich so gut wie ganz von der Idee der Selbstverwaltung, der er übrigens niemals sehr zugethan gewesen war, losgesagt hatte. Natürlich, eine Nation, deren Erhebung verhindert werden sollte, durfte sich nicht selbst regieren, sondern mußte in Napoleonischer Weise durch Präfecten und Gendarmen regiert werden[2]).

Es steht dahin, ob die in der Fremde weilenden Patrioten von diesem letzten Attentat auf ihr Ideal alsbald Kunde erlangt haben, aber es giebt, wie eine Logik der Thatsachen, so auch einen Kampf der Ideen. In der Entwickelung der deutsch-patriotischen Idee jener Periode stellt der Arndtsche Soldaten-Katechismus die letzte Stufe dar. So lange war noch immer an der Fiction festgehalten, daß die deutschen Fürsten, um in der Terminologie von Gruner zu bleiben, unterdrückt seien; davon war nun nicht mehr die Rede, jetzt erscheinen sie als verächtlich. Doch that Arndt nicht etwa den Schritt zur Republik hinüber: wieder ganz im Sinne von Stein stellte er als deutsches Verfassungs-Ideal ein echtes und gerechtes Kaiserthum hin. Der einzige deutsche Denker, der die Republik, übrigens erst für eine entfernte Zukunft, postulirte, war Fichte. In den Kreis der Patrioten, deren Wünsche und Hoffnungen wir zu schildern versucht haben, ragt er hinein als Erzieher jenes Grafen Krockow, dessen Worte und Thaten den preußischen Hof und die Gegner der Patrioten in so große Aufregung versetzten[3]).

---

[1]) Fournier, Stein u. Gruner S. 348 ff. Gruner i. d. Deutschen Rundschau August 1890 S. 311 ff. Stern, Abhandlungen S. 391 f. Janke, z. Geschichte d. Verhaftung d. Staatsraths Gruner (Rostocker Dissertation 1902) S. 61 ff. — Metternich beschwerte sich beim russischen Gesandten über Gruners Verhalten. Steins Bericht an den Zaren (o. D., sicher October 1812) i. Correspondenzblatt d. Gesammtvereins d. deutschen Geschichtsvereine 1894 S. 67 f.

[2]) Theil 2, 447 f. „Edict wegen Errichtung der Gensdarmerie“, Berlin 30. Juli 1812; Gesetz-Sammlung S. 141 ff. E. Meier, Reform d. Verwaltungs-Organisation S. 440.

[3]) Fichte, Sämmtliche Werke (1845) 3, 182: „Das Volk ist nie Rebell, und der Ausdruck ‚Rebellion‘, von ihm gebraucht, ist die höchste Ungereimtheit,

Es waren die alten Fragen nach dem Rechte des Widerstandes gegen die Obrigkeit und nach der Verpflichtung des Treueides, die Arndt von neuem erörtert hatte. Man kann nicht sagen, daß er — und eben so wenig die Mehrzahl der Patriotenführer[1]) — sich ganz von der Idee der Treue, wie sie durch die Germanen in die antike Welt gebracht und dann durch das Lehnswesen weiter entwickelt war, losgesagt hätte. Im Geheimen hofften sie wohl fast alle darauf, daß mindestens die Herrscher von Österreich und Preußen im letzten Momente Vernunft annehmen und sich bekehren würden. Erinnern wir uns aber auch daran, daß nach Lehnsrecht nicht nur der Vasall, sondern auch der Herr eine Felonie begehen konnte, die dann gleichfalls eine Lösung des Rechtsverhältnisses zur Folge hatte[2]): als eine solche erschien dem Autor des Soldaten-Katechismus der Abfall zum Reiche des Bösen, wie es sich ihm darstellte im Staate Napoleons; wenn man die Schilderung liest, die Arndt von diesem entwirft, so wird man geradezu an die Civitas Terrena von Augustinus erinnert. Was Arndt verwarf, war diejenige Auslegung des Fahneneides[3]), welche zu einem unbedingten, durch schlechthin nichts zu beschränkenden Gehorsam verpflichtete: dieser, meinte er, sei mit den

---

die je gesagt worden". 4, 457: „Was von der Voraussetzung, daß der höchste Verstand forterbe, zu halten sei, bedarf wohl keiner ernsthaften Prüfung". Vgl. Zeller i. d. Historischen Zeitschrift (1860) 4, 17 ff. — Über Krockow s. Aus Schöns Papieren 1, 9. 11.

[1]) Der Fortbestand der subjectiven Verpflichtung zur Treue ist besonders auffällig bei Gneisenau; s. m. Aufsatz über Gneisenaus Sendung nach Schweden, Histor. Zeitschr. N. F. (1889) 26, 478 ff. Allerdings ist zu bedenken, daß die in Betracht kommenden Briefstellen sich in der Correspondenz mit Hardenberg finden, der das Verbindungsglied zwischen den Patrioten und dem Monarchen darstellt. Von Stein finden sich derartige Äußerungen während des Jahres 1812 nicht.

[2]) II. F. 26: Domino committente feloniam, ut ita dicam, per quam vasallus amitteret feudum, si eam committeret: quid obtinere debeat de consuetudine, quaeritur. Et respondetur, proprietatem feudi ad vasallum pertinere: sive peccaverit in vasallum, sive in alium. Ein letzter Nachklang dieses Rechtssatzes im preußischen Allgemeinen Landrecht (I 18 § 164).

[3]) Er lautete: „Ich schwöre zu Gott dem Allwissenden und Allmächtigen einen leiblichen Eid, daß ich S. M. dem Könige von Preußen, Friedrich Wilhelm III., meinem allergnädigsten Landesherrn, in allen Vorfällen, zu Lande

stehenden Heeren in die Welt gekommen, denen er so wenig hold war wie die Mehrzahl der Patrioten. Das zweite, dem ersten nahe verwandte Problem, die Frage nach dem Rechte des Widerstandes gegen die Obrigkeit, hatte das Christenthum zu lösen versucht, dem Arndt sowohl wie Stein in der Tiefe ihrer Seele zugethan waren und von dem sie sich auch hier nicht trennen wollten. Freilich hat auch ihr Widersacher Napoleon sich auf ein Gebot des Neuen Testamentes berufen, auf die Mahnung des Apostels Paulus, der Obrigkeit Gehorsam zu leisten [1]); wohlweislich aber unterließ er es, diejenigen Stellen zu citiren, welche, historisch sowohl wie ethisch und religiös betrachtet, das nothwendige Complement dazu ausmachen: die Weisungen, Gott zu geben, was Gottes ist, und Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Aus ihnen leitete der Wortführer der deutschen Nation im Zeitalter der Reformation das Recht zum Widerstand ab, aber er that es zaudernd und nicht ganz leichten Herzens [2]). Arndt dagegen, Stein und die Patriotenführer überhaupt, sie zogen diese Consequenz frischweg. Unzweifelhaft glichen sie hierin Calvin mehr als Luther, und insofern, durch das Medium der amerikanischen

---

und zu Wasser, in Kriegs- und Friedenszeiten und an welchen Orten es immer sei, treu und redlich dienen, Allerhöchstdero Nutzen und Bestes befördern, Schaden und Nachtheil aber abwenden, die mir vorgelesenen Kriegsartikel und die mir ertheilten Vorschriften und Befehle genau befolgen und mich so betragen will, wie es einem rechtschaffenen, unverzagten, pflicht- und ehrliebenden Soldaten eignet und gebühret. So wahr mir Gott helfe zur ewigen Seligkeit."

[1]) In einem Schreiben an Fouché (Anvers 5. mai 1810; Brotonne, lettres inédites de Napoléon I. [1898] p. 246) verlangte er, daß alle cèdent devant les principes de l'évangile qui font un devoir d'obéir aux souverains.

[2]) „Bedenken von der Gegenwehr", erstattet von Luther zusammen mit Jonas, Bucer und Melanchthon; Weimar 31. Januar 1839 (de Wette u. Seidemann, Luthers Briefe [1856] 6, 223): „Und ist kein Unterschied zwischen einem Privatmörder und dem Kaiser, so er außer seinem Amt unrecht Gewalt, und besonders öffentlich oder notorie unrechte Gewalt, vornimmt; denn öffentliche violentia hebt auf alle Pflichten zwischen dem Unterthan und Oberherrn iure naturae". Anders ein Jahrzehnt früher; s. Ranke, Deutsche Geschichte i. Zeitalter d. Reformation (1873) 3, 129 ff.

Puritaner, Ideen des Genfer Reformators beim Aufbau der Constitution von 1791 mitgewirkt haben, sind sie auch historisch mit ihm verknüpft. Alles in allem betrachtet, trat aber das theologische Moment bei ihnen zurück vor dem politischen: in ihrer Ideenwelt dominirten Volk und Vaterland. Es hieß nicht mehr: „Auf, zu deinen Gezelten, Israel“, sondern: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist“.

Man ist versucht, es für Ironie zu halten, daß diese grundstürzenden Folgerungen ersonnen, geschrieben und gedruckt wurden im Lande des unumschränktesten Monarchen; aber eben darin, daß er dies zuließ, trat deutlich zu Tage, daß er selber von den Ideen der neuen Zeit nicht unberührt geblieben war. Wie er das Werk der spanischen Radicalen, die Constitution von 1812, anerkannte[1], so fand er so wenig wie seine Familie und seine Würdenträger ein Args dabei, mit den deutschen Radicalen zu verkehren.

Zuweilen mit Arndt, häufiger ohne ihn, weilte Stein in den Salons der Aristokratie. Das war für ihn auch eine Art patriotischer Dienst; er wirkte dergestalt auf den Zaren wohl eben so stark wie durch seine Denkschriften[2]. Er war ein gern gesehener Gast. Nicht nur wegen seiner Beredsamkeit, seiner Kenntnisse und seines Witzes: sie würden, so anziehend sie waren, nicht immer ausgereicht haben, ihm die Thüren zu öffnen, aber jetzt machte sich die Vorsicht bezahlt, die er Anfangs hatte walten lassen, als er das ihm angetragene russische Amt ablehnte; wie Arndt so schön sagt: „Bald hatte er einen sehr bedeutenden Anhang, der um so treuer war, da alle wußten, daß er nur als Pilger gekommen sei, der mit dem Siege wieder gegen Westen walle“[3]). Er weilte in den Häusern von Uwaroff, den er in Troppau kennen gelernt, und von Kotschubeij, seinem Collegen im

[1]) Traité d'amitié et d'alliance entre l'Espagne et la Russie, Weliki-Loukij 20. juillet 1812, Art. III; Schoell, Histoire abrégée des traités de paix (1838) 3, 575.

[2]) Arndt, Erinnerungen aus dem äußeren Leben S. 156: „Eine breitere, mächtigere Bahn machte er sich bald in der großen Petersburger Gesellschaft, und durch diese wirkte er wieder, vielleicht mächtiger, auf den Kaiser zurück“.

[3]) Arndt a. a. O. S. 157.

Deutschen Comité; ferner bei den Tolstoj, Gurieff, Narischkin, Dolgorukij; besonders gern bei der Gemahlin des Herzogs Alexander von Würtemberg, der als russischer General im Felde stand. Sie hieß Antoinette, stammte aus dem Hause der Koburg-Saalfeld (ihr Bruder wurde der erste König der Belgier) und hatte die Schönheit geerbt von ihrer Mutter, einer Fürstin Reuß, die man wohl die schönste Prinzessin unter der Sonne nannte. „Diese edle Frau Antonie", erzählt uns wieder Arndt, „war nun ganz von den deutschen Gefühlen für Freiheit und Vaterland durchglüht und von Stein und von dessen Wollen und Wirken begeistert. Bei ihr erging man sich nicht nur in froheſter Hoffnung, sondern auch in freiester Rede, wie sie in Kaiserschlössern wohl selten erklingt, über Fürsten und Völker, wozu Stein wahrscheinlich zuerst den Ton angegeben hatte". Geradeso hatte er früher mit Frau v. Berg, Gräfin Brühl und Prinzeß Radziwill geredet. Aber auch russische Frauen entzogen sich dem Zauber nicht, den das Heroische in jeder Gestalt auf das weibliche Gemüth ausübt. Da war vor allen Gräfin Orloff, geborne Prinzessin Soltikoff: „eine lebendigste, reizende, durch und durch geistreiche Frau, zugleich von der allerliebenswürdigsten Einfachheit und einer natürlichsten Natürlichkeit, wie Gott der Herr einzelne seiner Lieblingscreaturen zur Freude der Menschen zu machen pflegt", mit Stein verbunden durch die „gleiche tapfere Gesinnung auf Leben und Tod gegen den Reichsfeind Napoleon". „Sie schien von Stein wie von einem höheren Geist angeweht und schien auch ihn wie ein Frühlingswind voll Maimondduft und Jugend wieder zu durchwehen. Man sah es ihr an jeder Gebärde an, daß sie an dem vollen Muth und der tapfern Wahrhaftigkeit unsres deutschen Ritters in der That schwelgte; sie war von der Kraft und Tugend des Mannes, welche in jedem Lande selten ist, wirklich entzückt, ja sie war in sie verliebt". Eine Situation, für keinen Mann ungefährlich, auch für den nicht, der wie Stein die Funfzig überschritten hat. Wenn wir lesen, wie er seine Freundin einmal angefahren hat wegen der mangelhaften Kindererziehung, die in allen russischen Häusern, auch in ihrem eignen, herrsche, und wie er dadurch

ihren schönen Augen eine Fluth von Thränen entlockte, so kann man sich nur schwer der Vermuthung erwehren, daß er sein eignes Herz in einer Stunde der Versuchung künstlich verhärtet habe[1]).

Ganz ungefährlich war dagegen die unschöne Frau v. Stael, die wie ein Meteor durch diese Kreise zog. Zusammen mit ihrem deutschen Verehrer August Wilhelm Schlegel und dem Husaren-Lieutenant Rocca berührte sie auf der Reise nach Schweden auch Petersburg. Stein hatte Anfangs ihr gegenüber ein Gefühl des Unbehagens. „Ihr Gesicht", schrieb er, „hat nicht den Ausdruck einer Matrone, den Ausdruck von Reinheit, Sittlichkeit und weiblicher Würde; es ist selbst etwas Gemeines im Munde und etwas sehr Leidenschaftliches im Auge". Fast sieht es so aus, als ob er den Lieutenant in ihrem Gefolge mit einigem Mißtrauen angesehen hat; wenigstens bemerkte er: „Sie hat einen jungen Mann bei sich: wie es scheint, ihr Freund." Er war mit seiner Vermuthung auf richtigem Wege: Lieutenant Rocca war Frau v. Stael in der Schweiz heimlich angetraut[2]) und Vater eines Kindes, das sie beim Antritt ihrer Flucht zurückgelassen hatte. Aber nicht lange, so machte die hochbegabte Frau Eindruck auf Stein. Sie war von Napoleon ins Exil gedrängt worden, sie haßte den Tyrannen, sie war von einem starken Freiheitssinn erfüllt, sie liebte ihr Volk, sie hatte sich in den letzten Jahren mit echter Religiosität durchdrungen: in alle dem glich sie Stein; überdies aber besaß sie, ein damals sehr seltener Fall in Frankreich, Verständniß für deutsches Wesen. Eben das Buch, das sie über Deutschland geschrieben, hatte ihr den Zorn des für die Wahrheit ganz unempfänglich gewordenen Cäsars und den Befehl, Frankreich zu verlassen, eingetragen; das Buch selbst war, obwohl schon fertig gedruckt, verboten und eingestampft worden. Zum Glück war das Manuscript gerettet und in Abschriften weiter verbreitet; einige Bruchstücke, namentlich den Ab-

---

[1]) Arndt, Wanderungen S. 67 ff.

[2]) Immerhin bleibt auffällig, daß sie sich nach einiger Zeit noch ein Mal (es geschah in Schweden) hat trauen lassen; Lady Blennerhassett, Frau v. Stael (1889) 3, 308. S. auch ihre hier (3, 332) mitgetheilte Äußerung gegenüber Metternich.

schnitt über die deutschen Frauen, hatte Stein schon in Prag mit freudiger Zustimmung gelesen[1]). Jetzt trug die Autorin das letzte Capitel ihres Werkes in den Petersburger Salons selbst vor. Es handelte von der Begeisterung, diesem „Gott in uns", als einer specifischen Eigenschaft des deutschen Volkes; ihr allein war die Wirkung zugeschrieben, dem Egoismus das Gegengewicht halten zu können, sie war als das Erkennungsmerkmal unsterblicher Wesen bezeichnet[2]). Das war auch die Meinung von Stein: was anders als die gläubige, auf den endlichen Sieg des Guten rechnende Zuversicht hatte seine Handlungen bestimmt, hatte ihn mit immer neuem Muthe erfüllt und ließ ihn noch täglich die Entbehrungen des Exils ertragen? Er bekannte, daß dies Capitel ihn durch die Tiefe und den Adel der Gefühle, durch die zum Herzen dringende Beredsamkeit, durch die Erhabenheit der Ideen stark bewegt habe; er ließ es von Arndt, der darüber ein wenig seufzte, abschreiben und schickte es seiner Frau. Als die Verfasserin Petersburg nach kurzem Aufenthalt verließ, bedauerte er es[3]), und sie feierte ihn in der Schilderung ihres Exils als einen antiken Charakter, der nur in der Hoffnung lebe, sein Vaterland befreit zu sehen[4]).

Besonders rege war in diesen Tagen der erzwungenen Ruhe der Briefwechsel mit dem zurückgelassenen, in Sorge seiner harrenden Weibe. Wie anders gab er sich jetzt als während der letzten Jahre des österreichischen Exils: gesprächig und heiter, getrost und zuversichtlich; alle die trüben an sein angeblich so hohes Alter geknüpften Betrachtungen waren verflogen; als er den sicilianischen Gesandten Duca di Serra Capriola sprach, der trotz seiner 72 Jahre

[1]) Stein à la comtesse Brühl, [Prague] 7. mars [1811]: Nous avons eu ici des fragments manuscripts de l'ouvrage de Mme de Stael sur l'Allemagne qui a été supprimé; il y a des observations infiniment justes et spirituelles sur les femmes allemandes, dont elle fait l'éloge sur l'imitation des étrangers. Es ist das 3. Capitel des ersten Theils.

[2]) Mme de Stael, de l'Allemagne (1823) 4, 330 s.

[3]) Stein à Mme de Stein, St. Pétersbourg 8. septembre 1812: Mme de Stael nous a quittés le 7. pour Stockholm; elle veut placer son fils au service. Sa société était très agréable, je regrette son départ.

[4]) Mme de Stael, dix années d'exil: Œuvres (1821) 15, 349.

frisch und thätig war, freute er sich dessen, als sähe er in ihm ein Abbild des eigenen kommenden Greisenalters. Und so schilderte er denn seiner Frau mit Behagen die kleinen Erlebnisse des Tages (die großen mußte er für sich behalten, da ja die Briefe vom Feinde eröffnet und gelesen werden konnten) und die Beobachtungen, die er gemacht: wie herrlich die Paläste und Landhäuser der russischen Magnaten, wie zahlreich ihre Dienerschaft, wie vielseitig ihr Luxus, wie üppig ihre Tafel, wie kostbar der Putz der Frauen. Er erzählte von dem Theater, das die Wellen der nationalen Strömung nicht unberührt ließen: als der Dmitrij Donskoj gegeben wurde (die Verherrlichung des Großfürsten von Moskau, der 1380 den Khan der Tartaren besiegt hatte), jubelten die Zuhörer Beifall; als ein französisches Stück angekündigt wurde, ertönte lauter Protest, und als dennoch französisch gespielt wurde, war das Theater leer. „Das Publicum", erläuterte Stein, „läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um seine Abneigung gegen dieses Volk und Alles, was dazu gehört, auszudrücken". Er theilte diese Gesinnungen und meinte, man solle „diese ganze Wolke von französischen Schauspielern, Kammerdienern, Köchen, Kaufleuten u. s. w. wegjagen", und in der That sistirte die Regierung die französischen Vorstellungen. Er kaufte Geschenke für die Seinigen ein, er lebte im Geiste mit ihnen. Zärtlich erkundigte er sich nach den Fortschritten, die Henriette im Zeichnen mache, und da er die Zeit gekommen glaubte, in Therese das religiöse Gefühl zu entwickeln, so sprach er den Wunsch aus, daß man vermeiden möge, ihr den Unterricht durch zu großen Ernst unangenehm zu machen: „Denn das Wissen in der Religion ist nur eine Nebensache". Aber sie möge jeden Morgen ein Gebet lesen; sie lerne geistliche Lieder, um sie öfters zu spielen und zu singen; sie lese geistliche Bücher, die auf das Herz wirken. Als solche nannte Stein „manche Schriften Lavaters", Gellert, Fénelon, das Leben des Franz von Sales und der heiligen Therese, also evangelische wie katholische Autoren: „Sie muß sehen, wie Menschen es sich zum Geschäft des ganzen Lebens gemacht haben, ihr Inneres zu veredeln und zu bessern. Wenn sie ihr Tagebuch aufsetzt, so muß man sie an Selbstprüfung gewöhnen

und an das Vergleichen ihrer Handlungen mit den Vorschriften der Religion"[1]). So blieb er nach wie vor von jeder confessionellen Engherzigkeit weit entfernt; als er die lutherische Kirche in Petersburg besuchte, erbaute er sich besonders an einer Liturgie, von der er bemerkte, daß sie sich mehr als die im evangelischen Deutschland gebräuchlichen dem katholischen Gottesdienst nähere. Endlich unterließ er nicht, seinem unersättlichen, immer noch mehr heischenden Geiste die von Jugend her gewohnte Nahrung wieder vorzusetzen: er las Thucydides und Tacitus[2]).

Gern stellt man sich vor, daß er hier, bei der Geißelung des altrömischen Cäsarenwahnsinns, gedacht hat seines Gegners auf dem französischen Thron, bei dem Preise altgermanischen Wesens der jetzt lebenden Generation seines Volkes, bei der Schilderung der in Germanien und Britannien grassirenden Fremdländerei[3]) der modernen Deutsch-Franzosen, bei der Charakteristik Armins und der Briten-Königin Boadicea der Aufgabe, die ihm selbst nun dicht bevorstand. Denn sie schlug, die Stunde der Befreiung: es kamen die ersten Nachrichten von dem Strafgericht, das die göttliche Gerechtigkeit vollstreckte auf den Schneefeldern des Russenlandes. Am 26. October, dem Tage, da Stein das 55. Lebensjahr vollendete, feierte er das Tedeum für den Erfolg, den General Wittgenstein bei Polozk über Gouvion St. Cyr errungen hatte. Und das war doch nur ein Außenwerk. Aber um dieselbe Zeit erfuhr er, daß auch das von Napoleon geführte Centrum der Großen Armee, nachdem es Moskau geräumt, den Rückzug angetreten habe. Am 8. November jubelte er: jetzt sei Hoffnung auf die Wiederkehr eines gerechten und glücklichen Zustandes und auf das Wiedersehen von Weib und Kind. Tags darauf notirte er den Eintritt des Winters und bezeichnete es als wahrscheinlich, daß das französische Heer, ehe es die deutsche Gränze er-

[1]) Stein an seine Gemahlin, Petersburg 13. December 1812. Die ganze Stelle ist, sehr bezeichnend, deutsche Einschaltung in einem sonst französisch geschriebenen Briefe.

[2]) Pertz 3, 164. 171. 699.

[3]) Taciti Agricola c. 21: Idque apud imperitos humanitas vocabatur, cum pars servitutis esset.

reiche, vernichtet werden würde. Am 26. November schrieb er seiner Frau: „Ich zweifle nicht, Dich unter den glücklichsten Umständen wieder zu sehen; denn das Sprüchwort: ‚Mächtig ist der Gott der Russen‘ geht auf alle Weise in Erfüllung“. Am 3. December: „Unsre Heere marschiren von Triumph zu Triumph“. Am 10. an Graf Münster: „Der Kampf wird im Herzen Deutschlands fortgesetzt werden, wenn Österreich daran Theil nimmt. Wolle Gott, daß alles sich vereinige, um über das unreine Thier herzufallen, das die Ruhe Europas stört“. Am 13. theilte er seiner Frau Einzelheiten mit über die Vernichtung des französischen Heeres so gräßlicher Art, daß er alsbald wieder abbrach und sich lieber tröstlicheren Dingen zuwandte: „Obwohl der tugendhafte und religiöse Mensch den Lohn nur in der Stimme seines Gewissens finden soll, so gewährt uns die Vorsehung doch die Hoffnung, bald das Ende unsrer Leiden zu sehen“. Am 16. schrieb er an Schön nach Gumbinnen, ganz auslöschend den Groll des Jahres 1810: „Gott hat durch die Kraft des russischen Volkes, durch den Muth der Heere und durch die Weisheit und Festigkeit des Kaisers Alexander den großen Verbrecher in den Staub gelegt, sein Heer vernichtet: er sei ewig gelobt. Jetzt ist es Zeit, daß sich Deutschland erhebe, daß es Freiheit und Ehre wieder erringe, daß es beweise, wie nicht das Volk, sondern seine Fürsten sich freiwillig unter das Joch gebeugt haben. Ich fordere Sie auf, mein braver Freund, die heilige Sache des Vaterlandes zu verfechten und alle Kräfte anzustrengen, um den Verbrecher und seine Miethlinge zu vernichten. Ich werde bald zu Ihnen kommen, mit Arndt“. Endlich am 19. December, wieder an seine Frau: „Es ist sehr möglich, daß ich bald eine Fahrt mache dorthin und sogar Aufenthalt nehme dort, wo ich den größten Theil des Jahres 1808 weilte, und ich werde das thun in sehr guter Gesellschaft“[1]).

Seitdem die Vernichtung der Großen Armee Gewißheit geworden

[1]) Steins Briefe an seine Frau. — Stein an Münster, Petersburg 10. December; Pertz 3, 229. Stein an Schön, Petersburg $\frac{16.}{4.}$ December 1812; Aus den Papieren v. Schön 1, 139 f. der Anlagen.

war, durchdrang sich Stein, geradeso wie Gneisenau[1]), mit der Überzeugung, daß der glücklich begonnene Krieg mit aller Kraft weiter geführt werden müsse bis zur endgültigen und unwiderruflichen Befreiung des gesammten Abendlandes. Weiter und weiter flog sein Blick den Ereignissen des Tages voraus. „Die Russen", schrieb er in der ersten Hälfte des Novembers, „müssen den Kriegsschauplatz in das Land zwischen Elbe und Rhein verlegen[2]). Deutschlands Gränzen müssen sein die Maas, das Luxemburgische, die Mosel, die Vogesen und die Schweiz"[3]). Mehr noch: „Für die Ruhe Europas ist eine der ersten Bedingungen, daß Deutschland und Italien zu großen Organismen umgestaltet werden"[4]): er schaute im Geiste bereits den deutschen und den italienischen National-Staat. Sollte aber so Gewaltiges gelingen, so mußten Österreich und Preußen auf die Seite Rußlands gezogen werden, was dann, wie sich voraussehen ließ, nicht leicht sein würde: denn wie unzuverlässig war Metternich, welcher Kaiser Franz berieth[5]), wie furchtsam der preußische König, wie unfähig zu einem großen Entschluß auch dessen Kanzler, Hardenberg, in welchem, das war kein Zweifel, sich Stein so schwer getäuscht hatte[6]). Wenn die Dinge so standen, so durften in keinem Falle

[1]) Gneisenau au *Foreign Office*, Londres 14. décembre 1812 (A. Stern i. d. Forschungen z. brandenb.-preuß. Gesch. [1900] 13, 180; deutsch b. Pertz, Gneisenau 2, 454 f.): C'est un tigre échappé de sa cage qu'il faut poursuivre avec les derniers efforts. Il faut les doubler et tripler parceque ce sont les derniers à faire. Ähnlich die etwas ältere Denkschrift b. Pertz, Gneisenau 2, 449.

[2]) Stein à Pozzo di Borgo [Pétersbourg 12. novembre 1812]; großentheils übersetzt b. Pertz 3, 209 f.

[3]) Mémoire de Stein, „Pétersbourg le 1. de novembre 1812 [neuen Stils, wie aus den Documenten i. Historischen Taschenbuch 1892 S. 7 ff. hervorgeht], remis à Lord Walpole la veille de son départ"; großentheils übersetzt b. Pertz 3, 202 f. Nachdrücklich wird hier die Rheingränze abgelehnt.

[4]) In dem Anm. 2 citirten Briefe an Pozzo di Borgo: Une organisation de l'Allemagne et de l'Italie qui les constitue en grandes masses, est une des premières conditions sous lesquelles cet ordre des choses peut exister.

[5]) Stein an Münster, Petersburg 3. October 1812 (Pertz 3, 185): „Graf Metternich zeigt einen Doppelsinn, der alles befürchten läßt".

[6]) Stein an Münster, Petersburg 1. December 1812 (Pertz 3, 227): „Vom Kanzler Hardenberg erwarte ich nichts, er ist in Sinnlichkeit und Schwäche versunken und durch Alter gedrückt". Vgl. S. 93 ff.

der guten Sache noch künstliche Hindernisse in den Weg gelegt werden durch die Willeleien der russischen Parteien. Leider waren es die wenigsten in Rußland, welche den Krieg fortsetzen wollten bis zu dem von Stein erstrebten Ziele. Viel stärker waren zwei andre Parteien, von denen die eine den Feind nur aus Rußland vertreiben, dann Frieden machen und die übrigen Länder sich selbst überlassen wollte. Der Sinn der dritten Partei, zu der fast alle Militärs gehörten, stand auf russische Hegemonie in den Angelegenheiten des Continents und auf Vergrößerung Rußlands mindestens bis zur Weichsel: Tendenzen, die um so gefährlicher waren, da sie sich mit der Idee einer Herstellung Polens unter dem Scepter des Zaren vereinigten, wie sie eben damals nicht nur im Kreise der polnischen Magnaten[1]) zu Tage trat. Steins Sympathien für Polen waren seit 1811[2]) weiter reducirt durch die eifrige Theilnahme der Sarmaten an dem Unternehmen Napoleons gegen Rußland. Hatte er in der Nassauer Denkschrift[3]) der polnischen Constitution von 1791 Worte der Anerkennung gespendet, so warf er jetzt die Frage auf, ob dies Volk zum Genuß einer vernünftigen Freiheit fähig sei, nachdem eine zweihundertjährige Anarchie es durchaus verbildet habe. Indeß er würde über diesen Punkt wohl noch haben mit sich reden lassen; was er verwarf, war die Vereinigung mit Rußland. Sie widersprach seinen eigenen 1807 und 1811 gemachten Vorschlägen, die auf Personal-Union mit Preußen hinausliefen[4]). Er lehnte sie ab, theils wegen der Incongruenz des russischen Despotismus mit einer Constitution, auf welche die Polen nach Allem, was vorhergegangen war, nicht verzichten konnten und wollten, theils im Interesse der abendländischen Völkerfreiheit, die durch eine solche

[1]) Stein: „Auch Armfelt . . . tripotirt mit seiner Regsamkeit, Pfiffigkeit, Oberflächlichkeit in allem Diesem mit, und kocht und siedet in seinen 77 Töpfen politische, militärische, finanzielle, europäische und finnische und lappländische Angelegenheiten". Vgl. Bernhardi, Geschichte Rußlands (1875) 2, 2, 701; Tegnér, Gustaf Mauritz Armfelt (1887) 3, 425.

[2]) Oben S. 119.

[3]) Theil 2, 79.

[4]) Theil 2, 82. Oben S. 120.

Wendung noch mehr gefährdet worden wäre als durch Rußlands Ausdehnung bis zur Weichsel. Denn wenn durch letztere Ostpreußen und ein Theil von Westpreußen verloren gingen und Ungarn umklammert wurde, so brachte die russisch-polnische Union die bedeutendsten Häfen und Flußmündungen der Ostsee in russischen Besitz, sie machte Küstrin fast zur Gränzstadt, sie flankirte die Neumark, Pommern und Schlesien, sie bedrohte das Herz von Deutschland. Stein nannte das wilde und absurde Pläne; war es denkbar, daß, wenn sie ruchbar wurden, Österreich und Preußen auf Rußlands Seite traten? Um sie im Keime zu ersticken, rief er von neuem den Beistand Englands an, von dem er ein Mal geradezu sagt, daß es die leitende Macht sein müsse[1]) und allein helfen könne. Er bat Münster, für bestimmte und feste Erklärungen zu sorgen, die durch einen „gescheuten und kräftigen Mann" abgegeben werden müßten, d. h. nicht durch den gegenwärtigen englischen Gesandten in Petersburg, Lord Cathcart, von dem er nur eine geringe Meinung hatte (er nannte ihn wohl eine Art Herzog von Oldenburg), eher durch den vor Kurzem nach London geschickten russischen Botschafter, Graf Lieven[2]).

Sodann beförderte er, so viel an ihm war, die Verhandlungen

---

[1]) In dem S. 191 citirten Schreiben an Pozzo di Borgo redet er von l'idée absurde de resusciter la Pologne en forme de royaume uni, et donner l'alarme à l'Autriche et à toute l'Europe. Mais c'est Angleterre qui doit être le *leading power*.

[2]) Stein à Münster, Pétersbourg $\frac{2.}{14.}$ novembre 1812; großentheils übersetzt b. Pertz 3, 204 ff. Stein an Münster, Petersburg $\frac{7.}{19.}$ November 1812; (Hormayr) Lebensbilder aus dem Befreiungskriege 2, 246 ff. u. Pertz 3, 206 ff., hier unvollständig. Stein datirte bald nach dem alten, bald nach dem neuen Kalender, bald nach beiden zugleich; sogar Concept und Mundum weichen von einander ab. Hier wird jeder Zweifel gehoben durch den Eingang von Münsters Schreiben v. 4. Januar 1813 (in den Lebensbildern 2, 257 fortgelassen): J'ai reçu dans l'intervalle de peu de jours les lettres dont V. E. m'a honoré en date du $\frac{2.}{14.}$, $\frac{7.}{19.}$, $\frac{8.}{20.}$ novembre et du 1. décembre. — Über die russischen Parteien s. auch Boyens Immediat-Bericht o. D.; Erinnerungen a. d. Leben v. Boyen (1889) 2, 526. Über Cathcart s. noch Steins Urtheil in seinem Schreiben an Gneisenau (Petersburg 28. October 1812; Pertz 3, 201): „Ein Gemisch von militärischer Pedanterie und hofmännischer Verschlossenheit". Am 21. December nannte er ihn (Pertz 3, 231) „vollkommen untauglich".

mit Österreich und Preußen. Es war seine Idee, daß England dazu berufen sei, die noch zwischen Rußland und Österreich bestehende Spannung auszugleichen. Da mußte es ihm als halber Wahnsinn erscheinen, daß der englische General Wilson bei der russischen Hauptarmee Propaganda für die Weichselgränze machte: er setzte bei Cathcart durch, daß der Thor abberufen wurde. Stein ist es auch vielleicht gewesen, der den Vorschlag machte und durchsetzte, den jungen Secretär der englischen Botschaft in Petersburg, Lord Walpole, nach Wien zu schicken[1]). Jedenfalls gab er ihm (1. November) eine Denkschrift mit, die dazu bestimmt war, die dort noch bestehenden Bedenken zu beschwichtigen. Indem er hier die Ideen seiner September-Denkschrift wiederholte und präcisirte, stellte er Österreich die Hegemonie über Süddeutschland in Aussicht. Baiern, Würtemberg und Baden müßten auf die Gebiete und Würden, die sie vor 1802 besessen, beschränkt, in das Verhältniß großer Vasallen gesetzt werden und das Recht zu Bündnissen und Gesandtschaften verlieren. Aus den dergestalt verfügbar werdenden Territorien würde ein Königreich Süddeutschland unter österreichischer Herrschaft gebildet und dieses dann eine Constitution erhalten, „da die wesentlichsten Bestandtheile dieses Landes seit unvordenklichen Zeiten einen Grad von Freiheit genossen haben, deren völliger Verlust ihnen eine autokratische Regierung, selbst eine methodisch eingerichtete, äußerst unangenehm machen würde". Doch sollte nun nicht etwa Norddeutschland schlechter gestellt werden: auch hier war ein constitutionelles Königreich[2]) in Aussicht genommen; die Führung bei Preußen und von ihm Hannover, Hessen, Braunschweig und Oldenburg als große Vasallen abhängig[3]). Ein besonderer Vortheil war Österreich noch in Gestalt einer mit der Schweiz herzustellenden Föderation zugedacht. Die polnische Frage, bei der es wegen seines galizischen Besitzes so stark betheiligt war, sollte in

---

[1]) Nach einer von Boyen (Erinnerungen 2, 525) berichteten Äußerung des Zaren wären es die Österreicher gewesen, die einen englischen Unterhändler verlangt hätten. An sich sehr unwahrscheinlich, und Cathcart in seinem Schreiben an Metternich (Histor. Taschenbuch [1892] VI, 12, 10) erwähnt nichts davon.

[2]) royaume à constitution.

[3]) relevants du royaume, mais point parties intégrantes.

der Weise gelöst werden, daß das Herzogthum Warschau den Albertinern verblieb, ausgenommen jedoch einen Theil des Dreiecks zwischen Schlesien und Preußen, welcher der Dynastie Hohenzollern zu übereignen wäre. „Rußland", fuhr Stein motivirend fort, „ist zu groß und zu gerecht, um sich vergrößern und das allgemeine Mißtrauen erregen zu wollen; aber es muß von seinen Verbündeten einen Beitrag zur Unterhaltung des nach Deutschland gesandten Heeres fordern". Dagegen wollte er sowohl England wie Schweden vergrößern, beide auf Kosten von Dänemark, gegen welches er, geradeso wie gegen Polen und aus demselben Grunde (wegen der französischen Allianz), eine starke Animosität bekundete[1]); Norwegen und die Inseln sollten an Schweden, Jütland an England fallen: eine Revision der Karte Europas, die stark an das Zeitalter Karls X. und seines Freundes Cromwell erinnerte; natürlich war, daß Holstein und Schleswig[2]) mit Norddeutschland vereinigt werden sollten. Endlich war, wieder etwas antiquarisch, die Vereinigung von Holland und England in Aussicht genommen, unter der Bedingung jedoch, daß der neue Landesherr sich mit Deutschland über die Freiheit der Rhein- und Maas-Mündungen zu verständigen hatte.

Die Urkunde, die diese umfassenden Projecte enthält, bereitet der Interpretation einige Schwierigkeiten. Wenn sie nur Ideen von Stein einschloß, welchen Werth konnte ihre Mittheilung für den Gesandten haben, dem sie mitgegeben wurde, und wenn auch der Zar um die Denkschrift wußte, wie soll man es verstehen, daß er Warschau den Albertinern lassen wollte?[3]).

---

[1]) Im Concept des Schreibens von Stein an Münster (St. Petersburg $\frac{2.}{14.}$ November 1812) heißt es mit Bezug auf Dänemark: Cette puissance . . . cesserait d'exister, et on se concerterait sur le mode de distribution de ses provinces. Etwas abweichend das von Pertz (3, 205) übersetzte Mundum.

[2]) „bis zur Eider": ein Lapsus. Wahrscheinlich ist gemeint: „bis zur Schlei".

[3]) Steins auf S. 191 Anm. 3 citirte Denkschrift. Die Quellen über die Sendung Walpoles fließen sehr spärlich. Vgl. W. Oncken i. Historischen Taschenbuch (1892) VI, 12, 6 ff.; Luckwaldt, Österreich u. d. Anfänge d. Befreiungskrieges (1898) S. 43. 46 f.; Demelitsch, Metternich u. seine auswärtige Politik 1, 682 f. — Stein an Münster, Petersburg 3. October 1812 (Pertz 3, 184):

Leichter ist es, die Theilnahme Steins an den mit Preußen geführten Verhandlungen zu ermitteln. Ende October erschien in Petersburg Oberst Boyen mit einem Empfehlungsschreiben Scharnhorsts an Stein. Er wurde zum Zaren gerufen und erhielt von ihm einen hochbedeutsamen Auftrag, mit dem er sogleich wieder umkehrte[1]). Alexander verlangte vom preußischen Könige, daß er den gegenwärtigen günstigen Augenblick benutze und an dem Kampfe wider Napoleon, der die Sache aller Fürsten sei, Theil nehme. In diesem Falle garantirte ihm der Zar nicht allein alle seine gegenwärtigen Besitzungen, sondern machte sich auch anheischig, nicht eher Friede zu machen, als bis der König in den Besitz seiner in Deutschland verloren gegangenen Provinzen gelangt oder durch andere angemessen entschädigt sei; hierfür, meinte der Zar, erscheine namentlich Sachsen gelegen. Falls aber der König wider alles Vermuthen bei der hauptsächlich für ihn gefahrvollen französischen Allianz verharre, so müsse der Zar dies als eine persönlich gegen ihn gerichtete Kriegserklärung ansehen und sich dadurch hinreichend gerechtfertigt betrachten, wenn er im Laufe des Krieges zum Nachtheil des preußischen Staats und zu seiner Zerstückelung mitwirken müsse. Es liegt kein Document vor, das einen Antheil Steins an der Unterhandlung, die zu dieser Mission führte, verbürgte. Aber Boyen versichert, daß Stein ihn nicht allein in vollständige Kenntniß der damaligen Verhältnisse gesetzt, sondern ihm auch manchen für Preußen nützlichen Wink gegeben habe; er betont nachdrücklich, daß Stein vom Zaren damals besonders in den Angelegenheiten, die Deutschland betrafen, zu Rathe gezogen sei, und nennt es ein günstiges Ereigniß, daß Stein mit

„Nur England kann Vertrauen und Neutralität zwischen Österreich und Rußland wieder herstellen und dieses zur Aufopferung seiner Eifersucht erregenden ohnbedeutenden Eroberung am Pruth, als Bürgschaft seiner gemäßigten Gesinnungen, bewegen“. — Über Wilson s. Boyen, Erinnerungen 2, 526.

[1]) Scharnhorst an Stein, Breslau 1. August 1812; Pertz 3, 134. Boyen kam in Petersburg am 25. October an und reiste, mit einem kurzen Schreiben des Zaren an Friedrich Wilhelm III. (29. octobre [a. St. = 10. November n. St.]), wieder ab am 13. November. Boyen, Erinnerungen 2, 237. 259; Mittheilungen aus dem Leben Friedrich Dohnas S. 32; Bailleu, Briefwechsel Friedrich Wilhelms III. mit Kaiser Alexander I. S. 240.

seinem festen entschlossenen Charakter in jenen entscheidenden Augenblicken das Vertrauen des Kaisers genoß. Es ist ferner unzweifelhaft, daß der Auftrag, den Boyen erhielt, ganz im Sinne der Politik war, die Stein Preußen gegenüber befolgt sehen wollte. Wir hörten soeben, daß er für Preußen das Königreich Norddeutschland in Aussicht genommen hatte, und daraus, daß Sachsen unter den Vasallen dieses Reiches fehlt, folgt schon, daß er seinerseits es Preußen zudachte. Versagte sich aber Friedrich Wilhelm, so hatte Stein so wenig wie 1809 etwas gegen eine antipreußische Politik: höher als Preußen stand ihm Deutschland. Alles erwogen, ist es wahrscheinlich, daß Anerbieten und Drohung des Zaren vorher mit Stein verabredet waren[1]).

Das Wichtigste aber blieb doch immer, daß der Krieg nicht an der russischen Gränze zum Stillstand kam. Wir wissen nicht, ob Stein etwas von der einer russisch-polnischen Union günstigen Stimmung des Zaren erfahren hat. War es der Fall, so mußte er die Fortsetzung des Krieges nach Deutschland hinein erst recht wünschen. Denn er durfte hoffen, daß dort populare Kräfte in Wirksamkeit

[1]) Zwei Immediat-Berichte Boyens o. D., von denen der erste sicher (wahrscheinlich auch der zweite) in Ratibor aufgesetzt und am 15. Januar 1813 von Scharnhorst (aus Breslau) an Hardenberg geschickt wurde; das vom Mundum etwas abweichende Concept in Boyens Erinnerungen 2, 520 ff. Vgl. ebendort 2, 238. 240 u. Bailleu a. a. O. S. 240, dazu noch Meinecke, Boyen 1, 247 ff. — Stein an Münster, Petersburg 1. December 1812 (Lebensbilder 2, 278; Pertz 3, 226): „Setzen Sie an die Stelle Preußens, was Sie wollen, lösen Sie es auf, verstärken Sie Österreich mit Schlesien und der Kurmark und dem nördlichen Deutschland, mit Ausschluß der Vertriebenen . . . und machen Österreich zum Herrn von Deutschland, ich wünsche es, es ist gut, wenn es ausführbar ist". Hierin steckt offenbar, was die Kritik von Gneisenau (Pertz, Gneisenau 2, 467) übersah, ein gut Stück rhetorischer Hyperbel. — Am 14. November redete Stein mit Bezug auf Österreich und Preußen von la réussite des tentatifs (Pertz 3, 205). Die Stelle der Denkschrift v. 17. November: „Er [der Zar] wird Österreich und Preußen sein Bündniß anbieten", scheint der oben aufgestellten Vermuthung zu widersprechen, denn thatsächlich war das Bündniß schon angeboten. Aber Stein hatte diesen (auch rhetorischen) Theil seiner Aufzeichnung im Futurum begonnen, und es wäre begreiflich, wenn er, einmal im Zuge, es auch da beibehielt, wo es eigentlich durch das Präsens oder gar das Präteritum hätte ersetzt werden müssen.

treten würden, die ihn seinem Ziele näher brachten, indem sie die Regierungen von Preußen und Österreich fortrissen und zwangen, das Interesse der deutschen Nation aller Orten, nöthigen Falls auch gegenüber dem Zaren, wahrzunehmen.

Dem großen Zwecke diente die Denkschrift, die er am 17. November dem Zaren überreichte. Sie stellt fest, daß nichts das russische Heer hindern könne, sich durch die Kriegsmittel von Preußen und Österreich zu verstärken und noch in diesem Winter Deutschland dem Feinde zu entreißen. Daran schließt sie die Ermahnung, nicht an der Gränze Rußlands Halt zu machen. Eine falsche und hinterlistige Politik werde vielleicht einen Vertheidigungskrieg anrathen; der aber werde sowohl die Heere, die ihn führten, wie das Land, das sein Schauplatz sei, zerstören: denn der Feind werde Zeit erhalten, alle Kriegsmittel des westlichen und südlichen Europas aufzubieten. „So furchtsame und falsche Ideen werden von dem edlen und großmüthigen Charakter des Kaisers Alexander zurückgewiesen; er wird der Wohlthäter und Pacificator Europas sein wollen, wie er der Retter seines Reiches gewesen ist“. Wie aber soll es in Deutschland gehalten werden? So, wie die älteren Denkschriften Steins es wollen, deren Inhalt hier im Wesentlichen wiederholt wird, nur daß, je näher die Entscheidung rückt, Motive und Ziele des Autors deutlicher und schärfer zu Tage treten. Als die Franzosen 1792 ihre Gränze überschritten, hatten sie den Hütten Frieden, den Palästen Krieg angekündigt. Das hatte damals, zur Zeit der revolutionären Propaganda, einen Sinn gehabt. Schließlich aber endete die französische Einmischung in die deutschen Dinge mit einer von Paris ausgeübten Palastherrschaft, neben der nur noch die Paläste des Rheinbunds etwas bedeuteten. Nunmehr kamen von Osten her die Befreier: als Nation betrachtet, noch halbe Barbaren, aber unter einem Fürsten, der auf das stärkste von den liberalen Ideen ergriffen war; mehr noch: der deutsche Staatsmann an seiner Seite gab eine Parole aus, die, ohne mit der französischen von 1792 zusammen zu fallen, ihr doch nahe kam. Geradeso wie 1809 setzte Stein sein Vertrauen nicht auf die Fürsten, sondern auf das Volk.

Er hat einige Tage später die Worte seiner Denkschrift noch überboten, indem er an Münster schrieb: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland; mir sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwicklung vollkommen gleichgültig". Aber in der Sache stimmte die Denkschrift mit diesem Bekenntniß überein. Denn sie verkündete den Grundsatz: „Die Einwohner zu schonen, sie gegen den gemeinsamen Feind in Thätigkeit zu setzen, die Regierungen aber zu überwachen, zu leiten und in gewissen Fällen sich ihrer zu bemächtigen". Und wenn 1792 bei den Franzosen die weltbürgerliche Propaganda schon das Übergewicht über die nationalen Tendenzen von 1789 erlangt hatte, so machte Stein wieder Ernst mit ihnen: er forderte von den russischen Generälen, daß sie die Neigung der Völker, deren Gebiet sie betreten, zu gewinnen suchen und sich von den Vorurtheilen frei halten, die deren Meinungen und nationale Eigenthümlichkeiten verletzen. Was aber die Fürsten betrifft, so will Stein im Grunde nur die Herrscher von Preußen und Österreich respectiren und dabei den preußischen noch unter eine Art Vormundschaft stellen. Der Zar soll darauf dringen, daß Friedrich Wilhelm seine gegenwärtige, theils schwache, theils verächtliche Umgebung entfernt und an ihre Stelle Männer setzt, die durch die Reinheit ihrer Grundsätze und die Kraft ihrer Charaktere erprobt sind. Zuerst natürlich Scharnhorst, dessen Selbstlosigkeit, Weisheit und Beharrlichkeit Stein 1811 abermals in bewundernden Worten gepriesen hatte[1]); neben ihm Schön und Alexander Dohna: auch diesem hatte Stein seine früheren Mißgriffe verziehen; in einem Momente wie dem gegenwärtigen dünkten ihm moralische Qualitäten wichtiger als Gaben des Intellects, wie sie Hardenberg voraus hatte. Die andern Fürsten will Stein strenger behandeln als im Jahre 1809[2]): keiner, mag er sich sogleich unterwerfen oder Widerstand leisten, mag er zum Rheinbund gehören oder vertrieben sein, hat ein Recht auf Souveränität. Die verbündeten Herrscher von Rußland, Preußen und Österreich können

---

[1]) Stein à la princesse Louise Radziwill, s. d.; übersetzt b. Pertz 2, 584.

[2]) Vgl. S. 32.

von dem ihnen zustehenden Rechte der Eroberung den Gebrauch machen, den ihr Vortheil erheischt, und es würde, wie Stein im Anschluß an eine englische Schrift[1]) auseinandersetzt, die größte Thorheit sein, Fürsten kleiner Staaten wieder in ihre früheren Besitzungen einzusetzen. Nicht die deutschen Fürsten gilt es, „sie sind bloß Werkzeuge", sondern die deutsche Nation: sie soll ihre Unabhängigkeit wieder erhalten, sie soll befähigt werden, Frankreich zu widerstehen und Europa gegen die Unternehmungen einer ausgelassenen und inconsequenten Nation zu sichern. Von der Wichtigkeit dieser Aufgabe ist Stein dermaßen durchdrungen, daß er nicht mehr vor dem schwersten und gefährlichsten Schritt zurückschreckt; die Andern, die er aufgefordert[2]), haben ihn nicht gethan, also thut er ihn: er bestürmt den Zaren, seinen Kanzler Rumianzoff von den Geschäften zu entfernen. Das geschieht in Worten, wie sie wohl selten ein Privatmann gegenüber dem Fürsten, ein Gast gegenüber dem Gastgeber, ein Verbannter gegenüber seinem Beschützer gebraucht hat. „Es bleibt nur ein Wunsch übrig, daß dieser falsche und phantastische Geist, angefüllt mit faden, dem verfaulten Herzen eines Höflings entstammenden Anekdoten, ablasse auf die Rathschläge einzuwirken, die Entschlüsse zu lähmen und die wahren Diener eines Souveräns zur Verzweiflung zu bringen, den die Vorsehung in die glückliche und glänzende Lage gesetzt hat, der Wohlthäter des jetzigen Menschengeschlechtes zu sein. Man könnte sich bei der Auswahl seines Nachfolgers auf die Entscheidung des Loses verlassen, zehn oder zwölf mittelmäßige Namen in ein Gefäß legen, es schütteln, und man wäre sicher, daß der Zettel, der herauskäme, einen mehr fähigen, mehr geachteten und mehr Vertrauen einflößenden Mann anzeigen würde"[3]).

---

[1]) C. W. Pasley, Essay on the military policy and institutions of the British Empire. London 1811.

[2]) S. 156.

[3]) Mémoire de Stein, Pétersbourg $\frac{5.}{17.}$ novembre; übersetzt b. Pertz 3, 212 ff. Der von Martens, Recueil 7, 56 citirte Begleitbrief Steins ist noch nicht veröffentlicht. — Stein an Münster, Petersburg 1. December 1812; Pertz 3, 224 ff.

Das Ereigniß war, daß der Zar diesem mächtigen Impulse nachgab[1]). Menschlich und persönlich betrachtet, hat Stein größere Momente gehabt; sehen wir aber hier, wie wir müssen, von seinen Beweggründen ab und halten uns nur an die von ihm errungenen Erfolge, so war es die zweite weltgeschichtliche That, die er vollbrachte, nach der ersten, die darin bestanden hatte, daß er den preußischen König zur Reform seines Gemeinwesens vermochte und bei ihr festhielt. Bisher war für den Zaren das treibende Motiv gewesen die leidenschaftliche Erregung seiner Nation, welche die Fremden und Ketzer von dem heiligen Boden Rußlands vertrieben sehen wollte. Nun war dies Ziel erreicht, die Nation also zufriedengestellt; einer Fortsetzung des Krieges war sie wenig oder gar nicht geneigt, denn sie meinte, daß er nur den Fremden zu Statten kommen würde. Alexander schwankte; wenn er es schließlich darauf ankommen ließ, ob er die Zufriedenheit seiner Russen behalten würde, so war dies die Wirkung der Überredungsgabe von Stein. Nur auf diese Weise hat der Krieg gegen Napoleon seinen Fortgang genommen; ohne Alexanders Entschluß würde er an der warschauischen, spätestens an der preußischen Gränze zum Stillstand gekommen sein. Denn weder Hardenberg noch Metternich, weder Friedrich Wilhelm III. noch Franz I. würden auch nur den Finger gerührt haben, um den Moment zu einer Action gegen den Imperator zu benutzen.

Sollte der Krieg fortgesetzt werden, so waren Mannschaften sowohl wie Geld erforderlich. Was jene betrifft, so hatte Stein gehofft, der russischen Armee in der Deutschen Legion eine brauchbare und nicht ganz unansehnliche Verstärkung zuführen zu können. Das

---

[1]) Die Angabe von Steins Selbstbiographie (S. 181), daß dies Ende November geschehen sei, wird richtig sein. Denn am 20. November schrieb er noch: „Nichts ist beschlossen", dagegen am 1. December: „In wenigen Monaten steht die russische Armee wenigstens zwischen Oder und Elbe" (Pertz 3, 224. 227). Doch konnte Kutusoff noch am $\frac{25 \text{ November}}{7. \text{ December}}$ den Vorschlag machen, bei Wilna stehen zu bleiben, den dann der Zar am $\frac{2.}{14.}$ December ablehnte und durch den Befehl, die russische Gränze zu überschreiten, erwiederte; Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 3, 330 f.

war nun leider nicht geglückt: Dank der Unfähigkeit des oldenburger Herzogs und seines Schützlings, des zum Befehlshaber der Legion ernannten Obersten Arentsschildt, Dank auch der Liederlichkeit der russischen Verwaltung und der Abneigung der deutschen Contingente, die meistens den Fahneneid pünktlich befolgten. Vorhanden waren Ende December nur 8773 Mann, und von ihnen nicht mehr als 1747 nothdürftig bekleidet und bewaffnet; die Cavallerie ohne Pferde; anstatt der 200 erforderlichen Offiziere nur 50 bei der Truppe[1]. Ein wahrhaft kläglicher Mißerfolg, aber zum Glück kam darauf nicht mehr so viel an; Rußland hatte Menschen genug, und der Kaiser verfügte eine neue Rekrutirung[2]. Geld hätte England geben können, und Stein, den Alexander auch hier zu Rathe zog, rieth, einen Subsidien-Vertrag zu schließen; aber er scheiterte an dem Ungeschick von Lord Cathcart. So mußte man sich mit den finanziellen Hülfsmitteln des eigenen Landes begnügen, und diese bestanden nur in minderwerthigem Papiergeld. Es erhoben sich da ähnliche Fragen wie nach 1806 in Preußen, nach 1809 in Österreich. Der Schweizer Jvernois, der damals in Petersburg weilte, schlug vor, den Werth des russischen Papiergeldes zu reduciren und für die Differenz zinstragende Schuldscheine zu geben. Stein verwarf dies als ein überflüssiges Geschenk an die gegenwärtigen Besitzer; der Curs sei doch allmählich gefallen, und der Verlust vertheile sich auf viele. Abermals folgte ihm der Zar. Weiter rieth Stein, das Heer möge, was es brauche, requiriren: nicht in der wilden, regellosen Weise,

---

[1]) Stein à Alexandre I., s. d.: Il est déplorable de voir des millions de roubles gaspillés . . . Il est de mon devoir comme homme et comme Allemand de mettre ce tableau désolant sous les yeux de S. M. I. Stein an Schön, Petersburg 21. December 1812 (Aus den Papieren Schöns 6, 60 ff.): der Herzog habe „das ihm anvertraute Geschäft der Deutschen Legion in einem unbeschreiblichen Grad verhunzt". Arentsschildt wird von Stein in dem Schreiben an den Zaren inepte genannt; milder urtheilt Arndt, Wanderungen S. 8. 13. Vgl. Steins Denkwürdigkeiten a. d. Jahre 1812 S. 190; Quistorp, d. kaiserlich russisch-deutsche Legion S. 11 ff.; Ompteda, Nachlaß 2, 240; Mittheilungen aus d. Leben v. Fr. Dohna S. 34.

[2]) Am $\frac{\text{30. November}}{\text{12. December}}$ 1812; Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 3, 332.

wie einst die jakobinischen und später die Napoleonischen Armeen, sondern stets unter Vermittelung der Local- und Provincial-Behörden und gegen angemessene Bezahlung. Denn die Einwohner sollten nicht aufgebracht, sondern gewonnen werden. Ein ferneres Project Steins, die Ausgabe von Bundes-Papiergeld, konnte erst nach dem Abschlusse der Allianzen realisirt werden[1]).

Das stärkste Unterpfand für die Festigkeit seines Entschlusses gewährte Alexander dadurch, daß er sich (in der Nacht vom 18. zum 19. December) persönlich zur Armee begab[2]); unmöglich konnte die Ankunft des Zaren das Signal zur Einstellung der Offensive sein, sie bedeutete die Fortsetzung des Krieges. Eben so erfreulich war, daß nicht Rumianzoff mitgenommen wurde, sondern der Staats-Secretär Graf Nesselrode, der zwar sein Ziel nicht so hoch gesteckt hatte wie der Vorkämpfer der deutschen Freiheit, immer aber höher als Rumianzoff und insofern Stein willkommen war[3]). Doch hatte dieser klüglich unterlassen, ihn dem Kaiser direct zu empfehlen; als Alexander nach der Lectüre der November-Denkschrift Stein fragte, wem er die auswärtigen Geschäfte übertragen solle, hatte dieser geantwortet:

---

[1]) Mémoire de Stein, „Pétersbourg le 21. septembre vieux style [= 3. October] 1812". Rand-Bemerkung Steins: Remis le $\frac{3.}{15.}$ novembre un exemplaire au comte Kotschubeij comme chef du comité nommé par l'empereur pour l'examen du plan du C. d'I[vernois]. Le comité était formé de M. le comte Kotschubeij, M. de Nowosilzoff, Popoff, Campenhausen, le ministre des finances Guriew et moi. Le 25. de septembre v. st. j'avais donné un exemplaire à l'empereur. — Selbstbiographie Steins S. 179 f. 181; das von Pertz (3, 222) seinem Excerpt hinzugefügte Datum (2. November) ist alten Stils. Denkschrift Steins, Petersburg $\frac{6.}{18.}$ December 1812; Histor. Zeitschr. (1889) N. F. 27, 274 ff. — Ivernois auch von Kotschubeij erwähnt (Pertz 3, 614).

[2]) Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 3, 343.

[3]) Nesselrode bezeichnete Ende 1812 als Maximum des Erreichbaren die Zurückdrängung Frankreichs in seine „alten" Gränzen, d. h. Rhein, Alpen, Pyrenäen und Schelde; ohne Österreichs Beistand wollte er aber den Krieg nicht fortsetzen. S. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 3, 94 s. Nesselrode von Stein am 21. December 1812 in dem oben S. 202 citirten Briefe an Schön als „ein verständiger, achtungswerther Mann" bezeichnet, „dem Sie Ihr ganzes Vertrauen schenken können".

der Kaiser kenne seine Beamten und werde nach seiner Weisheit wählen[1]).

Wenn die Russen an die Elbe und über die Elbe vordrangen, so war es wichtig, daß Süddeutschland nicht zurückblieb. Das wurde verhindert, wenn das Heldenvolk Tirols sich rechtzeitig erhob; von dort konnte dann die Flamme des Aufstandes nach dem Schwarzwald und dem Spessart hinüberschlagen. Und wie viel günstiger schienen die Aussichten als 1809, da die Tiroler ansehnlichen feindlichen Corps hatten die Spitze bieten müssen; jetzt waren die Kräfte der Franzosen nicht nur durch Spanien, sondern auch durch Rußland und voraussichtlich durch Norddeutschland gebunden. Also schlug Stein vor, den Major Jubile, einen gebornen Tiroler, der mit einer Empfehlung des englischen Regenten nach Petersburg gekommen war, finanziell zu unterstützen und nach Wien zu schicken, damit er sich dort mit seinen Landsleuten und den Führern des von England geplanten illyrischen Aufstandes ins Einvernehmen setze[2]).

Indem der Zar in den Krieg ging, mußte es wohl als selbstverständlich erscheinen, daß er den kriegerischsten seiner Rathgeber mitnahm. Es ist nicht geschehen; als Motiv der Unterlassung besorgte Stein eine Intrigue der Dynastie Oldenburg, deren legitimistische Tendenzen ihm bereits während des Sommers in den Weg getreten waren. Damit nun das Werk der Befreiung nicht Schaden litt, wandte er sich (21. December) an Schön und bat ihn, nicht nur für die regelmäßige Verpflegung der russischen Armee[3]), sondern auch für die Bewaffnung der preußischen Bevölkerung zu sorgen; denn man dürfe den Vorwurf der Gleichgültigkeit, der Feigheit, des Sklaventhums nicht aufkommen lassen. Ferner warf er die Frage auf, ob

---

[1]) Steins Selbstbiographie S. 181. Nesselrode ging nicht mit dem Zaren zur Armee, sondern folgte ihm etwas später; Stein gab ihm seine vom 21. December datirten Briefe an den Zaren und an Schön mit.

[2]) Stein à Alexandre I., Pétersbourg $\frac{2.}{14.}$ décembre; Histor. Zeitschr. (1889) N. F. 27, 273 f. E. M. Arndt, Erinnerungen S. 166 ff.; Wanderungen S. 69 ff. Egger, Geschichte Tirols (1880) 3, 736. 773 ff.

[3]) Offenbar für den Fall, daß der Zar Steins Requisitions-Antrag (s. S. 202) nicht genehmigte.

es nicht möglich sei, den Commandanten der Festung Graudenz (die einen wichtigen Übergang über die Weichsel sperrte) zu einer den Russen freundlichen Haltung zu bestimmen [1]). Gleichzeitig aber wandte er sich an den Zaren: Preußen müsse nicht nur occupirt, sondern auch, bis das Bündniß zwischen ihm und Rußland zu Stande gekommen sei, provisorisch eingerichtet werden. Dazu werde der Kaiser ihn brauchen wollen; in diesem Falle bäte er um Feststellung seines Wirkungskreises und Gewährung der nöthigen Vollmacht: aber, und da regte sich sein Selbstgefühl sowohl wie die Erinnerung an die ärgerlichen Auftritte im Deutschen Comité, er beanspruchte das Vertrauen, allein, ohne einen Adjuncten, handeln und die kaiserlichen Befehle direct, ohne die Vermittelung einer Zwischenperson, empfangen zu dürfen [2]). Wie unerträglich ihm nun der Aufenthalt in Petersburg war, entnehmen wir einem dritten Schreiben, das er am 21. December fortschickte. Hier forderte er Graf Münster auf, seinerseits nach Deutschland zu kommen: „Helfen Sie uns die Fesseln Deutschlands zu zertrümmern, das alte heilige Land vom bösen Feind zu befreien und es aus seinem Unglück zu befreien": geradeso hatte einst im Zeitalter der Reformation Eberlin von Günzburg sein Deutschland für ein neues Judäa ausgegeben. Und dann, die Erlaubniß des Zaren vorwegnehmend: „Der Kaiser ist zur Armee, ich werde ihm folgen" [3]).

Er hatte sich nicht getäuscht, Alexander erfüllte seinen Wunsch. Anfang Januar 1813 traf die zustimmende Antwort des Zaren ein, alsbald verließ Stein Petersburg [4]). Er hatte die Stadt zuletzt fast lieb gewonnen, und das war begreiflich genug; denn ihm war hier

---

[1]) S. den oben S. 202 citirten Brief.

[2]) Stein à Alexandre I., Pétersbourg $\frac{9.}{21.}$ décembre 1812; Hist. Zeitschrift (1889) N. F. 27, 277 f. Auf das Mundum des Steinschen Briefes (im Petersburger Archiv) schrieb der Zar (jedenfalls an Nesselrode sich wendend): Écrivezlui qu'il arrive.

[3]) Pertz 3, 231.

[4]) Der Tag der Abreise wird verschieden angegeben. Nach Schöler (an Hardenberg, Petersburg 10. Januar 1813) war es der 4. Januar; nach Arndt (Erinnerungen S. 175) der 5.; Stein schreibt am 12. (aus Wilna, an seine Frau): J'ai quitté Pétersbourg, il y a 7 jours.

zu Theil geworden, was derjenige braucht, der auf die Welt wirken will: Achtung und Freundschaft. „Ich habe hier", schrieb jener Ivernois, „einen Mann wieder gefunden, der im Vergleich mit allen andern, Russen sowohl wie Fremden, ein Riese ist". „Ich habe nie", versicherte Kotschubeij, „einen Staatsmann gesehen, der mir mehr nach meinem Herzen gewesen wäre". Uwaroff weihte ihm in seinem Garten ein Denkmal mit der Inschrift: Patriae columen, amicorum decus[1]).

Seinen jüngsten Freund, Arndt, nahm Stein mit. Am Abende des zweiten Reisetages waren sie in Pleskoff, wo sie die schmerzliche Genugthuung hatten, dem sterbenden Grafen Chasot noch ein letztes Lebewohl zuzurufen. Dann ging es weiter[2]). Welch eine Fahrt. Scharen von Gefangenen kamen den Reisenden entgegen, die ins Innere Rußlands geführt wurden. „Zerrissene", erzählt Arndt, „erfrorne, bläuliche, unglückliche Pferdefleischfresser, schienen sie kaum noch Menschen. Vor unsern Augen starben ihrer in Dörfern und vor den Posthäusern; Kranke lagen in Schlitten auf Stroh über einander; so wie einer starb, warf man ihn seitwegs in den Schnee. An den Straßen lagen die Leichen, wie anderes Aas, unbedeckt und unbegraben, kein menschliches Auge hatte ihre letzte Noth beweint. Wir sahen sie zum großen Theil mit blutigen Gliedern; denn auch Erschlagene hatte man als gräßliche Wegezeichen an Bäumen aufgerichtet. Sie und gestürzte Pferde bezeichneten den Weg nach Wilna; auch der des Weges Unkundigste hätte schwer irre gehen können. Unsere Pferde schnoben und bäumten sich häufig, indem sie dazwischen, wohl auch darüberhin springen mußten. Das war aber nicht das Grauen vor den Leichen, sondern ihre Witterung der Wölfe, die wir hin und wieder, oft in Scharen von zehn oder funfzehn mit dem Genuß ihrer Beute beschäftigt sahen und die wohl wenige Schritte von uns über den Weg strichen." Und wer anders hatte diese

[1]) d'Ivernois à Vansittart, St. Pétersbourg 7. novembre 1812 (mitgetheilt von Dr. Paul Wittichen aus dem British Museum). Mittheilung von Th. Schiemann aus dem 4. Bande des Mordwinow-Archivs. Pertz 3, 262.

[2]) Stationen nach Pleskoff: Druja, Widzij und Swenzianij. Arndt, Erinnerungen S. 177 f.

Greuel verschuldet als der gekrönte Würger, der inzwischen sein geschlagenes Heer verlassen hatte und nach der Hauptstadt geeilt war, um dort neue Opfer zu heischen? Merkwürdig, wie diese Germanen sich treu blieben, indem sie immer und immer wieder bei ihrem Widersacher diejenigen Gemüthsregungen voraussetzten, denen sie selbst unterworfen waren. Stein meinte, nicht nur Wuth, sondern auch Gewissensbisse würden Napoleon zu Grunde richten[1]). Wenn er gewußt hätte, daß dessen Absicht gewesen war, auf der Fluchtfahrt durch Polen bei seiner Mätresse, jener Gräfin Walewska, Station zu machen und mit ihr eine vergnügte Nacht zu verleben. Nur die Mahnungen von Caulaincourt, der den ärgsten Ausschreitungen des Cäsars zu wehren suchte, hatten diesen echt Napoleonischen Plan vereitelt[2]).

Am 11. Januar Abends waren die Reisenden in Wilna, aber der Zar, den sie dort erwarteten, hatte die Stadt bereits verlassen, und zwar nicht, wie ursprünglich geplant war, in der Richtung auf Königsberg[3]), sondern auf einer weiter südlichen Straße. Da ließ Stein seinen Begleiter zurück und fuhr allein weiter. Endlich, am Morgen des 16. Januars, fand er Alexander in Suwalki, nahe der preußischen Gränze[4]).

Großes war inzwischen geschehen.

---

[1]) Pertz 3, 204.

[2]) Mémoires de la c^tesse Potocka, publ. p. Stryienski (1898) p. 335 s.

[3]) Stein schrieb noch nach der Abreise des Zaren aus Petersburg (Pertz 3, 232): „Der Kaiser wird . . . zu Königsberg ankommen, ich treffe ihn dort". Vgl. Bernhardi, Denkwürdigkeiten v. Toll 2, 400.

[4]) Stein à Mme de Stein, Suwalki 17. janvier 1813. Nach diesem Briefe hätte Stein Wilna am 15., nach den Erinnnerungen von Arndt (S. 179) schon am 13. verlassen. Vgl. Pertz 3, 586.

Vierter Abschnitt.

Die Erhebung Preußens.

1813.

Über die wichtigste der Fragen, welche die Welt bewegten, bestand Einverständniß zwischen dem Zaren und seinem deutschen Rathgeber. Beide wollten mit einem Eifer, der nun auch bei Alexander in das Gebiet der Religion hineinragte[1]), die Auflösung des Napoleonischen Universalreiches und die Wiederherstellung eines europäischen Gleichgewichts; beide waren auch der Meinung, daß der neue Zustand keine einfache Copie des alten, wie er vor der Revolution gewesen, sein dürfe, daß vielmehr auf die Nationen, deren Theilnahme allein dem Kampfe wider den Eroberer die siegreiche Wendung gegeben hatte, Rücksicht zu nehmen sei.

Wie aber sollte es gehalten werden, wenn eine Nation dem Haupte des Universalreichs freiwillig und gern gefolgt war und das Bündniß mit ihm nicht preis gegeben hatte? Sollte sie nach Kriegs- und Eroberungsrecht behandelt werden oder sollte, auch wenn sie erst im letzten Momente von der französischen Allianz zurücktrat, doch noch das Princip der nationalen Selbstbestimmung zu ihren Gunsten wirksam bleiben, das die politische und die sittliche Rechtfertigung der antifranzösischen Coalition war? Die Frage war bereits in einem Falle zu Gunsten der ersten Alternative entschieden worden: damals als der Zar, um das Bündniß von Schweden zu

[1]) Über die religiöse Umstimmung, die durch den Krieg von 1812 im Zaren bewirkt wurde, s. H. L. E[mpaytaz = Turgenieff] Notice sur Alexandre empereur de Russie (1828) p. 7 s.; Eylert, Charakterzüge aus dem Leben Friedrich Wilhelm III. (1845) 2, 2, 247 f.; Bernhardi, Geschichte Rußlands 2, 2, 716 f.; Schiemann, Alexander I. S. 86 f.; Deutsche Rundschau December 1899.

gewinnen, ihm die Annexion einer großen dänischen Provinz zugestand. Dagegen hatte Stein so wenig etwas einzuwenden gehabt, daß er sogar die völlige Auftheilung Dänemarks empfahl. Indessen hier galt das Wort, daß man das Fell des Bären nicht theilen kann, ehe man ihn erlegt hat; anders stand es mit den beiden Gemeinwesen, deren Gränze nunmehr, Ende December 1812, die russischen Heere erreichten: Preußen und Warschau. Sie hatten an Frankreichs Seite Krieg geführt und noch nicht mit Rußland Frieden geschlossen, mußten also gewärtigen, von ihm als Feinde angesehen zu werden. Konnte dies aber im Interesse des Zaren liegen, der sich doch entschlossen hatte, den Krieg bis zur Vernichtung seines großen Widersachers zu führen? Trieb er nicht Preußen und Warschau durch eine feindliche Behandlung erst recht Napoleon in die Arme und half dessen Macht, die er brechen wollte, steigern? Andrerseits war sich Alexander gar wohl bewußt, daß eine Fortsetzung des Krieges nicht nach dem Sinne der russischen Nation war, er ihr also irgend eine Entschädigung zu verschaffen suchen mußte; von diesem Standpunkte aus hätte es ihm sogar erwünscht sein müssen, wenn Preußen und Warschau, die bei einer Vergrößerung Rußlands zunächst in Betracht kamen, in feindlicher Haltung verharrten. Das Problem wurde je nach dem Standpunkte des Beurtheilers erschwert oder erleichtert dadurch, daß die Interessen der beiden Staaten, auf welche die russischen Heere trafen, nicht convergirten. Preußen hatte auch nach den Abtretungen von 1807 noch polnische, Warschau noch deutsche Bürger. Preußen sowohl wie Warschau waren, um in der Sprache Friedrichs des Großen zu reden, Hermaphroditen: zu groß für einen Kleinstaat, zu klein für einen Großstaat. Immer noch bot Preußen polnischen Annexionsgelüsten ein bequemes Object dar, und Preußen hinwiederum mit seinen beiden nur lose am übrigen Staatskörper hängenden Provinzen Ostpreußen und Schlesien brauchte eine bequeme und sichere Verbindung zwischen beiden Provinzen, die nur das Herzogthum Warschau hergeben konnte. Nicht so viel kam momentan auf Österreich an; denn es lag dem Kriegsschauplatz ferner, und sein Interesse an der polnischen Frage war geringer. Aber zur

Bezwingung Napoleons war voraussichtlich sein Beistand nicht zu entbehren, und darum mußte man sich hüten, es zu verletzen.

Es ist begreiflich, daß Alexander mit verschiedenen Möglichkeiten rechnete. Er bot dem preußischen Könige die Reconstruction seines Staates an und befahl dem russischen Heere, die Preußen nicht als Feinde zu behandeln[1]. Er forderte Kaiser Franz auf, von seinen alten Landen wieder Besitz zu ergreifen: der Moment sei viel günstiger als etwa 1809, wo Österreich doch auch gegen Frankreich Krieg geführt habe. Er knüpfte mit dem Befehlshaber des österreichischen Hülfscorps an, um den bisherigen Scheinkrieg in einen förmlichen Waffenstillstand zu verwandeln. Dabei unterließ er nicht, durch seinen Gesandten (den Elsässer Anstett) beruhigende Erklärungen über Polen und die gegenwärtig Frankreich beherrschende Dynastie, die dem österreichischen Kaiser so nahe verwandt war, zu geben: jenes sollte nicht wieder hergestellt, diese nicht beseitigt werden[2]. Die zweite Zusicherung war mit den andern Plänen des Zaren, die sich auf den Sturz der Person Napoleons und die Auflösung des an seinen Namen geknüpften Reiches richteten, zu vereinigen. Nur unter starken Vorbehalten war dies möglich bei der ersten Zusicherung. Denn schon hatten den Zaren von neuem ältere, nur durch die französische Invasion zurückgedrängte Ideen ergriffen, welche einer russisch-polnischen Union galten[3]. Anfang 1811

[1] Vgl. S. 196. „Bekanntmachung" des Fürsten Kutusoff; Pertz 3, 251 ff. Der französische Text (nach Martens, Recueil, 7, 68 vom Zaren selbst aufgesetzt, also ist die Angabe Nesselrodes, der in seiner Selbstbiographie [1866] S. 46 die Autorschaft für sich in Anspruch nimmt, zu verwerfen) bei Bogdanowitsch, Gesch. d. Feldzugs v. 1812 3, 342 f. u. Schilder, Kaiser Alexander I. 3, 513.

[2] Alexandre I. à François I., Vilna 17. décembre [a. St. = 29. December] 1812; Woynar, Österreichs Beziehungen z. Schweden (1891) S. 22 f. u. Luckwaldt, Österreich u. d. Anfänge d. Befreiungskrieges S. 374. Schwarzenberg à Metternich, Pultusk 8. janvier 1813; Oncken, Österreich u. Preußen 1, 241. Anstett erschien in Ostrowo (nahe beim österreichischen Hauptquartier) am 6. Januar; Luckwaldt S. 78. Er versicherte, que le rétablissement de la Pologne ne pouvait jamais entrer dans les vues de ce cabinet tout aussi peu que le changement de la dynastie régnante en France. Vgl. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 3, 89.

[3] Vgl. S. 124. 126.

bot er den Polen die Herstellung ihres Reiches und eine liberale Constitution unter der Bedingung an, daß sie in dem bevorstehenden Kampfe wider Napoleon gemeinsame Sache mit ihm machten und in die ewige Vereinigung mit Rußland willigten; er war so weit gegangen, ihnen auch die Rückgabe der polnischen Annexionen Rußlands (mit einziger Ausnahme von Weißrußland) zu versprechen; sogar Galizien sollten sie wieder bekommen, wofür dann der österreichische Kaiser die Moldau bis zum Sereth und die Wallachei erhalten würde. Aber Adam Czartoryski, an den diese Aufforderungen ergingen, erwiederte kühl und zurückhaltend; in dem kriegerischen Glücksspiel, das der Zukunft Polens galt, setzte er nicht auf die russische, sondern auf die französische Karte. Als dann wirklich Napoleon mit seinem gewaltigen Heere auf polnischem Boden erschien, proclamirte das Parlament des Herzogthums Warschau die Wiederherstellung Polens[1]), und wenn auch der französische Kaiser sich wohl hütete, auf diese Bestrebungen einzugehen — ein Feldlager, kein Forum erklärte er haben zu wollen[2]) —, so unterließen doch die Polen nichts, um eben im Feldlager sich als die Seinen zu bewähren; sie strömten in diesen Krieg[3]), schlugen sich mit der größten Tapferkeit und hatten an der Plünderung der eroberten Städte einen reichen, dem russischen Volke unvergeßlichen Antheil. Alexander ließ sich dadurch weder abhalten, einem in Rußland ansässigen polnischen Patrioten das Versprechen der Wiederherstellung Polens zu erneuern, noch den Polen seines Reiches, die es mit Napoleon gehalten hatten, Amnestie zu gewähren[4]). Nunmehr, nachdem die Niederlage Napoleons entschie-

[1]) Angeberg, Recueil des traités etc. concernant la Pologne (1862) p. 559.

[2]) Villemain, Souvenirs contemporains d'histoire et de littérature (1854) p. 165. Angeberg p. 561.

[3]) Mémoires de la ctesse Potocka p. 317: Hors les jeunes gens de l'ambassade, il n'y avait pas dans toute la ville un seul individu en âge de faire un tour de valse; tous étaient à l'armée.

[4]) Unterredungen des Zaren mit Michael Oginski am $\frac{10.}{22.}$ October und $\frac{1.}{13.}$ November; Amnestie am $\frac{10.}{22.}$ December 1812. Oginski, Mémoires sur la Pologne (1827) 3, 220 s. 246 s. 256 s. 266. Vgl. Bernhardi, Denkwürdigkeiten v. Toll 2, 127.

den war, näherte sich der spröde Czartoryski, nicht ohne Vorwissen zweier warschauischer Minister, seinem kaiserlichen Freunde aufs neue und fragte ihn, ob er seinen alten Idealen treu geblieben sei. Alexander antwortete, es war am 13. Januar 1813, bejahend, er that es eifrig, ja freudig; denn Herzenswünsche sollten ihm mit der polnisch-russischen Union in Erfüllung gehen: das Unrecht der Theilung Polens wäre gesühnt, gleichzeitig aber auch die russische Nation für die Opfer des letzten Jahres einigermaßen entschädigt worden. Unverzüglich befahl er seinen Generälen, die Polen auch im Herzogthum Warschau als Freunde und Brüder zu behandeln; ja er ließ, um diesen ein Unterpfand seiner Gesinnungen zu geben, die Weisung ergehen, daß Warschau von den russischen Truppen nicht besetzt werden solle.

Legte man die Zusage des Zaren an Czartoryski wörtlich aus, sah man in ihr eine einfache Wiederholung des 1811 gegebenen Eventual-Versprechens, so bedrohte sie den Länderbestand von Österreich sowohl wie von Preußen; denn damals hatte Alexander verheißen, daß alles reunirt werden solle, was ehemals Polen ausgemacht habe[1]), also auch Galizien einerseits, Westpreußen andrerseits. Und wenn er nun auch offenbar nicht daran gedacht hatte, die letztgenannte Provinz zu reclamiren[2]), wenn er ferner jetzt, bei dem Mangel einer ausreichenden Entschädigung[3]), Galizien den Österreichern lassen mußte, so blieb doch ein so weites Vorrücken seiner Herrschaft, wie sie durch die Annexion des Herzogthums Warschau bewirkt worden wäre, für die beiden westlichen Nachbaren nicht unbedenklich. Er

[1]) la réunion de tout ce qui a fait autrefois la Pologne.

[2]) Sonst würde er ihrem Besitzer, dem preußischen Könige, geradeso eine Entschädigung wie dem österreichischen Kaiser für Galizien in Aussicht gestellt haben. — Schöler an Hardenberg, St. Petersburg 27. December n. St. 1812: der Zar habe bei gelegentlichen Unterhaltungen über Polens Herstellung jedes Mal geäußert, „daß Westpreußen und selbst ein Theil von Südpreußen (zur Verbindung mit Schlesien) auf jeden Fall davon ausgenommen bleiben müßten“.

[3]) Die Wallachei und die Moldau waren (letztere so weit sie nicht an Rußland gekommen war) durch den Frieden von Bukarest der Hohen Pforte zurückgegeben worden.

empfand dies selbst sehr lebhaft. Denn er schrieb an Czartoryski: wenn seine polnischen Pläne in die Öffentlichkeit drängen, so würde das Österreich und Preußen vollständig in die Arme Frankreichs werfen; er verhandelte mit dem Wortführer Polens in Abwesenheit seines deutschen Rathgebers, offenbar hinter dessen Rücken. Die nationalen Unterschiede begannen auch hier in die Erscheinung zu treten: Stein hatte Deutschland, der Zar hatte Rußland im Auge [1].

Indessen weder Deutschland noch Rußland war Europa, und der Zar sowohl wie Stein hegten auch universale Befreiungspläne. Unermeßlich viel kam unter diesen Umständen darauf an, wer zuerst, Preußen oder Warschau, sich von Napoleon los sagte und die von Rußland geführte Sache der abendländischen Völkerfreiheit sich zu eigen machte. Kam Preußen zuerst, so konnte es den für ihn gefährlichen polnischen Plänen die Spitze abbrechen. Kam Warschau zuerst, so durfte der Zar keine Beeinträchtigung seines neuen Bundesgenossen dulden. Deshalb ermahnte er denn auch die Polen, Hand anzulegen und ihn zu unterstützen, wenn sie etwas für sich erreichen wollten [2].

Es war das Verhängniß der Polen, daß sie, als Nation betrachtet, überhaupt nicht kamen; oder müssen wir nicht vielmehr

[1] Die ersten Bruchstücke der Correspondenz zwischen Alexander I. u. Czartoryski wurden 1846 veröffentlicht bei Bignon, Histoire de France sous Napoléon 11, 405 s. (vgl. dessen Souvenirs d'un diplomate [1864] p. 307 s.). Viel vollständiger ist die Publication von Mazade, Alexandre I. et le prince Czartoryski (1865) p. 3 s., wiederholt und weiter vervollständigt in der Schrift desselben Autors: Mémoires du prince A. Czartoryski et correspondance avec l'empereur Alexandre I. (1887) 2, 1 s. Ergänzungen bei Schiemann, Alexander I. S. 107 f. Für uns kommen besonders in Betracht die Briefe des Zaren v. 25. December 1810 (offenbar a. St., also = 6. Januar 1811), 31. Januar 1811 (= 12. Februar), 1. u. 3. Januar 1813 (aus Leijpunij u. Krasnopol = 13. u. 15. Januar; vgl. Bignon 11, 411 s. u. Oncken, Österreich u. Preußen 1, 226). Der letzte Brief fiel in die Hände der Österreicher und wurde von ihnen nach Paris mitgetheilt. — Außerdem s. Luckwaldt, Österreich u. d. Anfänge d. Befreiungskrieges S. 142 f.

[2] Ces difficultés, avec de la sagesse et de la prudence, seront vaincues. Mais, pour y parvenir, il faut que vous et vos compatriotes me secondiez. — Ainsi tout ce que les Polonais feront pour aider à ces succès, sera fait en même temps pour réaliser leurs espérances.

sagen: daß sie nicht kommen konnten? Allzu eng waren ihre Beziehungen zu Frankreich und zu Napoleon geworden; nicht wenige von ihnen mochten empfunden haben wie jene patriotische Frau ihres Landes, die geradezu erklärte, wenn sie von neuem geboren würde, so möchte sie Französin sein[1]): nun hatten die meisten die Empfindung, daß ein plötzlicher Übertritt ins gegnerische Lager ihre Ehre zu compromittiren drohe. Genug, Preußen suchte allein den Anschluß an Rußland. Freilich nicht das officielle Preußen, weder der König noch seine Räthe. Wohl hatte Stein noch von Petersburg aus den Zaren gebeten, ein Schreiben an Friedrich Wilhelm zu befördern, in dem Stein den König beschwor, er möge die Macht, die Gott ihm verliehen, anwenden, um die Fesseln seines Volkes zu zerbrechen: „Dann wird man nicht sagen, Sire, daß Sie das Werkzeug seien, das fremde Tyrannei anwendet, um in Ihrem Volke jede edle und hochherzige Empfindung zu ersticken und um dies Volk zu verderben und zu erniedrigen"[2]). Der Brief ist, wie es scheint, nicht in die Hand des preußischen Königs gekommen, aber auch wenn es geschehen wäre, eine Änderung hätte er nicht bewirkt; Friedrich Wilhelm mißtraute sich selbst, seiner Nation, den Österreichern, den Russen: fest stand ihm nur die Überzeugung, daß dem Genie und der Thatkraft Napoleons nichts gleich komme. Aber auch Hardenberg, der Muthigste in der Umgebung des Königs, wollte nur von einer bewaffneten, gemeinsam mit Österreich vorzunehmenden Vermittelung zwischen Rußland und Frankreich wissen, deren Ziel allerhöchstens sein sollte der Stand des Friedens von Lunéville.

Zum Glück aber waren Heer und Nation andrer Meinung. Noch war das letzte Wort in der militärisch-politischen Entwickelung, die 1808 unter Steins Mitwirkung begonnen hatte, nicht gesprochen, noch war, in Folge der Bedenken des Königs, die allgemeine Wehrpflicht nicht verkündet, indeß es war doch schon so viel in dieser Richtung geschehen, daß das Heer sich als Vertreter der Nation fühlte,

[1]) Mémoires de la ctesse Potocka p. 325.

[2]) Stein à Alexandre I., Pétersbourg $\frac{16}{28}$ décembre 1812; Histor. Zeitschrift (1889) N. F. 27, 278 ff.

sonderlich derjenige Theil des Heeres, der in Rußland französischen Frohndienst hatte leisten müssen. Hier war der Parteizwist, der 1808 Preußen in zwei Lager gespalten hatte, beigelegt. Die Adelspartei, die damals gemeinsame Sache mit den Franzosen gegen Stein gemacht hatte, hielt zwar noch immer fest an den Ideen des fridericianischen Staates, aber auch an seinem Stolz, seinem Ruhm, seinem Streben nach Autonomie, und alles dies sah sie durch die französischen Zumuthungen auf das stärkste compromittirt; niemand empfand dies stärker und leidenschaftlicher als General York, der Befehlshaber des Contingents. Die Reformpartei aber, die dem preußischen Staate eine Daseinsberechtigung nur noch, insofern er Schirm und Schild von Deutschland sein wollte, zuschrieb, sie begehrte erst recht die Zerbrechung der fremden Fesseln. Dürfen wir noch ein Mal die Parallele mit dem Herzogthum Warschau ziehen, so hatte Napoleon zwar durchaus nicht alles gethan, um den Polen einen eignen Staat zu geben, wohl aber nichts unterlassen, was Preußen erniedrigen konnte; noch in jener Unterredung mit dem Russen Balaschoff hatte er von der Vernichtung Preußens wie von etwas Unvermeidlichem gesprochen[1]). Genug, selber den Franzosen gram und in demselben Sinne von seiner Umgebung beeinflußt, trennte General York sich und das preußische Hülfscorps, das er führte, von dem französischen Heere. Wieder ein Bruch überlieferter Ordnungen, und zwar der stärksten einer. Der Fahneneid[2]) verpflichtete York zum Gehorsam gegen den preußischen König. Dieser hatte ihn an die Befehle seines Alliirten, des Kaisers Napoleon, im Allgemeinen, des französischen Marschalls Macdonald im Besondern gewiesen: von beiden sagte sich York los, indem er die Convention schloß, die seinem Corps die Fortsetzung des Krieges gegen Rußland untersagte. Nichts, keine Weisung, keine Andeutung seines Monarchen, hatte ihn zu diesem außerordentlichen Schritte er-

[1]) L'empereur Alexandre sera cause du dernier malheur du roi de Prusse. J'annexerai la Prusse à la France. Tatistcheff, Alexandre I. et Napoléon p. 601.

[2]) S. 182.

mächtigt[1]); die Fortdauer der altpreußischen Disciplin kam nur in der Thatsache zum Ausdruck, daß sein Corps ihm gehorchte wie ein Mann. Wir wissen nicht, ob York den Soldaten-Katechismus von Arndt zu Gesicht bekommen hat; gehandelt hat er in dessen Sinne, wenn er auch nicht gerade seinem Könige den zerbrochenen Degen vor die Füße warf. So oder so: in der großartigsten Weise sah durch dies Ereigniß Stein die Hoffnungen erfüllt, mit denen er sich seit seiner Ankunft in Rußland getragen hatte. Er wollte aus den Abtrünnigen, auch des preußischen Corps, die Deutsche Legion bilden; jetzt verwandelte sich dies Corps insgesammt in eine Deutsche Legion. Und wenn es Stein nicht vergönnt war, selbst bei der Convention von Tauroggen mitzuwirken, so durfte er sich doch sagen, daß er von vorn herein die Gewinnung Yorcks ins Auge gefaßt hatte[2]). Wahrscheinlich ist auch der Brief des Zaren an den russischen General Paulucci, der die Zusage der Wiederherstellung Preußens erneute und dadurch so tiefen Eindruck auf York machte, unter Mitwirkung von Stein aufgesetzt. Er trägt das Datum des 18. Decembers, des Tages, welcher der Abreise des Zaren aus Petersburg voraufging[3]).

Yorcks That veränderte auf der Stelle und von Grund aus die militärische Lage. Wäre er den Franzosen treu geblieben, so würde, da sein Corps entfernt nicht so viel gelitten hatte wie die von Napoleon nach Moskau geführte Armee, das Vordringen der Russen aufgehalten sein; nun war mit einem Schlage das Land bis zur Weichsel befreit und die Bahn für weitere Befreiungen offen.

Weniger rasch traten die politischen Nachwirkungen ein. Bisher hatte Alexander nur durch dritte Personen mit Friedrich Wilhelm verhandelt; jetzt, von Wilna aus, erbot er sich eigenhändig und

---

[1]) Th. Grobbel, Convention v. Tauroggen (Marburger Dissertation 1892) S. 61 ff. M. Notiz i. d. Histor. Zeitschr. (1890) N. F. 28, 385 ff. Schiemann ebendort (1900) 84, 210 ff.

[2]) S. 139.

[3]) Alexandre I. à Paulucci, St. Pétersbourg 6. décembre 1812 [a. St. = 18. December n. St.]; Droysen, York (1851) 1, 550 u. m. Scharnhorst 2, 483.

unmittelbar, die Waffen nicht eher niederlegen zu wollen, als bis Preußen zu altem Glanze und alter Macht wieder hergestellt sei[1]). Bald darauf kam die Antwort des Berliner Cabinets auf die ältere, wesentlich übereinstimmende Eröffnung des Zaren an Paulucci, überbracht durch Major Natzmer. Der König wollte, sobald die Russen die Weichsel überschritten hätten, Berlin verlassen und nach Schlesien gehen: vorher könne er nicht Partei ergreifen[2]); wenn er aber in Breslau sei, wolle er förmlich mit dem Zaren eine Allianz schließen; als deren Preis forderte er schon jetzt die Annexion nicht nur von Danzig, sondern auch von einem ansehnlichen Stücke des Herzogthums Warschau, nämlich von Südpreußen. Das war wenig geboten und, die begleitenden Umstände erwogen, viel verlangt; denn was hatten bis jetzt wohl Friedrich Wilhelm und Hardenberg gethan, um irgend ein Gebiet, und wäre es das geringste gewesen, der französischen Botmäßigkeit zu entziehen? Nimmt man hinzu, daß der preußische König die Convention von Tauroggen verwarf, Yorck das Commando nahm und das Hülfscorps von neuem an die Befehle der Franzosen wies, so versteht man, daß der Zar seine Beziehungen zu den Polen nicht aufgab[3]). Nur so erklärt es sich endlich, daß Alexander ein hochbedeutsames Anerbieten ablehnte, das er sonst mit beiden Händen ergriffen hätte. Yorck, entschlossen das in Tauroggen begonnene Werk zu vollenden, erklärte sich bereit, gemein=

---

[1]) Alexandre I. à Frédéric Guillaume III, Vilna 25. décembre 1812 [a. St. = 6. Januar 1813 n. St.]; m. Knesebeck u. Schön S. 322 f. u. Bailleu, Briefwechsel Friedrich Wilhelms III. mit Alexander I. S. 240 f.

[2]) „keine Parthie nehmen".

[3]) Natzmer ist nur mündlich instruirt worden und hat nur mündlich berichtet. Von den beiden Erzählungen, welche er, die eine für J. G. Droysen, die andre wohl für sich selbst, aufsetzte, verdient die zweite (Aus dem Leben des Generals O. v. Natzmer [1876] 1, 94 ff.) augenscheinlich den Vorzug. Denn sie stimmt zu der Angabe in Hardenbergs Brief an Gneisenau v. 9. Januar 1813 (Histor. Zeitschr. [1889] N. F. 26, 512): „Der Kaiser Alexander bekommt einen Wink"; die erste Erzählung dagegen (Aus dem Leben Natzmers 1, 91 ff.) redet von dem Auftrage, dem Zaren eine Offensiv= und Defensiv=Allianz anzubieten, stellt auch Österreichs Haltung wesentlich abweichend und irrig dar (S. 92 vgl. m. S. 95). Das von Natzmer (1, 99) erwähnte Dorf Bobersk ist auf keiner Karte verzeichnet.

same Sache mit den Russen zu machen; der Zar fragte zurück, ob er dazu von seinem Könige beauftragt sei[1]).

So war die Lage, als Stein im russischen Hauptquartier eintraf. Was er zu thun hatte, konnte keinen Augenblick zweifelhaft sein; hätte er vollends um die Verhandlungen des Zaren mit den Polen gewußt, so würde er in ihnen nur einen Antrieb mehr zur Ausführung seines Entschlusses gefunden haben. Unaufhörlich hatte er zu schleuniger Fortsetzung des Krieges und Aufbietung aller verfügbaren Mittel gemahnt; jetzt lagen kostbare Kräfte, organisirte und nicht organisirte, die des Yorckschen Corps und die des deutschen Landes rechts der Weichsel, brach, wurden vielleicht gespalten und verbraucht durch die Mißverständnisse und Irrungen, die Yorcks Absetzung nach sich ziehen konnte. Stein bewog also Alexander, seine Haltung gegenüber Yorck zu ändern: Kutusoff mußte dem preußischen General schreiben, daß der Zar mit großer Genugthuung seinen Wunsch, an den Operationen der russischen Truppen Theil zu nehmen, vernommen habe und bereit sei, ihn zu erfüllen[2]). Es ist der Brief, der dann Yorck bestimmt hat, die Fesseln, die ihm die Convention von Tauroggen noch auferlegte, zu lösen und seinem Corps den Vormarsch an die Weichsel zu befehlen[3]). Fast noch wichtiger war die militärische Organisirung von Ostpreußen. Hatte Stein schon im December nach Königsberg gewollt, so war sein Eifer, dorthin zu kommen, jetzt doppelt groß. Er erbat und erhielt vom Zaren die ersehnte Mission, und zwar so, wie er es gewünscht hatte: allein, ohne einen Adjuncten.

Die Vollmacht, die er am 18. Januar in Ratschki, dem letzten Quartier vor der preußischen Gränze erhielt, ist sicher von ihm

[1]) Alexandre I. au général Wittgenstein, Johannisburg $\frac{12.}{24.}$ janvier 1813; Schiemann i. d. Histor. Zeitschr. (1900) 84, 239. Der Zar empfing Yorcks Anerbieten vor dem 11. Januar; s. eben dort S. 223.

[2]) Kutusoff an Yorck, Lyck 20. Januar 1813; Droysen, Yorck 2, 59 f. Ursprünglich hatte Stein das Schreiben mitnehmen sollen; nachher wurde es zu größerer Beschleunigung einem besonderen Courier übergeben.

[3]) Kutusoffs Schreiben ging noch am 21. Januar bei Yorck ein; an diesem Tage erließ der General „den Befehl zum allgemeinen Vorrücken“. Droysen, Yorck 2, 50. 60.

selbst aufgesetzt. Sie nahm die denkbar größte Rücksicht auf den preußischen König. Wie Alexander in einem eigenhändigen Schreiben an Friedrich Wilhelm erklärte, daß er die preußischen Provinzen ihrem legitimen Souverän lassen und bewahren wolle, wie er betonte, daß er nicht einen russischen Würdenträger, sondern einen der getreuesten Unterthanen des preußischen Königs nach Königsberg sende, so ist für die Vollmacht Voraussetzung das künftige russisch-preußische Bündniß. Steins Mission ist durchaus provisorisch. Sie wird dadurch begründet, daß die beiden Provinzen Ost- und Westpreußen, denen sie gilt, durch die kriegerischen Ereignisse vom Mittelpunkt ihrer Regierung getrennt und die Beziehungen Rußlands zum preußischen Hofe noch unentschieden sind. „Die Mission wird in dem Augenblick beendet sein, da Wir ein definitives Abkommen mit dem Könige von Preußen getroffen haben; dann wird ihm die Verwaltung dieser Provinzen zurückgegeben und der Freiherr vom Stein zu Uns zurückkehren". Die Aufgabe des Gesandten beschränkt sich darauf, die Hülfsquellen des Landes für die gute Sache, für die Russen, gegen die Franzosen nutzbar zu machen. Er soll darüber wachen, daß die öffentlichen Einkünfte treu verwaltet werden, daß das Eigenthum der Franzosen und ihrer Verbündeten mit Beschlag belegt wird, daß die für das russische Heer erforderlichen Lieferungen an Lebens- und Transportmitteln mit Ordnung und Schnelligkeit erfolgen, endlich daß die Bevölkerung des Landes Preußen selbst sich möglichst rasch, theils als Landwehr theils als Landsturm, bewaffnet; wenn hinzugefügt wird, daß dies nach den vom preußischen Könige selbst im Jahre 1808 entworfenen und gebilligten Plänen geschehen soll, so ist dies eine fernere dem künftigen Bundesgenossen erwiesene Aufmerksamkeit. Der Ernst des Krieges, die Gefahr der augenblicklichen Lage, der Charakter des Gesandten, der was er will ganz will, bringen es mit sich, daß ihm scharfe Waffen anvertraut werden: er darf alle Mittel ergreifen, die er für nöthig hält, er darf sich derjenigen Beamten bedienen, die er für die geeignetsten hält, diejenigen Beamten absetzen oder entfernen, die er für unfähig und böswillig hält, er darf verdächtige Persön-

lichkeiten überwachen und selbst verhaften lassen. So hatte es Stein in seinen früheren Projecten, 1809, 1811 und 1812, vorgeschlagen. Aber es waren seine letzten Reserven; zunächst wollte er probiren, ob die Autoritäten der Provinz[1]) sich würden in Güte leiten lassen[2]).

Entscheidend war, daß hier die Consequenz aus der Abkunft von Tauroggen gezogen wurde. Die Vollmacht ging von der Voraussetzung aus, daß das Land, in dem das Corps von York stand, so wenig für feindlich anzusehen sei wie dies Corps selber. Es ist ungerecht, sie russisch zu nennen, sie war vielmehr eben so preußisch wie russisch. Es ist eine Verkennung der Situation, auf sie die Regeln des Völkerrechts anwenden zu wollen; denn diese waren ins Schwanken gerathen durch den Abfall von York, die Nichtanerkennung des Abfalls von Seiten des preußischen Königs, die Ignorirung der Nichtanerkennung von Seiten Yorcks. Hätte Yorck auf Berlin gehört, so würden die Russen ihn sowohl wie die Provinz Preußen als Feinde haben behandeln müssen; hätte Friedrich Wilhelm sich sofort von den Franzosen losgesagt, so wäre Steins Mission gegenstandslos gewesen. Freilich kannte Stein den preußischen König genau genug, um zu wissen, daß er nur widerstrebend den Frontwechsel gegen Frankreich hin vollziehen würde; weniger auf den Monarchen als auf die Nation rechnete er bei seinem Vorhaben, und deshalb lag in der Vollmacht bei aller ihrer Bundesfreundschaft doch ein Element des Zwanges, das den König sowohl wie alle, welche den Staat im König verkörpert sahen, reizen und verletzen mußte. Gleich viel aber, sie war ein Product der augenblicklichen Lage und,

---

[1]) Nous avons jugé indispensable de prendre provisoirement des mesures de surveillance et de direction pour guider les autorités provinciales et utiliser les ressources du pays en faveur de la bonne cause.

[2]) Pleinpouvoir de l'empereur de Russie pour le baron de Stein, Raczki 6. janvier 1813 [a. St. = 18. Januar n. St.]: (Gerwien) Errichtung der Landwehr i. Ostpreußen, Beiheft z. Militair-Wochenblatt 1846 S. 7; Pertz, Stein 3, 644 f.; R. Müller in d. Altpreußischen Monatsschrift (1876) 13, 441 f. Alexandre I. à Frédéric Guillaume III., Lyck 9. janvier 1813 [a. St. = 21. Januar n. St.]; m. Knesebeck u. Schön S. 323 f. u. Bailleu, Briefwechsel Friedrich Wilhelms III. m. Alexander I. S. 241 f.

insofern die Ergreifung des Moments zu den höchsten Aufgaben der Politik gehört, das Werk eines echten Staatsmanns[1]).

In Lyck, der ersten preußischen Stadt, verließ Stein den Zaren, nun wieder mit Arndt vereinigt. Am 20. Januar[2]) waren sie in Gumbinnen bei Schön. Der leidenschaftliche Appell, den Stein von Petersburg aus an seinen alten Mitarbeiter gerichtet hatte[3]), war ganz vergebens gewesen. Daß das Volk sich, um seine Terminologie zu brauchen, in die Angelegenheiten der höchsten Gewalt einmenge, davon wollte Schön nichts wissen. Er war von einer feindlichen Haltung gegen Frankreich und dessen Verbündete so weit entfernt, daß er seine Zustimmung zum Druck jener preußenfreundlichen Proclamation Kutusoffs verweigert hatte[4]) und andrerseits auch jetzt noch die Güter, welche der zum Rheinbund gehörige Herzog von Anhalt-Dessau in Ostpreußen besaß, unangefochten ließ. Stein befahl, daß sie mit Beschlag belegt würden: die erste Anwendung, die er von seiner Vollmacht machte, und so waren die Dinge nicht angethan, daß Schön hätte wagen dürfen zu widersprechen, er gehorchte[5]).

---

[1]) Für das Folgende s. den Nachweis und die Kritik der Quellen in m. Schriften „Knesebeck u. Schön“ u. „Stein, Scharnhorst u. Schön“. Schöns Memoiren und memoirenartige Aufzeichnungen sind so unzuverlässig, daß von ihnen ganz abzusehen ist. Vgl. Boyen, Erinnerungen 2, 331: „Schön hat in seiner Natur einen unglücklichen herostratischen Zug, der ihn verhindert, fremdes Verdienst zu erkennen“.

[2]) So Schön in seinem Bericht an Hardenberg, Gumbinnen 20. Januar; Rühl, Briefe und Actenstücke z. Gesch. Preußens 1, 287. Arndts chronologische Angaben (Erinnerungen S. 185) sind nicht zuverlässig; vgl. Pertz 3, 586. — Am 19. Januar, in Lyck, erhielt Stein ein leider verlorenes Schreiben von Schön. Der Überbringer, Major Plotho, will Stein vermocht haben, nicht, wie er ursprünglich gewollt, über Rastenburg, sondern über Gumbinnen zu fahren; s. dessen Schreiben an Schön, Lyck 19. Jannar 1813 (Rühl, Briefe und Actenstücke 1, 283 f.). Auch hier heißt es: „Der Minister v. Stein fährt morgen, den 20., um 11 Uhr von hier weg und trifft also gegen die Nacht in Gumbinnen ein“.

[3]) S 190. 204.

[4]) Schön an [General Bülow], Gumbinnen 28. December 1812: m. Knesebeck u. Schön S. 313 f.

[5]) M. Knesebeck u. Schön S. 168 ff. Eine Reminiscenz an den Gegensatz zwischen Stein und Schön findet sich auch bei Arndt in seinen „Wanderungen“

Zum Glück aber regten sich auch andre Tendenzen, namentlich in der Hauptstadt, wo Stein am 22. Januar eintraf.

Die Stimmung der Bevölkerung war vortrefflich. Die Bürger und Bauern jubelten den Befreiern entgegen; es war nur Eine Stimme: los von Frankreich. Die meisten vertrauten, daß der König sich mit dem Zaren verbünden werde; doch sah man es hier und dort für ein Glück an, wenn der König in die Hand der Franzosen falle: denn nur dann würden Heer und Volk die ganze Thatkraft entfalten können, deren sie fähig seien[1]). Stein war also, insofern er die Jahre daher sein Vertrauen auf die mittleren und unteren Schichten der Nation gesetzt hatte, jetzt nicht enttäuscht. Aber auch der Adel der Provinz war in seiner Mehrheit gutgesinnt, und wenn Bürger und Bauern meistens auch jetzt noch die aus der historischen Entwickelung resultirende Zurückhaltung beobachteten, so regte sich der Patriotismus des Adels sehr nachdrücklich. Schon am 11. Januar richteten 29 Notable (darunter 25 Adliche) an den König die dringende Bitte, er möge den Entschluß fassen, der die Provinz allein retten könne, d. h. sich mit Rußland verbünden; denn es sei zu besorgen, daß das russische Heer, wenn in seiner Erwartung einen Alliirten zu finden getäuscht, an den Bewohnern Rache nehmen, wohl gar Deutschland seinem Schicksal überlassen und nur trachten werde, eine militärische Gränze für sich zu erringen. Es gab aber auch solche, die sich am Reden und Bitten nicht genügen ließen. Ein Herr v. d. Groeben berief im Namen mehrerer Gleichgesinnten auf eigene Faust eine „General-Convocation aller Kreise" nach Königsberg, „um die diensamsten Mittel festzusetzen, wie dem tiefgebeugten Vaterlande durch Gemeinsinn und vereinigte Anstrengung Freiheit und dauernde Ruhe und mit dieser jedem Einzelnen Glück

(S. 110 f.; nur hier, nicht in den „Erinnerungen"). Danach hätte Schön die Lage der fliehenden französischen Offiziere geschildert und Stein ihn mit den Worten unterbrochen: „Aber warum haben Sie die Kerle denn nicht todtschlagen lassen?" Darauf Schön: „So zornig Sie bei Gelegenheit auch werden können, Sie hätten es auch nicht gethan".

[1]) Prince Dolgorukij à Kutusoff, Königsberg 14. janvier [n. st.] 1813; Schiemann i. d. Histor. Zeitschr. (1900) 84, 237 f.

und Wohlstand wieder errungen werden können". Als Tag der Zusammenkunft war sehr bezeichnend der 24. Januar gewählt, der Geburtstag Friedrichs II.: „Die Manen unseres großen Friedrichs werden versöhnt sein, wenn wahre Vaterlandsliebe und hoher Gemeinsinn an diesem Tage unsre Beschlüsse leiten werden". Es war die Gesinnung, die York bei seiner That geleitet hatte; ganz consequent war ihm der Vorsitz in der Versammlung zugedacht[1]).

In einem schroffen Gegensatz zu diesen Bestrebungen stand die Haltung der Behörden. Seit den letzten Tagen des Jahres 1812 war die höchste Autorität in der Provinz General York; ausdrücklich hatte ihn der König angewiesen, beim Überschreiten der Gränze wieder seine alten Functionen als General-Gouverneur zu übernehmen. Sie reichten sehr weit[2]), aber York machte von ihnen nur insofern Gebrauch, als es sich um die Wiederherstellung seines arg mitgenommenen Corps handelte. Durch diese Zurückhaltung verlor der Beamtenstaat der Provinz seinen Mittelpunkt. Das Amt des Ober-Präsidenten, das Stein geschaffen hatte, war von Hardenberg wieder beseitigt worden[3]); die drei Regierungs-Präsidenten: Schön für Litauen, Wißmann für Westpreußen, Auerswald für Ostpreußen, standen sich gleichberechtigt gegenüber. Doch kam auf Auerswald insofern das Meiste an, als er auch Landhofmeister war und die ständischen Angelegenheiten von Ostpreußen und Litauen zu seinem Ressort gehörten. Wir kennen ihn schon. Er hatte für die Ideen seines Freundes Kraus gewirkt, Stein hatte ihm den ehrenvollen Auftrag ertheilt, die Nassauer Denkschrift zu prüfen, und wenn er auch in dem Verhältniß zu den ausgezeichneten Beamten seiner Umgebung

[1]) Stimmungsberichte in m. Knesebeck u. Schön S. 308 ff. Immediat-Eingabe der 29 Notabeln v. 11. Januar: Droysen, York 2, 54; R. Müller i. d. Altpreußischen Monatsschrift (1876) 13, 327 f.; Bezzenberger, Urkunden betr. d. Erhebung Ostpreußens (1894) S. 1 f. v. d. Groeben an Landrath v. Conradi (u. an andre Landräthe u. Magistrate), Plensen 18. Januar 1813; m. Knesebeck u. Schön S. 325 f. 330 f.

[2]) Droysen, York 2, 300. 317 f. 322. Ob aber damals gerade die Vollmacht von 1811 erneuert wurde (s. m. Knesebeck u. Schön S. 175), ist mir nachträglich zweifelhaft geworden.

[3]) E. Meier, Reform d. Verwaltungs-Organisation S. 214.

wohl mehr der Empfangende als der Gebende war, so mußte er auf alle Fälle den Reformern zugezählt werden[1]). Aber es stand mit ihm nicht anders als mit Schön. Niemals hätte er gewagt, die Schranken zu durchbrechen, die seine Instruction ihm setzte, und denselben Respect vor den bestehenden Autoritäten forderte er von jedermann in seinem Amtsbezirk. So dünkte ihm denn das Vorgehen Groebens als Conspiration und Aufwiegelung; nachdem er sich der Zustimmung von Yorck versichert hatte, der hier gar sehr aus der Rolle fiel, verbot er die angesagte Versammlung und ließ Groeben verhaften. Es scheint, als wenn er sich dabei durch die Furcht vor weiter gehenden Plänen der ostpreußischen Patrioten hat leiten lassen[2]); aber mochte seine Handlungsweise vom Standpunkte der Bureaukratie aus noch so correct sein, politisch betrachtet stellt sie sich als ein unverzeihlicher Mißgriff dar. Die vom preußischen Könige eingesetzten Autoritäten zeigten sich der Größe des Moments nicht gewachsen; sie bewiesen durch ihre Haltung so zu sagen urkundlich die Nothwendigkeit der Mission Steins. Es war die höchste Zeit, daß eine nicht nur bureaukratisch geschulte Hand die Zügel der Regierung ergriff.

Stein that es mit der Energie, die ihm zur andren Natur geworden. Wie lange, eigentlich doch seit jenem Novembertage des Jahres 1808, da er als verabschiedeter Minister zum Brandenburger Thore der Stadt Königsberg hinausfuhr, hatte er nur gerathen, jetzt durfte er endlich ein Mal wieder thaten. Kaum war er in Königsberg eingetroffen, als er die Weisung ergehen ließ, welche die Situation von Grund aus änderte. Von allen Maßnahmen, die er sich vorgesetzt, war die Bewaffnung der Nation die schwierigste, sie mußte also zuerst in Angriff genommen werden[3]). Noch am 22. Januar forderte er, unter Berufung auf die Vollmacht des

[1]) Theil 2, 39. 48. 191. 340. 360. 412f.

[2]) M. Knesebeck u. Schön S. 326. 330. Auerswald wurde (s. sein Tagebuch unter dem 21. Januar 1813; Altpreußische Monatsschrift N. F. 14, 310) von Präsident Wißmann auf die „Landesverrätherei des ostpreußischen Adels“ aufmerksam gemacht.

[3]) Nach den von Droysen bei Rühl, Briefwechsel Schöns m. Pertz u. Droysen S. 186 gegebenen Auszügen aus dem Tagebuch von Auerswald wäre

Zaren, den Landhofmeister auf, einen Landtag[1]) auf den 5. Februar auszuschreiben, um mit den ostpreußischen, litauischen und diesseits der Weichsel sitzenden westpreußischen Ständen über die Errichtung eines Landsturms und einer Landwehr[2]) zu berathschlagen und einen Entschluß zu fassen. Indem er dies that, blieb er mit sich selbst in Einklang; denn seitdem er begonnen politisch zu denken und erst recht nachdem er den großartigen popularen Aufschwung Rußlands mit eigenen Augen gesehen, hatte er auf die Mitwirkung der Nation gezählt. Er kam aber auch, vielleicht ohne es Anfangs zu wissen, den Wünschen der Ostpreußen entgegen: Tags zuvor hatte das ständische Comité dem Landhofmeister erklärt, daß jetzt gemeinschaftliche Berathungen in verfassungsmäßiger Form mehr als jemals nothwendig seien. Andrerseits war nicht zu verkennen, daß die Maßregel ein Mißtrauensvotum gegen die Bureaukratie einschloß. Denn das Werk der National-Bewaffnung wurde durch die Berufung eines Landtags verzögert; rascher wäre es durch eine willige Beamtenschaft

---

es schon am 22. Januar zu einem Conflicte zwischen Stein und Auerswald gekommen. Aber Droysen folgte hier einer incorrecten Abschrift; s. Rühl a. a. O. S. 192. Der correcte Text in „Zu Schutz u. Trutz am Grabe Schöns" (1876) S. 411.

[1]) Stein bedient sich des ursprünglich irrigen, aber inzwischen legalisirten Ausdrucks General-Landtag. S. Theil 2, 198.

[2]) In dem uns geläufigen Sinne kann ich das Wort Landwehr erst 1600 in einem Sendschreiben des hessischen Landgrafen Moritz nachweisen, s. Rommel, Geschichte v. Hessen (1837) 6, 748; etwas später soll es sich, nach Gansauge, d. brandenburgisch-preußische Kriegswesen (1839) S. 172, auch in Ostpreußen finden. Möser, der offenbar das lantweri in dem Capitular von 847 (Monumenta Germaniae historica Capitularia [1897] 2, 71) richtiger versteht als die Neueren (s. seine Osnabrückische Geschichte [1768] S. W. 6, 1, 341), verwendet das Wort stets als Gegensatz von Fehde. Erst Scharnhorst braucht es, und zwar 1807, in seinem „Vorläufigen Entwurf der Verfassung der Provincial-Truppen" (Reorganisation d. preußischen Armee nach dem Tilsiter Frieden 1, 91), wieder synonym mit National-Miliz, ohne jedoch bei seinen Mitarbeitern viel Beifall zu finden (ebendort 1, 93 ff.); er selbst redete 1809 wieder von einer zu errichtenden „Miliz" (s. m. Scharnhorst 2, 292). Aber allmählich drang das deutsche Wort vor; 1808 verwendet es Vincke (Bodelschwingh, Vincke 1, 401), 1811 Gneisenau (Pertz, Gneisenau 2, 116). Den Sieg errang es erst jetzt, durch Stein und Arndt. Vgl. m. Scharnhorst 2, 560. — Über das Wort Landsturm s. Theil 2, 550.

zu Stande gekommen. Aber wollte es die preußische Bureaukratie überhaupt? Wollte sie es unter den jetzigen Umständen? War sie mit ganzem Herzen dabei? Die Erfahrungen, die Stein soeben mit seinem Appell bei Schön gemacht hatte, sprachen nicht dafür. Übrigens beeilte sich Auerswald (23. Januar), der an ihn ergangenen Aufforderung nachzukommen[1]).

Noch empfindlicher war eine andere Kritik. Begreiflich, daß sich die Anhänger Groebens auf der Stelle an Stein wandten; sie beobachteten die Klugheit, ihre Convocation mit dem ausgeschriebenen Landtage in Verbindung zu bringen, so daß Stein, auch wenn er anders gewollt, für sie hätte eintreten müssen. Er ersuchte also (23. Januar) Auerswald, sehr höflich[2]) aber nachdrücklich, der Convocation keine Hindernisse in den Weg zu legen: „In diesem Augenblick der Gefahr und der Krise kommt es darauf an, den Gemeingeist zu erhalten, zu beleben, das Interesse und die Thätigkeit vieler Männer und Staatsbürger in die große Angelegenheit des Kampfes der Guten gegen die Schlechten zu verflechten und Formen in Hinsicht der Größe des Zwecks und der Reinheit der Gesinnungen zu verlassen." Wieder fügte sich Auerswald, und die Versammlung fand Statt (24. Januar). Sie gab der Stimmung, welche die Provinz beherrschte, einen neuen Ausdruck, indem sie mit dem Danke gegen den Zaren die Versicherung der Treue gegen den König vereinte; unter denen, die sie durch Deputationen zu ehren beschloß, war auch Stein, der Herold der russisch-preußischen Allianz. Der einzige namhafte Wunsch, den sie äußerte, galt der Beschleunigung der Kreis-Versammlungen, auf denen zum Landtage zu wählen war. Alles Übrige wurde, wie billig, eben diesem Landtage überlassen[3]).

---

[1]) Die Acten des Landtags bei Gerwien S. 8 ff. (fragmentarisch); Droysen, York 2, 290 ff.; Aus den Papieren Schöns 6, 63 ff.; am besten: R. Müller i. d. Altpreußischen Monatsschrift (1876) 13, 441 ff. u. (1877) 14, 101 ff. Dazu noch Bezzenberger, Urkunden betr. die Erhebung Ostpreußens S. 23 f.

[2]) „Ich schmeichele mich, bei einem Mann von E. E. Geist und Gemüth keine Fehlbitte zu thun". M. Knesebeck u. Schön S. 327.

[3]) M. Knesebeck u. Schön S. 327 ff.

Von selbst verstand es sich wohl, daß, nachdem die von Groeben berufene Versammlung als legal zugelassen war, ihr Urheber nicht länger eingesperrt bleiben durfte. Schwer begreiflich, daß die ostpreußischen Behörden ihn nicht sofort in Freiheit setzten, sondern damit warteten, bis die einheimischen Patrioten, Stein, der russische Oberbefehlshaber — die einen höflicher, die andern nachdrücklicher — die Freilassung begehrten[1]).

So weit war alles nach Steins Wunsch gegangen. Schon aber regte sich gegen sein Vorhaben auch Zweifel und Widerstand.

Ein Theil der Edelleute, freilich wohl nur eine kleine Minorität, trug Stein nach, was in ihren Augen als Adelsfeindschaft galt. So warf ihm Graf Dönhoff-Friedrichstein vor, alle Grundlagen der Existenz des Adels angetastet zu haben; zu Preußens Unheil sei er jetzt zurückgekommen; das von ihm geplante allgemeine Aufgebot sei die phantastische Idee eines egoistischen Despoten[2]). Gefährlicher schien die Opposition des Beamtenthums zu werden. Auerswald war schon, als er die Ausschreiben zum Landtag erließ, nicht mit ganzem Herzen bei der Sache, und das war, wenn man sich in seine Seele versetzt, begreiflich genug. Durch sein Circular gab er, wohl in Folge einer mündlichen Weisung Steins, dem künftigen Landtage die Form, die Stein der ostpreußischen Versammlung des Jahres 1808 verliehen hatte: neben den Rittergütern und den Städten sollten auch die kölmischen Güter vertreten und die Deputirten nicht an besondere Instructionen gebunden sein; die mit berufenen Kreise von Westpreußen bekamen gar zum ersten Male die landständische Vertretung, die sie längst ersehnt hatten[3]). Das waren constitutionelle Änderungen, zu denen der ostpreußische Regierungs-Präsident unzweifelhaft

---

[1]) M. Knesebeck u. Schön S. 195. Tagebuch v. Auerswald in Zu Schutz u. Trutz S. 418.

[2]) M. Schultze, Königsberg u. Ostpreußen zu Anfang 1813 (1901) S. 21 ff.

[3]) M. Knesebeck u. Schön S. 326. Über die Versammlung v. 1808 s. Theil 2, 199. 204; über Westpreußen Theil 2, 47. — Übrigens waren die Kölmer auch auf dem Landtage von 1809 vertreten; Voigt, Darstellung d. ständischen Verhältnisse Ostpreußens S. 91.

nicht befugt war; ja, er durfte den Landtag nicht einmal in seiner herkömmlichen Zusammensetzung zu außerordentlichen Sitzungen berufen: klar und deutlich hatte der König in dem Organisations-Edicte von 1810 die Berufung „außerordentlicher ständischer Versammlungen" von seiner Genehmigung abhängig gemacht[1]). Was sollte Auerswald thun? Steins Weisung direct zu widersprechen wagte er nicht, ihr vorbehaltlos zu gehorchen erst recht nicht: er half sich, indem er unter der Hand den Landräthen sagen ließ, sie möchten den Kreisversammlungen eröffnen, daß es sich bloß um eine Convocation von Gutsbesitzer-Deputirten handle. Gar bald wurden seine Bedenken von andren bestärkt. Auf Steins Aufforderung fanden sich auch die beiden Regierungs-Präsidenten von Litauen und Westpreußen in Königsberg ein, und diese erklärten, eben im Hinblick auf das Edict von 1810, unumwunden, daß niemanden als dem preußischen Könige die Berufung eines Landtages zustehe; Schön, der Schwager von Auerswald, that es mit besonderem Nachdruck: er will ihm gesagt haben, daß er durch seine Gefügigkeit gegen Stein ein Verbrechen begangen habe[2]). Überdies langten in diesem Moment (24. Januar) die Berliner Zeitungen vom 19. Januar an, welche verkündeten, daß York abgesetzt und verhaftet werden, das von ihm befehligte Corps aber wieder zur alleinigen Verfügung des französischen Kaisers stehen sollte. Danach schien es, als sei das Bündniß zwischen Preußen und Frankreich fester als je. Derselben Meinung werden jene Patrioten gewesen sein, die eben damals, von Berlin kommend und zum Theil von Steins altem Mitarbeiter Staegemann geschickt, in Königsberg erschienen; sie schilderten den Zustand der preußischen Hauptstadt und baten dringend, das Vorrücken des russischen Heeres zu beschleunigen[3]). In diesem Sinne

---

[1]) Gesetz-Sammlung 1810 S. 11.

[2]) Rühl, Briefwechsel v. Schön m. Pertz u. Droysen S. 188.

[3]) Steins Selbstbiographie S. 182 nennt als Deputirte die Herren v. Marwitz u. v. Kebnert. Pertz fügt (3, 295) noch hinzu die Namen des Majors v Rühle und des Rechnungsraths Rothert (verschrieben für Rother); wahrscheinlich hat er sie dem von ihm citirten Schreiben Steins an Kutusoff v. $\frac{12.}{24.}$ Januar entnommen. Über Alexander v. d. Marwitz s. die Denk-

schrieb Stein an den Oberbefehlshaber; gleichzeitig aber richtete er, müde der Willeleien des preußischen Cabinets, an Auerswald die Forderung, er möge die dienstliche Correspondenz mit Berlin einstellen[1]). Es war vergebens; im Gegentheil: Auerswald wich, gewohnt wie er war an strengen Gehorsam und unbedingte Unterordnung unter die vorgesetzte Behörde, einen ferneren Schritt zurück auf der gegen Frankreich gerichteten Bahn, die er im geheimen Vertrauen auf nachträgliche Billigung des Souveräns betreten hatte. Er befahl (25. Januar) den Landräthen, die eben erst erhaltenen Circulare für die Landtagswahl nicht zu expediren. Das schien der Conflict zu sein, wie ihn Stein in seinen Denkschriften seit 1809 besorgt hatte: auf der einen Seite die nationale Idee, angenommen von den niederen Ständen, denen sich hier zum Glück der größte Theil des Adels angeschlossen hatte; auf der andren die engherzigen, particularistischen Tendenzen der Bureaukratie. Aber es schien nur so; es gab Brücken, die herüber und hinüber führten. Welche Thorheit, wenn diejenigen, die in den dunkelsten Tagen fest zu einander gehalten hatten, jetzt, da es licht zu werden begann, sich entzweiten. Indem Auerswald jenen Befehl ertheilte, gestattete er doch die Wahl von Deputirten. Freilich rückte er nun mit seinem geheimen Vorbehalt heraus und bestimmte, daß es kein Landtag, sondern nur eine Vereinigung von Stände-Deputirten werden solle. Eine wunderliche Halbheit, aber wenn sie das Gewissen des Regierungs-Präsidenten und seiner gleich loyalen Collegen beruhigte, warum sollte sich Stein widersetzen? Name und Form verschlugen ihm nichts, wenn nur die Gewählten sich als Männer bewährten und in seinem Sinne handelten. So ließ er denn zu, daß die geforderte Versamm-

---

würdigkeiten seines Bruders (Aus d. Nachlasse v. Marwitz 1, 337), über Rühle v. Lilienstern d. Beiheft z. Militair-Wochenblatt 1847 S. 143; Rother ist der spätere Minister; mit Kehnert wäre nach Droysen (York 2, 85) Graf Schulenburg-Kehnert gemeint. Droysen schöpfte aus „mündlicher Überlieferung"; ob ihm oder seinem Gewährsmann die Betheiligten alles, was sie wußten, mitgetheilt haben?

[1]) Auerswalds Tagebuch unter dem 24. Januar 1813; Altpreußische Monatsschrift (1877) N. F. 14, 308.

lung degradirt wurde. Doch versteht man, daß dem, der sich mit den höchsten Plänen für Deutschland und die Welt trug, die Zornesader schwoll ob dieses Formalismus. „Stein nimmt sehr gebieterischen Ton an selbst gegen Yorck", schrieb Auerswald in sein Tagebuch[1]).

Die drei Regierungs-Präsidenten studirten ihre Instruction, lugten nach Berlin und thaten widerstrebend, was ihnen der Sendbote des Zaren befahl. Dieser aber nutzte seine Vollmacht aus, um für das Wohl der ihm anvertrauten Lande zu sorgen. Wer sollte es für möglich halten, daß trotz der Flucht der Franzosen ihr Werk, das Continental-System, fortbestand, das den Ruin der Provinzen zwischen dem kurischen Haff und der Weichsel vollendet hatte? Stein mußte kommen, damit es vernichtet wurde. Er unterzog sich der Aufgabe mit einer Mischung von Ingrimm und Wollust. Welch eine Genugthuung, daß es ihm vorbehalten war, von seiner Nation dies grausame Stück Fremdherrschaft zu nehmen; daneben verschwand fast die Thatsache, daß es sich hier um dieselben Landschaften handelte, für deren wirthschaftliches Wohlergehen er bereits vor dem Einbruch des Feindes, durch den Tarif von 1806, gesorgt hatte[2]). Was er jetzt that, war ein Doppeltes: er öffnete die Häfen und er cassirte den unerschwinglichen Zoll-Tarif. Die Schließung der Häfen, setzte er in seinem über die Königsberger Mission erstatteten Berichte dem Zaren auseinander, hatte den Werth der Landgüter so tief herabgedrückt, daß sehr wohlhabende, selbst reiche Familien ihren Gläubigern nicht mehr die Zinsen zahlen und ihren durch den Krieg verwüsteten Besitz nicht wieder herstellen konnten. Überdies, fuhr er fort, „haben die Erpressungen Napoleons und die Plünderungen, die seine Marschälle und der ganze Schwarm von betitelten und nicht betitelten Gaunern verübten, diese Landschaften in einer Weise erschöpft, von der man sich keine Vorstellung macht". Aber auch die fremdländischen Zollschranken mußten fallen. Stein geißelte sie mit einer Leidenschaft,

[1]) M. Knesebeck u. Schön S. 182 ff. 196. 331 ff. Zu Schutz u. Trutz am Grabe Schöns S. 449. Vgl. ebendort S. 446, gleichfalls aus Auerswalds Tagebuch (31. Januar): „Yorck . . . ist unzufrieden mit Stein wegen dessen Grobheit".

[2]) Theil 1, 340.

aus der noch ein Mal die alte Liebe zu den Lehrern seiner Jugend, dem Fürsten unter den National-Ökonomen und dem Schöpfer des preußischen Bergbaus, hervorbrach: „Der Continental-Tarif war gegründet auf das absurde Princip, zerstören zu wollen erstens den Austausch zwischen dem alten und dem neuen Continent, der für beide eine Quelle des Reichthums, des Fleißes und des Genusses geworden ist, zweitens die durch die Natur der Dinge geschaffenen Handelsverbindungen zwischen England und den baltischen Häfen, für welche jenes der einzige oder wenigstens der hauptsächliche Markt ist. Der Continental-Tarif konnte in seiner ganzen Strenge nicht einmal von Napoleon aufrecht erhalten werden: er hat Befreiungen von seinen verruchten Gesetzen unter dem Namen Licenzen verkauft, er hat den Handel seiner Vasallen geplündert, und seine Marschälle, Generäle und Consuln haben ihre Zustimmung zum Betruge sich mit Gold aufwiegen lassen" [1]).

Bajonette hatten das System aufgerichtet, Bajonette stürzten es. Dem Kriege diente es selbst, dem Kriege diente sein Untergang: von den Kaufleuten, deren Gewerbe jetzt wieder freie Bahn hatte, forderte und erhielt Stein einen Vorschuß von 300000 Thalern, die er dem General York für das Retablissement seines Corps zukommen ließ [2]). Auch für die Bedürfnisse von Truppen, dies Mal der Befreier, war die Einführung des russischen Papiergeldes bestimmt: Stein übersandte den von Fürst Kutusoff erlassenen Tarif über das Werthverhältniß der russischen und preußischen Münzen den drei Regierungs-Präsidenten zur Publication. Schön und Wißmann gehorchten; Auerswald, der durch

---

[1]) Stein à Alexandre I.; Pertz 3, 646 ff. Von diesem Bericht liegt nur das undatirte, im Nassauer Archiv aufbewahrte Concept vor. Das aujourd'hui im viertletzten Absatz (Pertz 3, 648) beweist, daß der größte Theil des Documents am 5. Februar geschrieben ist. Die beiden letzten Absätze sind nachträglich hinzugefügt, wahrscheinlich erst am 7. Februar; wenn jedoch Bogdanowitsch (Krieg v. 1813 1, 1, 224) unsren Bericht meint und dessen Datum richtig angiebt, so hat es gelautet: „Königsberg $\frac{25. \text{ Januar}}{6. \text{ Februar}}$ 1813". Daß Stein seinen eignen Bericht mitnahm (er verließ Königsberg am 7. Februar), ist nicht auffallend; Scharnhorst hat es 1811 ebenso gemacht.

[2]) M. Stein, Scharnhorst u. Schön S. 59 f.

die beiden erlittenen Niederlagen wohl sehr verstimmt war, erhob Bedenken, indem er auf die soeben in Berlin beschlossene Ausgabe von neuen Tresorscheinen hinwies: deren Umlauf werde durch die Zulassung russischen Papieres geschmälert. „Auf jeden Fall", so schlossen Auerswald und seine Räthe ihre Weigerung, „halten wir uns nach unsrer amtlichen Stellung schuldig, die Genehmigung der uns vorgesetzten Behörden über diesen Gegenstand einzuholen". Dies hieß denn doch Mücken seigen und Kameele verschlucken. Die Berufung einer ständischen Versammlung, die einen weit stärkeren Eingriff in die Prärogative des Souveräns involvirte, hatte der Landhofmeister schließlich für vereinbar mit seinem Treueide gehalten; die Ausführung einer völlig unabwendbaren, durch die einfachsten Billigkeitsrücksichten gebotenen Verwaltungsmaßregel beschwerte sein Gewissen. Wem wäre da nicht die Geduld ausgegangen. Kurz und schneidig, kraftvoll und eindringlich führte Stein dem ängstlichen Beamten die Situation zu Gemüthe: „Die preußischen Behörden stehen noch unter französischer Influenz, sie sind noch nicht fähig eines selbständigen freien Entschlusses; eine Maßregel, wie die in Rede stehende, kann also nicht von ihrem gebundenen Urtheil abhängig gemacht werden. Der Drang der Umstände ist sehr groß. Die russische Armee erhält Sold und Löhnung in Papiergeld; dieses ist das hauptsächliche Circulationsmittel im russischen Reich; der Offizier und Soldat muß in den Stand gesetzt werden, alle die mannigfaltigen Bedürfnisse sich anzuschaffen, die nicht vom Lande geliefert werden, und die russischen Staatscassen müssen nicht in Lagen gesetzt werden, die ihnen die Führung eines auswärtigen Krieges unmöglich machen. Zu alle diesem kommt der Zweck des Krieges. Er ist nicht Rußlands Selbstständigkeit, denn die furchtbaren Ereignisse des gegenwärtigen Feldzuges beweisen, daß diese gesichert ist; er ist nicht Eroberungen, dieses verbürgen die Erklärungen und die edlen Gesinnungen Sr. Majestät des Kaisers; er ist die Wiederherstellung der Selbständigkeit Deutschlands und Preußens, und zu der Erreichung dieses Zweckes ist jeder Kräftige und Verständige Gut und Blut aufzuopfern verpflichtet. Aus diesen Gründen wiederhole ich meine Aufforderung an

das hiesige Regierungs-Collegium, die Bekanntmachung der Verfügung wegen der russischen Münze noch heute zu verfügen"[1]). Das ist denn ohne ferneren Widerspruch geschehen (2. Februar). Ein Gehorsam, über dessen letzte Ursache Stein sich völlig klar war: sein mächtigster Bundesgenosse war der Franzosenhaß der Bevölkerung[2]).

Stets für beide, in seiner Idee schon verbündete Gemeinwesen, das preußische und das russische, besorgt, drang er darauf, daß das Verbot aufgehoben wurde, das gegen die Wiedereinfuhr russischen Papiergeldes in Rußland sich richtete. Er setzte ferner durch, daß die Kosten der Tausende von russischen und französischen Kranken, die in preußischen Hospitälern lagen, auf russische Rechnung übernommen und daß den Provinzen für ihre Fleisch-Lieferungen angemessene Preise gezahlt wurden. Kein preußischer Beamter hätte größeren Eifer zeigen können[3]).

Ein Moment der Ruhe trat ein. Auch wir dürfen wohl, so weit dies in so bewegten Tagen möglich ist, die Politik schweigen lassen und nach dem Urheber dieser Bewegung selbst fragen. Arndt[4]) nennt ihn den Morgenstern der Hoffnung, auf den alle geblickt hätten. „Um ihn rissen sich Freunde und Feinde — ich sage, auch Feinde; denn die Feinde kamen auch wohl heran, aus Furcht und für den Schein, oft mehr als Lauscher, Späher und Berichterstatter. Der große Mann sollte nun in Allem sein, bei Allem sein, er konnte vor Festschmäusen und Mittagstafeln, meistens doch von seinen Getreuesten angerichtet, sich kaum retten, wich den meisten aus, weil er dafür weder Zeit noch Gesundheit übrig hatte; wo er aber erschien, war jetzt, durch ein in den deutschen Gränzen gleichsam mächtiger erglühtes und erblühtes Leben, in ihm die Lust der Muthigen,

---

[1]) Im mündlichen Verkehr zwischen Stein und Auerswald sind schärfere Worte gefallen; s. m. Stein, Scharnhorst u. Schön S. 59.

[2]) Pertz 3, 282 ff. Stein à Alexandre I. (Pertz 3, 648): L'esprit public était monté, tous les cœurs remplis de sentiments de vengeance et de haine contre l'oppresseur et ses satellites, et les régences n'ont pu s'opposer à son élan.

[3]) Pertz 3, 279 ff. 648.

[4]) Arndt, Wanderungen S. 121.

das Schrecken der Feigen, durch Schritt und Tritt und Blick und Rede den Kühnsten voran". Aber die Überschwänglichkeiten dieser Schilderung finden in den Briefen, die Stein seiner Frau schrieb, kein Echo. Er ist mit einem kleinen Anfall von Gicht, der ihn betroffen, nicht unzufrieden; denn er sieht sich durch ihn gerettet vor der Langenweile der Gesellschaften Königsbergs, über das er wieder sehr despectirlich redet[1]).

Entrückt den Debatten sowohl wie den Gastmählern, wird Stein die also gewonnene Zeit benutzt haben, um mit seinem Begleiter die doch auch dringenden literarischen Arbeiten zu besprechen. Vom „Soldaten-Katechismus" wurde eine neue Auflage in Angriff genommen; wir kennen sie nicht und hören nur, daß der verwegene Autor sie als „eben so revolutionär" wie die erste bezeichnet[2]). Ganz auf denselben Ton wie der Soldaten-Katechismus war eine Schrift zu Gunsten der Deutschen Legion gestimmt[3]). Wichtiger aber war, wie die Dinge lagen, eine andre Aufgabe. Landwehr und Landsturm sollten errichtet werden; wer aber wußte in Ostpreußen von dergleichen? Die alte einheimische Form der Bewaffnung, die der Wybranzen, war längst der Abneigung, mit der sie von den Schöpfern des stehenden Heeres verfolgt wurde, erlegen. Dringend nöthig erschien es, die Bevölkerung aufzuklären, und dies hat denn Arndt mit gewohnter Meisterschaft gethan[4]). „Die Landwehr", erörtert er, „wird ordentlich soldatisch geübt und bewaffnet und ist bestimmt,

---

[1]) Stein à Mme de Stein, Königsberg 3. février 1813: Königsberg est, comme toujours, très maussade.

[2]) Meisner u. Geerds, E. M. Arndt S. 92.

[3]) Anonym erschienen: „Zwei Worte über die Entstehung und Bestimmung der Teutschen Legion 1813". Die Zeit der Abfassung ergiebt sich aus S. 10; besonders charakteristisch ist S. 19.

[4]) „Was bedeutet Landsturm und Landwehr?" Der älteste der mir vorliegenden Drucke verzeichnet auf der Titelseite weder den Verfasser noch die Zeit oder den Ort des Erscheinens; daß er in Königsberg erschien, ist durch das Zeugniß des Autors („Arndts Schriften für u. an seine lieben Deutschen" 1, 289) verbürgt. Die späteren Auflagen (die letzte in „Arndts Schriften" a. a. O.) sind wenig oder gar nicht geändert; doch erhielt die des Jahres 1815 einen längeren Zusatz.

nicht allein die Landschaft, wo sie errichtet wird, zu vertheidigen, sondern auch weiter auszuziehen und das wirkliche Kriegsheer zu verstärken: sie ist die Wehr des Vaterlandes in Zeit des Krieges. Der Landsturm besteht neben und außer der Landwehr aus allen waffenfähigen Männern ohne Unterschied des Alters und Standes. Er ist bloß bestimmt, die Landschaft und den nächsten eigenen Herd zu beschützen. Er gebraucht alles, was Waffen heißt und wodurch man Bedränger ausrotten kann; auch sind ihm alle Kriegskünste, Listen und Hinterlisten erlaubt, wodurch er mit der mindesten Gefahr bei Tage und Nacht den Feind vertilgen kann". Den nahe liegenden Einwand: wir haben ein Heer, wozu also Landwehr und Landsturm, schneidet Arndt mit einer Kritik der stehenden Heere ab, aus der uns einige Töne seines „Soldaten-Katechismus" entgegenklingen. Landwehr und Landsturm sind eine uralte und löbliche Sitte gewesen und erst durch die stehenden Heere verdrängt worden; diese aber haben die Siege der Franzosen nicht aufhalten können. Besser wurde es erst, als das Volk selbst aufstand: 1808 in Spanien, 1809 in Österreich, 1812 in Rußland. So muß es auch in Deutschland wieder werden. Wehe denen, welche saumselig sind oder sich gar widersetzen wollen. Im Sinne Steins werden sie mit den strengsten Strafen bedroht: „Jeder, der mit seinem Volke nicht Glück und Unglück, Noth und Tod theilen will, ist nicht werth, daß er unter ihm lebe, und muß als ein Bube oder Weichling aus ihm ausgestoßen oder vertilgt werden". Mit Gottes Hülfe werden Landwehr und Landsturm der Deutschen bewirken, was die Deutschen herbeisehnen. Da folgen Worte, die wir als das politisch-militärische Programm auch von Stein ansprechen dürfen: „Wollen deutsche Männer künftig in Ehren leben, so müssen die uralten deutschen Gränzen, so weit Gott in deutscher Zunge angebetet wird, wieder erobert werden; der Rhein und die schönen deutschen Landschaften jenseits des Rheines müssen wiedergewonnen werden. Bleibt der Rhein französisch, so steht das treulose und räuberische Volk immer noch nicht allein auf Deutschlands sondern auch auf Europas Nacken"[1]). Und ist der Krieg

[1]) Vgl. E. M. Arndt, Erinnerungen S. 203 f.

siegreich beendet, so sollen Landwehr und Landsturm nicht aufhören. Vielmehr hofft der Autor, daß im deutschen Volke ein Geist erwachen wird, „der Einrichtungen herbeiführt, die nicht geradezu soldatisch sind, die aber das Volk so wehrhaft und kriegerisch machen, daß es künftig vielleicht zwei Drittel der stehenden Heere abschneiden und dadurch eine unendliche Last von seinem Rücken wälzen kann.“

Während dies erwogen, vielleicht schon niedergeschrieben wurde, nahte der Tag des Zusammentritts der Stände, und die Frage erhob sich, wer soll den Vorsitz übernehmen. Da der Versammlung durch die jüngste Wendung der Dinge der Charakter eines Landtags genommen war, hätte man ihr die Wahl des Präsidenten überlassen müssen; aber die in den Dingen ruhende Folgerichtigkeit zerriß die Spinneweben der juristischen Casuistik. Jedermann behandelte die Versammlung doch als das, was sie war, als Landtag; Auerswald sonderlich hielt daran fest, daß er der verfassungsmäßige Präsident sei. Denn als er plötzlich krank wurde — Stein brauchte noch nach langen Jahren das bittere Wort: „Herr v. Auerswald, die Rückkehr der Franzosen fürchtend, legte sich zu Bett“ —, ernannte er zu seinem Stellvertreter den Director des ständischen Comités, den Geheimen Justiz-Rath Brandt; er that es, ohne sich mit Stein darüber zu benehmen. Das war keine glückliche Wahl, denn je anfechtbarer die Legalität der Versammlung war, desto mehr bedurfte sie der starken Hand eines bedeutenden Mannes, dessen Autorität von allen geachtet wurde. Wäre in Steins Seele ein Funke von falschem Ehrgeiz gewesen, so hätte er den Vorsitz für sich beansprucht; hatte ihn doch die Convocation des 24. Januars mit lautem Danke gegrüßt, flogen ihm doch die Herzen aller Patrioten entgegen. Aber er ließ sich nicht hinreißen, er wollte jede etwa aufsteigende nationale Empfindlichkeit schonen, und deshalb sah er sich erst um, ob sich im Lande Männer fänden, die Muth genug für die verantwortungsvolle Aufgabe besaßen. So forderte er denn von neuem Schön auf, nach Königsberg zu kommen, dies Mal um das Präsidium in der ständischen Versammlung zu führen. Er erschien[1]), aber setzte die schwächliche

[1]) Am 1. Februar erging die Einladung Steins an Schön; am 3. er-

Haltung fort, die wir kennen. Unwiderleglich zeigte er jetzt, daß er zu den problematischen Naturen gehörte, die stärker im Kritisiren als im Handeln sind, die der Anlehnung an Größere bedürfen, die nur an zweiter Stelle ihre Tugenden entfalten können[1]). Vielleicht, daß seine alten Bedenken noch gesteigert wurden durch das soeben veröffentlichte Publicandum, in dem der König seine Unterthanen ermahnte, sich in allen Stücken gegen das kaiserlich französische Militär so zu betragen, wie es dem Verhältniß gegen Alliirte angemessen sei. Genug, er ließ sich die Gelegenheit entgehen, der ersten vom Geiste einer neuen Zeit erfüllten öffentlichen Versammlung, welche Preußen sah, zu präsidiren. „Ich fand", schrieb er bald darauf, „für mich keine Befugniß, mich in ständische Angelegenheiten, die nicht zu meinem Officio gehören, zu mischen".

Von Schön abgewiesen, wandte sich Stein an Yorck; die Zeit drängte: es war der 4. Februar, in wenigen Stunden sollten die Sitzungen beginnen. Aber auch Yorck (er kam persönlich zu Stein) weigerte jede Einmischung in die heikele ständische Angelegenheit. Durch den neuen Widerstand auf das heftigste erregt, drohte nun Stein, dann würde er selber der Versammlung präsidiren; und das hatte wieder zur Folge, daß Yorck erklärte, er würde sich in diesem Falle von Allem zurückziehen. Aber nicht das sollte der Ausgang der mit so großen Hoffnungen begrüßten Mission Steins sein. Die Verhandlungen wurden fortgesetzt, wie man gern annimmt unter Mitwirkung des gleichfalls anwesenden Schön, und es kam zu einem Compromiß. Yorck gab nach; er forderte nur, daß man ihn mit dem Präsidium verschone, mitwirken aber wollte er, und zwar an erster Stelle. Der tapfere Kriegsmann, zu dessen Amte die ständischen Angelegenheiten gewiß noch viel weniger gehörten als zu dem des Regierungs-Präsidenten von Gumbinnen, dachte doch höher von seiner Pflicht gegen das Vaterland: er hatte das Vertrauen zu sich

---

schien er. Auerswalds Tagebuch in „Zu Schutz und Trutz am Grabe Schöns" S. 461.

[1]) Gneisenau an Stein o. D. [Ende 1812]: „Auch scheint er [Schön] mir den im Sturm nöthigen Muth nicht zu besitzen". Pertz, Gneisenau 2, 468.

selber, das in den letzten Wochen so manches Mal von ihm gewichen war, wieder gefunden; was er jetzt wagte, war doch eine Art neues Tauroggen. Man kam ferner überein, die Stellung des von Auerswald ernannten Substituten nicht anzufechten, ihm namentlich die Eröffnung der Versammlung und die Verlesung des kurzen Steinschen Proponendums anzuvertrauen. Wenn dies geschehen, sollten einer oder mehrere von den Deputirten die Leitung der Stände durch Yorck fordern; der General versprach, wenn dies durchgegangen wäre, selber in der Mitte des Landtags zu erscheinen und die von Stein gewünschte Ansprache zu halten. Wahrscheinlich ist damals auch bereits beschlossen worden, neben der officiellen Tagung der Stände private Versammlungen halten zu lassen, denen dann Alexander Dohna zu präsidiren hätte. Erinnern wir uns, daß Stein ihn vor Kurzem für einen Minister-Posten empfohlen hatte[1].

Dies Programm ist dann am 5. Februar inne gehalten und ausgeführt worden. Yorck wurde gerufen und erklärte, daß er als Gouverneur von Preußen und als der treueste Unterthan Seiner Majestät die Provinz, von deren Treue und Anhänglichkeit er völlig überzeugt wäre, zu einer kräftigen Vertheidigung des Vaterlandes aufforderе. Da jetzt die Verbindung seines Truppencorps mit Seiner Majestät gehemmt wäre, so würde er, Kraft der ihm als General-Gouverneur ertheilten Autorität, wie bisher auch ferner handeln. Seine Pläne könne er nicht im Einzelnen der gesammten großen Versammlung vorlegen; sie möge eine Commission wählen, die diese Vorschläge anhöre, discutire und dann dem Plenum vortrage.

Damit ist nun aber der Antheil Steins an dem großen Ereigniß nicht abgeschlossen. Auch der Entwurf zu einem Wehrgesetze, welcher der von den Ständen gewählten Commission vorgelegt wurde, entsprang seiner Initiative. Von vorn herein war es sein Vorsatz, an die Ideen von Scharnhorst anzuknüpfen. Als dessen Interpreten und Herold hatte er während der letzten Tage des Petersburger Aufenthalts Friedrich Dohna ins Auge gefaßt[2]. Aber der wackere

[1]) M. Knesebeck u. Schön S. 197 ff. 340 f. Vgl. oben S. 199.

[2]) Aus d. Papieren Schöns 6, 61.

Graf, einer der Eifrigsten in der Deutschen Legion, verstand besser mit dem Schwerte als mit der Feder umzugehen; an seine Stelle trat Clausewitz, der Begabteste unter allen Schülern Scharnhorsts, der überdies soeben als Bevollmächtigter des Generals Wittgenstein sich das größte Verdienst um das Zustandekommen der Convention von Tauroggen erworben hatte. Der Aufforderung Steins folgend, schrieb er seine Ansichten über Organisation eines Landsturms und einer Landwehr nieder, und diese Aufzeichnung ist die Substanz des Gesetzes geworden. Zunächst benutzte sie Alexander Dohna zur Ausarbeitung eines Entwurfs, der dann Stein zur Kritik vorgelegt wurde. Dieser nahm nur wenige, aber bezeichnende Änderungen vor. Er wollte, daß den Wehrmännern zwei Abzeichen gegeben würden: die National-Cocarde und das Kreuz; jene eine unmittelbare Nachahmung des revolutionären Frankreichs, dieses das Symbol seiner religiösen Stimmung, die durch das Gottesgericht der letzten Monate weiter verstärkt worden war. Ferner verlangte er, daß die höchste für die Organisation der Landwehr eingesetzte Behörde nur das erste Mal von oben ernannt, später durch das ständische Comité erwählt werde. Endlich gab er noch ein Mal seinem Mißtrauen gegen die Bureaukratie Ausdruck, indem er den Zusatz machte: „Derjenige Beamte, der sich für den Feind zu Ausschreibungen von Fuhren, Lieferungen, Arbeiten, Geldleistungen brauchen läßt oder sonst hülfreiche Hand leistet, wird als ein Landesverräther behandelt“ [1]).

Nicht alles ist von den Ständen acceptirt worden; sowohl die Commission wie das Plenum — jene tagte am 6., dieses am 7. Februar — zeigte hier und sonst einen eigenen Willen [2]). Aber in der

[1]) Gerwien S. 11. M. Knesebeck u. Schön S. 215 ff. Bezzenberger S. 20 ff.

[2]) Sie nahmen die National-Cocarde an (das Kreuz scheint schon von Yorck verworfen zu sein, s. Bezzenberger S. 27); sie überboten die ständische Forderung Steins; der letzte Zusatz Steins verfiel demselben Schicksal wie der gesammte Abschnitt über den Landsturm: er wurde gestrichen. Das geschah vielleicht Auerswald zu Liebe, der die Steinsche Forderung eines Landsturms für etwas Außerordentliches gehalten zu haben scheint; s. sein Tagebuch unter dem 23. Januar: Altpreußische Monatsschrift 14, 308. Am 7. Februar schrieb er dann an Alexander Dohna, zur Ausführung des Landsturms treibe jetzt

Hauptsache erfüllten sie Steins Wunsch: sie willigten in die Aufstellung einer Landwehr, und zwar in Höhe von 20000 Mann[1]). Eine wahrhaft großartige Leistung, die in das gebührende Licht erst tritt, wenn man erwägt, was die Provinz gleichzeitig zur Ergänzung des Yorckschen Corps that und welche namenlosen Leiden über das arme Land zwei Mal binnen Kurzem verhängt worden waren: erst durch den Krieg von 1807, dann durch die Märsche des Jahres 1812. Es war ein würdiges Gegenstück zu dem patriotischen Opfermuth, den der Landtag von 1808 bekundet hatte.

Nach Beendigung des Freiheitskrieges schrieb Gneisenau: „Daß die Ostpreußen und Litauer den übrigen Provinzen in Bildung ihrer Landwehr mit schönem Beispiel vorleuchteten, werden sie sich und die Völker ihnen ewig zum Ruhm rechnen“[2]). Er hatte Recht: es war die erste Landwehr, die im modernen Preußen geschaffen wurde, und deshalb macht der Landtag von 1813 in der Geschichte des preußischen Staates und Heeres Epoche. Größer noch ist seine constitutionelle Bedeutung. Alle Treuversicherungen und Rechtsfictionen können nicht über die Thatsache hinwegtäuschen, daß wir es hier mit einer Durchbrechung der Rechtsnormen zu thun haben. Niemanden außer dem Könige selbst stand es zu, den Landtag zu berufen, und nichts ist sicherer als daß der gegenwärtige Träger der Krone sowohl wie ihr erster Berather, wenn sie um ihre Zustimmung befragt worden wären, sie verweigert hätten; insofern konnten die Gegner Stein mit Fug und Recht der Anstiftung von Revolution und Insurrection zeihen. Doch erscheint das Ereigniß nicht ganz unvermittelt in der Geschichte der Landschaft, wo es sich zutrug. Wie viel selbstbewußte Ständeversammlungen haben während des 16. und 17. Jahrhunderts in Königsberg getagt, und wenn auch die Führer von ehemals, Oberst Kalckstein und Schöppenmeister Roth, aus einem derberen

noch keine Gefahr: s. die Erklärung der drei Söhne von Auerswald in den „Elbinger Anzeigen“ 1838 Nr. 63 Beilage (8. August); Gerwien S. 13; Bezzenberger S. 25 ff.

[1]) M. Knesebeck u. Schön S. 339. Pertz 3, 292.

[2]) Delbrück, Gneisenau (1880) 5, 100.

Holze geschnitzt waren: etwas von dem Trotze dieser Parteihäupter lebte doch in dem Anstifter der Versammlung vom 24. Januar 1813 fort; selbst das Wort Landesverrätherei ist damals von Seiten der Gegner gefallen. Auch die Nullität der Monarchie war in diesem Moment kaum geringer als in den Tagen des ständischen Regiments; der Königsberger Landtag ist auf politischem Gebiete, was die Convention von Tauroggen auf militärischem war. In der Reihe der ständischen Versammlungen des beginnenden 19. Jahrhunderts steht er neben den Cortes von Cadix: hier wie dort hatte die Krone keinen Einfluß. Und wenn die Spanier eine viel umfassendere Aufgabe, die Formulirung einer Constitution, zu lösen hatten, so besteht eine weitere Ähnlichkeit in der Überwindung der altüberlieferten Gegensätze von Stand zu Stand und Provinz zu Provinz. Adliche, Bürger und Kölmer wirkten in Königsberg einträchtig zusammen; ein letzter Rest von Provincialismus trat in der Bestimmung zu Tage, daß die Landwehr nicht jenseit der Weichsel gebraucht werden solle, aber die beigefügte Entschuldigung[1]) zeigte deutlich, daß man sich bewußt war, die Ausnahme von einer Regel zu verlangen, deren Verbindlichkeit für den gesammten Staat sonst jedermann zugestand. Nehmen wir noch hinzu, daß das polnische Gemeinwesen, auf das sich die preußischen Stände früher so oft gestützt hatten, jetzt ihnen in feindlicher Rivalität gegenüberstand, so hatte der nationale Staat es auch hier davon getragen über den altständischen sowohl wie über den bureaukratisch-absolutistischen. Zu verwundern wäre es nicht, wenn Stein, der Urheber der entscheidenden Wendung, etwas wie Genugthuung empfunden hätte über die Demüthigung dieser Monarchie, die das Jahr zuvor die Allianz mit dem National-Feinde eingegangen war und nun die Folgen tragen mußte.

Wenn man die Protokolle der Februar-Versammlung mit denen

---

[1]) „in Hinsicht auf den Verlust von mehr als einer halben Million Menschen, welche die ohnehin menschenarme Provinz Preußen auf dem rechten Weichsel-Ufer durch den früheren und gegenwärtigen Krieg erlitten hat“. Bezzenberger, Urkunden S. 46.

der Januar-Convention vergleicht, so fällt auf, daß sich hier ein Dankesvotum für Stein findet, dort es, wenn überhaupt vorhanden, nur indirect erstattet wird. Die Überlieferung über das ganze Ereigniß scheint von vorn herein tendenziös beeinflußt zu sein; die Protokolle und offiziellen Berichte über die ständische Versammlung vermelden auch so gut wie nichts von der russenfreundlichen Stimmung, die doch unzweifelhaft vorhanden war. Natürlich: je weniger die Stände sich auf eine vom legitimen Landesherrn ergangene Berufung stützen konnten, desto loyaler suchten sie ihm gegenüber zu erscheinen; in noch höherem Grade waren von diesem Wunsche die betheiligten Regierungs-Präsidenten erfüllt. Nach dem Berichte von Auerswald hätten die Stände in ihrer Sitzung vom 7. Februar erklärt, daß es der Vollmacht des Ministers Stein nicht bedürfe, da sie ihre Berathungen unter der Autorität von York gehalten hätten; Schön will gehört haben, daß sie Stein zur Antwort gegeben: keine fremde Macht könne sie zu einem Beschlusse veranlassen. Die Protokolle wissen davon nichts; dagegen verzeichnen sie einen Antrag, der darauf gerichtet gewesen, die Steinsche Vollmacht aus den Acten zu entfernen; andere Deputirte hätten sich wenigstens gegen die Folgerung verwahrt, daß die versammelten Stände nur nach dem Wunsche des russischen Kaisers beschlössen. Man erfährt nicht, wer den Antrag gestellt und wie viele ihn unterstützt haben. Aber es wäre begreiflich, wenn die Opposition von Auerswald und Schön nicht ohne Einfluß auf die Versammlung geblieben wäre. Was für Motive auch den Antragsteller getrieben haben mögen, er handelte weder logisch noch dankbar. Die Vollmacht Steins war das Fundament, auf dem die Versammlung ruhte: was hatten denn Auerswald und Schön und York gethan, um die Stände zu vereinigen? Die Sache war doch so stark, daß sie eine Erwiederung herausforderte. Alexander Dohna erhob sich und erklärte: „Die bisherige Verhandlung habe zur Genüge bewiesen, daß des russischen Kaisers Majestät loyal genug gedacht und der Provinz allein überlassen hätten, alles, was sie für möglich hielte, zum Besten des Königs und des Vaterlandes zu thun“. Aber völlig ist das Problem für die historische Kritik auch

hiermit noch nicht gelöst. Nach der ursprünglichen Fassung des Documents, dem wir die Erhaltung der Dohnaschen Rede verdanken, hätte der Redner das Lob loyaler Gesinnung nicht nur dem Zaren, sondern auch „dessen Bevollmächtigten, dem Herrn Minister v. Stein Excellenz" zu Theil werden lassen; später aber sind diese Worte wieder ausgestrichen. Dem Charakter von Dohna würde es besser entsprechen, wenn wir annehmen dürften, daß er Stein nicht übergangen hätte; dann wäre Steins Name von der Hand eines persönlichen Feindes getilgt worden. So oder so: die Historie wird nur, insofern sie der Moral einen Einfluß auf ihre Urtheile gestattet, den kleinen Geistern grollen, die hier am Werke gewesen sind, eine große That zu verunglimpfen. Sie gönnt es den Zeitgenossen, daß sie wahres Verdienst nach Gebühr würdigen, aber ihren hohen Beruf, den Helden zu kränzen, braucht sie mit niemanden zu theilen[1].

Von vorn herein hatte Stein die Absicht, nur kurze Zeit in Königsberg zu weilen: so sicher war er eines raschen Erfolges[2]. Als die Annahme des Wehrgesetzes feststand, verließ er die Stadt — es war am 7. Februar — und begab sich ins Hauptquartier des Zaren zurück, das inzwischen nach Plozk an der Weichsel verlegt war[3].

Hier reiften die Dinge zur Entscheidung. Die Polen schwiegen noch immer, Stein dagegen konnte dem Zaren nunmehr die 20 000 Mann, welche die ost- und westpreußischen Stände bewilligt hatten, zur Verfügung stellen. Ohne die Convention von Tauroggen, so erläuterte er einem alten Bekannten, hätte Kutusoff nicht über die Weichsel gehen können: jetzt setze die Opferwilligkeit der Preußen die Russen in den Stand, die Weichsel zu überschreiten und Polen

[1]) Altpreußische Monatsschrift 13, 458. 461. 626. 14, 104 f. M. Knesebeck u. Schön S. 211 f. 341. Eine Kundgebung aus der Mitte der Versammlung zu Gunsten Schöns Altpr. Monatsschr. 14, 109 ff.

[2]) Stein à Mme de Stein, 23. janvier 1812 [verschrieben für 1813]: Je me trouve a Koenigsberg depuis hier, j'y resterois quelques jours. Stein an Scharnhorst, Königsberg 23. Januar 1813: „Ich hoffe, Sie in weniger Zeit meiner Hochachtung auch mündlich zu versichern".

[3]) M. Stein, Scharnhorst u. Schön S. 64 ff. Vgl. oben S. 247.

im Zaum zu halten. Stein konnte es wagen, dem Zaren eine strengere Behandlung des Herzogthums Warschau anzuempfehlen. Dabei hielt er sich immer noch fern von Übelwollen oder gar Gehässigkeit. Er glaubte zu wissen, daß die polnische Armee einen tiefen Haß gegen Napoleon hegte, weil er sie auf die Schlachtbank geführt und ihr seine wahre Absicht verschwiegen habe, welche gewesen sei, Polen preis zu geben. Was Stein vorschlug, waren Maßregeln gegen die noch vorhandenen Franzosenfreunde und ihre Organe. Wie einst in Preußen, dann in Österreich, so richtete er jetzt auch in Polen sein Augenmerk auf die Schule: man müsse die der Jugend eingepflanzten Leidenschaften des Hasses, der Rachsucht und der Verfolgungssucht vertilgen und ihr vielmehr die Vorstellungen eines bürgerlichen, friedlichen Lebens, als den Inbegriff wahrhafter Glückseligkeit, einimpfen[1]).

Mochten diese Zukunftspläne glücken oder nicht, für den Moment war etwas Großes erreicht: die Bahn zur Allianz mit Preußen war frei.

Je näher nun die Entscheidung rückte, desto mehr wuchs die Ungeduld und das Ungestüm des großen Patrioten. Kaum in Plozk angekommen, überreichte er dem russischen Kaiser eine Denkschrift, die mit den Worten begann: „Das wesentlichste Ziel, das man sich setzen muß, ist, den Schwankungen Preußens ein Ende zu machen und so viel Terrain wie möglich in Deutschland zu gewinnen“. Weiter, den Nagel auf den Kopf treffend, erörterte er: die Haltung Preußens habe ihren Grund in der unglücklichen Neigung des Königs, sich nicht zu entschließen, und in der Neigung Hardenbergs, sich nur langsam zu entschließen. Um dem ein Ende zu machen und das Bündniß zu Stande zu bringen, möge der Zar ihn nach Breslau schicken, wohin Friedrich Wilhelm inzwischen seine Residenz verlegt hatte. Noch waren die Straßen dorthin im Bereiche der Feinde:

[1]) C. L. E. v. K[nobloch] in den „Elbinger Anzeigen“ 1838 Nr. 27 (4. April). Denkschrift v. Stein, [Plozk] 1. Februar 1813 (a. St. = 13. Februar n. St.); ursprünglich sicher französisch, aus dem Russischen übersetzt und mir mitgetheilt von meinem Collegen Askenazy in Lemberg.

fiel Stein in deren Hände, so endete er, den der Cäsar geächtet und soeben wieder seinen Trabanten als Revolutionär stigmatisirt hatte[1]), unfehlbar auf dem Sandhaufen; aber das focht ihn nicht an, er beschränkte sich darauf, hinzuzufügen: „Vielleicht muß man mir eine Escorte von 50 Kosacken mitgeben". Untrennbar wie Politik und Strategie sind, hatte Stein von je her das lebhafteste Interesse auch für die militärischen Dinge bekundet. Jetzt schien es ihm dringend geboten, den Vormarsch auf das äußerste zu beschleunigen, damit die ihrer Befreiung entgegenharrenden Deutschen der Knechtschaft entledigt würden und sich unter die Fahnen des vaterländischen Heeres stellen könnten. Noch hatte der Vicekönig von Italien, der das französische Heer befehligte, sein Hauptquartier in Posen, und eine seiner Divisionen (unter General Grenier) stand, eben erst herangezogen und darum leidlich kampffähig, weiter rückwärts: wie das russische Hauptquartier meinte, in Berlin. Indem Stein für sicher annahm, daß der allgemeine Rückzug der Franzosen unaufhaltsam sei, wollte er um jeden Preis verhindert sehen, daß Grenier sich in Magdeburg einniste. Also möge die russische Armee, die von Wittgenstein befehligt wurde, oder wenigstens ein Corps von 18000 Mann, verborgen hinter eine Wolke von Kosacken, an die Oder vordringen, sie bei Wrietzen überschreiten und auf der kürzesten Linie, über die Berlin-Frankfurter Straße hinfort, gegen Magdeburg rücken, gleichzeitig aber ein Detachement weiter südlich[2]) über die Elbe entsenden, damit die Festung auch auf dem linken Ufer bedroht werde. Sie sei, wenn es gelinge Grenier zuvorzukommen, ohne Garnison, die Bürgerschaft aber gutgesinnt und stark genug, um selbst die Thore zu öffnen. Wenn das glücke, so sei der Krieg endgültig auf das andre Ufer der Elbe verpflanzt; wenn nicht, so könne man wenigstens Grenier zu einer übereilten und verlustreichen Räumung Berlins zwingen. Gleichzeitig konnte Stein dem Zaren zwei wichtige Mittheilungen machen: Yorck hatte sich ihm gegenüber in Königs-

[1]) Napoléon aux rois de Westphalie, de Bavière et de Wurtemberg etc., Paris 18. janvier 1813; Correspondance de Napoléon 24, 406.

[2]) Bei Roslau.

berg bereit erklärt, die Belagerung von Danzig zu übernehmen, wenn es positiv von ihm gefordert würde, und General Dörnberg, der tapfere Widersacher des Königreichs Westfalen, bereitete sich zu einer neuen Unternehmung auf Kassel vor, um durchzusetzen, was ihm 1809 mißglückt war[1]).

Großartige Conceptionen, zu denen sich aber die russische Heerführung nicht aufschwingen konnte. Offenbar wollte sie erst der Allianz mit Preußen ganz sicher sein, und eben jetzt wurde die bevorstehende Ankunft eines preußischen Unterhändlers gemeldet[2]). Friedrich Wilhelm und Hardenberg regten sich, freilich in ihrer Weise.

Der Versuch, an Österreichs Seite die Rolle des bewaffneten Vermittlers zu übernehmen, war an dem Widerwillen der Hofburg gescheitert; das Ereigniß von Tauroggen wirkte nach der preußischen Seite eben so stark wie nach der russischen; endlich konnte man sich am preußischen Hofe nicht die Augen verschließen gegen die großen Anerbietungen des Zaren, von denen die schroffe, jedes wirkliche Zugeständniß weigernde Haltung Napoleons auf das grellste abstach. Der Umschwung trat, wie Stein richtig vorausgesehen hatte, zuerst bei Hardenberg ein. In dieser Stimmung richtete der preußische Staatskanzler an seinen alten Mitkämpen ein Schreiben, das diesen vielleicht noch in Königsberg erreicht hat; er übermittelte ihm hier den Gruß des Königs und sprach in dessen Namen die Erwartung aus, daß er sich der Angelegenheiten des Monarchen in Preußen, die besonders in dem gegenwärtigen kritischen Augenblick große Aufmerksamkeit erheischten, mit Sorgfalt annehmen werde[3]). Trat schon hier ein leises Unbehagen zu Tage, so steigerte sich dies durch die Nachrichten, die bald darauf über die Königsberger Vorgänge in

---

[1]) Stein à Alexandre I., Plock $\frac{10.\ \text{février}}{29.\ \text{janvier}}$ 1813; m. Scharnhorst 2, 657 f. Mit M. de Gilsdorff (in der letzten Zeile) ist wahrscheinlich Ernst v. Pfuel gemeint, der seinem Namen Gielsdorf hinzuzufügen pflegte. Vgl. m. Knesebeck u. Schön S. 60 f.

[2]) Droysen, York 2, 121.

[3]) Hardenberg an Stein, Breslau 1. Februar 1813; Duncker i. d. Zeitschrift f. preußische Geschichte (1871) 8, 793.

Breslau eingingen[1]). Sie bewogen denjenigen, auf welchen der preußische Monarch damals am meisten hörte, den leider einst von Stein selbst geschätzten und empfohlenen Ancillon zu einer Denunciation, wie sie nur Parteihaß eingeben kann: in einer an den König gerichteten Denkschrift warf er dem „Manne, der jetzt in Ostpreußen an der Spitze der Verwaltung steht", republikanische Grundsätze vor. Wenn damit gemeint war, daß Stein das Wohl der Nation höher stellte als das Dasein der einzelnen Dynastien, so traf die Anklage zu; aber wie sehr verkannte der Ankläger das Streben des Reformators, das auf die Erhaltung gerade der monarchischen Formen und auf die Machtvermehrung des preußischen und des österreichischen Herrscherhauses gerichtet war. Vollkommen richtig erfaßte dagegen Ancillon wieder die Situation, wenn er sich als Preußen pries, seinen Widersacher als Deutschen ausgab. „Wir sind", rief er, „zuallererst Preußen". Deshalb war er bereit, Napoleon das westliche Deutschland ebenso wie Holland, Italien und Spanien zu lassen, wenn nur Preußen wieder seine Oder-Festungen, Magdeburg, vielleicht noch die Altmark, jedenfalls und vor Allem aber Danzig und das Herzogthum Warschau zurückerhielt. Mochte dann Deutschland in Fesseln bleiben, Preußen hatte wieder eine angesehene Stellung unter den Mächten. Auf diese Bedingungen sollte nun nach dem Vorschlage Ancillons Preußen zunächst Frieden und Bündniß mit Rußland verabreden, dann aber die Vermittelung zwischen Frankreich und Rußland übernehmen, dergestalt daß vor Allem Waffenstillstand geschlossen und eine neutrale Zone gebildet würde, indem die russischen

[1]) Die Übermittler dieser zum Theil sehr übertriebenen Nachrichten sind noch nicht durchweg festgestellt. Sicher gehörte zu ihnen der Polizei-Director Flesche in Memel, der z. B. berichtete: „Ich irre nicht, wenn ich glaube, der Tugend-Verein ist erstanden, eine Volksregierung wird hier bald erscheinen". Vgl. m. Knesebeck u. Schön S. 322. Wer aber mag Hardenberg zugetragen haben, was sein Immediat-Bericht vom 8. Februar enthält? Er redet hier von einer proclamation très bien écrite, mais infiniment exaltée et insurrectionnelle du baron de Stein aux Prussiens; c'est le fameux Arndt, une des têtes chaudes parmi nos écrivains, qui en est l'auteur. Fast schon so wie im Jahre 1821, zur Zeit der Demagogen-Verfolgung.

Streitkräfte hinter die Weichsel, die französischen hinter die Elbe zurückgezogen würden[1]).

Weiter sich von den Wünschen und Idealen der deutschen Patrioten zu entfernen war nicht wohl möglich: entschlossen setzte sich der preußische Particularismus den gerechtesten Ansprüchen der deutschen Nationalität entgegen. Aber auch die Erreichung des eigenen Ziels hatte sich Ancillon durch die gestellten Bedingungen dermaßen versperrt, daß man fast zweifeln muß, ob es wirklich sein Ziel war; denn mit der Rückforderung des ganzen Herzogthums Warschau, das doch wahrlich nicht von Preußen zurückerobert war, ließ sich die russische Allianz nicht vereinigen. Indessen der Autor fand den unumwundenen Beifall des preußischen Königs, und leider bewies Hardenberg, dessen Sache es doch, nachdem er anderer Meinung geworden, gewesen wäre, sich einem so unheilvollen Projecte zu widersetzen, nicht die Festigkeit, die in solcher Lage allein den Sieg verbürgt. Er duldete, daß die Unterhandlung mit Rußland einem Russenfeinde, dem Obersten Knesebeck, übertragen wurde[2]). Wohl steigerte Hardenberg die Bedingungen des Bündnisses, indem er forderte, daß Preußen alles, was es vor dem Kriege von 1806 besessen (ausgenommen Hannover), zurückerhalten solle. Aber der Bündnißfall wurde nicht unumwunden auf die Befreiung von ganz Deutschland erstreckt, und Knesebeck wurde angewiesen, den ehemals preußischen Antheil des Herzogthums Warschau zurückzufordern; nur Bialystok und im Nothfalle noch eine Abrundung nach Norden hin sollte er concediren. Endlich, das Wichtigste von Allem, an Alexander sowohl wie an Napoleon erging der Waffenstillstands-Vorschlag, wie ihn Ancillon formulirt hatte[3]).

Knesebeck hat aus nicht völlig aufgeklärten Gründen seine Reise spät (erst am 9. Februar) angetreten und nicht weniger als sechs Tage zu ihr gebraucht. Dadurch aber half er dem System, das er

---

[1]) Mémoire d'Ancillon, Breslau 4. février 1813; Hist. Zeitschrift (1892) N. F. 32, 275 ff. Vgl. m. Scharnhorst 2, 495 ff.

[2]) Vgl. Boyen, Erinnerungen 2, 316 f.

[3]) M. Scharnhorst 2, 499 ff.

verfechten wollte, die letzte Aussicht auf Erfolg rauben. Denn durchführbar wäre die geplante Vermittlerrolle nur dann gewesen, wenn einerseits der Rückzug der Franzosen zum Stillstand gekommen, andrerseits der König von Preußen Herr über den Rest seiner Streitkräfte geblieben wäre. Eben damals aber errang das, was die Patrioten ihre gute Sache nannten, neue Siege. In der Nacht vom 11. zum 12. Februar verließ der Vicekönig von Italien Posen und ging nach Frankfurt an der Oder zurück. Am 13. Februar brachten die Russen dem französischen Corps Reynier, das die Vereinigung mit dem Gros seiner Armee suchte, bei Kalisch eine schwere Niederlage bei. Die Trümmer des Corps schlugen die Straße nach Glogau ein, das noch französische Garnison hatte; begreiflich der Wunsch der russischen Heerführung, ihnen diese Zuflucht zu versperren. In einem Schreiben, das vielleicht von Stein inspirirt, jedenfalls von ihm gutgeheißen ist, bat der Zar den preußischen König, die Festung durch seine Truppen einzuschließen und Reynier den Weg dorthin zu verlegen; auf alle Falle möge er die Gelegenheit ergreifen, sich dieser Stadt zu bemächtigen, die von Rechts wegen, auf Grund der Convention vom 8. September 1808, ihm längst hätte zurückgegeben werden müssen[1]). Zu einem solchen Wagniß konnte sich Friedrich Wilhelm nicht aufraffen. Dafür errang aber die Kriegspartei an seinem Hofe, deren Haupt Scharnhorst war, zwei Erfolge, die den popularen Leidenschaften einen neuen gewaltigen Aufschwung geben, jedes Pactiren mit dem Nationalfeinde vereiteln und bei längerem Zaudern des Königs auch die noch nicht abgefallenen Corps seines Heeres den Russen zuführen mußten: die allgemeine Wehrpflicht wurde für die Dauer des bevorstehenden Krieges verkündet, und an die gesammte Feldarmee erging der Mobilmachungs-Befehl.

[1]) Alexandre I. à Frédéric Guillaume III., Klodava 3. février 1813 [a. St. = 15. Februar n. St.]; Bailleu, Briefwechsel Friedr. Wilh. III. m. Alexander I. S. 244 f. Convention du 8. septembre 1808 Art. VI.: Celle [la place] de Glogau sera remise lorsque la moitié de la somme totale aura été réalisée.

In einem andern Punkte war die Instruction Knesebecks sogar hinfällig bereits als sie geschrieben wurde. Sie enthielt eine bittere Beschwerde über Steins „fast revolutionäre" Maßregeln und die nachdrückliche, nahezu drohende Forderung, Kaiser Alexander möge ihm unverzüglich befehlen, alles zu vermeiden, was dem Gehorsam der Unterthanen gegen ihren König Abbruch thun könne[1]). Sie ging also von der Annahme aus, daß Stein noch in Königsberg weile. Statt dessen fand nun Knesebeck, als er endlich am 15. Februar in Klodawa das russische Hauptquartier erreichte, Stein sich persönlich gegenüber und so fest wie nur irgend denkbar entschlossen, das ganze klägliche System der Vermittelungspolitik oder, wie er es nannte, dies Finassiren zu Falle zu bringen. Knesebeck wurde das auf der Stelle gewahr; indem er dieselben vorgefaßten Meinungen hegte wie sein Parteigenosse Ancillon, schrieb er nach Breslau: „Herr v. Stein läßt mich deutlich merken, daß das Los Preußens ihn sehr wenig kümmert, wenn nur der Krieg in Deutschland ausbricht". Das Erste, was die Russen auf Steins Wunsch von Knesebeck verlangten, war, daß er an den preußischen General Bülow, der in der Neumark stand, dann auch an Yorck die Weisung zu raschem Vorgehen sende. Knesebeck hatte hierzu weder einen Auftrag noch persönlich die geringste Neigung: er half sich mit einem Schreiben, von dem er selbst sagt, es sei dazu bestimmt gewesen, den Schein zu retten. Dann begannen die diplomatischen Verhandlungen. Sie wurden von Knesebeck mit dem größten Ungeschick geführt. Anstatt der veränderten Situation Rechnung zu tragen und den Russen entgegenzukommen, überbot er noch seine Auftraggeber: gegen den klaren Wortlaut seiner Instruction weigerte er dem Zaren sogar Bialystok und zeigte in Allem und

---

[1]) Histor. Zeitschr. 16, 279: Il est infiniment essentiel qu'il [der Bevollmächtigte] représente à ce prince [Kaiser Alexander] tout le mal qui doit résulter des mesures presque révolutionaires qu'on prend à Koenigsberg, et qu'il mette tous ses soins à engager Sa Majesté Impériale à donner incessamment des ordres très précis au baron de Stein d'éviter tout ce qui pourrait nuire à l'obéissance des sujets dans les pays prussiens occupés par les troupes russes envers leur souverain, ou tendre à agir insurrectionellement et sans attendre l'impulsion de sa part.

Jedem das stärkste Mißtrauen gegen Rußland. Unter diesen Umständen kamen die Verhandlungen ins Stocken, ohne daß der preußische Gesandte gewahr wurde, wie jeder neue Tag seine Lage verschlechterte. Die Befehle, die er den preußischen Generälen nicht geben wollte, gaben diese sich selber. Das Corps Yorck verließ am 17. Februar die Cantonirungen bei Elbing und überschritt die Weichsel. Am 22. kamen Yorck und Bülow in Konitz mit Wittgenstein zusammen und verabredeten den Vormarsch an die Oder; Tags zuvor hatte der Vicekönig Frankfurt verlassen: schon drang eine Schaar jener Kosacken, auf welche Stein bei seinem Magdeburger Project gezählt hatte, in die Straßen der preußischen Hauptstadt ein, stürmische Freude unter den Einwohnern, panischen Schrecken unter den Franzosen verbreitend. Knesebeck war gegen Alles so blind, daß er nicht einmal den Umschwung bemerkte, der sich endlich auch in Breslau anbahnte: als man ihm von dort die Vollmacht schickte, den preußischen Generälen den Marsch an die Oder zu gestatten, machte er keinen Gebrauch von ihr[1]).

Stein wartete einige Tage, dann aber rieth er dem Zaren, ein Ende zu machen: er erneuerte seinen Vorschlag, nach Breslau zu gehen, jetzt zusammen mit dem russischen Staatsrath Anstett, und hier die Allianz zu Stande zu bringen. Alexander willigte ein. Brief und Bündnißentwurf, die er an Friedrich Wilhelm übersandte, enthielten die Ideen seines deutschen Rathgebers. In dem Briefe lieh er (24. Februar) dem peinlichen Eindruck Worte, den der nach Paris gesandte preußische Waffenstillstands-Vorschlag auf ihn gemacht; dann forderte er zur Entschließung auf: jede verlorene Spanne Zeit sei Gewinn für den Feind. Endlich war er ehrlich und hochherzig genug, Stein zu rühmen in Worten, die grell abstachen gegen die Mißtrauensvoten von Ancillon, Knesebeck und Hardenberg: „Der

[1]) Über die Mission Knesebecks s. Aegidi i. d. Histor. Zeitschrift (1866) 16, 269 ff.; Oncken, Österreich u. Preußen i. Befreiungskriege 1, 234 ff. (mit Recht streng beurtheilt v. Bailleu i. d. Histor. Zeitschr. [1877] 37, 139 ff. 560 ff.); m. Scharnhorst 2, 507 ff. Über den von Oncken (1, 238 f.) producirten angeblichen Brief Steins v. 17. Februar 1813 s. m. Aufsatz, i. d. Histor. Zeitschr. (1884) N. F. 16, 74 ff.

Freiherr vom Stein ist sicher einer der treuesten Unterthanen Ew. Majestät. Er ist jetzt fast ein Jahr bei mir, und in dieser Zeit habe ich ihn nur höher achten gelernt. Er kennt alle meine Absichten und Wünsche wegen Deutschlands und wird Ihnen darüber genauen Bericht erstatten können"[1]).

Nicht minder einverstanden war Stein mit dem Bündnißentwurfe, den er überbrachte. Das Document begann mit Worten, die sicher von Alexander selbst herrühren, denn sie nehmen die Coalitions-Gedanken von 1805 wieder auf[2]) und spiegeln die Erlebnisse von 1812: „Die völlige Vernichtung der in das Herz Rußlands eingedrungenen feindlichen Streitkräfte hat die große Epoche der Unabhängigkeit für alle diejenigen Staaten vorbereitet, welche sie ergreifen wollen, um sich von dem Joche zu befreien, das Frankreich ihnen seit so vielen Jahren auferlegt hat". Dann dankte der russische Kaiser der Vorsehung für ihren Schutz, sprach den Wunsch aus, sich wieder mit seinen alten Bundesgenossen zu vereinigen, gedachte auch der Ruhe und des Glücks der Völker. „Die Zeit wird kommen, wo die Verträge nicht mehr bloß Waffenstillstände sind, wo sie von neuem können beobachtet werden mit der gewissenhaften Treue, der heiligen Unverletzlichkeit, von der die Achtung, die Stärke und die Erhaltung der Reiche abhängt". In einem so feierlichen Momente schließen der Zar und der preußische König ein Schutz- und Trutzbündniß. Sie wollen Europa befreien, aber ihr nächstes Ziel ist die Wiederherstellung Preußens. Der Zar verspricht, die Waffen nicht eher niederzulegen, als Preußen dieselbe Machtstellung wieder erhalten hat, die es vor dem Kriege von 1806 besaß. Knesebeck hatte soeben noch die Besorgniß gehegt, Rußland möchte Ostpreußen annectiren; jetzt garantirte der Zar seinem Bundesgenossen den gegenwärtigen Länderbestand, insbesondere Altpreußen, d. h. Ost- und Westpreußen: es war die nothwendige Folge der Convention

---

[1]) Alexandre I. à Frédéric Guillaume III., Zbiersko 12. février [a. St. = 24. Februar n. St.]; Bailleu, Briefwechsel S. 246 f. Am 19. Februar n. St. schrieb Stein an seine Frau aus dem Hauptquartier près de Conin.

[2]) S. 125.

von Tauroggen und des ostpreußischen Landtags. Die preußischen Particularisten hatten die Vergrößerung für ihren Staat im Osten gesucht und dadurch das Zustandekommen der Allianz gefährdet; jetzt verbürgte der Zar so viel vom Herzogthum Warschau, als erforderlich war, um in jeder Beziehung, militärisch und geographisch, Altpreußen mit Schlesien zu verbinden: wieder eine Rückwirkung des ostpreußischen Landtags, der durch seine Bewilligungen den Polen den Rang abgelaufen, aber auch die Erfüllung eines Wunsches, den Stein bereits im November 1812 geäußert hatte[1]). Die übrigen zur Herstellung der alten Größe Preußens erforderlichen Erwerbungen sollen im nördlichen Deutschland gesucht werden, wobei nur die ehemaligen Besitzungen des Hauses Hannover ausgenommen werden. Diese, wie wir hörten, schon von Hardenberg gemachte Clausel findet ihre Erläuterung in dem Paragraphen, der die Zahlung englischer Subsidien und die Lieferung englischer Waffen in Aussicht nimmt. So wird Preußen unlösbar an Deutschland gekettet: will es wieder sein, was es war, so muß es zuvor Deutschland befreien. Außer der englischen Allianz wird auch das Bündniß mit Schweden und vor Allem das mit Österreich ins Auge gefaßt. Es wird für Preußen ein Daseinskampf werden; während Rußland sich verpflichtet, 150000 Mann ins Feld zu stellen, gelobt Preußen in feierlichen, dem Geschäftsstil der Diplomatensprache ungewohnten Worten, über die von ihm zugesagten 80000 Mann[2]) hinaus zu leisten alles und jedes, was es vermag. Wenn dabei ausdrücklich der Aufstellung einer Landwehr[3]) gedacht wird, so wird Stein eben so sehr die Vernichtung der Convention vom 8. September 1808[4]) wie die Besiegung der preußischen Reactionäre und ihrer Abneigung gegen populare Bewaffnung im Auge gehabt haben. Die Urkunde athmet Krieg, Krieg auf Tod und Leben, aber wenigstens an einer Stelle dient sie den

[1]) S. 195.

[2]) Durch Auslassung dieser Ziffer ist der Text bei Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 77 unverständlich geworden.

[3]) milice nationale.

[4]) Theil 2, 564 ff.

Werken des Friedens: die beiden Staaten wollen sich auch über ihre commerciellen Verhältnisse verständigen. Erinnern wir uns daran, daß Stein schon vor der Katastrophe von 1806 den russischen Handel auf alle Weise begünstigen wollte[1]).

Ausgerüstet mit diesen Documenten, verließ Stein das russische Hauptquartier[2]). Was mag seine Seele bewegt haben in diesen Stunden, da er zusammen mit seinem Landsmann Anstett durch die öde Winterlandschaft der deutsch-polnischen Ebene fuhr? Unsre Quellen schweigen. Glücklich der Poet, der solche Lücken durch seine Einbildungskraft ausfüllen darf; der Historiker muß sich begnügen, die objectiven Bedingungen und Wirkungen festzustellen. Es geschah, daß die letzten Schranken dahin sanken, die noch das Werk des Befreiers aufhielten. Der Moment trat ein, auf welchen er und seine Freunde seit Jahren gerechnet und hingearbeitet hatten: die geplagte Nation wurde inne, daß die Stunde der Abrechnung geschlagen habe, drohend erhob sie ihr Haupt. Da wich auch der preußische König zurück und ließ die Kriegspartei an seinem Hofe gewähren[3]). Dieser Umschwung trat nahezu gleichzeitig mit der Wendung im russischen Hauptquartier ein. Als nun Staatsrath Anstett (ihm waren die erforderlichen Vollmachten gegeben worden) in Breslau dem preußischen Könige und dessen Staatskanzler den Entwurf seines kaiserlichen Herrn vorlegte, willigten sie ein, ohne auch nur ein Wort zu ändern (27. Februar). Die preußisch-russische Allianz war geschlossen.

Demjenigen aber, der das Meiste dazu beigetragen hatte, war

---

[1]) Theil 1, 340 f. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 74 s.

[2]) Stein à Mme de Stein, Breslau 7. mars 1813: J'arrivais le 24. à Kalisch. Vgl. Knesebecks Bericht bei Oncken, Österreich u. Preußen 1, 264.

[3]) Ompteda à Münster, Breslau 20. février 1813 (Nachlaß v. Ompteda 3, 25): Si le roi se refusait d'employer les moyens que ses sujets ont mis à sa disposition d'après le voeu général de la nation, ou s'il tarde seulement à seconder les efforts que la Russie fait pour rétablir la monarchie prussienne, je regarde la révolution comme immanquable, et probablement l'armée même en donnerait le premier exemple et le premier signal. Vgl. m. Scharnhorst 2, 511.

es zunächst nicht vergönnt, sich seines Werkes zu freuen. Kaum in Breslau angekommen, wurde Stein von einem Nervenfieber ergriffen, das ihn, so berichtet er selbst, an den Rand des Grabes brachte[1]). Während er in dem Dachstübchen eines bescheidenen Gasthofs[2]) — er hatte in der überfüllten Stadt kein andres Quartier gefunden — ans Krankenbett gefesselt lag, bekam er Gelegenheit, nachzudenken über die Wahrheit des Goetheschen Wortes, daß Undankbarkeit ein Gebrechen der Schwächlinge ist. Auf den preußischen Hof wirkte sein Erscheinen fast wie ein neues Element in einem chemischen Proceß. Prinz Wilhelm, der 1808 den schweren Gang nach Paris nicht gescheut hatte, und Prinz August, der Bruder des Helden von Saalfeld und Freund von Scharnhorst, nahmen sich seiner an; der König ignorirte ihn, und seinem Beispiel folgte die Schar der Höflinge mit oder ohne Degen und Schärpe. Ihnen gesellte sich leider auch Hardenberg bei; man muß sich seine früheren Verdienste ins Gedächtniß zurückrufen, um nicht bitter zu werden ob dieser unwürdigen Haltung. Erst als Alexanders Ankunft gemeldet wurde, bekam Stein ein besseres Quartier, und als der Zar ihn vollends persönlich aufsuchte, regten sich auch die Streber und Schranzen: voll tiefen Ekels wandte er sich von dem Gelichter ab. Doch hatte seine Krankheit auch ihr Gutes und Erfreuliches; auf die Nachricht von dem, was ihm zugestoßen, eilten Frau und Kinder von Prag herbei und grüßten ihn, den inzwischen Genesenen, den

---

[1]) Boyen, der selbst in Breslau war, berichtet (Erinnerungen 2, 338): „Stein fuhr im Reisewagen vor dem Palais des Königs vor, ließ sich sogleich bei ihm anmelden und zeigte ihm in dieser Audienz so kräftig das Gefährliche seines Zaudersystems, daß der Staatskanzler ebenfalls schnell herbeigeholt und der Abschluß der Allianz nach dem Vorschlage des Kaisers Alexander angenommen wurde". Dem widerspricht das Schreiben Friedrich Wilhelms III. an den Zaren, Breslau $\frac{15.}{27.}$ Februar 1813 (Bailleu, Briefwechsel S. 248): Je n'ai pas encore pu voir le baron de Stein. Auffallend bleibt jedoch, daß ein andrer ausgezeichneter Zeuge, Ompteda, auch in sein Tagebuch eintrug, daß Stein am Morgen seiner Ankunft eine Audienz beim Könige hatte; Ompteda, Nachlaß 3, 33.

[2]) Steffens, Was ich erlebte (1843) 7, 110: „Ich fand ihn [Stein] in einer kleinen, höchst unansehnlichen, ja fast unsaubern Kammer".

Vater des Hauses, der sich nun auch, mit gleichem Rechte wie jener in die Heimath zurückgekehrte Medici, Vater des Vaterlandes nennen durfte. Die Masse der Einwohner aber gab ihm die rührendsten Beweise der Freude über seine Heimkehr und seine Genesung[1]).

Als er nun das Krankenzimmer verließ, war ihm zu Muth, als sei die Welt über Nacht verwandelt[2]). Wie schweres Unrecht hatte er doch den nordöstlichen Stämmen seines Volkes gethan, wenn er ihnen Mangel an tiefem Gefühl und echter Leidenschaft vorwarf; wie loderte aller Orten und in allen Ständen die heilige Flamme der Vaterlandsliebe empor: eben so heiß wie in den österreichischen Landschaften, in denen er das Jahr 1809 erlebt hatte, und vielleicht noch nachhaltiger. In bewegten Worten gab er seiner Genugthuung Ausdruck, und mit Schmerz bemerkte er, daß das Oberhaupt des Staates jetzt sein kaum etwas beschwichtigtes Mißtrauen von neuem

---

[1]) Stein kam in Breslau an nach seiner eigenen Angabe (Schreiben an seine Frau v. 7. März) le 25. jeudi, nach Ompteda (Nachlaß 3, 33) erst am 26. Februar. Aus Breslau liegt noch ein zweiter Brief an seine Frau (v. 10. März) vor; deren Ankunft (Pertz 3, 310 u. Ompteda, Nachlaß 3, 50) fällt also später. Die Angaben der Selbstbiographie (S. 183) über die Stein in Breslau widerfahrene Behandlung werden durch andere Zeugnisse bestätigt. Ompteda an Münster, Breslau 14. März (Ompteda, Nachlaß 3, 41): Il [Stein] a été accueili ici assez froidement. Le chancelier [Hardenberg] ne l'a pas encore vu jusqu'à ce jour-ci. Le roi ne lui a pas donné la moindre preuve d'intérêt pendant toute sa maladie assez grièvе . . . Il paraît que M. de Stein est plus violent que jamais, et que par cette raison plusieurs personnes redoutent de traiter avec lui d'affaires. Stein an seine Frau (10. März): On me tue à force de lettres. la bassesse des hommes me dégoûte encore plus que leur méchanceté me blesse. Stein an Arndt, Breslau 12. März (Arndts Nothgedrungener Bericht 2, 149 f.): „Gott sei bei Ihnen und bei uns allen! Es giebt des Erbärmlichschlechten und Verruchten noch viel, möge er es ausrotten!“ Sehr charakteristisch die in m. Scharnhorst (2, 515) mitgetheilte Cabinets-Ordre v. 6. März 1813. S. auch Schwartz, Clausewitz 2, 69.

[2]) Stein an Münster, Reichenbach 17. Juli 1813 (Lebensbilder 2, 268; Pertz 3, 392): „Der Geist der Bewohner Deutschlands hat sich seit 1805 so umgewandelt, daß man fast in einem unbekannten Lande sich zu finden glaubt“.

zur Schau trug. Er sah ihn persönlich und empfing den peinlichsten Eindruck. Ganz erschloß er sein Herz der alten Freundin, Frau v. Brühl[1]); dem Zaren gegenüber beschränkte er sich auf die Worte: „Der König ist kalt; er hat nur halbe Wünsche; er hat weder zu sich noch zu seinem Volke Vertrauen; er glaubt, daß Rußland ihn in einen Abgrund reißen und daß binnen Kurzem die Franzosen wieder an der Weichsel stehen werden“. Stein fand die Ursache dieser Haltung sowohl in den persönlichen Charaktereigenschaften des Monarchen wie in der Atmosphäre, die ihn umgab, zusammengesetzt aus Nichtigkeit und vielleicht aus Perfidie. Gab es denn gar kein Mittel, den König wenigstens von einem Theil dieser Menschen zu befreien? Die completten Nullen wollte er ihm schon lassen, wenn es nicht anders ging; aber die übrigen sollten fort, als da waren: Feldmarschall Kalckreuth, Minister Goltz, jener Polizei-Chef Bülow, der den armen Gruner ins Verderben gestürzt, Knesebeck, Ancillon, vor allem aber Fürst Wittgenstein, über den Stein die volle Schale seines Grimms ausschüttete, sicher auch deshalb, weil er ihm selber einmal getraut hatte. Wieder legte er dem Zaren ans Herz, das heiß erstrebte Werk der Reinigung zu vollbringen. Umsonst; er verlangte Unmögliches. Denn mochten die meisten der von ihm Angeklagten auch, was die Rechtschaffenheit des Charakters und die Hoheit des Strebens betraf, weit hinter ihm zurückstehen: was sie zusammenhielt, war nicht, wie sein Puritanerthum ihm vorspiegelte, Verworfenheit, sondern das Programm einer politischen Partei. Es

[1]) Der Brief ist nicht erhalten, spiegelt sich aber in dem Schreiben der Prinzeß Luise Radziwill an Stein, Berlin 20. März 1813: Ce que vous avez écrit dernièrement à notre amie, m'a vivement affectée. Est-il possible d'oublier jamais l'année 7 et les touchants sacrifices que vous avez portés alors? J'en ai été effrayée, car j'étais loin de m'y attendre, et je pensais au contraire que vous trouveriez dans les cœurs et les sentiments de celui que vous avez revu, le dédommagement de bien de pénibles moments. Je ne puis vous exprimer à quel point le contraire m'afflige, non pour vous, que de si belles récompenses attendent dans le bonheur et la liberté rendue à tant de peuples opprimés, mais pour nous, qui ne savons apprécier ce que vous avez été, ce que vous êtes, ce que vous pourriez être encore pour nous.

waren die preußischen Particularisten und Reactionäre, mit denen er focht[1]).

Glücklicher war er bei der Fortsetzung des Werkes, das er in Altpreußen begonnen hatte.

So weit es sich hier um die andern Provinzen des preußischen Staates handelte, hatte Scharnhorst, schon seit dem Januar 1813, die schwere Arbeit in die Hand genommen, unterstützt von Stein und ihn seinerseits unterstützend, gerade so wie 1808[2]). Ein Schüler von Scharnhorst gab die Norm für die Bildung der ost- und westpreußischen Landwehr; umgekehrt hatte Scharnhorst nicht nur die Convention von Tauroggen, sondern auch die Beschlüsse der Königsberger Stände-Versammlung und die Bestimmungen der russisch-preußischen Allianz nöthig, um die Bedenken Friedrich Wilhelms gegen seine grundstürzenden Rüstungspläne zu überwinden[3]). Alle Provinzen des preußischen Staates bekamen eine Landwehr, etwas später auch einen Landsturm. Wäre Stein noch in der Stellung eines Ersten Ministers gewesen, so würde er unfehlbar die in Königsberg verwirklichte ständische Idee auf das ganze Gemeinwesen ausgedehnt und Reichsstände berufen haben. So mußte sich die

[1]) Stein à Alexandre I., Breslau $\frac{\text{27. février}}{\text{11. mars}}$: Bruchstücke o. D. bei Bogdanowitsch, Gesch. d. Krieges i. J. 1813 1, 1, 212 u. bei Martens, Recueil 7, 70; vollständiges u. datirtes Concept i. Nassauer Archiv. Stein à Hardenberg, Kalisch 30. mars 1813; der Eingang übersetzt bei Pertz 3, 322 (Graf G. ist Goltz), die dann folgende Charakteristik von Wittgenstein hat Pertz unterdrückt. Sie gipfelt in dem Satze: Toute la vie de cet homme a été un tissu d'intrigues et bassesses. Von einem andern Widersacher schreibt Stein an Prinzeß Luise Radziwill (Pertz, der die Briefstelle offenbar in Übersetzung bringt [3, 326], giebt den Namen nicht an): „Er hat eine Eselshaut, woraus man Pergament machen könnte, sie färbt sich nicht. Es sind Elende, die man mit Verachtung und Schmach bedecken muß. Ich bitte Sie um Verzeihung, von diesen Insecten zu Ihnen zu reden". — Fürst Wittgenstein suchte sich übrigens gegenüber Schön (11. April 1813) zu rechtfertigen; die „Piecen", die dies bewirken sollten, sind nicht erhalten. Aus d. Papieren v. Schön 4, 109. 115.

[2]) Theil 2, 541 ff.

[3]) Boyen, Erinnerungen 2, 333: „So muß ich zur Steuer der Wahrheit es sagen, daß ohne den Schritt von Yorck und jetzt der ostpreußischen Landstände Scharnhorst höchst wahrscheinlich mit allen seinen Bemühungen nicht durchgedrungen wäre".

preußische Nation mit der Übernahme einer Pflicht, die eben in der Errichtung der Landwehr bestand, begnügen; doch machte die Verordnung des 17. März den Ständen wenigstens das Zugeständniß, daß sie eigentlich hätten befragt werden müssen: nur die Kürze der Zeit habe es nicht gestattet. In jedem Falle blieb der Zusammenhang zwischen den Verordnungen von 1813 einerseits, denen von 1807 und 1808 andrerseits sehr eng. Landwehr und Landsturm von Hörigen sind nur in einem Lande möglich, wo die Kirche sie will und die Kirche mehr ist als der Staat. Wie sehr in den preußischen Städten die Bildung der Landwehr durch die bereits vorhandenen popularen Organisationen befördert werden mußte, liegt auf der Hand: je mehr die Bürger gelernt hatten, sich im Frieden selbst zu regieren, desto leichter wurde es ihnen jetzt, sich für die Werke des Krieges zu rüsten. Das Edict vom 9. October 1807 und die Städte-Ordnung von 1808 waren die nothwendige Voraussetzung für das großartige militärische Aufgebot von 1813. Umgekehrt, da in der sittlichen Welt alles zugleich Ursache und Wirkung ist, so konnte die bürgerliche Reform, so weit sie realisirt war, durch nichts sich gegen alle Anfechtungen der Zukunft sicherer behaupten und, so weit sie erst auf Realisirung hoffte, durch nichts ihr Daseinsrecht besser erweisen als durch die Berufung auf die Thaten des Freiheitskrieges. Die Landwehr von 1813 ist wirklich die Legitimation des preußischen Volks für seine Constitution[1]).

Der Vertrag vom 27. Februar vereinigte nur Preußen, nicht auch Österreich mit Rußland. Wohl hatte Alexander, im Sinne von Stein, auch nach dieser Seite hin weiter unterhandelt, und es war ihm geglückt, das österreichische Hülfscorps vom Leibe der Großen Armee zu trennen, wie zuvor das preußische. Aber während die Urheber der Convention von Tauroggen von vorn herein den

[1]) Eine Concession machte die Landwehr-Ordnung sofort: auch die Bauern erhielten einen, allerdings von der Regierung ernannten Vertreter in den Kreis-Ausschüssen, welche die neue Truppe aufzustellen hatten (s. m. Scharnhorst 2, 540). Es war das erste politische Recht, das der vierte Stand in allen Provinzen Preußens erhielt; es gab weder Landgemeinde- noch Kreis-Ordnung.

Übertritt ins russische Lager planten, war die mit General Schwarzenberg getroffene Abkunft nichts als ein Waffenstillstand, der den Russen Warschau überlieferte und den Österreichern den unangefochtenen Rückzug in die Heimath verbürgte. Friedfertig war auch die Mission des österreichischen Diplomaten, der nun in Kalisch erschien; was er im Namen von Kaiser Franz und Metternich brachte, war nicht die Politik der Faustpfänder, wie sie der Zar von Wilna aus empfohlen hatte, sondern der Vorschlag einer Vermittelung[1]). Diese Zurückhaltung in Bundesgenossenschaft zu verwandeln war die nächste große Aufgabe der preußisch-russischen Allianz. Sie konnte durch verschiedene Mittel gelöst werden: durch einen Sieg über das Heer, das Napoleon neu aufstellte, oder durch diplomatische Verhandlungen, deren Bedingung Schonung und Förderung der österreichischen Interessen war; die Alliirten versuchten Beides. Diese Situation wirkte dann wieder zurück auf die zweite große Frage des Moments, die deutsche. Sie würde, wenn die kriegerischen Operationen zum Stillstand gekommen wären, von den Verbündeten in der Schwebe gelassen sein; das stete Vordringen ihrer Heere ließ das nicht zu: schon näherten sie sich dem Gebiete des Rheinbundes und des Empire, im Süden dem Königreich Sachsen, im Norden den mecklenburgischen Herzogthümern, den althannoverischen Landen und den Hansestädten. Überdies hatten sich sowohl Schweden wie Hannover geregt und dem Zaren ihre Wünsche zukommen lassen. Sie zu beurtheilen war die Aufgabe von Stein.

Bernadotte wollte einem Theile der depossedirten Fürsten zurückgeben, was sie verloren hatten, und an die Stelle des Rheinbundes einen Deutschen Bund setzen, zu dem alle deutschen Fürsten eingeladen werden sollten; die Kaiserkrone gedachte er Österreich anzubieten, doch erklärte er sich ohne Umschweif auch bereit, sie selber

[1]) Russisch-österreichische Convention, Zeycz $\frac{18.}{30.}$ Januar 1813; Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 3, 89 s. Auszüge aus der Instruction für den österreichischen Legations-Rath Lebzeltern (seit dem 5. März in Kalisch) und aus seinen Berichten bei Luckwaldt, Österreich u. d. Anfänge d. Befreiungskrieges S. 134 ff.

anzunehmen. Zunächst aber, für die Zwecke des gegenwärtigen Krieges, plante er einen provisorischen Bundestag, bestehend aus den Gesandten der Reichsstände und den Ministern der verbündeten Mächte (Rußland, England, Schweden und Preußen), geleitet vom commandirenden General des gemeinsamen Heeres.

Stein lehnte diese Ideen kategorisch ab (16. März). Unmöglich, durch eine solche unförmliche Versammlung[1]) die Kräfte Deutschlands zu entbinden und zu leiten, während auf seinem Boden nicht nur die stehenden Heere, sondern auch die Landstürmer kämpfen, und was traut man dem guten Kutusoff zu, wenn man ihm das Präsidium überträgt. Ebensowenig genügten Stein die Vorschläge für die definitive Organisation. Denn Bernadotte hatte sich mit dem dürftigen Satze begnügt, daß der Kaiser eine directe Suprematie über die verschiedenen deutschen Staaten haben solle, die geeignet wäre, ihre gemeinsame Sicherheit zu verbürgen, ohne ihr inneres Gedeihen zu hemmen. Vollends die Kaiser-Candidatur Bernadottes verwarf er mit einem Anfluge von Ironie.

Radicaler waren die Pläne des Grafen Münster. Stein hatte mit ihm während des Krieges von 1812 eifrig und freundschaftlich correspondirt; denn damals war außer Rußland nur England seine Hoffnung gewesen. Aber seitdem der Untergang der Großen Armee feststand und die deutsche Frage in den Vordergrund trat, gab es Differenzen. Wenn Stein erklärte, die Dynastien seien ihm gleichgültig, so erwiederte Münster, ihm seien sie es nicht; wenn Stein vom schädlichen Einfluß der Höfe redete, so pries Münster sie als Centren der Cultur; wenn Stein den Westfälischen Frieden eine Mißgeburt nannte, so sah Münster in ihm die Quelle aller bürgerlichen Freiheit in Europa; wenn Stein die Reconstruction Preußens in Angriff nahm, so fand Münster, daß die Macht dieses Staates nur noch in der Erinnerung lebe. Jetzt lag dem Zaren eine Denkschrift des streitbaren welfischen Ministers vor, die aus seinen Neigungen und Überzeugungen die staatsrechtlichen Consequenzen zog.

---

[1]) qui, à mesure que les armées s'avanceraient, doit faire la boule de neige qui se forme en lavine.

Als eine Art Aushängeschild verwerthete er das Princip, die kleinen Souveränitäten zu unterdrücken und an ihre Stelle größere Staatenbildungen zu setzen, deren Fürsten auf das Recht verzichten sollten, ohne Zustimmung des Reichstages Krieg zu führen und Frieden zu schließen. Die Nutzanwendung galt dem Hause Welf: es sollte das ganze Land zwischen Elbe, Yssel und Rhein erhalten, auch die ehemaligen hier gelegenen Besitzungen Preußens. Ja, in einem Immediat-Berichte an den Prinz-Regenten von England erklärte Münster, es sei die Zeit für die Welfen gekommen, das alte Erbgut Heinrichs des Löwen zu beanspruchen und es zu vermehren um alle Landschaften bis an die Mündung der Schelde und bis in das Herz Deutschlands. Sein geheimer Wunsch war wohl die Kaiserkrone für den neuen „König von Austrasien"; wenigstens lehnte er das Haus Österreich ab.

Von alle dem wollte Stein so wenig etwas wissen wie von den Projecten Bernadottes. Welches Band, fragte er, wird diese Souveräne zusammenhalten, und welche Bürgschaften werden ihre Unterthanen haben für die Bewahrung ihres Eigenthums und ihrer Freiheit? Mit seinen welfischen Aspirationen aber kommt Graf Münster zu spät. Sie tragen das Datum des 5. Januars und beziehen sich, da die Nachrichten aus Rußland nur sehr langsam nach London kamen, auf die Lage der Dinge, wie sie Anfang December war. Was ist alles seitdem geschehen: die russischen Heere stehen an der Elbe, die Allianz mit Preußen ist geschlossen, dessen Fortbestand und Neubildung verbürgt, und man hofft Österreich zu seinem wahren Interesse zurückzuführen. Was vermögen im Vergleich hiermit Schweden und England zu bieten, auf welche nur in der Noth des Jahres 1812 Stein seine Hoffnungen gesetzt hatte? Jenes ist an sich schwach und wird noch durch innere Parteiungen gelähmt[1]); England ist durch den spanischen Krieg in Anspruch genommen[2]).

[1]) Noch schärfer am 1. December 1812, auch an Münster (s. S. 263): „Das schwedische Wesen ist eine Seifenblase und würket gleich ihr. Wir bedürfen seiner nicht mehr".

[2]) Stein à Alexandre I., Breslau 16. mars 1813; Histor. Zeitschr. (1888) N. F. 23, 295 ff. Bernadottes Denkschrift ist nur aus Steins Referat und dem

Wenn nun Österreich über die deutsche Frage schwieg oder höchstens unbestimmte und allgemeine Andeutungen machte, wenn die Vorschläge von Schweden und Hannover nicht zu brauchen waren, so kam desto mehr auf Preußen an. Als Stein nach Breslau fuhr, hatte er sich vom Zaren einen mündlichen Auftrag für diese seine Herzensangelegenheit geben lassen[1]). Dessen Wortlaut ist durch kein Document verbürgt, aber über seinen Inhalt kann man wohl nicht zweifeln: Stein wird in irgend einer Form den preußisch-österreichischen Dualismus vorgeschlagen haben. Gerade das war es, was auch Hardenberg wollte und nicht nur 1807 in der Convention von Bartenstein, sondern auch Anfang 1813 durch Knesebeck in Wien empfohlen hatte[2]). Aber war jetzt der richtige Moment, die endgültige Constitution Deutschlands in Angriff zu nehmen?[3]) Stein beschränkte sich

---

Citat bei Woynar, Österreichs Beziehungen zu Schweden u. Dänemark 1813 u. 1814 (1891) S. 33 ff. bekannt; vgl. Schinkel, Minnen ur Sveriges nyare historia 7, 87. Ebensowenig liegt die Denkschrift im Original vor, die Münster am 5. Januar 1813 dem russischen Gesandten Lieven zustellte; offenbar ist sie identisch mit dem „Memoire über Deutschland", das Münster in seinem Schreiben an Gneisenau, [London] 22. December 1812, erwähnt (Pertz, Gneisenau 2, 469). Das Document v. 7. December 1812, auf welches Stein am 16. März 1813 als auf ein Schreiben Münsters Bezug nimmt, ist von Pertz zuerst (Leben Steins 3, 238) dem Grafen Münster, dann (Leben Gneisenaus 2, 439. 674) Gneisenau zugeschrieben worden. Im Nassauer Archive befindet sich eine Abschrift, anonym, aber von der Hand des Secretärs von Münster und mit der Rand-Bemerkung Steins versehen: „Von Graf Münster an Regenten". Vgl. W. A. Schmidt, Geschichte d. deutschen Verfassungsfrage (1890) S. 43 ff. 94. — Stein an Münster, Petersburg 1. December 1812; Lebensbilder 2, 276 ff. u. Pertz, Stein 3, 224 ff. Münster à Stein, [Londres] 4. janvier 1813; am vollständigsten (der französische Theil in deutscher Übersetzung) i. d. Lebensbildern 2, 257 ff., bei Pertz (Stein 3, 240 ff.) nur die deutschen Abschnitte.

[1]) Oben S. 252. Ompteda à Münster, Breslau 14, mars 1813 (Ompteda Nachlaß 3, 41 f.): Stein ajouta qu'il avait eu des choses très importantes à communiquer dont il ne pourrait s'ouvrir que de bouche, mais personne ne saurait, si l'on s'obstinait à ne pas le voir.

[2]) Oben S. 166. Oncken, Österreich u. Preußen 1, 126.

[3]) Ompteda à Münster, Breslau 23. mars 1813 (Ompteda, Nachlaß 3, 49 f.): Pour ce qui regarde l'arrangement futur et définitif des affaires de l'Allemagne, il paraît que la cour de Russie a adopté pour principe que c'est une affaire qu'il faut suspendre jusqu'à ce que l'Allemagne sera dé-

darauf, dem Zaren die militärisch-politischen Vorschläge zu wiederholen, die er im September 1812 gemacht hatte[1]). Es waren ihrer zwei. Eine Proclamation sollte die politischen Grundsätze verkünden, die man gegenüber den Bewohnern Deutschlands befolgen wolle. Eine Behörde sollte eingesetzt werden, welche Mittel und Kräfte der von den verbündeten Heeren zu occupirenden Provinzen, jetzt jedoch nur derjenigen Norddeutschlands, gegen den gemeinsamen Feind nutzbar machte: also keine bleibende, sondern eine auf den gegenwärtigen Krieg und seine Bedürfnisse beschränkte Institution[2]).

Zunächst wurde der zweite Theil der Aufgabe in Angriff genommen. Eine Commission trat zusammen, in welche von Alexander Stein und Nesselrode, von Friedrich Wilhelm Hardenberg und Scharnhorst deputirt wurden. Sie entledigte sich ihres Auftrages sehr rasch: schon am 19. März konnte sie das Schluß-Protokoll unterzeichnen, das dann die Monarchen gut hießen. Möglich wurde diese Schnelligkeit nur dadurch, daß die Commission sich an Steins Denkschrift hielt.

Da es sich um die harten Nothwendigkeiten des Krieges handelte, wurde die neue Behörde, der Central-Verwaltungs-Rath, mit unumschränkter Gewalt ausgerüstet[3]). Nach Steins Wunsch hätte jede der verbündeten Mächte nur ein Mitglied in die neue Behörde deputirt, die Monarchen aber verdoppelten die Zahl. Zunächst

---

livrée du joug français d'une manière solide et stable. J'ai en même temps lieu à croire que le baron de Stein est maintenant également pénétré de la nécessité de cette mesure.

[1]) Pertz 3, 146.

[2]) S. das oben S. 262 citirte Schreiben Steins v. 16. März 1813. Stein hatte also ganz Recht, wenn er später, im Juni 1813, erklärte (Ompteda, Nachlaß 3, 119): „Der Verwaltungsrath sei bloß als ein General-Kriegs-Commissariat zu betrachten, dessen vorzüglichste Bestimmung sei, die zur Befreiung Deutschlands unentbehrlichen Ressourcen der einzelnen Länder möglichst nach einem allgemeinen Plane und zu einem gemeinschaftlichen Zwecke zu benutzen und dadurch zu verhindern, daß diese Benutzung nicht in die Hände einzelner Armee-Corps und einzelner Commissariate geriethe, die nach willkürlichen Grundsätzen und ohne gemeinschaftlichen Plan handelten".

[3]) muni d'un pouvoir illimité. Steins Schreiben v. 16. März: conseil administratif central dictatorial. Vgl. S. 35 u. Pertz 3, 146.

sind nur Preußen und Rußland vertreten. Die anderen Mächte sollen eine Vertretung erst dann erhalten, wenn sie thätigen Antheil an dem deutschen Kriege nehmen: eine Bestimmung, die sich nicht gegen England richtete (dessen künftige Mitwirkung vielmehr ausdrücklich erwähnt wurde), sondern gegen Schweden, dessen Ansprüche in umgekehrtem Verhältnisse zu seinen Leistungen standen. Gegen eine Polyarchie sicherte Stein sich und sein Werk durch die Bestimmung, daß die deutschen Fürsten, die der Coalition in Zukunft beitreten würden, zusammen nur ein Mitglied ernennen sollten[1]). Dagegen mußte er — wir erfahren nicht wem, wahrscheinlich doch wohl Hardenberg — einen Lieblingsgedanken wenigstens theilweise opfern. Er hatte, im Sinne seiner Vorschläge von 1809 und seiner ostpreußischen Thaten von 1813, dem Verwaltungsrath die Befugniß geben wollen, Persönlichkeiten hinzuzuziehen, die das Vertrauen ihrer Landsleute besäßen[2]). Das Protokoll beschränkte diese populare Mitwirkung auf die niederen Instanzen.

Die Hauptaufgabe des Verwaltungsraths soll sein, provisorische Verwaltungen einzurichten, sie zu überwachen und ihnen die Grundsätze vorzuzeichnen, nach denen die Hülfsquellen der occupirten Länder für die gemeinsame Sache nutzbar gemacht werden. Doch war die Idee nicht etwa, die vorhandenen Obrigkeiten grundsätzlich zu verdrängen; wenn von provisorischen Verwaltungen die Rede ist, so muß man ergänzen: wo es erforderlich sein wird. Die Weltlage brachte es mit sich, daß so radicale Einzelbestimmungen, wie sie Stein 1809 und 1811 vorgeschlagen[3]), fehlten. Er selbst hatte sich ihrer in seiner grundlegenden Denkschrift enthalten, und über sie hinaus gingen die Verträge, indem sie dem Verwaltungsrath auch die Aufgabe zuwiesen, mit den einzelnen deutschen Fürsten Vergleiche zu schließen über ihre zur Befreiung des Vaterlandes erforderlichen

---

[1]) So schon 1809 (S. 35) u. 1812 (S. 168).

[2]) Le conseil aura la faculté d'appeler auprès de lui des personnes qui jouissent de la confiance de leurs compatriotes. Vgl. oben S. 36 u. Pertz 3, 146.

[3]) Oben S. 33 ff. 116 f.

Contingente: was doch der dem Verwaltungsrath zugewiesenen Dictatur einigermaßen widersprach. Aber die gewonnenen Einkünfte sollten, und zwar zu gleichen Theilen, Preußen und Rußland zufallen; auf Hardenbergs Antrag wurde hinzugefügt, daß auch die Regierung von Hannover daran Antheil haben solle, im Verhältniß des von ihr aufgestellten Contingents. In aller Form wurde die Wirksamkeit der Behörde beschränkt auf Norddeutschland; sie erhielt den Namen: „Verwaltungsrath der verbündeten Mächte für das nördliche Deutschland". Eine weitere Begränzung ergab sich aus der soeben geschlossenen preußischen und der für die Zukunft erstrebten englischen Allianz: in den ehemals preußischen und hannoverischen Provinzen sollte der Verwaltungsrath nichts zu sagen haben. Der Rest von Norddeutschland wurde in fünf Sectionen eingetheilt, jede mit einem Civil- und einem Militär-Gouverneur an der Spitze. Sie sollen Recruten ausheben und Vorräthe sammeln. Man wird ein Linienheer, eine Landwehr und einen Landsturm[1]) organisiren. Um die Bevölkerung zu gewinnen, ergeht jetzt die doppelte Zusage, daß diese Truppen durchaus zu keinem andern Zwecke verwendet werden sollen als zur Vertheidigung Deutschlands gegen die französischen Usurpationen[2]) und daß die Formationen unter dem Schutze eines Corps der verbündeten Armeen erfolgen sollen. Der Verwaltungsrath erhält das Recht, zu den Gouverneur-Stellen und zu den localen Verwaltungen zu ernennen[3]).

Etwas länger währte es, bis der andre Theil des Steinschen

---

[1]) Ausdrücklich levée en masse genannt.

[2]) In der Wirkung gleichbedeutend mit Steins Vorschlag: Ces formations seront nommées armées du Nord de l'Allemagne, pour ménager les préjugés qu'on a dans bien des cantons contre la Prusse.

[3]) Procès-verbal de Breslau [dies die officielle Bezeichnung, s. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 87] $\frac{7.}{19.}$ mars 1813; Martens, 7, 82 s. Vorhergegangen war am 18. März die Verabredung der beiden Monarchen über die Stiftung eines conseil administratif temporaire; citirt bei Martens 7, 82. Es folgten gleichlautende Declarationen der Monarchen (die russische gegengezeichnet von Nesselrode, die preußische von Hardenberg): Kalisch $\frac{\text{23. mars}}{\text{4. avril}}$ 1813; die russische bei Martens, 7, 82 s. Vgl. m. Scharnhorst 2, 578.

Programms ausgeführt wurde. Erst am 25. März ließ Fürst Kutusoff, der Oberbefehlshaber des russisch-preußischen Heeres, im Namen der beiden Monarchen, von seinem Hauptquartier Kalisch aus, die Proclamation ergehen. Vergleicht man die endgültige Fassung, die übrigens nicht von Stein herrührt, mit den Vorschlägen, die er gemacht hatte, so gewahrt man, daß er sich Modificationen gefallen lassen mußte. Angenommen wurden die beiden ersten seiner Sätze: „Man wird den festen Willen verkündigen, die Unabhängigkeit Deutschlands herzustellen und den Rheinbund zu zerstören; man wird die Fürsten und die Völker einladen, bei diesem Unternehmen mitzuwirken". Ja, es wurden sogar, in Steins Sinne, Freiheit und Unabhängigkeit als „unveräußerliche Stammgüter der Völker" bezeichnet und den Deutschen die „Wiedergeburt eines ehrwürdigen Reiches" verbürgt. Dagegen erfuhr der dritte Satz eine beträchtliche Umwandlung. Er lautete: „Man wird diejenigen, welche länger als sechs Wochen zaudern, mit dem Verluste ihrer Staaten bedrohen". Diese scharfe Begränzung des Ultimatums war schon in dem Proclamations-Entwurfe, den die Unterzeichner des Protokolls vom 19. März ihrem Werke beifügten, durch eine unbestimmte Fassung[1]) ersetzt, und sie wurde in den nachfolgenden Berathungen weiter abgeschwächt. Die verbündeten Monarchen sprachen nämlich die Hoffnung aus, daß sich keiner finden werde unter den deutschen Fürsten, „der, indem er der deutschen Sache abtrünnig sein und bleiben will, sich reif zeige der verdienten Vernichtung durch die Kraft der öffentlichen Meinung und durch die Macht gerechter Waffen". Die beiden Monarchen sowohl wie die Verwalter ihrer auswärtigen Ministerien werden hier gegen Stein zusammengestanden haben. Hardenberg hatte Anfang Januar den Rheinbund-Fürsten beruhigende Zusicherungen machen wollen, und wir entsinnen uns, daß der Zar schon 1812 Wasser in Steins Wein goß, als es die deutschen Fürsten galt[2]). Die vierte und letzte These Steins lautete: „Man wird den Deutschen die Zusage ertheilen, daß man nach geschlossenem Frieden ihnen die

[1]) dans un délai fixé.

[2]) S. 138 u. Oncken, Österreich u. Preußen 1, 126.

Ordnung ihrer häuslichen und inneren Angelegenheiten überlassen wird". Sie richtete sich klärlich gegen russische Einmischungsgelüste, aber der Zar nahm sie an; der Zusatz, den er machte, kehrte seine Spitze wider Frankreich. Denn er erklärte: sein Verhältniß zu dem wiedergeborenen Deutschland und seiner Verfassung könne, da er den fremden Einfluß vernichtet zu sehen wünsche, kein anderes sein, „als eine schützende Hand über ein Werk zu halten, dessen Gestaltung ganz allein den Fürsten und Völkern Deutschlands anheimgestellt bleiben soll". Schließlich machte die Proclamation, sicher auf die persönliche Weisung des Zaren, den Versuch, Frankreich durch ein Compliment und durch ein Versprechen von Napoleon zu trennen[1]). Das war im Sinne des Bartensteiner Vertrages sowohl wie des österreichischen Manifestes von 1809; ob auch im Sinne Steins, steht dahin[2]).

Der Kalischer Aufruf ist in der Periode, die dem Freiheitskriege folgte, mit Recht von denen citirt worden, welche die reactionslustigen Fürsten mit ihren eigenen Waffen schlagen wollten. Denn in keinem für die Öffentlichkeit bestimmten Documente sind die legitimen Gewalten der nationalen Idee so weit entgegengekommen wie hier. Aber der nachlebende, mit der gesammten Epoche vertraute Historiker gewahrt auch, wie stark die altüberlieferten, soeben erst durch das Eintreten der Nationen befestigten Regierungen sich schon wieder fühlten und welches Mißtrauen sie gegen das neu in die Welt Eingetretene hegten.

---

[1]) „Frankreich, schön und stark durch sich selbst, beschäftige sich fernerhin mit der Beförderung seiner inneren Glückseligkeit. Keine äußere Macht wird diese stören wollen, keine feindliche Unternehmung wird gegen seine rechtmäßigen Gränzen gerichtet werden".

[2]) Dafür läßt sich sein Rath, französische Offiziere zu gewinnen (oben S. 139), dagegen sein ungünstiges Urtheil über die französische Nation (S. 99 ff. 160) geltend machen. — Kutusoffs „Aufruf an die Teutschen", Kalisch $\frac{13.}{25.}$ März 1813, ist oft gedruckt, z. B. bei Klüber, Acten d. Wiener Congresses (1817) 7, 273 ff.; Pertz 3, 320 ff.; Boyen, Erinnerungen 3, 271; Treuenfeld, d. Jahr 1813 (1901) S. 196 d. Beilagen. Über die vorangegangenen Verhandlungen s. m. Scharnhorst 2, 579. Die Vermuthung Lebzelterns über die Stimmung von Hardenberg (Oncken, Österreich u. Preußen 1, 332) ist irrig.

Fünfter Abschnitt.

Freiheitskrieg in Deutschland.

1813.

Mit der preußisch-russischen Allianz hatte das Leben Steins seinen Höhepunkt erreicht. Ohne ihn würde Rußland, nachdem es die feindliche Invasion abgewehrt und das Herzogthum Warschau, ganz oder theilweise, occupirt hatte, sich auf sich selbst zurückgezogen und einen neuen Angriff Napoleons abgewartet haben. Ohne Stein würde Preußen in der französischen Allianz verharrt oder schweren inneren Wirren verfallen sein. Nunmehr war Rußland entschlossen, den Krieg bis zur Vernichtung des revolutionären Weltreiches fortzusetzen. Allein wäre es dazu, weil die Widerstandskraft des Gegners mit der Annäherung an seine natürlichen Hülfsquellen wuchs, nicht im Stande gewesen; die Streitkräfte zunächst von Preußen mußten hinzukommen. Sie wurden ihm gewährt durch das Bündniß vom 27. Februar: nicht ohne Entgelt, sondern um den Preis der Reconstruction Preußens, die dann eben so eine Beschränkung der polnischen Aspirationen des Zaren wie die Befreiung mindestens des nördlichen Deutschlands einschloß. Daß diese gelingen würde, wurde durch eine Steigerung der militärischen Leistungen Preußens verbürgt, die alles übertraf, was die Welt bis dahin gesehen hatte, und auch sie war mit das Werk von Stein, ohne den die innere Reform, die Vorbedingung der Machtentfaltung, niemals geglückt wäre.

Große Thaten tragen ihren Lohn in sich selber; aber ihre äußere Rückwirkung ist für diejenigen, welche sie vollbringen, keineswegs immer erwünscht. Das mußte jetzt auch Stein erfahren. Als er von Königsberg ins russische Hauptquartier zurückkehrte, hatte ihm

Alexander, tiefen Dankes voll, abermals ein russisches Staatsamt angeboten; aber er war seinem wohl erwogenen Entschlusse treu geblieben und hatte abgelehnt[1]). So groß die Verdienste waren, die sich der Zar um die gemeinsame Sache der abendländischen Nationen erworben hatte und noch beständig erwarb, er blieb Russe, und das mußte, je näher die Auflösung des Napoleonischen Universalreichs und die Einrichtung eines neuen Staatensystems rückte, desto mehr in die Erscheinung treten. An sich wäre es nun sehr wohl denkbar gewesen, daß Stein in den Dienst des andern Partners der soeben geschlossenen Allianz trat. Nicht nur hatte er Preußen zu dem gemacht, was es jetzt war: wie viel kam auch darauf an, daß das Steuerruder dieses Staates in kräftige Hände gelegt wurde. Das Wort, daß während des Krieges die Gesetze schweigen, ist nur mit starken Einschränkungen wahr. Es ist kaum auszusagen, von welcher Bedeutung für Gegenwart und Zukunft es gewesen wäre, wenn Friedrich Wilhelm beim Beginn des Freiheitskampfes dasjenige, was vom Programm des Jahres 1808 unerfüllt geblieben war, vor Allem die Reichsstände, seinem Volke vorbehaltlos gewährt hätte. Das wäre nur möglich gewesen, wenn an Stelle Hardenbergs Stein preußischer Staatskanzler geworden wäre. Aber eine solche Wendung war sowohl durch die Charaktere der betheiligten Persönkeiten wie durch die vorangegangenen Ereignisse ausgeschlossen. Der Conflict zwischen Friedrich Wilhelm III. und Stein, wie er im Winter 1806 auf 1807 ausbrach, ging so tief, daß er eigentlich eine Wiederannäherung der beiden Widersacher nicht zuließ. Nur durch eine sehr unerwartete Verkettung von Umständen war sie doch herbeigeführt worden, und sicher ist dem Könige die zweite Trennung von dem ihm im Grunde aufgenöthigten Minister nicht sehr schwer geworden. Jetzt hatte Friedrich Wilhelm wieder die peinliche Empfindung, von dem Titanen, der ihn zur russischen Allianz zwang, vergewaltigt zu sein, und diese Stimmung wurde noch verschärft durch das Auftreten Steins in Königsberg, das in den Augen des Monarchen eine Usurpation seiner Prärogative war. Überdies aber

[1]) Steins Selbstbiographie S. 182.

stand dem Wiedereintritt Steins ins preußische Ministerium das Interesse Hardenbergs entgegen. Da ein Nebeneinander der beiden großen Staatsmänner eben so unmöglich war wie eine Unterordnung des einen unter den andern, so hätte Hardenberg weichen müssen; der aber hatte, wie die Ereignisse von 1811 und 1812 zeigten, seine früheren vornehmen Anschauungen über das Verhältniß von Minister und Portefeuille aufgegeben[1]. Genug, nur eine innere Umwälzung hätte Stein wieder zum preußischen Minister machen können; diese aber hatte er selber durch das Zustandebringen der preußisch-russischen Allianz verhindert.

So stellte sich dann von selbst als eine Unterkunft die Behörde dar, auf deren Errichtung er gedrungen hatte: der Central-Verwaltungs-Rath. Wirklich wurde Stein einer der Vertreter Rußlands. Es war gewissermaßen die Fortsetzung seiner Wirksamkeit im Deutschen Comité zu Petersburg: auch in dem Sinne, daß er nicht von vorn herein den Vorsitz hatte; dieser fiel ihm erst dadurch zu, daß der ursprünglich dafür designirte Graf Kotschubeij ausblieb. Vergebens bemühte sich Stein, diesen seinen Freund, der sich auch in der Krisis des Jahres 1812 sehr wacker gehalten hatte, in die Nähe des Zaren zu bringen[1]).

---

[1]) Steins Selbstbiographie S. 183: „Der Staatskanzler war mißtrauisch, besorgt für sein Ansehen, ich möchte Ansprüche auf den Rücktritt in den Dienst machen". Mit welchen Besorgnissen sich Hardenberg trug, zeigt der in m. Scharnhorst 2, 515 mitgetheilte Befehl.

[1]) Aus dem „Promemoria", das Stein (Kalisch $\frac{27.}{15.}$ mars 1813) dem Zaren überreichte, geht hervor, daß an diesem Tage Preußen schon seine Mitglieder für den Verwaltungsrath bestimmt hatte (la Prusse ayant déjà fait son choix); Stein drang darauf, daß der Zar diesem Beispiel baldigst folge. Hierzu findet sich am Rande die Bemerkung Steins: S. M. m'a dit qu'elle ferait avertir le c^te^ Kotschubeij. Das „Promemoria" schlug weiter vor, daß das Protokoll der Breslauer Conferenz (s. S. 264) den Mitgliedern des Verwaltungsraths als Instructon dienen und sie selber sich baldigst nach Dresden begeben sollten. Unter das vom Zaren zurückerhaltene Mundum des „Promemoria" schrieb Stein: Approuvé par S. M. I. le 27. mars 1813. S[tein]. Die Declarationen des 4. April (S. 266) brachten dann die Ernennungen: Kotschubeij und Stein für Rußland, Schön und Rehdiger für Preußen. Endlich Bekanntmachung von Kutusoff im Namen der beiden Monarchen, Kalisch

Ob nun die neue Behörde überhaupt eine, wenn auch noch so bescheidene Wirksamkeit entfalten würde, das hing von dem Erfolge der kriegerischen Operationen ab, zu dem dann freilich Stein das Seinige beitrug.

Dies geschah in jenen glücklichen Tagen, die er, von Breslau zurückgekehrt, im russischen Hauptquartier zu Kalisch verlebte[1]). Indem ihm, dem Genesenden, die Kräfte wieder zuströmten, sah er sich von den Geschäften nicht mehr in Anspruch genommen, als er ertragen konnte, und sie waren meist erfreulicher Art. Dem Zaren hat er vielleicht nie so nahe gestanden wie damals, da ihre beiden Leitsterne am Himmel der Politik in intimer Conjunction waren. Von England war Pozzo di Borgo herübergekommen; Stein fand ihn wohl ein wenig gealtert, sonst aber unverändert, und natürlich wirkte der Todfeind Napoleons jetzt auf Alexander in demselben Sinne wie er[2]). Von Breslau brachte er selbst Ludwig Wallmoden mit, den Bruder seiner Frau. Der hatte den österreichischen Dienst nach dem Abschluß der französischen Allianz quittirt und war nach England gegangen, von wo ihn Stein, als Napoleons Niederlage in Rußland vollendet war, zu sich entbot:

$\frac{26.\ \text{März}}{6.\ \text{April}}$, welche schließt: „Allen öffentlichen Beamten und Einwohnern des nördlichen Deutschlands wird aufgegeben, den Verfügungen dieses Verwaltungsraths Folge zu leisten. Zum einstweiligen Präsidenten desselben Raths haben Ihre Majestäten den Frhrn. Carl vom Stein zu ernennen geruhet". — Vgl. Bernhardi, Denkwürdigkeiten v. Toll 2, 180. Ompteda Nachlaß 3, 152.

[1]) Stein à Mme Stein, Kalisch 22. mars 1813: Après avoir atteint le 20. Oels, je suis arrivé hier à Kalisch, avec votre frère. Wallmoden erschien in Breslau kurz vor der Ankunft des Zaren (15. März); Ompteda Nachlaß 3, 51.

[2]) Stein à Mme de Stein, Kalisch 30. mars 1813: Je le [trouve] un peu vieilli, la vivacité de son esprit est toujours la même. — 4. avril: Il est toujours le même excellent esprit, excellent caractère, pétulant. Pozzo hatte auf die Aufforderung des Zaren (S. 142) London Ende December verlassen und war in Petersburg erst angekommen, als Alexander schon bei der Armee war. Maggiolo, Pozzo di Borgo p. 146 s. — Aus einer Denkschrift Pozzos, Kalisch $\frac{24.\ \text{März}}{5.\ \text{April}}$ 1813, bei Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 82 die bezeichnende Stelle: von Preußen abgesehen, würden die russischen Truppen auf ihrem Wege vom Niemen bis zum Rhein nur finden les cadavres des anciens gouvernements ou incapables d'être rappelés à la vie, ou dans la nécessité d'être ranimés par l'influence de leur libérateur.

nicht eben sanft und geduldig. Aber trotz so rauher Worte liebte er ihn, den tapferen Soldaten, mit dem selbst ein so anspruchsvoller Kritiker wie Clausewitz zufrieden war; längst hatte er ihm das Commando über die Deutsche Legion zugedacht, und freudigen Herzens verschaffte er ihm jetzt eine ansehnliche Stellung[1]). Die russischen Operationen waren, theils durch den Mangel eines ausgezeichneten und willigen Oberfeldherrn theils durch die Zauderpolitik des preußischen Cabinets, sehr aufgehalten worden. Stein suchte nachzuhelfen, indem er den Engländern zuredete, die französischen Commandanten der drei Oder-Festungen zu bestechen; der Plan scheiterte, wie es scheint auch an der Knauserei der englischen Behörden[2]). Die Waffen mußten entscheiden, und ganz haben sie nie geruht. Einige ungeduldige und wagemuthige Unterführer, die der vortrefflichen Reiterei ihres Heeres vertrauten, erwirkten oder nahmen sich die Erlaubniß zu selbständigem Vorgehen, und begreiflicher Weise wandten sie sich nordwestwärts, wo der französische Besitz durch keine Festung beschirmt war und das Meer englische Hülfe versprach. Allen voran der auch aus österreichischen Diensten gekommene Oberst Tettenborn, ein Rheinländer wie Stein und trotz großer Charakterverschiedenheit — Tettenborn nahm, vergleichbar etwa Prinz Louis Ferdinand, das Leben von der leichtesten Seite — wohlgelitten bei dem strengen Reichsfreiherrn wegen seiner vielen im Kampfe mit Frankreich vollbrachten kühnen Thaten[3]). Der brach schon in der ersten März-Woche mit seinen 1300 Reitern von Berlin auf, und im Fluge befreite er (18. März) Hamburg; die jüngsten Bürger des Empire, die für dessen Segnungen das geringste Verständniß hatten, bereiteten dem

[1]) Gentz, Tagebücher (1861) S. 267; Pertz Gneisenau 2, 341. 465; Pertz, Stein 3, 227 ff. Wallmoden war 1812 auch in Schweden; Münster à Stein, Londres 10. octobre, 10. décembre 1812. Ob außerdem in Spanien, ist fraglich. Vgl. noch oben S. 157. Das Urtheil von Clausewitz in d. Zeitschrift f. preußische Geschichte (1876) 13, 305. 311.

[2]) Stein [au lieutenant-général Robert Wilson], Dresde 10. avril 1813 (mitgetheilt von Dr. Paul Wittichen): Cinquante mille livres sterling sont beaucoup au dessous de la valeur des trois forteresses. Vgl. Pertz 3, 332.

[3]) Pertz 3, 232. Steins Selbstbiographie S. 179.

russischen Obersten einen Empfang, von dem ein Zeitgenosse schreibt: „So lange Hamburgs Wälle stehen, ist solch ein Tag der Freude nicht erlebt worden“. Hinter Tettenborn her zogen andre Streifscharen-Führer: Tschernischeff, Benkendorf und Dörnberg, der nun endlich das ersehnte Lorberreis pflücken durfte. Eben während Stein in Kalisch mit Pozzo di Borgo und Wallmoden Rath hielt, zerschmetterte er (2. April) vor und hinter den Mauern der alten Hansestadt Lüneburg die Heeresabtheilung des französischen Generals Morand; das Beste dabei thaten die Füsiliere des 1. Pommerschen Infanterie-Regiments unter ihrem Major Borcke, die ersten Rächer preußischer Ehre, die ersten Ritter des Eisernen Kreuzes. Die Nachrichten gingen langsam; man ahnte in Kalisch nicht, in welcher Gefahr trotz all ihrer Erfolge die Sieger schwebten: schon nahten von Westen und Süden her die Streitkräfte, die Napoleon dazu bestimmt hatte, die sehr wider seinen Willen verlorene Stellung bei Hamburg zurückzuerobern[1]). Aber auch so war es klar, daß diese weit vorgeschobenen Truppentheile unter ein einheitliches Commando gestellt werden mußten. Dafür empfahl Stein und setzte beim Zaren durch General Wallmoden; als wichtigste Verstärkung der nordwestlichen Truppen sollte ihm die Deutsche Legion folgen, das hoffentlich bald genesende Schmerzenskind des verflossenen Jahres. Eigenhändig setzte Stein seinem Schwager die Instructionen auf für die Gegenstände der Verwaltung, die er neben den militärischen Operationen besorgen sollte. Sie betrafen die nichtpreußischen Territorien des Nordens und Westens.

Bei deren Obrigkeiten hatte nicht lange nach der preußisch-russischen Allianz eine Umstimmung begonnen, die sich je nach ihrer Lage verschieden bekundete. Der Prinz von Oranien, der 1809 Stein so kühl behandelt hatte, trug ihm jetzt die Stelle eines Haus-

---

[1]) Napoléon à Eugène Napoléon, Paris 5. mars 1813; Correspondance de Napoléon I. 25, 28 s. Es ist der Befehl, in dem sich die denkwürdigen Worte finden: A la moindre insulte d'une ville, d'un village prussien, faites-le brûler, fût-ce même Berlin, s'il se comporte mal. Noch war die Landsturm-Ordnung nicht erlassen, aber Napoleon ahnte, was bevorstand.

Ministers an. Eine Zumuthung, die von starkem Selbstgefühl zeugte, wenn man Steins Position beim Zaren ins Auge faßte; interessiren konnte sie Stein nur insofern als sie bewies, wie sehr die Wagschale in dem hundertjährigen Streit zwischen seinem Geschlecht und den Nassauer Fürsten (unter denen sich auch die der Oranischen Linie befanden) zu Gunsten des ersteren sich neigte. Das Anerbieten selbst lehnte er, wie sich versteht, ab[1]). Dann kam derjenige, welcher alsbald den von Stein verschmähten Oranischen Posten annahm, Hans v. Gagern. Wie Stein als rheinischer Reichsritter geboren, aber im nichtpreußischen Deutschland geblieben, vergaß er auch als rheinbündischer Staatsmann nicht das Dasein und Recht der deutschen Nation sowohl wie ihrer Wortführer; im Dienste der Herzöge von Nassau stehend, handhabte er den Sequester über das Steinsche Familiengut so wohlwollend, wie wir es aus Steins Munde selbst hörten. Vor einem Decrete Napoleons, das ihn, den linksrheinisch Geborenen, zu einem Franzosen stempeln sollte, wich er aus dem Gebiete des Rheinbundes und ging nach Österreich. Hier nahm er während des Winters von 1812 auf 1813 Theil an den Bestrebungen jener Patrioten, die, den Erzherzog Johann an der Spitze, Tirol von neuem unter die Waffen bringen wollten. Das Vorhaben wurde durch die unsaubersten und schändlichsten Mittel der geheimen Polizei verrathen und vereitelt, unter eifriger Mitwirkung von Metternich, der dann die Stirn besaß sie rundweg abzuleugnen: vielleicht die dreisteste Lüge der Epoche. Gagern mußte auch Österreich verlassen, bekam aber für Breslau, wohin er sich wandte, von Metternich einen Auftrag, der neue Lügen enthielt und dazu bestimmt war, die verbündeten Mächte bei guter Laune zu erhalten. Ein zweites Mandat, gleicher Tendenz, wurde Gagern in Prag zu Theil vom Kurfürsten von Hessen, der seine Sache kurz zuvor in Breslau persönlich, aber nicht eben glücklich zu führen gesucht hatte. Stein hatte die schlesische Hauptstadt bereits verlassen und vertröstete Gagern, der ihn schriftlich in Kenntniß setzte, auf die Zukunft. Den Dank für den seiner Familie geleisteten Beistand stattete er ab, indem er

[1]) Gagern, Antheil an der Politik 4, 24. 27.

Gagern dem Prinzen von Oranien zu dem ihm selbst zugedachten Posten empfahl[1]).

Für den Moment kam das Meiste auf diejenigen Gebiete an, die durch Tettenborns Streifzug befreit waren. Schon in der Denkschrift des 16. März hatte Stein die Errichtung eines Gränz-Zolls längs der Ost- und Nordsee empfohlen: ein schöpferischer Gedanke, der einerseits an die großen Tage der Reformation, das Zoll-Project des Jahres 1523, anknüpfte, andrerseits den Deutschen Zoll-Verein des 19. Jahrhunderts vorbereitete. Unmittelbar darauf formulirte, vielleicht von Stein angeregt, Heydebreck, einer seiner alten Finanz-Räthe aus der Zeit vor 1806, die gleiche Idee. Rußland und Preußen waren in derselben Lage. Noch hatten sie keine englischen Subsidien. Rußland war in Papiergeld-Nöthen; Preußen hob zwar soeben den Napoleonischen Continental-Impost für alle seine Zollstätten auf, wollte aber, beim Beginne eines Daseinskampfes, neben Papiergeld und Einkommensteuer nicht der sicheren und erheblichen Einnahmen, wie sie Zölle gewähren, entrathen und fuhr fort, in seinen Häfen die überseeischen Waren zu verzollen. So verständigte man sich rasch. Schon am 6. April willigte der Zar in das ihm vorgelegte „Patent wegen Erhebung eines außerordentlichen Kriegs-Imposts von allen überseeischen Waren, während der Dauer des gegenwärtigen Krieges“. Der Zoll sollte in allen nichtrussischen und nichtpreußischen Häfen der Ostsee und Nordsee sowie an der Gränze der „bisher sogenannten Rheinbunds-Staaten“ erhoben und durch Heydebreck eingerichtet werden[2]).

---

[1]) Gagern, Antheil an d. Politik 1, 187. 195. 206 ff. 4, 13 ff. (erstes Schreiben v. Gagern an Stein, Wien 21. December 1812; Schreiben aus Breslau v. 27. März 1813). Heinrich v. Gagern, Leben des Generals Friedrich v. Gagern (1856) 1, 83 ff. — Über die Anwesenheit des Kurfürsten von Hessen in Breslau und dessen vom Zaren sehr übel aufgenommene Annexions-Pläne s. Ompteda, Nachlaß 3, 50. Über Metternich und die österreichischen Patrioten s. Wertheimer in d. Deutschen Rundschau Juli u. August 1904.

[2]) Steins Schreiben v. 16. März; Histor. Zeitschr. (1888) N. F. 23, 300. „Promemoria“ des Geheimen Staatsraths Heydebreck, Breslau 17. März. Desselben Aufzeichnung v. 23. März. Heydebreck an Hardenberg, Berlin 30. März.

Da kamen zunächst in Betracht die mecklenburgischen Häfen. Deren Herrscher, Herzog Friedrich Franz von Schwerin, sagte sich, als das russische Schwert in seiner Residenz aufblitzte, vom Rheinbunde los, ließ sein Garde-Bataillon zu Tettenborn nach Hamburg marschiren und schickte seinen erprobtesten Diplomaten, Herrn v. Plessen, nach Kalisch. Stein, der natürlich vom Zaren gefragt wurde, war dafür, den vom Mecklenburger begehrten Frieden (officiell bestand immer noch Krieg) nur gegen eine Reihe von Bedingungen zu gewähren: der Herzog solle ein Jäger-Bataillon stellen, monatlich 40000 Thaler in die Kriegs-Casse zahlen, bestimmte Portionen von Vieh und Naturalien liefern und für die Dauer des Krieges die Zölle in Wismar und Rostock hergeben. „Nimmt", so schloß Stein, „der Herzog diese Bedingungen nicht an, so wird sein Land als erobertes Land behandelt und im allgemeinen Frieden darüber verfügt". Es war der erste Versuch, die deutsche Frage, wenn auch nur in der Beschränkung auf den bevorstehenden Kampf, praktisch zu lösen. Aber, wie im Sommer 1812, ließ sich Alexander von Stein nur eine Strecke weit führen, sei es daß sich in ihm das Gemeingefühl der deutschen Fürsten regte, zu denen er doch auch gehörte, sei es daß er für die Mecklenburger, seine nahen Verwandten, besondere Sympathien hegte; er begnügte sich damit, von dem Herzog das militärische Contingent zu verlangen. Wollte Stein mehr erreichen, so mußte er abwarten, welchen Eindruck er selbst als Haupt des Verwaltungsrathes und Wallmoden als Führer der „Nord-Armee" in Schwerin machen würde[1]).

Stein an [Heydebreck, Kalisch] 4. April 1813. Bemerkung Steins am Rande des von Heydebreck aufgesetzten „Patents" (das ursprünglich datirt war „Kalisch $\frac{\text{24. März}}{\text{5. April}}$ 1813", nachher das Datum „Dresden 10. April 1813" erhielt): Vu et approuvé par S. M. l'Empʳ. Kalisch le 6. d'avril n. st. 1813. Preußische Gesetz-Sammlung 1813 S. 6. 165. Ompteda, Nachlaß 3, 53.

[1]) L. v. Hirschfeld, Aus d. Leben d. mecklenburgischen Ministers Leopold v. Plessen; zuerst in der Deutschen Rundschau October 1893 ff., dann in d. Schrift „Von einem deutschen Fürstenhofe, geschichtliche Erinnerungen aus Alt-Mecklenburg" (1896) 2, 26 ff. Tagebuch des Erbprinzen Friedrich Ludwig v. Mecklenburg-Schwerin; hrsg. v. K. Schröder i. d. Jahrbüchern d. Vereins f. mecklenburg. Gesch. (1900) 65, 252 ff. Stein à Hardenberg, Kalisch 30. mars

Weiter westlich war der künftige Kriegs-Impost auf die Hansestädte angewiesen, und Stein drang darauf, daß so bald wie möglich Deputirte von ihnen ins Hauptquartier entboten würden[1]). Endlich wies er, die Gunst der Lage überschätzend, seinem Schwager Aufgaben zu, die sowohl Hannover wie Hessen betrafen. Dort sollte er die alten Beamten provisorisch wieder einsetzen, die alten Institutionen wieder herstellen, die französischen, unter denen der Code Napoléon ausdrücklich genannt wurde, beseitigen und schleunigst Landwehr und Landsturm aufstellen; in Hessen aber einen Civil- und Militär-Gouverneur aus den alten Beamten des Kurfürsten bestellen, die dann beide ihrerseits die militärische Organisation zu beschleunigen und mit dem Verwaltungsrath in Verbindung zu treten hätten. Dem Kurfürsten selbst, der soeben mit der größten Naivität Annexions-Gelüste angemeldet hatte, wurde kein directer Antheil an der Regierung gewährt[2]).

[n. st.]: M. de Pless nous est arrivé pour faire un arrangement, il ne sera fait qu'avec votre concurrence. Stein à Alexandre I., Kalisch 1. avril [n. st.]. Schreiben des Zaren an Herzog Friedrich Franz I. v. Mecklenburg-Schwerin, Kalisch $\frac{22.\ \text{März}}{2.\ \text{April}}$ 1813; Hirschfeld, Von e. deutschen Fürstenhofe 2, 30 (Übersetzung). Auszüge aus Lebzelterns Berichten b. Oncken, Österreich u. Preußen 1, 333 f. Vgl. oben S. 138. — Über die mit Mecklenburg-Strelitz getroffene Abrede liegen nur die Notizen bei Ompteda, Nachlaß 3, 90 u. Aus den Papieren v. Schön 4, 99 vor.

[1]) „Promemoria" de Stein, Kalisch $\frac{27.}{15.}$ mars 1813.

[2]) Instructions données au cte Wallmoden Lt Général, Kalisch 3. avril 1813; eigenhändige Aufzeichnung Steins. Wallmoden verließ Kalisch noch am 3. April; Stein à Mme de Stein, Kalisch 4. avril. — An den Unterhandlungen, die den Übertritt von Poniatowski ins verbündete Lager bezweckten, (Mazade, Alexandre I. et Czartoryski p. 218 s.; Oncken, Österreich und Preußen 1, 326 f.; Mémoires de la ctesse Potocka p. 348) ist Stein, wie es scheint, nur mittelbar betheiligt gewesen. Sicher ist, daß seine Freundin Luise Radziwill in dieser Angelegenheit an ihn schrieb (s. d. Übersetzung ihres Briefes v. 20. März 1813 bei Pertz 3, 318). Weiter berichtet Pertz (3, 318 f.) aus einer Quelle, die mir nicht zugänglich war: Stein habe dem Fürsten Radziwill (dem Gemahl der ebengenannten Dame, demselben, an den die Nassauer Denkschrift [s. Theil 2, 10 ff.] erging) gerathen, sich mit seinem Freunde Czartoryski in Verbindung zu setzen; der könne ihm die genaueste Kunde über die Lage der polnischen Angelegenheiten geben und ihn in Stand setzen, eine Wahl zu treffen, wodurch Polen an die große Sache, wofür man kämpfe, geknüpft werde. Die

Aber so hoch man dies alles veranschlagen mochte, es war klar, daß die Entscheidung in denjenigen Landschaften fallen würde, welche die großen Heere der Verbündeten auf ihrem Vormarsche nach Westen durchzogen.

Gedenken wir abermals des Triumvirats, das sich 1808 zum Heile Preußens und Deutschlands in Königsberg gebildet hatte, so war Stein jetzt wieder mit Scharnhorst und Gneisenau vereinigt; angelegentlich hatte er die Rückkehr des letzteren von seiner aussichtslosen Londoner Mission betrieben[1]), nachdem die Katastrophe der französischen Armee entschieden war. Erst 1808, dann von neuem 1812 hatte Stein seinen beiden großen Freunden die Bahn geebnet zu den Thaten, nach denen sie strebten; jetzt trat der Staatsmann hinter den Soldaten zurück. Scharnhorst und Gneisenau waren, der eine Generalstabs-Chef, der andre General-Quartiermeister des preußisch-russischen Heeres, das unter Blüchers Oberbefehl in Sachsen eindrang und es, fast ohne Widerstand zu finden, allmählich ganz befreite. Gleichzeitig rückte, wie wir schon sahen, das zweite verbündete Heer, das unter dem auch von Stein hochgeschätzten russischen General Wittgenstein stand, weiter nordwärts vor und entriß der Fremdherrschaft Mecklenburg, Hamburg und Lübeck, Anhalt. So schien Stein ein ansehnlicher Wirkungskreis sicher zu sein; inmitten der wichtigsten Erwerbung, die zugleich die in jedem Betracht gefährdetste war, schlug er seinen Sitz auf; seit dem 9. April war er in Dres-

---

Antwort auf diesen Rath scheint in einem Schreiben der Prinzeß Luise Radziwill an Stein (Berlin 16. April 1813) enthalten zu sein, wo es heißt: Je comprends à quel point il [mon mari] aura été désappointé de vous manquer à Kalisch. Il est très attaché au prince Adam, mais il comptait beaucoup sur vos lumières. Vgl. Hippel, Beiträge z. Charakteristik Friedrich Wilhelms III. (1841) S. 120 f.; Ompteda, Nachlaß 3, 143 f.

[1]) Seit dem 1. December 1812; s. Pertz 3, 227 ff. Gneisenau vertheidigte sich gegen die von Stein gewählten Ausdrücke in einem an diesen gerichteten, sehr merkwürdigen Schreiben (o. D., wahrscheinlich um den 22. December 1812 aufgesetzt; Pertz, Gneisenau 2, 464 ff.), das niemand bei der Charakterisirung Steins übersehen wird (vgl. Theil 2, 592). Aber in den erhaltenen Briefen Steins findet sich keine Wendung, die Gneisenaus Erregung ausreichend erklärt. Entweder ist ein Brief Steins nicht auf uns gekommen oder Gneisenau war durch eine Klatscherei gereizt.

den[1]). Zunächst repräsentirte er allein seine Behörde. Von den beiden Vertretern Preußens, deren Auswahl er unzweifelhaft mit bestimmt hatte[2]), befand sich in Schlesien nur Staatsrath Rehdiger, der Verfasser jener reichsständischen Entwürfe des Jahres 1808[3]). Der andre, ohne den Rehdiger seine Functionen nicht antreten sollte, war Schön; er hatte die weite Reise von Gumbinnen zurückzulegen und wurde, als er in Breslau eintraf, einige Tage durch Krankheit zurückgehalten[4]).

[1]) Stein war in Kalisch noch am 6. April. An diesem Tage verließ er die Stadt, hielt sich, wie er seiner Frau am 11. schreibt, am 7. in Breslau auf und traf am 9. Abends in Dresden ein.

[2]) Stein an Schön, Breslau 19. März (Aus den Papieren v. Schön 1, 144 d. Anlagen): „J. H. erhalten einen Ruf des Königs zur Verwaltung der zu besetzenden Provinzen, ich werde Namens des Kaisers daran Theil nehmen . . . Ich vertraue auf Ihren Beistand; denn meine Kräfte sinken, ich war sehr krank". Tags darauf (ebendort) erging die Cabinets-Ordre an Schön. — Clausewitz an seine Frau, Kalisch 26. März 1813 (Schwartz, Clausewitz 2, 70): „Mit diesen Wahlen bin ich nicht sehr einverstanden. Du weißt, Stein ist kein großer Menschenkenner".

[3]) Theil 2, 511.

[4]) Schön traf am 10. April in Breslau ein; Aus den Papieren v. Schön 4, 106. Rehdiger an Stein, Breslau 11. April 1813: „Ich werde diese Zeit benutzen, um seine Metaphysik zu bekämpfen, die noch gar nicht ablassen will, sich sein Geschäft als rein diplomatisch zu denken". Schön und Rehdiger kamen am 17. April in Dresden an; Aus den Papieren v. Schön 4, 116. — Vortragende Räthe und andere Mitarbeiter von Stein: Arndt (s. S. 285 Anm. 2); Friese und Merian (s. Abschnitt VI); Graf Reisach, der Verfasser der Schrift: „Baiern unter der Regierung des Ministers Montgelas; Deutschland, im Verlag der Kämpfer für deutsche Freiheit 1813" (die Mitarbeiterschaft Steins behauptet von Geheimrath Tzschoppe bei Dorow, Erlebtes [1843] 2, 35). Über Reisach gehen die Urtheile sehr auseinander. Stein ließ ihn fallen, nicht nur wegen der üblen Nachrichten, die er über ihn aus Baiern bekam, sondern auch wegen der von ihm in Sachsen begangenen Ordnungswidrigkeiten (Flathe, Geschichte Sachsens 3, 235; wahrscheinlich hierher gehörig die Notiz in Hardenbergs Tagebuch 26. Januar 1814 b. Fournier, Congreß v. Châtillon [1900] S. 361), vielleicht auch wegen seiner allmählich offenkundig werdenden Harems-Neigungen (Arndt, Wanderungen S. 205). Dagegen wurde Reisach von Dorow und Tzschoppe gelobt (Dorow a. a. O.), von Hardenberg in der preußischen Archiv-Verwaltung beschäftigt. Es scheint, als wenn er sich an die Clique in Hardenbergs Umgebung angeschlossen hat und von ihr gehalten ist; unter Friedrich Wilhelm IV. wurde er entfernt (Arndt a. a. O.).

Von neuem trat das Problem auf, das wir aus dem Januar 1813 kennen. Wie damals das Herzogthum Warschau, so war jetzt das Königreich Sachsen noch mit Napoleon verbündet; sollte man es als Feind oder als Bundesgenossen behandeln? Wäre jene Clausel angenommen worden, die Stein in die Verordnung über den Verwaltungsrath bringen wollte, so würde die Sache sehr einfach verlaufen sein: der König wäre aufgefordert worden, binnen sechs Wochen der Coalition beizutreten; hätte er die Frist verstreichen lassen, so wäre er als abgesetzt angesehen worden. Und so zweideutig war dessen Haltung, daß Anfangs im verbündeten Hauptquartier, und zwar sowohl bei dem russischen Kaiser wie bei dem preußischen Staatskanzler, die Meinung dahin ging, ihn entweder sofort oder nach kurzer Bedenkzeit als feindlich zu behandeln[1]. Für Alexander hatte die Angelegenheit noch ein besonderes Interesse. Er wollte den ehemals preußischen Bestandtheil des Herzogthums Warschau, wenn auch nicht ganz, so doch in einem möglichst großen Umfange mit seinem Reiche vereinigen; er hatte es übernommen, Preußen dafür zu entschädigen: als die passendste Entschädigung stellte sich ihm schon 1812, in der Unterredung mit Boyen, dann wieder 1813, in den Verhandlungen mit Knesebeck, Sachsen dar[2]. Von diesem Standpunkt aus mußte ihm die Gegnerschaft des sächsischen Herrschers sogar willkommen sein; denn sie verlieh das Recht, dessen Land als Eroberung zu behandeln. Deshalb war er jetzt, anders als bei Mecklenburg, für strenge Maßregeln.

Aber diese Politik drang nicht durch. Denn mit dem alten Problem verband sich hier in Sachsen ein neues. Die deutsche Nation sollte aus den Fesseln der Fremdherrschaft erlöst und die opponirenden Fürsten sollten verjagt werden. War aber in allen Stämmen Deutschlands der Drang nach Freiheit gleich stark, war er überhaupt bei allen vorhanden, und wenn vorhanden, war er

[1]) Schriftwechsel zwischen Hardenberg u. Nesselrode, 24. u. 26. März 1813; m. Scharnhorst 2, 581. Das Schreiben v. Nesselrode vollständig: Aus d. Papieren v. Schön 4, 99 f.

[2]) Oben S. 196. Boyen, Erinnerungen 2, 524. Aegidi i. d. Histor. Zeitschr. (1866) 16, 277 ff. Oncken, Österreich u. Preußen 1, 257 ff.

mächtiger als die Neigung zum angestammten Fürstenhause, in dem sich die landschaftliche Eigenart verkörperte? Diese Fragen mußten für Sachsen in einem den Patrioten ungünstigen Sinne beantwortet werden: die große Masse der Bevölkerung war, wie auch Stein sehr bald bemerkte, ihrem Könige ergeben; selbst die deutsche Partei, die übrigens nicht groß war, hoffte auf einen glücklichen Entschluß des Monarchen. Zu den politischen Erwägungen gesellten sich militärische. Die preußischen Rüstungen waren noch sehr im Rückstande, und da auch die russischen Verstärkungen bei den riesigen Dimensionen und mangelhaften Straßenverbindungen des Zarenreiches nur allmählich anlangten, so mußte jede Vermehrung des verbündeten Heeres willkommen sein. Eine solche bot das sächsische Contingent, von dem leider soeben bei Lüneburg ein Theil an der Seite der Franzosen gestritten hatte, und dieses war wieder am sichersten durch den Beitritt des Monarchen zu gewinnen. Es kam noch hinzu, daß die sächsischen Truppen die Festung Torgau besetzt hielten, die für die Alliirten eine geradezu unschätzbare Erwerbung gewesen wäre; denn noch besaßen sie keinen einzigen festen Ort an der Elbe. Wie verheißungsvoll nun, daß der Gouverneur von Torgau, General Thielmann, eine der deutschen Sache günstige Haltung zeigte und Verhandlungen begann. Indeß zu einem directen Abfall wollte doch auch er nicht schreiten. Es kam hinzu, daß Österreich, dessen Allianz von Rußland wie von Preußen sehnlich herbeigewünscht wurde, gegen eine Brüskirung der deutschen Fürsten war. So schien denn, wie man die Sache ansehen mochte, in Sachsen der Weg zu dem erstrebten Ziel nur durch die Dynastie zu führen. Es war namentlich Scharnhorst, der diese Ansicht vertrat und bald Hardenberg sowohl wie den preußischen König für sie gewann. Schließlich willigte, wenn auch erst nach „großen Discussionen“ und nur widerstrebend, der Zar ein, daß sein Bundesgenosse den Versuch machte, zu einem friedlichen Abkommen mit dem Albertiner zu gelangen.

Wenn man nun aber mit dem sächsischen Könige verhandelte, um ihn in Güte zu gewinnen, so konnte man den Behörden, die er in Dresden zurückgelassen hatte — er selbst war in den fernsten

Winkel seines Staats, nach Plauen, gegangen —, nicht befehlen, als wären es die eigenen. Folgerecht enthielt der Brief, durch den Friedrich Wilhelm am 9. April den sächsischen Nachbar zur Allianz zu bestimmen suchte, die höfliche Aufforderung, fast Bitte, der König möge seine Behörden an Stein weisen[1]). Friedrich August aber war zu allem Andern eher bereit. Nicht unähnlich seinem hohenzollernschen Zeitgenossen, hatte er von der Macht und dem Genie des französischen Imperators die denkbar höchste Vorstellung. Wäre Napoleon in der Nähe gewesen, so würde er nicht einmal den Gedanken einer Trennung vom Rheinbunde gefaßt haben; so aber ließ er sich von seinem Minister Senfft auf eine abweichende Bahn führen: er schloß mit Österreich ein Bündniß, das ihm nicht nur seinen bisherigen Länderbestand verbürgte, sondern auch noch eine Vergrößerung in Aussicht stellte. Dergestalt fand er den Muth, dem preußischen Könige erst eine nichtssagende, dann eine fast hochfahrend ablehnende Antwort zu geben; Thielmann wurde instruirt, Torgau „nur auf den Befehl des sächsischen Königs, im Einverständniß mit dem Kaiser von Österreich" zu öffnen: die Dresdner Behörden blieben ohne die von den Alliirten erbetene Weisung.

Hätte Stein zu befehlen gehabt, so wäre von vorn herein in Sachsen eine scharfe Tonart angeschlagen worden. Er hatte weder von dem Albertiner noch von dessen Rathgebern eine hohe Meinung. Die Abneigung, die er gegen Minister Senfft als einen Rheinbündler und Vaterlandsverräther hegte, war seit 1809 nicht vermindert; er nannte ihn und sein Benehmen erbärmlich. Und was die Sache betraf, so war er geneigt, die Vortheile eines Bündnisses mit Friedrich August geringer anzuschlagen als den Nachtheil, den es mit sich brachte. Wie sehr, sagt er, würde es uns in der Verwaltung der Hülfsquellen des Landes beengen und, das sagt er zwar nicht, aber nach Allem, was vorangegangen und nachgefolgt ist, darf man annehmen, daß er es, geradeso wie Kaiser Alexander, gedacht hat: ist der Albertiner unser Bundesgenosse, so kann auch bei der künftigen

[1]) „Geruhen Ew. Majestät, Ihre Landesbehörden anzuweisen sich an ihn zu wenden".

Pacificirung nicht über sein Land zu Gunsten von Preußen verfügt werden[1]). Aber auch die Masse der Bevölkerung imponirte ihm nicht: diese „weichen Wortkrämer" hielt er für unfähig zu einem Aufstande oder auch nur zu einem Widerstande. Größere Hoffnungen setzte er auf die ständische Vertretung: Sachsen wurde ja noch immer wesentlich nach den Ideen des 16. Jahrhunderts regiert; offenbar hätte er am liebsten in Dresden geradeso wie vorher in Königsberg einen Landtag oder wenigstens einen ständischen Ausschuß berufen. Indeß wenn er wirklich die Parallele zwischen Ostpreußen und Sachsen gezogen hat, so traf sie nicht zu; denn was ihm dort seine Erfolge wesentlich mit verbürgte, die Zustimmung der mittleren und niederen Schichten der Bevölkerung, fehlte hier.

Zunächst waren ihm jedenfalls durch jenen Briefwechsel zwischen den Königen von Preußen und Sachsen die Hände gebunden, und so gerieth er in eine peinliche, ja unwürdige Lage. Er merkte bald, daß der Albertiner nimmermehr den von Thielmann erstrebten Befehl zum Anschluß an die Alliirten geben würde; also wagte er einen Gewaltstreich, indem er dem Courier des sächsischen Generals die Pässe ans Hoflager verweigerte. Vergebens: er reizte damit nicht nur die sächsischen Particularisten, sondern auch die Vermittler im eignen Lager[2]). Er durchschaute zwar nicht alle Schachzüge der unehrlichen Politik von Metternich, aber er gewahrte doch ihre schädliche Einwirkung auf die sächsischen Angelegenheiten und drang darauf, daß man die Intervention Österreichs, das ja genug an dem ihm zugedachten Süddeutschland habe, fern halten solle. Wieder umsonst: diese Intervention wirkte durch das mit Sachsen geschlossene Bündniß fort und hatte nicht einmal nöthig, besondere Intriguen einzufädeln. Das Schlimmste aber war, daß die Wirksamkeit der Behörde, die von Stein erst allein vertreten, dann geleitet wurde, ganz und gar stagnirte. Wozu, durfte man fragen, war er eigent-

[1]) Man wolle sich daran erinnern, daß Sachsen unter den Vasallen des Königreichs Norddeutschland, die Stein im November 1812 plante, nicht figurirte; Pertz 3, 202 f.

[2]) General Kleist an Thielmann (Petersdorff, Thielmann [1894] S. 179): „Entschuldigen läßt sich das Benehmen des Ministers v. Stein gar nicht".

lich in Dresden? Eine Woche nach der andern verging, ohne daß Sachsen, ein Land mit mehr als 2 Millionen Einwohnern und mit 7 Millionen Thalern Einkünfte, für den Freiheitskampf das leistete, was es leisten konnte[1]). Wir dürfen es Arndt wohl glauben, daß Stein „entsetzlich verstimmt" war und daß er auf eine Mahnung seiner Freunde, die Sachsen zu bewaffnen, heftig erwiederte: „So klug wie Sie bin ich auch; aber ich bin weder Kaiser von Rußland noch König von Preußen"[2]). Endlich, am 24. April, schien die Ankunft der beiden Monarchen eine Wendung zu bewirken. Thielmann wurde gerufen und eine Unterhandlung mit ihm begonnen, welche Alexander und Friedrich Wilhelm selbst einleiteten und an der dann auch Stein Theil nahm. Die Bedingungen waren immer noch sehr günstig für Sachsen: Fortbestand der Dynastie und Integrität des Landes, das nur im Falle eines Unglücks geschmälert werden sollte. Aber auch jetzt wollte Thielmann nicht auf eigne Faust vorgehen; ein neuer Gesandter suchte den König auf: mit demselben Erfolge wie seine Vorgänger. Wie schwach mußten sich die verbündeten Monarchen fühlen, wenn sie sich eine solche Behandlung gefallen ließen; wie grell stach dies alles gegen die Tage des Kalischer Aufrufs ab[3]).

[1]) In seinem Bericht an den Zaren, Reichenbach 2. August, berechnete Stein den Werth der im Königreich Sachsen und im Herzogthum Altenburg requirirten Lebensmittel auf 1½ Million Thaler. Viel geringer waren die Leistungen an baarem Gelde, Kleidungsstücken und Pferden; sie stellten (nach Schöns Immediat-Bericht, Reichenbach 7. August 1813; Aus d. Papieren v. Schön 1, 155 d. Anlagen) im ganzen Gebiete des Verwaltungsraths nur einen Werth von 647790 Thalern dar. Die sächsische Immediat-Commission hat also die von Stein geforderten 500000 Thaler (Pertz 3, 333) nicht gezahlt.

[2]) Arndt: Erinnerungen S. 202; Nothgedrungener Bericht 2, 161; Wanderungen S. 173. Arndt hatte Königsberg erst nach dem 22. März verlassen; seit Anfang April, etwas früher als Stein, war er in Dresden.

[3]) Die Correspondenz zwischen Friedrich Wilhelm und Friedrich August ist alsbald veröffentlicht in dem neuen Aufruf der Verbündeten an die Sachsen: Pertz 3, 668 ff. (es ist die „semiofficielle Schrift", von der Stein am 19. Mai redet, Pertz 3, 356, vielleicht auch identisch mit dem am 29. Juni an Münster geschickten „Aufsatz", Pertz 3, 382); außerdem bei Klüber, Acten d. Wiener Congresses (1817) 7, 276 ff. Über den ersten dieser Briefe s. die wichtige Mit-

Erfreulicher, wenn auch keineswegs ganz zur Zufriedenheit Steins, gestalteten sich die Dinge im Norden. Von den Sectionen, in welche die Convention des 19. März das zu befreiende Deutschland getheilt hatte, war hier eine — Mecklenburg und das französische Departement Bouches de l'Elbe — ganz frei, und Stein konnte mit deren Einrichtung beginnen. Zum Civil-Gouverneur[1]) und provisorischen Militair-Gouverneur war Graf Maxim Alopeus ersehen. Er hatte bereits wichtige Posten in der russischen Verwaltung eingenommen, so daß es zweifelhaft erscheinen konnte, ob er die ihm jetzt angetragene, nicht eben hohe Stellung annehmen würde. „Sie würden sie," schrieb ihm Stein, „unter allen andern Umständen ablehnen; unter den gegenwärtigen wird ein Mann von Ihrem edlen patriotischen Charakter nur eine Ansicht ins Auge fassen, die, zur Beförderung der großen Sache der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen möglichst kräftig mitzuwirken: ich bin es also überzeugt, Sie werden diese Stelle annehmen." Er hatte sich nicht getäuscht: Alopeus nahm an und erhielt vom Verwaltungsrath Vollmacht und Instruction. Sie betraf die Aufstellung von Mannschaften: auf 100000 Einwohner ungefähr 2 Bataillone Infanterie; dazu Landwehr und Landsturm, natürlich nach preußischem Muster. Sodann die Ver-

---

theilung in Hardenbergs Brief an Gneisenau, Breslau 10. April; Pertz, Gneisenau 2, 556. Dazu Hardenbergs Immediat-Bericht, Breslau 12. April: er habe Schön gesagt, „wie wichtig es sei, mit der Benutzung der Hülfsmittel in den zu besetzenden Ländern die Schonung der Opinion zu verbinden; ich habe ihm gesagt, daß dieses insonderheit E. K. M. am Herzen liege". — Stein à Nesselrode, Dresde 11. avril; übersetzt b. Pertz 3, 328 ff. Stein à Hardenberg, Dresde 13. avril; übersetzt b. Pertz 3, 332 ff. Nesselrode à Stein, Winzig $\frac{2.}{14.}$ avril. Stein à Nesselrode, [Dresde] 16. avril. Stein à Nesselrode, Dresde 20. avril. Hardenbergs Tagebuch 25. April ff. Stein à Alexandre I., Dresde 3. mai 1813. — Stein à Mme Stein: Dresde 11. avril (Le Saxon est attaché à son maître comme un barbet, au reste extrêmement mol); 25. avril; 2. mai. Holtzendorff, Beiträge z. Biographie v. Thielmann (1830) S. 104 ff. 243 ff. Flathe, Gesch. v. Sachsen (1873) 3, 132 ff. Oncken, Österreich u. Preußen 2, 247 ff. Aus den Papieren v. Schön 4, 113. 117 f. 152. M. Scharnhorst 2, 580 f. 593 ff. Erinnerungen v. Boyen 3, 28 ff. 294 f. — Anhalt stellte ein Bataillon; Stein à Alexandre I., Reichenbach 2. août 1813.

[1]) Auch „General-Intendant" genannt.

pflegung: ohne Entgelt, so weit sie aus Landesproducten geleistet wurde; Beiträge zur Kriegscasse: monatlich 20 bis 30 Tausend Thaler auf je 100 Tausend Einwohner. Aber diese Geldleistungen genügten nicht für die großen Anforderungen des Moments. Stein erstrebte noch eine Anleihe, solidarisch für Rußland und Preußen, in Höhe von 2 Millionen Thalern; um sie zu erlangen, schreckte er äußersten Falles so wenig wie 1793 der französische Convent vor Zwangsmaßregeln zurück, jedenfalls sollte bis zum 1. Mai die Hälfte eingezahlt sein[1]).

Dabei kam es vor Allem auf die reichen Communen des Bezirks, die Hansestädte, an, deren Deputirte nun, wie Stein es gewünscht hatte, sich in Dresden einfanden, zunächst die Lübecker, dann die Hamburger; Bremen zu befreien war leider nicht geglückt. Es waren umständliche Herren, welche die erste Jugend überschritten hatten, Glieder des alten, soeben nach der Abwerfung des französischen Jochs wieder hergestellten Raths, keineswegs unlustig, vornehmlich aber doch bedacht auf das Wohlergehen des eigenen Gemeinwesens. Je nach dem nun höhere oder geringere Anforderungen im Namen der Allgemeinheit an sie gestellt wurden, war der Eindruck, den sie machten, mehr oder weniger vortheilhaft. Stein war mit den alten Schwächlingen, wie er sie nannte, nicht zufrieden; umgekehrt spendete ihnen Heydebreck das Lob von umgänglichen Leuten. Freilich that er dies hauptsächlich wohl deshalb, weil sie ihm in Angelegenheiten des Kriegs-Imposts nicht die Opposition machten, die er von Seiten des Verwaltungsraths zu bestehen hatte. Stein war von vorn herein der Meinung gewesen, daß der von Heydebreck ausgearbeitete Tarif viel zu hoch sei; er schlug vor, auf die Sätze zurückzugehen, die er 1806 für Ost- und Westpreußen festgestellt hatte. Als Heydebreck nicht nachgab, kam es zu einer principiellen Auseinandersetzung, wobei scharfe Worte mit unterliefen. Wir wissen, im

[1]) Stein an den Wirklichen Geheimen Rath v. Alopeus, Dresden 10. April. Instruction des Verwaltungsraths für denselben (außer Mecklenburg, Hamburg und Lübeck auch auf Eutin erstreckt), Dresden 26. April 1813; Pertz 3, 662 f. Vgl. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 96.

Jahre 1806, als es die Regulirung des altpreußischen Tarifs galt, war Schön, wie immer, für Freihandel, Stein eher für Schutzzoll gewesen. Seitdem aber war dieser, Dank dem Continental-System, so maßlos gesteigert worden, daß, daneben gehalten, der Tarif von 1806 als liberal erschien, und die Opposition gegen Napoleon und sein Werk drängte Stein erst recht nach der Seite der Handelsfreiheit hin. Eine politische Erwägung kam hinzu. Es war zu besorgen, daß die Engländer in dem hohen Zoll eine feindliche, gegen sie gerichtete Maßregel erblicken würden, und mit ihnen es in einem Augenblick zu verderben, da man ihre Subsidien nöthiger hatte als je, das wäre der Gipfel der Thorheit gewesen. So hielten Stein und Schön, denen sich der uns aus der Steuer-Debatte von 1808 wohlbekannte Nationalökonom Hoffmann zugesellte, fest zusammen und forderten Heydebreck auf, den Tarif wenigstens auf die Hälfte herabzusetzen, auch in Preußen das Gleiche bewirken zu helfen[1]).

In alle dem wollte nun Stein die Rechte der Einzelstaaten nicht weiter beschränken, als der Zweck des Freiheitskrieges erheischte: wie er denn, eines der wichtigsten Gesetze des späteren Zoll-Vereins vorwegnehmend, verfügte, daß die Erhebung des Kriegs-Imposts Sache der einheimischen Beamten bleiben und ihnen nur, wo es durchaus erforderlich, ein preußischer Beamter beigegeben werden solle[2]). Aber der Souveränitätsdünkel ist nun einmal unbelehrbar

[1]) Über die Sendung der beiden Lübecker Senatoren Overbeck und Coht nach Dresden s. Hasse i. d. Mittheilungen d. Vereins f. Lübeckische Gesch. (1903) 11, 79 ff. Über die Conferenz, die sie am 19. April mit Stein hatten, hat dieser sogleich ein „Promemoria" aufgesetzt. Die Hamburger Deputirten trafen in Dresden am 26. April ein; s. d. citirte Zeitschrift S. 88. Wen Stein meint, wenn er in seinem Schreiben an Wallmoden, Görlitz 19. Mai, von zwei alten Schwächlingen redet, ob die Lübecker oder die Hamburger, bleibt unklar. — Heydebreck an Hardenberg, Berlin 30. März. Stein an Heydebreck: Kalisch 4. u. 5. April; Dresden 10. April. Heydebreck an Stein, Berlin 13. April. „Commissorium [des Verwaltungsraths] f. d. Geheimen Staatsrath Heydebreck", Dresden 19. April. Heydebreck an Stein, Dresden 21. April. Hoffmann an Schön, Berlin 22. April (leidenschaftlich von Heydebreck bekämpft). Der Verwaltungsrath an Heydebreck, Dresden 1. Mai 1813. — Vgl. Theil 1, 340 ff. 2, 189 ff. u. Mamroth, Gesch. d. preußischen Staats-Besteuerung S. 333 f. 734 ff.

[2]) Commissorium f. Heydebreck (s. o.). Hier natürlich auch die Mahnung,

und unbezähmbar. Der durch den Zaren verhätschelte Schweriner Herzog weigerte sich zu leisten, was der Verwaltungsrath forderte; eine gereizte Correspondenz entspann sich, die zehn Wochen nach Ankunft der Befreier damit endete, daß der Herzog der von den Befreiern eingesetzten Behörde erklärte: er werde sich nie unter den Verwaltungsrath stellen lassen, da solches ganz und gar gegen die feierlich proclamirten Principia der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der teutschen Fürsten streite; er begehre einen Antheil an diesem Verwaltungsrath[1]). Wer wundert sich, daß nach solchen Erfahrungen in der Seele Steins Zorn, Haß und Verachtung gegen die deutschen Fürsten nicht abnahm?

Eine letzte Sorge betraf denjenigen Staat, dessen Besitzungen sich in den nordischen Theil des Amtsbezirks von Stein einschoben. Tettenborn war bei seinem Befreiungszuge wirksam unterstützt worden durch die wohlwollende Neutralität der Dänen, die des französischen Bündnisses ihrerseits überdrüssig waren, und nächst der Gewinnung von Österreich war wohl keine Aufgabe für die Coalition wichtiger als die, diese Neutralität zu sichern, wenn möglich sogar in Bundesgenossenschaft zu verwandeln. Vor wenigen Monaten hatte Stein Dänemark zerstückeln wollen; jetzt schlug er vor, man solle vom dänischen Könige verlangen, daß er als Herzog von Holstein ein Truppencontingent stelle; seine 1806 proclamirte Trennung vom Deutschen Reiche müsse als eigenmächtig und nicht geschehen angesehen werden, nachdem Rußland und Preußen den Rheinbund für aufgelöst erklärt hätten. Der also redete, lebte in den Vorstellungen des Reiches, wobei er wieder etwas Zukünftiges vorwegnahm: eine deutsche Central-Gewalt, die ihren Willen durchzusetzen im Stande war. Einen andren Weg schlug sein Freund, der Zar, ein, einen Weg,

---

„soviel es irgend thunlich, alle gehässige Formen und kleinliche Fiscalität zu entfernen, selbst in einzelnen dazu angethanen Fällen Erlaß und Nachsicht zuzugestehen".

[1]) Mecklenburgische Note v. 26. Mai 1813 an Herrn v. Alopeus; erwähnt v. Stein bei Pertz 3, 664, excerpirt i. d. Jahrbüchern d. Vereins f. mecklenburgische Geschichte (1900) 65, 277. Über die vorhergehenden Verhandlungen Hirschfeld, Von e. deutschen Fürstenhofe 2, 31 f.

der nun freilich weit von den Interessen der deutschen Nation fortführte. Alexander hatte, wie wir wissen, Bernadotte die dänische Provinz Norwegen zugestanden; wurde dies Versprechen eingelöst, so verharrte Dänemark unfehlbar in der französischen Allianz. Um das abzuwenden, versuchte er eine Combination, deren Kosten Deutschland zu tragen gehabt hätte: der dänische König sollte sich für den norwegischen Verlust an den deutschen Nachbarn erholen. Die Sache blieb nicht geheim, und besorgt wandten sich die Lübecker Deputirten an Stein; er beruhigte sie, indem er erklärte, niemals könnten die Alliirten, namentlich England nicht, die Annexion von Hamburg und Lübeck an Dänemark zugeben. Wirklich wurde die bedrohliche Verhandlung der Russen in Kopenhagen abgebrochen, aber nun blieb auch die Verständigung mit Dänemark aus[1]).

Darüber verging der April. Die Lage der Verbündeten war seit dem Abschluß ihrer Allianz nur militärisch einigermaßen verbessert, politisch dagegen gar nicht. Weder Österreich noch Dänemark waren aus ihrer Neutralität herausgetreten; noch immer saß der schwedische Kronprinz in Stockholm und renommirte mit seiner nun fast ein Jahr hindurch versprochenen Landung an der deutschen Küste; der Sachse lavirte; nicht einmal mit den Polen, die sich in den südlichen Winkel ihres Herzogthums zurückgezogen hatten, war es zu einer Verständigung gekommen. Alles die Rückwirkung der Ver-

[1]) Stein à Nesselrode, [Dresde] 16. avril [1813]. Wenn Stein am 25. oder 26. April den Lübeckern sagte: „Die Geschichte mit der beabsichtigten Besetzung Hamburgs und Lübecks durch die Dänen rühre von Fürst Dolgorukij her und sei sehr übel empfunden und Dolgorukij dieserwegen zurückberufen worden", so wird er lediglich wiederholt haben, was ihm der Zar (seit dem 24. in Dresden) mitgetheilt hatte. Über die Mission Dolgorukij und ihre Vorgeschichte s. die bei Häusser, Deutsche Geschichte (1863) 4, 94 ff. verzeichnete Literatur und außerdem: Swederus, Schwedens Politik u. Kriege 1808 bis 1814 (1866) 1, 246 ff.; Ompteda, Nachlaß 3, 57 f. 84 f. 87, f; Sørensen, Kampen om Norge 1813 og 1814 (1871) S. 97 ff.; Rist, Lebenserinnerungen (1880) 2, 187 ff.; Woynar, Österreichs Beziehungen z. Schweden S. 47 ff.; Quistorp, Gesch. d. Nord-Armee (1894) 1, 6 ff.; Jahrbücher d. Vereins f. mecklenburgische Geschichte (1900) 65, 262 f. Der Plan, Dänemark in Deutschland zu entschädigen, reicht in das Jahr 1812 zurück (Swederus a. a. O.); Stein scheint damals (s. oben S. 170) Wind davon bekommen zu haben.

säumnisse des Winters. Stein hatte dergleichen geahnt. „Die Ereignisse", schrieb er in der zweiten März-Woche seiner sanguinischen Frau, die an eine Preisgabe des Prager Asyls gedacht zu haben scheint, „sind unberechenbar; wir dürfen nicht den Hafen verlassen und uns aufs Gerathewohl der hohen See anvertrauen". Ja, wenn Preußen sich rechtzeitig entschlossen hätte, dann würde der Krieg schon im März mit ansehnlichen Streitkräften auf dem linken Elbufer geführt worden sein; dann würde es auch an Allianzen nicht gefehlt haben. So aber näherte sich Ende April von der Landwehr Preußens nur die von Stein ins Leben gerufene dem Zustand der Feldtüchtigkeit; die der andern Provinzen war erst am 17. März angeordnet und mit wenigen Ausnahmen noch nicht über die erste Ausbildungsperiode hinaus.

Deshalb hatte Napoleon einen Vorsprung von mehreren Wochen, und mit der ganzen Energie seines Organisations-Genies verstand er ihn auszunutzen. Schon in der ersten Hälfte des April konnte sein General Vandamme, „der Infame", im nordwestlichen Deutschland eine Sprache führen und Thaten der Grausamkeit vollbringen, welche Stein das Herz zerrissen und ihm den sehnlichen Wunsch abpreßten, Bernadotte möge endlich Ernst machen und die unglücklichen Bewohner jener Regionen beschirmen[1]). Napoleon selbst aber stand Anfang Mai wieder im inneren Deutschland an der Spitze eines Heeres, das dem der Verbündeten überlegen war. Er schlug sie zwei Mal. Zuerst bei Groß-Görschen (2. Mai): die Folge der Schlacht war, daß Stein den größten Theil seines Amtsbezirks verlor und Dresden verlassen mußte[2]); es wirkte fast

[1]) Stein à Mme de Stein, B[reslau] 10. mars. Stein à Nesselrode, [Dresde] 16. avril [1813]. Stein sprach hier die Absicht aus, auf die Proclamation von Vandamme (s. Häusser, Deutsche Geschichte 4, 85) im Namen des Zaren oder der verbündeten Mächte zu erwiedern; sie scheint aber unausgeführt geblieben zu sein.

[2]) Wahrscheinlich am 7. Mai Abends; s. Aus d. Papieren v. Schön 4, 16. Der Brief Steins an Schön v. 9. Mai (ebendort 4, 157), der die Absicht ankündigt, in das kaiserliche Hauptquartier nach Pulsnitz zu gehen, ist wahrscheinlich in Bautzen geschrieben.

wie ein Satyrspiel, daß er unmittelbar vorher den Zaren aufgefordert hatte, nun endlich in Sachsen Ernst zu machen[1]). Der schwache sächsische Monarch ließ sich durch die Drohungen des Siegers in die französische Allianz zurückscheuchen. Vergebens beschwor Stein noch nach der Räumung Dresdens General Thielmann, Torgau zu retten und als den Pivot zu betrachten, um den sich Preußens Existenz drehe[2]); die an diesen Namen geknüpfte Episode hatte schließlich für das Heer der Verbündeten nur den Vortheil, daß es drei tüchtige Offiziere gewann: Thielmann und seine Gesinnungsgenossen, die Obersten Aster und Carlowitz, die zusammen vor der Rache des Corsen flüchteten; das ganze übrige sächsische Contingent sammt der Festung, die es inne hatte, wurde dem National-Feinde von neuem dienstbar. Das Land Sachsen aber sog der Eroberer, mochte er sich auch als Bundesgenossen einführen, so gründlich aus, daß gar mancher von den Herren der Immediat-Commission, des Geheimen Raths, des Finanz-Collegs in Dresden die den wahren Freunden geleistete Opposition bedauern mochte. Jetzt erst suchten die Verbündeten in dem ihnen noch verbliebenen Theile von Sachsen eine populare Bewaffnung zu bewirken[3]); es war zu spät. Die

---

[1]) Stein à Alexandre I., Dresde 3. mai 1813. Ompteda, Politischer Nachlaß 3, 121; Stein „zeigte mir erst am 7. Mai einen von dem russischen Kaiser genehmigten Plan zu einem für Kursachsen neu einzusetzenden Verwaltungsrathe . . . Auch hatte er die Absicht, um die sächsische Nation zu gewinnen, den sächsischen Landen die Absendung eines besonderen Delegirten zu dem Haupt-Verwaltungsrathe für Deutschland zu gestatten". Nach Hippel (Beiträge z. Charakteristik Friedrich Wilhelms III. S. 80) hätte Stein dem Vorschlage preußischer Beamten, Cassen- und Kriegs-Material aus Dresden mitzunehmen, „mit dictatorischer Heftigkeit durch den Einwand begegnet, daß Sachsen sich noch nicht gegen uns erklärt und daß jede Härte gegen deutsche Länder und deutsche Fürsten unsrer deutschen Sache die Gemüther entfremden müsse". Nicht sehr wahrscheinlich, am wenigsten das Zartgefühl gegenüber den deutschen Fürsten.

[2]) Flathe, Geschichte Sachsens 3, 170.

[3]) Stein an Schön, [Bautzen] 9. Mai 1813 (Aus den Papieren v. Schön 4, 157): „Ich wünsche, mit Ihnen, dem Staatskanzler und Knesebeck eine Zusammenkunft zu haben, über Bewaffnung des rechten Elbufers". Außerdem: Holtzendorff, Beiträge z. Biographie v. Thielmann S. 135 f. 241 ff.; Aus d. Papieren v. Schön 4, 19 f.; Petersdorff, Thielmann S. 231 ff.

zweite Schlacht, die von Bautzen (20. und 21. Mai), verdrängte das preußisch-russische Heer auch aus der Lausitz und nöthigte es, nach Schlesien zurückzugehen. Stein war nun fast ganz depossedirt; denn auch im Norden erlitt er und mit ihm die nationale Sache die schwersten Einbußen. Hamburg vor Allem ging in dem Momente, da alles zur Einführung des Kriegs-Impostes und zur Eröffnung der Anleihe bereit war, verloren: nicht ohne die Schuld seiner eignen Bürger und der Generäle im verbündeten Lager. Stein hatte sie sehr nachdrücklich ermahnt. Wir haben einen Brief von ihm, geschrieben am Tage vor der Schlacht von Bautzen, in dem er die Fragen seines Schwagers Wallmoden beantwortet, welcher inzwischen das Commando an der unteren Elbe übernommen hatte. Hamburg, heißt es hier, müsse auf jeden Fall und um jeden Preis gehalten werden: wegen der Verbindung mit England, wegen des abscheulich niederschlagenden Eindrucks, den der Fall dieser Stadt auf ganz Deutschland, namentlich auf das zur Allianz bereite Österreich, machen werde, endlich auch wegen der Hülfsquellen, welche die Stadt biete. Dann fuhr Stein, im Sinne des Landsturm-Edictes seiner Freunde Scharnhorst und Gneisenau, fort: möge immerhin bei der Vertheidigung ein bedeutender Theil der Stadt eingeäschert werden, so werde das ein viel geringeres Unglück sein als ihre Übergabe an die Franzosen; Hamburg selbst werde weniger dabei verlieren als durch den Rückfall unter das fremde Joch, die dann folgenden Erpressungen, die Vernichtung aller Erwerbsquellen. Das müsse man der Bürgerschaft vorstellen, jede Leidenschaft in ihr durch die kräftigsten Mittel aufregen, namentlich aber die rechten Männer an den rechten Ort bringen: von den gegenwärtigen Regenten Hamburgs und Lübecks hatte Stein, wir hörten es, keinen günstigen Eindruck bekommen. Also, rief Stein Wallmoden zu, „Sie müssen neue Wahlen veranlassen, an die Spitze der Geschäfte kräftige Männer bringen, die alten Schwächlinge entfernen. Man muß alles auf die Spitze setzen, alles wagen, wo alles auf dem Spiele steht". Das Hauptquartier der Verbündeten war weder mit Wallmoden selbst noch mit seinen Truppen recht zufrieden; Stein sagte ihm dies sehr deutlich und rieth ihm, sich einen

besseren Leumund zu erwerben: befolge er die jetzt an ihn ergehenden Mahnungen, so werde er sich um die deutsche Sache das entschiedenste Verdienst erwerben, im entgegengesetzten Falle dem lautesten Tadel nicht entgehen[1]).

Wieder stand es in einem seltsamen Gegensatze zur Vergangenheit sowohl wie zur Zukunft, daß in den sorgenvollen Tagen, welche auf die Schlacht bei Bautzen folgten, im Hauptquartier der Gesandte eines der vertriebenen deutschen Fürsten mit einer Geldspende erschien, obenein desselben Kurfürsten von Hessen, auf den Stein in den Krisen der Jahre 1805 bis 1808 immer vergeblich gerechnet hatte. Groß war die Summe nicht, es waren ganze 100000 Thaler, aber die Selbstentäußerung des alten Herrn, der nachgerade in den Ruf eines bösen Geizhalses gekommen war, machte auf Stein wie auf Hardenberg so tiefen Eindruck, daß sie ihm einen sehr vortheilhaften Vertrag anbieten ließen, falls er sich zu größeren und regelmäßig wiederkehrenden Leistungen verpflichten wollte. So weit ging dann freilich weder sein Wagemuth noch sein Patriotismus[2]).

Für alle diese ganzen und halben Fehlschläge mußte es Stein ein Trost sein, daß sein unversöhnlicher Gegner gerade damals seiner mit erneutem Hasse gedachte. Am 15. Mai las man im Moniteur: „Der berüchtigte Stein ist der Gegenstand der Verachtung aller anständigen Leute. Er wollte das Gesindel gegen die Besitzenden aufweigeln. Man kann sich nicht genug wundern, daß Herrscher wie der König von Preußen und besonders der Kaiser Alexander, den die Natur mit so vielen schönen Eigenschaften ausgestattet hat, ihren Namen zu so verbrecherischen und abscheulichen Umtrieben hergeben konnten". Dann hieß es in dem Berichte über die Schlacht von

[1]) Stein an General-Lieutenant Wallmoden, Görlitz 19. Mai. Stein an Arndt, Reichenbach 15. Juni (Arndt, Nothgedrungener Bericht 2, 150): „Die Bürgerschaft [von Hamburg] hat die Probe eines Unglücks nicht bestanden". Stein à Alexandre I., Reichenbach 2. août 1813.

[2]) Oncken, Österreich u. Preußen 2, 295 ff. Vgl. Aus den Papieren v. Schön 4, 7. — Stein war am 23. in Lauban, am 24. in Goldberg. Hardenberg notirt am 23. in seinem Tagebuche, daß er auf seiner Fahrt von Bertelsdorf über Löwenberg nach Goldberg Stein gesehen habe.

Bautzen: „Abends zog der Kaiser in Bautzen ein und ward von den Einwohnern und der Obrigkeit mit den Gefühlen empfangen, welche Verbündete haben mußten, die glücklich sind, sich von den Stein, den Kotzebue und den Kosacken befreit zu finden". Endlich am 1. Juni erklärte er einer Deputation der Stadt Breslau: er verzeihe den Einwohnern, was sie auch immer gethan hätten, um den Geist der Anarchie zu befördern, den die Stein und Scharnhorst wachrufen wollten[1]).

Wenn man die Briefe Steins aus der Zeit vor und nach der Bautzener Schlacht liest, so fällt auf, wie zuversichtlich ihr Ton ist trotz des beständigen Rückzugs. Der Grund davon war ein dreifacher: die in jedem Treffen neu bewährte Tapferkeit der russischen und fast noch mehr der preußischen Truppen, die eintreffenden und heranziehenden Verstärkungen und die veränderte Haltung Österreichs. Wir wissen, von Anfang an hatte er dessen Beitritt für unentbehrlich zum Siege der guten Sache gehalten, aber sein Vertrauen auf den österreichischen Kaiser und seinen auswärtigen Minister Metternich war nicht groß gewesen und durch die Politik, die sie in der sächsischen Angelegenheit befolgt hatten, nicht eben gesteigert worden. Um so größer war seine Freude, als jetzt (13. Mai) Philipp Stadion im verbündeten Hauptquartier erschien und den Beistand Österreichs in Aussicht stellte. „Österreich", schrieb er vor der Schlacht an Graf Münster, „geht kräftig los": dessen war er so sicher, daß er auf den Beistand Schwedens, den er niemals hoch veranschlagt hatte, nun erst recht geringen Wert legte. Und nach der Schlacht ermahnte er die Seinigen, guten Muth zu haben und ihn Anderen einzuflößen: 25000 Mann österreichischer Infanterie, meinte er, würden ausreichen, um das Gleichgewicht herzustellen[2]).

Damals verließ er sogar die Armee und begab sich nach Prag. Er faßte seinen Entschluß sehr plötzlich. Noch am 22. Mai bedauerte

[1]) Moniteur 15. 30. mai, 10. juin 1813. Correspondance de Napoléon I. 25, 319.

[2]) Oncken, Österreich u. Preußen 2, 310. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 3, 101. Stein an Münster, Görlitz 19. Mai; Lebensbilder 2, 255 u. Pertz 3, 358. Stein à Mme de Stein, Lauban 22. mai. Anonymer

er in einem Briefe an seine Frau, daß nun die Hoffnung auf Wiedervereinigung abermals gescheitert sei; am 25. schrieb er: „Ich werde auf einige Tage nach Prag gehen, um mich über die dortige Lage der Angelegenheiten zu unterrichten, meine Familie zu besuchen und den gegenwärtigen Stillstand der Geschäfte zum Baden zu benutzen"[1]). Bei dieser Motivirung müssen wir den Nachdruck legen auf den Stillstand der Geschäfte. Wer heute die aus den Archiven veröffentlichten Acten gerade der letzten Mai-Woche mustert, gewahrt, daß die große Politik durchaus nicht feierte; im Gegentheil, sowohl mit Österreich wie mit Frankreich wurden die wichtigsten Fragen verhandelt. Der Rückschluß ist zwingend: Stein erfuhr nichts davon. Offenbar nahm es der Zar, vielleicht noch mehr sein Staats-Secretär Nesselrode[2]), jetzt strenger als bisher mit der Geschäftstheilung; Stein wurde auf die Dinge beschränkt, welche Deutschland betrafen. Ihnen gilt denn auch das einzige Schreiben, das wir aus der Zeit des Prager Aufenthalts besitzen. Er bat seinen Freund Kotschubeij, der zum Präsidenten des Verwaltungsraths ernannt war, in dringenden Worten, nach Deutschland zu kommen: zunächst dieser Behörde wegen. „Aber", schloß Stein, „es giebt noch mehrere andere Gründe, die mich Ihre Ankunft wünschen lassen, die ich jedoch der Feder nicht anvertrauen darf"[3]). Sicher war es der Wunsch, Nesselrode, mit dem er nicht mehr zufrieden war, ein Gegengewicht zu geben[4]).

Bericht aus Prag v. 31. Mai 1813; Lebensbilder 2, 239. — Am 21. Mai war Stein noch in Görlitz.

[1]) Stein an Schön, o. O. 25. Mai 1813; Aus den Papieren v. Schön 1, 152 d. Anlagen. 4, 26. Stein verließ die Armee in Goldberg und kam in Prag am 28. Mai an. Ompteda, Nachlaß 3, 116; Aus d. Papieren v. Schön 4, 211.

[2]) Ompteda à Münster, Reichenbach 2. juillet 1813 (Ompteda, Nachlaß 3, 151): M. de Stein n'est pas initié dans tous les secrets de la grande politique . . . M. de Stein lui-même m'a observé plusieurs fois que, déjà depuis quelque temps, le comte Nesselrode a commencé à s'éloigner insensiblement de lui, autant que les affaires le permettent.

[3]) Stein à Kotschubeij, Prague 31. mai 1813; übersetzt bei Pertz 3, 364.

[4]) Stein à Mme de Stein, Reichenbach 18. juin: Le petit N[esselrode] l'accompagne; c'est un pauvre petit chiffon, cinq cent mille toises au dessous de sa place. Stein an Münster, Reichenbach 17. Juli 1813 (Lebens-

Gleich Anfangs war die Prager Episode kurz bemessen gewesen, und am 4. Juni brach Stein denn auch wieder auf[1]): nach dem schlesischen Gebirge, wohin sich die verbündeten Heere, unter Preisgabe von Breslau, zurückgezogen hatten, um Österreich, dem sehnsüchtig erwarteten Alliirten, näher zu sein. Er nahm von Prag mit sich Ompteda, den gescheiten, von ihm wie von den andern Reformatoren Preußens wohlgelittenen hannöverischen Diplomaten, der ihm der liebste Vertreter Hannovers im Verwaltungsrathe gewesen wäre. Sie mußten, da das Hauptquartier inzwischen bis an das Eulengebirge zurückgewichen war, den Weg durch die Grafschaft Glatz einschlagen; Stein bereute es nicht: ein Freund der Natur, genoß er die Schönheit des jetzt obenein im Frühlingsschmuck strahlenden Landes. Als die beiden Reisenden am 6. Juni Nachod, die letzte böhmische Station, erreichten, hörten sie, daß ein Waffenstillstand geschlossen sei. Stein wollte es nicht glauben, und Ompteda mußte hinauf in das der Herzogin von Sagan gehörige Schloß Ratiborsiz, wo dann die Hiobspost bestätigt wurde. Stein war außer sich. Er wird dabei weniger an sich gedacht haben, obwohl das Sinken seines Einflusses durch nichts deutlicher gemacht werden konnte als durch seine Nichtbefragung in einer so wichtigen Angelegenheit. Aber was wurde aus dem Vaterlande, wenn der Waffenstillstand nur geschlossen war, um einem unrühmlichen Frieden Bahn zu machen? Er eilte nun erst recht, ins Hauptquartier zu kommen. Zu seinem höchsten Ärger traf er noch unterwegs, in Reinerz, zusammen mit dem dänischen Gesandten am preußischen Hofe und mit dem Fürsten Hatzfeldt: jener der Vertreter eines Bundesgenossen von Napoleon, dieser ihm als Haupt der Franzosenfreunde in Preußen besonders verhaßt; er war nicht dazu zu bewegen, mit den beiden aus Einer Schüssel zu essen. Tags darauf war er in Reichenbach, unter den Diplomaten der verbündeten Mächte[2]).

bilder 2, 266 u. Pertz 3, 391): „Nesselrode ist ein gutmüthiger, leerer Schwächling, der immer eines Anlehnungspunktes bedarf". Vgl. Ompteda, Nachlaß 3, 152 f. [1]) Ompteda Nachlaß 3, 117.

[2]) Ompteda, Nachlaß 3, 111. 118. Stein à Mme de Stein: Glatz 6. juin; Reichenbach 8. juin 1813.

Von ihnen erhielt er Nachrichten, die seiner Sorge Recht gaben. Österreich wollte durchaus nicht, wie es Mitte Mai geschienen hatte, „kräftig losgehen“, sondern im Gegentheil einen höchst kläglichen Frieden vermitteln. Napoleon sollte auf nichts weiter als auf das Herzogthum Warschau, Danzig, die Oder-Festungen, die illyrischen Provinzen (den Raub von 1809 und dazu Dalmatien), die Hansestädte verzichten; nur dann wenn er sich des weigerte, wollte Österreich gemeinsame Sache mit den Alliirten machen[1]). Eine für die Patrioten niederschlagende Aussicht. „Man will“, rief Stein, „einen Frieden zulassen, der den Rheinbund, also das Land zwischen Rhein und Elbe, als französische Provinz fortbestehen läßt, der Österreich und Preußen in einem Zustande der Schwäche erhält, der die große Sache Spaniens preisgiebt und der durch unbegränzte Verlängerung des Seekrieges die Keime zu neuen Kriegen einschließt, die Napoleon nach Belieben anfangen wird.“ Es gab Politiker, welche meinten, daß Napoleon selbst einen solchen Frieden zurückweisen werde; Stein gehörte nicht zu ihnen. Er war der Ansicht, daß der Imperator einwilligen werde, weil er die Hauptposition seiner Herrschaft behalte und nur einige Außenwerke preisgebe, die sich leicht zurückgewinnen ließen, er auch einen blutigen, langwierigen und ungewissen Krieg los werde. Deshalb drang Stein in den Zaren, die Bedingungen des Ultimatums wenigstens so weit zu steigern, daß man sie zur Noth ertragen könne. Wie unrecht hatten ihm doch im Frühjahr die preußischen Particularisten mit ihren Verdächtigungen gethan. Nachdem er seine Cardinal-Forderung, Auflösung des Rheinbunds, gestellt hatte, war Preußen der einzige Staat, zu dessen Gunsten er eintrat: er wollte, daß ihm das ganze rechtselbische Sachsen mit Wittenberg und Torgau, ferner Magdeburg und die Altmark, ja, falls man nicht Hannover wieder herstelle, sogar ein Stück vom Herzogthum Lüneburg zugesprochen werde. Er konnte gar nicht anders; es war der Dank, den sein deutsches Herz abstattete für das bei Lüneburg und Möckern, Groß-Görschen und Halle, Königswartha und Bautzen,

[1]) Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 3, 103. Luckwaldt, Österreich u. d. Anfänge d. Befreiungskrieges S. 287.

Hainau und Luckau vergossene preußische Blut. Wie aber den österreichischen Herrscher zur Abänderung des Ultimatums bewegen? Das Meiste versprach sich Stein von der Beredsamkeit des Zaren; wenn jedoch eine Zusammenkunft der Monarchen nicht möglich war, so sollte wenigstens der russische Gesandte nicht allein zu Kaiser Franz gehen, sondern von Hardenberg begleitet werden. Ein neues Vertrauensvotum für Preußen: er hatte das ungünstige Urtheil über Hardenberg, das er 1812 formulirte[1]), modificirt und traute ihm, wenigstens in den Fragen der auswärtigen Politik, unbedingt. Desto tiefer war sein Mißtrauen gegen Metternich; er wollte nicht, daß die Überbringung des Ultimatums an Napoleon dem österreichischen Cabinet allein überlassen würde: preußische und russische Minister sollten mit dabei sein. Die letzte Bitte, die Stein dem Zaren vortrug, kam wieder vornehmlich Preußen zu Statten. Die Verhandlungen über Zahlung englischer Subsidien hatten zwar begonnen, aber noch nicht zu einem Abschluß geführt. Die Folgen waren für das arme Preußen hochbedrohlich; schon redete man von der Eventualität, die Rüstungen aus Mangel an Geld einstellen zu müssen[2]).

Nur einen Theil seiner Wünsche, den letzten, setzte Stein durch. Am 14. und 15. Juni wurde in Reichenbach mit England abgeschlossen. Preußen sowohl wie Rußland erhielten Subsidien, dieses mehr, jenes weniger, und Preußen mußte obenein dem Kurfürsten von Hannover eine Vergrößerung seines Territoriums um 250 bis 300 Tausend Einwohner, darunter jedenfalls Hildesheim, versprechen: auf diese Annexion schrumpfte das Welfenreich Austrasien, wie es um die Wende des Jahres 1812 geplant war, schließlich zusammen. Stein hat das Ganze so wenig wie den Theil gut geheißen. Mit wahrer Leidenschaft widersetzte er sich in Dresden (wo ihn, am Vorabend der Schlacht von Groß-Görschen, Hardenberg an der Unterhandlung Theil nehmen ließ) dem englischen Gesandten, der auch noch einen Theil seines alten westfälischen Amtsbezirkes, Minden und

[1]) S. 191. Vgl. Pertz 3, 391.

[2]) Mémoire de Stein, Reichenbach 10. juin 1813; Histor. Zeitschr. (1888) N. F. 23, 521 ff.

Ravensberg, für Georg III. haben wollte, und sehr geschickt spielte er gegen den freiwilligen Welfen, wie man den Briten Lord Stewart zu nennen versucht ist, das englische Parlament und die englische Nation aus: die würden doch wohl sehr überrascht sein, die Unterhandlung an einem so untergeordneten Gegenstand scheitern und die Interessen Europas den Interessen des Hauses Braunschweig geopfert zu sehen; was dazu namentlich die City von London sagen würde; dies Gebahren würde unfehlbar dazu führen, daß das englische Ministerium in die Luft fliege. Argumente, die ihres Eindrucks nicht verfehlten und wesentlich mit dazu beigetragen haben, dem preußischen Staate die wichtige Position an der Weser zu retten. Wie Steins Stimmung Angesichts dieser eben so lächerlichen wie unwürdigen Ländergier war, zeigt einer seiner Briefe an Münster, welcher der Hauptsünder war: „Man zankt, während das Schicksal von Deutschland und der Welt auf dem Spiele steht, um Minden, Ravensberg, damit die hannoverschen Minister von Hannover nach Osnabrück nur auf classischem guelfischen Boden reisen können“ [1]).

Schon 1812 hatte Stein die Idee eines Bundes-Papiergelds geäußert; jetzt fand sie Aufnahme sowohl in den englisch-preußischen wie in den englisch-russischen Vertrag [2]). Auch daß nun die russisch-deutsche Legion in englischen Sold übernommen wurde, bedeutete die Erfüllung eines wiederholt von ihm geäußerten Wunsches [3]).

---

[1]) Der preußisch-englische Vertrag, Reichenbach 14. Juni, bei Martens, Supplément au Recueil des traités 5, 571 s.; der geheime Artikel bei Ompteda, Nachlaß 3, 135. Russisch-englischer Subsidien-Vertrag, Reichenbach $\frac{3.}{15.}$ Juni; Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 11, 165 s. — Über die preußisch-englischen Verhandlungen: Stein an Münster, Görlitz 19. Mai 1813 (vgl. S. 295); Hardenbergs Tagebuch 26. 27. u. 29. April 1813. Ferner Ompteda, Nachlaß 3, 70. 95 ff. 121 ff.; Oncken, Österreich u. Preußen 2, 491 ff.

[2]) Nähere Bestimmungen in der russisch-englischen Convention, London $\frac{18.}{30.}$ September 1813; Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 11, 189 s. Vgl. Gagern, Antheil a. d. Politik 4, 155; Pertz 3, 332. 406. 634; Ompteda, Nachlaß 3. 144; Aus den Papieren v. Schön 4, 13.

[3]) Oben S. 170. Russisch-englische Convention, Peterswaldau $\frac{24. \text{ Juni}}{6. \text{ Juli}}$ 1813; Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 11, 189 s.

Dagegen waren seine Bitten vergeblich wegen des Ultimatums. Es wurde wirklich die Basis des Vertrages, der, wieder in Reichenbach, am 27. Juni zwischen Preußen, Rußland und Österreich zu Stande kam. Und wie bedrohlich ließen sich nun die Dinge weiter an, als Metternich, der Urheber dieses Ultimatums, zum Imperator nach Dresden ging. Wider den klaren Wortlaut des den Verbündeten gegebenen Versprechens gewährte er Napoleon eine Ausdehnung des Waffenstillstands bis zum 10. August[1]).

Schon Mitte Juni hatte Stein geurtheilt: „Der Waffenstillstand ist um drei Wochen zu lang", und nun noch eine Verlängerung. Begreiflich, daß seine Meinung über denjenigen, in dem er den Urheber aller dieser Hemmungen sah, nicht milder wurde. „Metternich", schrieb er, „handelt entweder als ein Verräther oder, was wahrscheinlicher ist, er besitzt nicht die Kraft und den auf persönliches Ansehen gegründeten Einfluß, um seinen Kaiser zu lenken und zu beherrschen". Er entsann sich der Worte Goethes im Faust und citirte, ein wenig frei: „Ein Kerl, der finassirt, ist wie ein Thier, auf dürrer Heide von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt, und rings umher liegt schöne grüne Weide"[2]).

Gegen den Schwächling fand der Staatsmann von neuem Hülfe in den Reihen des preußischen Heeres. Aber während bisher die militärische Actionspartei zwei Führer gehabt hatte, war nun einer von ihnen, Scharnhorst, zu Steins Schmerz dahingerafft: nicht achtend der am Tage von Lützen empfangenen Wunde, hatte er rastlos für des Vaterlandes Erhebung weiter gearbeitet und seine Kräfte dabei verzehrt[3]). Die Erbschaft des dem Tode Verfallenen hatte Gneisenau angetreten, und er berichtete nun Stein über das

[1]) Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 3, 105 s. 110 s. Fain, Manuscrit de 1813 (1825) 2, 34 s. Luckwaldt, Österreich u. d. Anfänge d. Befreiungskrieges S. 324 f.

[2]) Stein à Mme de Stein, Reichenbach 18. juin. Stein an Münster, Reichenbach 17. Juli 1813; Lebensbilder 2, 266 ff. u. Pertz 3, 391 ff.

[3]) Stein an Münster, Reichenbach 17. Juli 1813 (s. Anm. 2): „Scharnhorsts Tod ist ein großes Unglück; ein richtiger Verstand, eine Ruhe, eine

Ergebniß der Rüstungen: „Wir Preußen allein können bei Ablauf des Waffenstillstandes[1]) 150000 Mann ins Feld stellen und behalten dennoch noch 90000 Mann daheim, um unsre Festungen und die Blokaden zu besorgen". Dazu die russischen Armeen ebenfalls verdoppelt. „Wir bedürfen wahrlich Österreichs nicht, wir können uns selbst helfen"[2]).

Von dem Fortgange der Rüstungen und von dem herrlichen Geiste, der die verbündeten Armeen erfüllte, hatte sich Stein auf einer Reise, die er Mitte Juli nach dem oberen Schlesien unternahm, selbst überzeugt. Der Bericht des Freundes und die eigene Beobachtung gaben ihm das Material für einen neuen Appell an den Zaren. Er habe, schrieb er, keine Unzufriedenheit in den Heeren bemerkt außer über den Waffenstillstand; alle Eifersucht sei ertödtet durch die verbrecherischen Rasereien Napoleons: die unmenschliche Behandlung Hamburgs und die am Lützower Freicorps verübte Perfidie; Heere und Nationen hätten nur den Wunsch, befreit zu werden von Botmäßigkeit und Schande; seit den ersten Kriegen gegen die französische Revolution sei niemals eine so große und von einem solchen Geiste erfüllte Truppenmacht vereinigt gewesen. Und da rede man von einem Frieden, der das Land zwischen Rhein und Elbe den Franzosen lassen[3]), von einem Frieden, der den Zustand der Pacificationen von Tilsit und Wien nur in wenigen Stücken ändern würde? Werde Frankreich in den zwei oder drei Jahren, nach deren

---

gründliche Wissenschaft, eine aufopfernde, sich selbst verleugnende Hingebung für das Gute waren die herrlichen Eigenschaften, die seinen vortrefflichen Charakter bildeten, die ihm eine wohlthätige, weit um sich greifende Wirksamkeit verschafften".

[1]) D. h. am 20. Juli; Gneisenau meint, daß die Verlängerung noch vielleicht abzuwenden sei.

[2]) Gneisenau an Stein, Neiße 11. Juli 1813; Histor. Zeitschr. (1888) N. F. 23, 523 ff. Antwort Steins, Reichenbach 19. Juli (Pertz 3, 394): „Von Ihrem Brief habe ich einen zweckmäßigen Gebrauch gemacht, und er hat gewürkt".

[3]) Stein an Prinzeß Wilhelm von Preußen o. D. [nach dem 2. Mai 1813]: „Wir bedürfen allerdings der alten deutschen Gränze; der Rhein muß zwischen unsern Ufern fließen, wenn er wohlthätig für uns sein soll". Pertz 3, 352.

Ablauf es den Krieg unfehlbar wieder anfangen werde, schwächer werden? Werde man nach diesen zwei oder drei Jahren den jetzt vermißten Feldherrn haben? Werde der Friede ihn eher ausbilden als der Krieg? Es drohe jetzt eine Wiederholung jener Politik der Zaghaftigkeit, durch welche Österreich 1794, Preußen 1795 und 1799 Europa ins Verderben gestürzt haben. „Die Furcht ist ein schlechter Rathgeber, es giebt keine Abgeschmacktheit, die sie nicht geneigt ist zuzulassen. Ich kann die Ruhe Europas nur dann als gesichert ansehen, wenn in Deutschland ein Zustand der Dinge hergestellt ist, der es in den Stand setzt, dem Auslande zu widerstehen, und der seinen Bewohnern Sicherheit und Eigenthum gegenüber den Regierungen verbürgt"[1]).

Dieser politischen Argumente bediente sich Stein da, wo er auf den Willen wirken wollte; ein sicheres Tactgefühl sagte ihm, daß seine Philosophie, die mit dem christlichen Vorsehungsglauben nahezu zusammenfiel, vor ein andres Forum gehöre. Wie immer, trug er sie auch jetzt gleichgesinnten Frauen vor. Als Prinzeß Wilhelm (wir wissen, wie sehr sie ihm zugethan war) seine Thaten pries, lehnte er das Lob ab: „Die großen Ereignisse, von denen wir Zeuge sind, können nicht einem Einzelnen zugeschrieben werden, sie sind das Resultat des Zusammentreffens von Menschen, von äußeren Umständen, von Maßregeln, die anscheinend unpassend waren, vom kräftigen frommen Sinn eines kindlichen Volks"[2]). Das Walten der Gottheit fand er in der zweckvollen Zusammenfügung der scheinbar so disparaten Einzelheiten; in dem Vertrauen auf sie war er unerschütterlich, also daß der rationalistische Schön über Herrenhuterei spottete[3]).

[1]) Stein à Alexandre I., Reichenbach 18. juillet 1813. Vgl. Ompteda, Nachlaß 3, 174; Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 102; Histor. Zeitschr. (1888) N. F. 23, 521.

[2]) S. den S. 302 citirten Brief.

[3]) Aus den Papieren v. Schön 4, 58. 239. Arndt (Wanderungen S. 193) verzeichnet das Wort Schöns: „Die beiden alten Betväter [Stein und Graf Geßler, vgl. S. 18] meinen, die Teufel Napoleon, Metternich und Hardenberg mit Bußpsalmen niederbeten zu können".

Sein Glaube trog ihn nicht, wohl aber sein Intellect. Er hatte angenommen, daß Napoleon die Friedensbedingungen der Verbündeten willig acceptiren würde, der Schlachtenfürst aber ließ sich gar nicht auf eine Unterhandlung ein. Ihm kam es nur darauf an, Zeit für seine Rüstungen zu gewinnen; der Congreß, der in Prag zusammentrat, glich einer Komödie. Sie ging zu Ende mit der Mitternachtstunde des 10. August: da loderten rings auf den Bergen die Flammenzeichen empor, die den harrenden Truppen der Verbündeten die Botschaft brachten, daß der heiß ersehnte Krieg entschieden sei. Die Eventual-Bestimmungen des Reichenbacher Vertrages traten in Kraft, die zwar noch nicht alle Wünsche der Patrioten erfüllten, aber doch weit hinausgingen über das klägliche Ultimatum von Metternich: Österreich und Preußen sollten wieder werden, was sie vor 1805 und 1806 gewesen waren, das Herzogthum Warschau und der Rheinbund sollten aufhören, Deutschland, Holland und Italien von Frankreich getrennt, Spanien seiner alten Dynastie zurückgegeben werden[1]).

„Hätte die Tollheit Napoleons der Sache nicht eine unerwartete Wendung gegeben, so hätten wir einen verderblichen und höchst elenden Frieden erhalten": also urtheilte Stein, nach errungenem Siege, aber noch erfüllt von der Stimmung des Streiters[2]). Der Historiker, dessen Aufgabe es ist, das Göttliche in den Dingen des Diesseits überall zu ermitteln, fühlt sich zu einer Commentirung dieser Worte gedrungen, die sowohl Napoleons wie Metternichs Verhalten begreiflicher erscheinen läßt. Für den Emporkömmling, der den französischen Thron kaum ein Jahrzehnt inne hatte, der nicht wie die Häupter erblicher Monarchien von einem reichen Schatze der Gewohnheit und der Liebe zehren konnte, bedeutete jede Einbuße seiner Macht, ja schon seines Prästigiums, den Anfang vom Ende;

---

[1]) Convention d'alliance, Reichenbach $\frac{15.}{27.}$ juin 1813: Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 3, 108. Die in Art. VI erwähnten Noten v. 16. Mai bei Oncken, Österreich u. Preußen 2, 318.

[2]) Stein an Münster, Prag 16. September 1813; Lebensbilder 2, 273 u. Pertz 3, 417.

er mußte entweder alles behaupten oder alles verlieren. Gerechter ist Steins Urtheil über Metternich: in der That gehörte er weder zu denen, welche die Ereignisse im Voraus berechnen oder ahnen, noch zu denen, welche die Gelegenheiten kühn ergreifen und festhalten; er ließ sich führen und treiben[1]. So hat er denn in der Krisis des Jahres 1813 gar kläglich geschwankt, aber schließlich begriff doch auch er, daß die Stunde geschlagen hatte, sich von Napoleon loszusagen. Die glückliche Beendigung der österreichischen Rüstungen, der Vittoria-Sieg Wellingtons über Josef Bonaparte, welcher der französischen Herrschaft in Spanien ein Ende machte, die deutlichen Regungen einer antinapoleonischen Partei in Frankreich, das zähe, unerschütterliche Festhalten Napoleons an seinen Weltherrschafts-Plänen: das alles stellte Metternich an die Seite von Stein und bewirkte, daß die beiden eine Strecke Weges gemeinsam zurücklegten.

Österreich zu Liebe, das nun am Freiheitskriege Theil nahm, wurde die stärkste Armee in Böhmen aufgestellt. Dahin zogen von Schlesien an die Hunderttausend Russen und Preußen, mit ihnen ihre Herrscher und Staatsmänner[2]. Das diplomatische Hauptquartier kam zunächst nach Prag. Als es nach Teplitz verlegt wurde, folgte ihm Stein nicht sofort. „Ich bin", schrieb er noch am 16. September, „bald in Prag, bald in Teplitz"[3]. Seine Freunde im Hauptquartier vermißten ihn und wollten den Einwand, daß es ihm an einem festumrissenen Kreise regelmäßiger Geschäfte mangle, nicht gelten lassen. „Ihre Ideen", schrieb ihm Wilhelm v. Humboldt, „Ihr Anstoß, Ihr Feuer fehlen uns oft. Man arbeitet, man wirkt nicht bloß, wenn man ein eigentliches Geschäft macht. Man wirkt viel mehr durch Rede, Discutiren, Rathen, Tadeln u. s. f., und das können Sie so in unendlich höherem Grade als

[1] Vortrefflich dargelegt von F. Luckwaldt in seiner oft citirten Schrift.

[2] Stein an die Prinzessin Luise Radziwill, Reichenbach 12. August 1813 (Pertz 3, 400): „Ich reise morgen nach Prag ab".

[3] Pertz 3, 418. Anfang October unternahm Stein auch eine Reise nach Bautzen, um die Verwaltung der von neuem occupirten Lausitz zu regeln; Ompteda, Nachlaß 3, 222. Vgl. unten S. 321; Pertz 3, 424; Gentz, Tagebücher (1861) S. 276.

irgend einer, da Sie auch noch die Gabe des Witzes zur Discussion mitbringen und jedem Ihrer Raisonnements auch das aus dem Gemüthe stammende Feuer Leben giebt"[1]).

Doch ist auch aus dieser Periode wenigstens eine wichtige Meinungsäußerung von Stein überliefert.

Die Hauptaufgabe der Diplomaten war damals, die vorläufigen Verabredungen des Reichenbacher Vertrages in definitive zu verwandeln. Dabei dachten sie, überwiegend oder ausschließlich, nur an ihren Particular-Staat. Insofern der Zar höheren Zielen nachtrachtete, hatte er die abendländische Völkergemeinschaft im Auge. Insofern er russische Politik trieb, näherte er sich Österreich, nicht etwa nur beeinflußt durch seinen österreichisch gesinnten Staats-Secretär Nesselrode, sondern vornehmlich weil er die Zustimmung dieser Macht für die Verwirklichung seiner polnischen Pläne brauchte, daneben auch wohl in rein menschlicher Freude über den endlichen Gewinn eines lange erwarteten Bundesgenossen[2]). Der preußische Staatskanzler hatte den Gedanken der preußisch-österreichischen Hegemonie nicht völlig aufgegeben, aber besonders sich in dieser Angelegenheit zu bemühen lag ihm fern[3]). Graf Münster umgekehrt verwarf den Dualismus und erst recht das Princip des Steinschen Verwaltungsraths: von seinem Standpunkte aus ganz mit Recht; denn mochte diese Behörde auch nur für die Dauer des Krieges eingesetzt sein: bewährte sich ihr Princip, so drohte die Gefahr, daß es in Friedenszeiten beibehalten wurde[4]). Der Kaiser endlich, der Erste Minister und der große Publicist von Österreich waren dem Nationalitäts-Gedanken abhold, theils weil er ein Kind der verabscheuten Revolution war,

---

[1]) W. v. Humboldt an Stein, Teplitz 4. October 1813; Ompteda, Nachlaß 3, 222.

[2]) Stein an Münster, Prag 23. August 1813; Lebensbilder 2, 270 u. Pertz 3, 408.

[3]) Oncken, Österreich und Preußen 2, 317. Die hier mitgetheilten Bemerkungen Friedrich Wilhelms III. sind sicher von Hardenberg inspirirt.

[4]) Ompteda, Nachlaß 3, 70. 74. 75 ff. Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 86. — Omptedas eigene Meinung entfernte sich von der seines Vetters Münster nicht sehr weit; s. z. B. Nachlaß 3, 83 f.

theils weil sie in ihm eine Gefahr für ihren vielsprachigen Staat witterten. Sie wollten von ihm, wie die Vorgänge des Frühjahrs, in welche Gagern verwickelt wurde[1]), beweisen, nicht einmal da etwas wissen, wo er ihnen unmittelbare Vortheile in Aussicht stellte; von Preußen verlangten sie schon im Frühjahr 1813, daß es den geheimen Verbindungen, die wohl ausnahmlos im Verdachte deutscher Gesinnung standen, feierlich absage. Den Rheinbund zwar gaben sie preis, jedoch nur deshalb, weil er in der Hand Napoleons eine beständige Bedrohung für sie selbst war. Aber an seine Stelle eine Verfassung zu setzen, für welche Wünsche und Interessen der deutschen Nation Maß und Ziel gaben, lehnten sie noch viel bestimmter ab als einst im Jahre 1809[2]). Das Wort Deutsch gewann für sie nicht nur den alten, an das Volk gemahnenden Klang zurück, es schwangen dabei für sie mit noch andere, dunkle und wilde Nebentöne revolutionärer Färbung[3]). Eben deshalb erschien ihnen ein Staatsmann wie Stein, der nicht müde wurde von Deutschland zu reden und für Deutschland zu wirken, als eingefleischter Jakobiner. Zu einer Zeit, da Stein eifrig auf Österreichs Wohl bedacht war, haben sie ihm ein Mißtrauensvotum ausgestellt, indem sie fragten, welches Vertrauen man zu einer Regierung haben könne, die von ihm beeinflußt werde[4]); das war in der Form milder als die Reden Napoleons, in der Sache

---

[1]) S. 275. [2]) S. 22. Ompteda, Nachlaß 3, 43.

[3]) Classisch, wie immer, die Formulirung des Problems bei Gentz (Tagebücher [1861] S. 277): „Ich hatte [vom 4. bis 7. October 1813] viele und wichtige Gespräche mit ihm [Metternich], besonders über die deutschen Angelegenheiten, deren künftiges Schicksal ein schwieriges Problem war. Der Geist, der durch den allgemeinen Widerstand gegen die französische Herrschaft in Deutschland erwacht, durch die Steinschen Proclamationen mächtig gesteigert, besonders von Preußen aus dergestalt gewachsen war, daß der Befreiungs-Krieg einem Freiheits-Kriege nicht unähnlich sah, gab zu ernsten Betrachtungen und Besorgnissen über die Zukunft Anlaß; und die Idee, daß der Sturz eines auf die Revolution gegründeten Despotismus wohl, anstatt einer wirklichen Restauration, abermals zur Revolution zurückführen könnte, wurde in jenen Gesprächen von mir besonders lebhaft angeregt".

[4]) Luckwaldt, Österreich S. 50. Vgl. den Bericht Wilhelms von Humboldt bei Gebhardt, W. v. Humboldt als Staatsmann (1896) 1, 424: „Metternich fürchtet alles, was von Stein herzurühren scheint".

eben so unzweideutig. Was aber sollte sonst in Deutschland geschehen? Die Legitimität, der natürliche Widersacher der Revolution, hätte geboten, den alten Zustand und mit ihm das Kaiserthum herzustellen. Über diesen Punkt sind Kaiser Franz und Metternich vielleicht nicht immer ganz gleicher Meinung gewesen. Jener scheint noch Stunden gehabt zu haben, in denen er der Annahme der erneuten deutschen Kaiserwürde zuneigte. Sein Staatskanzler wollte davon nichts wissen; in seiner Denkfaulheit und Thatenscheu ließ er sich nur sehr ungern auf schwierige Verhältnisse ein, und keinenfalls sollte Österreich die deutsche Dornenkrone auf die ihm zukommende Compensation angerechnet werden. Also Souveränität der deutschen Einzelstaaten[1]), höchstens beschränkt durch das Verbot, mit dem Auslande gemeinsache Sache zu machen gegen die übrigen deutschen Fürsten.

Wie die Stimmung im verbündeten Lager war, ergiebt sich daraus, daß keines der dort aufgestellten Programme, weder das österreichische noch das russisch-preußische, das sich dann Österreich aneignete, von der Constituirung Deutschlands als eines selbständigen politischen Gemeinwesens redete[2]). Das bedeutete ein Zurückweichen hinter die Linie, die der Bartensteiner Vertrag inne gehalten hatte zu einer Zeit, da Napoleon siegreich in der östlichsten Provinz des preußischen Staates stand[3]). Der Einzige im Hauptquartier, der über

---

[1]) So am 23. März 1813; Oncken, Österreich u. Preußen S. 357. Vgl. Castlereagh, Correspondence (1853) III, 1, 60 f.; Häusser, Deutsche Geschichte (1863) 4, 378; Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 86. Die oben folgende Clausel ist vielleicht späteren Ursprungs. — Metternich über die deutsche Kaiserwürde bei Oncken i. Historischen Taschenbuch VI 2 (1883) 4 f.

[2]) In der Instruction, die Stadion von Metternich erhielt (7. Mai 1813; Oncken, Österreich und Preußen 2, 644), figurirt Deutschland nur unter den Bedingungen d'une paix continentale bonne: Pour l'Allemagne, cessation de la suprématie de Napoléon; établissement d'un système quelconque qui réunisse les intérêts de ce pays à ceux de l'Europe. Das russisch-preußische Programm von Wurschen (16. Mai 1813; Oncken 2, 318), adoptirt im Reichenbacher Vertrage v. 27. Juni Art. VI, verzeichnet: La dissolution de la Ligue du Rhin, l'Allemagne rendue indépendante, et les provinces réunies dans le Nord de l'Allemagne restituées à l'Allemagne.

[3]) Convention d'alliance entre la Russie et la Prusse, Bartenstein

Deutschlands Zukunft nachdachte und ihm aufzuhelfen trachtete, war Stein. Wir hörten, daß er schon in seiner Juli-Denkschrift für Deutschland die Unabhängigkeit, für die Deutschen Sicherheit und Eigenthum begehrte. Jetzt (Ende August und Anfang September) drang er in den preußischen Staatskanzler und den russischen Kaiser, die „Krise des Moments zu benutzen" und das Wohl Deutschlands „auf eine dauerhafte Art zu befestigen". Wie dies am besten geschehe, darüber redete er zu ihnen in aller Ausführlichkeit[1]).

Es geht durch die Denkschrift etwas von dem Gefühle der letzten Stunde. Wie erhaben ist der Eingang: „Gerecht und bescheiden ist der Wunsch jedes Deutschen, das Resultat eines zwanzigjährigen blutigen Kampfes sei für sein Vaterland ein beharrlicher Zustand der Dinge, der dem Einzelnen Sicherheit des Eigenthums, der Freiheit und des Lebens, der Nation Kraft zum Widerstande gegen Frankreich als ihren ewigen, unermüdlichen, zerstörenden Feind verschaffe". Wie dringend die Mahnung zu handeln: „Der Moment ist verhängnißvoll, Zeitgenossen und Nachwelt werden strenge diejenigen beurtheilen, die zu der Lösung der Aufgabe berufen durch ihre Stellung im Leben, ihr nicht alle Kraft und nicht allen Ernst widmen".

Stein wahrt die Continuität mit seinen früheren Entwürfen für die deutsche Verfassung, indem er sich abermals zu den dort aufgestellten Idealen bekennt: zuallererst der Einheitsstaat, dann die Theilung zwischen Preußen und Österreich. Auf jenen leistet er, wie schon früher, Verzicht; diese hält er immer noch für möglich. Aber er giebt jetzt einer andren Lösung des Problems den Vorzug,

$\frac{14.}{26.}$ avril 1807 Art. V (Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 6, 412): Vouloir rétablir l'ancienne constitution [de l'Allemagne] serait une erreur dangereuse, parceque cette constitution, toujours trop faible pour résister au moindre choc, y succomberait de nouveau. Les H. P. C. contribueront donc, par tout ce qui dependra d'Elles, à créer en Allemagne une fédération constitutionelle.

[1]) Die Denkschrift (bereits in Steins Selbstbiographie S. 187 erwähnt) liegt deutsch und französisch vor. Die deutsche Fassung „Über eine teutsche Verfassung, Prag am Ende August 1813" (Ompteda, Nachlaß 3, 224 ff. Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 59 ff.) war (s. Ompteda 3, 219) für Hardenberg, die französische (Sur la constitution allemande, unge-

die dazu bestimmt ist, den momentan drohenden Gefahren vorzubeugen.

Österreich sträubt sich gegen die Wiederannahme der deutschen Krone, weil sie 1806 ein Schatten und ein Gespött geworden war: also muß ihr ein realer Inhalt zurückgegeben werden. Metternich will die Rheinbund-Staaten sich selbst überlassen. Das würde gleich bedrohliche Folgen haben für Deutschland im Ganzen und für seine Bürger im Einzelnen. Tritt an die Stelle des Rheinbundes ein Vacuum, so behält Frankreich im Westen des deutschen Sprachgebiets einen überragenden Einfluß, der Rheinbund wird fortdauern ohne seinen Namen. Ebenso wird es dem einzelnen Deutschen unter den 36 kleinen Despoten schlimmer ergehen als im alten Reiche. Damals war ihm zwar das Gefühl der Nationalität genommen, aber er behielt, weil unter dem Schutze der Gesetze lebend, die Sittlichkeit und ein Gefühl seiner persönlichen Würde. „Beides wird aber schnell untergehen in diesen kleinen Despotien, wo er der Laune des Regenten und seiner Günstlinge preis gegeben und unwiederbringlich verloren ist, sobald er es nur im Geringsten wagt, seine Fesseln zu lösen, sich zu erheben". Stein malt diese Perspective in den schwärzesten Farben; sein Haß — der Haß des Reichsritters, wie er selber eingestanden hat[1]) — scheint, je näher die Entscheidung rückt, beständig zu wachsen. Was er über Baiern, Würtemberg und Westfalen gelesen und gehört (es war nicht alles gleich zuverlässig), das hat ihm die Gewißheit gegeben, daß es schon jetzt „einer Neuerungsluft,

---

druckt, aber bei Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 102 s. excerpirt; Concept o. D. in Berlin, Mundum m. d. Datum Prague 7. septembre 1813 in Petersburg) war für den Zaren bestimmt. Sie ist zum Theil kürzer, zum Theil länger als die deutsche; s. unten S. 314. Der Absatz „Bereits im December 1812" (Ompteda 3, 227) mit dem Lobe Bernadottes, das neben den sonstigen Urtheilen Steins wie Ironie wirkt, ist in das Concept der deutschen Redaction nachträglich eingeschoben und fehlt in der französischen. — Wenn (S. 230) die Eroberung des Landes zwischen Rhein und Schelde nur als eine Möglichkeit hingestellt wird, so ist das sicher Accommodation an das in den Reichenbacher Vertrag aufgenommene Programm von Wurschen (oben S. 308 Anm. 2). Vgl. S. 191. 235.

[1]) Gagern, Antheil an der Politik 4, 167.

einer tollen Aufgeblasenheit und einer gränzenlosen Verschwendung und thierischen Wollust gelungen ist, jede Art des Glücks der beklagenswerthen Bewohner dieser einst blühenden Länder zu zerstören“[1]). Was kann da helfen? Nichts als die Unterwerfung der „Häuptlinge“ unter eine höhere Gewalt. Darum abermals: Machtvermehrung des Kaisers.

Das Haus Österreich erhält die erbliche Kaiserwürde; überdies wird seine Stellung im Reiche dadurch verstärkt, daß einem seiner Erzherzöge Ansbach zufällt[2]). Die staatlichen Functionen werden zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten getheilt. Dem Reiche fällt zu das Recht, Krieg und Frieden zu schließen, die Oberaufsicht über das Heerwesen, die Vertretung nach außen, das Münz- und das Zollwesen. Es bekommt eigene Behörden, durch die es seine Gesetze und Verordnungen erzwingen kann: moderne Schöpfungen trotz ihrer zum Theil alterthümlichen Namen (Reichs-Feldmarschall und Reichs-Kanzler), nämlich ein Reichs-Kriegs-Ministerium, ein Reichs-Amt des Innern[3]), ein Reichs-Finanz-Ministerium, alle mit Unter-Behörden in den Einzelstaaten. Ebenfalls modern gedacht ist die Theilung der Gewalten. Der Kaiser erhält die Executive, aber über die Reichs-Gerichte nur die Oberaufsicht, und in die Legislative muß er sich mit dem Reichstag theilen. Dieser soll, wie der alte Reichstag, seinen Sitz in Regensburg haben, auch in drei Bänke zerfallen, aber er wird doch in Wahrheit stark modernisirt. Was noch an die Feindschaft der Confessionen erinnerte, fällt fort, die drei christlichen Religionsparteien erhalten schlechthin gleiche Rechte, und vor Allem: „Die Reichstags-Mitglieder sind Repräsentanten, keine Gesandten“. Das bedingt eine Änderung auch in der Zusammensetzung: dem dritten Collegium werden Deputirte sowohl aus

---

[1]) Für Baiern wird Graf Reisach (s. oben S. 280) eine seiner Hauptquellen gewesen sein. Über Würtemberg s. Darstellung des Betragens der württembergischen Landstände seit dem 15. März bis zum 18. Mai 1815; nebst Fortsetzungen. Über Würtemberg und Baden: Klüber, Acten des Wiener Congresses 3, 467 ff. Im Allgemeinen: Häusser, Deutsche Geschichte (1863) 3, 225 ff.

[2]) Zusatz der französischen Redaction: en compensation de son droit de suzeraineté sur les Lusaces.

[3]) „Der Reichs-Kanzler, der das Constitutionelle und Politische leitet“.

der Reichsritterschaft wie aus den Landtagen der Einzelstaaten hinzugefügt.

Die Einzelstaaten werden beschränkt sowohl nach ihrem Umfange wie nach ihren Rechten. Feinde der nationalen Sache sind für Stein die Mittelstaaten: sie entzogen sich ihren Pflichten gegen Deutschland, hielten es mit Frankreich, wurden von Frankreich vergrößert, während umgekehrt die kleinen Staaten fest an der alten Verfassung hielten. Darum wird jetzt allen denjenigen Gliedern des Reiches, die nach dem Reichs-Deputations-Hauptschluß unmittelbar waren, diese Eigenschaft wieder beigelegt. Alle Einzelstaaten aber, die bisherigen Mitglieder des Rheinbundes sowohl wie die wiederhergestellten Reichsunmittelbaren, behalten an Hoheitsrechten nur: die innere Landes-Polizei, die Erziehung und den Cultus; außerdem Rechtspflege, Finanzen und Militär, aber nur unter den angegebenen Beschränkungen. Diejenigen Reichsstände, deren Contingent weniger als 3000 Mann beträgt, verlieren ihre Militär-Hoheit ganz. Und so wenig der Kaiser im Reiche unumschränkt ist, so wenig sind es die Fürsten in ihren Territorien. Da wo Landstände sind, werden sie beibehalten und zweckmäßig organisirt; wo sie fehlen, werden sie neu eingerichtet. Überall erhalten sie eine Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der Steuerbewilligung.

Wie aber soll Preußen zu dem also erneuerten Reiche stehen? Stein begriff, daß es zu mächtig geworden war, um sich beschränken zu lassen, wie Baiern oder Würtemberg oder Hannover, und er wollte ihm vom alten Reichslande noch zulegen nicht nur Sachsen, sondern auch Holstein und Mecklenburg: jenes der deutsche Besitz des mit Frankreich verbündeten Dänenkönigs, den er schon 1812 hatte einziehen wollen; von den Mecklenburgischen Dynasten aber hatte es wenigstens der eine durch seine dem Verwaltungsrath geleistete Opposition mit ihm verdorben[1]). Andrerseits fühlte er, daß ein Deutschland ohne Preußen ein Unding sei, und so verfiel er auf den Ausweg, daß Preußen so wenig wie Österreich an den Institutionen

[1]) S. 289.

des Reiches Antheil haben[1]), aber durch ein ewiges Bündniß mit dem Reiche sowohl wie mit Österreich vereinigt werden sollte. Deutschland, Österreich und Preußen würden sich gegenseitig ihre Integrität und ihre Verfassung verbürgt haben.

Die Denkschrift, die verhältnißmäßig spät, bald nach der großen kriegerischen Abrechnung zwischen Österreich und Preußen, veröffentlicht ist, hat, wie zu erwarten stand, die Anhänger der kleindeutschen Idee peinlich berührt und ist von ihnen wohl geradezu als eine Verirrung des Autors angesehen worden. Mit Unrecht; das Document behauptet, wenn man es ohne Vorurtheile würdigt, seinen Platz in der deutschen, ja in der allgemeinen Geschichte. Es steht in der Mitte zwischen den Ereignissen der Jahre 1787 und 1848. Wie es das neu geschaffene Wort ‚Bundesstaat‘ in die Amtssprache einführt, so macht es den ersten Versuch, die große an diesen Namen geknüpfte, durch die Begründer der Vereinigten Staaten verwirklichte Errungenschaft des politischen Denkens auf Deutschland zu übertragen. Man wird nicht wagen dürfen, für den Autor den Ruhm in Anspruch zu nehmen, daß er der geistige Urheber des deutschen Parlamentes sei, denn wir verbinden damit Vorstellungen, die Stein abgelehnt haben würde; immerhin war er der erste Politiker, der eine Repräsentation des deutschen Volkes neben den Beauftragten der Regierungen begehrte. Und zweifellos gebührt ihm das Verdienst, die Distinction zwischen engerem und weiterem Bunde gemacht zu haben, durch welche die Denker des Jahres 1848 die deutsche Frage zu lösen hofften.

Neben diesen bedeutsamen Anregungen enthält die Denkschrift Vorschläge, die in der That auf den ersten Blick befremden. Zunächst die scheinbar ganz willkürliche Feststellung des politischen Normaljahres 1803, aus der sich dann ohne Weiteres die Wiederbelebung der Reichsritterschaft und die Vermehrung der Reichsstädte ergab. Hatte nicht Stein vor Kurzem selber die Verfassung des

[1]) „Oesterreich gelangt zu der Kaiserwürde über eine Bevölkerung von 10 Millionen Menschen, die nach Abzug der preußischen Vergrößerungen und seiner eigenen übrig bleiben“.

Jahres 1803 auf das schärfste angegriffen?[1]) Waren nicht eben damals die Mittelstaaten begründet worden, gegen die sich gerade jetzt sein Zorn richtete? Weshalb blieb er, wenn er der alten Reichsverfassung eine Richtschnur entlehnen wollte, gerade bei 1803 stehen? Offenbar deshalb, weil er sonst die geistlichen Staaten, denen dies Jahr den Garaus machte, hätte wiederherstellen müssen, und dies verbot ihm sein protestantisches Gewissen. Was er wollte, war, zu dem Kaiserthum auch eine kaiserliche Partei zu schaffen, und diese ließ sich, wenn man nicht das Mittelalter wieder beleben wollte, nur aus den Kleinen und Kleinsten bilden. Eine Gefahr für die nationale Sache drohte hier nicht, da ja die dem Mißbrauch ausgesetzten Hoheitsrechte der Central-Gewalt zufallen sollten. Auch das moderne deutsche Reich gedeiht, trotz der Zwerggebilde, die es einschließt.

Noch auffälliger erscheint die Excludirung Preußens. Verleugnete Stein damit nicht seine gesammte reformatorische Vergangenheit? Wer hatte durch Überwindung der provincialen und ständischen Gegensätze mehr als er dazu beigetragen, jenes Staats- und National-Bewußtsein in Preußen wach zu rufen, das wie von selbst überging in das deutsche Volksthum? Hatte er nicht noch zu guter Letzt die preußischen Particularisten bekämpft, die von Deutschland wenig oder nichts wissen und aus Preußen am liebsten wieder einen halbpolnischen Staat machen wollten? Unsre Verwunderung steigt noch, wenn wir hören, daß Stein eben im Sommer 1813 sich viel mehr zu Preußen als zu Österreich hingezogen fühlte. Peinlich empfand er während seines Aufenthalts in Prag den Abstand gegen 1809. Damals, schrieb er (etwas optimistisch urtheilend), hätten die Stadions erfolgreich jedes Reizmittel gebraucht, um die edleren Gefühle in den Menschen zu erwecken, jetzt stehe an der Spitze ein kalter, flach berechnender Mann, der sich vor jeder kräftigen Maßregel scheue, sich das Ziel nahe stecke und sich mit kümmerlichem Flickwerk behelfe[2]). Und über dies immerhin von momentanen Eindrücken beein-

---

[1]) S. 162.

[2]) Stein an Graf Münster, Prag 23. August 1813; Lebensbilder 2, 270 u. Pertz 3, 408. Ähnlich an denselben, Prag 5. u. 16. September; Pertz 3,

flußte Urtheil erhob er sich in der August-Denkschrift durch den Satz: „In Preußen erhält sich der deutsche Geist freier und reiner als in dem mit Slawen und Ungarn gemischten, von Türken und slawischen Nationen umgränzten Österreich, dessen Entwickelung daher auf jeden Fall erschwert würde, wären die Fortschritte seiner Bewohner auch nicht (im 17. und 18. Jahrhundert) noch durch Geistesdruck und Intoleranz gestört worden." Und dennoch Preußen zurückgesetzt? Stein führt uns selbst auf die Lösung des Räthsels, da wo er bemerkt: „Es ist rathsam, die Kaiserwürde Österreich anzuvertrauen, um sein Interesse an Deutschland zu binden, und wegen des langen Besitzes und der Gewohnheit der Völker". Er fürchtete, daß, wenn nicht etwas Außerordentliches geschähe, die deutsch-österreichischen Stämme dem deutschen Volke, das er ohne sie nicht denken mochte, ganz entfremdet werden könnten, und er respectirte die Macht der Überlieferung: die Übertragung der Kaiserwürde an Preußen war bisher kaum von irgend einem Deutschen ernstlich erwogen[1]). Seine letzten Bedenken mag Stein mit der Erwägung beschwichtigt haben, daß durch das von ihm erstrebte ewige Bündniß Preußen und Deutschland immer noch enger verbunden worden wären als je seit dem Ursprung der brandenburgisch-preußischen Macht.

Bald aber trat zu Tage, daß Stein sich verrechnet hatte. Metternich ließ sich durch das, was er von der Denkschrift erfuhr, von seiner Abneigung gegen das Kaiserproject nicht zurückbringen.

412. 417. Endlich auch der Schluß der Denkschrift selbst (nur in der französischen Redaction): Ils [en Allemagne tous les amis de l'humanité, des idées libérales, tous ceux pour lesquels le mot de la patrie n'est point un son vide de sens] voient dans l'accession de l'Autriche une augmentation de masse, mais point une augmentation de lumières et de sentiments nobles et élevés, et ils ne peuvent encore se décider à accorder leur confiance à son ministre, auquel la majeure partie des Autrichiens refusent la leur. Ils trouvent ses vues politiques rétrécies, calculées sur le moment, sa manière d'exécuter froide et égoiste, ils comparent l'enthousiasme que le gouvernement avait inspiré en 1809 à tous les esprits, avec la tiédeur qui se manifeste maintenant, les principes de patriotisme et d'amour pour l'humanité qu'il [montrait] alors, avec le langage reservé, calculateur qu'il emploie.

[1]) Von den Plänen Ludwigs XIV. und Napoleons I. ist natürlich abzusehen.

Die preußischen Staatsmänner fanden keinen Grund, sich für einen Plan zu erwärmen, der Österreich mehr als Preußen gestärkt haben würde. Der Zar endlich versprach zwar, in dieser Angelegenheit nichts ohne Stein vorzunehmen, er wird aber, was die Materie betraf, damals nicht anders geurtheilt haben als einige Monate später über einen neuen Versuch Steins in der deutschen Frage: er wollte das eben erst begründete Einvernehmen mit Österreich nicht sofort wieder in Frage stellen [1]. So kam denn in den Allianz-Vertrag, der am 9. September zu Teplitz geschlossen wurde, nichts was auf die zukünftige Verfassung Deutschlands Bezug gehabt hätte.

Indeß auch wenn der Ausgang besser gewesen wäre, welcher Patriot hatte in einer Epoche, wie der damaligen, Freude an dem Aufbau und der Vertheidigung von Denkschriften? Schon im Juli schrieb Stein an seine Frau: „Ich gestehe Dir, daß bei mir Menschen-Ekel und Tintenscheue täglich zunehmen" [2]; und wie wird er vollends nach Kündigung des Waffenstillstandes bedauert haben, nicht mehr in den Jahren zu sein, da er selbst hätte die Büchse ergreifen und mit aufs Blachfeld ziehen können. Der Riesenkampf begann, auf den er und seine Freunde seit Jahren hingearbeitet hatten. Auf der einen Seite Napoleon und der Rest seiner Trabanten, auf der andern die Fürsten und Völker, welche heiliger Eifer, weise Umsicht und unerschütterliche Zähigkeit zusammengeführt hatte. Doch waren, wie Stein vorausgesehen hatte, Interesse und Erfolg nicht überall gleich. Am wenigsten leisteten die Schweden unter ihrem zweideutigen Kronprinzen. Tapfer, aber in der Regel unglücklich stritten die Österreicher. Von der größten Wichtigkeit war der willige und erfolgreiche Beistand

---

[1] Stein an [Hardenberg], Prag 13. September 1813: „Ich ersuche also E. E., bei denen angenommenen Grundsätzen fest zu beharren und nicht zuzulassen, qu'on vous coupe l'herbe sous les pieds". Leider theilt Stein über die „lange Unterredung", die er „Donnerstag Abends" (9. September) in Teplitz wegen seiner Denkschrift mit dem Zaren hatte, nichts Näheres mit. — Humboldt an Stein, Teplitz 4. October 1813 (Ompteda, Nachlaß 3, 222): „Der Kaiser Alexander ist zwar gar sehr für eine künftig zu schaffende Vereinigung, nicht aber für die vorläufige Erwähnung derselben".

[2] Stein à Mme de Stein, Reichenbach 5. juillet 1813; Pertz 3, 384.

der Russen: eigentlich jetzt erst gewann die That Peters des Großen ihre Vollendung und Rechtfertigung; indem das russische Volk hervorragenden Antheil nahm an dem Sturze des Tyrannen, trat es selbst in den Kreis der abendländischen Nationen ein. Die eigene Nation sah Stein gespalten. Seine kühnsten Erwartungen übertrafen die Preußen. Dank der Thatkraft Scharnhorsts und seines Erben Gneisenau stellte das kleine Land, das 4.9 Millionen Einwohner hatte, eine Streitmacht von 279 000 Mann ins Feld, also von 100 männlich Geborenen regelmäßig 11: eine Leistung, hinter welcher sogar das französische Muster von 1793 zurücktrat. Und wie tilgten sie jetzt die Schmach des Jahres 1806. Gleich den Russen in alle drei Heere der Verbündeten eingetheilt, schlugen sie bei Nollendorf den ruchlosen Vandamme in Fesseln; zusammen mit den Russen bezwangen sie an der Katzbach die Armee von Macdonald; allein erstritten sie den Übergang über die Elbe bei Wartenburg; die Siege von Groß-Beeren und Dennewitz waren fast ausschließlich ihr Verdienst. Mit besonderer Freude wird Stein die Thaten der ost- und westpreußischen Landwehr verfolgt haben, an deren Schöpfung er so hervorragenden Antheil hatte; sie belagerte Danzig und Küstrin, doch stritten einige Bataillone und Schwadronen auch in den Reihen des Bülowschen und Tauentzienschen Corps: das Königsberger Landwehr-Bataillon war das erste beim Sturm auf die Stadt Leipzig. Außer den Landschaften der Häuser Österreich und Brandenburg waren es zunächst nur wenig Splitter der deutschen Nation, die für die Sache der Freiheit kämpften: Mecklenburger, Hanseaten, Hannoveraner, Thüringer und Anhalter. Alle übrigen Deutschen fochten zunächst noch auf Napoleons Seite: die Hessen und die Badener schon bei Groß-Görschen; nach dem Wiederbeginn des Kampfes standen Baiern am Inn den Österreichern gegenüber, bei Groß-Beeren hatte General Bülow es fast nur mit Sachsen zu thun, bei Dennewitz schlugen auf französischer Seite wieder Sachsen, außerdem Baiern und Würtemberger, bei Wartenburg von neuem Würtemberger. Aber je länger je mehr machte sich der Wahnsinn dieses Verhältnisses geltend. Wir kennen die flammenden Worte gegen die

deutschen Fürsten, durch welche Stein und Arndt 1812 die Brüder im französischen Heere zu gewinnen suchten[1]). Sie mußten, da einige der damals Angeklagten nun für die gute Sache gewonnen waren, in der neuen Auflage des „Soldaten-Katechismus" stark gedämpft werden[2]), aber wir dürfen annehmen, daß das Buch auch so seine Wirkung gethan haben wird. In den rheinbündischen Truppen nahm die Empfindung überhand, daß es Verpflichtungen giebt, die allen Fahneneiden der Welt vorgehen, Verpflichtungen gegen Gott und Vaterland, Weib und Kind; die deutschen Contingente bröckelten ohne Zustimmung der Landesherren von der französischen Armee ab: zunächst jene Thüringer, die sich bei Ruhla gefangen nehmen ließen; dann in größeren und kleineren Bruchtheilen die Hannoveraner und Hessen in königlich westfälischen Diensten; endlich mitten während der Schlacht des 18. Octobers einige Hundert Würtemberger und die sächsischen Regimenter, die im Frühjahr Stein und Thielmann hatten für die Verbündeten gewinnen wollen.

Doch wurde die Wendung hierdurch nicht herbeigeführt; diese brachte vielmehr eine Verstärkung und ein Manöver, das in seiner Wirkung ebenfalls einer Machtvermehrung gleichkam. Das menschenreiche Rußland sandte ein neues großes Heer; Gneisenau setzte durch, daß die schlesische Armee rechts abmarschirte und die Nord-Armee, die durch den zaudernden Bernadotte bisher zurückgehalten war, vorwärts brachte. Da gleichzeitig die Hauptarmee von Böhmen her sich links wandte, war Dresden, das bisherige Centrum der französischen Aufstellung, umgangen und die Situation geschaffen für die große Entscheidungsschlacht des Feldzugs, das furchtbare dreitägige Ringen bei Leipzig. Es endete mit der Niederlage Napoleons.

„Da liegt also", jubelte Stein, „das mit dem Blut und den Thränen so vieler Millionen gekittete, durch die absurdeste und verruchteste Tyrannei aufgerichtete ungeheure Gebäude am Boden; von einem Ende Deutschlands bis zum andern wagt man es auszusprechen, daß

---

[1]) S. 175 ff.

[2]) Pertz 3, 394. Meisner u. Geerds, E. M. Arndt S. 96. 98. Deutsche Revue December 1904 S. 286 f.

Napoleon ein Schurke und der Feind des menschlichen Geschlechts ist, daß die schändlichen Fesseln, in denen er unser Vaterland hielt, zerbrochen sind und die Schande, womit er uns bedeckte, in Strömen französischen Blutes abgewaschen ist" [1]).

[1]) Stein à Mme de Stein. Leipzig 21. octobre 1813; übersetzt bei Pertz 3, 433 f. — Nach den Briefen an Frau v. Stein und nach Hardenbergs Tagebuch war Stein am 8. October in Laun und ging am 9. nach Rothenhaus bei Komotau, das er am 14. verließ. Vgl. S. 321.

Sechster Abschnitt.

Freiheitskrieg in Frankreich.

1814.

Der erste Siegespreis war Sachsen, dessen König bis zuletzt bei Napoleon ausgeharrt hatte und nun Gefangner der verbündeten Monarchen wurde. Wer sollte sein Land regieren, und wie sollte es mit den andern Landschaften gehalten werden, die voraussichtlich in den nächsten Wochen den Siegern anheimfielen?

Für die gleiche Aufgabe war im Frühjahr der Verwaltungsrath eingerichtet worden. Metternich hatte nichts von ihm wissen wollen, und seitdem sein Bezirk durch das Vordringen der Franzosen so stark geschmälert war, regte sich die Opposition auch bei Schön. Mehr Preuße als Deutscher, war er wohl nie mit ganzem Herzen bei der Sache gewesen; über die fragwürdige Haltung des Schweriner Herzogs äußerte er sich in Worten, die fast wie Zustimmung klingen. Jedenfalls sprach er, wie immer von Heimweh nach seinem geliebten Litauen getrieben, die Bitte aus, von einem Posten enthoben zu werden, wo wenig oder nichts zu thun war: was ihm dann auch gewährt wurde. In seinem Gesuch war er weiter gegangen und hatte geradezu die Auflösung der Behörde angeregt. Dagegen sträubte sich Stein, und mit Recht, denn es war noch nicht aller Tage Abend; aber eine Änderung hielt auch er für nöthig. Als der Waffenstillstand abgelaufen war und die schlesische Armee ihre Angriffe begann, setzte er (19. August) auseinander, daß ein Verwaltungsrath, in dem Vertreter aller Coalitionsmächte säßen, zu complicirt und zu schwerfällig werden müsse; er schlug also vor, das südliche Deutschland Österreich zu überweisen „als das seinen Waffen erreichbare, es unmittel-

bar berührende, dessen Einwohner durch ihre Gesinnungen ihm am meisten zugethan sind". Damals wurde er nicht gehört; erst nachdem durch die Siege der schlesischen Armee die Lausitz zum zweiten Male befreit war, besann man sich im Hauptquartier auf seinen Vorschlag. Unter Hardenbergs Vermittelung fand, wie Ompteda berichtet, eine förmliche Annäherung zwischen Stein und Metternich Statt, und man verständigte sich (25. September) über eine neue Organisation des Verwaltungsraths. So schien es wenigstens; indeß sowie man daran ging, das Ergebniß der Berathung zu formuliren, gab es neue Anstände. Wilhelm v. Humboldt, der von Wien ins Hauptquartier gekommen war, setzte in seiner Weise, aber unter Steins Zustimmung, einen umständlichen Entwurf auf. Metternich erhob die Beschuldigung, daß hier Eingriffe in das Wesen der deutschen Reichs- und Landes-Verfassung gemacht seien: vorzüglich aber, bemerkt wieder unser trefflicher Berichterstatter Ompteda, scheine er zu fürchten, daß die Preußen (zu denen er Stein rechne) die Gelegenheit benutzen möchten, um sich Sachsens zu bemächtigen. Das wäre nach der Verfassungs-Denkschrift Steins begreiflich genug gewesen. Zwar schien es Anfangs October, als wolle Metternich nachgeben, aber gleich darauf steckte er sich hinter den Zaren, der damals mehr als je zuvor auf ihn hörte, und so blieb das Werk unvollendet bis nach der Leipziger Schlacht[1]).

[1]) Über Metternich: Gebhardt, W. v. Humboldt 1, 423 f. — Immediat-Bericht v. Schön, Reichenbach 7. August; Aus d. Papieren v. Schön 1, 155 d. Anlagen (vgl. 4, 76 u. 240). Cabinets-Rath Albrecht an Schön, Landeck 16. August (Aus d. Papieren v. Schön 1, 160 d. Anlagen): „In Absicht der Auflösung des Verwaltungsraths soll noch nähere Bestimmung, unter Rücksprache mit Österreich, in Prag erfolgen". Denkschrift v. Stein, Prag 19. August; ohne Datum b. Ompteda, Nachlaß 3, 212 f. — Die erste Annäherung von Stein und Metternich fand in Teplitz vor dem 13. September Statt; Stein an [Hardenberg], Prag 13. September. — Am 17. September reiste Stein abermals von Prag nach Teplitz, am 26. war er wieder in Prag. Stein à Mme de Stein, Teplitz 18. septembre. Stein au général-lieutenant Charles Stewart, s. d. [Teplitz, zwischen 20. u. 26. September]: On n'attend que le retour du c^te Metternich pour terminer l'affaire. Stein an Gneisenau, Teplitz 20. September; Pertz 3, 425. Hardenbergs Tagebuch 25. September: „Mit Stein die Administrations-Sachen in Deutschland geordnet; Stein nach

Jetzt erst, am 21. October, kam es zum Abschluß. Die verbündeten Mächte — es waren Rußland, Österreich, Preußen, England und Schweden — beschlossen die Einsetzung eines einstweiligen Central-Verwaltungs-Departements[1]). Geflissentlich war der Name geändert[2]) und jede Erwähnung der alten Central-Verwaltung vermieden; in der That war der Unterschied fundamental. Zwar stand jetzt Stein allein an der Spitze, aber es wäre ein Irrthum, hieraus auf eine Vermehrung seines Einflusses zu schließen. Im Gegentheil, damals hatte die Behörde eine unumschränkte Macht[3]) gehabt, jetzt sollte Stein gebunden sein nicht nur an eine Instruction, sondern auch an die Beschlüsse eines Diplomaten-Rathes, der unter Hardenbergs Präsidium im Hauptquartier tagte; Steins Vorschlag, dem Chef des Central-Departements Sitz und Stimme in diesem Conseil zu geben, war abgelehnt worden. Die März-Convention war den Rheinbund-Fürsten entschieden feindlich gewesen, die October-Convention nahm auf sie die größte Rücksicht. Stein sollte nur diejenigen Staaten verwalten, welche herrenlos geworden oder noch nicht der Allianz wider den gemeinsamen Feind beigetreten waren; war der Beitritt erfolgt, so hing es von den Bestimmungen des Vertrages ab, wie weit das Central-Departement sich durch seinen Agenten in die Verwaltung einmischen durfte. Der alte Verwaltungsrath hatte die Befugniß erhalten, eigene Behörden einzusetzen; der neue sollte sich stets der vorhandenen bedienen und nur in dringenden Nothfällen eine Ausnahme machen. Im Frühjahr war neben den Fürsten die Rede gewesen von den Völkern; jetzt war dies Wort sorgfältig

---

Prag". Stein à Alexandre I., Teplitz 25. septembre. Ompteda an Münster, Prag 27. September (Ompteda, Nachlaß 3, 210 ff.). Humboldt an Stein, Teplitz 4. u. 5. October; mit einigen Irrthümern b. Ompteda 3, 221 f. Hardenberg à Stein, Teplitz 5. octobre; ebenso b. Ompteda 3, 223 f. (wo zu lesen: qu'il les avait mis sous les yeux de son empereur et qu'était content de tout und: Je l'obtins le 2). Ompteda an Münster, Prag 6. October 1813; Ompteda 3, 218 ff. — Die Quelle für Pertz' Angaben (3, 365) über Mißverhältnisse im Verwaltungsrath habe ich nicht ermitteln können.

[1]) département central d'administration temporaire.

[2]) Bisher: conseil central d'administration.

[3]) pouvoir illimité.

vermieden. In dem Stein-Humboldtschen Entwurfe war es den vom Central-Departement einzusetzenden Gouverneuren zur Pflicht gemacht, sich der etwa vorhandenen Landstände zu bedienen und das Volk zu thätiger Hülfleistung für die gemeinsame Sache anzuregen; in der Convention war dieser Satz gestrichen, wie wir annehmen müssen durch Metternich, und dessen Geist durchwehte das Ganze. Wenn der österreichische Staatskanzler in seinen Denkwürdigkeiten berichtet, daß er, zusammen mit seinem Kaiser, sich gegen die Ernennung Steins auf das entschiedenste verwahrt habe und nur der kategorischen Willenserklärung des Zaren gewichen sei, so hatte er doch durch die Convention dafür gesorgt, daß dem preußischen Jakobiner die Schwingen stark gekürzt waren[1]).

Wie sich voraussehen ließ, war der Umfang des Gebietes, das der neuen Central-Verwaltung unmittelbar zufiel, nicht groß. Die Territorien, die vor 1805 österreichisch, preußisch, hannoverisch oder schwedisch gewesen, waren durch einen Paragraphen der Convention von vorn herein eximirt; außerdem das Großherzogthum Würzburg als eine österreichische Secundogenitur. Von den Rheinbund-Staaten war, als die Convention unterzeichnet wurde, Baiern bereits förmlich in die Coalition aufgenommen, und der Vertrag von Ried, durch den dies geschah (8. October 1813), sicherte ihm die volle Souveränität zu; Stein war nicht zu den Verhandlungen zugezogen worden und hatte nur nachträglich sein Verdammungsurtheil aussprechen dürfen[2]). Jetzt machte er den Versuch, dieser Art von Pacification einen Riegel vorzuschieben, indem er darauf drang, daß kraft des Eroberungsrechts die Rheinbund-Fürsten bis zum Frieden suspendirt, sie selbst entfernt und ihre Länder durch Gouverneurs verwaltet

[1]) Convention au sujet de l'administration des pays conquis par les alliés, Leipzig 21. octobre 1813; Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 3, 140 s. Hardenbergs Tagebuch 21. October: „Bei Metternich. Die Administrations-Sache decidirt". — Pertz 3, 448. Aus Metternichs Papieren (1880) 1, 173 f. Gebhardt, Humboldt 2, 10 f.

[2]) Steins Selbstbiographie S. 187: „Ich konnte mich nicht enthalten, meinen Unwillen über dieses diplomatische Product in Kommotau, wo ich es erfuhr (12. October) und wo die Cabinette versammelt waren, auszudrücken".

würden[1]). Die Mahnung kam theils zu spät, theils blieb sie unbefolgt. Österreich hatte bereits auch mit Würtemberg abgeschlossen und zwar abermals auf Grundlage der Souveränität; nur in allgemeinen und unbestimmten Wendungen redete der Vertrag von der Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands[2]). Etwas strenger lauteten die Verträge, durch welche nach oft ärgerlichen, zuweilen komischen Unterhandlungen[3]) die übrigen deutschen Kleinfürsten in die Allianz aufgenommen wurden; sie mußten geloben, die Unabhängigkeit Deutschlands mit allen ihren Kräften aufrecht zu erhalten und die Verpflichtungen zu übernehmen, die deren Behauptung nach der endgültigen Regelung der Dinge erfordern werde[4]). Die Leistungen für den gegenwärtigen Krieg wurden besonders bedungen. Darin darf man wohl eine Nachwirkung der Worte Steins sehen, der geschriebenen

[1]) Pertz 3, 457: „Stein schrieb am 30. October an den Staatskanzler [Hardenberg] und ersuchte ihn, dem Kaiser Alexander diese Denkschrift zur Entscheidung vorzulegen". Hier heißt es (sicher aus dem Französischen übersetzt): „Sie [die Rheinbund-Fürsten] werden sich vor den siegreichen Verbündeten beugen, sie werden sich zu Truppenstellungen verbindlich machen, in geringer entbehrlicher Zahl, aber uns möglichst die Benutzung der Kräfte ihres Landes erschweren, unsere Maßregeln lähmen, uns im Unglück verlassen und verrathen".

[2]) Traité d'alliance entre l'Autriche et le Wurtemberg, Fulda 2. novembre 1813 Art. secr. I. (Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 132): sous la garantie des rapports politiques qui devront être la suite des arrangements à prendre, à l'époque de la paix future, dans le sens de rétablir et assurer l'indépendance et la liberté d'Allemagne.

[3]) Humboldt à la princesse Louise Radziwill, Francfort 22. décembre 1813; Pertz 3, 700. Humboldt führte diese Unterhandlungen gemeinsam mit dem Russen Anstett (vgl. S. 210 u. 251) und dem Österreicher Binder.

[4]) soutenir la cause de l'indépendance de l'Allemagne par tous les moyens en son pouvoir — se conformer aux engagements qu'exigera l'ordre des choses qui sera définitivement établi pour le maintien de l'indépendance de l'Allemagne. So der Vertrag zwischen Preußen und Baden, Frankfurt 20. November 1813, bei Georg Friedrich Martens (Supplément au Recueil des principaux traités 5 [= Nouveau Recueil de traités 1], 649), der versichert, daß die hier gebrauchten Formeln sich auch in den andern Accessions-Verträgen fänden. Wirklich enthält sie sowohl der kurhessische wie der schwarzburgische Vertrag; s. G. F. Martens a. a. O. 5, 651 f. u. F. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 11, 138 s. — Über die Verhandlungen mit Mecklenburg-Schwerin s. L. v. Hirschfeld, Von e. deutschen

wie der gesprochenen: denn seit dem 13. November war er in Frankfurt, wo die Verträge geschlossen wurden[1]). Aber wie abgeblaßt war diese Wirkung. Selbst in einem Falle besonderer Widerspenstigkeit war die Antwort nur eine Drohung: das Verabsäumte im Namen des säumigen Fürsten durch die Central-Verwaltung zu bewirken[2]); kein einziger der deutschen Fürsten ist auch nur einen Tag suspendirt worden. So blieb denn, wenn wir, wie es schon ein Theil der Zeitgenossen that[3]), Stein als eine Art Kaiser ansehen und weiter auf seinen Staat eine moderne Bezeichnung anwenden, sein Reichsland beschränkt. Es umfaßte vor Allem Sachsen; sodann zwei bonapartistische Staatenschöpfungen, die Großherzogthümer Berg und Frankfurt, mit Ausnahme der ehemals preußischen und kurhessischen Bezirke[4]). Berg hatte Napoleon für seinen unmündigen Neffen, den ältesten Sohn des Königs von Holland, verwalten lassen. Großherzog von Frankfurt war Dalberg, das Haupt derer, die das Heil Deutschlands im engsten Anschluß an Frankreich sahen. Er hatte den Triumph erlebt, daß sein Widersacher, der Führer der antifranzösischen Partei, ihm gegenüber in die Rolle eines Bittstellers

Fürstenhofe 2, 39 ff. — Hardenberg notirt unter dem 9. November 1813 in sein Tagebuch (Fournier, Congreß v. Châtillon S. 359): „Fehlerhafte und ganz thörichte Art mit den deutschen Fürsten zu unterhandeln". Leider theilt er nichts über seine eigene Methode mit.

[1]) Correspondenz Steins mit Nesselrode bei Pertz 3, 458 ff. In Nesselrodes Schreiben, Meiningen 30. October 1813, heißt es: „Auf der Reise [zu uns] könnten Sie vielleicht mit alle den Fürsten abschließen, welche sich auf Ihrem Wege finden. Wir haben sie alle an E. E. gewiesen und uns nur den Abschluß der Beitritts-Urkunden vorbehalten". Ob Stein dieser Anregung gefolgt ist, erfahren wir nicht. — Er hat Leipzig wahrscheinlich am 9. November verlassen; Meisner u. Geerds, Arndt S. 100.

[2]) Stein an Oberst-Lieutenant Rühle v. Lilienstern, Troyes 12. Februar 1814; Beiheft z. Militair-Wochenblatt 1847 S. 157 f. Eine andere schärfere Drohung Steins betraf die Mediatisirten in Westfalen. Stein an General Bülow, [Frankfurt] 27. November 1813 (Häusser, Deutsche Geschichte 4, 468): „Wenn die genannten Herren sich nicht wollen abhalten lassen, in die Regierung sich einzumischen, so ersuche ich E. E., dieselben arretiren und deportiren zu lassen".

[3]) Jackson, Diaries 1809—1816 (1873) 2, 74. 355. Vgl. Pertz 3, 479 f.

[4]) Beiheft z. Militair-Wochenblatt 3. Quartal 1857 S. 63 ff. Darmstädter, Großherzogthum Frankfurt (1901) S. 403.

gedrängt wurde[1]); jetzt aber war dieser endgültig Sieger geblieben, und der Überwundene flüchtete in den fernsten Winkel des oberen Deutschlands, um von hier aus die Welt durch die Nachricht zu überraschen, daß er die Regierung zu Gunsten des Vicekönigs von Italien niedergelegt habe. Zu Berg und Frankfurt kamen noch einige kleine und kleinste Territorien: die Entschädigungslande der Oranier, die durch die Rückkehr der Dynastie nach Holland verfügbar wurden[2]); die Besitzungen der Moorgrafen, welche 1802 Stein so unbequem gewesen waren[3]); endlich die Ländchen der beiden einzigen Fürsten, die von den verbündeten Mächten nicht zu Gnaden angenommen wurden: Isenburg und Leyen[4]).

Die militärischen und finanziellen Kräfte dieser Gebiete sollte Stein dem Freiheitskriege dienstbar machen. Da wo es sich um das Wohl des Vaterlandes handelt, ist keine Aufgabe zu gering; aber verkennen läßt es sich nicht, daß im Vergleich mit dem, was Stein früher gethan hatte, das, wozu er jetzt berufen wurde, bescheiden war. Immerhin sorgte die Natur der Dinge dafür, daß die Einbuße, die seine Widersacher ihm an der einen Stelle zufügten, an der andren wieder ausgeglichen wurde. Die October-Convention hatte zwar von Agenten gesprochen, die Stein bei den in die Allianz aufgenommenen Fürsten unterhalten sollte, aber ganz unbestimmt gelassen, was sie eigentlich zu thun hatten. Unmöglich konnte es dabei sein Bewenden behalten. Allzu widersinnig wäre es gewesen, während des Kampfes mit einem Napoleon sich auf den guten Willen einiger Dutzend für souverän erklärter Klein- und Mittelfürsten zu verlassen. Indem die verbündeten Mächte den Rheinbund auflösten, ersetzten sie ihn, wenigstens für die Zwecke des gegenwärtigen Kriegs, durch eine militärische und finanzielle Organisation, welche die neu-

[1]) S. 16. [2]) S. 32. [3]) Theil 1, 247.

[4]) Stein (3. Januar 1814; Histor. Zeitschr. [1898] N. F. 44, 268): „Da Leyen und Isenburg wegen ihrer Kleinheit und wegen ihres verworfenen Betragens nicht beibehalten werden können". Der Fürst von Isenburg hatte preußische Soldaten zum Übertritt in französische Dienste verleitet; der von der Leyen 1806 auf sehr fragwürdige Weise die Souveränität erlangt. (Eichhorn) Central-Verwaltung S. 28 f.

geschaffenen Souveränitäten doch wieder beschränkte; an den Berathungen, aus denen sie hervorging (sie fanden in Frankfurt am Main Statt), hatte auch Stein seinen Antheil[1]). Alle deutschen Fürsten mußten das militärische System annehmen, das sich in Preußen bewährt hatte, d. h. außer den Linientruppen Freiwillige zulassen und eine Landwehr sowie einen Landsturm aufstellen. Linie und Landwehr zusammengenommen wurden auf das Doppelte des Rheinbund-Contingents bemessen; Stein hätte es lieber gesehen, wenn die Bezugnahme auf den Rheinbund unterblieben und statt dessen ein Bruchtheil der Bevölkerung (zwei Procent für die Linientruppen) festgesetzt worden wäre. Baiern und Würtemberg stellten, in Consequenz des ihnen einmal bewilligten Privilegs, ihr Corps für sich, nachträglich erhielt Hessen-Cassel die gleiche Ehre zugebilligt[2]); die übrigen Contingente wurden in fünf Corps zusammengefaßt, deren Oberbefehlshaber die verbündeten Mächte ernannten. Wie hoch man den guten Willen der neuen Souveräne einschätzte, geht aus der Bestimmung hervor, daß der Allianz-Vertrag mit einem jeden von ihnen erst an dem Tage ratificirt werden sollte, da er sein Contingent völlig ausgerüstet aufgestellt hätte. Beim Landsturm eroberte sich die Central-Verwaltung, schwerlich zu Metternichs Freude, einen großen Einfluß; sie ernannte seine Führer, die „Bannerherren", und organisirte ihn, ohne Rücksicht auf die Landesgränzen zu nehmen, nach dem Laufe der Flüsse und dem Zuge der Gebirge[3]). Außer-

[1]) Es wurden zwei Commissionen eingesetzt; die eine, zur Feststellung der Natural- und Geld-Leistungen, leitete Metternich — die andre, zur Organisation des deutschen Vertheidigungs-Systemes, Schwarzenberg; Steins Selbstbiographie S. 189. Die Normirung der Contingente erfolgte in der Conferenz des 24. November; Beiheft z. Militair-Wochenblatt 1847 Beilage IX.

[2]) Auch Hannover, Oldenburg und Würzburg bekamen eine Sonderstellung, insofern sie nicht dem General-Commissar (Rühle v. Lilienstern) „zugegeben", d. h. doch wohl: nicht seiner Controlle unterworfen wurden; s. Anm. 1.

[3]) Steins Instruction für den Oberst-Lieutenant Rühle v. Lilienstern, in ihren Grundzügen von diesem entworfen; excerpirt i. Beiheft z. Militair-Wochenblatt 1847 S. 156. Außerdem Pertz 3, 524. 726. Die Verordnungen der einzelnen deutschen Staaten über den Landsturm in der Schrift von Rühle v. Lilienstern: Die deutsche Volksbewaffnung, Berlin 1815.

dem hatten die deutschen Staaten den verbündeten Heeren durch Natural-Lieferungen zu Hülfe zu kommen; sie sollten dafür Bezahlung erhalten, aber ihrerseits ein jährliches Brutto-Einkommen zu den Kriegskosten beisteuern: Stein hätte die Erhebung einer Vermögenssteuer vorgezogen. Die Ausführung dieser Bestimmungen hatte die Central-Verwaltung durch ihre Agenten[1]) zu überwachen. Dergestalt wuchs Steins Einfluß in dem mittelbaren Theile seines Reiches doch sehr ansehnlich. Endlich konnte man die Kranken und Verwundeten nicht der Willkür und dem Zufall der Kleinstaaterei preis geben; es wurden also in Deutschland, dies Mal nur Preußen und Österreich ausgenommen, sechs Lazareth-Directionen errichtet und diese der Central-Verwaltung unterstellt[2]).

So erhielt Stein Gelegenheit zu prüfen, ob in die deutschen Fürsten ein besserer Geist eingezogen sei. Viele von ihnen sah er persönlich im Hauptquartier zu Frankfurt, wohin sie gekommen waren, den verbündeten Monarchen ihre Aufwartung zu machen: sie gaben dem grimmigen Humor, den wir an ihm kennen, neue Nahrung, und mit Behagen ließ er sie Stunden lang bei sich antichambriren[3]). „Die Sündfluth von Prinzen und Souveränen", schrieb er dann nach Hause, „beginnt sich zu verlaufen". Mit Ausnahme des Königs von Würtemberg nannte er „diese Prinzlein" schwache Leute, die sehr erstaunt seien, „daß man so viel Umstände mit ihnen macht und ihnen ein viel ehrenvolleres Dasein zugesteht, als sie durch ihr erbärmliches Betragen verdienen". Erbärmlich sowohl gegenüber ihrer Nation wie gegenüber Napoleon: „Denn in dem Augenblick, wo die Hand, die das Steuerruder führte, erschlaffte, wurde das Schiffsvolk meuterisch und verließ den Seeräuber-Hauptmann, unter dessen Anführung man bisher nach Herzenslust geplündert, unterdrückt und sich

[1]) Aufgezählt bei (Eichhorn) Central-Verwaltung S. 49.

[2]) (Eichhorn) Central-Verwaltung S. 34. Hier (S. 96 ff.) auch die verschiedenen Regulative u. Protokolle, wiederholt bei G. F. Martens, Nouveau Recueil 1, 619 ff.; Plotho, Krieg i. Deutschland u. Frankreich 1813 u. 1814 (1817) 2, 114 ff.; F. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 7, 140 ff. Steins Selbstbiographie S. 189. Pertz 3, 460.

[3]) Jackson, Diaries 1809—1816 2, 377.

gebrüstet hatte". Aber als die Fürsten nun gewahrten, daß die Alliirten ihnen kein Haar krümmen wollten, begann das Gros theils lau theils widerspenstig zu werden: darüber stimmte Stein mit seinen Freunden überein. Auf eine Klage von Gneisenau erwiederte er: „Die Lauigkeit aller der kleinen Regierungen war zu erwarten; bei den meisten ist es Anhänglichkeit an ihre Souveränität, die aus Aufgeblasenheit, Genußliebe, Herrschsucht entsteht: diese Souveränität hat ihnen ja nichts zu erhalten gekostet als Niederträchtigkeit und das Blut der Unterthanen". Von den Regierungen der Kleinstaaten im Westen bemerkte er, sie würden fortdauernd gelähmt durch die Furcht vor der Rückkehr französischer Heere und durch den Einfluß der in ihren Stellen gebliebenen Deutschfranzosen[1]). Nicht anders urtheilte ein wackerer österreichischer Offizier, der als Beamter der Central-Verwaltung vollauf Gelegenheit gehabt hatte zu beobachten: „Beinahe alle souveräne Regierungen sind so wenig deutsch, der jetzigen Ereignisse so wenig froh, daß sie im Herzen das Vergangene zurückwünschen". Noch als die verbündeten Heere den neuen Feldzug wider Napoleon begonnen hatten, mußte eine strenge Verfügung ergehen, welche feststellte, daß die Rüstungen der deutschen Fürsten bis jetzt den gerechten Erwartungen der alliirten Mächte wenig entsprächen[2]). Besonders widerwärtig war diesen Fürsten, wie freilich zuvor auch den preußischen Reactionären, der Landsturm. „Die allgemeine Bewaffnung", schrieb jener Offizier Anfang 1814, „geht ihren langsamen Gang, und wenngleich willig vom Volke, doch von oben herab mit einem so schlaffen oder vielmehr sträubendem Sinne angenommen, daß der alte Geist, welcher seit Jahrhunderten das zerstückte Deutschland von allem Großen zurückhielt, nicht gebessert durch Vergangene, sondern verschlimmert erscheint. Die Regierungen fühlen,

[1]) Stein à Mme de Stein, Francfort 27. novembre; übersetzt b. Pertz 3, 485. Stein an Graf Ernst Hardenberg, Frankfurt 21. November; Bailleu i. d. Histor. Zeitschr. (1881) N. F. 10, 191 f. Stein an Gneisenau, Freiburg 29. December; Pertz 3, 490. Stein an Stadion, Freiburg 25. December 1813; Gebhardt i. d. Histor. Zeitschr. (1898) N. F. 44, 260.

[2]) Hardenberg an Oberst-Lieutenant Rühle v. Lilienstern, Basel 23. Januar 1814; Beiheft z. Militair-Wochenblatt 1847 S. 157.

daß diese Bewaffnung, wenn sie von einem Mittelpunkt über ganz Deutschland ausgehe, den, welcher diesen Mittelpunkt handhabe, zu ihrem Oberherrn mache"[1]).

Über Einzelheiten unterrichtet die classische Schilderung aus der Feder eines der Edelsten unter den damaligen Mitarbeitern Steins, des Kammergerichtsraths Eichhorn[2]). Ein Bewunderer Steins, hatte er 1808 das Vermögen des Geächteten zu retten gesucht, als Freund von Gneisenau den Feldzug von 1813 im Hauptquartier der Schlesischen Armee mitgemacht, jetzt war er Steins Cabinets-Secretär[3]). Dermaleinst sollte er sich ein noch größeres Verdienst um das Vaterland erwerben durch die Grundlegung des Zollvereins: auch sie ein Werk, wo es galt, den Dünkel von Kleinfürsten zu überwinden. Nur einige wenige hat dieser Kritiker in seiner Schrift vorbehaltlos gelobt: die Herzöge von Mecklenburg — nehmen wir zur Ehre des Schweriner an, daß er seit dem Frühjahr in sich gegangen war[4]) —, den Herzog von Dessau, den Prinzen von Oranien, die Fürsten von Schwarzburg und Lippe-Bückeburg, die meisten der Ernestiner; den Herzögen von Nassau gestand er zu, daß sie sich klug benommen[5]). Die anderen forderten seinen Tadel mehr oder weniger heraus, und zwar konnte er keinen Unterschied finden zwischen denen, die dem Rheinbunde angehört hatten, und denen, die durch Napoleon verdrängt waren. Die hannoverische und die oldenburgische Regierung, meinte er, hätten sich so benommen, daß man fast glauben mußte, jene rechne sich die Verdienste zu, die sich England um die gute Sache erworben, und diese habe die Siege Rußlands mit erfochten: „Keine Regierung leistete weniger für die Bundessache als Hannover; nicht ein oldenburgischer Soldat ist marschirt". Die braunschweigische Regierung — es möge erlaubt sein, in der charakteristischen Sprache des Kri-

[1]) Hauptmann Meyern an Feldmarschall-Lieutenant Radetzky, Frankfurt 8. Februar; Pertz 3, 520 ff. Vgl. Münster an Stein, Chaumont 13. März 1814; Pertz 3, 725 f.

[2]) Die Central-Verwaltung der Verbündeten unter dem Freiherrn v. Stein Deutschland 1814.

[3]) Pertz, Stein 2, 323. 339; 3, 450. Pertz, Gneisenau 3, 95. 151.

[4]) S. 289. [5]) Vgl. Pertz 3, 522.

tikers fortzufahren — „zeigte die Wandelbarkeit eigensinniger und launenhafter Willkür". Der Kurfürst von Hessen „übte eine Gerechtigkeit des Unverstandes und der Rohheit, die in sehr vielen Gemüthern seiner Unterthanen einen Unwillen erregte, welcher bis zur Verzweiflung steigend die schlimme Zeit der vorigen Regierung zurückwünschte"[1]). Die Darmstädter Regierung „war, wohl meist aus Furcht vor einer Rückkehr Napoleons, besonders zögernd und langsam". Überraschend streng ist das Urtheil, das Eichhorn über die badische Regierung verzeichnet: von allen rheinbündischen Regierungen werde sie „wegen der Willkür, womit sie alles Recht behandelt, wegen ihrer Plusmacherei und Verschwendung und wegen ihrer Unstetigkeit und Wandelbarkeit in den wichtigsten Einrichtungen am meisten getadelt". Selbstverständlich dagegen ist das Verdammungsurtheil über Friedrich von Würtemberg. Stein, der ihn in Frankfurt sah, nannte ihn den Lächerlichsten und zugleich Abscheulichsten von den Fürsten, die dorthin kamen: „scheußlich durch seine Gestalt, seinen Stolz, seine Feigheit, sein wüstes Leben — es ist unmöglich, daß dieser Mensch nicht ein solchen Charakters würdiges Ende habe". Sehr glaublich die Überlieferung, daß er nach der Leipziger Schlacht bei den verbündeten Monarchen auf seine Absetzung gedrungen hat[2]). Das Mißtrauen des Tyrannen gegen das eigene Volk ging so weit, daß die von ihm angeordnete Landesbewaffnung (um wieder Eichhorns Worte zu wiederholen) eine allgemeine Landesentwaffnung war: denn sie nahm den Unterthanen alle Feuergewehre[3]). Was endlich Baiern betraf, so klagte Eichhorn (und, wie wir annehmen dürfen, Stein mit ihm) bitter über die Anmaßungen seiner Truppenführer, Beamten und diplomatischen Spione, die an Unruhe, gemeiner List, Dünkel und Frechheit mit einander gewetteifert hätten[4]). Das Ruch-

[1]) Hardenbergs Tagebuch 28. November 1813: „Der Kurfürst von Hessen wollte nach Hanau gehen. Stein verhindert es". Näheres hierüber war nicht zu ermitteln. [2]) Pertz 3, 590. Vgl. Lebensbilder 2, 171.

[3]) Hauptmann Meyern (s. S. 334) nennt diese würtembergische Verordnung einen „wahren Hohn gegen geschlossene Verträge und das Ansehen der Verbündeten". Vgl. Rühle v. Lilienstern, Deutsche Volksbewaffnung S. 270.

[4]) (Eichhorn) Central-Verwaltung S. 50 ff.

loseste war die Gleichgültigkeit, welche Baiern und Würtemberg in würdigem Vereine den armen Verwundeten und Kranken bekundeten, sobald sie nicht innerhalb der blau-weißen oder der schwarz-rothen Gränzpfähle zur Welt gekommen waren; Friedrich I. verstieg sich zu dem Bescheide, daß fremde Kranke in die königlich würtembergischen Staaten durchaus nicht aufgenommen würden[1]). Diese Fürsten und ihre Handlanger schienen in die Barbarei des Heidenthums zurückfallen zu wollen. Man versteht, daß Stein gegen die „Despoten" zu sichern suchte, was es an reichsstädtischer Unabhängigkeit gab. Sechs Communen dieser Art hatte der Reichs-Deputations-Hauptschluß übrig gelassen. Von diesen waren zwei, Augsburg und Nürnberg, an Baiern gefallen, also nach dem Vertrage von Ried für Stein nicht erreichbar. Der Hansestädte dagegen, die von Schweden, vielleicht auch von Hannover begehrt wurden, konnte er sich nachdrücklich annehmen[2]), und Frankfurt am Main, das Österreich am liebsten den Baiern zugewandt hätte, dankte seine neue Unabhängigkeit wohl wesentlich ihm[3]).

Wenden wir uns nun zu den kriegerischen Läuften des Jahres 1813 zurück, so glückte es der Central-Verwaltung, die Hindernisse, die ihr die Fürsten in den Weg legten, großentheils zu überwinden und wenn auch nicht das Allergrößte, so doch etwas sehr Achtbares zu Stande zu bringen. Es wirkten da zusammen die durch die Ereignisse der letzten Monate beständig gewachsene Autorität von Stein und die Hingebung seiner Mitarbeiter. Aus seiner nächsten Umgebung ist außer Eichhorn zu nennen zunächst Geheimrath Friese, uns aus der preußischen Reformzeit wohlbekannt. Österreich war, nachdem Gentz Steins Anerbieten abgelehnt hatte, durch den Hofrath Graf Spiegel vertreten. Als russische Deputirte erschienen: der

---

[1]) Dorow, Erlebtes 1, 64. 91.

[2]) Unterredung mit den hansischen Deputirten am 9. December 1813; Fr. Perthes Leben (1872) 1, 261 f.

[3]) Am 8. December 1813 ungünstige Äußerung von Kaiser Franz; am 14. Verordnung des General-Gouverneurs, welche die Stadt vom Großherzogthum Frankfurt trennte. Kriegk, Geschichte v. Frankfurt a. Main (1871) S. 548. 550. Vgl. Pertz 4, 348 u. (Eichhorn) Central-Verwaltung S. 83 f.

Basler Andreas Merian, wie sein Vater, der Bürgermeister und Landammann, ein Widersacher der Franzosen und ihrer Revolution, der erst in den Dienst des österreichischen Kaisers und, als auch dieser sich beugte, in den des Zaren trat; ferner der junge russische Collegien-Assessor Nicolai Turgenieff, den Stein alsbald lieb gewann wegen seines Wissensdranges, seiner Lauterkeit und Treue und auf den Stein hinwiederum einen unauslöschlichen Eindruck machte: er wird ihn sonderlich in seiner Neigung zum Bauernstande bestärkt haben, die ihn später dem Schaffott nahe brachte[1]). Die militärischen Angelegenheiten wurden vortrefflich besorgt von dem preußischen Oberst-Lieutenant Rühle v. Lilienstern, einem hochgebildeten Offizier, den Stein von den Königsberger Januar-Tagen her schätzte und der jetzt Gelegenheit fand, den ihm anhaftenden Verdacht allzu doctrinärer Gesinnung zu widerlegen[2]). Für ihn wurde, als Stein dem Hauptquartier folgte, eine besondere Behörde, das „General-Commissariat“[3]),

[1]) Friese: Theil 2, 296. 440. — Gentz: dessen Tagebücher (1861) unter dem 1. October 1813 (S. 276). — Merian: Lebensbilder 3, 318; Aus K. v. Nostiz' Leben (1848) S. 176 ff.; Ompteda Nachlaß 2, 12. — Turgenieff: Pertz, Stein 6, 1, 268; 6, 2, 707. Pertz, Stein und Turgenieff; Berlin im Mai 1875. In seinem Buche La Russie et les Russes (1847) 1, 300 s. über Stein: Sa tête était trop vaste pour ne penser qu'aux intérêts d'une seule caste; son âme trop grande, trop forte pour ne s'occuper que des destinées d'une fraction, alors qu'elle pouvait embrasser le tout. — On parle du Dôme de Cologne, ce monument à part, qui doit devenir le symbole mystique d'une unité non moins mystérieuse. Un monument érigé à Stein au nom de tout le peuple allemand ferait, à mon avis, beaucoup mieux comprendre qu'il s'est opéré un nouveau progrès, un progrès réel, dans l'esprit public de ce peuple. — Friese und Merian waren schon im Verwaltungs-Rath gewesen; Merian und Turgenieff erbat sich Stein vom Zaren am 25. September (vgl. S. 322). — Ursprünglich war Altenstein zu Steins Stellvertreter in Aussicht genommen; Ompteda, Nachlaß 3, 221.

[2]) [Gerwien] General-Lieutenant Rühle v. Lilienstern; Beiheft z. Militair-Wochenblatt 1847 S. 154 ff. Ermächtigung von Seiten des Zaren bei Pertz 3, 699. Rühle begleitete Stein auf seiner Reise von Leipzig nach Frankfurt. Am 10. December bezeichnete ihn Stein in einem Schreiben an Hardenberg als „noch auf einige Monate unentbehrlich“. Vgl. oben S. 228.

[3]) Rühle selbst nannte sich, z. B. auf dem Titel seines oben S. 327 citirten Buches: „General-Kommissair der deutschen Bewaffnungs-Angelegenheiten“. — Eine zweite neu geschaffene Behörde war die „General-Intendan-

abgezweigt, das seinen Sitz in Frankfurt aufschlug und von seinem Haupt gar seltsam zusammengesetzt wurde. Solche Beamte dürfte die Geschichte der Bureaukratie weder früher noch später aufzuweisen haben; da war jener österreichische Hauptmann Friedrich Wilhelm Meyern, der Verfasser der uns bekannten freimüthigen Berichte, einer der Organisatoren der österreichischen Landwehr von 1809, in seinen Mußestunden Poet[1]); der Turnvater Jahn, der von den Lützowern her kam, der Radicalste der Radicalen[2]); der Romantiker Max v. Schenkendorf, der Dichter so vieler zarter und lieblicher, inniger und schwärmerischer Lieder. In verschiedenen Stellungen[3]) bewährte sich Graf Solms-Laubach, der als Gesandter deutscher Reichsstände in Paris ein feuriger Patriot geworden war und dem nun die als Mitglied des Reichshofsraths erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten zu Statten kamen. Dazu der Gouverneur von Sachsen, der russische Fürst Repnin, nach Steins Zeugniß gescheut, gutmüthig und von dem besten Willen beseelt, unterstützt von einer Anzahl deutsch gesinnter Sachsen[4]); im Gouvernement Berg Justus Gruner als russischer Staatsrath, glücklich dem österreichischen Gefängniß entronnen und nun mit verdoppeltem Eifer wider die wälsche Tyrannei mit den Mitteln kämpfend, die das Beamtenthum an die Hand giebt. So wurde denn das Verpflegungswesen,

---

tur", s. Beiheft z. Militair-Wochenblatt 1847 S. 155; eine dritte die „Central-Hospital-Verwaltung", s. (Eichhorn) Central-Verwaltung S. 126 u. Dorow, Erlebtes 1, 45.

[1]) Außer dem Artikel von Schönbach in der Allgemeinen Deutschen Biographie s. Varnhagen, Denkwürdigkeiten (1843) 4, 619 ff. 7, 9 ff.; Arndt, Wanderungen S. 213.

[2]) Karl Schöppach [= Jahn] Denknisse eines Deutschen (1835) S. 168 ff.

[3]) Stein (Selbstbiographie S. 189) nennt die allgemeine Leitung des Creditwesens, der Lazareth-Einrichtung (d. h. der „Central-Hospital-Verwaltung"), des Rhein-Octrois. Vgl. H. Baumgarten Im neuen Reich 1879 2, 550.

[4]) Nach einem Briefe Humboldts (von dessen Biographen, Gebhardt, benutzt, 2, 11) hätte Metternich das Gouvernement Sachsen den Russen zugeschanzt, um die Festsetzung der Preußen in diesem Lande zu verhindern. Vielleicht hängt damit die Vereitelung der Hoffnungen Schöns zusammen: Aus den Papieren Schöns 4, 358 f.

das so leicht in Raub oder Wucher ausartet, festen Ordnungen unterworfen[1]); die geforderten Leistungen und Zahlungen gingen ein; für die unglücklichen Kranken und Verwundeten wurde gesorgt, so weit nicht die Unmenschlichkeit des Particularismus es verhinderte; die verbündeten Heere erhielten eine ansehnliche Verstärkung[2]). Und in dem unmittelbaren Gebiete der Central-Verwaltung blieb Steins Wirksamkeit nicht hierbei stehen. In den rheinischen Landschaften, die den französischen Einfluß länger gespürt hatten als der Osten, wurde das gefährdete Deutschthum gestützt und gestärkt; für Kursachsen aber, dieses noch halb feudale Staatswesen, wurde das Regiment des russischen Magnaten, der hier die Geschäfte der Central-Verwaltung führte, an mehr als einer Stelle der Anbeginn einer neuen Zeit[3]). Im Fürstenthum Waldeck endlich rettete Stein durch persönliche Intervention den Fortbestand der ständischen Verfassung vor Staatsstreich-Gelüsten des „Souveräns"[4]).

In der Central-Verwaltung ging nun aber die Wirksamkeit Steins während des Herbstes 1813 und des folgenden Winters nicht auf; daneben gab es noch andere, wichtigere Aufgaben.

Zeitig ist die Vermuthung ausgesprochen, daß Metternichs Absicht gewesen sei, Stein durch die Einrichtung der Central-Verwaltung vom Hauptquartier fern zu halten, damit er selbst Zeit ge-

---

[1]) Gagern, Antheil an d. Politik 1, 47.

[2]) Stein in seinem Schlußbericht (Paris 4. Mai 1814; Pertz 4, 7) berechnet 165 384 Mann und „20 Millionen Gulden oder 50 Millionen Rubel in Creditpapier"; dazu noch „Lieferung einer beträchtlichen Masse von Heeresbedürfnissen und Einnahme beträchtlicher Geldsummen, deren Übersicht erst nach Abschluß der Rechnungen gemacht werden kann". — Rühles General-Rapport, Frankfurt 3. März 1814, i. Beiheft z. Militair-Wochenblatt 1847 Beilage IX. Gagern, Antheil a. d. Politik 4, 130. Pertz 4, 84. — Über die grandes négligences et défauts dans l'administration de Stein, von denen Hardenbergs Tagebuch 27. Januar 1814 redet (Fournier, Congreß v. Châtillon S. 361), vgl. oben S. 280.

[3]) (Eichhorn) Central-Verwaltung S. 72 f. Übersicht d. Verwaltung d. General-Gouvernements d. hohen verbündeten Mächte i. Königreiche Sachsen v. 21. October 1813 bis zum 8. November 1814 (Dresden o. J.) S. 5 ff. Flathe, Geschichte v. Sachsen 3, 241 ff.

[4]) (Eichhorn) Central-Verwaltung S. 48.

wönne, den Zaren weiter für seine Pläne zu gewinnen.[1]) Sicher ist, daß es dem österreichischen Staatskanzler glückte, in Steins Abwesenheit die Gunst der Verhältnisse zu einem ansehnlichen Erfolge auszunutzen.

Nach der gewaltigen Anspannung und Aufregung der letzten Monate hatte sich der meisten Gemüther eine Ermüdung bemächtigt, welche Friedenstendenzen die Bahn ebnen mußte. Das Ziel, das die Coalition sich gesetzt hatte, war ganz oder nahezu erreicht. Der Rheinbund war aufgelöst; Preußen ebenso wie Österreich im Besitz seiner alten Provinzen oder sicher, dafür ein ausreichendes Äquivalent zu erhalten; in Italien der Sturz der französischen Herrschaft durch die Siege der österreichischen Waffen und den Abfall in den eigenen Reihen entschieden; die Verjagung der Franzosen aus Holland unmittelbar bevorstehend. Von einer weiteren Schmälerung Frankreichs war in keinem der geschlossenen Verträge die Rede. Und hatte nicht sogar der unversöhnlichste Gegner Napoleons, der Zar, schon in jenem Kalischer Aufrufe versprochen, Frankreich „schön und stark" lassen zu wollen? Das eben war das Programm, wofür jetzt Metternich die Zustimmung der verbündeten Monarchen und ihrer Rathgeber[2]), soweit sie im Hauptquartier anwesend waren, gewann. Als Antwort auf ein Anerbieten, das Napoleon während der Leipziger Schlacht gemacht hatte, erging, übermittelt durch den in Weimar gefangen genommenen französischen Diplomaten St. Aignan, die Zu-

---

[1]) Kotschubey à Stein, Pétersburg $\frac{16.}{28.}$ novembre 1813 (Pertz 3, 696): On a prétendu que le c^te^ Metternich avait eu l'idée de vous éloigner par là du quartier général etc. Der von Nesselrode übermittelte, anders lautende Wunsch Metternichs (Pertz 3, 459) widerspricht nur scheinbar; denn in demselben Athemzuge forderte Nesselrode Stein auf, unterwegs „mit alle den Fürsten abzuschließen, welche sich auf Ihrem Wege finden" (vgl. S. 325). Das konnte doch sehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

[2]) Mit Recht hat Fournier (Congreß v. Châtillon [1900] S. 13) an Hardenbergs Tagebuch-Notiz v. 9. November („Friedens-Propositionen ohne mein Zuthun durch St. Aignan . . . tolles Zeug") Anstoß genommen. Sicher handelt es sich hier um einen der nachträglichen Zusätze, an denen auch sonst in dem Tagebuche kein Mangel ist. Vgl. oben S. 214. Über Nesselrode S. 203.

sage, in einen Congreß und in eine allgemeine Pacification zu willigen, bei welcher Frankreich seine „natürlichen" Grenzen (Rhein, Alpen und Pyrenäen) behalten sollte. Sehr geschickt beschwichtigte der österreichische Staatskanzler die Bedenken derer, welche gegen den Frieden waren, durch die Erklärung, daß der Krieg, gleich viel ob der französische Kaiser mit Ja oder mit Nein antworte, seinen Fortgang nehmen werde und daß es sich im Grunde nur darum handle, das französische Volk von Napoleon loszureißen. Wenn er gar versicherte zu glauben, daß aus Paris eine ablehnende Antwort kommen werde, so war dies die Wiederholung der Taktik, die er bereits im Sommer 1813 befolgt hatte.

Dies war die Lage, als Stein in Frankfurt erschien. Sein nunmehr wieder anhebender Einfluß auf die große Politik ist wohl mit der Wirksamkeit verglichen worden, die er 14 Monate vorher in Petersburg entfaltet hatte. Nicht ganz mit Recht: denn damals stand man dem siegreichen, jetzt dem besiegten Napoleon gegenüber; doch bleibt das Verdienst, das Stein sich erwarb, indem er den Zaren aus der Metternichschen Umgarnung zu befreien begann, groß genug.[1]) An der Sendung St. Aignans, die er natürlich gemißbilligt hat, war freilich nichts mehr zu ändern. Aber wieder kam der Kriegspartei im verbündeten Lager die Unnachgiebigkeit des Imperators zu Statten; anstatt rasch das Angebot anzunehmen, schob er es mit beleidigender Gleichgültigkeit bei Seite. Die Antwort, welche die verbündeten Mächte ertheilten, enthält das Frankfurter Manifest vom 1. December. Die Sprache, die hier geführt wurde, war nicht die von Stein. Er würde sicher nicht den Wunsch ausgesprochen haben, daß Frankreich groß, stark und glücklich sein möge; noch weniger würde er dem französischen Reiche eine Ausdehnung des Gebiets, „wie sie Frankreich nie unter seinen Königen hatte", verheißen haben; denn nur auf Kosten Deutschlands konnte sie gewährt werden. Deutlich trat hier zu Tage, daß auch der Zar keineswegs Steins Programm

[1]) In Steins Selbstbiographie (S. 189) tritt dies zurück. In der Übersicht, die Stein bei Gagern, Antheil an der Politik (4, 155) giebt, heißt es nur ganz allgemein: „Hierdurch hatte ich Einfluß in manche Angelegenheiten, z. B. beharrliche Fortsetzung des Krieges, Einsetzung der Bourbons u. s. w."

sich ganz angeeignet hatte. Andrerseits war das Schlimmste verhütet, das was Metternich gewollt hatte: das Manifest unterließ es, den Franzosen die Rhein-, Alpen- und Pyrenäen-Gränze in aller Form zu verbürgen. Und indem die Mächte erklärten, die Waffen nicht vor der Herstellung eines billigen Gleichgewichts und dem Abschlusse heiliger, den wahren Frieden sichernder Tractate niederlegen zu wollen, indem sie weiter eine Anklage gegen die Übergriffe Napoleons erhoben, sagten sie sich von den Friedenstendenzen, die sie dem Imperator gegenüber bekundet hatten, wieder los. Die Kriegspartei hatte das Übergewicht erlangt, und auch ohne urkundliches Zeugniß darf man annehmen, daß Stein zu dieser Wendung mit beigetragen hat.[1])

Freilich war damit die Sache noch nicht entschieden. Sofort zeigte sich, daß der neue Feldzug, zu dem die verbündeten Mächte sich anschickten, eben so sehr ein Werk der Diplomatie wie des Krieges sein würde. Das Manifest war kaum beschlossen, als eine Erklärung Napoleons einging, welche die durch St. Aignan überbrachten Vorschläge annahm. Die Clausel, die er hinzufügte: England müsse die Mittel liefern, um einen allgemeinen und für Alle ehrenvollen Frieden zu Stande zu bringen, ließ seinen Hintergedanken deutlich erkennen; er wollte der in Frankreich mächtig wachsenden Friedensstimmung ein Zugeständniß machen und zwischen seinen Gegnern Unfrieden säen. Aber selbst der Zar konnte, nachdem er einmal in die Mission St. Aignans gewilligt, sie nicht sofort wieder verleugnen. Also erhielt Caulaincourt, der neue, friedfertige Minister Napoleons, eine Antwort, die den Beginn der Friedensunterhandlungen in Aussicht stellte. Worauf Alexander bestand, war: die verbündeten Mächte müßten in der Unterhandlung eben so fest zusammenhalten wie im Kriege,

---

[1]) Fain, Manuscrit de 1814 (Paris 1823) p. 49 s.; ergänzt durch Bignon, Histoire de France (1847) 13, 24 s. Fast die einzigen (entfernt nicht ausreichenden) Details über den Ursprung des Frankfurter Manifests bieten die von W. Oncken im Historischen Taschenbuch (VI 2 [1883] S. 37 ff.) excerpirten und übersetzten Berichte des englischen Gesandten Aberdeen. Sicher hat Alexander, wie früher beim Kalischer Aufruf (oben S. 268), mitgearbeitet. Über das nach London am 6. December ergangene russische Anerbieten (enthaltend die „natürlichen Gränzen") s. unten S. 343. Vgl. Fournier, Congreß v. Châtillon S. 23 ff.

den französischen Bevollmächtigten dürften nur gemeinsam formulirte Beschlüsse vorgelegt werden.[1])

In dieser Haltung erkennen wir eben so sehr die persönliche Zusprache Steins wie die Wirkung wichtiger inzwischen eingetretener Ereignisse. Die Nordarmee der Verbündeten hatte sich getheilt. Während Bernadotte sich gegen die Dänen wandte, um durch einen leichten Feldzug die ihm so oft versprochene Frucht seines Abfalls von Napoleon, das Königreich Norwegen, einzuheimsen, zog General Bülow westwärts nach Holland und bereitete hier, einigermaßen unterstützt durch eine populare Erhebung zu Gunsten des Hauses Oranien, der französischen Herrschaft ein rasches Ende. Am 30. November stürmten seine Ostpreußen und Pommern Arnheim, am 2. December wurde der Prinz von Oranien, auf den Stein 1809 gezählt hatte, von den Holländern, den Orangisten sowohl wie den Patrioten, zum König ausgerufen. Es war nur eine Frage weniger Wochen, so war auch Belgien gewonnen, und dann hatte Frankreich nicht mehr seine „natürlichen" Gränzen.

Nun fehlte es zwar im verbündeten Hauptquartier nicht an solchen, die gegen jede Erweiterung des Kriegsschauplatzes waren und am Rhein stehen bleiben wollten, und wieder war Friedrich Wilhelm III. der Kleinmüthigste.[2]) Aber er drang nicht durch; sogar die Österreicher waren dafür, daß neben der Unterhandlung der Krieg seinen Fortgang nehme und die Waffen nach Frankreich hinein getragen würden. Die militärische Lage war für die Verbündeten die denkbar günstigste. Sie hatten von vorn herein eine erdrückende Übermacht, da ihnen die Streitkräfte des westlichen und südlichen Deutschlands zugewachsen waren und Napoleon nicht wagen durfte, an die nationalen Leidenschaften Frankreichs zu appelliren. In kurzer Zeit konnte der neue Feldzug beendet sein. Da aber traten die politischen Gegensätze im verbündeten Lager zu Tage, die erst durch das Übergewicht Frankreichs, dann durch die Abspannung des Moments und das Geschick Metternichs verdeckt waren. Stein hat in einer kurzen, während des

[1]) Fain a. a. O. Hardenbergs Tagebuch 11. December 1813; Fournier, Congreß v. Châtillon S. 360.

[2]) Hardenbergs Tagebuch 12. December 1813; Fournier S. 360.

Feldzuges gemachten Notiz vortrefflich die Lage gekennzeichnet: „Die Eifersucht Österreichs gegen Rußland, zurückgehalten durch die Furcht vor Napoleon, steigt, sowie diese abnimmt."[1] Der österreichische Staatskanzler fürchtete die orientalischen und augenblicklich noch mehr die polnischen Pläne des Zaren, die den Besitz Galiziens zu bedrohen schienen, und von einer auf Frankreichs Kosten im Elsaß zu bewirkenden Entschädigung Österreichs wollte er so wenig etwas wissen wie von der Rücknahme der ehemals seinem Staate gehörenden niederländischen Provinzen. Frankreich sollte so mächtig bleiben, daß es Rußland ein Gegengewicht halten konnte, immerhin auch unter Napoleon, falls dieser so verständig war, sich mit einem stark geschmälerten Gebiete zu begnügen. Die deutschen Patrioten dagegen, Stein und das Hauptquartier der Schlesischen Armee, mit denen es natürlich auch jetzt Pozzo di Borgo hielt, sahen endlich das Ziel, das sie schon immer als äußerste Perspective festgehalten hatten, in greifbare Nähe gerückt: den Sturz Napoleons. Durchaus alle andren politischen Probleme traten ihnen hinter dieses zurück. Doch wußten sie gar wohl, daß bei fortwährender Herrschaft Napoleons auch ihr territorialer Wunsch, die Zurückgewinnung des linken Rheinufers, unerfüllbar war; eben damals wurde er von ihrem Herold, Ernst Moritz Arndt, wieder formulirt, in der Schrift: „Der Rhein Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Gränze." Mit den politischen Differenzen vereinigten sich abermals die militärischen. Diejenigen, welche von keiner Verhandlung mit Napoleon wissen wollten, waren im Sinne ihres Todfeindes, bei dem sie doch in die Lehre gegangen waren, für den directen Marsch auf die feindliche Hauptstadt. Die Strategen der alten Schule, im österreichischen Lager und in der Umgebung des preußischen Königs, fürchteten den Festungsgürtel, mit dem einst Vauban sein Frankreich im Norden und Osten bewehrt hatte, und suchten ihn südwärts zu umgehen. Das führte in die Schweiz, und eben dorthin strebten die Österreicher auch aus politischen Beweggründen. Überall geneigt, die Mächte des Beharrens zu stützen, und überdies von dem Wunsche

[1]) Aufzeichnung Steins, Chaumont $\frac{\text{26. Februar}}{\text{10. März}}$ 1814.

erfüllt, durch Beeinflussung der Eidgenossenschaft die in Italien ersehnte Stellung zu sichern, wollte Metternich die von Napoleon geschaffene Mediations-Verfassung ebenso wie die unter der Einwirkung der Revolution entstandenen Demokratien beseitigen. Umgekehrt wollte Alexander, im Sinne seines Lehrers Laharpe, der Schweiz die modernen Errungenschaften erhalten wissen; am liebsten hätte er es gesehen, wenn die Verbündeten die von der Tagsatzung proclamirte Neutralität respectirt und den Einmarsch ganz unterlassen hätten. Aber er zog gegenüber Metternich den Kürzeren. Von vorn herein hatte er, in der Periode der Nachgiebigkeit gegen Metternich, seine Position dadurch erschwert, daß er Rußland an der Sendung Theil nehmen ließ, die dazu bestimmt war, die Schweiz ins verbündete Lager herüberzuziehen; als er nun in plötzlicher Schwenkung auf Anerkennung der Neutralität drang, erregte dies im Hauptquartier nicht mit Unrecht einiges Befremden. Dazu kam, daß die höchste Behörde der Eidgenossenschaft selber die Neutralität gegenüber Frankreich sehr mangelhaft, im Grunde gar nicht aufrecht erhielt, während andrerseits die Anhänger des alten revolutionären Zustandes sich mächtig regten. Die Entscheidung aber wurde durch einen Streich Metternichs bewirkt, den man milde beurtheilt, wenn man ihn ein Doppelspiel nennt. Er versprach sowohl dem Zaren wie der ins verbündete Hauptquartier deputirten schweizerischen Gesandtschaft (dieser sogar unter Verpfändung des Ehrenworts), daß die Neutralität nicht verletzt werden solle; gleichzeitig aber bereitete er alles zum Einmarsche vor. Einen Besuch am Karlsruher Hofe, der den Zaren ein paar Tage vom Hauptquartier in Freiburg fern hielt, benutzte er, um die letzten Hindernisse zu beseitigen. Endlich am 20. December ließ er mit dem größten Cynismus die Maske fallen; Tags darauf rückten die Österreicher in die Schweiz ein[1]).

[1]) Wyß, Leben d. beiden Wyß (1886) 2, 14 ff. Klinkowström, Österreichs Theilnahme a. d. Befreiungskriegen (1887) S. 775 ff. Schweizer, Gesch. d. schweizerischen Neutralität (1895) S. 538 ff. Oechsli, d. Verbündeten u. d. schweizerische Neutralität 1813 (1898) S. 17 ff. Fournier, Congreß v. Châtillon S. 36 ff. 268 ff.

Stein war nicht völlig gleicher Meinung mit dem Zaren gewesen. In Frankfurt hatte er den Schweizern rund heraus gesagt, daß, wenn es von ihm abhinge, er mit ihrer Neutralität nicht viel Federlesens machen werde[1]). Mitte December folgte er dem Zaren südwärts, seine Zeit theilend zwischen den Sorgen der Politik und der Freude an der Natur, deren Schönheit selbst in diesen Wintertagen ein empfängliches Herz mit Freude erfüllte; der baldigen Besiegung Napoleons gewiß, faßte er den Plan, schon das nächste Jahr mit den Seinigen in die Schweiz zu reisen[2]). In Karlsruhe, wo er bei Hofe eingeführt wurde, erfreute er sich an der edlen Einfachheit und Güte, mit welcher der Zar seine dort versammelten Verwandten, die Markgräfin und den Großherzog von Baden, die Königinnen von Schweden und Baiern, behandelte. Wie anders waren die Eindrücke in Freiburg[3]), wo er etwas vor Alexander ankam und alsbald das Metternichsche Lügenwerk gewahr wurde. Er brauchte die schärfsten Worte gegen seinen Urheber; was sollte aus der Eintracht der Verbündeten werden, wenn einer den andren betrog? Doch war

[1]) Nach dem „Tagebuch des schweizerischen Abgesandten Hirzel bei seiner Sendung in das Hauptquartier der Alliirten" (Hilty, polit. Jahrbuch d. schweizerischen Eidgenossenschaft 1897 S. 200) erklärte Stein (7. December 1813) als sein Glaubensbekenntniß: „ohne im mindesten darüber nachzudenken, ob er darüber zu Grund gehe, müsse jeder seine Kräfte aufs äußerste anstrengen, den gemeinschaftlichen Feind zu bekämpfen; und über die Neutralität: er kenne diese schlaue Politik schon lange und wisse nicht, warum wir uns so viel Mühe geben, ihn zu ädificiren. Wenn es von ihm abhinge, so würde es ganz anders gehen, als es itzt der Fall sein werde". So billigte Stein auch (Schreiben an seine Frau, Freiburg 21. December 1813) die Proclamationen, welche die Österreicher bei ihrem Einmarsche in die Schweiz erließen.

[2]) Stein à Mme de Stein, Fribourg 21. décembre 1813: quoique je craigne que pour les *Berg-Reisen* je ne vous serais point d'un bien grand secours; en tout cas *ich werde das Erreichbare geniessen und mit Theilnahme die Erzählungen des jüngeren Theils der Reise-Gesellschaft anhören.* Am 12. schrieb Stein aus Frankfurt, seine Abreise nach Karlsruhe sei auf den 14. festgesetzt; er verließ Karlsruhe am 19. und traf am Abend des 20. in Freiburg ein.

[3]) „Die Gegend ist himmlisch", schrieb er am 31. December 1813 seiner Frau. Am 4. Januar 1814 pries er la belle cathédrale de cette ville, monument superbe *des Kunstgeistes und der Frömmigkeit der Vorfahren.*

er nicht gerade überrascht; im Grunde hatte er den österreichischen Staatskanzler seit 1812 nicht anders beurtheilt, als er sich jetzt gab. Der Zar dagegen durchschaute ihn erst jetzt, und deshalb war der Eindruck, den die schweizer Vorgänge auf ihn machten, viel tiefer: war er in den letzten Wochen Stein bereits entgegengekommen, so trat er jetzt in sein Lager über. Nicht lange nach diesen Ereignissen sprach er es unumwunden aus, daß Napoleon entthront werden müsse, und wenn er noch nach dem Frankfurter Manifeste ein Friedensprogramm aufgestellt hatte, das Frankreich die „natürlichen Gränzen" zubilligen wollte, so kam er nun nicht wieder auf solche für Deutschland bedrohliche Pläne zurück[1]).

Konnte Stein mit diesem Ergebnisse wohl zufrieden sein, so wuchsen seine Sorgen auf einem andren Gebiete. Seit jenem Project, das er Ende August dem preußischen Staatskanzler übergeben hatte, waren die Aussichten auf eine gute deutsche Verfassung tiefer und tiefer gesunken: wesentlich durch Metternichs Schuld, aber auch nicht ohne eine Mitverantwortung des Zaren. Noch ein Mal haben wir des Vertrages von Ried zu gedenken. Die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten waren, eine Nachwirkung des Kalischer Programms, Österreich überlassen. Die preußischen Diplomaten, Hardenberg und Humboldt, hegten zeitig einiges Mißtrauen gegen Metternichs deutsche Pläne; sie suchten also in den Tractat mit Baiern, der zuerst zur Verhandlung kam, eine Clausel zu bringen, die einigen Raum ließ für den Neubau der deutschen Verfassung. Aber Metternich zeigte geringes Entgegenkommen, und der Zar, der damals auf den öster-

[1]) Instructionen für den russischen Gesandten Grafen Lieven in London und den nach London geschickten General-Major Pozzo di Borgo, [Frankfurt] 24. November/6. December 1813; excerpirt v. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 11, 198: Les Pyrénées, les Alpes et le Rhin devaient constituer à l'avenir les limites de la France. Stein à Alexandre I., Fribourg 30. décembre 1813 (vgl. unten S. 351). Alexandre I. à Laharpe, Fribourg 22. décembre 1813/3. janvier 1814; Sbornik (1870) 5, 42 s. und Le Gouverneur d'un prince, Laharpe et Alexandre I. p. 159 s. Metternich à Schwarzenberg, Bâle 16. janvier 1814; Klinkowström, Österreichs Theilnahme S. 797 f. (vgl. Roloff, Politik u. Kriegführung 1814 [1891] S. 32.) Steins Selbstbiographie S. 190 ff.

reichischen Staatskanzler hörte, lehnte ganz ab[1]). So wurde dem Könige von Baiern die Souveränität und damit ein Veto gegen alle deutschen Reformpläne zugestanden. Fast eben so schlimm stand es, wie wir sahen, mit der Abkunft, die der König von Würtemberg davontrug; etwas besser mit den Verträgen, die den übrigen deutschen Fürsten auferlegt wurden. Doch bemerkte Stein auch von der hier formulirten Clausel: sie sei sehr unbestimmt und schwankend[2]).

Indem Stein dergestalt seine alten Ideale bedroht sah, wurde ihm die Genugthuung zu Theil, sich über sie mit einem der feinsten Geister Deutschlands unterreden zu dürfen, mit Wilhelm v. Humboldt, der das ihm schon von Stein zugedachte Cultus- und Unterrichts-Departement unter dem Ministerium Dohna-Altenstein mit hohen Ehren verwaltet hatte, dann Gesandter in Wien geworden war und seit dem Sommer im Hauptquartier weilte. Eines der merkwürdigsten Freundschaftsverhältnisse, das hier gestiftet wurde. Es ist zu viel gesagt, wenn Gneisenau Humboldt unmoralisch, muthlos und gemüthlos nennt. Aber unzweifelhaft hegte er über geschlechtliche Dinge eben so freie, wie Stein strenge Ansichten. Niemals zeigte er Gefahren gegenüber die halb herausfordernde halb verächtliche Haltung wie Stein. Seine Stärke war die Gabe dialektischer Zergliederung, die Stein abging; umgekehrt fehlte ihm, wodurch Stein seine Erfolge erzwang und seine Niederlagen sich zuzog: die Leidenschaft. „Er ist", urtheilte jemand, der ihn sehr gut kannte, „unfähig der Liebe und des Hasses". Ganz kühl stand er der Religion gegenüber, die, wir wissen wie sehr, in Steins Persönlichkeit dominirte. Er behandelte die Menschen, wie der Künstler den Marmor: als Stoff für die Schöpfungen seines Genius, dessen Object auch der Staat sein sollte; darum fand er so selten das Vertrauen derer, mit welchen er zusammenwirken sollte. Daß er das von Stein gewann, bleibt schwer verständlich auch dann, wenn man annimmt, daß einige seiner Eigenschaften dem Freunde nicht ins Bewußtsein getreten sind; es giebt eben auf

[1]) W. v. Humboldt an Stein, Teplitz 4. October 1813; Ompteda, Politischer Nachlaß 3, 222. Vgl. Gebhardt, W. v. Humboldt 2, 7.

[2]) Vgl. S. 324. Steins Selbstbiographie S. 189.

dem Gebiete der persönlichen Neigungen und Abneigungen Räthsel, die der Historiker ebenso, wie das Mysterium der Persönlichkeit überhaupt, hinzunehmen hat. Er muß sich begnügen, die objectiven Bedingungen aufzudecken, unter denen sie wirkt. Humboldt war geboren und groß geworden im Stammlande der brandenburgisch-preußischen Monarchie, kaum berührt vom deutschen Reiche und seinen Institutionen, aber auch dem Polizeistaate, wie ihn die Heimath ausgebildet hatte, bald so gründlich entfremdet, daß er im Staate überhaupt fast nur noch einen Feind der individuellen Entwickelung sah, die ihm, dem Haupte des Neuhumanismus, als höchstes erstrebenswerthes Ziel vorschwebte. Nichts lag ihm ferner als der Gedanke, der für Stein Schiboleth der inneren Politik war, daß der Staat ein Erziehungs-Institut sei. Was die beiden einander näher brachte, war zunächst das gemeinsame Interesse für die höchsten Bildungsfragen. Dann aber schufen die erschütternden Ereignisse, deren Zeuge, Theilnehmer und Opfer das Vaterland wurde, fernere Berührungspunkte. Stein gewahrte, daß der an den Rand des Abgrundes gebrachte preußische Staat nur durch die Entfesselung der individuellen Kräfte gerettet werden könne, und Humboldt umgekehrt begriff, daß das Individuum sich nur ausleben könne im Staate, der seinerseits auf der Basis der Nationalität aufzurichten sei. Zwar wurden auch auf dem Gebiete der Politik nicht alle Differenzen überwunden. Preußen blieb Humboldt vertrauter als Deutschland; die Gedanken der Nationalität und der Selbstverwaltung erfaßte er entfernt nicht mit der Energie wie Stein. Aber vielleicht gerade deshalb wünschte Humboldt — klar wie er war auch über die Gränzen der eigenen Begabung — Stein in seiner Nähe zu haben[1]). Wirklich sind die beiden Wochen lang zuerst in Frankfurt, dann in Freiburg zusammen gewesen und haben auch über die künftige deutsche Verfassung berathen.

Die Früchte dieser Besprechungen liegen vor in einem Document aus der Feder Humboldts, das von Stein kritisirt wurde, und in

[1]) S. 305 f. Humboldt à la princesse Louise Radziwill, 10. octobre 1813 (Pertz 3, 686 f.): Je me flatte que Stein restera désormais avec nous, pour qui j'ai infiniment d'estime et d'affection. Vgl. S. 44.

zwei neuen Aufzeichnungen Steins[1]). Sie zeigen, wie schwer sich Stein von seinen Ideen trennte, und das ist nach den Erfahrungen, die er als Haupt der Central-Verwaltung gemacht hatte und noch täglich machte, begreiflich genug: welchen Mangel an Patriotismus bekundeten die meisten Fürsten, und welche Übergriffe erlaubten sie sich, durch keinen Kaiser über und keine Stände neben sich im Zaume gehalten, gegen ihre Unterthanen, namentlich gegen die ehemals Reichsunmittelbaren[2]). So hielt denn Stein zunächst noch fest an dem erblichen Kaiserthum des Hauses Österreich; es figurirt in dem Schreiben, das er am 25. December an Graf Stadion richtete: dieser war ihm der gute Genius von Österreich, im Gegensatze zu der Frivolität, Dünkelhaftigkeit und Verlogenheit von Metternich. Wenn nun aber die österreichischen Machthaber insgesammt von der deutschen Kaiserkrone nichts wissen wollten? Lassen wir dahin gestellt, ob es nicht Stein möglich gewesen wäre, über diesen Punkt sich rechtzeitig Gewißheit zu verschaffen; genug, in den letzten Tagen des alten, den ersten des neuen Jahres erhielt er Nachrichten[3]), die ihn zu der Bemerkung veranlaßten: „Das Wiener Cabinet soll abgeneigt sein, seinem Souverän zu der Wiederannahme der deutschen Kaiserkrone zu rathen."

Wenn nun dies Zugeständniß an die unbarmherzige Realität der Dinge unumgänglich war, so sanken noch andre Stücke von Steins August-Denkschrift dahin. Kam das Kaiserthum nicht zu Stande, trat an die Stelle des Reiches ein „Bund", ein „Staatenverein", so brauchte dem preußischen Staate nicht mehr jene anfechtbare Position zugleich inner-

[1]) W. v. Humboldt an [Stein], „Frankfurt i. December 1813"; Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 103 ff. u. W. v. Humboldts Gesammelte Schriften, herausg. v. d. preußischen Akademie (1903) 11, 95 ff. Steins Kritik, Freiburg 3. Januar 1814; Gebhardt i. d. Histor. Zeitschr. (1898) N. F. 44, 263 ff. Aufzeichnung Steins, Frankfurt 21. November 1813; Bailleu i. d. Hist. Zeitschr. (1881) N. F. 10, 191 f. Stein an Stadion, Freiburg 25. December 1813; Gebhardt a. a. O. S. 259 ff.

[2]) Vgl. Gebhardt, W. v. Humboldt 2, 115 ff.

[3]) Vielleicht durch die Vermittelung von Lord Aberdeen, mit dem sich Metternich über die deutsche Frage unterhalten hatte. Oncken i. Historischen Taschenbuch VI (1892) 2, 4 ff.

und außerhalb Deutschlands angewiesen zu werden, und Stein konnte auf die Ideen Humboldts eingehen, der, besser bekannt mit den Tendenzen der österreichischen Politik und frei von allen reichsritterlichen Neigungen, von vorn herein die Undurchführbarkeit des österreichischen Erbkaiserthums erkannt hatte. Dieses hatte Humboldt ersetzt durch die feste, unauflösliche Übereinstimmung Österreichs und Preußens; ihnen sollte die Führung des deutschen Bundes zufallen, sie allein sollten das Recht haben, Krieg zu führen und Frieden zu schließen. Dem pflichtete nun Stein — es war am 3. Januar 1814 — bei, sicher ohne Widerstreben: denn wie oft hatte er seit 1792 auf Herstellung dieser Eintracht gedrungen. An Stelle des Kaisers dachte er sich einen fortdauernden „Bundesausschuß" oder ein „Comité", ein „Directorium", wie er diese Executive alsbald selber bezeichnete; daneben den periodisch zusammentretenden Reichstag, nunmehr Bundestag genannt. Die Competenz dieser centralen Gewalten sollte sich erstrecken auf Zölle[1]), Posten, Münze, Festungen und gewisse allgemeine Maßregeln der Sicherheits-Polizei: ungefähr so wie schon in der August-Denkschrift formulirt war; doch erscheinen Post und Sicherheits-Polizei jetzt neu hinzugefügt. Das wären, da Österreich und Preußen überdies die Aufsicht über die Truppen der andren Staaten haben sollten, noch recht ansehnliche Befugnisse gewesen; aber in den Augen Steins reichten sie nicht aus, um der Central-Gewalt diejenige Autorität zu geben, die er im Interesse jedes einzelnen Deutschen für erforderlich hielt. Er wußte gar wohl, daß so fest eingewurzelte Institutionen wie Kaiser und Reich viel wirksamer als die Organe eines neu geschaffenen Bundes das im Zaume gehalten hätten, was er Sultanism der Fürsten nannte. Es ist kein Zufall, daß seine Denkschriften, je mehr sie auf eine starke Central-Gewalt verzichten

[1]) Stein in seiner Unterredung mit den hansischen Deputirten am 9. December 1813 (Fr. Perthes Leben [1872] 1, 262): „Ausführlich ließ sich sodann Stein auf die Bedenken ein, welche Perthes gegen den Elsflether Zoll erhob. Zölle, sagte er, seien keine Beschränkung des Handels, auch England habe sie; aber freilich nur für eine einzelne Gegend dürfe ein Zoll nicht bestehen, sondern eine einzige große Zolllinie für das ganze Reich müsse von Holland bis Rußland errichtet werden".

müssen, desto größeren Nachdruck legen auf die Sicherung der ständischen Rechte und den Ausbau der Justiz in den Einzelstaaten; sie suchen hier den Schutz, den ursprünglich Kaiser und Reich hatten üben sollen. Die Landtage sollen regelmäßig und periodisch berufen werden. Sie haben Theil an der Gesetzgebung. Sie bestreiten die Kosten der Verwaltung und des Militärs durch Abgaben, die sie bewilligen; schließlich wird ihnen sogar das Recht zugesprochen, die Abgaben auch zu erheben und zu verwenden. Die Fürsten unterhalten sich und ihren Hof aus den Domänen. Eine Habeas-Corpus-Acte sichert den Unterthanen die Freiheit der Person sowie das Recht, überall in Deutschland zu wohnen und Dienste zu nehmen. Der Fürst darf keine andren Abgaben erheben als solche, die für das Land von den Landtagen, für den Bund vom Bundestage bewilligt sind. Er darf sich keine willkürlichen Eingriffe in das Privat-Eigenthum, weder der Einzelnen noch der Corporationen, erlauben. „Sicherheit der Ehre und des Lebens, die jedem Stande zustehenden Ehrenrechte bleiben ungekränkt; über das Leben kann nur durch den ordentlichen Richter erkannt werden". Die Unabhängigkeit der Gerichtshöfe wird dadurch gesichert, daß das Verfahren öffentlich ist, daß die Richter — ungefähr so wie früher, in der Zeit des ständischen Mitregiments — zur Hälfte durch die Stände, zur Hälfte durch den Fürsten ernannt werden, daß sie nur durch ein richterliches Erkenntniß abgesetzt werden können, endlich durch Einführung des Instituts der Geschwornen.

Das sind Forderungen, die uns hier zum ersten Male im Munde Steins begegnen, und die Frage drängt sich auf, in welchem Verhältnisse sie zu seinen älteren Reform-Ideen stehen, ob er noch der Gleiche war wie früher. Die Antwort ist: ganz haben die auf die Sicherstellung von Freiheit und Eigenthum gerichteten Postulate weder in der Nassauer Denkschrift von 1807 noch in den Proclamations-Entwürfen oder dem Politischen Testament von 1808 gefehlt. Wenn sie jetzt ansehnlich vermehrt und verstärkt erscheinen, so ist dies sicher mit durch die persönlichen Erfahrungen bewirkt worden, die Stein als Präsident der Central-Verwaltung machte, vielleicht auch durch die Zusprache des immer noch individualistisch gerichteten Humboldt

und durch die Aussicht, selbst demnächst Unterthan eines Kleinfürsten zu werden; aber das Meiste kam auch hier auf die Veränderung der Weltlage an. In den Jahren 1807 und 1808 lag allen Reformen die Absicht zu Grunde, die Macht des Staates durch die engste Vereinigung mit der Nation so zu stärken, daß er den Kampf um seine Unabhängigkeit mit Aussicht auf Erfolg beginnen konnte; ihren Gipfel erreichte diese Tendenz in der herben Kritik, die Stein 1810 und 1811 an den Gegnern Hardenbergs übte; hier waren die Rechte des Individuums fast ausgelöscht. Jetzt aber war der Feind geschlagen, das Vaterland befreit, der Friede in wonniger Nähe; wenn man noch kämpfte, so geschah es fast mehr Frankreichs als Deutschlands wegen: so konnte das Individuum endlich in die Rechte eintreten, die ihm auch nach Steins Weltanschauung gebührten.

Wieder, wie 1808, gemahnen seine Entwürfe an das französische Vorbild, die Ideen von 1789, nur an eine andre Reihe aus ihrer Mitte. Aber es bleibt ein starker Unterschied bestehen, der auf die besondere Entwickelung des hohen deutschen Adels zurückgeht. Stein wollte, wie in der August-Denkschrift, die Zahl der Fürsten in dem Umfange des Jahres 1803 erhalten sehen; er ging so weit, daß er in die Lücke, die durch das Ausscheiden von Leyen und Isenburg entstand, Taxis und Fürstenberg berufen wollte. Aber welche Ungerechtigkeit lag in dieser Auswahl des Reichs-Deputations-Hauptschlusses, die, wie jedermann wußte, durch eine schändliche Einmischung des Auslandes bewirkt war; was hatten Hohenlohe und Solms verbrochen, daß sie schlechter gestellt wurden als Schwarzburg und Reuß? Stein erinnerte daran, daß Baiern und Baden den Mediatisirten des hohen Adels gewisse Vorrechte gewährten. Er hätte hinzufügen können, daß die Rheinbunds-Acte selbst die gleiche Tendenz verfolgte, indem sie ihnen die Herren- und Lehns-Rechte sowie die niedere und mittlere Gerichtsbarkeit ließ, auch die Steuer-Privilegien der Prinzen des regierenden Hauses und einen privilegirten Gerichtsstand zusprach[1]). In derselben Richtung bewegten

[1]) Art. XXVII. XXVIII. Vgl. Klüber, Acten d. Wiener Congresses 3, 501 u. Häusser, Deutsche Geschichte 4, 705.

sich Steins Wünsche, nur daß er noch die Freiheit von der Conscription hinzufügte. Und was den Grafen und kleinen Fürsten, das war nach seiner Meinung dem Stande, welchem er selbst entstammte, den Reichsrittern, billig. Doch sollten alle Mediatisirte in den Landtag ihres Territoriums eintreten: „Hierdurch erhält dieser mehr Kraft und sie selbst für ihre Rechte mehr Schutz“.

Immer blieb sich Stein der Gefahr bewußt, die jeder Reform von Seiten Metternichs drohte, und so rief er denn abermals den Beistand des Zaren an; er that es um so lieber, da er wußte, wie sehr dieser über die Doppelzüngigkeit des österreichischen Ministers in der schweizer Angelegenheit aufgebracht war. Von neuem setzte er auseinander, daß eine gute deutsche Verfassung die beste Schutzwehr gegen Frankreich sowohl wie gegen den demoralisirenden Despotismus der deutschen Fürsten sein würde und daß umgekehrt, wenn man die Regelung der deutschen Angelegenheiten bis zum Frieden mit Frankreich verschieben wolle, dieses einen Vorwand zur Einmischung erhalten würde. Deshalb möge der Zar schon jetzt die deutsche Verfassung durch eine Commission vorbereiten lassen, in welcher außer Stein der Preuße Humboldt, der Österreicher Stadion und der Russe Rasumowskij[1]) sitzen sollte. Ein Gesuch, das für sich betrachtet gerade vom nationalen Standpunkte aus die stärkste Kritik herausfordern mußte; verständlich ist es nur durch die großen Verdienste, die sich der ausländische Herrscher, an welchen es erging, um die Sache des Abendlands im Allgemeinen, Deutschlands im Besondern erworben hatte, und durch die politische Nichtigkeit der beiden andren fürstlichen Häupter der festländischen Coalition. Aber der Zar lehnte den Antrag ab, und zwar mit einer Motivirung, die der allgemeinen Politik entnommen war. Sein Mißtrauen gegen Österreich ging so weit, daß er fürchtete, wenn man dieser Macht jetzt die Entscheidung über die deutsche Frage aufnöthige, so werde sie vielleicht ein geheimes

---

[1]) Wohl Andrei R., der Freund von Beethoven, der Vertreter Rußlands auf dem Congreß von Châtillon, der später, während des Wiener Congresses, Einfluß auf den Zaren gewann; Pertz 4, 283. Vgl. Ranke, Hardenberg 1, 442; Häusser, Deutsche Geschichte 4, 611.

Einverständniß mit Frankreich suchen; erst wenn der Krieg zu neuen Erfolgen geführt habe und Napoleon noch weiter heruntergebracht sei, könne man sich bestimmt und kategorisch gegen Österreich äußern. Doch gab Alexander die Zusage, daß, falls inzwischen die Unterhandlungen mit Frankreich begönnen, sie auf die Bestimmung der Gränze beschränkt und jede Einmischung in die Angelegenheiten der Verbündeten abgelehnt werden solle[1]).

So hing denn die Zukunft Deutschlands in jedem Betracht von dem neuen Waffengange ab, zu dem die Heere sich anschickten. Dieser würde, wenn es nach Metternich gegangen wäre, von Österreich dirigirt worden sein. Mit einer schwer begreiflichen Naivität machte er den Versuch, den gefährlichsten Nebenbuhler vom Kriegsschauplatze fern zu halten, indem er eine Fürsorge für seine Person heuchelte[2]): man wisse nicht, ob es zu einer Erhebung der französischen Nation kommen und ob diese unterdrückt werden könne; deshalb möge der Zar in Freiburg bleiben und dort die weitere Entwickelung abwarten. Natürlich lehnte Alexander ab[3]), er folgte der Armee und ging nach Basel, mit ihm Stein[4]).

Wieder eine neue Welt, die der Eidgenossenschaft, in die er nun eintrat. „Man muß", schrieb er seiner Frau, „suchen, seinen Gesichtskreis zu verengen, seinen Blick zu beschränken, wenn man den

---

[1]) Stein à Alexandre I., Fribourg 30. décembre 1813: Il y a tout lieu de craindre que le comte Metternich portera dans l'arrangement final des affaires de l'Allemagne le même esprit de frivolité, de suffisance, le même manque de respect pour la vérité et les principes qui les a déjà gâtés en partie, et qu'il vient de manifester d'une manière si nuisible en Suisse etc. Aufzeichnung Steins über die am 3. Januar 1814 mündlich ergangene Antwort des Zaren.

[2]) Daß man Metternich mit diesem Worte nicht Unrecht thut, zeigt die Zusammenstellung bei Oechsli, die Verbündeten S. 29. Außerdem s. Klinkowström, Österreichs Theilnahme S. 795.

[3]) „mit Unwillen": Stein in seiner Selbstbiographie S. 191.

[4]) Stein, der Freiburg am 8. Januar verlassen hatte (Simson i. d. Zeitschrift f. Gesch. d. Oberrheins [1899] 53, 652), traf am 9. Januar 1814 in Basel ein, Alexander, der den Umweg über Schaffhausen gemacht hatte, erst am 13. Stein an seine Frau (halb deutsch, halb französisch), Basel 12. u. 13. Januar 1814.

hiesigen Dingen ein Interesse abgewinnen will". Er konnte den Schweizern, die er kennen lernte (und unter ihnen befanden sich einige der angesehensten des Gemeinwesens: die drei Politiker Hans v. Reinhard aus Zürich, Graf Aloys Reding aus Schwyz, Graf Niklaus Friedrich v. Mülinen aus Bern und der Pädagog Fellenberg, auch er aus Bern), er konnte ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die großen, allen Völkern gemeinsamen Angelegenheiten um ihrer häuslichen Zwistigkeiten, von denen er übrigens annahm, daß sie in Frieden würden beigelegt werden, aus den Augen setzten. Aber er befand sich wohl unter ihnen: „Den Menschen muß man gut sein, es sind biedere, verständige, gebildete, anständige Männer". Er fand damals Gelegenheit für die Consolidirung ihres Bundes zu wirken, indem er sich zu Gunsten der Selbständigkeit von Genf aussprach, das im Jahre 1798 vom französischen Directorium annectirt war; einen der Gesandten, welche die Stadt ins Hauptquartier schickte, Charles Pictet de Rochemont, behielt er bei sich als Secretär[1]). Aber das Wichtigste, was er in Basel that, galt doch wieder der gemeinsamen Sache des Abendlandes. „Die allgemeinen Angelegenheiten", schrieb er in die Heimath, „haben den erwünschtesten Fortgang". Damit meinte er das Vordringen der verbündeten Heere in die Gränzlandschaften des Empire. Im Süden besetzte die Hauptarmee die Franche Comté und das Elsaß; nordwärts nahm die Schlesische Armee die linksrheinische Pfalz und das Gebiet der Mosel ein; noch weiter rechts näherte sich General Bülow der belgischen Gränze. Neue ansehnliche Gebiete wurden dergestalt gewonnen, und ihre Hülfsquellen konnten für den Krieg nutzbar gemacht werden. Hierüber erstattete Stein einen Bericht, der dann von den verbündeten Monarchen gut geheißen wurde. Das Gebiet der Central-Verwaltung vermehrte sich zunächst um vier General-Departements: drei (Ober-Rhein, Mittel-Rhein, Nieder-Rhein)

---

[1]) Rilliet, Histoire de la restauration de la république de Genève (1849) p. 53. E. Pictet, Biographie de C. Pictet de Rochemont (1892) p. 94 s. 101. 114. Das Erste, was Stein den Genfer Gesandten zurief, war: Il faut vous coller à la Suisse.

bestehend aus altem Reichsgebiete, das vierte zusammengesetzt aus ehemals schweizerischen Ortschaften und denjenigen Stücken von Frankreich, die eben jetzt durch die Hauptarmee occupirt wurden. Überall verzichtete man auf die Aushebung der Rekruten, hauptsächlich wohl weil die verbündeten Heere stark genug waren und die Entscheidung nahe bevorzustehen schien; im französischen Sprachgebiet verbot sich eine solche Maßregel aus nationalen Gründen von selbst. Man beschränkte sich auf die Erhebung von Steuern, die Ausschreibung von Lieferungen, die Handhabung der Sicherheits-Polizei. Je weiter die verbündeten Heere vordrangen, desto mehr Departements wurden der Central-Verwaltung angegliedert. Nicht lange, so schrieb Stein, in tiefer Bewegung auf die schwersten Stunden seines Lebens zurückblickend und von innigem Danke gegen die Vorsehung erfüllt: „Ich richte jetzt Regierungen in Frankreich ein, trotz Napoleons, seines Achtbefehls, seiner Polizei und seiner Bajonette“[1]).

Der Brief, der diese Worte enthält, ist geschrieben in Langres, wo sich während des letzten Januar-Drittels das Hauptquartier vereinigte[2]). Die verbündeten Heere hatten inzwischen weitere Fortschritte gemacht; der von den ängstlichen Strategen der alten Schule so sehr gefürchtete Festungsgürtel war durchschritten worden, und nirgends hatte sich auch nur die Spur eines nationalen Widerstandes gezeigt; im Gegentheil, Stein hatte oft genug den Wunsch nach dem Sturze des „Schuftes“ und der Rückkehr der Bourbonen äußern gehört[3]). Unter diesen Umständen zweifelte Stein kaum noch daran, daß es sogleich zum Marsche auf Paris kommen werde.

---

[1]) Principes généraux sur l'organisation des autorités administratives des provinces françaises occupées par les troupes alliées, Bâle 12. janvier 1814; Martens, Supplément au Recueil des principaux traités (1817) 5, 638 s. Steins Selbstbiographie S. 191 f. Stein à Mme de Stein, Langres 27. janvier 1814; übersetzt b. Pertz 3, 518 f.

[2]) Stein verließ Basel am 17. Januar 1814, folgte der Straße über Montbéliard, Villersexel, Vesoul und traf an demselben Tage wie der Zar, am 22. Januar, in Langres ein.

[3]) Stein à Mme de Stein, Langres 27. janvier 1814: Le peuple dit partout qu'il désire que ces Messieurs (les armées) détruisent ce gredin. Etwas weniger kategorisch der Brief vom 23. Januar.

Bereits erwog er, wie seine Familie am besten dorthin gelangen könne; denn die Gelegenheit, ihr zu zeigen, was die feindliche Hauptstadt zu einem occidentalen Mekka machte, wollte er sich nicht entgehen lassen[1]).

Es war eine voreilige Hoffnung. Die im Felde errungenen Erfolge dienten, zusammen mit einer neuen von Napoleon ausgehenden diplomatischen Action, nur dazu, den Zwiespalt inmitten der Coalition aufzudecken. Es waren die Tage, wo Metternich von dem Plane des Zaren erfuhr, den Kronprinzen von Schweden auf den französischen Thron zu erheben[2]); da gleichzeitig Alexander nichts that, um die polnischen Besorgnisse Österreichs zu beschwichtigen, so wuchs Metternichs Mißtrauen. In dieser Stimmung erhielt er die Nachricht, daß Caulaincourt, der neue auswärtige Minister Frankreichs, persönlich bei den Vorposten erschienen sei und dort auf Pässe warte, um die Friedensunterhandlungen im Hauptquartier zu eröffnen. Nichts konnte ihm willkommener sein. Auf der Stelle ertheilte er dem Oberbefehlshaber der Hauptarmee Weisungen, die dazu bestimmt waren, die Fortschritte der eigenen Truppen aufzuhalten[3]), und eben so rasch würde er sicher Caulaincourts Wunsch erfüllt haben, wenn der neue englische Gesandte Castlereagh, der eben für die Verhandlung mit Frankreich angesagt war, schon zur Stelle gewesen wäre. Nach dessen Ankunft ist dann im Hauptquartier zu Langres der erste der diplomatischen Kämpfe ausgefochten worden, die diesem Feldzuge seinen Charakter gegeben haben. Auf der einen Seite diejenigen, deren Ziel die Entthronung Napoleons war: Stein und Pozzo di Borgo, denen sich eben jetzt als Bundesgenossen zugesellten der von seinem

---

[1]) Stein à Mme de Stein, Langres 23. 27. janvier; Chaumont 30. janvier 1814: Nous sommes en route pour Babylone.

[2]) Klinkowström, Österreichs Theilnahme an den Befreiungskriegen S. 798.

[3]) Metternich à Schwarzenberg, Fribourg 8. janvier (Klinkowström, Österreichs Theilnahme S. 788): En attendant, allez, mais prudemment; Bâle 16. janvier 1814 (Klinkowström S. 797 f): Il est de toute importance que vous ne poussiez pas vos mouvements militaires au delà du strict nécessaire.

kaiserlichen Schüler herbeigerufene Laharpe und Graf Münster[1]). Wohl hatte Münster vor Kurzem durch seine Abneigung gegen Preußen und durch die Anrufung Schwedens Stein wieder Gelegenheit gegeben, ein gründlich abweichendes Bekenntniß abzulegen[2]): aber in dem Antagonismus gegen Napoleon stimmten diese beiden Aristokraten überein; doch hatte Münster wohl keinen besonderen Einfluß auf den Zaren. Desto größer war der der drei andren: von Laharpe pflegte Alexander zu sagen, er sei sein zweiter Vater, dem er verdanke, was er sei und was er wisse[3]). Vereint hielten die neuen Triumvirn den Kaiser bei seinen antibonapartistischen Vorsätzen fest, so daß er nach außen als das Haupt der Kriegspartei erschien[4]). Auf der andren Seite diejenigen, welche der Meinung waren, daß Napoleon sich den Be-

[1]) Stein erwähnt die Anwesenheit von Laharpe zuerst am 27. Januar; er kam von Paris, das er am 18. verlassen hatte; Pictet, Biographie de Pictet p. 108. Pozzo di Borgo war in außerordentlicher Mission nach London gegangen (vgl. S. 343 u. Maggiolo, Pozzo di Borgo p. 156), wo er am 16. December eintraf; am 16. Januar war er in Basel, am 24. in Langres (Fournier, Congreß v. Châtillon S. 250; Pertz 3, 517). — Castlereagh erreichte das Hauptquartier am 18. Januar (Fournier, Congreß v. Châtillon S. 52), Münster am 28.

[2]) Stein an Graf Ernst Hardenberg, Frankfurt 21. November 1813 (Histor. Zeitschr. [1881] n. F. 10, 191): „Daß Preußen stark ist durch die Tugend, welche die Nation, die Tapferkeit, welche sein Heer bewiesen . . . Ich würde die schwedischen Projecte, an Dänemark Hamburg und Lübeck zu geben, sinistres nennen, erschiene es nicht lächerlich, daß zwei kleine Völkleins auf Kosten Deutschlands ihre Katzbalgereien zu schlichten für gut finden".

[3]) Alexandre I. à Laharpe, Fribourg $\frac{\text{22. décembre 1813}}{\text{3. janvier 1814}}$; Sbornik (1870) 5, 42 s. und Le Gouverneur d'un prince, Laharpe et Alexandre I. p. 159 s. Stein à Mme de Stein, Langres 27. janvier 1814: Il est touchant de voir la manière respectueuse dont il le traite; il le présente en disant: „C'est mon second père; si je vaux quelque chose, et si je sais quelque chose, c'est à lui que je le dois". Vgl. S. 123 f.

[4]) Auch Metternich (an Hudelist, Troyes 21. Februar 1814; Fournier, Congreß v. Châtillon S. 258) unterscheidet drei Parteien: „die rein royalistische, die philanthropische, der Tugendbund: rein gesprochen, die deutschen Jakobiner"; repräsentirt durch Pozzo di Borgo, Laharpe und Stein. — Stein à Mme de Stein, Paris 10. avril 1814: Il [Alexandre] a obtenu le grand résultat de la chute du tyran, de la régénération de la France qu'il s'était proposé depuis la bataille de Brienne.

dingungen der Coalition fügen werde. An ihrer Spitze Metternich; dann der österreichische Kaiser und der österreichische Oberfeldherr. Von den Russen nur Nesselrode, mit dem Stein längst unzufrieden war[1]). Von den Preußen dagegen sowohl die beiden Widersacher Steins in der Krisis von 1813, Ancillon und Knesebeck, wie sein alter Mitstreiter Hardenberg, selbstverständlich auch Friedrich Wilhelm, der nur zuweilen sich durch die Beredsamkeit des Zaren einen Schritt vorwärts drängen ließ; es war, als wenn sie sich zusammengethan hätten, um durch ihr Verhalten nachträglich zu zeigen, wie noth der Welt in den voraufgegangenen größeren und gefährlicheren Krisen ein Charakter von der Unerschütterlichkeit Steins gethan hatte. Unter diesen Umständen kam viel auf die Haltung von Castlereagh an; denn als auswärtiger Minister seines Landes setzte er auch den bereits anwesenden englischen Diplomaten, Stewart und Aberdeen, Maß und Ziel. Leider ließ er sich von Metternich gewinnen. Wohl machte Stein den Versuch, ihn zu seiner Partei herüberzuziehen; aber er bekundete dabei von neuem, daß seine Stärke nicht auf dem Gebiete der Diplomatie lag. Er ließ nämlich Castlereagh durch den ihm befreundeten Charles Stewart[2]) warnen, sich nicht ganz dem Einflusse Metternichs hinzugeben und auf diese Weise um das Vertrauen des Zaren zu bringen, das ihm doch nöthig sein werde, wenn er dessen auf die Beförderung Bernadottes gerichtete Pläne vereiteln wolle. Stewart aber sprach darüber mit Metternich, der seinerseits nichts Eiligeres zu thun hatte, als das Ganze, unter Nennung von Steins Namen, Alexander zu hinterbringen. Die Wirkung war, daß dieser, wenn auch zum Glück nicht auf die Dauer, gegen Stein verstimmt und die Engländer nicht gewonnen wurden[3]). Da nun der Zar bereits ein Mal, bei der Mission von St. Aignan, in eine

---

[1]) Vgl. S. 296. 306.

[2]) Er war der Bruder des englischen Ministers. In Angelegenheiten des Verwaltungsraths hatte Stein 1813 (nach dem 19. September) an Charles Stewart geschrieben: Il ne me reste qu'à désirer que Votre Excellence soit exclusivement chargé de cette affaire et de tout ce qui regarde les intérêts de l'Allemagne.

[3]) Steins Selbstbiographie S. 192.

Friedensunterhandlung gewilligt hatte und die übrigen Mächte der Coalition jetzt noch nicht so weit gehen wollten, die Waffen niederzulegen, war die Situation für einen Compromiß wie geschaffen. Metternich willigte in die Fortsetzung der Operationen, Alexander in den Zusammentritt eines Congresses, für den die französische Stadt Châtillon ausgewählt wurde. Die wieder einträchtige Coalition bezeichnete als ihr Friedensprogramm für Frankreich: die vorrevolutionären Gränzen und gänzliche Ausschließung aus Deutschland, Italien und der Schweiz[1]). Diese Bedingungen hat Stein sicher nicht formulirt; er würde eine Clausel, welche die deutsche Verfassung sicher stellte, hineingebracht haben[2]).

Aber was die Diplomatie versäumt hatte, konnten die Waffen nachholen. Die Kriegspartei hatte eifrige Gesinnungsgenossen auch außerhalb der Hauptarmee: die Führer der Schlesischen Armee. Zwischen ihnen und dem Zaren bildete sich ein höchst außerordentliches Verhältniß aus, das fast als eine Art Fortsetzung der That von Tauroggen erscheint und denselben Beweggründen entsprungen ist, welche die deutschen Patrioten bestimmten, in wichtigen politischen Fragen die russische Intervention anzurufen: Stein legte die Briefe, die Gneisenau ihm schrieb, mit dessen Vorwissen, Alexander vor[3]). Da drängt sich von selbst die Vermuthung auf, daß er den Mittler gemacht, vielleicht sogar den Anstoß gegeben haben wird bei einer Operation des Schlesischen Heeres, die dazu bestimmt war, den zaudernden Schwarzenberg vorwärts zu bringen[4]). In den letzten Tagen des Januars erschien plötzlich Blücher vor der Front der Hauptarmee, und dadurch erlangten die Verbündeten ein solches Übergewicht,

---

[1]) Sitzungs-Protokoll des Congresses von Châtillon, 7. Februar 1814; Angeberg, Congrès de Vienne (1864) 1, 107.

[2]) Bailleu i. d. Histor. Zeitschr. (1880) 8, 260 ff. Roloff, Politik u. Kriegführung 1814 (1891) S. 40 ff. Fournier, Congreß v. Châtillon S. 56 ff.

[3]) Stein an Gneisenau, Langres 24. Januar 1814; Pertz 3, 518.

[4]) Vgl. Hardenbergs Tagebuch 27. Januar 1814 (Fournier, Congreß v. Châtillon S. 361): Intrigue de Stein pour faire aller l'armée droit à Paris, ce que veut l'empereur Alexandre.

daß auch die ängstlichsten Strategen nicht mehr der Schlacht ausweichen konnten. Sie wurde am 1. Februar bei La Rothière geschlagen und endete mit einer Niederlage Napoleons.

Dadurch schien nun der Feldzug entschieden, und die beiden Heere der Verbündeten traten den Marsch auf Paris an, das Schlesische im Marne-Thal, die Hauptarmee im Seine-Thal. Die deutschen Patrioten, Stein voran, meinten nicht anders, als daß die Einnahme der feindlichen Hauptstadt und der Sturz des Tyrannen dicht bevorstehe[1]). Die Frage drängte sich auf: wer soll sein Nachfolger werden? Für Metternich freilich und seine Anhänger war sie secundärer Art, denn sie rechneten nach wie vor auf die Nachgiebigkeit Napoleons; sollte er wider Erwarten sich halsstarrig zeigen, so wollten sie den Franzosen die Entscheidung über ihre Regierung anheimgeben und dabei strenge Neutralität üben. Dagegen waren die geschworenen Widersacher Napoleons uneinig. Es war an dem, was Metternich argwöhnte, daß Alexander eine Zeit lang den Plan gehegt hat, Bernadotte auf den französischen Thron zu bringen[2]). Davon wollte nun Stein ebensowenig etwas wissen wie der österreichische Staatskanzler; er hatte dem Gascogner nie getraut, und erst recht nicht, seitdem er den Verlust Hamburgs an die Franzosen mit seinen unseligen Folgen auf dem Kerbholz hatte[3]). Nachgerade mochte sich der Zar von der Unmöglichkeit dieser Candidatur überzeugen. Er erwog, ob man nicht den Herzog von Orleans berufen sollte; der hatte sich zu den Ideen der Revolution bekannt und würde voraussichtlich auch die Monarchie mit ihnen versöhnen. Oder war es nicht doch am Ende besser, die französische Nation selbst zu Worte kommen zu lassen? Das war die

---

[1]) Stein redete am 10. Februar von der occupation prochaine de Paris und schrieb dem Zaren, daß er sich dans peu de jours sehen werde dans la situation de renverser le tyran.

[2]) Vgl. S. 155.

[3]) Stein am 9. December 1813 zu den hansischen Deputirten: „Man kenne ihn [Bernadotte] schon mit seinen Projecten und Intriguen und wisse, daß der Schmutz der Revolution ihm noch anhinge u. s. w."; Friedrich Perthes Leben (1872) 1, 261. Ferner: Steins Selbstbiographie S. 193 und das S. 355 Anm. 2 citirte Schreiben.

Meinung von Laharpe, dem alten Vorkämpfer der Volks-Souveränität, und Alexander, der schon in dem Coalitions-Vertrage von 1805 die Respectirung der nationalen Wünsche zugesagt hatte, entschied sich nach einigem Schwanken dahin, die Entscheidung einer Versammlung zu überlassen, die einige Ähnlichkeit mit der englischen Convention von 1689 gehabt hätte[1].

Dem aber widersetzte sich sowohl Pozzo di Borgo wie Stein; wieder, wie schon 1809 und 1813, verstanden die beiden sich vortrefflich[2]. Von Pozzo weiß man nur im Allgemeinen, daß er seinem schon 1792 bekannten Programm treu geblieben ist: Herrschaft der Bourbonen, die aber die Ideen von 1789 zu acceptiren hätten. Von Stein dagegen liegen Documente vor, durch die er den Zaren in diesem Sinne umzustimmen suchte. Er knüpfte, wie er es liebte und wie es sein gutes Recht war, an die ihm übertragenen Amtsbefugnisse an und redete im Namen der 12 Millionen Franzosen, die in den von ihm eingerichteten General-Departements der Central-Verwaltung wohnten: diese wollte er sicher stellen gegen die Rückkehr eines grausamen Regiments und ihnen die Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung geben, die, wie er annahm, nicht anders als zu Gunsten der legitimen Herrscher von Frankreich ausfallen würde. Doch sollte der Zar sich nicht mit der Rolle des Zuschauers begnügen, sondern den Bourbonen gestatten, durch Proclamationen auf die Bevölkerung zu wirken und ihre Anhänger um sich zu sammeln; wobei Stein nicht unterließ, Alexander den Gewinn eines ihm dann von selbst zufallenden, für Frankreich heilvollen Einflusses auf die rückkehrende Dynastie in Aussicht zu stellen[3]. Kein

[1]) Hardenbergs Tagebuch 11. Februar 1814; Fournier, Congreß v. Châtillon S. 362. Ebendort S. 124. Roloff, Politik u. Kriegführung S. 41. 69.

[2]) Stein à Mme de Stein, Troyes 16. février 1814: C'est un bien excellent et noble caractère, sa gaieté est toujours inépuisable et aimable. Vgl. S. 39 u. 272.

[3]) Son [Ludwigs XVI] successeur ne suivra certainement que les conseils d'un souverain auguste auquel il devra son trône, il adoptera toutes les idées fondamentales et libérales sur lesquelles V. M. I. désirera voir basées l'organisation de la France.

Zweifel, daß Stein die Logik der Thatsachen für sich hatte. Denn wenn die Verbündeten sich soeben für die Gränzen von 1792 ausgesprochen hatten, so lag darin eine Absage nicht nur an das Empire, sondern auch an die ihm voraufgegangene Republik, die über diese Gränzen so erheblich hinausgegriffen hatte. Zwischen den Institutionen, ihren Trägern und deren Thaten besteht ein Zusammenhang, der unlösbar ist und über den weder Freund noch Feind sich ungestraft hinwegsetzen darf. Freilich, die Motivirung, die Stein selbst seinem Antrage gab, lautete anders; sie war, wie immer, dem Reiche der Ethik entnommen. Was hat — fragte er, ungefähr so wie in seinem 1811 verfaßten Geschichtswerke — was hat denn Ludwig XVI. gethan, daß er hingerichtet wurde? Indem er sich der Parallele erinnerte, welche 1791, nach dem vereitelten Fluchtversuche des Königs, die Jakobiner zogen, fragte er weiter: hat sich Ludwig XVI. etwa, wie einst Jakob II., gegen die Freiheit und die Religion seines Volkes verschworen? Hat er ihm nicht vielmehr ein Vertrauen, eine Hingebung, eine Fürsorge bewiesen, die ihn zum unglücklichsten der Könige und seine Nation zur sündhaftesten von allen macht, die in der Geschichte erwähnt werden?[1]) Eine unhistorische Anschauung, aber Stein war von ihrer objectiven Richtigkeit so fest überzeugt, daß er der französischen Nation in ihrer Gesammtheit das Recht der Meinungsäußerung und Mitwirkung bei dieser capitalsten aller politischen Angelegenheiten bestritt, obwohl er es doch gleichzeitig für einen Theil derselben Nation und erst recht für seine eigene Nation in Anspruch nahm[2]).

Während so die Partei der Widersacher Napoleons über sein Erbe verfügte, regten sich mächtig auch die andren, die mit ihm paciscíren wollten. Die Rückwirkung der Schlacht von La Rothière

[1]) La maison de Bourbon n'a rien fait pour perdre son droit au trône. — Cette révolution faite par un peuple frivole, bavard, mobile, conduit par des chefs ou phraseurs ou criminels etc.

[2]) Stein à Alexandre I., Troyes 10. février 1814 (zwei Eingaben). Vgl. oben S. 99. — Der letzte Brief Steins aus Langres ist v. 27. Januar; der nächste (v. 30. Januar) aus Chaumont.

war nach der französischen Seite noch stärker als nach der alliirten. Napoleon gab seinem Gesandten in Châtillon unbedingte Vollmacht zum Frieden, und Caulaincourt machte davon Gebrauch, indem er sich bereit erklärte, sofort auf die Gränzen von 1792 abzuschließen und überdies einen Theil der von den Franzosen in Deutschland und Italien besetzten Festungen herauszugeben, wenn die Verbündeten einen Waffenstillstand bewilligten[1]). Metternich war entschlossen, mit beiden Händen zuzugreifen; wieder hemmte er planmäßig das Vordringen der eigenen Truppen[2]) und bestürmte, unterstützt von seinen Gesinnungsgenossen, den Zaren nachzugeben. Auf den ersten Blick eine unbegreifliche Verblendung. Hatten die Gefolgsleute des österreichischen Staatskanzlers vergessen, was ihnen Napoleon Übles gethan und wie oft er sein Wort gebrochen hatte; sahen sie nicht, daß der begehrte Waffenstillstand eben so sehr wie die Rückkehr der Garnisonen aus den preisgegebenen Festungen nur ihm zu Statten kommen mußte? Um nicht ungerecht zu werden, muß man sich daran erinnern, wie groß die Erschöpfung aller Mächte nach dem furchtbaren Ringen der letzten zwei Jahrzehnte, wie stark namentlich Preußen durch seine heroischen Anstrengungen mitgenommen war und daß andrerseits der Zar durch seine Haltung zu berechtigter Verstimmung einigen Anlaß gab. Doch schmälert dies natürlich nicht das Verdienst derer, welche, durch keine Lockung beirrt, unerschütterlich an der Meinung festhielten, daß mit Napoleon kein Friede möglich sei. Die Denkschrift, in welcher Alexander die ihm gemachten Zumuthungen zurückwies, rührt von Pozzo di Borgo her[3]); vielleicht

[1]) Fain, Manuscrit de 1814 p. 253. 265. Ernouf, Maret (1884) p. 621.

[2]) Schwer begreiflich, daß dies hat bezweifelt werden können; s. die Zusammenstellung bei Fournier, Congreß von Châtillon S. 145. Sogar die von Stein in seinem Schreiben an Graf Lieven, Chaumont $\frac{26.\ \text{Februar}}{10.\ \text{März}}$ 1814 (Pertz 3, 725), und in seiner Selbstbiographie (S. 193) überlieferte Weisung des österreichischen Kaisers an Schwarzenberg, die Seine nicht zu überschreiten, ist wirklich ergangen; s. Fournier S. 277.

[3]) Opinion de la cour de Russie etc., Troyes $\frac{3.}{15.}$ février [vgl. Roloff, Politik u. Kriegführung 1814 S. 77] 1814; Sbornik (1880) 31, 394 s. Pasquier, Mémoires (1893) 2, 161 s.

daß er sie mit Stein besprochen hat[1]), jedenfalls stimmte dieser durchaus mit ihrem Inhalte überein. Der Ausgang der Debatte war, wie vorher in Langres, ein Compromiß, dies Mal sogar in Gestalt eines Vertrages formulirt[2]). Die verbündeten Mächte verpflichten sich hier, auch falls neue Siege sie nach Paris führen, Frankreich nicht über die Gränzen von 1792 hinaus zu beschränken. Sie wollen sich nicht in die inneren Angelegenheiten von Frankreich mischen; doch wird eine spontane Bewegung der Franzosen zu Gunsten der Bourbonen als wünschenswerth bezeichnet. Erklären sich die Franzosen für einen nachgeborenen Prinzen aus dem Hause Bourbon, so wollen die Mächte ihn nur so weit unterstützen, als das Haupt der Dynastie (Ludwig XVIII.) förmlich auf seine Rechte verzichtet. Will Napoleon die Gränzen von 1792 acceptiren, so werden die Mächte auch mit ihm Frieden schließen, vorausgesetzt daß nicht Paris sich gegen ihn erklärt. Mit andren Worten: Alexander verzichtete auf die Candidaturen von Bernadotte und Orleans, und darin mag man wohl die Einwirkung von Pozzo di Borgo und Stein erkennen. In diesem Sinne war Stein Sieger geblieben, unterstützt, wie er schon 1812 gehofft hatte, von der öffentlichen Meinung Englands, welche, Lord Castlereagh verleugnend, sich für den Sturz Napoleons aussprach[3]). Gegen die Gränzen von 1792 konnte auch Stein nichts haben; wenn die Bourbonen zurückgeführt wurden und ihre Herrschaft Bestand haben sollte, durfte man ihnen nicht ein entehrtes Frankreich anvertrauen: das hätte geheißen, den Patriotismus gegen

[1]) Stein 10. Februar:	Pozzo di Borgo:
rétablir un ordre politique en Europe, basé sur les principes de justice et de morale.	l'accomplissement de la délivrance de l'Europe, le plus grand exemple de justice et de morale.

[2]) Der Vertrag ist von Metternich in Troyes am 14. Februar aufgesetzt, dann von Hardenberg unterzeichnet, von Castlereagh gebilligt, endlich auch von Alexander (am 14. oder am 15. Februar) acceptirt. S. die Documente bei Bailleu i. d. Histor. Zeitschrift (1880) N. F. 8, 277; Oncken, Zeitalter d. Revolution 2, 768 ff.; Fournier, Congreß v. Châtillon S. 292. Vgl. Roloff, Politik u. Kriegführung 1814 S. 69 ff. u. Demelitsch, Actenstücke z. Geschichte d. Coalition v. 1814 (1899) S. 293 f.

[3]) S. sein auf S. 361 Anm. 2 citirtes Schreiben an Graf Lieven.

sie aufzubringen. Vielleicht darf man noch an einer andren Stelle einen Erfolg Steins constatiren. In dem Entwurfe zu einem Präliminar-Frieden, über den die Mächte sich verständigten, heißt es: Frankreich habe ein aus unabhängigen, durch ein föderatives Band vereinigten Staaten zusammengesetztes Deutschland anzuerkennen[1]). Da die „Unabhängigkeit", wie der Zusammenhang zeigt, nicht etwa die Souveränität, sondern die Auflösung der Abhängigkeit von Frankreich bedeutete, war dies das erste, wenn auch sehr allgemein gehaltene Bekenntniß der Mächte zur Nothwendigkeit einer gemeinsamen deutschen Verfassung. Und wenn bald darauf der Zar sich mit England über eine ansehnliche Ausdehnung der in Holland neu begründeten Monarchie (südwärts, bis nach Aachen und Köln) verständigte, so lag darin zwar eine neue Gefahr für Deutschland; aber die Hauptsache war erreicht: die Idee der „natürlichen Gränzen" hatte am Rhein ausgespielt. Überdies bezeichnete der Vertrags-Entwurf ausdrücklich als eines seiner Ziele die Sicherstellung Norddeutschlands, und die von England bedungene Mitwirkung eröffnete die Hoffnung auf eine Correctur der holländisch-deutschen Gränze[2]).

Für den Moment war die Hauptsache, daß der Waffenstillstand abgelehnt war. Die Operationen nahmen ihren Fortgang, zunächst freilich nicht zum Vortheile der Verbündeten. Napoleon war bei La Rothière geschlagen, aber nicht vernichtet worden; Schwarzenberg unterließ es, ihn durch eine nachdrückliche Verfolgung so zu bedrängen, wie er gekonnt hätte, und Blücher wie Gneisenau hegten über die Widerstandsfähigkeit des Gegners ungefähr dieselben ungünstigen Meinungen wie Stein. So erhielt der Imperator von neuem die Gelegenheit zu glänzenden Siegen auf Kosten seines gefährlichsten Gegners, der Schlesischen Armee; die Gefechte von Champaubert,

---

[1]) S. M. l'Empereur des Français reconnaît . . . 1) l'Allemagne composée d'Etats indépendants, unis par un lien fédératif. Angeberg, Congrès de Vienne 1, 111.

[2]) Projet de convention, Troyes $\frac{3.}{15.}$ février 1814; Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 11, 201.

Montmirail, Château Thierry und Etoges (10. bis 14. Februar) kamen in ihrer Gesammtheit einer gewonnenen Schlacht gleich. Sogleich bekam dies die Hauptarmee zu empfinden, Napoleon wandte sich gegen sie und brachte ihr gleichfalls eine Schlappe bei (17. Februar). Dies hatte dann wieder eine Rückwirkung, die uns in die persönlichen Verhältnisse des Hauptquartiers blicken läßt, über welche wir sonst, da das Meiste gerade zwischen den Freunden und Gesinnungsgenossen mündlich abgemacht wurde, nur mangelhaft unterrichtet sind. Kaiser Alexander, der soeben unter dem Drucke der Ermahnungen von Pozzo di Borgo und Stein das französische Waffenstillstands-Gesuch abgelehnt hatte, ließ sich, beeinflußt wie er jetzt war von Schwarzenberg und Friedrich Wilhelm III., dazu herbei, einen Waffenstillstand bei Napoleon nachzusuchen[1]). Eine Schwäche, neben der die ihm soeben von Stein gespendeten Lobsprüche[2]) fast wie Ironie wirken. Deutlicher kann doch wohl die Superiorität Steins in dem Verhältniß zum Zaren nicht documentirt werden, und niemand darf es uns verwehren, von hier aus auf die Krisen der Jahre 1812 und 1813 zurückzuschließen.

Nun aber trat der alterprobte Bundesgenosse der deutschen Patrioten wieder auf den Plan, die Überhebung Napoleons. „Ich werde", schrieb er einem seiner Vertrauten, „nur dann einen Waffenstillstand bewilligen, wenn mein Territorium von den Gegnern gereinigt ist." „Hätte ich", fuhr er fort, „auf die alten Gränzen abgeschlossen, so wäre ich zwei Jahre später wieder zu den Waffen geeilt und hätte der Nation gesagt, was ich unterzeichnet, sei kein Friede, sondern eine Capitulation gewesen." Er forderte den Rhein, Belgien, Antwerpen[3]).

Da brach sich auch bei den eifrigsten Friedensfreunden im ver-

---

[1]) Hardenbergs Tagebuch 19. Februar; Fournier, Congreß v. Chatillon S. 363. Oncken i. Historischen Taschenbuch (1886) VI, 5, 44 ff. Klinkowström, Österreichs Theilnahme S. 811. Trapp, Kriegführung u. Diplomatie 1814 (1898) S. 62.

[2]) Stein à Mme de Stein, Troyes 16. février 1814. Pertz 3, 541 (der Satz „möge" bis „anbietet" auch im Originale deutsch).

[3]) Correspondance de Napoléon I. 27, 185. 190 s. 268.

bündeten Lager die Überzeugung Bahn, daß mit dem Manne kein Friede zu halten sei. Die Mächte erneuerten und befestigten ihren Bund[1]) durch den Vertrag von Chaumont; der Congreß von Châtillon, der abscheuliche, wie Stein ihn nannte[2]), löste sich auf; endlich trat sogar Metternich, der immer noch den alten Faden weiter gesponnen hatte, zur Kriegspartei über: für diese der glänzendste Triumph und die schlagendste Rechtfertigung. Die Soldaten brauchten nicht mehr zu fürchten, daß ihre Thaten durch die Winkelzüge der Diplomaten vereitelt würden. Wieder setzte Stein seine ganze Hoffnung auf die Schlesische Armee[3]), und sie trog ihn nicht: bei Laon errang Gneisenau (9. und 10. März) den letzten großen Sieg über Napoleon. Der Besiegte versuchte noch, die Hauptarmee der Verbündeten zu bezwingen, und als dies fehlschlug, zog er ostwärts, um sich durch die Garnisonen der Gränz-Festungen zu verstärken und die feindlichen Heere hinter sich herzuziehen. Auch dies vergebens: die Gegner ließen sich jetzt durch nichts mehr aufhalten; vereint rückten die beiden Heere der Verbündeten, überall siegreich, vor Paris und überwanden auch den von Napoleons Marschällen in aller Eile organisirten Widerstand (30. März); begrüßt von den Zurufen der des Krieges müden Einwohner, zogen Alexander und Friedrich Wilhelm in die bezwungene Hauptstadt ein. Darauf erfolgte der constitutionelle Umschwung, auf den die Diplomaten im verbündeten Lager längst gerechnet hatten. Der erste der Antibonapartisten, Talleyrand, berief den Senat, und diese Creatur Napoleons sprach, gefolgt vom Gesetzgebenden Körper, die Absetzung des bisher knechtisch Verehrten aus. Noch blieb Napoleon die Armee, durch welche er 1799 die Gewalt an sich gerissen hatte. Auf die Nachricht vom Marsche der Verbündeten nach Paris war er umgekehrt, um seine Hauptstadt zu retten: er kam zu spät. Dann wollte er, von Fontainebleau her, die verlorene zurückerobern; er mußte erleben, daß auch seine Corpsführer von ihm abfielen, allen voran sein einstiger

---

[1]) Geschlossen am 9., datirt vom 1. März 1814.

[2]) Pertz 3, 570.

[3]) Stein à Mme de Stein, Chaumont 3. mars 1814; Pertz 3, 548.

Adjutant Marmont. Die Welt wurde an einem neuen denkwürdigen Beispiele den Unterschied zwischen der legitimen und der revolutionären Monarchie gewahr. Die Niederlage von Jena hatte das preußische Volk auf das engste mit seinem Königthum vereinigt; die Eroberung von Paris entschied über den Abfall der französischen Nation von dem zur kaiserlichen Würde emporgestiegenen Condottiere. Wie erinnern doch diese Vorgänge an den Sturz des großen Heerführers, der im 17. Jahrhundert nach einer Krone trachtete: wie Wallenstein von seinen Obersten, so wurde Napoleon von seinen Marschällen verlassen. Geradeso waren zuvor Wallensteins wie Napoleons diplomatische Verhandlungen gescheitert; niemand traute ihnen. Er, der Verächter aller Ideologie, mußte inne werden, daß die menschlichen Dinge durch sittliche und göttliche Mächte beherrscht werden, nicht durch das, was sich zählen, messen und wägen läßt. Eine Zeit lang hoffte er, die Krone für seinen Sohn zu retten; umsonst, er mußte für sich und sein ganzes Geschlecht abdanken (6. April). Fast in derselben Stunde berief der Senat den Bruder Ludwigs XVI. auf den erledigten Thron; dies Mal war die Provinz der Hauptstadt vorangegangen: Bordeaux hatte bereits die weiße Fahne entfaltet.

So gingen die Wünsche von Stein in Erfüllung. Aber ein widriges Geschick hielt ihn von Paris fern, so daß er nicht zu denen gehörte, welche die letzte Hand an das Werk legten. Als der Entschluß gefaßt wurde, Napoleon ostwärts ziehen zu lassen, hatte man zwischen dem streitenden und schreibenden Hauptquartier unterschieden; jenes zog nach Paris, dieses blieb und wich vor dem Imperator weiter und weiter zurück, zuletzt bis nach Dijon in der Bourgogne. Mit ihm auch Stein. Gewohnt, zunächst an das Allgemeine, dann erst an die eigene Person zu denken, empfand er nicht die Verminderung seines Einflusses, die durch die Trennung vom Haupte der Coalition bewirkt wurde. Freudig bemerkte er zu einem seiner Beamten, dem Russen Turgenieff, der auf eine Äußerung größten Mißbehagens gefaßt war: „Es ist das Günstigste, das uns begegnen konnte. Der Zar, befreit von Metternich und den Öster-

reichern, geht nach Paris, kann handeln; er wird handeln und die Sache ist zu Ende[1])."

Doch blieb Stein auch in der Entfernung vom Schauplatz der großen Ereignisse weder unthätig, noch verschont von den Wechselfällen des Lebens.

Schon Mitte Februar erhielt er eine Nachricht, die ihn in der Tiefe der Seele erschütterte. Sein jüngster Bruder, Gottfried, hatte vor 22 Jahren im französischen Militärdienst ein Verbrechen begangen und war dann desertirt. Völlig zerfallen mit seiner Familie, die ihn für todt hielt, suchte er sich, so gut es ging, durchs Leben zu schlagen, und wirklich glückte es ihm, sich einen kleinen Besitz zu erwerben. Aber er verlor ihn wieder durch die Verfolgungen der französischen Behörden; überdies erblindete er auf einem Auge und sah auch das andere gefährdet. In dieser Lage wandte er sich von Bremen aus an den Bruder, dessen Name auf Aller Lippen war, und bat ihn um Verzeihung und Hülfe. Es gibt Situationen, die wie geschaffen erscheinen, den Charakter des Menschen zu enthüllen; in eine solche sah sich Stein jetzt gestellt. Ohne der Schande zu gedenken, die der Familie durch den Bittsteller bereitet war, und ohne einen Vorwurf auszusprechen, hielt er sich nur an den schlichten rührenden Bericht, wie er mit zitternder, durch das leidende Auge nothdürftig geleiteter Hand des Bruders geschrieben war. Indem er die eigene Lage mit der des Unglücklichen verglich, fand er Worte der Entschuldigung, die ihn nicht minder ehren als die Thaten, welche das Lied des Sängers und das Zeugniß des Forschers verewigen. „Welch ein Unterschied zwischen meiner Stellung und der dieses armen Blinden, zwischen der Geschichte meines und seines Lebens, und doch waren die Grundlagen unsres Daseins dieselben: Geburt, Vermögen, Erziehung. Unsre Lebensläufe begannen in derselben

[1]) Tourgueneff, la Russie et les Russes (1847) 1, 37. Übereinstimmend Stein an seine Frau, Paris 10. April 1814: Par une circonstance assez singulière l'empereur d'Autriche, Metternich et toute la queue diplomatique ont été obligés de s'éloigner et de se rendre le 24. du mars à Dijon, où ils sont encore; l'empereur Alexandre n'a donc point été entravé.

Richtung, und wie sehr sind sie auseinandergegangen. Und warum? Weil er starke Leidenschaften und lebhafte Einbildungskraft besaß, sein Charakter dagegen schwach war; weil man Unrecht that, ihn in die Mitte einer verderbten Nation und in einen Dienst ohne Grundsätze, ohne Disciplin, ohne Anstand zu bringen." Ist das nun aber Gerechtigkeit, die den einen von zwei gleich geborenen Brüdern erhebt, den andern erniedrigt? Stein lehnt die Beantwortung dieser Frage, welche von der Idee eines irdischen Ausgleichs eingegeben ist, ab. „Man würde sich in Grübeleien zu Grunde richten oder sich einer stumpfsinnigen Verzweiflung preisgeben, wenn nicht die Unsterblichkeit uns tröstete, die Idee, daß dieses Leben nur ein Durchgang ist, ein mehr oder weniger rauher und mühevoller Weg, um ein erhabeneres und edleres Ziel zu erreichen." Doch hebt das, wie sich versteht, nicht die Verpflichtung der Pilger auf, einander zu helfen. „Das Bild dieses armen, von Reue erfüllten und durch das Unglück niedergebeugten Blinden schwebt mir beständig vor, und es geht mir sehr nahe, daß er mich nicht früher seine Leiden hat wissen lassen." Auf der Stelle that er, was in seinen Kräften stand, um dem Bruder sowohl augenblicklich zu helfen als auch in Zukunft eine leidliche Existenz zu sichern. Indem er das alles seiner Frau mittheilte, unterließ er nicht, auch seines Amtes als Erzieher seiner Kinder zu walten: „Zeige diesen Brief Henrietten; sie soll die Übel der Menschheit kennen lernen und sehen, auf wie wenig es ankommt, um vor ihnen bewahrt zu bleiben oder von ihnen überwältigt zu werden"[1]).

Doch trug dies nur den Charakter einer Episode, auf welche freilich, geradeso wie auf seine Lecture und auf die den Seinigen für ihren Umgang ertheilten Weisungen, der Antagonismus gegen Frankreich mit einwirkte[2]). Unverrückt blieb das Auge des Patrioten auf die Zukunft des Vaterlandes gerichtet. Der Vertrag von Chau-

[1]) Stein à Mme de Stein, Troyes 17. février 1814.

[2]) Stein à Mme de Stein, Dijon 27. mars 1814: Evitez, je vous en prie, toute espèce de société avec les Goltz et Hatzfeld; je ne veux point souiller ce papier avec l'expression dont il faudrait faire usage pour les qualifier. Vgl. S. 257. 297.

mont enthielt eine wesentlich mit den Verabredungen von Troyes übereinstimmende Clausel, auf welche sicher Stein in der einen oder der andern Weise hingewirkt hat; sie betraf „die Einigung der souveränen Fürsten Deutschlands durch ein föderatives Band, das die Unabhängigkeit Deutschlands sichern und verbürgen sollte"[1]). Offenbar sah er in dieser Bestimmung einen großen Erfolg der guten Sache; denn er schrieb in die Heimath: „Ich bin so gut wie sicher, daß unser Vaterland eine Constitution erhalten und daß der Willkürherrschaft aller dieser erbärmlichen Despoten, welche Deutschland bedrücken, ein Zügel auferlegt werden wird"[2]). Die nächsten Ereignisse schienen ihm Recht zu geben. Sofort nach der Unterzeichnung des Vertrages von Chaumont schlug er den verbündeten Mächten die Einsetzung einer Commission vor, welche die Constitution für den deutschen Bund entwerfen sollte, und reichte selbst einen Plan ein, der nicht nur die Bundesverfassung enthielt, sondern auch ein Modell für die Verfassung der Einzelstaaten aufstellte[3]). Er legte seine Freiburger Bemerkungen aus dem Januar desselben Jahres[4]) zu Grunde, brachte sie aber, unter Benutzung der

[1]) Articles séparés et secrets I: Leurs Majestés I. et R. s'engagent à diriger tous leurs efforts vers l'établissement réel du système suivant en Europe, savoir: l'Allemagne composée de princes souverains, unis par un lien fédéral qui assure et garantisse l'indépendance de l'Allemagne. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 3, 164 s.

[2]) Stein à Mme de Stein, Chaumont 14. mars 1814.

[3]) Mémoire de Stein, Chaumont 10. mars 1814: Lebensbilder 2, 88 ff.; Pertz, Denkschriften Steins über deutsche Verfassungen S. 19 ff.; Roth u. Merck, Quellensammlung z. deutschen öffentlichen Recht (1850) 1, 1 ff.; Pertz, Stein 3, 718 ff. Die Denkschrift wurde am 10. März Hardenberg und Münster, am 11. dem Zaren übergeben; Pertz 3, 558. Die Unterzeichnung des Vertrages von Chaumont erfolgte am 9. März; s. S. 365. Für die Commission schlug Stein vor: W. v. Humboldt, Graf Solms-Laubach, den Österreicher Rademacher (comme rapporteur des affaires allemandes) oder Baron v. Spiegel (qui en possède une parfaite connaissance). — Der von Stein gebrauchte Ausdruck *états provinciaux* ist nicht mit Provincial-Stände, sondern mit Landtag zu übersetzen. Das Land, dessen Sprache sich Stein bediente, war ein Einheitsstaat, der den Unterschied zwischen Landtag und Provincial-Ständen nicht kannte.

[4]) S. 345.

August-Denkschrift, in eine Art System und bildete sie auch etwas weiter aus. Das Directorium, das unter dem Namen eines Comités damals nur ganz im Allgemeinen an die Stelle des preisgegebenen Kaiserthums gesetzt war, wurde nunmehr den vier größten deutschen Mächten: Österreich, Preußen, Hannover und Baiern übertragen. Die schwierige Frage, wer den Vorsitz führen sollte, wurde nicht berührt; überhaupt war es Steins Absicht, nur zu skizziren, die weitere Ausarbeitung der von ihm vorgeschlagenen Commission zu überlassen. Da hatte er nun die Genugthuung, daß die Vertreter der verbündeten Mächte auf seine Seite traten. In einer Conferenz, welche über die beständigen, offenbar gegründeten Beschwerden der Mediatisirten berieth[1]) und an welcher auch Stein Antheil nahm, erhielt Graf Solms-Laubach, sein Mitarbeiter, den Auftrag, zu prüfen, welche Rechte einem deutschen Unterthan künftig verfassungsmäßig zustehen sollten. Dann gab Graf Münster im Namen seines Herrschers die förmliche Erklärung ab, die deutsche Nation habe für ihre Befreiung so viel gethan, daß man ihr Gerechtigkeit widerfahren lassen müsse. Das brachte, da Rußland schon immer für Steins Ideen, Preußen wenigstens nicht gegen sie gewesen war, die Sache zu einer vorläufigen Entscheidung. Der Minister-Rath der verbündeten Mächte faßte — es war in Dijon — einen Beschluß, der mit den Anträgen von Münster größtenteils übereinstimmte. Erstens: sogleich ein Ziel zu setzen den willkürlichen Maßnahmen, die einige deutsche Fürsten sich gegen ihre Unterthanen erlauben, namentlich gegen ihre ehemaligen Mitstände, die mediatisirten Fürsten und Grafen. Zweitens: die persönlichen Rechte festzusetzen, welche jeder Deutsche und die Mediatisirten im Besondern haben sollen. Drittens: das Minimum der Privilegien zu bestimmen, die den Ständen der Einzelstaaten gewährt werden müssen. Viertens: diese Rechte und Privilegien als eine vorläufig durch die verbündeten Höfe sanctionirte Norm öffentlich zu verkündigen. Auf der Stelle ging Wilhelm v. Humboldt an die Ausarbeitung des Details und

[1]) Am 23. März 1814 in Bar sur Aube. Gebhardt, W. v. Humboldt 2, 116.

schlug vor, daß die Mächte ihre Erklärung am 15. Mai erlassen sollten; am 1. Juli, meinte er, könne die von Stein zur Formulirung der deutschen Constitution vorgeschlagene Commission zusammentreten; spätestens am 1. December[1]) müsse sie ihre Arbeiten beendet haben[2]).

So hoffnungsvoll hatte sich die deutsche Frage niemals angelassen; aber selbst im günstigsten Falle nahm ihre Regelung noch Monate in Anspruch. Rascher entschied sich das Geschick von Frankreich, und hierbei wirkte Stein wenigstens mittelbar und aus der Ferne mit. Der Graf von Artois, der jüngere Bruder und Stellvertreter Ludwigs XVIII., erschien in Nancy, das zu Steins Amtsbezirk gehörte, und suchte die Ermächtigung nach, einen Aufruf an die Franzosen veröffentlichen zu dürfen. Das war ein Stück des Programms, das Stein schon in Troyes aufgestellt hatte. Jetzt war der Moment zur Realisirung gekommen: das ganze „schreibende" Hauptquartier trat auf Steins Seite, und Alopeus, der General-Gouverneur von Lothringen, erhielt von ihm die Weisung, den Aufruf mit allen Mitteln zu verbreiten, das Aufstecken der weißen Cocarde, die Bildung eines königlich französischen Hauptquartiers und die Aufstellung bewaffneter Corps zu gestatten; Alopeus wurde sogar ermächtigt, der königlichen Kriegs-Casse einen Vorschuß zu zahlen[3]).

Zuletzt wurde Stein noch eine besondere Huldigung zu Theil. Auch in Paris war, namentlich wohl durch die Schmähungen Napoleons, sein Name bekannt geworden. Als nun in den schwülen

[1]) Anfangs hatte er sogar den 1. October vorgeschlagen.

[2]) Mémoire du cte Münster, Dijon 30. mars; Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 139 ff. Humboldt, Mémoire préparatoire pour les conférences des cabinets alliés sur les affaires de l'Allemagne, s. d.; ebendort S. 143 ff. Der terminus ad quem für das Mémoire ergiebt sich aus S. 147, wo ein comité travaillant au quartier général in Aussicht genommen wird: das muß vor der Ankunft in Paris 10. April (vgl. Gebhardt W. v. Humboldt 2, 50) und der Auflösung des Hauptquartiers geschrieben sein.

[3]) Pertz 3, 569 f. Steins Verfügung an Alopeus erging aus Dijon am 29. März 1814.

Tagen, die dem Erscheinen der verbündeten Heere und der letzten Schlacht voraufgingen, die Antibonapartisten Fühlung suchten sowohl mit der Coalition wie mit dem Grafen von Artois, war es Stein, an den sich die Gesandten (Mathieu Montmorency und Montagnac) wendeten. Sie kamen zu ihm als zu dem Manne, der, was in Europa vorgehe, aus dem erhabensten und allgemeinsten Standpunkte betrachte, und feierten ihn durch die Erklärung, daß er Preußen und Deutschland gerettet habe, also auch alle beschützen werde, die Frankreich zu retten und zum Frieden Europas beizutragen versuchten[1]).

Bald darauf ging die Nachricht ein, daß die feindliche Hauptstadt gefallen sei, und nun litt es Stein nicht länger in Dijon. Er brach auf[2]), wieder — wie vor Jahresfrist, als er nach Breslau eilte — durch unsicheres Land, begleitet nur von den beiden Kosacken, die ihm zur Verfügung gestellt waren. Am 9. April war er in Paris. Ein Moment, wohl geeignet, auch die Weltkinder zu Dank zu stimmen, wie viel mehr sein frommes Gemüth. „Welch ein Abgrund von Unglück," schrieb er in die Heimath, „aus dem wir gerettet sind, Dank der Vorsehung, dem Kaiser Alexander und seinen tapferen russischen und deutschen Waffengefährten. Zu welchem Grade von Glück, Unabhängigkeit und Ruhe sind wir gelangt. Wir wagen endlich, uns dem Genuß der Gefühle hinzugeben, die diese Lage einflößt, und im Frieden in den Schoß unsrer Familie zurückzukehren; wir sehen ihr Los gesichert gegen das Unheil, das ihr Glück zu zerstören drohte. Nur wenn ich das Gefühl, das sich über mein ganzes Dasein verbreitet, mit dem des Drucks und des Leidens vergleiche, das neun Jahre mich ergriffen hatte, nur diese Vergleichung setzt mich in Stand, den ganzen Umfang meines jetzigen Glücks, die Größe meines vorigen Leidens zu würdigen[3])."

Dann wandte sich sein Auge auf den Urheber dieses Leidens, auf Bonaparte. Er kam noch zu rechter Zeit, um die Verhand-

[1]) Pertz 3, 570 ff. Steins Selbstbiographie S. 194.

[2]) Am 6. April.

[3]) Stein à Mme de Stein, Paris 10. avril 1814 (von den Worten „das Gefühl" ab deutsch).

lungen zu beobachten, die am 11. April damit endeten, daß der Gestürzte die Vorschläge der Verbündeten annahm: für sich die Insel Elba und eine Rente von 2 Millionen Francs, für seine Familie 2.5 Millionen[1]). In Steins Augen der würdige Abschluß dieses ruchlosen Daseins. „Der Tyrann hat geendet wie ein Feigling. So lange es nur darauf ankam, das Blut der Andren zu vergießen, war er damit verschwenderisch. Aber er wagt nicht zu sterben, um wenigstens muthig zu enden. Er nimmt ein Gnadengehalt an, er kehrt in die Nichtigkeit zurück, er unterhandelt, um sein Leben zu behalten und die Fortdauer eines schimpflichen Daseins zu sichern. Man versichert, daß er seine Tage zubringt mit Weinen und Seufzen. Welches Ungeheuer und welche Verächtlichkeit!" Uwaroff[2]) hatte in Bonapartes Geschichte eine Mischung von Groteskem und Großem, von Tamerlan und Gilblas gefunden. „Aber es giebt," ergänzte Stein die Bemerkung seines Freundes, „ein drittes Ingrediens in der monströsen Vereinigung von Eigenschaften, die seinen Charakter bilden: das ist Gemeinheit. Sie zeigte sich in seiner Flucht von der Armee in Rußland, in seiner Behandlung derer, so er verfolgt und niedergedrückt hatte, in seinem Umgang, in seinen Reden, und gegenwärtig in seinem Betragen im Unglück; sie geht bis zur Niederträchtigkeit, zur Furcht für sein Leben, zur Feigheit"[3]). Wäre es nach Stein gegangen, so hätten die Verbündeten die Truppen, die Napoleon noch bei Fontainebleau besaß, zersprengt und ihn sammt seiner Familie so behandelt, wie es der „Unterdrücker des Menschengeschlechtes" und die „Canaille" seines Anhangs verdiente[4]).

Eben so streng wie über Napoleon fuhr er, wesentlich mit Gneisenau übereinstimmend, fort über die französische Nation zu urtheilen. „Diese unreine, unverschämte und unzüchtige französische Rasse will mit

[1]) Traité dit de Fontainebleau 11. avril 1814; Angeberg, Congrès de Vienne 1, 148 s.

[2]) Vgl. S. 39 u. Pertz 3, 695.

[3]) Stein à Mme de Stein, Paris 10. avril 1814 (von den Worten „das ist Gemeinheit" ab deutsch). Steins Urtheil stimmt merkwürdig mit dem von Talleyrand überein; s. Pictet, Biographie de Pictet p. 157 s.

[4]) Pertz 3, 578. 4, 4.

einem eisernen Scepter regiert werden. Es ist widerlich zu sehen: nachdem sie sich mit Verbrechen bedeckt hat, spricht sie von ihrer Loyalität, ihrer Güte, ihrer Großmuth, als wenn sie es nicht wäre, die Europa mit Blut und Trauer bedeckt, in zwei Jahrhunderten drei Könige gemordet und durchweg die ekelhafteste Gier gezeigt hat." Er war erst eine Woche in Paris, als er, abermals wie Gneisenau, die Besorgniß äußerte, daß die jetzt vollstreckte Abrechnung nicht die letzte sein werde[1]).

Das war nicht die Stimmung, um sich einem Genusse hinzugeben. Es erging Stein mit Paris fast so, wie es drei Jahrhunderte zuvor dem andren großen Vorkämpfer des Germanenthums, Martin Luther, mit Rom ergangen war. Beide waren so erfüllt mit ethisch-religiösen Ideen halb nationaler halb universaler Tendenz, daß sie in ihrer großartigen Einseitigkeit die Schönheiten ringsum kaum bemerkten, welche Andere entzückten. „Ich werde," schrieb er seiner Frau, „den Himmel preisen, wenn ich nach Deutschland zurückkehren kann." Vor wenigen Wochen noch hatte er erwogen, den Seinigen Paris zu zeigen; jetzt war davon nicht mehr die Rede.

Wir ahnen, was für Sorgen es waren, die ihn in einer widerwärtigen Umgebung zurückhielten. Nach den Verabredungen von Troyes war es selbstverständlich, daß den Bourbonen schon bei Gelegenheit des Waffenstillstandes Frankreich in den Gränzen vom 1. Januar 1792 übereignet wurde[2]). Stein selbst konnte nichts dagegen haben; sein Vertrauen zu der wieder hergestellten Dynastie war unerschüttert[3]). Aber bei jener Concession hatte es leider nicht sein Bewenden: dem französischen Unterhändler wurde eine Gebiets-

[1]) Stein à Mme de Stein, Paris 17. avril 1814: La légèreté de la nation, sa démoralisation me font craindre de nouvelles agitations qui troubleront la tranquillité de l'Europe, et surtout celle de notre pauvre patrie. Vgl. Delbrück, Leben v. Gneisenau (1880) 4, 253 f. 279.

[2]) Convention, Paris 23. avril 1814; Angeberg, Congrès de Vienne 1, 156 s.

[3]) Stein à Mme de Stein, Paris 17. avril 1814: Je désire que les sentiments qu'on marque aux Bourbons, soient aussi constants que les démonstrations qui les expriment, sont bruyants . . . Le comte d'Artois m'a reçu avec beaucoup de bonté et de confiance, on est généralement content de sa conduite sage, modérée et remplie de dignité.

vergrößerung über jene Gränzen hinaus in Aussicht gestellt[1]). Als nun Ludwig XVIII. zurückgekehrt war und die Verhandlungen über den Frieden begannen, haben die beiden Häupter der deutschen Patrioten, die, ohne förmlich mit der Negociation betraut zu sein, doch ihre Meinung äußern konnten[2]), Interesse und Recht des Vaterlandes wahrgenommen. Gneisenau wollte das Elsaß gegen Belgien eintauschen[3]). Von Stein ist überliefert, daß er nicht nur Landau, sondern auch Straßburg zurückbegehrte; jedenfalls suchte er die altdeutschen Enclaven zu retten, die auch die Gränze von 1792 noch einschloß[4]). In demselben Sinne drang Wilhelm v. Humboldt, der officielle Vertreter Preußens, auf Zahlung einer Kriegs-Contribution, die namentlich für das ausgeraubte Preußen eine dringende Nothwendigkeit war[5]). Alles vergebens; Frankreich gab im Frieden von Paris (30. Mai) nicht nur nichts heraus, sondern erhielt wirklich das Geschenk einer nicht unansehnlichen Gränz-Correctur[6]).

War dies nicht mehr abzuwenden, so suchten die Patrioten desto eifriger Deutschland gegen die Wiederkehr der Fremdherrschaft dauernd zu sichern und dem deutschen Volke ein Maß von Rechten zuzuwenden, das in einigem Verhältnisse stand zu den großen von ihm vollbrachten Thaten und den schweren von ihm getragenen Lasten. Deutschland, das war die erste Sorge, sollte nicht etwa Ausstattungsobject für irgend ein Mitglied der Familie Bonaparte werden, wie es nach dem Vertrage mit Napoleon immer noch als möglich erschien[7]):

---

[1]) Thiers, Histoire du consulat et de l'empire (Bruxelles 1861) 18, 61.

[2]) Journal de Hardenberg, 19. avril 1814: Seconde conférence. Gneisenau chez moi avec Stein etc.

[3]) Delbrück, Leben v. Gneisenau 4, 254.

[4]) Pertz 4, 18 f., jedoch ohne Quellenangabe. Steins Selbstbiographie (S. 194) sagt nur: „Frankreich behielt das für Deutschlands Sicherheit so wichtige Straßburg". Treitschke, Deutsche Geschichte 1, 559 f.

[5]) Gebhardt, W. v. Humboldt 2, 51.

[6]) Stein an Hardenberg, Frankfurt 15. Juni 1814 über Saarbrücken: „Es ist ergreifend, mit welcher Anhänglichkeit jene Stadt dem deutschen Vaterland sich ergeben zeigt und mit welchem Gefühl ihre Einwohner die Rückkehr unter die französische Herrschaft ertragen". Vgl. Treitschke 1, 561.

[7]) Art. VIII: Il sera donné au prince Eugène, vice-roi d'Italie, un établissement hors de France.

„Jede Versorgung eines Franzosen oder eines Corsen in Deutschland ist eine Beschimpfung des Volks, welche dasselbe tief verwunden wird"[1]). Hierüber waren die Patrioten, wie sich versteht, einer und derselben Meinung; sonst aber fehlte es nicht an Differenzen. Einst, in der höchsten Spannung des Jahres 1808, hatte Gneisenau als Programm verkündet: keine Bereicherung Preußens auf Kosten der andren deutschen Staaten[2]); dabei hatte die doppelte Hoffnung obgewaltet, daß die Opposition der Rheinbund-Fürsten rechtzeitig gebrochen werden würde und daß Deutschland als ein neuer politischer Körper sich werde constituiren lassen. Jetzt, nach den Metternichschen Verträgen, meinte Gneisenau, daß weder Baiern noch Würtemberg sich fügen, also eine gute deutsche Verfassung nicht möglich sein werde; man möge sich darauf beschränken, für Preußen zu sorgen, indem man es vergrößere und durch eine gute Constitution in Stand setze, neue Erwerbungen, weniger durch die Gewalt der Waffen als durch Liberalität der Grundsätze, zu machen[3]). Stein hingegen behielt gleichzeitig Deutschland und Preußen im Auge. Er drang darauf, daß man sich beeile, sowohl die Elemente einer deutschen Bundesverfassung zu bestimmen wie die disponiblen Territorien gerecht und zweckmäßig zu vertheilen. Hardenberg setzte hierüber eine Denkschrift auf, und Stein pflichtete ihr bei[4]). Hiernach sollte

---

[1]) S. die auf S. 377 Anm. 2 citirte Denkschrift Steins v. 12. Mai 1814; Pertz 4, 17. [2]) Theil 1, 563.

[3]) Delbrück, Leben v. Gneisenau 4, 257 f.

[4]) Doch erhob Stein schon im December 1814 gegen Hardenberg den Vorwurf, er habe in Paris das Interesse seines Staates nicht so, wie er gekonnt, wahr genommen; noch schärfer äußerte er sich später: „Der Leichtsinn des Staatskanzlers verleitete ihn, den vortheilhaften Augenblick unbenutzt zu lassen". Ein Urtheil, das er dann auch auf die Verhandlungen in Frankfurt während des Herbst 1813 erstreckte: beide Male hätte Hardenberg Sachsen für Preußen gewinnen können. Steins Tagebuch während des Wiener Congresses, Histor. Zeitschr. (1888) N. F. 24, 420; Gagern Antheil a. d. Politik 4, 167. 173; Steins Selbstbiographie S. 195. Die Dürftigkeit der Überlieferung gestattet nicht, diese Beschuldigung zu prüfen; was Paris betrifft, so war Gneisenau andrer Meinung als Stein, s. Delbrück, Leben v. Gneisenau 4, 278. 293. Vgl. auch Arndt, Wanderungen S. 247. Über Frankfurt s. Gebhardt, W. v. Humboldt 2, 14 f.

Österreich seine alten Besitzungen bis an den Bodensee zurücknehmen, Preußen eine machtvolle Stellung im Westen und im Osten erhalten. Dort, am Niederrhein, sollte es Norddeutschland vertheidigen, Holland und Belgien stützen; die von Hardenberg gebilligten holländischen Prätensionen auf Jülich[1]) lehnte Stein ausdrücklich ab, und zusammen mit Hardenberg, Gneisenau und Knesebeck (hier verstanden sich einmal die preußischen Parteien) wollte er den Baiern Mainz, das ihnen von Metternich zugedacht war, entwinden. Im Osten war es Sachsen, das er für Preußen in Anspruch nahm, Dresden eingeschlossen, das, wie man munkelte, die Österreicher begehrten; den König dieses Landes, den Hardenberg durch Münster und Paderborn entschädigen wollte, verwies er nach Italien. Wir gewahren hier die Preisgabe einer großen Idee. Im November 1812 hatte Stein die Ruhe Europas auf die Constituirung des deutschen und des italienischen Nationalstaates begründen wollen; jetzt muthete er den Italienern das zu, was er im Namen des eigenen Volkes mit Heftigkeit ablehnte. Eine Inconsequenz, die dadurch nicht erträglicher wird, daß in den Italienern selbst der nationale Gedanke nur schwach entwickelt war[2]).

Eine Zeit lang schien es, als würde der deutschen Nation das, worauf sie ein Anrecht hatte, von Paris aus zugebilligt werden. Dann aber trat unerwartet eine Wendung ein, über deren Einzelheiten wir nicht unterrichtet sind. Stein redete von einer falschen, hinterlistigen Politik, und wir brauchen diese moralische Tendenz nicht zu verwerfen: es wird nicht an Intriguen gefehlt haben[3]).

---

[1]) Vgl. S. 363.

[2]) Stein à Alexandre I., Paris 4. mai; übersetzt b. Pertz 4, 7 f. Mémoire de Stein „sur le plan des arrondissements en Allemagne rédigé par le chancelier d'Etat baron de Hardenberg", Paris 12. mai 1814; übersetzt b. Pertz 4, 15 ff. Hardenbergs Denkschrift ist v. 29. April 1814; excerpirt b. Treitschke, Deutsche Geschichte (1882) 1, 564 f. u. Oncken, Zeitalter der Revolution (1886) 2, 842. 867 f. Vgl. oben S. 191 und Delbrück, Leben v. Gneisenau 4, 254.

[3]) Am 30. April 1814 schrieb Stein seiner Frau: On conviendra sur les bases les plus essentielles des arrondissements et sur les éléments d'une constitution de l'Allemagne; le tout sera terminé vraisemblablement vers le

Entscheidend aber war, daß die Interessen der Mächte zu weit auseinandergingen, um eine sofortige Verständigung zuzulassen. In den Frieden von Paris kam, was die deutsche Verfassung betraf, nur die Wiederholung des Artikels von Châtillon[1]). Ein äußerst empfindlicher Rückschlag. Wenn man indeß die Denkschrift liest, die W. v. Humboldt nach jenem Beschlusse des Minister-Raths von Dijon aufsetzte, so kann man sich der Vermuthung nicht erwehren, daß die Theilnehmer des Beschlusses nachträglich vor ihrer eigenen Kühnheit erschraken; selbst ein so freier Geist wie er hielt es doch für nöthig, an den Respect zu erinnern, den die Nation ihren legitimen Souveränen schulde[2]). Von den territorialen Fragen wurden in Paris nur diejenigen geregelt, welche die Vereinigung Hollands und Belgiens, die italienische Entschädigung Österreichs und die Reconstruction des Königreichs Sardinien betrafen. Über Sachsen und das Herzogthum Warschau beobachtete der Vertrag gänzliches Schweigen, von den linksrheinischen Landschaften, die Frankreich wieder herausgegeben hatte, hieß es nur, daß sie zur Vergrößerung Hollands und zur Entschädigung für Preußen und andere deutsche Staaten dienen sollten. Alles Weitere wurde auf einen Congreß verwiesen, der spätestens innerhalb von zwei Monaten in Wien zusammentreten sollte.

Die verbündeten Monarchen, ihre Heere und ihre Beamten verließen Frankreich. So weit Steins General-Gouvernements auf französischem Boden lagen, kehrten sie unter die nationale Regierung zurück, ein Theil der deutschen verblieb ihm noch eine Zeit lang[3]). Er gedachte sie von Frankfurt aus zu regieren, zu-

---

20. de mai. Ebenso Gneisenau am 20. April (Delbrück, Leben v. Gneisenau 4, 236): „Es sind hier bald die wichtigsten Verhandlungen über Deutschlands Verfassung zu erwarten". Am 12. Mai brauchte Stein den oben citirten Ausdruck (Pertz 4, 16). Am 17. Mai heißt es, wieder in einem Briefe an Frau v. Stein: Peut être que les circonstances exigeront que je me rende à Vienne.

[1]) Art. VI: Les Etats de l'Allemagne seront indépendants et unis par un lien fédératif. Vgl. S. 363.

[2]) Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 147.

[3]) Stein an Gagern, Nassau 3. September 1825 (Gagern, Antheil a. d. Politik 4, 155): „Von ersteren [den deutschen Provinzen] blieb mir Sachsen,

vörderst aber wollte er endlich ein Mal nach dem Seinigen sehen; nicht einmal im Herbst 1813, als er in Frankfurt weilte, hatte er sich ein paar Tage zur Reise nach Nassau abgemüßigt, vielmehr Schwester Marianne zur „Regentin" bestellt. Jetzt aber bog er, in Koblenz eingetroffen, links ab, dieselbe Straße entlang, auf der einst Lavater gekommen war, um mit Frau vom Stein über die Geheimnisse des Reiches Gottes zu reden, die dann in entgegengesetzter Richtung Stein selbst gezogen war, um die Heerscharen zu sehen, die sich zum ersten Kampfe wider die Revolution anschickten[1]). Der Sieg, den er damals so nahe glaubte, hatte fast ein halbes Menschenalter auf sich warten lassen. Wenn er damals meinte, die Streitkräfte von Österreich und Preußen würden zur Bezwingung des Widersachers ausreichen, so hatten nicht nur die Flotten Englands, sondern auch die Aufgebote des fernen Ostens hinzukommen müssen; wenn er damals, an bescheidener Stelle inmitten der Verwaltung der kleinsten Großmacht stehend, nicht im Traume für möglich halten konnte, mit seiner Person in den Kampf verwickelt zu werden, so war er in die vorderste Reihe der Streiter gerückt und sah sich zu den höchsten Stufen irdischer Ehren emporgehoben. Der Sieg über Napoleon war sein Sieg geworden, die Befreiung Europas hatte ihm Freiheit und Eigenthum zurückgegeben. Diese Gedanken werden ihn bewegt haben, als er sich am 10. Juni Nassau näherte. Es war spät geworden, die letzte Stunde des Tages hatte geschlagen; trotzdem ließen es sich seine Landsleute nicht nehmen, ihn zu feiern, so gut sie es vermochten. Die Fenster waren erleuchtet, der Landsturm, in dem die nationale Erhebung sich symbolisirte, war aufgezogen, die Glocken läuteten, jedermann jauchzte ihm, dem größten Sohne des rheinfränkischen Stammes, entgegen. Das Erste, was Stein that, war, daß er mit den Führern des Landsturms ein

---

Frankfurt nebst Fulda anvertraut, bis in den Mai 1815, wo ich Wien verließ". Das Datum ist, wie das Schreiben i. Beiheft z. Militair-Wochenblatt 1847 S. 161 beweist, für Frankfurt und Fulda richtig; Sachsen aber gab die Central-Verwaltung schon früher, am 8. November 1814, ab; s. Pertz 4, 121 f.

[1]) Theil 1, 140.

Scheibenschießen und einen Aufzug der Schützengesellschaft verabredete, die alljährlich am Tage seiner Rückkehr erfolgen sollten: an diese althergebrachte Form der Bewaffnung hatte sich die modernste auch in Nassau, geradeso wie in Preußen[1]), angelehnt; er selbst schenkte der Schützengesellschaft ein Capital von 1000 Gulden zur Vertheilung von Preisen. Dann hielt er Umschau in Haus und Garten. Beide waren sehr vernachlässigt, der Flügel des Hauses kaum mehr zu bewohnen, im Garten — was ihm, dem Naturfreunde, besonders nahe ging — viele von den Bäumen eingegangen, in deren Schatten er als Knabe gespielt, als Jüngling geträumt, als Mann die Zukunft des Vaterlandes erwogen hatte. Er sorgte, so gut es ging, für Ersatz. Aber lange hielt er es in Nassau nicht aus, bald war er wieder bei seinen Acten, nun in Frankfurt, wo er vor dem Eschenheimer Thor ein Landhaus bezog. Da wurde er gewahr, daß der große Kampf um das Wohlergehen des Vaterlandes noch nicht beendet war, vielmehr in neuer Gestalt wieder auflebte.

---

[1]) Theil 2, 543.

[2]) Stein à Mme de Stein, Nassau 12. juin 1814. Stein verließ Paris am 3. Juni und fuhr über Meaux, Chalons und Luxemburg. Sein erster Brief aus Frankfurt ist vom 24. Juni.

Siebenter Abschnitt.

Der Wiener Congreß und der Sturz Napoleons.

1814. 1815.

In dem Kampfe wider das Napoleonische Weltreich hatten sich zwei ursprünglich sehr verschiedene Tendenzen zusammengefunden.

Den Jakobinern folgend und gestützt auf die Kräfte des national geeinten Frankreichs, unternahm es Napoleon, das überlieferte Staatensystem umzustürzen. Von den legitimen Dynastien, die es vertheidigten, beseitigte er einige ganz; die übrigen setzten den Kampf gegen ihn fort, aber mit ungünstigem Erfolge, so lange sie sich der aus dem 18. Jahrhundert überlieferten Mittel der Staatskunst bedienten. Erst als ihnen, gesucht oder ungesucht, der Beistand der Nationen zufiel, trat die Wendung zu ihren Gunsten ein. Die spanischen Juntas, die russischen Bauern, das auf einer grandiosen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ruhende neue preußische Heer, dem sich, wenn auch spät, die andren deutschen Aufgebote anschlossen: sie waren es, die den Sieg an die Fahnen der Dynastien fesselten.

Wenn man nun, nach der Niederwerfung Napoleons, die Frage aufwarf, wem in dieser Allianz der Siegespreis zugefallen war, so konnte die Antwort nicht zweifelhaft sein: den Löwentheil hatten die Dynastien davongetragen. Diejenigen von ihnen, welche der revolutionäre Emporkömmling verjagt hatte, kehrten zurück, die andren sahen sich wieder in dem ruhigen unangefochtenen Besitze ihrer Renten und Rechte. Nur in Spanien hatte, durch die Verfassung von 1812, die Nation einen ansehnlichen Theil am öffentlichen Wesen, übrigens ohne Mitwirkung ihres Königs, gewonnen, und im skandinavischen Norden ging das tapfere norwegische Volk, das durch die

modernste Cabinets-Politik wie eine Herde an den ländergierigen Bernadotte verhandelt werden sollte, eben jetzt an das große Werk, seine unveräußerlichen Rechte in einer Constitution zu formuliren. Diejenige Nation dagegen, welche das Meiste und Beste in dem Freiheitskampfe gethan hatte, die deutsche, war ganz leer ausgegangen. Sie sah die Einheit, die sie auf dem Schlachtfelde eben so sehr bewährt wie erstrebt hatte, durch keine Institution des Friedens gesichert, und keine von den Dynastien, zwischen welche sie getheilt war, gestand ihren Unterthanen ein irgendwie geartetes Recht an den Staat zu. Verglichen mit den alten Zuständen, wie sie vor dem Ausbruche des Krieges gegen die französische Revolution gewesen waren, hatte sich die Lage der Deutschen sogar noch verschlechtert. Denn damals hatte es im Reiche eine wenn auch schwach constituirte Central-Gewalt und in den meisten Territorien Stände, wenn auch in veralteter Organisation, gegeben. Diese letzten Reste von Einheit und Freiheit wurden durch den Rheinbund beseitigt, und wenn dessen fürstliche Glieder durch das bloße Dasein des brutalen Protectors vor den äußersten Consequenzen des Souveränitäts-Dünkels bewahrt geblieben waren, so hatten, ein ironisches Geschick, die Waffen der Freiheitskämpfer auch diese Schranke niedergelegt. Eine besondere Schärfe bekam die politische Rechtlosigkeit der deutschen Nation noch dadurch, daß die besiegten Franzosen soeben in den Besitz von Rechten gekommen waren, die weitaus das übertrafen, was ihnen der nunmehr gestürzte Imperator von den einstigen freiheitlichen Errungenschaften der Revolution gelassen hatte.

Das deutsche Volk hätte jedes Ehrgefühls und Stolzes baar sein müssen, wenn es nicht diese Zurücksetzung lebhaft und peinlich empfunden hätte. In einem Schreiben Steins aus dem Sommer 1814 lesen wir von der Verzweiflung, die sich der ganzen Bevölkerung bemächtigt habe und die sich in der unzweideutigsten Weise kund gebe. Das Volk fühle seine Kraft und vergleiche den Zustand, in dem es sich jetzt befinde, mit demjenigen, den es zu erhoffen gewagt habe. Man habe ihm die Waffen in die Hand gegeben, damit es sich gegen die Invasion der Fremden vertheidige, und aller Orten

zeige es in dieser Hinsicht die besten Gesinnungen. Aber überall bedrohe es auch seine Unterdrücker, die 30 Despoten, wie Stein die deutschen Fürsten nennt, und diese fänden sich gänzlich isolirt gegenüber der Menge; der mit der Gewalt getriebene Mißbrauch habe das ganze Volk in einem gemeinsamen Interesse vereinigt gegen einige jeder persönlichen Achtung beraubte Individuen. „Die Deutschen allein sehen sich einer eben so erniedrigenden wie lächerlichen Tyrannei unterworfen. Glaubt man, daß ihre Zungen, ihre Federn gefesselt, ihre Arme gelähmt sind?"[1])

Niemand trug an diesem Zustand der Rechtlosigkeit schwerer als diejenigen, welche vor der Epoche des Rheinbundes im Besitze derselben politischen Rechte gewesen waren wie die jetzigen „Souveräne", nämlich die Mediatisirten, und unter ihnen wieder am bittersten der große Patriot, der eben so zähe wie leidenschaftlich das gute Recht seiner Nation verfochten hatte. Daß ihm auf diesem Gebiete bis jetzt nichts geglückt war, sah er fast als eine persönliche Zurücksetzung an; auch die aus Paris mit fortgenommene Hoffnung, das unvollendet Gebliebene bald in Wien vollenden zu können, sank dahin: der Congreß wurde vertagt. Widerspenstig waren die Klein- und Mittelfürsten, lau die Häupter der Coalition, den Zaren nicht ausgenommen. Kein Zweifel, das Verhältniß zwischen dem russischen Selbstherrscher und dem deutschen Edelmann hatte eine Abwandlung erfahren. Sie hatten sich im März 1812 zum Sturze Napoleons verbunden; je näher dies Ereigniß rückte, desto mehr traten die Divergenzen in ihrer nationalen Parteistellung hervor: die erste jene Hinneigung des Zaren zu Metternich im Herbste 1813, die zweite die verschiedene Beurtheilung der französischen Thronfolge; in Paris war Alexander auf jene Indiscretion Stewarts zurückgekommen, und Stein hatte die Empfindung, daß er weniger freundlich, offen und mittheilsam sei als bisher[2]).

Indessen so leicht ließ sich die Waffenbrüderschaft, die in schweren

[1]) Stein à Alexandre I., Bruchsal 9. juillet 1814.

[2]) Steins Selbstbiographie S. 192. Steins Tagebuch während d. Wiener Congresses, Histor. Zeitschr. (1888) N. F. 24, 392.

glücklich bestandenen Kämpfen begründet war, nicht erschüttern, und wenn Stein die Situation kühl erwog, so blieb Alexander der einzige von den Monarchen, mit dem etwas durchzusetzen war. Als nun jetzt, im Juli 1814, der Zar von seiner Londoner Reise zurückkam[1]), suchte Stein ihn bei seinen badischen Verwandten in Bruchsal auf und besprach mit ihm die Wünsche der Patrioten. Er schilderte ihm die deutschen Zwingherrscher, die völlige Nichtigkeit der Einen, die Faulheit, Falschheit, Knickerei der Andern, das Sultansfieber und die verderbten Neigungen, von denen ein Dritter besessen sei: „Sie achten weder die Meinungen noch die Sitten noch die Gebräuche noch die heiligsten von ihnen selbst und von ihren Vorfahren eingegangenen Verpflichtungen; sie haben die intermediären Classen zertreten, erniedrigt, beschimpft; sie überhäufen das Volk mit Abgaben und Frohnen; sie verschonen nur diejenigen, welche ihren Leidenschaften schmeicheln, z. B. in Darmstadt die Komödianten und Musikanten, in Stuttgart die Günstlinge und die Wildschweine." Stein erinnerte den Zaren daran, daß er selber den Finnen ihre alten Institutionen gelassen habe und sogar mit den rebellischen Polen sich vergleiche. Er legte ihm eine von Ludwig, dem baierischen Kronprinzen[2]), empfangene Denkschrift vor, in welcher gefordert war, daß die deutsche Föderation nicht nur die Integrität Deutschlands, sondern auch die Constitution verbürgen müsse, die nothwendiger Weise den deutschen Territorien zu geben sei. In demselben Sinne habe Wilhelm, der vom Kaiser so hoch geschätzte Kronprinz von Würtemberg, geredet von der Nothwendigkeit einer Garantie der bürgerlichen und der politischen Rechte: „Seine persönliche Stellung sichert ihn klärlich gegen jeden Verdacht von Vorurtheilen, die an einen Ort oder eine Kaste geknüpft sind." Schließlich bestürmte Stein den Zaren, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß in Deutschland die öffent=

[1]) Nach Häusser, Deutsche Geschichte (1863) 4, 569 hatte Stein die Theilnahme an dieser Reise abgelehnt, weil er sich nicht wolle vom britischen Prinz=Regenten begaffen lassen.

[2]) Stein hatte den baierischen Kronprinzen im April 1814 in Paris, im Juni in Frankfurt gesehen. Pertz 5, 786; Arndt, Erinnerungen S. 232.

liche Ordnung aufrecht erhalten und das nationale Glück verbürgt werde[1]).

Ein positives Ergebniß für Deutschland hatte die Unterredung nicht. Der Zar reiste heimwärts, und der Wiener Congreß, dem er nicht vorgreifen wollte, sollte erst Anfang October zusammentreten. Dafür glückte es Stein an andren Stellen, gleich jetzt Erfolge zu erringen. Vor Allem verständigte er sich mit dem preußischen Staatskanzler über den Entwurf zu einer deutschen Verfassung.

Wir kennen die eigenthümliche, aus Interesse und Gleichgültigkeit wunderlich gemischte Stimmung, die Hardenberg gegenüber Deutschland in den letzten Jahren des 18., den ersten des 19. Jahrhunderts hegte[2]). Der Friede von Tilsit, die Vollendung der französischen Herrschaft im Reiche, die Reformirung und neue Gefährdung Preußens lenkten seinen Blick ganz von Deutschland fort; Jahre hindurch fiel sein politischer Horizont mit dem des verkleinerten Preußens zusammen. Aber die russische Allianz, der Freiheitskampf und, wie wir annehmen dürfen, die Mahnungen Steins, die mündlichen wie die schriftlichen, erweckten in dem allezeit Empfänglichen wieder die deutsche Ader zu kräftigeren Schlägen; namentlich werden ihn die Vorgänge in Chaumont und Dijon angeregt haben. So fand er sich jetzt, als Stein von Bruchsal nach Frankfurt zurückgekehrt war, mit einem eigenen Verfassungsentwurfe ein. Dieser wurde der Berathung zu Grunde gelegt, die am 17. Juli Statt fand und zu der noch Graf Solms-Laubach gezogen wurde[3]). Zu einem förmlichen Abschied, wenn es erlaubt ist, dies Wort unserer Altvordern auf die Conferenz der Drei anzuwenden, ist es in Frankfurt nicht ge-

---

[1]) Der Zar kam in Bruchsal am 8. Juli an. Stein begab sich dorthin am 9. (vgl. S. 383) und kehrte am 14. nach Frankfurt zurück. Stein à Mme de Stein, Francfort 19. juillet 1814.

[2]) Oben S. 165 f. Ranke, Denkwürdigkeiten v. Hardenberg (1877) 1, 29 ff. 129 ff. 159 ff. 3, 344. 5, 294 ff.

[3]) Hardenbergs Tagebuch 15. Juli 1814: Chez Stein à son jardin; *ibi* Arndt. — 17. Juli: Chez Bethmann. *Conferenz mit Stein wegen des deutschen Bundes*. — Die Theilnahme von Solms ergiebt sich aus Hardenbergs Schreiben v. 23. Juli 1814 (s. unten).

kommen. Vielmehr nahm Hardenberg, als er die Stadt verließ, die Bemerkungen seiner beiden Partner mit und benutzte sie bei einer Umgestaltung seines Entwurfes, der nunmehr 41 Artikel zählte. Nach einigen Tagen schickte er sie, durch Vermittelung von Solms, an Stein zurück, der so noch ein Mal Gelegenheit erhielt, seine Meinung zu äußern[1]).

Vergleicht man die ursprüngliche und die schließliche Form des Hardenbergschen Entwurfes, so ist die Einwirkung Steins auf den ersten Blick sichtbar.

Vor Allem fügte sich ihm der Autor in der Cardinal-Frage: welchen Umfang soll der Bund haben? Hardenberg wollte ursprünglich die gesammten „deutschen" Länder der beiden Dynastien Öster-

[1]) Denkschrift v. Hardenberg o. D. (vor der Frankfurter Conferenz entstanden), beginnend mit den Worten: „Deutschland wird in 7 Kreise eingetheilt". — Hardenbergs „Entwurf der deutschen Bundes-Verfassung" o. D.; ursprüngliche Fassung, für die Frankfurter Conferenz aufgesetzt. — Am Rande Bemerkungen Steins, benutzt und erweitert zu der Denkschrift Steins: „Über die deutsche Bundes-Verfassung", Frankfurt 16. Juli 1814; mit einigen Auslassungen b. Pertz 4, 43 ff. — Hardenbergs „Entwurf der Grundlagen der Deutschen Bundes-Verfassung" o. D., am 23. Juli vom Autor aus Leipzig an Graf Solms geschickt (H. Baumgarten Im neuen Reiche 1879 S. 549); es sind die sogenannten 41 Artikel. Sie enthalten einige motivirende Bemerkungen, in denen der Autor redend auftritt; merkwürdiger Weise sind sie gleich bei der ersten Veröffentlichung (in Klüber, Acten d. Wiener Congresses [1815] 1, 1, 45 ff.) mit gedruckt und dann natürlich später wiederholt worden: bei Pertz 4, 49 ff.; Angeberg, Congrès de Vienne 1, 243 s.; Schmidt, Gesch. der deutschen Verfassungsfrage S. 173 ff. — Die Glossen, die Stein den 41 Artikeln hinzufügte (vollständig nur bei Pertz 4, 49 ff.), sind frühestens Anfang September 1814 entstanden; denn die Glosse zu Art. 7 (Pertz 4, 52) ist wörtlich der Nassauischen Verfassung (§ 2 Nr. 1) entnommen, die das Datum des 1. u. 2. Septembers 1814 trägt (vgl. unten S. 402). W. Sauer (d. Herzogthum Nassau 1813—1820 [1893] S. 20) kehrt das Verhältniß um und meint, die fragliche Stelle der nassauischen Verfassung sei den Steinschen Glossen entnommen. Aber sie ist, wie ein Vergleich mit Steins Denkschrift v. 24. August (Sauer S. 16) zeigt, aus der Feder des nassauischen Präsidenten Ibell geflossen, der die Bemerkungen der Steinschen Denkschrift in den Constitutions-Stil umzuschmelzen hatte. — Über den von Stein citirten Almendingen s. Sauer S. 8; Meinecke, d. deutschen Gesellschaften (1891) S. 19; Spielmann, K. v. Ibell (1897) S. 57. — Alle bisherigen Darstellungen dieser Episode leiden an dem Fehler, daß sie Hardenbergs Entwurf unbenutzt ließen.

reich und Brandenburg aufnehmen. Stein widersprach. Er fürchtete, daß Österreich sich einer starken, ihm nicht allein übertragenen Central-Gewalt nur ungern unterwerfen und ihr große Schwierigkeiten bereiten werde; um diesen zu entgehen, werde man dann die Central-Gewalt so schwächen müssen, daß sie gegen den „Sultanism" nur wenig Schutz gewähre. Aber auch von den preußischen Provinzen auf dem rechten Elbufer gestand er zu, daß sie ein seit Jahrzehnten eng verbundenes, geschlossenes Ganze bildeten, das nicht ohne großen Nachtheil in andre Formen gefaßt werden könne. Es waren im Grunde dieselben Schwierigkeiten, denen er in seiner August-Denkschrift durch die Ausschließung Preußens hatte begegnen wollen; ähnlich war denn auch der Ausweg, den er jetzt vorschlug und durchsetzte: von Preußen sollten nur die Provinzen links der Elbe, von den österreichischen Landschaften nur Vorder-Österreich[1]) in den Deutschen Bund aufgenommen, beide Staaten aber in ihrer Gesammtheit durch ein unauflösliches Bündniß mit Deutschland vereinigt werden. Hardenberg wollte ferner die Vereinigten Niederlande, wo möglich auch die Schweiz „zu einem beständigen Bündnisse" einladen; namentlich schwelgte er in dem Gedanken, den burgundischen Kreis, der die nördliche wie die südliche Niederlande umfassen sollte, zu erneuern. Stein war nicht dafür. Er ließ die Schweiz, bei welcher offenbar schon Hardenberg Schwierigkeiten voraussah, ganz bei Seite. Mit der Niederlande wollte er zwar, in Erinnerung an die französischen Siege der Jahre 1794 und 1795, ein enges Bündniß; aber ihre Aufnahme in den Deutschen Bund, meinte er, würde dessen Verhältnisse nur noch mehr verwickeln.

Das ganze Gebiet des Deutschen Bundes, mochten nun die alten Vorlande des Reichs im Norden und Süden beitreten oder nicht, schlug Hardenberg vor in Kreise einzutheilen; der Gedanke war von ihm seit seiner fränkischen Zeit, zuletzt noch in einer Denkschrift des Jahres 1806, verwerthet worden[2]). Auch Stein hatte sich seiner

[1]) Wie es in den 41 Artikeln erläutert wurde: „Salzburg, Tirol, Berchtesgaden, Vorarlberg und dasjenige, was dieses Erzhaus am Ober-Rhein erhalten wird". [2]) S. 385 Anm. 2.

bedienen wollen, um den Mängeln in der Verfassung des preußischen und münsterländischen Westfalens abzuhelfen[1]); jetzt zeigte er keine große Neigung dafür: namentlich wohl, weil er voraussah, daß auf diese Weise die rheinbündischen Mittelstaaten gestärkt werden würden. Doch fügte er sich: aus der deutschen Geschichte war ihm bekannt, welche guten Dienste die Kreise bei der Handhabung der Executive geleistet hatten. Nur sollte es noch eine Gewalt über ihnen geben.

Der Kreis-Gedanke wirkte bei Hardenberg weiter und bestimmte auch die Gliederung der Bundesversammlung. Sie sollte aus zwei Räthen bestehen: dem Rath der Kreis-Obersten und dem allgemeinen Rath. Der Rath der Kreis-Obersten sollte als ein ständiger Ausschuß des allgemeinen Raths fungiren und zwölf Stimmen enthalten: je drei geführt von Österreich und Preußen, eine von dem „Fürsten der Vereinigten Niederlande", die übrigen fünf von Baiern, Hannover, Würtemberg, Hessen und Baden; es waren die weltlichen Kurfürsten des Jahres 1803, denen Hardenberg, „um so viel möglich Zufriedenheit zu bewirken", eine bevorrechtete Stellung geben wollte. Die Kreis-Obersten sollten die Executive im weitesten Sinne des Wortes erhalten, aber auch in dem allgemeinen Rath, dem die gesetzgebende Gewalt zufiel, das Übergewicht haben, indem sie dort doppelte Stimmen führten[2]).

Wer aber sollte in den beiden Räthen der Bundes-Versammlung den Vorsitz führen? Auf diese Frage gab Hardenberg eine Antwort, die man für eine Ironisirung des Problems halten würde, wenn man nicht dessen ungeheure Schwierigkeit kennte. „Den Vorsitz und die Geschäftsleitung", bestimmte er, „haben abwechselnd alle[3]) Kreis-Obersten." Ein wahrhaft ungeheuerlicher Vorschlag, der jede Geschäfts-Continuität aufgehoben und neben Österreich und Preußen nicht nur Baiern und Hannover, sondern auch Würtemberg, Hessen und Baden, ja sogar den Fürsten der Vereinigten Niederlande in regelmäßiger Wiederkehr an die Spitze Deutschlands gestellt hätte.

[1]) Theil 1, 192. 196. 246.

[2]) 24 von 45 Stimmen.

[3]) Er fügt hinzu: „zwölf". In Wahrheit waren es nur acht.

Stein war es, der zunächst ein Directorium vorschlug, bestehend aus den schon in Chaumont bezeichneten vier Bundesgliedern (Österreich, Preußen, Baiern und Hannover), denen, wenn es nicht zu vermeiden sei, Würtemberg hinzutreten sollte. Aber das Streben nach Centralisation und die fortdauernde geheime Neigung für das Erbkaiserthum bestimmte ihn, noch einen Schritt weiter zu gehen und Österreich das Präsidium zu übertragen. Sollte nun aber Preußen sich Österreich einfach unterordnen? Das war seine Meinung nicht. Auch in der alten Reichs-Verfassung war die Central-Verwaltung getheilt gewesen zwischen dem Kaiser und dem Kurerzkanzler; daran knüpfte er jetzt an: Österreich sollte, wie er formulirte, „das Präsidium oder die Befugnisse des Kaisers", Preußen „das Directorium oder die Rechte von Mainz" erhalten. Das war nun zwar keine Ironisirung, wohl aber eine Umgehung des Problems; denn unmöglich konnte es Steins Absicht sein, die Eifersucht der kaiserlichen und der erzkanzlerischen Instanzen wieder aufleben zu lassen. Er gerieth also ins Schwanken und übertrug Österreich das Präsidium allein, um jedoch nachher wieder zu seiner ersten Formel zurückzukehren. In jedem Falle war es seine Absicht, die Kreise nur zum Zwecke der Executive bestehen zu lassen, den Rath der Kreis-Obersten dagegen zu beseitigen[1]). Hardenberg konnte sich von diesem seinen Liebling nicht trennen; er constituirte ihn nun selbständig, neben ihm den „Rath der Fürsten und Stände". Gewissermaßen eine Erneuerung des Kurfürsten-Collegiums und des Fürsten-Collegiums, dieses vermehrt um die Reliquien des Städte-Collegiums: die neue „freie Bundesstadt" Frankfurt, der Sitz der Bundesversammlung[2]), sowie die drei Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen, denen nicht, wie Hardenberg Anfangs gewollt, nur eine Collectiv-Stimme, sondern nach Steins Wunsch vier Stimmen

[1]) Stein: „Ein Rath der Kreis-Obersten, wo das Präsidium alternirt, ist zu unbeholfen und zu schwach, um mit Nachdruck wirken zu können". Pertz 3, 46.

[2]) So schon in Hardenbergs erstem Entwurfe. Damit war Regensburg (s. S. 311) preisgegeben.

zugetheilt wurden. Aber auch die andren Einwendungen Steins leuchteten Hardenberg ein, und so übernahm er das Directorium, setzte es jedoch nur aus Österreich und Preußen zusammen, dergestalt, daß er Österreich das Präsidium zusprach. Die hierfür gewählte Formel[1]) sagte Stein nicht völlig zu; auch vermißte er präcise Angaben über die Formen, in denen die Executive gehandhabt werden solle. Er schlug folgende Abstufung vor: „Ermahnungs-Schreiben; Anzeige am Bundestage; wo Verzug in der Gefahr ist, kräftige Maßregel".

Sowohl in Prag wie in Chaumont hatte Stein aus Deputirten der Landtage eine Art Unterhaus beim Bundestage bilden wollen[2]). Darauf ging Hardenberg, in Übereinstimmung mit sich selbst sowohl wie mit seinem Landsmann Graf Münster[3]), nicht ein. Stein aber erinnerte noch ein Mal daran, wie wichtig es sei, im Bundestage die Elemente zu vermehren, welche die Verfassung zu schützen geeignet seien: „Besteht der Bundestag allein aus Fürsten, so ist die Bürgschaft für die Dauer der inneren Territorial-Verfassung gerade denjenigen anvertraut, die ein Interesse haben, sie zu untergraben und ihre eigene Gewalt auszudehnen".

Das führt uns auf die Competenz-Begränzung zwischen der Central-Gewalt und den Einzelstaaten: ein Problem kaum minder schwierig als die Oberhaupts-Frage. Wo ruhte die Souveränität? Hardenberg, durch Amt und Neigung Repräsentant eines der Particular-Staaten, hatte ursprünglich deren Interesse im Auge. Er

[1]) Hardenberg: „Das Directorium führen der Kaiser von Österreich, welcher den Vorsitz bei allen Bundes-Versammlungen hat, und der König von Preußen gemeinschaftlich". Pertz 3, 56.

[2]) Oben S. 311 f. 369 f. Denkschrift von Chaumont: La diète se composerait des députés des princes et de ceux des villes anséatiques, auxquels on ajouterait, pour avoir une représentation plus égale, des députés des états provinciaux. Ces députés n'auraient point de caractère diplomatique, ils ne seraient point mandataires et seront renouvelés périodiquement tous les 5 ans, par $^1/_5$ chaque année.

[3]) Denkschrift des Grafen Münster, Dijon 30. März 1814; Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 139. Münster wollte nicht mettre les sujets de pair avec leurs souverains.

formulirte also: „Jeder Staat wird in seinen Gränzen alle Souveränitäts-Rechte ausüben, insofern der Bundesvertrag solche nicht zum gemeinschaftlichen Besten einschränkt oder Ausnahmen festsetzt." Dazu bemerkte Stein: „Die Souveränität ist aber eine durch Gesetze beschränkte, keine unbedingte". Eine Clausel dieser Art hat Hardenberg nicht in die 41 Artikel aufgenommen, aber einige Wirkung übte Steins Kritik doch auf ihn; denn durchweg ersetzte er das jüngere, von vorn herein für deutsche Patrioten mißtönende und mit dem Rheinbunde erst recht in Mißcredit gerathene Wort ‚Souveränität' durch die altdeutsche, mit dem Reichs-Gedanken vereinbare Bezeichnung ‚Landeshoheit'[1]. Noch williger ging er auf ein zweites Amendement Steins ein. Gleich im Anfange seines Entwurfes hatte er die Ewigkeit und Unauflöslichkeit des Bundes stipulirt. Stein genügte das nicht; er fügte hinzu: „Man wird eine Strafe festsetzen müssen auf die Verletzung der Bundes-Acte, die Acht gegen den, der sich mit Fremden verbindet oder der den Bund oder einzelne Mitglieder bekriegt". Dies fand Hardenberg billig: die Acht als Strafe für Verletzungen des Bundesvertrages kam in seine 41 Artikel. Grimmig nahm Stein von diesem Erfolge Act und glossirte, in Erinnerung an die Schande der Basler Pacification und ihrer Folgen: „Also kein Separat-Frieden wie Anno 1795, 1796".

Die Beschränkungen der Souveränität, die Hardenberg vornahm, betrafen die Kriegs- und die Justiz-Hoheit. Kein Bundesglied darf das andere bekriegen, wie das zuletzt 1778 geschehen ist, keines darf Truppen in den Sold eines anderen Staates geben, wie das noch während des amerikanischen Krieges geschehen ist. „Wird ein Bundesstaat angegriffen, so sind alle Glieder des Bundes zu seiner Vertheidigung verpflichtet. Bundesstaaten, die nicht zugleich auswärtige Länder besitzen, dürfen allein und ohne den ganzen Bund weder Kriege führen noch daran Theil nehmen." Doch wagte

[1]) Graf Solms war auch damit nicht zufrieden; er schlug (Frankfurt 31. Juli 1814) Hardenberg vor, das Wort Landeshoheit zu ersetzen durch Höchste (höhere) Regierungsrechte oder Wesentliche Regierungsrechte.

Hardenberg ein einheitliches Bundesheer so wenig wie Stein vor ihm ein Reichsheer zu fordern; er ließ es beim System der Contingente, die jedoch kreisweise zusammengefaßt werden sollten, damit aus der Militär-Verfassung des Bundes das wurde, was Hardenberg in die Worte faßte: „Sie muß stark und kräftig sein und schnelle Hülfe gewähren". Erst im Laufe der Debatte nahm er die Bestimmung Steins aus dessen August-Denkschrift an, daß Bundesstaaten, die kein vollständiges Regiment zu stellen vermöchten, nicht die Befugniß hätten, eigene Truppen zu halten. Die Inspection im Frieden, das Commando im Kriege übertrug er dem Kreis-Obersten. Die Verpflichtung zum Militär-Dienst wollte er allgemein geregelt sehen; doch ließ er die besonderen Vorschläge, die Stein in dieser Hinsicht schon jetzt machte, bei Seite[1]).

Wer nicht Krieg führen darf, kann auch keinen Frieden schließen. Indeß hat Hardenberg das Verbot für die Bundesstaaten[2]), Gesandte und Geschäftsträger an auswärtige Staaten zu schicken oder von ihnen zu empfangen, erst nach den Frankfurter Berathungen formulirt.

„Kein Bundesglied darf sich durch Selbsthülfe Recht schaffen": so hieß es bereits in Hardenbergs erstem Entwurfe. Als Gerichtshof für die Streitigkeiten der Bundesglieder nahm er ursprünglich die Bundesversammlung in Aussicht; die Idee eines besonderen Bundesgerichts bezeichnete er nur als erwägenswerth. Stein setzte durch, daß sie in den 41 Artikeln realisirt wurde[3]).

---

[1]) Noch war in Preußen das Wehrgesetz, das Boyens Namen trägt, nicht ergangen; Stein unterschied also, im Sinne der Scharnhorstschen Entwürfe von 1807, an deren Berathung er selbst Antheil genommen hatte (s. Theil 2, 544), zwischen Linie und Landwehr. In den Rand-Bemerkungen zu Hardenbergs Entwurf wollte er sowohl den Adel wie den Lehrstand vom Dienst in der Linie ausnehmen, in den Bemerkungen zu den 41 Artikeln (Pertz 4, 62) nur die „Erbstände", in der Denkschrift „Über die deutsche Bundes-Verfassung" den „Güter-Adel", womit er wahrscheinlich auch die Erbstände meinte.

[2]) Natürlich nur für diejenigen, die nicht zugleich auswärtige Länder besaßen.

[3]) Doch hatte Stein selbst geschwankt. In der August-Denkschrift figurirten Reichsgerichte (oben S. 311); in der Denkschrift von Chaumont war die

Sehr oberflächlich behandelte Hardenberg im ganzen Laufe der Debatte die Bundesfinanzen. Er erwähnte sie selbst in den 41 Artikeln nur ein einziges Mal; da, wo er von Bundesfestungen redete, fügte er hinzu, es sei für ihre Errichtung und Erhaltung ein sicherer Fonds anzuweisen[1]). Stein wollte dem Bunde eigene Einnahmequellen erschließen: in der Post, dem Rhein-Octroi, den Zöllen. Schon bei der ersten Lecture des Hardenbergschen Entwurfes erklärte er, knapp und scharf: „Alle Binnenzölle abschaffen! Bundes-Gränzzölle!"

Eng damit zusammenhängt, daß die Postulate Hardenbergs über die Competenz des Bundes unbestimmt waren und blieben. Anfangs hieß es, schon wenig kategorisch: „Die Bundesversammlung soll sich bemühen, nützliche Einrichtungen und Anordnungen zum Wohl des Ganzen herzustellen, als z. B. ein allgemeines Gesetzbuch, gleiches Münzwesen, eine zweckmäßige Regulirung der Zölle, des Postwesens, Erleichterung des Handels u. s. w." In den 41 Artikeln war dies noch weiter abgeschwächt: „Man soll suchen u. s. w."; denn es war zweifelhaft, ob diese Mahnung sich an den Bund oder an die Einzelstaaten richtete. Dringend nöthig war also Steins Glosse: „Gemeinschaftliche Bundesangelegenheiten sind: Handels-Einschränkungen, Münzsachen, Zollwesen, Postwesen. Diese Verwaltungsgegenstände können dem einzelnen Landesherrn nicht überlassen bleiben, ohne die Nachtheile einer zerstückelten und das Ganze störenden Maßregel zu erzeugen." Noch ein Mal betonte er, daß der Gewerbfleiß von ganz Deutschland durch die Auflösung in kleine Post- und Zoll-Districte gelähmt werde; als besonders verderblich bezeichnete er die letzteren. Wir sehen: er konnte sich auf diesem Gebiete nicht genug thun. Die Erfahrungen, die er im alten Preußen mit den Binnenzöllen verschiedener Art gemacht hatte, wirkten bei ihm nach zu Gunsten des neuen Deutschlands.

Nach den Vorgängen in Preußen während der Jahre 1810

Entscheidung der Streitigkeiten sowohl zwischen den Bundesstaaten wie zwischen Fürsten und Unterthanen dem Bundestage übertragen.

[1]) Artikel 37 (Pertz 4, 63). — Artikel 35 gilt nur den Kreis-Finanzen.

und 1811 werden wir uns nicht wundern, daß Hardenberg über die Landtage kurz angebunden war. Er verfügte ursprünglich nur: „In jedem deutschen Staat soll eine ständische Verfassung nach den Local-Umständen eingeführt werden." Wie der Landtag zusammengesetzt sein sollte, davon war nicht die Rede; Stein drang darauf, daß aller Orten neben den erblichen auch gewählte Stände sein sollten. Wegen der ständischen Rechte bemerkte Hardenberg Anfangs: es sei durch den Bundesvertrag ein Minimum festzusetzen; bloß das Recht, beim Bundestage Beschwerde zu führen, sanctionirte er sofort. Stein setzte durch, daß hinzugefügt wurden ein Antheil an der Gesetzgebung und die Verwilligung der Landesabgaben[1]). Als er aber die 41 Artikel las, genügte ihm das nicht; er bemerkte: „Wichtige, das Eigenthum, die persönliche Freiheit und die Verfassung betreffende neue Landesgesetze können ohne den Rath und die Zustimmung der Landstände nicht eingeführt werden."

Etwas freigebiger war Hardenberg gleich Anfangs in der Ausmessung der „persönlichen Rechte eines jeden Deutschen", wie er die Grundrechte ursprünglich, der „Deutschen Bürgerrechte", wie er sie nach Steins Vorgang später nannte. Er verhieß: Auswanderung ohne Abschoß; Übertritt aus dem Dienst eines Bundesfürsten in den eines andren; Studium auf andren deutschen Universitäten und Lehranstalten. Viel war das nicht, und es mußte als eine ansehnliche Erweiterung gelten, wenn Stein hinzufügte: „Habeas-Corpus-Acte", was dann Hardenberg erläuterte als „die Sicherheit, nicht über eine gewisse Zeit verhaftet werden zu können, ohne einem richterlichen

---

[1]) Unberücksichtigt ließ Hardenberg eine weitere Forderung Steins: „Die Landtags-Acten werden durch den Druck zur allgemeinen Kenntniß gebracht". Sonst ist gerade hier die Übereinstimmung zwischen Steins Kritik und den 41 Artikeln fast wörtlich.

Stein (Pertz 4, 48): „Die Stände nehmen Theil an der Provincial-Gesetzgebung, verwilligen Provincial-Abgaben, vertreten die Verfassung bei dem Landesherrn, bei dem Bunde".	Die 41 Artikel (Pertz 4, 52): „Ihre Befugnisse sollen vorzüglich sein: ein näher zu bestimmender Antheil an der Gesetzgebung; Verwilligung der Landesabgaben; Vertretung der Verfassung bei dem Landesherrn und bei dem Bunde".

Ausspruch nach den Gesetzen unterworfen zu werden" [1]); ferner: Sicherheit des Eigenthums, auch gegen Nachdruck, und Recht der Beschwerde. Eine letzte Forderung Steins, die dem Druck dieser Beschwerden galt, erweiterte Hardenberg zu dem Satze: „Preßfreiheit nach zu bestimmenden Normen".

Den Mediatisirten endlich war Hardenberg kaum minder geneigt als Stein. In einer Aufzeichnung, die nicht lange vor den Frankfurter Berathung entstanden ist, wollte er ihnen die größten Zugeständnisse machen, und in den 41 Artikeln erklärte er geradezu: „Billig sollten die mediatisirten ehemaligen Reichsstände mit den übrigen gleich gesetzt werden. Da dieses aber ohne große Zerrüttungen nicht geschehen kann, so ist wenigstens alles Mögliche für sie zu thun." Er ging also mit Freuden auf Steins Vorschläge ein, sie hier und da noch weiter specialisirend, ja überbietend. Die Mediatisirten sollten nach den 41 Artikeln erhalten: persönliche Ehrenrechte und Vorzüge, die im Einzelnen noch nicht genannt waren; alle Einkünfte, die sie zur Zeit der Stiftung des Rheinbundes besessen hatten; „in ihren Familien", hieß es weiter, „genießen sie der alten deutschen Autonomie; in Criminal-Sachen sollen sie von einem Gerichte der Standesgenossen [2]) gerichtet werden; ihnen werden Jurisdictions-Rechte gesichert und Präsentations-Rechte in den landesherrlichen höchsten Gerichten zugestanden." Am Bundestage erhalten sie im Rathe der Fürsten je eine Viril-Stimme, falls sie mindestens 50000 Unterthanen haben; die übrigen bekommen sechs Curiat-Stimmen. In den Landtagen der Einzelstaaten haben sie den ersten Platz. — Auseinander gingen die Meinungen der beiden Staatsmänner über die Reichsritterschaft. Während Stein nach wie vor sie den übrigen Mediatisirten gleich stellen wollte, zog Hardenberg aus der Thatsache, daß sie auch früher keine Reichsstandschaft gehabt hatte, die Folgerung, daß sie den Landesherren unterworfen bleiben

[1]) Es konnte fraglich erscheinen, ob hiermit eine fernere Forderung Steins angenommen war, welche lautete: „Nur vor seinem ordentlichen Richter kann man verklagt werden, nach vorhandenen Gesetzen".

[2]) iudicio parium.

sollte. Doch war er billig genug hinzuzufügen: „man sichere ihr aber Vorrechte als Landstände und in persönlicher und in Familien-Rücksicht.“ So in der Denkschrift, die den Frankfurter Berathungen voraufging. In den 41 Artikeln näherte er sich aber dem Stein-schen Standpunkt durch den Satz, daß die Reichsritter ähnlich wie die vorher mit der Reichsstandschaft ausgestatteten Fürsten, Grafen und Herren zu behandeln seien[1]).

Immerhin eine bedeutsame Leistung, diese 41 Artikel. Sie waren das letzte Werk der inneren Politik, das Stein und Harden-berg gemeinsam vollbrachten, jener gewissermaßen als Kanzler des werdenden deutschen Reiches, dieser als Erster Minister des größten deutschen Particular-Staates; ein Werk, sehr unerwartet nach dem Verdammungsurtheil, das Stein vor anderthalb Jahren über seinen Partner gefällt hatte: Hardenberg fügte sich eben dem Willens-stärkeren. Freilich hatte auch Stein nicht alles durchgesetzt, und wenigstens in einer wichtigen Frage, der des Oberhauptes, schloß sein eigener Vorschlag von vorn herein eine Concession ein. Aber noch war alles in der Schwebe, und wenn der Entwurf der Ver-besserung bedürftig, so war er ihrer auch fähig.

Das war die eine Hälfte des Programms, das Stein sich in der Denkschrift von Chaumont gesetzt hatte[2]); ob sie realisirt werden würde, hing von dem künftigen Congreß, d. h. von den Constella-

[1]) Art. V: „Ähnliche Bestimmungen sind wegen der übrigen sonst un-mittelbar gewesenen Personen zu treffen“. — Steins Denkschrift v. 16. Juli ist an dieser Stelle (Pertz 4, 48 Zeile 3 v. oben) nicht völlig klar. Doch meint er mit „Güter-Adel“ wahrscheinlich den mediatisirten Güter-Adel, von dem er drei Zeilen vorher gesprochen hat. Das wird, abgesehen von allem Andren, wohl bewiesen durch das diesem Adel zugesprochene Recht, „eine Corporation zu bilden zur Sicherstellung seiner Rechte“. Bedroht waren nur die Rechte der Mediatisirten. — Sicher ist, daß Stein auf seinen früheren Vorschlag partieller Steuerfreiheit (vgl. S. 349) nicht zurückkam und daß er, worauf Hardenberg nicht einging, im Sinne seiner früheren Ausführungen den armen Adel von den Privilegien des Standes ausschließen wollte. Er stipulirte zwei Mal (Pertz 4, 47 u. 48): „insofern sie wenigstens eine Brutto-Einnahme von 6000 Gulden jährlich haben“. Vgl. Theil 2, 513 f.

[2]) Il résulte de là une constitution générale pour le corps politique, et une particulière pour les Etats qui le forment.

tionen der abendländischen Politik ab. Die andre Hälfte, welche die Verfassungen der Einzelstaaten betraf, ging unmittelbar nach der Zusammenkunft, noch vor der Eröffnung des Congresses, an einer Stelle in Erfüllung, wo Stein selbst es noch vor Kurzem kaum für möglich gehalten hätte: in Nassau[1]).

Die beiden Herzöge dieses Landes waren, als im November 1813 die Heere der Verbündeten bei ihnen einrückten, wegen ihrer Zukunft in schwerer Besorgniß. Es ist überliefert, daß einer ihrer Hofbeamten, erschreckt durch Yorcks herrisches Benehmen, ihn gefragt habe: er werde doch die Herzöge nicht entthronen wollen; worauf der General geantwortet haben soll: „Noch habe ich keinen Befehl dazu." Wie, wenn sich nun diesen und andren Widersachern der Herzöge auch ihr alter, nun zum mächtigen Minister emporgestiegener Vasall zugesellte, mit dem sie unaufhörlich gehadert, den sie 1804 zu berauben gesucht, dessen Besitzungen sie 1806 mediatisirt und 1808, wenn auch auf das Geheiß Napoleons, sequestrirt hatten[2])? Deshalb haben sie und ihr kluger Rathgeber, Freiherr v. Marschall, sobald die Franzosen verschwunden waren, alles gethan, um Stein zu besänftigen und für sich zu gewinnen. Sie haben sofort den Sequester aufgehoben und dessen Ertrag zurückerstattet; unaufgefordert haben sie Stein eine Entschädigung für die Verluste gewährt, die er durch ein während seines Exils ergangenes Gesetz erlitten hatte; als er die Allodification seiner Lehen begehrte, um sie auf die Töchter vererben zu können, erklärten sie sich bereit, fügten aber den Wunsch hinzu, diese Mannslehen lieber in Weiberlehen verwandeln zu dürfen, damit dem nassauischen Lehnhofe „seine erste Zierde in der Familie des in ganz Europa, am meisten aber im deutschen Vaterlande hochverehrten ausgezeichnetsten Staatsmannes unsrer Zeit" erhalten bliebe. Versetzen wir uns in Steins Seele, so mußte es ferner einigen Eindruck auf ihn machen, daß doch auch in diesem Rheinbund-Staate seit seinem Fortgange manches geschehen war, was

[1]) Für das Folgende vgl. Sauer, d. Herzogthum Nassau 1813—1820 (1893) S. 3 ff. 45.

[2]) Über die an Frau vom Stein gezahlte Competenz s. S. 108.

übereinstimmte mit den Forderungen einer weisen Gesetzgebung, wie er sie selbst verstand: dem Talente war der Zugang auch zu den höheren Ämtern eröffnet, die Justiz von der Verwaltung getrennt, die Beamtenschaft gegen willkürliche Entlassung gesichert, die Leibeigenschaft, der Frohn- und Dienstzwang abgelöst, die freie Benutzung des Grundeigenthums gewährleistet, die Theilung der Gemeinheiten (hier Almenden genannt) erleichtert, die Gewerbefreiheit vorbereitet[1]. So nahm denn der Groll des gestrengen Reichsfreiherrn zusehends ab; man glaubt, wenn man seine Briefe an Marschall liest, zu bemerken, wie die gerunzelte Stirn sich mählich glättet.

Aber seine alten Widersacher gingen noch weiter. Die Nassau-Walramischen Lande gehörten zu denjenigen Territorien des Reiches, wo ständisches Wesen durch den landesherrlichen Absolutismus zurückgedrängt war[2]; nach dessen Grundsätzen hatten auch die beiden Herzöge Friedrich August und Friedrich Wilhelm bisher regiert. Wie auffallend, daß sie plötzlich, als die ersten in Deutschland, den Entschluß faßten, ihrem Lande eine Constitution zu geben. Sollte nicht bereits diese Schwenkung Stein zu Liebe geschehen sein, dessen constitutionelle Neigungen dem Minister Marschall kein Geheimniß geblieben sein konnten? Wenn der einflußreiche Vertraute des Zaren auf der großen Länderbörse, die demnächst in Wien eröffnet werden sollte, seine Stimme zu Gunsten von Nassau-Walram erhob, so war der dort zu erhoffende Gewinn mit einer Constitution nicht zu theuer erkauft. Jedenfalls haben die Herzöge ihre Constitution durchaus nach Steins Wünschen gestaltet: sowohl in der Zusammensetzung des Landtags wie in der Abmessung seiner Befugnisse.

Marschalls erster Entwurf gliederte die Landstände, die alljährlich berufen werden sollten, in zwei Bänke. Die erste sollte diejenigen Familienhäupter des hohen und niederen Adels enthalten, die von ihren Gütern eine bestimmte Summe Grundsteuer entrichteten[3].

[1] Einleitung zum Patent der nassauischen Herzöge v. $\frac{1}{2}$ September 1814; s. unten S. 402. [2] Vgl. Gagern, Antheil an der Politik 4, 368.

[3] Die Constitution bestimmte (§ 4): 200 Gulden zu jedem Grundsteuer-Simplum.

Die zweite Bank sollte durch gewählte Deputirte gebildet werden, und das active wie das passive Wahlrecht war wieder an eine Grundsteuer-Zahlung gebunden, jenes an eine geringere, dieses an eine höhere[1]); doch sollten auch die katholische und die evangelische Geistlichkeit, die höheren Schulen, sowie die Fabrikanten, Manufacturenbesitzer und Kaufleute vertreten sein: die drei letzten Gruppen dann, wenn sie zu den höheren Classen der Gewerbesteuer veranlagt waren[2]). Diese Vorschläge nähern sich dem Steinschen Ideal einer Volksvertretung so sehr[3]), daß man wieder versucht ist, eine persönliche Einwirkung anzunehmen; war doch Marschall 1814 im Hauptquartier der Verbündeten Wochen lang mit Stein zusammen gewesen. Jedenfalls pflichtete dieser, während seine Standesgenossen mißtrauisch weiter grollten[4]), eifrig bei: „Eine ständische Verfassung ist äußerst wünschenswerth, sie sichert die bürgerliche und politische Freiheit, sie erzeugt Gemeingeist, und durch ihn erlangt der verständige und sittliche Fürst eine große Gewalt über die geistigen und körperlichen Kräfte des Volkes." Das Haus Nassau werde dem ganzen deutschen Vaterlande ein schönes Beispiel geben, wenn es dem Herzogthum eine Verfassung ertheile, „worin man das Alte berücksichtigt, das Neue benutzt, um Willkür und Anarchie zu verbannen und Bürgerglück zu gründen." Ja, Stein erwies, freudig erregt wie er war, dem Hause Nassau-Walram die wahrlich nicht verdiente Ehre, es neben seine niederländischen Vettern zu stellen, indem er fortfuhr: „Europa nennt das Haus Nassau-Oranien als eine Stütze seiner Freiheit gegen die Übermacht der Spanier, dann der Franzosen." Doch hatte er an dem Entwurfe auch Ausstellungen zu machen, und diese betrafen die Competenz des Landtages, die er

---

[1]) 7 und 21 Gulden zu jedem Grundsteuer-Simplum (Constitution § 6).

[2]) „Alle in der 12. und 16. Gewerbesteuer-Classe catastrirten Gewerbebesitzer" (Constitution § 6). [3]) Vgl. Theil 2, 71. 75. 217. 513. 516. 519.

[4]) Graf Waldbott-Bassenheim an Stein, Frankfurt 21. August 1814 (Pertz 4, 623): „Niemand wünscht eine solche Verfassung in dem gegenwärtigen Augenblick . . . Man sieht eine freiwillige Annahme einer von Nassau vorgeschlagenen Constitution als eine freiwillige Anerkennung der über uns durch fremde Gewalt usurpirten Hoheitsrechte an".

für zu knapp bemessen hielt: Marschall hatte sie auf die Bewilligung und Verwendung der Steuern beschränkt. „Warum", fragte er, im Sinne seiner Anfang 1814 aufgestellten Forderungen[1]), „den Landständen die Theilnahme an der Gesetzgebung entziehen? Ihr Rath über das, was allgemeines Landesinteresse ist, wird von großem Nutzen sein". Überdies aber erinnerte er an die Grundrechte, die soeben in den mit Hardenberg verabredeten Entwurf einer deutschen Bundesverfassung aufgenommen waren[2]).

Hiernach wurde der Marschallsche Entwurf modificirt. Aber auch die Umarbeitung mußte Stein begutachten, und als er seine das erste Mal gegebenen Anregungen nicht durchweg befolgt sah, erneuerte und vervollständigte er sie mit der Wirkung, daß sie jetzt fast sämmtlich, zum Theil wörtlich, Annahme fanden. Der Constitutions-Entwurf, wie er aus der von ihm vorgenommenen doppelten Prüfung hervorging, legte das schwerwiegende Bekenntniß ab, daß die politische Stellung der nassauischen Landstände von der Bestimmung des Deutschen Bundes abhänge[3]). Vorläufig aber wurde „unabänderlich und für alle Zukunft verbindlich" versprochen, daß die Sicherheit des Eigenthums und der persönlichen Freiheit unter der mitwirkenden Gewährleistung der Landstände stehen solle. „Sie sollen darüber wachen[4]) und darauf zu halten befugt sein, daß die

[1]) S. 348.

[2]) Stein an Minister Marschall, Nassau 10. August 1814; Sauer S. 13. Etwas ausführlicher über die Mitwirkung von Ständen äußerte sich Stein am 24. August (Sauer S. 17): „Diese Theilnahme ist gleich wohlthätig für den Fürsten und die Unterthanen. Jener wird gegen Irrthum und Übereilung gesichert durch eine freie Discussion der Gegenstände der Gesetzgebung, die Stände und Unterthanen werden über die Absichten und Beweggründe des Verfahrens der Regierung belehrt. Hierdurch entsteht Vertrauen in die Regierung und ein Gemeingeist, der zu Opfern und Hingebungen bereit ist; jeder sieht die Sache des Landes für seine eigene an. In der neuesten Zeit erzeugte ihn Unwille über fremden Druck, in der Zukunft muß er eine Wirkung sein der Liebe zu einer das Princip der Vervollkommnung enthaltenden Verfassung".

[3]) Stein (Sauer S. 16) hatte „die Bestimmung der Theilnahme [der Stände] an der Gesetzgebung abhängig" genannt „von den Verhältnissen des Herzogthums zu dem zukünftigen deutschen Staatenbund".

[4]) Stein (Sauer S. 16): „Recht [der Stände], über Sicherheit des Eigen-

freie Wirksamkeit der obersten Justiz-Behörden niemals beschränkt werde, daß willkürliche Verhaftungen ohne rechtliches Verfahren nach den bestehenden Gesetzen nie und auf keine Weise Statt finden, auch daß keiner Unsrer Unterthanen jemals seinem gewöhnlichen Gerichtsstand und durch die Gesetze vorher bestimmten ordentlichen Richter durch außerordentliche Maßregeln entzogen werde"[1]. Wichtige Gesetze, die das Eigenthum, die persönliche Freiheit und die Verfassung betreffen, sollen nicht ohne den Rath und die Zustimmung der Landstände eingeführt werden[2]. Diese dürfen die Einsetzung von Untersuchungs-Commissionen gegen Minister und Landescollegien fordern. Ferner fehlte nicht die Verbürgung der vom Wesen des Parlamentarismus untrennbaren Privilegien, wie sie gleichfalls Stein empfohlen hatte: „Die Handhabung der inneren Polizei der Versammlungen bleibt ihnen selbst überlassen, nach Maßgabe einer Ordnung jedoch, die im Lauf der ersten Sitzung zu entwerfen und Uns zur Genehmigung vorzulegen ist[3]. Während der Versammlung der Landstände kann kein Mitglied ohne Zustimmung der Abtheilung, wozu es gehört, aus irgend einem Grunde oder Veranlassung zu gefänglicher Haft gebracht werden[4])". Endlich ist sogar die allgemeine Verheißung, in welche der Entwurf ausklang: Bürgerglück auf sichere Grundlagen zu stellen, einem Schreiben von Stein entlehnt[5]. Nur zwei seiner Forderungen blieben unerfüllt, die-

---

thums und der persönlichen Freiheit gegen alle willkürlichen Eingriffe zu wachen".

[1]) Stein (Sauer S. 18): „Eine sehr wesentliche Bürgschaft, der bürgerlichen und politischen Freiheit besteht . . . in einer Habeas-Corpus-Acte, endlich in der Zusicherung, nur vor seinem ordentlichen Richter erscheinen zu dürfen".

[2]) Stein (Sauer S. 16): „Theilnahme an der Gesetzgebung, so daß kein das Eigenthum, die persönliche Freiheit oder die Verwaltung betreffendes Gesetz ohne Zustimmung der Stände gültig sei".

[3]) Stein (Sauer S. 16): „Handhabung der inneren Polizei der Versammlung, nach Vorschrift einer von ihr entworfenen, vom Landesherrn genehmigten Ordnung".

[4]) Stein (Sauer S. 16): „Freiheit der Stände während der Versammlung von Verhaftung ihrer Mitglieder, außer mit der Zustimmung der betreffenden Bank". [5]) Sauer S. 13.

jenigen, welche sich richteten auf die Unabsetzbarkeit der Richter letzter Instanz und auf die Unterwerfung der Behörden unter die Finanz-Controlle der Stände[1]). Alles Übrige sanctionirten die beiden Herzöge und erhoben es zur Constitution; das ist mit sichtlicher Eile geschehen bereits am 1. und 2. September 1814[2]).

So schien denn der alte Streit zwischen den beiden Geschlechtern, die in grauer Vorzeit auf dem Stein an der Lahn gehaust hatten, beendet zu sein für immer. Halten wir einen Moment inne und fragen, wer hatte gesiegt? In der Leidenschaft, welche 1804 der Einbruch der nassauischen Soldaten entfesselte, hatte Stein sich vermessen, niemals einen Räuber, wie diesen Herzog, als Landesherrn anerkennen zu wollen[3]). Das war nun doch geschehen, und insofern hatte Stein den Kürzeren gezogen. Aber welche Vergeltung hatte er dafür auf anderen Stellen des Schlachtfeldes genommen. Die Herzöge hatten ihm sein gefährdetes und halb verlorenes Eigen sammt einer angemessenen Entschädigung zurückgeben müssen. Die Forderung, daß die nassauischen Territorien mit einer der beiden großen Monarchien Deutschlands vereinigt werden müßten, war zwar nicht verwirklicht, aber Stein hatte die Herzöge doch zur Anerkennung der neuen deutschen Central-Gewalt genöthigt, die, wie er hoffte, sich auf dem Fundament der preußisch-österreichischen Bundesgenossenschaft erheben würde. Vor Allem: in fast demüthiger Haltung hatten sie sich von ihm das neue Grundgesetz dictiren lassen, das ihre Souveränität auch nach unten wesentlich beschränkte und die Familie der alten Burgmannen schützte gegen fürstliche Ver-

[1]) „Inamovibilität der obersten Justiz-Behörde" (Sauer 18); „daß ihnen [den Ständen] die verwendenden und verrechnenden Behörden für ihr verfassungsmäßiges Betragen verantwortlich sind" (Sauer S. 17). — Da ein Schreiben Marschalls (dasjenige auf welches sich Stein am 19. August 1814 [Sauer S. 14] bezieht) fehlt, bleibt unklar, von wem die beiden andren unausgeführt gebliebenen Vorschläge, Notable zu berufen und die repräsentationsfähigen Besitzungen des Adels fideicommissarisch zu binden, ausgegangen sind.

[2]) Patent v. $\frac{1}{2}$ September 1814. Pölitz, d. europäischen Verfassungen (1832) 1, 2, 1009 ff.; Zachariä, d. deutschen Verfassungsgesetze d. Gegenwart (1855) 2, 748 ff.

[3]) Theil 1, 305.

gewaltigungen, wie sie ihr Dasein bis in die jüngste Zeit verbittert und bedroht hatten. Eine Rechtssicherheit, die dann ohne Weiteres auch allen andren Insassen des Herzogthums, als den ersten in Deutschland, zu Theil wurde. Und das hatte der Mann, welcher dergestalt zum zweiten Male in der deutschen Geschichte als Staatenbildner auftrat, errungen ohne Anwendung von Drohungen oder gar von Gewalt: fast unverlangt war es ihm in den Schoß gefallen als eine Huldigung, die seiner mächtigen Persönlichkeit zu Theil wurde.

Unmittelbar nachdem das nassauische Verfassungswerk zu Stande gebracht war, brach er nach Wien auf, um den dritten Staat, nach dem preußischen und dem nassauischen, den gesammtdeutschen, aufrichten zu helfen. Der Zar hatte ihn dorthin eingeladen, wieder nicht als seinen Beamten, sondern als seinen Rathgeber in den deutschen Dingen, wie er es 1812 und 1813 gewesen war. Schon vor Alexander, am 15. September, fand er sich an der Donau ein[1].

Die alte Idee eines Congresses als der Repräsentation des abendländischen Staatensystems war von neuem aufgetaucht, als in Frankreich die Tendenzen der National-Souveränität das legitime Königthum bedrohten. Damals, im Jahre 1792, war es die Absicht des österreichischen Staatskanzlers Kaunitz, durch eine Vereinigung der europäischen Mächte die Zuträglichkeit der Constitution, die Frankreich sich gegeben, prüfen zu lassen und der Herrschaft der Jakobiner, die er für unvereinbar hielt mit allen göttlichen und menschlichen Gesetzen, ein Ende zu machen. Eine Anwendung des Congreß-Gedankens, die für schlechthin reactionär angesehen werden mußte, da sie die Grundlage der modernen Entwickelung, das Selbstbestimmungsrecht der Einzelstaaten, antastete. Anders die zweite

[1]) Ende Juli (wahrscheinlich am 27.) verließ Stein Frankfurt und ging über Wiesbaden nach Nassau; vgl. Sauer S. 9. Am 6. September war er wieder in Frankfurt (Brief an seine Frau v. 7.: „Meine Geduld wird nicht wenig durch den Überlauf aller Art auf die Probe gesetzt, so daß ich Gott danke, wenn ich fortkomme"). Am 8. in Würzburg, am 9. in Baireuth, am 10. in Karlsbad, am 11. in Prag, wo er den 12. blieb; am 13. und 14. Reise nach Wien.

Entwickelungsstufe der Idee. In dem Bündnisse, durch welches 1805 Alexander I. und William Pitt ihre Staaten wider Napoleon vereinten, fand sich auch ein Artikel, welcher nach glücklich beendetem Kriege einen allgemeinen Congreß in Aussicht nahm, dessen Aufgabe eine Codification des Völkerrechts und die Begründung eines europäischen Föderativ-Systems sein sollte[1]); dies Mal kehrte sich der Gedanke gegen einen Anachronismus, das moderne Cäsarenthum und seine Übergriffe. Jetzt, im Jahre 1814, wurde die vollständige Realisirung der Idee von vorn herein dadurch vereitelt, daß die Nachfolger von Pitt sich einer Regelung der wichtigsten völkerrechtlichen Fragen, derjenigen, welche das Seerecht betrafen, widersetzten. Nicht Rechts-, sondern Territorial-Fragen sollten den Wiener Congreß hauptsächlich beschäftigen, und von diesen wieder war schon ein ansehnlicher Theil durch den Pariser Frieden vorweggenommen. Vor Allem aber: die Gleichberechtigung, die doch integrirender Bestandtheil der Congreß-Idee ist, bestand nur in der Theorie. Frankreich, dessen alte, nun wieder hergestellte Dynastie von den Häuptern der Coalition als befreundet angesehen wurde, war mit geladen. Aber auch der eifrigste Bourbonenfreund konnte sich nicht darüber täuschen, daß eine auf hundert Schlachtfeldern erprobte nationale Feindschaft nicht im Handumdrehen beizulegen ist. So kam denn in den Pariser Frieden eine Bestimmung, welche die Absicht der Sieger erkennen ließ, auch fernerhin unter sich zu berathen und gemeinsam vorzugehen. Sehr klar war sie freilich nicht, Frankreich behielt trotzdem die Möglichkeit, überall mit dreinzureden[2]).

[1]) Traité d'alliance entre la Russie et l'Angleterre, St. Pétersbourg $\frac{30.\ \text{mars}}{11.\ \text{avril}}$ 1805, Art. séparé VI (Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 2, 443): Rassembler, à l'issue de la guerre, un congrès général pour discuter et fixer sur des bases plus précises qu'elles n'ont malheureusement pu l'être jusqu'ici, les prescriptions du droit des gens, et d'en assurer l'observation par l'établissement d'un système fédératif, calculé sur la situation des différents Etats de l'Europe.

[2]) Traité de paix entre la France et les puissances alliées, Paris 30. mai 1814, Art. séparés et secrets I (Angeberg, Congrès de Vienne 1, 170 s.): La disposition à faire des territoires auxquels S. M. Tr. Chr.

Hier war es nun, wo Stein den Hebel ansetzte[1]). Er ließ es seine erste Sorge sein, die deutschen Angelegenheiten von den übrigen zu trennen, damit Frankreich keinen Vorwand zur Einmischung erhalte. „Die Geschichte," schrieb er, „beweist es seit fünf Jahrhunderten: Frankreichs Politik hat nur dahin gestrebt, Spaltungen und Gährungen zu unterhalten." Leider aber ist es dabei durch die Selbstsucht und Treulosigkeit der fürstlichen Cabinette Deutschlands unterstützt worden; jüngst noch sind sie nur durch die Erfolge der verbündeten Heere gezwungen, der guten Sache beizutreten. Deshalb, schlug Stein vor, möge man die Entscheidung der deutschen Verfassungs- und Gebietsfragen denjenigen der großen Mächte übertragen, die in Deutschland Besitzungen hatten: Österreich, Preußen und England-Hannover. Doch sollten die verbündeten Mächte in ihrer Gesammtheit (also Rußland, Österreich, Preußen und England) eine Art höherer Instanz insofern bilden, als sie das Ergebniß der Berathungen nach den Grundsätzen des europäischen Gleichgewichts zu beurtheilen hatten. Die nicht in der deutschen Commission vertretenen deutschen Fürsten möge man hören und ihre Einwürfe besprechen, aber der Entscheidung der großen Mächte hätten sie sich zu fügen[2]).

Das war in der schwierigen Lage des Moments sicher der beste Ausweg. Eine Mitwirkung der Nation, wie sie, wenngleich in der Caricatur des bonapartistischen Staatsrechts, in Frankreich soeben Statt gefunden hatte, war nicht möglich, denn die deutsche Verfassung sollte ja erst geschaffen werden; die Häupter der Dynastien in den rheinbündischen Mittelstaaten, sammt ihren Bureaukratien, waren

---

renonce, et les rapports desquels doit résulter un système d'équilibre réel et durable en Europe, seront réglés au congrès, sur les bases arrêtées par les puissances alliées entre elles, et d'après les dispositions générales contenues dans les articles suivants.

[1]) Hauptquelle für Steins Wirksamkeit auf dem Congreß ist das von ihm geführte Tagebuch, das ich in der Histor. Zeitschr. (1888) N. F. 24, 385 ff. herausgegeben und erläutert habe.

[2]) Denkschrift v. Stein (für Nesselrode [Tagebuch S. 385], also jedenfalls ursprünglich französisch), Wien 17. September 1814; Pertz 4, 110 ff.

meist gleichgültig oder geradezu feindlich gesinnt; endlich die Betheiligung Rußlands an der Berufungs-Instanz war eine Waffe, die Stein für den äußersten Nothfall sich vorbehalten mußte. In der That erklärten nun die „vier Mächte", daß sie die territorialen Angelegenheiten Deutschlands, Italiens und des Herzogthums Warschau zunächst unter sich, bis zur Erzielung eines völligen Einverständnisses, berathen wollten; für die deutsche Verfassung wurde ein Comité gebildet, in dem nur deutsche Mächte vertreten waren. Aber es erhielt eine von Steins Vorschlag abweichende Zusammensetzung, indem auch Baiern und Würtemberg Aufnahme fanden. Es wird Metternich gewesen sein, der dies durchsetzte.

Noch empfindlicher war die Einbuße, die Stein an einer andren Stelle erlitt.

Die 41 Artikel waren Ende August von Graf Solms nach Wien gebracht und wurden hier Gegenstand neuer Erwägungen, zwischen Preußen, Österreich und Hannover. Das Ergebniß war, daß das gemeinsame Werk von Stein und Hardenberg sich eine starke Umgestaltung gefallen lassen mußte, die sowohl die Form wie den Inhalt betraf. Gegen eine der wichtigsten Bestimmungen, die Ausschließung des größten Theils auch der deutschen Provinzen von Österreich und Preußen, erhob sich der eigene Mitarbeiter Steins, Wilhelm v. Humboldt, mit fast leidenschaftlichem Widerspruche, und er drang durch: Österreich sowohl wie Preußen sollten mit der Gesammtheit ihrer „teutschen Länder" beitreten. Bereits hier wirkte Metternich mit[1]), dem es nicht entgehen konnte, wie sehr ihm auf diese Weise seine Aufgabe, die Schwächung der Central-Gewalt, erleichtert wurde. Andre Modificationen, die sich fast sämmtlich in der gleichen Richtung bewegten, kommen ausschließlich auf die Rechnung des österreichischen Staatskanzlers. Nach den 41 Artikeln sollte der Bund auf ewige Zeiten geschlossen werden und niemand aus ihm austreten dürfen; jetzt fiel sowohl der Hinweis auf die Ewigkeit wie die Unauflöslichkeit: mit Zustimmung der Übrigen konnte ein Glied sich wieder vom Bunde trennen. Ebenso wurde die Strafe der

[1]) Gagern, Antheil an der Politik (1826) 2, 55.

Acht gestrichen. Das Directorium wurde zwar Österreich allein übertragen, aber mit dem Zusatze, daß darunter nur eine formelle Leitung der Geschäfte zu verstehen sei. Worin das den Landtagen der Einzelstaaten zu gewährende Minimum von Rechten bestehen solle, wurde ebenso einer späteren Erklärung vorbehalten wie die Formulirung der Grundrechte. Die Zusammensetzung der Landtage wurde Sache der einzelnen Bundesglieder. Von den Mediatisirten und ihren Rechten war überhaupt nicht die Rede.

Wenn man aber bedenkt, daß Metternich es gewesen war, der den Königen von Baiern und Würtemberg ihre Souveränität verbürgt hatte, so fällt auf, wie viel Rechte er jetzt ihnen und den deutschen Fürsten überhaupt entziehen wollte, in Übereinstimmung mit den 41 Artikeln. Jeder, der nicht Länder außerhalb Deutschlands besaß, sollte sich verpflichten, keine Kriege mit auswärtigen Mächten zu führen oder an ihnen Theil zu nehmen, auch keine hierauf bezügliche Bündnisse oder Verträge wegen Subsidienzahlung und Truppenstellung einzugehen. Die deutschen Fürsten sollten sich des Rechts begeben, wider einander Krieg zu führen, vielmehr ihre Streitigkeiten, insofern sie nicht von einem Schiedsgericht beigelegt wurden, der Entscheidung des Bundesgerichts unterwerfen. Aus den 41 Artikeln wurde ferner der Rath der Kreis-Obersten übernommen: ihm ausschließlich verblieb die Vertretung des Bundes nach außen sowohl wie die Entscheidung über Krieg und Frieden; die Majorität in diesem Collegium aber behielten Österreich und Preußen[1]). Und wenn weder die ständischen Rechte noch die Grundrechte sogleich formulirt wurden, bestehen blieben sie; Zweck des Bundes sollte sein nicht nur die Erhaltung der äußeren Ruhe und Unabhängigkeit, sondern auch die Schonung der verfassungsmäßigen Rechte jeder Classe der Nation. Wie, fragen wir, kam Metternich zu diesen Zugeständnissen an das deutsche Programm, die seiner früheren und seiner späteren Haltung so wenig entsprachen? Offenbar rechnete er darauf, daß seine Sache von

---

[1]) Je zwei Stimmen von sieben; Hessen-Kassel und Baden, die von den 41 Artikeln in den Rath der Kreis-Obersten aufgenommen waren, schieden aus.

anderen geführt werden würde. Und darin sollte er sich nicht getäuscht haben[1]).

Als die 12 Artikel (so stark war der Stein-Hardenbergsche Entwurf verkürzt worden) im Comité für die deutschen Angelegenheiten vorgelegt wurden, erhob sich sofort die Opposition. Sie kam nicht von Hannover, das im Gegentheil fest zu Preußen und Österreich hielt, sondern von den Rheinbund-Staaten. Maximilian von Baiern und Friedrich von Würtemberg beriefen sich auf ihren Schein, die Pergamente von Ried und Fulda, die ihnen die uneingeschränkte Souveränität verbürgten, und setzten die Politik fort, die der hohe deutsche Adel im Zeitalter des Absolutismus begonnen hatte: über sich die kaiserlichen, unter sich die ständischen Rechte zu vernichten. War eine Föderation in Deutschland nicht zu vermeiden, so sollte sie einen völkerrechtlichen Charakter erhalten. Im Kreis-Obersten-Rath sollten die Stimmen gleich, d. h. Österreich und Preußen zur Minorität verurtheilt sein, der Vorsitz sollte wechseln. Gleichzeitig wären die Befugnisse dieses Collegiums stark geschmälert worden; denn Baiern und Würtemberg wollten auf das Recht, Gesandte zu ernennen und anzunehmen, Bündnisse mit dem Auslande zu schließen und Kriege zu führen, nicht verzichten. Dagegen erstrebten sie eine Vermehrung der Rechte des einzelnen Kreis-Obersten und waren geneigt, den zweiten Bestandtheil des Bundestags, den Rath der Fürsten und Stände, ganz zu eliminiren. Mit andren Worten: Deutschland sollte in eine Pentarchie verwandelt werden. Demselben Zwecke diente die Verwerfung des Bundesgerichts. Endlich wollten Baiern

[1]) Über die Sendung des Grafen Solms s. H. Baumgarten Im neuen Reich 1879 2, 549 ff. Humboldts Kritik der 41 Artikel (Vienne 31. août 1814) bei Schmidt, Gesch. der deutschen Verfassungsfrage S. 188 ff. u. in Humboldts Gesammelten Schriften (1903) 11, 220 ff. Bei Schmidt S. 192 ff. die weiteren Verhandlungen. Die zwölf Artikel (undatirt, am 16. October im Comité für die deutschen Angelegenheiten vorgelegt, s. Klüber, Acten des Wiener Congresses 2, 79) bei Klüber 1, 1, 57 (wo jedoch S. 59 Z. 3 v. oben für 200 000 zu lesen ist 100 000, S. 59 § 8a für Bundesvertretung vielmehr Bundesvertrag, s. Schmidt S. 210 f.) u. bei Schmidt S. 209 ff. Über Metternichs Beweggründe s. die Äußerung des baierischen Bevollmächtigten Wrede bei Heilmann, Wrede (1881) S. 423.

und Würtemberg auch von der Festsetzung eines Minimums für landständische Rechte, von der Gewährung auch der bescheidensten Grundrechte nichts wissen. Zu dem Artikel, welcher von den verfassungsmäßigen Rechten jeder Classe der Nation redete, bemerkte Friedrich von Würtemberg: es scheine die Absicht zu bestehen, „aus verschiedenen Völkerschaften, z. B. Preußen und Baiern, so zu sagen eine Nation schaffen zu wollen". Er leugnete das Daseinsrecht der deutschen Nation[1]).

Das war eine Überhebung, die den Widerspruch geradezu herausforderte. Schon am 21. October vereinigten sich Österreich, Preußen und Hannover zu einer Punctation, die mit der Erklärung schloß: man wolle es lieber auf den Austritt von Baiern und Würtemberg aus dem Deutschen Comité ankommen lassen, ehe man eine Verfassung formulirte, welche die gerechten Erwartungen Deutschlands nur täuschen würde[2]). Das Minimum, auf dem die drei Mächte bestehen wollten, betraf theils die Organisation des Bundes: wir können dies bei Seite lassen, da Stein keinen Einfluß darauf geübt hat; theils die den Ständen der Einzelstaaten zu gewährenden Rechte, und hier hat Stein ein Wort mitgesprochen.

Vor und nach dem Erfolge, den er in Nassau errang, trat er als Anwalt der Stände auf. Als er in Bruchsal weilte, rügte er mit dem Freimuth, der ihm zur andren Natur geworden war, dem Großherzog von Baden ins Gesicht die Willkür und Nachlässigkeit seiner Regierungsweise, und der weichherzige Fürst war ehrlich genug, sich förmlich deshalb zu entschuldigen; in Wien wiederholte Stein diese Kritik gegenüber der russischen Kaiserin, die eine badische Prinzessin war, stellte ihr den Zustand von Auflösung vor, in dem Baden sich jetzt befinde, verglich ihn mit den glücklichen Tagen von Markgraf Karl Friedrich und drang eben so sehr auf die Verkündigung einer ständischen Verfassung wie auf die Ernennung eines

[1]) Protokolle des Comités für die deutschen Angelegenheiten; Klüber, Acten d. Wiener Congresses 2, 79 ff. Unter den Anlagen besonders wichtig die baierischen Erklärungen 2, 90 ff. 114 f. und die würtembergische 2, 95 ff.

[2]) Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 231 f.

Ersten Ministers[1]). In constitutionellem Sinne redete er auch mit dem Kronprinzen von Würtemberg, den er während des Feldzuges von 1814 hatte schätzen lernen; er nannte ihn einen Fürsten von den edelsten Gesinnungen und hätte es gern gesehen, wenn ihm in zwei von den geplanten Kreisen die Befugnisse des Kreis-Obersten delegirt worden wären. Der Prinz erwiederte, daß sein Vater schließlich nachgeben werde, wenn man nur nachdrücklich fordere; die gleiche günstige Aussicht eröffnete er für Baiern, und wir wissen schon, daß auch hier der Thronfolger kein Reactionär war[2]).

Aber wie hätte Stein es unternehmen können, die Fürsten oder Thronfolger sämmtlich auf dem Wege persönlicher Überredung für seine Ideen zu gewinnen? Nichts Andres blieb übrig als auf die Widerstrebenden einen Zwang auszuüben, und so kam er auf die 41 Artikel zurück, deren ständische Postulate in den 12 Artikeln so stark verkürzt worden waren. Er wollte jetzt, daß von Bundes wegen viererlei für die Stände gefordert würde: Steuer-Bewilligung, Mitaufsicht über die Verwendung der bewilligten Steuern, Stimmrecht bei der Gesetzgebung, Recht der Anklage gegen untreue Staatsbeamte; er sagte geradezu: „Wenn wir das nicht erhalten, so ist alles, was wir thun mögen, nichts." Damit ging er nicht unbeträchtlich über die 41 Artikel hinaus[3]): offenbar eine Nachwirkung der nassauischen Verfassung, welche zeigte, daß auch jene höheren Forderungen noch realisirbar seien. Überhaupt, ließ sich nicht dies jüngste Staatsgrundgesetz zu einem Archetyp für alle künftig zu erlassende Constitutionen ausgestalten? Minister Marschall setzte einen solchen Entwurf auf, wohl im Einverständnisse mit Stein, jedenfalls zu seiner Zufriedenheit: er empfahl diese „gemäßigte Staatsverfassung" angelegentlich weiter.

Am häufigsten besprach er sich hierüber mit Graf Münster. Die preußische Frage, über welche 1812 und 1813 ihre Meinungen

[1]) Steins Tagebuch S. 386. 388. 407. 408. 424. Pertz 4, 217. 221. Vgl. F. v. Weech, Geschichte d. badischen Verfassung (1868) S. 2 ff.

[2]) Steins Tagebuch S. 386. Pertz 4, 55. 136. Vgl. oben S. 384.

[3]) Vgl. S. 394.

auseinander gegangen waren, ruhte momentan, seitdem der Kurstaat Hannover auf Preußens Kosten so ansehnlich vergrößert und zur Königswürde[1]) emporgestiegen war, und während des Feldzugs von 1814 hatte der Antagonismus gegen Napoleon eine beständig nachwirkende Interessengemeinschaft gestiftet. Doch wollte der hannöverische Graf, der von je her durch die moderne Ideenwelt weniger berührt worden war als der empfängliche Rheinfranke, Anfangs von Steins Liberalismus wenig wissen. Gegen die nassauische Constitution, deren Übereinstimmung mit den Staatsgrundgesetzen Englands ihm natürlich nicht entging, wandte er ein, daß man einem Ländchen wie dem nassauischen nicht eine Verfassung anpassen dürfe, an die sich selbst eine große Nation nur langsam gewöhnt habe, die das Resultat ihrer Kämpfe gegen Tyrannei und Pfaffenherrschaft sei; was seien die von Marschall neugeschaffenen Pairs anders als Unterdrückte, die ihn und sein Reich haßten? Dann, ohne zu ahnen, daß er Stein mit dessen eigenen, nunmehr freilich bei Seite gelegten Waffen bekämpfe[2]), betonte er, daß die deutsche Nation noch zu wenig an parlamentarische Discussion gewöhnt sei und politische Gegenstände zu wenig verstehe: „Der Hang sich auszuzeichnen wird Demagogen hervorbringen, und statt Freiheit werden wir Streit und Schwierigkeiten hervorrufen, wenn wir zu weit gehen.“ Stein hatte keinen Grund, sich seines Antheils an der getadelten Constitution zu rühmen; erschien sie als das Werk des Landesherrn und seiner Rathgeber, so war sie ein wichtiges Argument mehr für die siegreiche Kraft des ständischen Gedankens. Natürlich aber nahm er sich Marschalls eifrig an. Der nassauische Minister habe eine ständische Verfassung in einem Lande bilden wollen, wo keine vorhanden gewesen: „Er nahm also sein Vorbild von einem Lande, welches eine vollkommene besaß.“ Habe nicht auch England seine Verfassung nach einem verjüngten Maßstab auf viele seiner Besitzungen, z. B. auf Kanada, angewandt? Was den Vorwurf der Ausländerei betraf, so erinnerte

[1]) Stein in seinem Tagebuch (S. 390): „Ein großer Titel auf ein kleines und armes Land“.

[2]) Vgl. Theil 2, 76; auch 2, 519.

Stein, auf Montesquieu anspielend, daran, daß die Vorfahren der modernen Engländer die Hauptgrundzüge ihrer Verfassung aus den Wäldern Deutschlands mitgebracht hätten. Wenn er dann in seiner historischen Beweisführung fortfuhr und behauptete, daß die deutschen Landstände ursprünglich überall die jetzt dem nassauischen Landtage gewährten Rechte geübt hätten, so war er wenigstens so weit im Rechte, als die Stände des 16., 17., zuweilen noch die des 18. und 19.[1]) Jahrhunderts in der That tapfer dem fürstlichen Despotismus widerstrebt und die Bestrafung unwürdiger Minister durchgesetzt hatten. — Was aber wollte Münster an die Stelle einer Constitution wie der nassauischen setzen? Er war der Meinung, man möge sich mit der Begründung eines repräsentativen Systems begnügen und der Zeit überlassen, das Angefangene weiter auszubilden; die deutsche Geschichte werde nicht mit dem Wiener Congresse endigen. Stein verstand dies so, als sollten die Stände nur das Recht der Beschwerde erhalten. „Dann," erklärte er, „ist das ganze Institut ein geistloses Machwerk, an dem kein verständiger Mensch Theil nehmen mag und das, statt auf den Geist der Nation zu wirken, ihn nur noch mehr herabwürdigt." Deutschland dürfe etwas Besseres erwarten als gravaminirende Stände und dürfe diejenigen, welche eine solche Lage unbenutzt ließen und doch als Gesetzgeber aufträten, laut tadeln. „Sie kennen," rief Stein seinem Opponenten zu, „Deutschland nicht wegen Ihrer langen Abwesenheit; daher kam es, daß Sie 1812 und 1813 wenig auf die Energie der Deutschen vertrauten, und daher kommt es, daß Sie jetzt an Demagogen und Demokraten glauben"[2]).

---

[1]) „und noch anno 1811 in Sachsen".

[2]) Denkschrift v. Stein, Wien 24. September; Pertz 4, 125 f. Die Beilage, des nassauischen Ministers Marschall „Entwurf der Verfassung eines deutschen Staats", ist von Pertz (4, 682 ff.) irrig dem badischen Minister gleichen Namens zugeschrieben. Stein versah sie mit einigen Zusätzen. So behielt er zu Nr. 14 die Rechte der Mediatisirten vor; zu Nr. 15 bemerkte er: „Das Gesandtschaftsrecht und das Recht des Krieges und Friedens wird durch den Bundesvertrag bestimmt"; zu Nr. 16: „Das Verhältniß der Gemeinden müßte nach denen milderen und freieren Grundsätzen der preußischen Städte-Ordnung

Eine Art Vorspiel der Kämpfe, die bald darauf Deutschland erschüttern sollten. Damals blieb der Sieg dem Fürsprech freierer Institutionen. Münster trat unerwartet rasch auf Steins Seite und sprach warm und nachdrücklich für die vier Punkte als das den Landtagen zu gewährende Mindestmaß von Rechten[1]). Nicht nur Hardenberg, sondern sogar Metternich pflichteten bei, und Münsters Erklärung wurde integrirender Bestandtheil der Punctation vom 21. Oktober[2]).

Das geschah nun freilich um einen Preis, gegen welchen Stein die stärksten Bedenken hatte: die Kreis-Obersten sollten von dieser ständischen Verpflichtung eximirt sein. Nur Österreich wollte er ein so odioses Privileg zugestehen: wegen der Abneigung nicht nur der Regierung, sondern auch eines großen Theils der Regierten[3]). Von Preußen aber erklärte er: „Die Einführung einer auf richtigen Grundsätzen beruhenden Staatsverfassung ist wünschenswerth und thunlich. Es findet sich in diesem Theile von Deutschland eine große Masse von praktischem Geschäftsgeist, verbunden mit Besonnenheit und Vaterlandsliebe". Wenn er hinzufügte, daß diese Eigenschaften sich bei allen Gelegenheiten, „wo man ständische, städtische oder sonstige außerordentliche Versammlungen in irgend einer Absicht gehalten", auf das überzeugendste geäußert und bethätigt hätten, so zeigte er damit von neuem, wie sehr er dies Gemeinwesen liebte; die Nachwirkungen der Städte-Ordnung und der preußische Landtag

---

festgesetzt werden". — Münster an Stein, Wien 19. October; Stein an Münster, Wien 20. October 1814. Pertz 4, 132 ff. 134 ff.

[1]) Votum der beiden hannöverischen Congreß-Bevollmächtigten, Wien 21. October 1814; Klüber, Acten d. Wiener Congresses 1, 1, 68 ff. Er schloß mit den Worten: „Nur durch solche liberale Grundsätze können wir, beim jetzigen Zeitgeist und den billigen Forderungen der teutschen Nation, Ruhe und Zufriedenheit herzustellen hoffen". Ein Satz, der eben so gut von Stein geschrieben sein könnte. Wenn es dagegen bei dem Steuerbewilligungs-Recht heißt: „wohlverstanden daß sie [die Stände] zu den Bedürfnissen des Staats beizutragen schuldig sind", so ist dies sicher ein von Münster gemachter Zusatz, durch den er gefährlichen Folgen seiner Concession vorzubeugen hoffte.

[2]) Klüber 2, 107. 108. Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 232. [3]) Vgl. S. 314 ff.

von 1813 hatten sich ihm unauslöschlich eingeprägt, die Vorgeschichte des ostpreußischen General-Landtags von 1808 und den kurmärkischen Landtag von 1809[1]) hatte er vergessen. Baiern und Würtemberg vollends, fuhr er fort, seien grunddeutsche Länder, in denen es auch früher nicht an einer ständischen Verfassung gefehlt habe. Solle nun ein so großes Gebiet Deutschlands leer ausgehen? Dazu kam, daß Stein den beiden ersten Vertretern von Österreich und Preußen im deutschen Comité nicht traute; die von Metternich vorgenommene Maske hatte ihn nicht einen Augenblick getäuscht, nach wie vor nannte er ihn seicht und frivol; aber auch von Hardenberg bemerkte er: der Staatskanzler flicke lieber als daß er heile und sei, ohne sich's zu gestehen, ein despotischer Bureaukrat. So entschloß er sich, der Sache Deutschlands, des Deutschen Bundes sowohl wie der an ihn geknüpften deutschen Landtage, durch eine dreifache Action zu Hülfe zu kommen. Er appellirte an die öffentliche Meinung, er intervenirte beim Zaren und er brachte die kleinen Staaten Deutschlands auf den Plan.

Die Zeitungen, die eben damals einen bemerkenswerthen Aufschwung in Deutschland nahmen, waren nicht alle für Stein. Es ist überliefert, daß eine von ihnen den Vorwurf erhob, er sei kräftig nur gewesen: ein Wort, das dann von einem deutschen Prinzen in Steins Gegenwart wiederholt sein und diesen zu der zornigen Entgegnung veranlaßt haben soll, er verachte die Frechheit eines Zeitungsschreibers[2]). Dann würde man doch daran erinnern müssen, daß er 1814 so wenig wie in früheren Jahren[3]) den Beistand der Presse verschmähte. Zu Görres, dem Redacteur des Rheinischen Mercurs, der gelesensten deutschen Zeitung, stand er zuerst in amtlichen[4]), bald auch in freundschaftlichen Beziehungen. Anfangs nahm er ihn in den Verdacht jakobinischer Gesinnungen; nachdem er darüber beruhigt war,

[1]) Theil 2, 196 ff. Oben S. 80. [2]) Pertz 4, 153.

[3]) S. Theil 2, 4. 363. 572 u. Heyck, die Allgemeine Zeitung 1798 bis 1898 (1898) S. 299.

[4]) Görres war von J. Gruner, dem Gouverneur des General-Departements Mittelrhein (vgl. S. 352), zum General-Director des öffentlichen Unterrichts bestellt worden. Allgemeine Deutsche Biographie 9, 382.

versah er ihn mit Nachrichten, die dann der feurige und federgewandte Landsmann in seinen wirkungsvollen Artikeln verarbeitete. So las man jetzt, daß Österreich, Preußen und Hannover die besten Absichten für Deutschland hegten; leider aber hätte sich dagegen der laute Widerspruch einiger weniger Egoisten erhoben. „Deutschland muß wissen, wer die sind, die alle seine Triumphe ihm vernichten und es zum Hohngelächter aller Völker machen wollen, die mit gespannter Aufmerksamkeit jetzt auf sein Thun und Lassen harren. Es ist Würtemberg und Baiern, die sich also lossagen von Deutschland; sie wollen reinen Despotismus; sie wollen sich trennen von der Gesammtheit des Vaterlandes und sprechen wie ehemals unter Napoleon allein von baierischer und würtembergischer Nation. Sollten deutsche Fürsten beharren auf solchem unrechtlichen Vorhaben, dann werden die Monarchen durchschreiten durch solchen leeren Widerstand, der von Gott verlassen und vom Volk verlassen, nur an eigenem Hochmuth hängt, und indem sie Deutschland eine gesetzliche Verfassung geben, werden sie durch die ganze Macht der öffentlichen Meinung gehoben sein und sich das Herz des gesammten Volks gewinnen"[1]).

Dem Zaren stellte er den Ehrgeiz, den Particularismus und den Despotismus der beiden opponirenden Rheinbund-Staaten vor, und indem er abermals darlegte, welches Interesse Europa daran habe, daß Deutschland aufhöre, ein Sammelplatz von Unterdrückern und Unterdrückten zu sein, bat er, Preußen und Österreich, die Vorkämpfer der Reform, durch Zusprache zu ermuthigen und zu stärken. Er fügte gleich den Entwurf zu einer solchen Note bei, den aber Alexander allzu schroff fand, und Stein war unbefangen genug, die Berechtigung dieser Kritik zuzugestehen. Indeß selbst in der milderen Form, welche die russische Erklärung erhielt, war sie kein besonderes Vertrauensvotum für die beiden leitenden Staatsmänner Preußens und Österreichs. Begreiflich, daß Metternich sie, freilich

[1]) Görres an Stein, Koblenz 4. August 1814; Pertz 4, 66 ff. Rheinischer Mercur 1814 Nr. 141 (31. October). Hier fehlte auch das andre Steinsche Lieblingswort „Sultanism" nicht. Vgl. Pertz 4, 69; Klüber 2, 190 ff.; Steins Tagebuch S. 403; Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 256 ff.

vergebens, durch die kühne Behauptung aufzuhalten suchte: es gehe in den deutschen Angelegenheiten alles sehr gut[1]).

Nicht völlig so, wie Stein es geplant hatte, verlief die dritte der von ihm unternommenen Actionen.

Man hat es ihm als Inconsequenz ausgelegt, daß er die Intervention der deutschen Kleinstaaten anrief; denn diese habe nothwendig die 12 Artikel sowohl wie das Deutsche Comité gefährden müssen, die er doch gleichzeitig in Schutz nahm. Dabei wird aber übersehen, daß weder das Eine noch das Andre vorbehaltlos für sein Werk gelten darf. Denn in den 12 Artikeln war ein Entwurf, dem er bereits nicht mit ganzem Herzem zugestimmt hatte, noch weiter abgeschwächt, und was das Deutsche Comité betrifft, so war es zwar seine Absicht gewesen, die Kleinen durch die Großen zu leiten, aber gegen seinen Willen hatte man Baiern und Würtemberg mit unter die Großen gerechnet und ins Comité aufgenommen, wodurch dann das ganze Verfassungswerk in Frage gestellt wurde. Nicht gegen die 12 Artikel, sondern gegen deren weitere Verschlechterung, nicht gegen das Deutsche Comité, sondern gegen die im Comité der nationalen Sache gemachte Opposition richtete sich die Anrufung der Kleinstaaten. Anfangs ging nun alles nach Wunsch. Minister Marschall, der von Stein mit der Anwerbung der neuen Bundesgenossen betraut war, gewann außer Nassau sofort noch die beiden Hessen, Sachsen-Weimar[2]) und Mecklenburg; sie erklärten sich bereit, eine Declaration abzugeben, in der namentlich die Rechte der Landtage so, wie Stein es wollte, gewahrt wurden. Bald aber gerieth die Führung dieser Opposition in andre Hände. Auf dem Congresse war als Gesandter des nassauischen Gesammthauses Hans v. Gagern erschienen. Sicher, auch er war ein deutscher Patriot und insofern einverstanden mit Stein; mehr noch, beider Ideal war die Erneue-

[1]) Steins Schreiben an Alexander I. (Wien 4. November 1814) übersetzt b. Pertz 4, 147 ff. Steins Tagebuch S. 400. Die russische Note (Wien 11. November) bei Klüber 1, 61 ff.; Pertz 4, 150 ff.; Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 252 ff.

[2]) Marschall schreibt: „Sachsen". Vielleicht meint er aber auch die Ernestiner insgesammt.

rung des Kaiserthums. Aber Gagern wollte es ungefähr so ohnmächtig lassen, wie es vor 1806 gewesen war, und überhaupt hielt er sich mit seinen Wünschen der alten Reichsverfassung sehr nahe; namentlich wollte er die Rechte der kleinen Staaten erhalten wissen. Er hatte sie schon zur Zeit des Rheinbundes, als Nassau die erste Stimme im Fürsten-Colleg führte, beschirmt; jetzt setzte er diese Politik fort gegenüber dem Deutschen Comité des Congresses, dessen Pentarchie ihm sowohl wie seinen fürstlichen Auftraggebern als eine unerträgliche und rechtswidrige Bevormundung erschien. Das alles war eben so wenig wie seine preußenfeindliche Gesinnung für Stein, der seit dem Frühjahr 1813 mit ihm verhandelte, ein Geheimniß geblieben. Er verabredete also mit Marschall, daß Gagern nicht mit zu den Berathungen gezogen, vielmehr ihm erst die fertige Declaration zur Unterschrift vorgelegt werden solle. Aber der Widersacher zeigte sich auf dem Gebiete der Diplomatie als der Überlegene. Gagern ließ in dem Declarations-Entwurf, den er natürlich doch bekam, nicht nur die Verwahrung zu Gunsten der Landtage stehen, sondern fügte noch die Forderung des Kaiserthums hinzu, obenein in nachdrücklichen Worten und mit einer Motivirung, die auch eifrigen Freunden Steins den Beitritt ganz unanstößig erscheinen lassen mußte. Außerdem aber, und damit setzte er sich zu Steins Tendenzen in directen Widerspruch, begehrte er für alle deutsche Regierungen das Recht, bei der Constituirung des Deutschen Bundes mitzuwirken; er that es wieder in kluger Formulirung: die vom Deutschen Comité ausgeschlossenen Regierungen erscheinen bald als Repräsentanten von Millionen Deutscher, bald als Wortführer deutscher Volksstämme. So glückte es ihm, 29 Unterschriften unter seinem Entwurfe zu vereinigen; es waren, mit zwei Ausnahmen (Baden und Oldenburg), alle, auf die Stein gerechnet hatte; Marschall selbst war mit dabei[1]).

[1]) Zwei Schreiben von Minister Marschall an Stein b. Pertz 4, 145 f. Das erste v. 5. November 1814, das andre ohne Datum, von Schmidt (Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 275) richtig auf den 16. November datirt. — Gagern, Antheil an der Politik 2, 200ff. 4, 29ff. 38ff. Vgl. oben S. 275 f. —

Ein erschöpfendes Urtheil Steins über diesen halben Erfolg liegt nicht vor[1]), was vielleicht damit zusammenhängt, daß überhaupt die deutschen Angelegenheiten in der nächsten Zeit zurücktraten. Ob die drei Actionen, selbst wenn sie vollständig geglückt wären, bei Fortdauer der ursprünglichen Parteigruppirung ihren Zweck, die Aufrichtung einer starken und dauerhaften Föderation, erreicht hätten, muß dahingestellt bleiben. Denn als am 16. November das Deutsche Comité seine letzte Sitzung hielt, hatte sich die Eintracht der Mächte, die hier die Majorität bildeten, bereits gelöst. Österreich trat Preußen gegenüber, und dies geschah, als die Lösung des zweiten großen Problems, das den Congreß beschäftigte, versucht wurde.

Im Vertrage von Kalisch war für Preußen, im Vertrage von Reichenbach für Österreich die Herstellung des Umfanges von Macht, Gebiet und Bevölkerung bedungen worden, wie er vor den Niederlagen der Jahre 1805 und 1806 gewesen war. Seitdem hatte Österreich durch die Occupationen in Italien dies Ziel, wenigstens im Großen und Ganzen, erreicht. Zweifelhaft war, wenn wir von der polnischen Frage zunächst absehen, eigentlich nur, wie es das im Rieder Vertrage der Krone Baiern gegebene Versprechen vollständiger Schadloshaltung erfüllen sollte, ohne von seinem eigenen Besitze allzu viel herzugeben; es war sehr geneigt, den Wittelsbacher an die große Entschädigungsmasse der westlichen, von Frankreich zurückeroberten Provinzen zu verweisen: namentlich sollte ihm Mainz zufallen[2]). Desto schwieriger und streitiger war die Reconstruction

„Note der bevollmächtigten Abgeordneten 29 teutscher souveräner Fürsten u. Städte", Wien 16. November 1814; Klüber, Acten d. Wiener Congresses 1, 1, 72 ff. Steins Entwurf ist nicht erhalten. Marschall bemerkt hierüber (Pertz 4, 146): „Dieselbe [die Note v. 16. November] weicht sehr von dem ursprünglichen Entwurf ab; das Wesentlichste, die Erklärung für allgemeine Errichtung von Landständen in allen deutschen Staaten mit den ihnen nothwendig gebührenden Rechten ist geblieben". — Marschall von Stein gelobt Pertz 4, 244.

[1]) Stichling in seiner Biographie des Freiherrn von Gersdorff (1853) berichtet (S. 16) ganz kurz, Stein habe die Note v. 16. November „meisterhaft abgefaßt" genannt.

[2]) Vgl. S. 377. Steins Tagebuch S. 394: „Österreich sucht so eifrig Mainz, weil Baiern hieran die Herausgabe des Innviertels und Salzburgs bindet".

von Preußen. Seine ehemaligen Besitzungen in Polen waren durch den Kalischer Vertrag selbst dann stark verkürzt, wenn der Zar dessen territoriale Bestimmungen weitherzig auslegte; die niedersächsisch-westfälischen waren durch das englische Bündniß ansehnlich geschmälert, die fränkischen durch die Anerkennung des Vertrages von Ried ganz preisgegeben. Andrerseits hatte schon Ende 1812 Kaiser Alexander Sachsen, das Object der Annexionspolitik Friedrichs II., als eine angemessene Entschädigung Preußens ins Auge gefaßt, und niemand war, nachdem die Losreißung des Landes von der französischen Allianz mißglückt war, eifriger dafür eingetreten als Stein. Kaum je hat er seine preußische Gesinnung so nachdrücklich bekundet wie in dieser Sache, und er ist sich darin treu geblieben bis zuletzt; noch wenige Jahre vor seinem Tode hat er in leidenschaftlicher Streitrede gegen Gagern den Anspruch Preußens an Sachsen verfochten. Er gründete ihn gleichermaßen auf Gerechtigkeit und Eroberung. „Sie werden," schrieb er dem weltkundigen Diplomaten, „es anerkennen, daß der Sieger Rechte aus einem gerechten Krieg gegen den Besiegten erlangt, daß es ein Eroberungsrecht giebt: alle Lehrer des Völkerrechts erkennen es an; auf ihm beruht theils die Entstehung theils die Vergrößerung sämmtlicher Staaten der civilisirten Welt. Die Schlacht von Mühlberg gab der Albertinischen Linie die sächsische Kur, die Schlacht von Auerstädt die sächsische Krone und Warschau; Eroberung der Unabhängigkeit gründete die Republik der Niederlande; bei dem Congreß zu Gertruidenberg forderte Österreich mit Zustimmung seiner Alliirten die Acquisition von Baiern. Die Eroberung von Paris 1814 gründete das Königreich der Niederlande, und die Emancipation Amerikas und seiner großen Staaten gründete sich auf Schlachten und Eroberungen. Sachsen ward erobert durch neun in sechs Monaten gelieferte blutige Hauptschlachten, sein König ward den 19. October in dem erstürmten Leipzig gefangen und gefangen abgeführt. Der Sieg, in gerechtem Krieg mit Strömen von Blut erkämpft, hatte ihn der Krone beraubt, er hatte aufgehört zu regieren. Seiner Einwilligung bedurfte es nicht; verweigerte er sie, so blieb er als beharrlicher Feind gefangen; ertheilte er sie, so ward

sein Schicksal gemildert. Preußen konnte von seinen Mitkämpfern, von Österreich und Rußland, die Überlassung von Sachsen verlangen; beide hatten ihm seine Wiederherstellung und wo möglich seine Vergrößerung versprochen; denn mit seinem kräftigen Beistand hatte namentlich Österreich das Seinige wieder errungen" [1]). Nach diesen Grundsätzen redete und handelte Stein schon Ende August 1813 [2]), und erst recht nachdem er Haupt der Central-Verwaltung geworden war. Alle Intriguen zu Gunsten der Albertiner [3]) und der Ernestiner vereitelte er, und gleich in den ersten Wochen des Congresses bewog er den Zaren, die Übertragung der Verwaltung an Preußen zu genehmigen [4]). Aber auch Österreich gab seine Zustimmung zur Annexion [5]). Freilich durfte man zweifeln, ob sie ganz ehrlich gemeint und nicht vielmehr an allerhand geheime Vorbehalte geknüpft war. Doch entstanden die Schwierigkeiten, die schließlich sich zum Conflicte auswuchsen, an einer andren Stelle.

Kaiser Alexander hat lange mit der Formulirung seiner Wünsche gewartet; erst in Wien, unmittelbar vor der Eröffnung des Congresses, trat er klar und bestimmt mit ihnen hervor. Sie betrafen, wie allgemein erwartet wurde, Polen, und hier wieder hatten sie ein doppeltes Object: ein territoriales und ein constitutionelles. Von dem Herzogthum Warschau sollte Preußen erhalten das ihm im Kalischer Vertrage versprochene Verbindungsstück zwischen Altpreußen und Schlesien, Österreich dagegen nur Wieliczka und Umgegend, einen Bezirk von sechs Quadratmeilen mit etwa 16000 Einwohnern. Den Rest wollte der Zar, seiner alten Neigung nachgebend, als constitutionelles Königreich Polen durch Personal-Union dem russischen Reiche angliedern [6]).

---

[1]) Stein an Gagern, Nassau 14. Mai 1826; Gagern, Antheil a. d. Politik 4, 174 f. u. Pertz 6, 1, 251 f. Vgl. oben S. 281. 283 f.

[2]) S. 312.

[3]) Stein à Alexandre I., Chaumont 6. mars 1814; übersetzt b. Pertz 3, 550 f. Steins Selbstbiographie S. 190 f. Pertz 4, 78 ff.

[4]) Steins Tagebuch S. 386.

[5]) Fournier, Congreß v. Châtillon S. 46.

[6]) Instruction des Zaren für Nesselrode, August 1814; Schilder, Kaiser

Zur Begründung dieser Desiderien konnte Alexander darauf hinweisen, daß er das Herzogthum Warschau in rechtmäßigem Kriege erobert habe zu einer Zeit, da weder Preußen noch Österreich sich von der französischen Allianz losgesagt hatten; daß Rußland 1812 durch seinen heroischen Widerstand die Katastrophe der Großen Armee heraufbeschworen und in den beiden folgenden Feldzügen durch neue schwere Opfer wesentlich zum Sturze des Usurpators beigetragen habe; daß er selber, der Zar, in allen Krisen der Coalition Fürsprech der guten Sache gewesen sei. Mußte er ferner nicht auf die Stimme seiner Nation hören, die für ihre Opfer einen Lohn begehrte? Wohl hatte Rußland keine Constitution, aber aus der Geschichte seines Vaters und Großvaters wußte Kaiser Alexander, daß es für eine Nation Mittel giebt, ihren Willen kund zu thun, außer der parlamentarischen Rede und Widerrede. Eine andre Frage war es, ob ihm nicht für so hohe Forderungen gegenüber seinen Bundesgenossen bereits die Hände gebunden waren. Der polnischen Königswürde widersprach der Vertrag von 1797, durch den die drei Theilungsmächte einander gelobt hatten, sie niemals in ihren Titel aufzunehmen[1]); freilich konnte man einwenden, daß dieser Tractat durch die Theilnahme Österreichs und Preußens an dem Kriege von 1812 hinfällig geworden sei. Den Stipulationen von Kalisch war der Zar, wenn man sich an den Buchstaben hielt, nachgekommen; aber wie weit griff die neue Gränze, indem sie Thorn und Krakau in Rußland einbezog, nach Westen vor. Und nun vollends der österreichische Antheil! Im Vertrage von Reichenbach hatte Alexander Auftheilung des Herzogthums Warschau zwischen Rußland, Preußen und Österreich versprochen; jetzt enthielt er, abgesehen von jenem unbedeutenden Frag-

---

Alexander I. 3, 538 ff. Nesselrodes Bericht an den Zaren über die Conferenz des 19. September; Fournier i. d. Mittheilungen d. Instituts f. österreichische Geschichtsfassung (1899) 20, 463. In dieser Conferenz ließ der Zar nur über seine territorialen Pläne Mittheilungen machen; die damals abgelehnten weiteren Erklärungen erfolgten noch vor dem 6. October, s. Pertz 4, 164. — Mémorandum de Lord Castlereagh, Vienne 4. novembre 1814; Angeberg, Congrès de Vienne 2, 394 s.

[1]) Martens, Recueil des traités conclus par la Russie 2, 303 s.

ment, Österreich alles vor, was es nach dem unglücklichen Kriege von 1809 selber zur Vergrößerung des Herzogthums hatte beisteuern müssen, und darunter befand sich nicht nur die ganze Annexion von 1795, sondern auch ein Theil der Annexion von 1772. Allerdings war auch hier Raum für eine Frage: waren nicht die Reichenbacher Bestimmungen durch den nachfolgenden Teplitzer Vertrag aufgehoben? Denn hier war nur die Rede von einer freundschaftlichen Verständigung der drei Theilungsmächte über das künftige Schicksal des Herzogthums Warschau. Darauf berief sich der Zar: wie er meinte, mit um so größerem Rechte, da er eben damals, im September 1813, den Österreichern so weit entgegengekommen war. Diese aber erinnerten daran, daß der Zar durch die Annexion von Finland und Bessarabien seinen Lohn vorweg erhalten habe[1]).

Eine Situation, die unter allen Theilnehmern des Congresses dem deutschen Rathgeber des Zaren am unerfreulichsten sein, eben deshalb aber auch gerade in ihm die Neigung erwecken mußte, zwischen den Gegensätzen zu vermitteln[2]). Er gestand dem Zaren zu, daß seine Beweggründe edel und rein seien, daß er in dieser Angelegenheit nur Einen Zweck habe, nämlich den, das Glück der Polen zu sichern und das ihnen von seinen Vorfahren zugefügte Unrecht wieder gut zu machen; ja, er schritt zu der Forderung fort, daß alle, die an dieser Gewaltthat Theil genommen, mitwirken müßten, um ihre verderblichen Folgen zu mildern. Aber die vom Zaren gewollten Mittel verwarf er, das constitutionelle wie das territoriale. Jenes — bemerkte er, einen schon 1812 geäußerten Gedanken[3]) weiter ausführend — enthalte Elemente der Uneinigkeit zwischen

---

[1]) Vgl. oben S. 306 und die Citate i. m. Erläuterungen z. Steinschen Tagebuche, Histor. Zeitschr. (1888) N. F. 24, 458. Wie überall, bin ich auch hier den Anregungen meines Freundes Hans Delbrück zum größten Danke verpflichtet; vgl. dessen Aufsatz in der Histor. Zeitschr. (1889) N. F. 27, 242 ff.

[2]) Hardenberg behauptet in seinem Tagebuche unter dem 22. December 1814 und 26. Januar 1815, daß Stein gegen Nesselrode intriguirt habe. Er wußte nicht, daß der Zar diesem schon im November „sein Vertrauen gänzlich entzogen hatte"; Steins Tagebuch S. 404.

[3]) S. 192.

dem despotisch regierten Rußland und dem constitutionellen Polen; Rußland werde in diesem Unterschiede einen Grund zur Eifersucht finden und stets bereit sein, die Union in Incorporation zu verwandeln; Polen werde in Sorge und Unruhe sein wegen Erhaltung seiner Rechte. Da brauchte er wieder strenge Worte; er redete von dem gesetzlosen und revolutionären Charakter der Polen, von der Verderbtheit ihrer Großen, von der Schuld, die sie an ihrem Unglück trügen. Er ging noch weiter; er bestritt, mittelbar wenigstens, den damaligen Polen die Fähigkeit, eine Constitution zu handhaben, indem er in einer Debatte mit dem Zaren das Argument brauchte: „Ihnen fehlt ein dritter Stand, der in allen civilisirten Ländern der Depositar der Bildung, der Sitten und der Reichthümer einer Nation ist“[1]). Damit griff er zurück auf ein Urtheil, das er einst als Anfänger in der politischen Kunst, auf jener Reise durch Polen, gefällt hatte[2]), und wem stünde dies bürgerfreundliche Wort wohl mehr an als dem Schöpfer der Städte-Ordnung? Andererseits aber, hatte er nicht selber, im Jahre 1807, die polnische Constitution von 1791 trotz ihrer Mängel eine Wohlthat genannt und ein Stück sarmatischen Landes, das annähernd so groß war wie das Territorium der von Alexander geplanten Staatenschöpfung, unter demselben Namen, dem eines Königreichs Polen, auch einer nichtpolnischen Macht anfügen wollen?[3]) Warum wollte er jetzt Rußland versagen, was er damals Preußen zugedacht hatte? Unleugbar liegt hier eine Discrepanz vor, die jedoch ihre Erklärung weniger in einer specifisch preußisch-deutschen Gesinnung als in Erwägungen universaler Art findet. Was Stein erstrebte, war die Herstellung des durch Frankreichs und Napoleons Siege gestörten

[1]) Un tiers état lui manque, qui est dans tous les pays civilisés le dépositaire des lumières, de mœurs, des richesses d'une nation. Stein unterließ in diesem Zusammenhange nicht, den Zaren an die Ursache des Fehlschlagens seiner russischen Reformpläne zu erinnern: C'est ce manque d'un tiers état qui vous arrête dans vos plans d'organisation en Russie. Tagebuch Steins S. 392.

[2]) Theil 1, 44.

[3]) Theil 2, 79. 82.

europäischen Gleichgewichts. Die Mächte des Abendlandes sollten sich zusammenfinden in der Bekämpfung jedweder Universal-Monarchie, und die Forderung, an den Grundsätzen des Gleichgewichts festzuhalten, richtete er auch an Preußen: „Das ist sein wahrer Vortheil. Dadurch, daß es sich wieder an sie gehalten, hat es sich gerettet; daß es sie verlassen, sich zu Grunde gerichtet; und es ist bei seiner Wiederherstellung nur in der Absicht begünstigt worden, um ihm die hinreichende Macht zu verschaffen, das europäische System zu stützen". Die Frage, ob die Herstellung des Gleichgewichts eine Annäherung an den Gedanken des ewigen Friedens einschließe, erörterte er nicht; desto nachdrücklicher betonte er, daß Europa gegenwärtig, nach diesen langjährigen erbitterten Kriegen, den Frieden nöthig habe. Der aber werde gefährdet durch den constitutionellen Vorschlag des Zaren; denn eine Constitution werde in den russischen Polen die Neigung unterhalten, die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes herzustellen, in den preußischen und österreichischen Polen die Tendenz, sich loszureißen und mit den Brüdern jenseit der Gränze zu vereinigen. Ein friedensfeindliches Element sah Stein auch in Alexanders territorialen Wünschen: „Die Gränze von Thorn über Kalisch auf Krakau greift Österreich und Preußen an"; außerdem stelle sie gegenüber Preußen eine Linie mit so unregelmäßig und wunderlich einspringenden Winkeln dar, daß sie selbst in Friedenszeiten jede Verwaltungsmaßregel hemme. Endlich fehlte auch dies Mal der Argumentation Steins nicht das moralische Element: er bestritt, daß die Forderungen des Zaren dem wahren Sinne der Verpflichtungen entsprächen, die er mit seinen getreuen Verbündeten eingegangen sei. Genug, rief er Alexander zu, wenn man den Polen Gerechtigkeit widerfahren lassen will, darf man sich doch nicht von eben so wichtigen Rücksichten der Politik und der Sittlichkeit entfernen. Die schönste Probe von Gerechtigkeit aber gab er, indem er — geradeso wie 1807 — neben alle dem doch auch für die Polen ein Wort des Trostes sowohl wie der Hoffnung hatte. „Wenn sie", sagte er, „in diesem Augenblicke nicht die Vortheile einer allgemeinen Verfassung erhalten, so müssen sie dieses Opfer den großen

Interessen Europas und der Dankbarkeit bringen, die sie den Verbündeten dafür schulden, daß sie aus den Ketten Napoleons befreit sind". „In diesem Augenblicke nicht"; das will doch sagen: späterhin wohl, namentlich dann, wenn sie einen dritten Stand in ihrer Mitte ausgebildet haben.

Aus diesen Prämissen zog Stein nun zwei Folgerungen. Der Zar möge seine territorialen Forderungen ermäßigen, d. h. die Gränze mindestens so weit ostwärts rücken, daß sie von Thorn aus an die Warte, von dort auf Czenstochau und Krakau ziehe. An Stelle einer Constitution aber wollte er den Polen, und zwar nicht nur denen des russischen Antheils, eine ausgedehnte Selbstverwaltung in Gestalt von Landgemeinde-, Städte- und Provincial-Ordnungen ertheilen. So würden die Polen Freiheit ihrer Person, Freiheit ihres Eigenthums und einen Antheil an der inneren Verwaltung erlangen. Sie würden ein Mittel gewinnen, um ihre sittlichen und geistigen Fähigkeiten zu entwickeln, und die Ruhe Europas bliebe vor Störungen bewahrt[1]).

Höher und freier konnte wohl der Sieger seinen Standpunkt gegenüber dem Besiegten nicht nehmen; aber zunächst war für Vermittelungsvorschläge dieser Art kein Raum. Gegen die ausschweifenden Ansprüche Rußlands erhoben sich die Glieder der Coalition insgesammt. Von Österreich war dies fast selbstverständlich. Wie hatte sich die Welt verändert, seit jenem Vertrage von 1697, der die beiden christlichen Ostmächte, die römisch-katholische und die schismatische, vereinte wider den Halbmond. Durch die Kriege, die sie gemeinsam geführt (den letzten 1790), war die Hohe Pforte so heruntergebracht, daß sie nicht mehr ein Gegenstand des Schreckens war; ihre völlige Vernichtung schien so nahe, daß sie die alten Gegner durch die Aussicht auf ein größeres oder ein geringeres Stück der Beute entzweite. Und wie riesig war dies Rußland überhaupt inzwischen gewachsen. Durch die Auftheilung Polens war es der Nachbar sowohl von

---

[1]) Die drei Documente, in denen Stein Kritik übte und seine Vorschläge begründete (an den Zaren 6. October, an Hardenberg o. D. und 26. October 1814) bei Pertz 4, 164 ff. 166 ff. 185 ff.

Preußen wie von Österreich geworden; durch die Annexion von Finland hatte es die Herrschaft über die Ostküste des baltischen Meeres erlangt; durch die Annexion von Bessarabien war es an die Mündung der Donau, dieser Lebensader des österreichischen Staates, vorgedrungen. Nur die noch größere Gefahr, die von Frankreich her drohte, hatte Österreich eine Zeit lang doch wieder das Bündniß Rußlands suchen lassen; aber in dem Momente, da Napoleon die österreichische Dynastie in seine Familie, den österreichischen Staat für immer in sein politisches System aufzunehmen schien, gewann in Wien die Russophobie das Übergewicht. Metternich vor Allem lebte der Hoffnung, daß es glücken werde, Rußland wieder in die Steppen Asiens zurückzuwerfen; nur zaudernd trat er der neuen Coalition bei, und während des ganzen Krieges von 1813 und 1814 war seine Hauptsorge doch wohl die, eine weitere Steigerung der russischen Macht abzuwenden. Aber in alle dem hatte er die meisten Politiker seines Staates für sich, namentlich den großen Publicisten, der nun ganz Österreicher geworden war. Wir wissen: noch in den Jahren 1810 und 1811 hatte Stein zu Gentz ein an Freundschaft streifendes Verhältniß unterhalten. Seitdem war ihm der Politiker und der Mensch allmählich entfremdet worden: jener durch die Furcht vor nationalen Bewegungen und durch die Gleichgültigkeit gegen den Freiheitskrieg; dieser durch die wachsende Gier nach den Freuden der Tafel und des Frauenleibes; er nannte ihn einen Menschen von vertrocknetem Gehirn und verfaultem Herzen[1]).

Minder schroff trat England dem Zaren gegenüber. Denn immer noch sah es in dem halbbarbarischen Rußland eine Art Kolonie, der es Natur-Producte abnahm und Industrie-Producte brachte. Und wenn das Inselreich an dem Cardinalsatz seiner Politik festhielt, der dahin ging, das europäische Gegenland, die Niederlande, nicht in die Hände der Franzosen fallen zu lassen, wenn es deshalb die Bildung des Königreichs der Niederlande und die machtvolle Aufstellung des preußischen Staates auf dem linken Ufer des Rheines betrieb, so ging es, um diesen Doppelzweck zu erreichen, gern mit

[1]) Steins Tagebuch S. 412.

Rußland Hand in Hand. Indessen längst hatte es eine andere von Jahr zu Jahr dringender werdende Sorge. Für den Verlust der amerikanischen Kolonien hatte es Ersatz gesucht in der Begründung eines neuen Kolonialreiches in Indien; dadurch aber war es der Nebenbuhler von Rußland geworden, das seinerseits nach einer Herrscherstellung im Orient trachtete. Den orientalischen Widersacher sich weiter im Occident verstärken zu lassen, konnte nicht in Englands Interesse liegen; schwerlich würde es die zweite und dritte Theilung Polens zugelassen haben, wenn nicht damals die französische Politik die Hand nach Belgien ausgestreckt hätte. Keinenfalls sollte bei der vierten Theilung Rußland wieder den Löwenantheil erhalten, und in jedem Betracht betrieb England die Machtvermehrung Preußens im Hinblicke nicht nur auf Frankreich, sondern auch auf Rußland.

Endlich Preußens Haltung schwankte, und historisch betrachtet, ist dies gar wohl verständlich. Hatte es doch seine Stellung in der Welt theils mit, theils gegen Rußland eingenommen; mit Rußland hatte es die Schweden von der östlichen und südlichen Küste des baltischen Meeres verdrängt, gegen Rußland hatte es sich in seinem großen Daseinskampfe der sieben Jahre behauptet. Jetzt wurde seine Politik zunächst durch Hardenberg bestimmt, und dieser urtheilte über Polen fast so wie Metternich. Selbst in den furchtbaren Agonien des Jahres 1811, als Napoleons Scharen Preußen mit dem Schicksale der Vernichtung bedrohten, hatte Hardenberg erklärt, es könne für Preußen durchaus nichts Feindseligeres geben als die Vereinigung Polens mit Rußland[1]); eigentlich nur durch die übermächtige populare Strömung hatte er sich 1813 in das enge Bündniß mit Rußland treiben lassen; in den Krisen namentlich des Jahres 1814 war er, hierin übereinstimmend mit der Partei Ancillon-Knesebeck, für Metternich, gegen Alexander gewesen.

Da haben nun Österreich und England, um die Annexionsgelüste des Zaren zu vereiteln, gegen ihn die Idee einer Wieder-

---

[1]) Vgl. m. Scharnhorst 2, 361.

herstellung Polens ausgespielt[1]), und nichts war wohl natürlicher. Denn war nicht die Theilung Polens die stärkste Erschütterung eben des europäischen Gleichgewichts gewesen, das der Congreß jetzt herzustellen sich bemühte? Hatte man nicht sogar den nationalen Wünschen der Franzosen Rechnung getragen? Warum nicht auch denen der Polen? Es war nicht nur die Solidarität der Interessen, sondern auch die Logik der Ideen, die den neuen Lenker der auswärtigen Politik Frankreichs während der Friedensverhandlungen in Paris zu einem Anwalt Polens gemacht hatte[2]), und fast schien es, als würde jetzt das Unerwartete geschehen, daß Stein und Talleyrand einander näherten; ein Brief Steins liegt vor, in dem die Idee, Polens Unabhängigkeit vorzuschlagen, gebilligt wird[3]).

Wohl keiner der Betheiligten wird sich über die Schwierigkeit des Problems, das hier aufgeworfen wurde, getäuscht haben. Denn sobald Ernst mit ihm gemacht wurde, hätten sich neue Fragen erhoben: in welchem Umfange Polen hergestellt werden sollte, ob in dem von 1791 oder 1771 oder gar 1685; ob auch die deutschen, litauischen und russischen Gebiete, die zum alten Jagellonenreiche gehört hatten, der neuen Staatenschöpfung zufallen sollten; welche Dynastie in ihr das Scepter führen sollte. Aber es kam gar nicht so weit. Die nothwendige Voraussetzung für das Gelingen des Plans wäre die Eintracht der drei Mächte gewesen, die gegen Rußland Front gemacht hatten, und sie eben löste sich. Der preußische König verbot seinem Staatskanzler, die polnische Sache ferner gemeinsam mit Österreich und England zu verhandeln. Was man auch zur Erklärung dieses Entschlusses anführen mag, das Freundschafts-

---

[1]) Mémorandum de Castlereagh, Vienne 12. octobre; Angeberg, Congrès de Vienne 2, 287. Mémorandum de Metternich, Vienne 2. novembre 1814; Angeberg 2, 381. Dazu noch die englische Erklärung v. 12. Januar und die österreichische v. 21. Februar 1815; Angeberg 2, 795. 799.

[2]) Pallain u. Bailleu, Talleyrands Briefwechsel mit Ludwig XVIII. während d. Wiener Congresses (1881) S. 64 ff. Vgl. Angeberg 2, 541.

[3]) Pertz 4, 185. Stein beurtheilt übrigens hier die Wirkungen einer polnischen Constitution anders als vorher (Pertz 4, 167); wohl eine Folge seiner wachsenden Verstimmung gegen den Zaren.

verhältniß zum Zaren, das Mißtrauen gegen Österreich, die Besorgniß vor einem neuen Kriege (dies war wohl das wirksamste Motiv): klar ist, daß der König nicht erst seinen Minister sich nach einer Seite engagiren lassen und dann plötzlich Gegenbefehl ertheilen durfte. Friedrich Wilhelm III. hat hier abermals jene merkwürdige Mischung von Unentschlossenheit und Hartnäckigkeit bewiesen, die seinem Staate so oft verhängnißvoll zu werden drohte.

Die nächste Wirkung war auch dies Mal für Preußen ungünstig. Nicht nur daß der Zar in seinen polnischen Plänen bestärkt wurde: in Österreich kam nunmehr die mühsam verhaltene Eifersucht auf den so glänzend emporsteigenden norddeutschen Nebenbuhler wieder zum Durchbruch. Kaiser Franz und Metternich entschlugen sich, offenbar leichten Herzens, der Zusage, die sie hinsichtlich Sachsens gegeben hatten, und suchten jetzt erst recht Baierns Stellung in Süddeutschland zu verstärken, ihm namentlich Mainz zuzuwenden. Aber auch der alte Preußenhaß des Grafen Münster lebte von neuem auf, und die preußenfreundliche Haltung des englischen Gesandten Castlereagh wurde gehemmt.

Eine Wendung, welche Stein auf das tiefste verstimmte: er nannte das Verhalten des preußischen Königs schwach und unverständig. Vielleicht am widerwärtigsten war ihm die Aussicht auf die Beute, die dem baierischen Staate winkte. Schon in Paris hatte er geschrieben: Mainz sei der Schlüssel Deutschlands und namentlich Norddeutschlands; deshalb könne es nicht in der Hand einer kleinen Macht sein, deren Heer zu einem Drittel durch die erforderliche Besatzung von 25000 Mann verschlungen werde; einer Macht, fügte er hinzu, deren Politik seit 200 Jahren schwankend und Frankreich ergeben gewesen. Das war nicht gerecht; denn Preußens Politik hatte doch wahrlich auch geschwankt und war Jahre hindurch Frankreich ergeben gewesen. Stein lebte eben durchaus in der Erinnerung an die jüngste Vergangenheit. Wenn er bemerkte, daß man von Mainz aus das Land zwischen Main und Saale überziehe, so dachte er an die beiden Feldzüge von 1806 und 1813, die

[1]) S. die auf S. 377 citirte Denkschrift v. 12. Mai 1814; Pertz 4, 17.

der Imperator mit Hülfe von Baiern ausgefochten hatte. Und was wäre wohl aus Napoleon geworden, wenn er nicht die Contingente des „dritten Deutschlands", allen voran die von Baiern, zur Verfügung gehabt hätte? Seit den Tagen des Pariser Friedens war dann Steins Groll auf Baiern durch dessen Haltung in der deutschen Frage erst recht gewachsen.

Seine Aufgabe konnte nun wieder keine andre sein als zu vermitteln, und als Object dieser Mediation bot sich von selbst der Zar dar, der einzige Fürst, auf den er einen legitimen Einfluß hatte. In der That war Alexander auch dies Mal für die Zusprache seines alten Kameraden empfänglich. Zunächst erklärte er sich bereit, Thorn und Krakau, die in russischen Händen für die beiden Nachbarn eine beständige Herausforderung waren, zu freien und neutralen Städten zu machen, ihnen auch, nach dem Vorbilde der Hansestädte, ein kleines Territorium zu geben. Dadurch verlor die Gränze die für Preußen gefährlichen einspringenden Winkel, und Stein war in der Hauptsache zufriedengestellt; ob die Warte oder die Prosna Rußland von Preußen trenne, schien ihm nicht des Streites werth zu sein. Dagegen war es ihm hochwillkommen und, wie wir für sicher annehmen dürfen, auch sein Werk, daß der Zar seine Concession an zwei Bedingungen knüpfte: Sachsen müsse an Preußen fallen und Mainz, wie einige der Kleinstaaten vorgeschlagen hatten, Bundesfestung werden[1]. Etwas später verzichtete er noch auf die 400000 Einwohner des Tarnopoler Kreises, den Österreich ihm

[1] Die Erklärung des Zaren (27. November) bei Pertz 4, 224 ff.; sie ist von Stein aufgesetzt. Den Vorschlag, „alle drei streitigen Punkte (Polen, Sachsen, Mainz) zur Entscheidung auf ein Mal und in einer Verhandlung zu bringen, um alles abzukürzen und nicht Gelegenheit zu neuer Verwickelung zu geben", machte Stein dem Zaren am 16. November. Die Frage, ob Krakau „als Fürstenthum, als Municipal=Stadt constituirt" werden solle, wurde am 25. November in einer Conferenz von Stein, Czartoryski und Hardenberg formulirt. Steins Tagebuch S. 405 f. — Stein über die Gränze zwischen Preußen und Rußland im Tagebuch S. 415. — Vorschlag der hessischen, herzoglich sächsischen und nassauischen Bevollmächtigten, Mainz für eine Festung des deutschen Bundes zu erklären, Wien 25. October 1814; Klüber, Acten 1, 2, 45 ff.

1809 hatte abtreten müssen[1]). Das machte einigen Eindruck auf Metternich, und er concedirte seinerseits die an Mainz geknüpfte Bedingung. Desto hartnäckiger zeigten sich er und sein kaiserlicher Herr (dieser scheint seine Zähigkeit sogar noch übertroffen zu haben) in der sächsischen Frage: ein fernerer Beweis, daß ihr ursprünglicher Verzicht nur mit halbem Herzen geschehen war. Da aber die Territorien für Preußens Reconstruction knapp waren, tauchte wie von selbst der Gedanke auf, Sachsen zu theilen[2]). Stein war dagegen. Die Theilung Sachsens gewähre Österreich keinen politischen oder militärischen Vortheil: denn ein kleines Fürstenthum an der böhmischen Gränze werde ebenso unter preußischen Einfluß gerathen, wie zu guter Letzt das alte Kurfürstenthum Sachsen, und die böhmische Gränze bedürfe keines Schutzes, da sie bereits die Höhen von Nollendorf und die Gebirgskämme einschließe. Andrerseits werde dieser Kleinstaat, regiert durch das alte Herrscherhaus, ein Herd von Intriguen und ein Vereinigungspunkt aller Mißvergnügten sein. Stein ging in seinem Pessimismus so weit, der Hauptstadt des Landes, die nach Metternichs Wunsch den Albertinern verbleiben sollte, ihren Verfall vorauszusagen. Das war nun freilich ein arger Mißgriff; eher ließ sich das Argument hören, daß der mit Preußen vereinigte Theil durch die Trennung von den Landsleuten beengt sein und leiden werde[3]). Aber für Metternich war das alles in den Wind geredet; um an sein Ziel zu gelangen, rief er jetzt sogar den Beistand Frankreichs an. Wie zu erwarten, schlug dieses sich auf seine Seite; es geschah in einem Briefe, den Talleyrand an den österreichischen Staatskanzler richtete. In Übereinstimmung mit den wechselnden Phasen seiner bewegten Vergangenheit berief er sich zu Gunsten des sächsischen Königs bald auf die Legitimität, bald, wenn auch schüch-

---

[1]) Am 13. December 1814. Steins Tagebuch S. 412.

[2]) Zuerst am 11. November, im Munde Metternichs. Steins Tagebuch S. 402.

[3]) Mémoire de Stein, Vienne 3. décembre 1814; unvollständig und ohne Nennung des Autors bei Klüber, Acten des Wiener Congresses 7, 63 ff., vollständig, aber in deutscher Übersetzung bei Pertz 4, 230 ff. Vgl. ebendort 4, 594 und Steins Tagebuch S. 407.

tern und indirect, auf die National-Souveränität. Es war für Stein ein Leichtes, ihn zu widerlegen. Wenn Talleyrand pathetisch bemerkt hatte: Könige können nicht gerichtet werden, so pflichtete Stein bei, aber fügte hinzu: „Wenn jedoch ein König die Rechte andrer Völker verletzt, so giebt er ihnen das Recht, ihm Widerstand zu leisten, Entschädigungen zu fordern und sich für ihre künftige Sicherheit Gewähr zu verschaffen — mit einem Worte, er unterwirft sich dem Eroberungsrecht." Wenn Talleyrand gejammert hatte, man könne doch nicht annehmen, daß Völker wie eine Herde Vieh verhandelt werden sollen[1]), so erwiederte Stein, im Sinne seines Widersachers die Sachsen als ein Volk gelten lassend, mit glänzender Schlagfertigkeit: „Gerade um dies zu verhüten, widersetzen wir uns der Theilung Sachsens"[2]).

So redeten, wie einst zu Napoleons Zeiten, die Franzosen wieder in die deutschen Dinge mit hinein: wahrlich für die Patrioten eine peinvolle Wendung. Und wenn Stein vollends gewußt hätte, daß eben in diesen Tagen (3. Januar 1815) Österreich und leider auch England sich mit Frankreich geradezu verbündeten wider Rußland und Preußen. Aber prüfen wir seine Kritik des Talleyrandschen Briefes und die Klagen seines Tagebuches, so gewahren wir, daß die Gegensätze nicht so schroff waren, wie es schien. Selbst Talleyrand hatte doch ausdrücklich die Verpflichtung des sächsischen Königs zu Abtretungen, wenn sie für die Reconstruction Preußens erforderlich seien, anerkannt, und andrerseits sollte nach dem Willen der Verbündeten Friedrich August nicht ein König ohne Land und Leute werden. Stein hatte, zur Zeit des Pariser Friedens, ihn nach Italien, in die Legationen, verpflanzen wollen[3]), und nachdem man diese wieder für ihren alten Besitzer, den Papst, reservirt hatte, war an ihrer Stelle ein Territorium im westlichen Deutschland, erst rechts, dann links des Rheins, in Aussicht genommen.

---

[1]) que les peuples peuvent être assimilés au bétail d'une métairie.

[2]) Talleyrand à Metternich, Vienne 19. décembre 1814; Klüber 7, 48 ff. Angeberg 2, 540 s. Steins Antwort (Wien 27. December) bei Pertz 4, 260 ff.

[3]) Vgl. S. 377.

Man stritt also nur darüber, ob der Albertiner nach dem Westen zu versetzen oder ihm ein Stück des getheilten Sachsens zurückzugeben sei. Hatte nicht Stein Recht, wenn er es eine Verblendung nannte, deshalb einen neuen Krieg anzufangen?

Im Grunde war das die Stimmung von jedermann. Man drohte wohl mit dem Kriege, aber man war des Krieges müde; man machte seine Interessen geltend, aber man war der Waffenbrüderschaft eingedenk geblieben. Und wenn nun diejenigen, welche eben erst Frankreich das linke Rheinufer abgerungen hatten, unbefangen erwogen, wohin sie den Albertiner besser brächten, ob nach Dresden oder nach Aachen, so traf Lord Castlereagh, so mittelmäßig er sonst begabt war, in diesem Falle den Nagel auf den Kopf, wenn er es für gefährlich erklärte, Friedrich August jenseit des Rheins anzusiedeln: denn so werde Frankreich einen Bundesgenossen erhalten[1]). So entschied sich, daß Sachsen getheilt wurde und dafür Preußen jene Landschaften am unteren Rhein erhielt, die ihm der große Commoner schon 1796, dann 1799, zuletzt 1805 zugedacht hatte. Doch ging es auch jetzt nicht ohne Markten ab. Die Österreicher gönnten den Preußen weder Torgau, die wichtige Elb-Festung, noch Leipzig, den Hauptstapelplatz des mittleren Deutschlands. Der Streit wurde dadurch geschlichtet, daß England auch in dieser Nebenfrage vermittelte; sein auswärtiger Minister, Lord Liverpool, war nicht so preußenfreundlich wie Lord Castlereagh[2]): er entschied, daß die Festung Preußen zufiel, das Emporium dagegen, das in der Hand einer Großmacht die commerciellen Interessen Englands schädigen konnte, dem Kleinstaate Sachsen verblieb. Entschädigt wurde Preußen für diesen Verlust durch den Zaren, der einen ferneren Schritt von seinen polnischen Aspirationen zurücktrat und sich bereit erklärte, Thorn einfach an Preußen abzutreten[3]). Wir gehen

---

[1]) Unterredung mit dem Zaren am 6. Januar 1815. Steins Tagebuch S. 423.

[2]) Delbrück i. d. Histor. Zeitschr. (1889) N. F. 27, 249 f.

[3]) Im Februar 1814; Steins Tagebuch S. 429. Vgl. Gagern, Antheil an der Politik 2, 123 f.

wohl nicht fehl mit der Annahme, daß Stein hierbei seine Hand mit im Spiele gehabt hat. Eine weitere Genugthuung wird ihm die Annahme eines Vorschlags bereitet haben, der von England ausging. Unerschütterlich hielt der Zar an dem Vorsatze einer Constitution für seine Polen fest. Um nun die Anziehungskraft dieses Geschenks für die eigenen Unterthanen polnischer Zunge zu paralysiren, erklärten die beiden andren Theilungsmächte, sie ihrerseits als Polen behandeln zu wollen; das sollte heißen: sie verzichteten auf die Beseitigung der nationalpolnischen Eigenthümlichkeiten, sonderlich der Sprache; mehr noch, es sollten schon solche Institutionen ausgeschlossen sein, die den Gebräuchen und Meinungen der Polen fremd waren. So unbestimmt und allgemein gehalten Aufforderung sowohl wie Zusage, so stark überdies der Vorbehalt war, an den Preußen die letztere knüpfte, sie bewegte sich doch in derselben Richtung der Versöhnlichkeit, die vorher auch Stein empfohlen hatte[1]).

Indem dergestalt die Spannung zwischen den verbündeten Mächten abnahm, konnte die Aufmerksamkeit sich wieder dem Problem zuwenden, dessen Lösung durch Uneinigkeit besonders gefährdet wurde.

Ganz geruht hatte die deutsche Frage niemals. Das Deutsche Comité hielt zwar seit dem 16. November keine Sitzungen mehr, aber schriftlich wurde weiter verhandelt; namentlich formulirte Hum=

---

[1]) Castlereaghs Circular=Note v. 12. Januar 1815 (Angeberg 2, 795 s.) empfahl un système d'administration dont les formes soient à la fois conciliantes et en rapport avec le génie de ce peuple, verwarf den Versuch à anéantir les usages et les coutumes des Polonais und bemerkte: On a tenté vainement de leur faire oublier, par des institutions étrangères à leurs habitudes et à leurs opinions, l'existence dont ils jouissent comme peuple, et même leur langage national; deshalb sollten die Theilungsmächte s'engager les uns avec les autres de traiter comme Polonais la partie de ce peuple qui pourra se trouver placée sous leur domination respective. Österreichs Zustimmung (v. 21. Februar 1815; b. Angeberg 2, 799; Preußens (v. 30. Januar 1815) ebenda 2, 801. Hier heißt es: Elle [S. Maj. Prussienne] aura constamment à cœur de procurer à ses sujets polonais de nation tous les avantages qui pourront former un objet de leurs vœux légitimes, et qui seront compatibles avec les rapports de sa monarchie et le premier but de chaque Etat de former un ensemble solide des différentes parties qui le composent. Vgl. Steins Tagebuch S. 425 f.

boldt im Namen von Preußen ein neues Verfassungsproject. Es war, da die Kürze und Unbestimmtheit der 12 Artikel der Kritik manche Handhabe bot, ausführlicher als diese (es zählte 120 Paragraphen) und wich auch sachlich von ihnen ab, insofern es sowohl den Mittel- wie den Kleinstaaten wichtige Zugeständnisse machte. Der Bund verzichtete fast ganz auf das Gesandtschaftsrecht. Das Recht der Einzelstaaten, mit dem Auslande Verträge zu schließen, wurde nicht aufgehoben, sondern nur beschränkt. Wenn die 12 Artikel die Finanzfrage bei Seite ließen, so wurde jetzt geradezu das System der Matricular-Beiträge angenommen. Das wichtige Capitel des Kriegswesens war ganz übergangen und einer besonderen Commission, dem Militär-Comité, überwiesen. Der Einfluß von Österreich und Preußen wurde erheblich vermindert: sie sollten, wenn sie durch ihre Übereinstimmung die Mehrheit erhielten, sie doch niemals gegen die drei Mittelstaaten geltend machen dürfen. Das Zünglein an der Wage sollten die Kleinstaaten sein, deren Stellung auch sonst erhöht wurde.

Der Autor unterließ es auch dies Mal nicht, Stein zu befragen. Der beobachtete über die neue Schwächung der Central-Gewalt Schweigen; er erneuerte nur, übrigens vergeblich, den Versuch, ihr in Gestalt des Rhein-Octrois und der Gränz-Zölle eigene Einnahmen zu verschaffen. Unter den Zusätzen und Ausstellungen, die er zu den anderen Theilen des Entwurfes machte, sind drei besonders bemerkenswerth.

Humboldt hatte zwar diejenigen Mediatisirten, die am Reichstage vertreten gewesen waren, bedacht, war aber bei den Reichsrittern vorbeigegangen. Sie seien, erinnerte Stein, durch die Abneigung der Rheinbund-Fürsten übler daran als der Adel im nördlichen Deutschland. Daher reclamirte er für sie eine Reihe von Rechten[1], und da Hardenberg, wie wir sahen, den Mediatisirten insgesammt geneigt war, so glückte es ihm, die meisten seiner Forderungen in den

[1] Er berief sich (Schmidt S. 322, vgl. S. 326) auf eine „anliegende Denkschrift" der Reichsritterschaft, die er als „sehr gemäßigt" bezeichnete. Man erfährt nicht, welche gemeint ist.

preußischen Entwurf zu bringen: die erbliche Landstandschaft, die Autonomie der Familien-Verhältnisse, den privilegirten Gerichtsstand, ja sogar die Patrimonial-Gerichtsbarkeit. Dem landsässigen Adel hatte der Reformator Stein sie nehmen wollen[1]), und man mußte zweifeln, ob sie zweckmäßiger Weise den ehemaligen Reichsrittern, die ja doch in der Regel nur über einen geringen Landbesitz verfügten, restituirt wurde. Der preußische Entwurf fügte denn auch hinzu: sie sei nach der allgemeinen Landesverfassung zu modificiren. Zwei weitere Forderungen Steins: Ermäßigung der Abgaben und Aufhebung des Lehnsverbandes[2]), wie er sie soeben für sich in Nassau erstrebt hatte, blieben unberücksichtigt.

Sodann hatte Humboldt den Landtagen der Particular-Staaten nur berathende Stimme zugesprochen; Stein nannte das ein elendes Recht und forderte statt dessen nachdrücklich beschließende Stimme. Was ihn besonders peinlich berührte, war, daß Preußen in diesem Punkte hinter den Kleinstaaten[3]), ja sogar hinter Baiern[4]), zurückblieb. Preußen, erörterte er noch ein Mal[5]), habe am wenigsten Ursache, einen solchen „Riesenschritt rückwärts" zu thun und zu veranlassen. Dann ließ er Worte folgen, die über seine innerste Meinung und Neigung keinen Zweifel lassen: „In diesem Staat vereinigen sich alle Elemente, die eine ruhige, verständige Bewegung kräftig organisirter Reichs-Stände verbürgen: Nationalität, Gewohnheit und erprobte Bereitwilligkeit Abgaben zu leisten, Opfer zu bringen, Besonnenheit und gesunder Menschenverstand, allgemeine Bildung. Warum soll Preußen nicht deutlich Grundsätze aussprechen, die zwei Drittel von Deutschland bereits angenommen, die das Ver-

---

[1]) Theil 2, 68. 360 ff. 606.

[2]) „als eine geringe Entschädigung für die ungeheuren Lasten, so man dem Adel aufgebürdet, und die großen Vorrechte, so er verloren hat". Vgl. S. 397.

[3]) Vgl. S. 417.

[4]) „Auch die anliegende baierische Instruction für die Commission zur Bildung der Stände giebt den Ständen das Recht der Verwilligung der directen Abgaben und der Einwilligung zu Gesetzen".

[5]) Vgl. S. 413.

trauen zu ihm vermehren, seinen Einfluß verstärken? Österreich kann aus vielen Gründen nicht gleiche Grundsätze aussprechen, wegen der Fremdartigkeit seiner Bestandtheile, des niederen Zustandes seiner allgemeinen Bildung, der Maximen seiner Regierung und Regenten, und es mag aus diesen Gründen eine Ausnahme machen; man überlasse es ihm, sie auszusprechen. Warum soll aber Preußen eine ihm selbst so nachtheilige und für das übrige Deutschland so verderbliche Maßregel ergreifen?" Es war vergebens. Sei es aus Rücksicht auf Österreich, sei es in Folge der Abneigung Friedrich Wilhelms III. gegen parlamentarische Rechte: im preußischen Entwurfe blieben die berathenden Stände stehen.

Endlich schlug Stein zwei neue Grundrechte vor. Erstens: die Aufhebung der Leibeigenschaft durch ganz Deutschland[1]) und aller ihrer Folgen, insbesondere des Abzugsgeldes und des gezwungenen Dienstes[2]); sodann die Ablösbarkeit der Frohnden: der Jagdfrohnden unentgeltlich, der übrigen gegen Entschädigung[3]). Es war die Agrar-Politik des October-Edictes von 1807, zu der sich der Reformator Preußens hier von neuem bekannte; jedoch nur die erste dieser Forderungen wurde in den preußischen Entwurf aufgenommen[4]).

Alles dies war im Laufe des Decembers und Januars verhandelt worden, und am 1. Februar empfahl Stein das neue Project dem Zaren[5]). Aber bereits am 17. Februar verleugnete er es, indem er vorschlug, das erbliche Kaiserthum zu erneuern und es der Dynastie Lothringen zu übertragen[6]).

---

[1]) „Sie existirt", fügte er hinzu, „z. B. noch in den Lausitzen". Er wird sie dort während des Rückzuges der verbündeten Armeen im Jahre 1813, vielleicht aber auch aus den Berichten seiner Untergebenen bei der Central-Verwaltung kennen gelernt haben.

[2]) Vgl. Theil 2, 284 f. [3]) Theil 2, 605.

[4]) Steins „Bemerkungen über den Entwurf zur Bundesordnung", Wien 26. December 1814; Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 321. Die schließliche Fassung des preußischen Entwurfs (expedirt am 9. u. 10. Februar 1815, s. Schmidt S. 401) bei Klüber, Acten d. Wiener Congresses 2, 18 ff. u. in Humboldts Gesammelten Schriften 11, 234 ff. [5]) Pertz 4, 292.

[6]) Mémoire de Stein „sur le rétablissement de la dignité impériale en Allemagne", Vienne 17. février 1815; Pertz 4, 744 ff.

Die Zeitgenossen konnten durch diesen Schritt überrascht werden; der Biograph, der mit seinem Helden beständige Zwiesprache hält und den geheimsten Schwingungen der Seele lauscht, urtheilt, daß es so kommen mußte. Nur mit Widerstreben hatte Stein im Herbst 1813 den Kaiser-Gedanken fallen lassen; alles, was an dessen Stelle gesetzt war, erschien ihm als ein Nothbehelf, den er bei erster Gelegenheit, wenn die Aussichten sich besserten, wieder preiszugeben entschlossen war. Die Frage kann nur sein, was seine alte unter der Decke fortglimmende Leidenschaft wieder angefacht hat. Da wird man von der Thatsache ausgehen müssen, daß seit dem August 1813[1]) jeder neue Verfassungsentwurf die Macht der Central-Gewalt sowohl wie die politischen Rechte der Nation verschlechtert hatte. Anfangs ein Kaiserthum, dann ein Directorium mit vorwaltendem Einfluß von Österreich und Preußen, endlich ein Schaukelsystem, das die Continuität der Regierung so gut wie aufhob. Anfangs Bundesbeamte in verschiedenen Ressorts, schließlich nur noch die Richter des Bundesgerichts. Anfangs eigene Einnahmen des Bundes, schließlich Matricular-Beiträge. Anfangs an der Central-Stelle eine Vertretung der Nation, jetzt diese gestrichen. Anfangs Landtage mit ansehnlichen Rechten, jetzt berathende Stände. Das Mißbehagen über dies beständige Hinabgleiten der nationalen Wünsche würde ausreichen, um die Rückkehr zum Kaiser-Gedanken auch bei solchen zu erklären, die zu ihm nur ein Verhältniß kühler Reflexion hatten. Nun aber war für Millionen von Deutschen das Kaiserthum ein Gegenstand der Dankbarkeit, der Liebe und des Vertrauens, eine wenn auch nur in der Erinnerung fortlebende Macht, an die sich tausend unbestimmte und eben deshalb doppelt theure Vorstellungen knüpften: von Beschützung der Einzelnen gegen Vergewaltigung, von der Größe und Herrlichkeit der Nation, von der Beschirmung der Religion, von der Befriedung der Welt. Wenn nach der neuen Niederwerfung Frankreichs, die 56 Jahre später den Deutschen glückte, die Kaiser-Idee im oberen Germanien mit so elementarer Gewalt zum Durchbruch kam, wie viel stärker wird sie damals gewesen sein, da kaum neun Jahre

[1]) Vgl. S. 309 ff.

seit dem Untergange des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation verstrichen waren?

Im Einzelnen wird noch auf Stein gewirkt haben der anhaltende Eifer der Kleinstaaten, die in neuen Eingaben am Kaiserthume festhielten[1]: sollte er sich in kaiserlicher Gesinnung von denen übertreffen lassen, über die er so oft abgesprochen und gespottet hatte? Sogar ein Ausländer, der in der Gunst des Zaren beständig steigende und auch von Stein wohlgelittene Graf Capodistrias aus Korfu sprach sich für die Erneuerung des Kaiserthums in Deutschland aus[2]: wobei freilich die Frage offen bleiben muß, inwieweit wir es hier mit einem Widerhalle von Meinungen und Wünschen zu thun haben, die vorher von Stein selbst geäußert waren.

Sehen wir nun, wie Stein die Übertragung der erblichen Kaiserwürde an das Haus Österreich motivirte. Da enttäuscht er zunächst diejenigen, welche eine neu erwachte Abneigung gegen Preußen bei ihm annehmen möchten. Wenn er im August 1813 Preußens Kraft nach dem deutschen Osten hatte verlegen wollen, so war nun entschieden, daß es eine ansehnliche Stellung auch im Westen einnahm. Also konnte er jetzt noch nachdrücklicher als damals den deutschen Charakter von Preußen betonen; es habe, erläuterte er, unter allen deutschen Staaten das größte Interesse daran, daß Deutschland stark bleibe und weise verwaltet werde. Aber eben deshalb, weil Deutschland Preußens sicher ist, kann es die Ehren, die es zu spenden vermag, einer andren Macht zuwenden. Und da kommt Stein, geradeso wie 1813, zu dem Cardinalpunkt seiner Beweisführung: für Deutschland ist die Vereinigung mit Österreich schlechterdings nöthig, für Europa im Allgemeinen ist sie wenigstens nützlich. Nun aber hat sich der Zusammenhang zwischen Deutschland und Österreich bereits gelockert. Österreich wird durch seine geo-

---

[1]) Note von 31 Fürsten und Städten, Wien 20. December 1814; Klüber, Acten 1, 1, 87 ff. Note v. 32 Fürsten u. Städten, Wien 2. Februar 1815; Klüber 1, 3, 127 ff.

[2]) Considérations sur l'Empire Germanique par le comte de Capodistrias, Vienne $\frac{\text{28. janvier}}{\text{9. février}}$ 1814; Pertz 4, 735 ff.

graphische Lage bei Seite geschoben, die Bundesfestungen decken nicht unmittelbar seine Gränze, sein Handel geht an die Donau und das Adriatische Meer. Dem entspricht die Stimmung der Bevölkerung: die österreichischen Großen sind eifersüchtig auf den Vorrang der deutschen Fürsten; die Masse mißtraut der Intelligenz und der Beweglichkeit ihrer Nachbarn; insgesammt messen sie ihr politisches Unglück Deutschland bei, indem sie vergessen, daß Deutsche die Schlacht am Weißen Berge geschlagen haben und daß es keine deutsche Familie giebt, deren Vorfahren nicht ihr Blut in den Ebenen Ungarns vergossen hätten, um dessen Besitz dem Hause Österreich zu sichern. Genug, Österreichs Interesse an Deutschland wird, wie soeben noch die Vorgänge des Congresses gezeigt haben, seiner eigenen Convenienz untergeordnet sein, wenn man nicht das Band zwischen beiden fester knüpft: was nur durch eine bleibende Institution geschehen kann. Das ist der Zweck, dem die erbliche Kaiserwürde dienen soll: sie wird das gegenseitige Verhältniß beider Länder eben so sehr auf den Vortheil gründen wie in das Gebiet der Pflicht erheben. Die Rechte aber, die der Kaiser ausüben soll, bemißt Stein, in wesentlicher Übereinstimmung mit einem Vorschlage des Grafen Solms[1]), folgendermaßen. Er hat, gemeinsam mit dem Bundestage, das Recht, Gesetze zu geben, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen. Er beglaubigt die Gesandten, die der Bundestag ernennt. Im Reichsgerichte bestellt er den Vorsitzenden, der Bundestag die Beisitzer; er vollstreckt die Urtheile. Er leitet die bewaffnete Macht in Krieg und Frieden, jedoch zusammen mit einem Rathe von drei Fürsten, unter denen beständig Preußen vertreten sein muß, während die beiden Andren vom Bundestage gewählt werden. Endlich darf er in den vier freien Städten werben; auch in den fürstlichen Territorien: hier jedoch nur solche, die bereits ihren sonstigen militärischen Verpflichtungen genügt haben.

Unter allen Denkschriften Steins ist diejenige, welche diese Vorschläge enthält, wohl am meisten angefochten worden, und doch findet auf keine so sehr das Dichterwort Anwendung, daß erst das Ver=

[1]) Solms an Stein, Wien 13. Februar 1815; Pertz 4, 742 f.

schwundene zu Wirklichkeiten wird. So lange Österreich und Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland rangen, erschien Steins Proposition fast als eine Verirrung; nachdem die blutige Auseinandersetzung zwischen beiden erfolgt ist, hat doch der neue deutsche Staat so wenig des Kaiserthums wie des österreichischen Bündnisses entrathen können: damit sind aber zwei wesentliche Forderungen Steins von der Historie ratificirt worden. Und wenn es zulässig ist, ein Wort, das Capodistrias am Schlusse seiner Kaiser-Denkschrift braucht[1], als von Stein eingegeben in Anspruch zu nehmen, so hat er das preußische Kaiserthum wenigstens als eine Eventualität ins Auge gefaßt. Aber, darin haben seine Kritiker Recht, in der Epoche, da er die Erneuerung der Kaiserwürde vorschlug, war sie weder mit der österreichischen noch mit der preußischen Krone vereinbar. Preußen hatte den Freiheitskampf nicht ohne den Beistand Österreichs durchfechten können, Österreich war so spät beigetreten, hatte so oft mit halber Kraft gestritten, hatte sich so oft lau gezeigt, daß es unmöglich war, Preußen, den eigentlichen Sieger, ihm unterzuordnen. Stein fühlte dies selbst sehr wohl. Er war es, der, entgegen dem Entwurfe von Solms, Preußen die hervorragende Stelle im Militär-Ausschusse des Reiches anwies: ein Privileg, das dann wieder die Stellung des Kaisers auf diesem wichtigen Gebiete stark beeinträchtigte. Ja, wenn in Deutschland hinter dem Kaisergedanken ein mächtiges Nationalgefühl gestanden hätte. Aber, und damit berühren wir den stärksten Fehler seiner Argumentation, der freilich auch der menschlichste und verzeihlichste war: er nahm an, daß im Grunde jeder Deutsche wenigstens ein Stück von der Vaterlandsliebe im Herzen trage, die ihn und seine Mitarbeiter beseelte. Darin irrte er. Gewiß, die nationale Idee, die mitten während des Untergangs der alten Reichs-Institutionen so wundervoll aufflammte, hatte Großes bewirkt: die Wiedergeburt Preußens sowohl wie die Niederwerfung Napoleons. Aber nun ruhte sie von ihrem Werke aus, Athem schöpfend und

[1]) On se reserverait . . . le droit de recourir à ce moyen et de le mettre en œuvre . . . soit avec la même puissance [Österreich], soit avec la Prusse.

Kräfte sammelnd zu neuem Thun. Noch war sie weit davon entfernt, die zahllosen particularen Gebilde auf deutschem Boden durchdrungen zu haben; selbst in denjenigen Landschaften, die das Meiste zu ihren beiden großen Siegen beigetragen hatten, trat eben jetzt eine Rückbildung ein. Hier war für die Kaiser-Idee durchaus kein Raum; da aber, wo sie mächtig war, waltete sie in der Regel als ein halb oder ganz romantischer Drang, von dem es sehr unsicher war, ob er der Gegenwart reale Opfer bringen würde[1]. Einem zweiten Irrthum verfiel Stein, indem er annahm, daß bei den Nachbarmächten die Besorgniß vor Frankreich stark genug sein würde, um eine Stärkung der deutschen Central-Gewalt zu wünschen; sie fürchteten die zurückgekehrte bourbonische Dynastie nicht nur nicht, sondern waren im Gegentheil, die eine mehr die andre weniger, geneigt, sich ihrer auf dem Schachbrett der Politik zu bedienen. Wie man auch die Dinge ansehen mochte, nichts blieb übrig als eine lose Föderation der deutschen Staaten, geführt von Österreich und Preußen, die, je loser sie war, desto weniger Stoff bot für die Eifersucht der beiden Vormächte.

Diese Ungunst der Lage bekam Stein sofort zu empfinden: er stieß auf eine fast einmüthige Opposition. Der Zar gab zwar eine höfliche Antwort, aber bemerkte doch, er müsse zunächst die Meinung des preußischen Königs einholen[2]. Lord Wellington, der an Castlereaghs Stelle nach Wien gekommen war, bemerkte kurzab: ein Oberhaupt Deutschlands, wie Stein es begehre, sei jetzt nicht möglich[3]. Von den anwesenden Preußen ergriff, wie zu erwarten, Grolman, sein Mitstreiter aus dem Jahre 1808[4], auch jetzt für ihn

[1] So redete z. B. die Note der 29 Kleinstaaten v. 16. November 1814, (Klüber, Acten 1, 1, 75) von dem „einen gemeinsamen Oberhaupt, welches dem teutschen Verband den ersten Rang unter den europäischen Nationen gab“ und wünschte, daß es „im Innern und gegen außen allen Staaten des Bundes, auch dem mächtigsten, als Beschützer, erster Repräsentant der teutschen Nation und Gegenstand allgemeiner Ehrfurcht, der Verfassung aber als kräftigster Garant, als teutscher Freiheit Ägide sich darstelle“.

[2] Steins Tagebuch S. 431.

[3] Steins Tagebuch S. 434.

[4] Theil 2, 559.

Partei; dazu, merkwürdiger Weise, Knesebeck, in dem die deutsche Ader von 1809 sich wieder regte[1]). Hardenberg aber und fast noch mehr Humboldt waren sofort und eifrig gegen ihn. Der fränkische Reichsritter und der märkische Edelmann, deren Einvernehmen immer schon einige Compromisse nöthig gehabt hatte, gingen zunächst wenigstens weit auseinander; Stein nannte eine der Denkschriften Humboldts, die ihn bekämpften, ein verworrenes, sophistisches, schlecht stilisirtes Machwerk: was denn doch sehr ungerecht geurtheilt war[2]). Vor Allem aber: Österreich selbst versagte sich. Nur sein zweiter Vertreter auf dem Congresse, der Breisgauer Wessenberg, der Freund Stadions, der während der erregten Tage des Jahres 1809 die Sache des Kaisers in der preußischen Hauptstadt geführt hatte, war dem Kaisergedanken geneigt. Metternich erklärte Anfangs, weder zurathen noch abrathen zu können: auch Kaiser Franz hatte, nachdem er seine getreuen Vorderösterreicher wiedergesehen, sich vorübergehend als Haupt des Reiches gefühlt: schließlich aber lehnten sie beide ab[3]). Die Partei, die der Kaiser des alten Reiches in den geistlichen Staaten, den Teritorien der Kleinfürsten, Reichsgrafen und Reichsritter gehabt hatte, bestand nicht mehr; eine neue Partei in Deutschland zu werben, dünkte Franz I. und Metternich zu schwer. Indem sie die schon 1804 inaugurirte Politik fortsetzten, ließen sie sich genügen an Italien, das seinen Nacken willig jedem Eroberer zu beugen schien[4]).

---

[1]) Steins Tagebuch S. 431. 436. Vgl. m. Scharnhorst 2, 266. — Von den Abwesenden waren für Steins Vorschlag Sack, jetzt General-Gouverneur am Niederrhein (Schmidt, Geschichte der deutschen Verfassungsfrage S. 422) u. Süvern (Aus den Papieren v. Schön 4, 334).

[2]) Mémoire de Humboldt, s. d. [Wien zwischen 18. u. 23. Februar]; Schmidt, Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 414 ff. u. Humboldts Gesammelte Schriften 11, 295 ff. Hardenbergs Tagebuch 20. Februar u. 2. März. Stein à Hardenberg, Vienne 27. février; großentheils übers. b. Pertz 4, 342 ff. Mémoire de Humboldt, Vienne 3. mars 1815; Pertz 4, 752 ff. u. Humboldts Ges. Schriften 11, 302 ff. Steins Tagebuch S. 433. 436.

[3]) Steins Tagebuch S. 430. 432 f. Erklärung von Kaiser Franz am 22. October 1814; Klüber, Acten 1, 2, 39.

[4]) Steins Tagebuch S. 431 ff. A. Schmidt, der (man erfährt nicht, weshalb) keine Gelegenheit vorüber läßt, wo er Stein eins anhängen kann, bemerkt (Gesch. d. deutschen Verfassungsfrage S. 406), Stein habe mit der Wiederauf-

Das war eine schwere Enttäuschung, und zu ihr gesellte sich auch auf andren Gebieten Verdruß und Sorge. Weder die schweizerische noch die baierische Frage rückte vom Fleck; hier wie dort wirkte das Zerwürfniß der November- und December-Tage nach.

Der Pariser Friede proclamirte die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, Europa zu Liebe, aber auch im Sinne der Schweizer selbst, welche die Napoleonische Bevormundung je länger je mehr als einen unerträglichen Druck empfunden und sich beeilt hatten, die ihnen vom Imperator gegebene Verfassung, die Mediations-Acte, zu cassiren. Aber die antifranzösische Strömung hielt hier nicht inne, sondern bewirkte und bereitete vor weitere Umwälzungen, welche die Eintracht der Eidgenossenschaft störten und ihren Bestand gefährdeten. Namentlich in Bern rissen — dazu aufgefordert von Steins Schwager Senfft, der als Sendbote Metternichs erschien — die Patricier das 1798 verlorene Regiment wieder an sich und begehrten nun überhaupt die Herstellung des alten vorrevolutionären Zustandes; sie gingen so weit, die Unterwerfung der alten, inzwischen selbständig gewordenen Unterthanenlande Waadt und Aargau zu fordern. Diese sträubten sich, ihre Unabhängigkeit preis zu geben, aber andre Cantone, in denen die Reaction ebenfalls gesiegt hatte, traten auf Berns Seite; nur durch die Zusprache der verbündeten Mächte wurde der im Entstehen begriffene Sonderbund vereitelt und eine neue Bundesverfassung zu Stande gebracht. Sie legte nur ein loses Band um die Hadernden, ohne sie deshalb von Grund aus zu vertragen; es war klar: der Congreß mußte einschreiten, die verständigen Schweizer selbst wünschten es. In dem schweizer Comité der Versammlung erhielt als russischer Bevollmächtigter, neben Capodistrias, Stein Sitz und Stimme, sicher auf einen Wunsch, den er selbst in dankbarer Erinnerung an die guten bei den Eidgenossen empfangenen Eindrücke geäußert hatte. Wie einst bei der Reform in Preußen,

---

nahme der Kaiser-Frage seine Bundesgenossen gewechselt und Metternich jetzt mit einem Male als „sehr gut und wohlwollend" charakterisirt. Sehr wirkungsvoll. Schade nur, daß die Worte nicht von Stein, sondern von einer Freundin Metternichs herrühren; s. Steins Tagebuch S. 441.

verfolgte er auch jetzt eine mittlere Linie. In die neue Bundesverfassung mischte er sich überhaupt nicht. Aber wohin seine Meinung ging, das entnimmt man dem Lobe, das er der Mediations-Acte spendete, trotz ihres bonapartistischen Ursprungs[1]. Jedenfalls ist sie, erörterte er weiter, gültiges Gesetz gewesen, und wenn sie jetzt abgeschafft ist, so hat dies keine rückwirkende Kraft. Wo ist also der Rechtsgrund, auf den sich diejenigen stützen, welche die aristokratischen Einrichtungen, die Privilegien, die Unterthänigkeit ihrer Mitbürger verlangen? Im Gegentheil, die bestehenden Cantone sind durch den Beschluß der Tagsatzung ausdrücklich anerkannt worden, und die verbündeten Mächte haben erklärt, eben diese Cantone in ihrer Integrität erhalten zu wollen. Wies Stein dergestalt die Ansprüche der Reactionäre ab, so war er, um jeden Keim der Unzufriedenheit und Gährung zu entfernen, nicht abgeneigt, den Bernern eine territoriale Entschädigung zu gewähren: jedoch nur im äußersten Nothfalle ein Stück vom Aargau — denn die gegenwärtige Lage der Schweiz schien ihm mehr eine Schonung der neuen als der aristokratischen Cantone zu erfordern —, wohl aber das Bisthum Basel; ein Theil von ihm hatte bereits früher in enger Verbindung mit Bern gestanden, und es war eine der wenigen Abtretungen von Frankreich, die nicht mehr als einen Liebhaber fanden. Stein erreichte damit noch einen andren Zweck für die Eidgenossen, den einer guten strategischen Gränze, deren Vertheidigung er ihnen dann, wenig zufrieden mit ihren inneren Zwistigkeiten, nachdrücklich ans Herz legte. Wie bedauerte er, daß das für die Behauptung des Cantons Genf unentbehrliche Gex den Franzosen gelassen war, und umgekehrt war er sehr zufrieden, daß der schweizerische Ausschuß des Congresses für die Eidgenossenschaft die 1797 durch Napoleon losgerissenen alten bündischen Unterthanenlande Bormio, Veltlin und Chiavenna zurückbegehrte, natürlich unter der Bedingung völliger Gleichstellung.

[1]) Il [l'acte de médiation] a été fait par le médiateur, avec connaissance des intérêts de la Suisse. Son influence a été, de l'aveu de la presque totalité des habitants, bienfaisante pour la nation, et il a eu force de loi pendant onze années.

Aber das Plenum des Congresses, wie wir das Comité der acht Mächte wohl nennen dürfen, desavouirte seine Commission. Wieder war es Metternich, der Stein gegenüber trat; er hatte es auf die Annexion jener bündischen Districte abgesehen und setzte, hierin von Wellington unterstützt, die Rückverweisung des Berichtes an den Ausschuß durch. Stein sah hierin eine unberechtigte Kritik und blieb den Berathungen fern[1]).

Noch widerwärtiger war ihm die Entwickelung der baierischen Frage. Metternich, dem wieder Wellington zur Seite trat, verharrte dabei, den Contrahenten des Rieder Vertrages im Westen, auf Kosten von Anderen, zu entschädigen. Baiern sollte nicht nur das, was es später wirklich auf dem linken Rheinufer erlangt hat, bekommen, sondern auch die inzwischen an Baden gefallenen Stücke der alten rechtsrheinischen Pfalz (Mannheim und Heidelberg) zurücknehmen und darüber hinaus Frankfurt und einen Landstrich bis nach Hanau hin erhalten: so würde es die Verbindung mit Aschaffenburg und Würzburg hergestellt, Baden sowohl wie Würtemberg umklammert und von Norddeutschland abgeschnitten haben. Stein setzte seinen Widerspruch fort; nach wie vor hegte er gegen Baiern das stärkste Mißtrauen und meinte nicht anders als daß es bei der ersten Gelegenheit wieder mit den Franzosen pactiren werde: in seinem Grolle erwog er die Möglichkeit, es aus dem Deutschen Bunde auszuschließen. Das wäre nun freilich erst recht gefährlich gewesen, und auch sonst gab er sich gerade hier Blößen. Wie konnte er den Liederjahn Karl Theodor lobend einen Fürsten von altem Schrot und Korn nennen, nur um Montgelas und dessen Politik herabzusetzen, und weshalb rechnete er nicht auf die Zukunft, deren er ja doch bei der deutschen Gesinnung des Kronprinzen Ludwig sicher war?[2])

[1]) Opinion des plénipotentiaires de Russie (Stein et Capodistrias), Vienne 16. novembre 1814; Klüber, Acten 5, 188 ff. Ebendort 5, 204. 282. 304. Muralt, Hans v. Reinhard (1839) S. 509 ff. 518 ff. Pictet, Biographie de Pictet de Rochemont p. 170. Steins Tagebuch S. 425. 432.

[2]) Steins Tagebuch S. 435 ff. 450 f. Pertz 4, 347 ff.

So hatte er überall nur halbe Erfolge oder gar unzweideutige Mißerfolge zu verzeichnen. Er bekam zu empfinden, daß er nicht Minister, sondern nur Rathgeber war und zwar Rathgeber eines Monarchen, der nicht mehr so auf ihn hörte wie in früheren Tagen. Begreiflich, daß er mit seiner Lage unzufrieden war. „Aus dem Halbverhältniß, in dem ich stand", so schrieb er in sein Tagebuch, „konnte nur Lebensüberdruß entstehen; ich hatte Influenz ohne durchgreifende Leitung, und Influenz auf höchst unvollkommene Menschen, die als Werkzeuge zur Erreichung großer Zwecke gebraucht werden sollten". Dann charakterisirte er die Gebrechen seiner Umgebung: bei den Einen Verlangen nach Zerstreuungen und Mangel an Tiefe, bei den Andren Stumpfheit und Kälte des Alters, bei den Dritten Schwachherzigkeit, Gemeinheit und Abhängigkeit von Metternich, bei Allen aber Frivolität. Damit blieb er von der Wahrheit nicht sehr weit entfernt: man weiß ja, wie ungünstig auch andere über das Getreibe des Congresses geurtheilt haben; dennoch übersah er in seiner ethischen Betrachtungsweise, daß in diesem Spiele der Intriguen und der Lüste auch die berechtigten Interessen der Einzelstaaten sich durchzusetzen strebten. Ihm erschien das Ganze nicht als ein Ringen um die Macht, sondern als ein Kampf zwischen dem Bösen und dem Guten. Heftig zürnte er, daß keine große, edle, wohlthätige Idee ganz und unverkürzt ins Leben treten könne, und er schloß seine Betrachtung mit den mahnenden, an sich selbst gerichteten Worten: „Aus diesen unglücklichen Verhältnissen herauszukommen, bedürfte es nur eines kräftigen Entschlusses, und es ist rathsamer, ihn bald zu nehmen, ehe die Erbärmlichkeit des Ganzen sich entwickelt hat; rathsamer, sich den Leiden des Zustandes zu entziehen und sich von der Verantwortlichkeit desselben loszusagen"[1]).

Aber nicht so im Sande sollte seine öffentliche Wirksamkeit verlaufen, und der dies verhinderte, war der alte Urheber seines Ruhms: Napoleon. Während die Diplomaten des Tags Conferenzen hielten und Noten schrieben, Nachts aber ihre Orgien feierten, lief (7. März)

[1]) Steins Tagebuch (4. März 1815) S. 437 f.

[2]) Klüber, Acten 1, 4, 52.

die Nachricht ein, daß derjenige, um dessen zertrümmertes Reich man stritt, von seiner Insel aufgebrochen sei, natürlich doch um die Herrschaft über Frankreich zurückzugewinnen. Mit einem Schlage war die Situation verändert. Die Führung in Wien kam an denjenigen, der unter allen dort Anwesenden das Meiste für den Sturz des Tyrannen gethan hatte. Sofort, schon am 8. März, empfahl er in dringenden Worten, die Acht gegen den Friedensbrecher zu verhängen. Etwas Ungeheures, wie es die Welt noch nicht gesehen hatte; es erinnerte geradezu an die Ecclesia der mittleren Jahrhunderte; es war eine weltliche Excommunication. Stein wußte, indem er diesen Antrag stellte, gar wohl, was er that: durch nichts konnte die Gemeinschaft der abendländischen Staaten stärker erhärtet und sichtbarer veranschaulicht werden als durch einen aus ihrer Mitte hervorgegangenen Richterspruch, der, wenn er vollstreckbar sein sollte, eine gemeinsame Executive zur nothwendigen Voraussetzung hatte. Unter gewöhnlichen Verhältnissen würde ein Antrag dieser Art, gestellt inmitten eines vielgestaltigen, auseinander strebenden Congresses, nicht die geringste Aussicht auf Annahme gehabt haben; jetzt aber war die Erinnerung an das namenlose Leid, das der Schlachtenwürger der Menschheit zugefügt hatte, so übermächtig, daß Stein durchdrang. Man wartete nur noch, bis es feststand, daß Napoleon in Frankreich gelandet war; dann, am 13. März, erging die Erklärung der verbündeten Mächte, in welcher der entscheidende Satz lautete: „Napoleon Buonaparte hat sich aus den bürgerlichen und gesellschaftlichen Beziehungen ausgeschlossen und, als Feind und Störer der Weltruhe, der öffentlichen Bestrafung preisgegeben“. Alle hatten unterzeichnet: nicht nur Wellington und Stewart, sondern auch Metternich und Talleyrand, Hardenberg und Nesselrode.[1])

Das war nicht nur die abermalige Rechtfertigung all der Maßnahmen, die Stein seit dem Jahre 1812, oft genug gegen die leidenschaftliche Einsprache seiner gegenwärtigen Partner empfohlen hatte, es war auch der Ausgang des Kampfes zwischen ihm und dem Erben der Revolution, eines Kampfes, der durch Napoleons Rachbegierde

[1]) Angeberg, Congrès de Vienne 3, 912.

einen höchst persönlichen Charakter angenommen hatte. Jetzt that Stein dem Corsen, wie dieser ihm zuvor gethan hatte. Wie weit aber blieb er dabei von der Gesinnung entfernt, aus welcher der Rechtssatz: „Auge um Auge, Zahn um Zahn" geboren ist. In dem Tagebuche, wo er die bunte Reihenfolge seiner Erlebnisse, Beobachtungen und Urtheile eintrug, hielt er, angelangt bei der Ächtung, nur einen Moment inne, um zurückzublicken: „Ein sonderbarer Wechsel der Dinge: er, der mich am 15. December 1808 ächtete, wird gegenwärtig in einen ähnlichen und weit schlimmeren Rechtszustand durch einen Beschluß der großen europäischen Mächte gesetzt"[1]). Das war alles; in den Briefen an seine Frau erwähnt er das Ereigniß überhaupt nicht. Was er gethan hatte, sah er als die Erfüllung einer Pflicht an, sich selbst betrachtete er als den Vollstrecker eines göttlichen Rathschlusses.

Indem nun die Cabinette Angesichts der drohenden neuen Gefahren sich einander näherten, wurden sie auch geneigter, die noch in ihrer Mitte bestehenden Spannungen zu lösen. Gedenken wir ihrer in der Beschränkung auf den Antheil, den Stein an ihnen hatte, so erhielten die Österreicher wirklich von altschweizerischem Gebiete Bormio, Veltlin und Chiavenna; sonst aber wurden die Angelegenheiten der Eidgenossenschaft so geregelt, wie Stein es gewollt. Die Entscheidung der baierischen Frage zog sich noch geraume Zeit hin; schließlich aber gewann die Dynastie Wittelsbach weder Heidelberg noch Mainz, weder Frankfurt noch Hanau; es blieb dabei, daß der verhaßte Badener ihr Reich in zwei Theile zerriß. Endlich wurde nun wirklich auch Deutschland eine Verfassung zu Theil. Gleich nachdem die erste beunruhigende Nachricht aus Elba gekommen war, schlug Stein vor, man möge sich schleunig über die wesentlichsten Punkte verständigen und sie bekannt machen, die weitere Ausarbeitung aber den Gesandten der Bundesstaaten überlassen. Sein Motiv war auch jetzt ein nationales: der Abschluß sei nöthig, um das deutsche Volk zu beruhigen; die „Deutschen Gesellschaften", welche Arndt ihr Dasein verdankten und namentlich in Nassau Bei-

[1]) Steins Tagebuch S. 441 f.

fall gefunden hatten, sind ihm natürlich kein Geheimniß geblieben: wieder konnte er sich von einer popularen Strömung tragen lassen. Sein Vorschlag leuchtete nicht nur Hardenberg, sondern sogar Metternich ein; Unruhen wollten sie nicht, und besonders erwünscht mochte es Metternich sein, den unbequemen Mahner auf irgend eine Weise los zu werden. Nur nahmen sie sich nicht die Eile, die der Anwalt der deutschen Nation herbeiwünschte, und als sie, nicht ohne neue Mahnungen des Ungeduldigen, daran gingen festzusetzen, was wesentlich sein solle, blieben sie hinter dessen Wünschen weit zurück[1]). Wie immer war auch dies Mal Hardenberg der nachgebende Theil. Wenn man seine 41 Artikel aus dem Juli 1814, ja nur die doch schon sehr abgeschwächten 12 Artikel aus dem October 1814 mit Demjenigen vergleicht, was endlich am 23. Mai 1815 aus den gemeinsamen Berathungen der österreichischen und preußischen Bevollmächtigten hervorging, so war die weitere Verschlechterung auf den ersten Blick klar: Kreise und Kreis-Obersten beseitigt; an ihrer Stelle keine neue Central-Gewalt; eine Stimmenvertheilung, die Österreich und Preußen so viel Einfluß gab wie Baden und Luxemburg; der den Ständen gewidmete Paragraph nur den einen Satz enthaltend: „In allen deutschen Staaten soll eine landständische Verfassung bestehen"; die Grundrechte auf das stärkste beschränkt. Ausführlich und freigebig war der neue Entwurf eigentlich nur in dem Abschnitte, der von den Mediatisirten handelte[2]). Ist dies Zufall oder haben wir es mit einem Mittel zu thun, das Metternich in der Hoffnung anwandte, auf diese Weise die Opposition des rührigsten Mediatisirten zum Schweigen zu bringen? Er kannte nicht das Wort, das Stein schon vor Monaten in der deut-

---

[1]) Steins Tagebuch S. 440 (spätestens 11. März: „um die Gemüther der Einwohner zu beruhigen"). 450 (24. April: „zur Beruhigung des Volks"). 452 (5. Mai: Entwurf einer russischen Note, „welche die Beschleunigung der Sache von neuem empfahl"). Vgl. Pertz 4, 425 f. — Meinecke, die Deutschen Gesellschaften und der Hoffmannsche Bund (1891) S. 7 ff.

[2]) „Entwurf zu der Grundlage der Verfassung des teutschen Staatenbundes u. s. w." v. 23. Mai 1815; Klüber, Acten 2, 314 ff. Vgl. oben S. 386 ff. 406 ff.

schen Debatte gebraucht hatte: „Mir scheint, man setzt zu viel Werth auf das Schicksal der Mediatisirten und zu wenig auf das der Nation.“ Jetzt war er der ewigen Zögerungen, die er zum Theil wenigstens auch dem Zaren Schuld gegeben zu haben scheint, überdrüssig geworden und hatte sich bereits zur Abreise entschlossen; nur die nachdrücklichen Bitten und die bestimmten Zusagen Alexanders veranlaßten ihn zu warten[1]). Als er nun die neueste Schöpfung des Metternichschen Genius zu Gesicht bekam, sah er ein, daß das Schicksal der Central-Gewalt zunächst besiegelt sei; die Hoffnungen, die er noch hegte, galten den parlamentarischen Rechten. Darüber berichtete er noch ein Mal an den Zaren: auf den ersten Blick ein neues Satyrspiel, daß der russische Selbstherrscher den ständischen Bestrebungen des politischen Führers der deutschen Nation zu Hülfe kommen sollte; doch kennen wir schon die Neigung Alexanders für die Ideen von 1789. Der erbetene Beistand aber ist entweder gar nicht oder vergeblich geleistet worden. Die Einzelheiten entziehen sich unsrer Kenntniß; leider bricht das Tagebuch, das Stein im September 1814 begonnen hatte, hier ab. Sicher ist, daß er Wien am 28. Mai verließ, vor den letzten Berathungen über die deutsche Verfassung[2]).

Unmittelbar vor ihm reisten die Monarchen ab: sie gingen ins Feldlager, er suchte die Heimath auf; nur vorübergehend weilte er im Hauptquartier, das inzwischen in Heidelberg aufgeschlagen war. Weshalb folgte er ihm nicht nach Frankreich hinein? Da er seine Gründe nicht dem Papiere anvertrauen wollte[3]), sind wir auf Ver-

[1]) Steins Tagebuch S. 450: „Kaiser Alexander bestand den 23. April darauf, daß ich noch hier bleibe bis zum Abschluß der deutschen Angelegenheiten“. Stein à Mme de Stein, Vienne 25. avril 1815: L'empereur Alexandre donna des assurances si positives qu'elles [les affaires de l'Allemagne] se termineraient, que j'ai cru devoir abandonner mes idées de départ, pour éviter les reproches qu'on n'aurait manqué de me faire, de m'être éloigné dans un moment aussi important et décisif pour notre patrie. [2]) Pertz 4, 137. 433. Steins letzte Denkschrift ist v. 24. Mai.

[3]) Stein à Mme de Stein Vienne 25. avril 1815: Par les raisons que je vous expliquerai à notre entrevue, il ne me convient de suivre le quartier général.

muthungen angewiesen: er wird die Empfindung gehabt haben, daß sein Verhältniß zum Zaren nicht mehr das alte war.

Der Biograph muß bedauern, daß es im Organismus des preußischen Heeres keine Stelle gab, wo Stein die Entwickelung seiner militärisch-politischen Theorien und die Erfüllung seiner Wünsche aus nächster Nähe beobachten konnte. Denn das bot der Krieg, der nun begann. Schon daß Engländer und Preußen zusammenwirkten, mußte für Stein eine Genugthuung sein: wie oft hatte er den Beistand des Inselreichs zur Verwirklichung seiner continentalen Pläne angerufen. Im englischen Heere fochten aber auch einige der deutschen Contingente, auf die er dann gerechnet hatte: die Hannoveraner und die Braunschweiger; dazu seine eigenen Landsleute, die Nassauer. Darüber daß der Befehlshaber des englisch-deutsch-niederländischen Heeres weder auf dem Wiener Congreß noch während der Vorbereitung des Feldzugs ihm ein besonderes Wohlwollen gezeigt, hätte er allerdings hinwegsehen müssen[1]). Wie aber schlug sich dasjenige Heer, an dessen Aufbau er selbst mitgearbeitet hatte. Gewiß, schon 1813 und 1814 thaten die Führer der Schlesischen Armee das Beste; immer aber waren sie gehemmt worden durch die fremden Truppen in ihrer Mitte, durch die Unterordnung unter einen andren, diplomatisirenden Oberbefehlshaber, durch vorausbestimmte Feldzugspläne: jetzt geboten sie nur über Deutsche und waren durch keine Vormundschaft gestört. Von dieser ihrer Freiheit machten sie einen wahrhaft königlichen Gebrauch. Gneisenau, das geistige Haupt des preußischen Heeres, war insofern glücklicher denn Stein, als er ein Amt hatte mit fest umrissenen Befugnissen und sicherer Wirkung; unglücklicher, insofern er niemals an erster Stelle gestanden hat: Friedrich Wilhelm III., der ihm so wenig hold war wie Stein, entfernte sich nicht zu seinen Gunsten von den Anciennitäts-Listen. Jetzt schlug auch seine Stunde, eine Stunde nur, aber der Feldherr, anders als der Staatsmann, braucht nicht mehr. Napoleon warf sich zuerst auf die Preußen. Gestützt auf eine kategorische Zusage Wellingtons, Hülfe leisten zu wollen, nahmen Blücher und Gneisenau

[1]) Gurwood, Dispatches of Wellington (1847) 11, 85.

die Schlacht bei Ligny an und wurden geschlagen. In den Reiter-gefechten, die den letzten Act des Ereignisses ausmachten, verschwand Blücher und war nicht sogleich wiederzufinden; so kam der Ober-befehl an Gneisenau. Er hatte die Wahl zwischen zwei Entschlüssen. Entweder er ließ das preußische Heer seine natürliche Rückzugsstraße einschlagen, dann ging das Heer von Wellington einer sicheren Nie-derlage entgegen. Oder er sah hochherzig über die Thatsache, daß dieser Wellington wortbrüchig geworden war, hinweg, gab die preu-ßische Rheinprovinz preis und führte sein Heer dem Bundesgenossen zu. Er wählte das Zweite. Es war eine That sehr nahe verwandt derjenigen, die Stein vollbrachte, als er von Nassau nach Memel aufbrach; hier empfing die Politik, dort die Strategie den entschei-denden Impuls von der Ethik, beide Male gewährte der Handelnde eine Verzeihung. Noch ein Band vereinte in jener neunten Abend-stunde des 16. Juni den größten deutschen Staatsmann und den größten deutschen Feldherrn. Der Befehl zum Marsch auf Wavre war es, der Napoleons Schicksal unwiderruflich entschied; es war der erste Schritt zur Vollstreckung der Acht, die Stein in Wien durchgesetzt hatte.

Freilich gehörte, um das große Werk zu vollbringen, auch ein Heer wie das damalige preußische, diese Vereinigung von Manns-zucht und Freiheitsdrang, von Soldatensinn und Vaterlandsliebe: eine Vereinigung, wie sie nie zuvor geschaut war und ihres Gleichen schwerlich jemals wieder haben wird. Das preußische Heer von Jena löste sich auf und floh: das preußische Heer von Ligny stand 24 Stunden nach seiner Niederlage bereit, dem Bundesgenossen zu-zuziehen, 48 Stunden nach seiner Niederlage zerschmetterte es die Armee des Feindes. Und wer war es doch, der in den furchtbaren Nachmittagsstunden des 18. Juni die Bresche legte in das Dorf Plancenoit, das von der jungen Garde und einem Theil der alten Garde des Imperators vertheidigt wurde? Eines der Krümper-Regi-menter von Scharnhorst, zwei Regimenter der von Gneisenau er-richteten schlesischen Landwehr. Und wer zersprengte das letzte Quarree der alten Garde? Das hannöverische Landwehr-Bataillon

Osnabrück. Wie behielten Stein und Arndt Recht mit den Vorausverkündungen, die sie beim Beginne dieses glorreichen Freiheitskampfes gewagt hatten. Der Schlachtengott schien der Welt beweisen zu wollen, daß der Sieg auf dem Blachfelde nicht durch Drill und Dienstjahre, nicht durch Söldnerhochmuth und Adelsstolz errungen wird.

Dann stürmte das preußische Heer weiter, um die Geschlagenen nicht zur Ruhe kommen zu lassen: die großartigste Verfolgung, welche die Kriegsgeschichte kennt; elf Tage nach Belle Alliance stand Gneisenau vor Paris, am vierzehnten Tage begann er den Sturm auf die Vororte der Hauptstadt, und nun verloren die Feinde den Muth zu fernerem Widerstande. Napoleon hatte abgedankt; also, meinte Marschall Davout, der Oberbefehlshaber des französischen Heeres, die Ursache des Krieges sei fortgefallen. Da hat General Grolman, der Radicalste in dem erlauchten Kreise der preußischen Heerführer, der schon 1808 die Feder für die nationale Sache geführt, eine Antwort aufgesetzt, die Wort für Wort auch von Stein hätte geschrieben sein können: „Wir verfolgen unsren Sieg, und Gott hat uns Mittel und Willen dazu verliehen. Sehen Sie zu, Herr Marschall, und stürzen Sie nicht abermals eine Stadt ins Verderben; denn Sie wissen, was der erbitterte Soldat sich erlauben würde, wenn Ihre Hauptstadt mit Sturm genommen würde. Wollen Sie die Verwünschungen von Paris ebenso wie die von Hamburg auf sich laden?" Darauf erfolgte die Unterwerfung: zum zweiten Male zog das preußische Heer in Paris ein. Wie dieser Krieg im Frühjahr 1813 durch die lautersten Beweggründe des menschlichen Herzens, die welche in die Ewigkeit hineinragen, begonnen wurde, so wurde er hier durch sie beendet. Der Tagesbefehl, den Gneisenau erließ, ermahnte die Truppen nicht nur zur Ordnung und Disciplin, sondern bestimmte auch, daß sobald sie auf ihren Posten angekommen seien, Gottesdienst gehalten werden solle. „Ich erwarte," so hieß es zum Schluß, „daß sich die Armee nicht durch Übermuth entehren, sondern sich auch als Sieger menschlich und bescheiden betragen werde".

Gerechtigkeit gegen jedermann, auch gegen den Frevler: dessen

Recht aber ist die Strafe. „Sie wollen", befahl Gneisenau dem preußischen Bevollmächtigten im englischen Lager, „die Unterhandlungen dahin richten, daß Bonaparte uns ausgeliefert werde, um ihn vom Leben zum Tode zu bringen. So will es die ewige Gerechtigkeit, so bestimmt es die Declaration der verbündeten Mächte, so wird das Blut unsrer am 16. und 18. Juni getödteten und verstümmelten Soldaten gerächt". Kein Zweifel, daß auch Stein hierin mit dem preußischen Hauptquartier übereinstimmte; aber Wellington rieth ab: nicht der Tod, sondern ewige Verbannung wurde das Los des entthronten Cäsars.

Gar bald zeigte sich auch sonst, daß das preußische Heer wohl im Stande gewesen war, die feindliche Hauptstadt zu bezwingen, darüber hinaus aber von andren Mächten abhängig war. Einen Tag nach ihm hielt Ludwig XVIII., dessen Herrschaft vor hundert Tagen so kläglich zusammengebrochen war, seinen Einzug. Sein Weg führte ihn bei dem Biwak vorüber, das die Preußen im Hofe der Tuilerien bezogen hatten. Da saßen sie, wettergebräunt, staubbedeckt, sich zu erholen von den Anstrengungen der letzten Wochen; sie saßen und blieben sitzen, keine, schlechthin keine Notiz nehmend von dem Bourbonen. Im ganzen Verlaufe der Freiheitskriege sind niemals das Legitimitätsprincip und die popularen Tendenzen, jetzt noch verschärft durch den Gegensatz der Nationalitäten, so hart auf einander gestoßen; das war wirklich das Heer, wie es sich Arndt in seinem Soldaten-Katechismus gewünscht hatte; hier, wo Coligny sein Leben gelassen, wo die Schweizer in der letzten Stunde des alten französischen Königthums ihr Blut verspritzt, wo die Guillotine ihr grausiges Werk vollbracht hatte, hier feierte es seinen höchsten Triumph. Aber Ludwig von Bourbon kam als König, anerkannt nicht nur von der wankelmüthigen eigenen Nation, sondern auch von dem Mitsieger der Preußen bei Belle Alliance, dem Herzog von Wellington, der, wie seine Partei überhaupt, sich bedroht fühlte durch die demokratischen Bestrebungen des Jahrhunderts, den die Solidarität der erblichen Rechte zu der legitimen französischen Monarchie hinzog. Und mit den Interessen der Tories schienen jetzt die ihres Landes

überhaupt zusammen zu fallen. England hatte durch die Aufrichtung des Königreichs der Niederlande und die Consolidation der preußischen Rheinprovinz so viel von Frankreich losgerissen, daß es ihm nicht mehr gefährlich war; es noch weiter zu schwächen konnte ihm nicht erwünscht sein, denn niemand wußte, was für Verwickelungen die Zukunft bringen würde.

Merkwürdig, daß nun auf Englands Seite eben die Macht trat, die es während des Wiener Congresses bekämpft hatte: Rußland. In dem Zaren, der auf die Nachricht von Waterloo seinerseits nach Paris geeilt war, wirkten, wie immer, universale und particulare Erwägungen zusammen. Seit dem Gottesgericht von 1812 war seine mystisch-religiöse Ader beständig verstärkt worden. Er wollte, daß die christlichen Völker und ihre Regenten sich als eine große Familie ansähen, Revanche- und Eroberungsgelüsten in ihrer Mitte keinen Raum mehr ließen; mit diesem Maße gemessen, erschienen ihm die schroff nationalen Tendenzen des preußischen Hauptquartiers und des preußischen Heeres insgesammt als eine Art Jakobinerthum, vor dem er sich und seine Nachbarn bewahren zu müssen glaubte. Vor Allem aber: aus dem dunkeln Untergrunde seiner durch die Befreiung des Occidents nur halb gesättigten Seele tauchte ein neuer großartiger, dem Orient zugewandter Plan auf, ein Plan, bei dem gleichzeitig für die Größe seines Reiches, für das Heil der Christenheit und für die Ausbreitung der Cultur gesorgt werden sollte: die Emancipation der Rajah. Je unsicherer für die Lösung dieses Problems der Beistand des auf Rußland eifersüchtigen Österreichs war, desto nöthiger war die Freundschaft Frankreichs, und auf keine Weise konnte sie besser erworben werden, als wenn jetzt der Bestand des bourbonischen Reiches gegen alle Annexionsgelüste der Nachbarn beschirmt wurde.

Dem russisch-englischen Einvernehmen setzte sich nun aber die Meinung der Deutschen entgegen, und nichts war wohl natürlicher; denn sie hatten am schwersten unter den Angriffen der Franzosen, nicht etwa erst der Jakobiner, sondern bereits der Bourbonen, zu leiden gehabt und waren über den jüngsten ruchlosen Überfall am

stärksten erregt. Zum ersten Male seit langer Zeit gab es über die wichtigste politische Tagesfrage keine Meinungsverschiedenheit in Germanien: jedermann forderte, daß das Vaterland gegen den bösen Nachbar durch eine bessere Gränze gedeckt werde. Die Führung übernahm, wie billig, das Hauptquartier des preußischen Heeres. Gneisenau begehrte für die Niederlande den ihr gegenüberliegenden französischen Festungsgürtel, für Deutschland Elsaß und Lothringen sowie „alles Land, dessen Flüsse sich in die Maas ergießen"; drohend fügte er hinzu: „Geringeres darf nicht geschehen, oder die Verachtung der Völker gegen ihre Regierungen wird gesteigert". Derjenige, an welchen diese Forderung gerichtet war, der preußische Staatskanzler, blieb selbst nur wenig hinter ihr zurück, indem er zwar nicht ganz Lothringen, dafür aber Savoyen von Frankreich losgerissen zu sehen wünschte. Und so im Wesentlichen auch die anderen Deutschen, die zu Worte kamen: Wilhelm v. Humboldt, Boyen und Knesebeck, Gagern, die Kronprinzen von Baiern und Würtemberg; selbst Metternich konnte nicht umhin zu fordern, daß die französischen Gränz-Festungen der ersten Reihe entweder abgetreten oder wenigstens geschleift würden. Indeß so stattlich diese Phalanx war, es unterlag doch keinem Zweifel, daß sie, auf sich gestellt, nicht siegen würde. Konnte sie aber nicht weiter verstärkt werden? War nicht der russische Kaiser in allen bisherigen Krisen des Freiheitskampfes auf Seiten der antifranzösischen Partei gewesen? Und wenn er etwa geschwankt hatte, war er nicht immer wieder durch Stein für die gute Sache zurückgewonnen worden? Niemand wußte dies besser als Hardenberg, der es selbst zuweilen hatte an sich fehlen lassen, und so führte er denn seinen alten Partner noch ein Mal, das letzte Mal, auf die politische Bühne zurück. „Ich bitte Sie, liebste Excellenz", schrieb er am 26. Juli aus Paris an Stein, „kommen Sie jetzt so schleunig als möglich hier her. Sie sind uns durchaus nöthig". Aber auch im entgegengesetzten Lager, im russischen Hauptquartier, war Steins Ansehen immer noch so groß, daß Capodistrias es ihm wenigstens nahe legte, nach Paris zu kommen, und für den Fall daß er sich dazu entschlösse, das Versprechen

gab, die deutschen Angelegenheiten nicht vor seiner Ankunft anzurühren[1]).

Stein hatte inzwischen mit den Seinen das wieder wohnlich gemachte Schloß an der Lahn bezogen und genoß in vollen Zügen die reichlich verdiente Freiheit. Mochte auch das Vaterland sich abermals des alten Bedrängers zu erwehren haben, er war des Sieges so sicher, daß er die Güter des Friedens vorwegnahm. Dazu bot sich ihm eben jetzt eine unvergleichliche Gelegenheit. Von Wiesbaden und Weilburg her erschien kein Geringerer als Goethe im Lahnthal. Er war schon ein Mal während des Freiheitskrieges in Steins Nähe gekommen, im Frühjahr 1813, als der Reichsfreiherr von Dresden aus sein neu erobertes Reich regierte. Der nationalen Bewegung im tiefsten Herzen abhold, hatte er damals das berufene Wort gebraucht: „Schüttelt nur an Euren Ketten, der Mann ist Euch zu groß, Ihr werdet sie nicht zerbrechen." Wenn es zu Steins Ohren gekommen ist, so hatte er es dem Redner, wie seine Gleichgültigkeit überhaupt, verziehen. Er las seine Werke — wie er denn z. B. dem Faust gleich nach seinem Erscheinen im Frühjahr 1808 freudig zustimmte[2]) — und wenn er sie sich auch nicht alle angeeignet haben sollte, so wußte er doch, daß große Männer, indem sie das geistige Capital der Nation mehren, auch deren Selbstbewußtsein und Leistungsfähigkeit steigern, mögen sie auch sonst über politische Fragen sich noch so heterodox äußern. Als er ihn nun am herzoglichen Hofe in Bieberich traf, lud er ihn zu sich nach Nassau ein. Von dort sind die beiden nach Ems und bergauf, bergab nach Ehrenbreitstein gefahren. Hier bestiegen sie den Nachen und ließen der Städte

[1]) Muralt, Hans v. Reinhard S. 550 ff. Schaumann, Gesch. d. zweiten Pariser Friedens (1844) S. III ff. Gagern, Antheil a. d. Politik 5, 1, 92. 5, 2, 11 ff. Pertz 4, 482 ff. Treitschke, Deutsche Geschichte (1882) 1, 773 ff. Gebhardt, W. v. Humboldt 2, 177 ff. — Gneisenau: Histor. Ztschr. (1877) 38, 293.

[2]) Stein à [Mme de Berg?] s. d. (mitgetheilt von Bailleu): La lecture de Faust m'a fait un plaisir sensible. C'est un tableau exact de l'état de l'âme de l'homme qui a satisfait son désir de s'instruire, *und der das Leere und Unbefriedigende des blossen Wissens für ein Wesen, das zum Empfinden und Handeln bestimmt ist, fühlt.*

und Burgen fröhliches Gewimmel an sich vorüber gleiten. Beide, wie wir annehmen dürfen, des befreiten Stromes sich freuend, verließen sie ihn erst in Köln, wo dann der antikisirende Dichter der Romantik seinen Tribut darbrachte. Er betrachtete, immer zusammen mit Stein, den „Dom von außen umher, den Dom von innen", das „alte köstliche Gemälde" des Stefan Lochner, den Chor, ließ es sich auch, trotz seiner 66 Jahre, nicht nehmen, wie einst in Straßburg, die äußeren Gallerien zu besteigen, und so ging es weiter zu Allem, was sonst in der heiligen Stadt an Resten einer großen vaterländischen Vergangenheit zu sehen war. Leider haben wir aus Steins Munde kein Wort über dies denkwürdige Zusammensein; doch läßt uns auch hier Arndt, der ihn in Köln traf, einen Blick in sein Inneres thun. Arndt vergleicht die Fahrt der beiden mit der Reise des eisernen und des thönernen Topfes, nur daß sie glücklicher abgelaufen sei als in der Fabel. Stein habe, als der Alte sich das Dombild besehen, seinen Freunden (auch Eichhorn war zugegen) zugeraunt: „Nur nichts Politisches, das mag er nicht; wir können ihn da freilich nicht loben, aber er ist doch zu groß". Und so sei er überhaupt gewesen, ungewöhnlich sanft und mild, den kühnen und geschwinden Athem seiner Natur anhaltend, den Löwen zügelnd, daß er nimmer herausguckte. Auch Goethes Äußerungen athmen den größten Respect vor dem „außerordentlichen Mann", der ihn begleitete: begreiflich genug: hatte dieser doch die Ketten, deren ewige Dauer er prophezeit, zerbrochen. Er dankte ihm „für die genußvollen und lehrreichen Tage", deren er ihn „mit so viel Güte theilhaft gemacht": „Ich finde mir eine neue Ansicht des Lebens und der Erkenntniß eröffnet, indem ich durch Dero Vertrauen hellere Blicke in die uns zunächst umgebende moralische und politische Welt richten, so wie eine freiere Übersicht über Fluß und Landgegenden gewinnen konnte." Wegen der hier behaupteten Wirkung wird der Empfänger des Briefes etwas enttäuscht gewesen sein, wenn er weiter las: „Hierzu kommt noch, daß die schönen Stunden, die mir in Ihrer Nähe gegönnt waren, Vorboten eines höchst bedeutenden Ereignisses geworden" — es war nämlich das Commandeur-Kreuz des Kaiserlichen Leopolds-Order

„nebst einem ehrenvollen Handschreiben des Fürsten von Metternich Erlaucht" einpassirt. Doch kann es nicht wohl bezweifelt werden, daß die germanische Ader Goethes durch die Zusammenkunft mit Stein verstärkt worden ist[1]).

Unmittelbar nach dieser Episode erreichten Stein die Schreiben von Hardenberg und Capodistrias. Gagern, der bereits in Paris war und um die Einladung wußte, zweifelte, ob Stein ihr folgen würde. Wie wenig kannte er seinen Landsmann. „Ich komme," schrieb Stein an Capodistrias, „um Deutschland die innere Ruhe zu verschaffen, die es braucht, damit es die Wunden heilen kann, die ein habsüchtiges und ehrgeiziges Volk ihm geschlagen hat."

Als er nun in Paris eintraf und Alexander sowohl wie Capodistrias sprach, bekam er von ihren Absichten, wie sich versteht, einen ungünstigen Eindruck. „Sie wollen", sagte er zu Gagern, „daß wir verwundbar bleiben"; die vom Zaren als möglich erörterte Action gegen das preußische Heer nannte er abscheulich; als Capodistrias auf die Möglichkeit einer neuen Revolution in Frankreich hinwies, erwiederte er: das sicherste Mittel gegen das Fortschreiten des Revolutionsgeistes sei Befriedigung gerechter Forderungen der Völker. Aber er begriff, daß gegen Alexander eine Verbesserung der Friedensbedingungen unmöglich sei, und als er die officielle Denkschrift las, welche der Zar und sein Rathgeber aufgesetzt hatten, so fand er auch, daß die beiden, allerdings nicht sehr bereitwillig, zweierlei zugestanden: die Unsicherheit der gegenwärtigen Regierung Frankreichs

---

[1]) Goethe traf am 24. Juli 1815 in Nassau ein; am 29. war er wieder dort. Goethes Werke Sophien-Ausgabe III 5, 169. 172; IV 26, 50 ff. Arndt, Erinnerungen S. 253 f. Arndt, Wanderungen S. 224 ff. Düntzer, Abhandlungen zu Goethes Leben (1885) S. 83 ff. Otto i. d. Annalen d. Vereins f. nassauische Alterthumskunde 1894 S. 153 ff. Schüddekopf i. Goethe-Jahrbuch (1900) 21, 56 ff. — Auf die Nachwirkung des Zusammenseins mit Stein hat mich Suphan aufmerksam gemacht; wir dürfen wohl hoffen, daß er sich darüber noch weiter äußern wird. Vgl. auch Varrentrapp in der Histor. Zeitschrift (1902) 89, 492 f. — Goethe in Dresden 1813: Arndt, Erinnerungen S. 203; Arndt, Wanderungen S. 165; Niebuhr, Lebensnachrichten 1, 556; Aus den Papieren v. Schön 4, 162. — Wie Stein über Commandeur- und andre Kreuze urtheilte, wissen wir aus Theil 2, 107.

und die militärische Überlegenheit der französischen Gränze. Dem ersten Übelstande sollte eine vorübergehende Besetzung Frankreichs durch verbündete Truppen abhelfen, dem zweiten eine Geldzahlung von Seiten Frankreichs, die dem Aufbau deutscher und niederländischer Festungen zu dienen habe. Es war eine Politik der mittleren Linie, die hier eingeschlagen war, und Stein entschloß sich, sie fortzusetzen.

Unleugbar hatten die Russen Recht, wenn sie betonten, daß die Erklärungen, welche die Alliirten von Wien aus hatten ergehen lassen, sich nicht gegen Frankreich, sondern nur gegen Bonaparte richteten. Nun hatten die Franzosen sich allerdings Napoleons Usurpation gefallen lassen, aber von einer freudigen und eifrigen Unterstützung waren sie doch weit entfernt geblieben. Stein selbst hatte dies wohl bemerkt; was in Frankreich geschehe, meinte er, sei eine Verschwörung der Armee, nicht eine Revolution, die in dem Gesammtwillen der Nation ihren Entstehungsgrund finde. Und dies war den Operationen der Verbündeten gar sehr zu Statten gekommen. Ein Marsch wie der des preußischen Heeres von Belle Alliance nach Paris wäre undenkbar gewesen, wenn die Bevölkerung sich widerspenstig gezeigt hätte, und schwerlich wäre Paris so leichten Kaufes eingenommen worden, wenn Napoleon es vertheidigt hätte: der aber war durch die eigene Volksvertretung zur Abdankung gezwungen worden. Stein hat das in seinen Erörterungen zwar nicht zugestanden, aber die Wirkung der Thatsachen trat doch wohl darin zu Tage, daß er langathmige Erörterungen über die Rechtsfrage vermied. Er beschränkte sich darauf zu betonen, daß in den Wiener Verhandlungen die Integrität Frankreichs niemals förmlich zugesichert sei.

Er kam dem Zaren ferner entgegen, als dieser sich über das preußische Heer, die angeblich von ihm verübten Mißhandlungen und Gewatthätigkeiten beschwerte. Ja, erwiederte er, die Erschlaffung der Disciplin aus Beweggründen der Rachsucht sei zu tadeln, und er werde darüber mit seinen Bekannten sprechen. Wenn er dies gethan hat, so wird er sicher nicht außer Acht gelassen haben, wie stark der deutsche Soldat durch die von den Franzosen in seiner Heimath begangenen Excesse gereizt war.

In den Tagen nach Belle Alliance hatte er eine Denkschrift aufgesetzt, die das Elsaß für Deutschland zurückforderte; seine Absicht soll damals gewesen sein, es dem Erzherzog Karl anzuvertrauen. Hierauf kam er in Paris nicht wieder zurück; ja, er gestand zu, daß jede umfangreiche Annexion verhängnißvolle Folgen haben werde[1]). Andrerseits erklärte er eine vorübergehende Occupation für eben so unzureichend wie eine Geldzahlung. Jene, meinte er, würde die Franzosen gleichfalls reizen und den Nachbarn keinen Nutzen bringen; die Contribution aber werde zur Befriedigung der Gläubiger, zur Belohnung des Heeres und zur Heilung der Kriegsschäden verwendet werden müssen. Und nun rückte er mit seinen eigenen Postulaten heraus: Frankreichs Nachbarn müssen die für die Defensive unerläßlichen Punkte erhalten, und Frankreich muß diejenigen Orte herausgeben, die „rein offensiv" sind. Das erläuterte er dahin, daß die Vertheidigung der oberen Maas die Abtretung von Maubeuge, Givet und Philippeville, die Vertheidigung des oberen Rheins eine Linie von Thionville über Saarlouis nach Straßburg erfordere. Daneben hatte er nichts dagegen, daß, um die Dynastie der Bourbonen zu stützen und revolutionäre Bewegungen im Zaum zu halten, eine Reihe französischer Festungen von der Alliirten zeitweise besetzt blieb.

Nicht alles hat Stein durchgesetzt, immerhin gab der Zar die Forderung preis, daß das französische Territorium intact bleiben müsse. Er machte dies Zugeständniß unmittelbar nachdem er die von Stein aufgesetzte Denkschrift gelesen hatte; sicher hat sie es bewirken helfen. Zu Statten kam Stein, daß auch Pozzo di Borgo, der im Übrigen die Sache des bourbonischen Frankreichs führte, sich für eine Landabtretung aussprach, falls sie sich innerhalb enger Gränzen hielt[2]).

[1]) Si l'occupation permanente [d'une lisière permanente] doit remplir les deux buts, celui de protéger la tranquillité extérieure de la France, et celui d'assurer celle des voisins, il faut lui donner une grande étendue, et de là naîtront toutes les suites fâcheuses d'un démembrement d'une grande portion de territoire.

[2]) Stein à Capodistrias, Francfort 24. juin; Bailleu i. Correspondenzblatt d. Gesammtvereins d. deutschen Geschichtsvereine 1899 S. 160. Vgl.

Darauf hin ist der zweite Pariser Friede (20. November) geschlossen worden. Frankreich trat Philippeville, Marienburg, sowie überhaupt das Herzogthum Bouillon an die Niederlande ab, Saarlouis und Saarbrücken an Preußen, Landau und das Land bis zur Lauter an Österreich, einen Theil von Gex an Genf; noch weiter südwärts wurde zwischen Frankreich und Sardinien die Gränze des Jahres 1790 wieder hergestellt. Die deutschen Patrioten, welche hiermit unzufrieden waren und zürnten, daß Elsaß und Lothringen in den Händen der Franzosen geblieben waren, verlangten etwas Unmögliches. Denn das, was Stein im Sommer 1808 als Programm für die Actionspartei aufgestellt hatte: Deutschland solle durch Deutschland gerettet werden, hatte sich nicht verwirklichen lassen; die Kräfte von Rußland und England hatten hinzukommen müssen. Das Fehlschlagen der Hoffnungen auf Elsaß und Lothringen war der Preis, der für diese Allianz gezahlt wurde.

In Erfüllung gingen sie erst, als Deutschland so mächtig geworden war, daß es Frankreich allein die Spitze bieten konnte.

Gagern, Antheil an d. Politik 5, 1, 65. — Stein à Alexandre I., Paris 18. août; Gagern, Antheil 5, 2, 38 ff. u. (übersetzt) Pertz 4, 552 ff. — Pozzo di Borgo à Alexandre I., Paris $\frac{15.}{27.}$ août 1815; Correspondance diplomatique du comte Pozzo di Borgo et du comte de Nesselrode (1890) 1, 206 s. — Pertz (4, 547—577) hat auch hier in seine Darstellung einen Bericht Steins (überschrieben „Reise nach Paris") fast wörtlich aufgenommen. Die von ihm auf S. 559 unterdrückten Namen sind: „Kronprinz von W[ürtemberg]" und „Pr[inzessin] Bagration". Nach diesem Bericht (dem wahrscheinlich die Anspielung bei Pertz 6, 1, 260 gilt) kam Stein am 14. August, nach Hardenbergs Tagebuch erst am 15. Abends in Paris an. Er reiste am 10. September wieder ab. — Einige Notizen bei Gagern, Antheil 5, 1, 169. 175 f. 195. — Steins Tagebuch während des Wiener Congresses S. 443.



Die letzten Jahre.



Es ist das Vorrecht großer Naturen, daß in ihnen Raum bleibt für Dinge, die in der Seele der Kleinen sich ausschließen. So umfaßte Stein mit seinem starken Herzen Familie und Staat, Nation und Menschheit; er liebte die Häuslichkeit und konnte doch alles aufs Spiel setzen; er freute sich der Natur und dauerte aus im Arbeitszimmer; er war ein Mann der That und pflegte die Wissenschaft; er schaltete im Diesseits und sehnte sich nach dem Jenseits. Wie aber das Individuum stets dasselbe und doch in unaufhörlicher Entwickelung begriffen ist, so sind es die einzelnen Lebensalter, welche je einen Theil der menschlichen Anlagen zur Entfaltung bringen, ohne deshalb den Rest aufzuheben. Glücklich derjenige, dem es beschieden ist, sich auf diese Weise ganz auszuleben.

Stein war in den letzten Jahren seines Lebens dem Staate nicht gänzlich abgewandt. Eine Rolle konnte er nach seiner ganzen Vergangenheit nur noch innerhalb der deutschen Central-Gewalt spielen, und er war entschlossen, sie anzunehmen, wenn sie ihm geboten wurde. Der Zustand der neuen deutschen Verfassung war dabei kein Hinderniß für ihn. Freilich war sie im Frühjahr 1815, nachdem er Wien verlassen hatte, weiter verschlechtert worden, indem namentlich das Bundesgericht gestrichen und der landständische Paragraph unbestimmter gefaßt wurde. Verglich man nun die Bundes-Acte, wie sie am 8. Juni 1815 unterzeichnet wurde, mit den hochfliegenden Hoffnungen der Patrioten, sonderlich Steins selber, so war der Abstand groß und schmerzlich. Anders, wenn man

sie maß an dem Zustande von 1802 und vollends von 1812. Im Jahre 1812 war der größte Theil der Deutschen dem französischen Kaiser zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet gewesen; das ganze linke Rheinufer und ansehnliche Stücke des rechten Ufers war dem französischen Reiche einverleibt gewesen; der Rheinbund hatte gereicht bis an die Ostsee und bis tief in die Alpen hinein, bis an die Oder und bis an die Traun; die Amtssprache war französisch gewesen in Aachen und Mainz, in Kassel und Erfurt, Paderborn und Braunschweig, Bremen und Hamburg, Lübeck und Stendal. Das war nun alles vorbei, Deutschland gehörte wieder den Deutschen. Aber auch dann, wenn man die Verhältnisse vor der Fürsten-Revolution von 1803 zum Vergleiche heranzog, war die Besserung augenscheinlich. Die Zahl der Zwergstaaten war auf das stärkste vermindert. Die geistlichen Territorien waren verschwunden. Der Papst hatte keine Stelle mehr im deutschen Staatsrecht; Deutschland hatte feste Gränzen; es hatte sich, wenn auch auf seine Weise und mit starken Vorbehalten, den nationalen Gemeinwesen zugesellt. Die Bundesstaaten sahen ihr Kriegsrecht und ihr Bündnißrecht beschränkt. Sie sollten sich unter keinerlei Vorwand bekriegen oder ihre Streitigkeiten mit Gewalt verfolgen; sie sollten keine Verbindung eingehen, die gerichtet wäre gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelne Bundesstaaten; sie sollten bei einmal erklärtem Bundeskriege keine einseitigen Unterhandlungen mit dem Feinde beginnen oder gar einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen. Das war klarer und bestimmter als die Festsetzung, durch welche einst der Westfälische Friede dem Mißbrauche des Bündnißrechts hatte wehren wollen; man durfte hoffen, daß weder der Basler Friede noch der Rheinbund sich wiederholen und daß nun kein Bruderkrieg mehr ausgefochten werde. Es gab zwar kein Bundesgericht, wohl aber einen Richterspruch durch die Bundesversammlung, und es gehörte wahrlich nicht viel dazu, die Leistungen der beiden Gerichte des alten Reiches zu übertreffen. Die Zusicherung, daß in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung sein werde, war eine Errungenschaft in populärem Sinne. Denn in gar manchem Rheinbunds-Staate war die

Souveränität, die oben die Autorität des Kaisers zerstört hatte, nach unten zur Vernichtung ständischer Rechte benutzt worden, und lange vor dem Untergange des alten Reiches waren, wie wir aus Steins preußischer Zeit wissen, in der großen Mehrzahl der brandenburgisch-preußischen Territorien die Stände entweder ganz beseitigt oder zur Ohnmacht verurtheilt. Die Grundrechte der Bundes-Acte, welche die Ansätze zu einem Indigenat und zur Freizügigkeit enthielten, übertrafen das, was das alte Reich auf diesem Gebiete gekannt hatte. Die letzten Nachwirkungen der Religionskriege wurden durch völlige Gleichstellung aller christlichen Religions-Parteien beseitigt; in diesem Punkte ging das neue deutsche Grundgesetz sogar über Steins Anträge hinaus[1]). Endlich schien zu Gunsten des neuen Zustandes die Bestimmung zu sprechen, daß die einzelnen Grundgesetze erst formulirt werden sollten; das war als erstes Geschäft der Bundesversammlung zugewiesen. Es ließ sich hoffen, daß diese Gesetze noch manchen berechtigten Wunsch erfüllen würden.

So fällte denn Stein zwar strenge Urtheile über die Bundes-Acte, daneben aber erklärte er: „Man muß nicht den Muth verlieren, sondern alles von der Kraft des Fortschrittes erwarten, die dem menschlichen Geiste innewohnt"[2]). So sehr hielt er die neue Verfassung trotz ihrer Gebrechen für entwickelungsfähig, daß er sich selbst in ihr und durch sie wirksam dachte[3]). In der That erging

[1]) Die August-Denkschrift (S. 309) forderte nur die Gleichstellung der „drei christlichen Religions-Parteien", d. h. der recipirten; daneben hätte die Bestimmung des Westfälischen Friedens (I. P. O. VII § 2) fortbestehen können: Sed praeter religiones supra nominatas nulla alia in Sacro Imperio Romano recipiatur vel toleretur. In den späteren Verhandlungen (S. 345 f.) wurde die Sache nicht berührt; sie taucht erst wieder auf in dem von dem österreichischen Diplomaten Wessenberg ausgearbeiteten Entwurfe (Klüber 2, 5; vgl. Arneth, Johann Freiherr von Wessenberg [1898] 1, 242. 276), jedoch wieder, wie bei Stein, nur in der Beschränkung auf Katholiken, Lutheraner und Reformirte. Erst der österreichische Entwurf aus dem Mai 1815 wandte die Gleichstellung den „christlichen Glaubensbekenntnissen" schlechthin zu (Klüber 2, 313).

[2]) Tadel und Hoffnung an demselben Tage (24. Juni 1815) geäußert: Pertz 4, 444 ff. u. Bailleu i. Correspondenzblatt d. Gesammtvereins d. deutschen Geschichtsvereine 1899 S. 160.

[3]) In dem undatirten, im April 1815 geschriebenen Briefe Steins an

nun an ihn ein Anerbieten, wie er es wünschte, und zwar von zwei Seiten. Wieder redete die in den Dingen ruhende Vernunft; er hatte Österreich geliebt und für Preußen gelebt: beide boten ihm die Stelle ihres Vertreters am Bundestage an. Die österreichische Aufforderung lehnte er ab, weil er es mit seinen ethischen Grundsätzen nicht vereinbaren konnte, nach einander bei zwei rivalisirenden Staaten Dienste zu nehmen[1]). Auf den preußischen Antrag wollte er eingehen, doch stellte er zwei Bedingungen; die eine: sich ohne besonderes Urlaubsgesuch entfernen zu dürfen, sobald er glaube, daß die Geschäfte es zuließen, die zweite: daß der andere preußische Bundestagsgesandte eine Persönlichkeit sei, auf die er Vertrauen setze, etwa Staatsrath Rehdiger. Seine Gegenleistung sollte in dem Verzicht auf alles Gehalt bestehen. Aber die preußische Bureaukratie, die durch Concessionen dieser Art ihre Kreise gestört gesehen hätte, machte Schwierigkeiten, und Stein trat nicht in den Bundestag ein[2]).

Man wird diese Wendung nicht bedauern. Es ist wahr, Stein hatte in seinem Optimismus ganz Recht, wenn er annahm, daß auch der Bundestag entwickelungsfähig sei; die März- und April-Tage des Jahres 1848 haben es bewiesen. Aber damals fluthete durch die Nation eine Strömung, vor der nichts Stand hielt; in der Epoche nach 1815 fehlte sie, und darum würde Stein seine Kraft an einer unfruchtbaren Aufgabe verzehrt haben.

Freilich ruhte die nationale Idee in Deutschland nicht völlig. Von der kleinen Schar denkender, dichtender und schaffender Männer, die sie bis dahin gehegt hatte, drang sie vor zu der studi-

Kotschubeij (Pertz 6, 2, 29 d. Beilagen) heißt es: J'espère trouver moyen d'être d'une utilité directe à ma patrie et influer immédiatement sur son bien être.

[1]) Steins Selbstbiographie S. 195. Nach einem Briefe Steins aus dem Jahre 1829 (Pertz 6, 2, 780) erfolgte der Antrag durch Metternich selbst, in Heidelberg im Juni 1815. Möglich übrigens, daß er nur in der bestimmten Erwartung der Ablehnung geschah; dafür spricht Metternichs spätere Haltung. Vgl. Arneth, Wessenberg 2, 38 ff.

[2]) Stein an Hardenberg 9. Juni 1815; Pertz 4, 450. Die Angabe der Selbstbiographie (S. 195 f.) ist hiernach zu corrigiren. Außerdem s. Pertz 5, 25.

renden Jugend. Zum ersten Male seit Jahrhunderten hatten die Gebildeten Theil genommen am vaterländischen Heerwesen, sei es als freiwillige Jäger, sei es als Landwehrmänner; die Wirkung war eine leidenschaftliche, oft schwärmerische Erregung für den Staat und für das Vaterland. Aus dieser Stimmung heraus wurde die deutsche Burschenschaft geboren. Sie hatte durchaus nur Deutschland, nicht einen deutschen Einzelstaat, nicht die Gesammtheit der deutschen Einzelstaaten im Auge; begreiflich daher die Sorge und der Haß der Regierungen. Sie schritten zu repressiven Maßregeln; die Radicalen antworteten mit Mordthaten, und diese hinwieder vollendeten den Sieg der Reaction. Unter der Führung von Metternich, dem sowohl Fürst Wittgenstein wie Hardenberg Gefolgschaft leisteten, bewirkten Österreich und Preußen, daß der Bundestag Gesetze gegen die Universitäten wie gegen die Presse erließ und eine Commission zur Untersuchung der revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen einsetzte.

Die Verfolgung begann ihr Werk. Sie hätte sich, da der Zusammenhang zwischen den geächteten Bestrebungen und denen der vergangenen großen Zeit nicht in Abrede zu stellen war, auch gegen die Helden der Freiheitskriege, besonders gegen Stein, richten müssen; aber die Feiglinge begnügten sich mit Denunciationen. Der nassauische Minister malte Stein seinem österreichischen Collegen als demagogischen Störenfried[1], und die von Bundes wegen eingesetzte Untersuchungs-Commission nannte ihn unter denen, welche „die demagogischen Umtriebe besonders angeregt" hätten. Das schien, da der Bericht dem Bundestage vorgelegt werden mußte, selbst einem Metternich zu stark; ein Gefühl der Scham kam über ihn, und er holte sich bei Hardenberg Raths. Der aber war leider über Scrupel dieser Art jetzt erhaben und stärkte seinen neuesten Freund durch die Bemerkung: „Ich gebe es zu, daß in einzelnen Stellen, namentlich bei Erwähnung des Ministers v. Stein mildere Ausdrücke hätten gewählt werden können, inzwischen dürfen und müssen wir wohl der Central-Commission zutrauen, daß sie ohne leidenschaftliche Aufwallung

[1] Sauer, Herzogthum Nassau S. 92 ff.

vorgeschritten sei und zu einer Erwähnung jenes Mannes in der Art, wie es geschehen, die besten Gründe gehabt habe"[1]). Schwerlich hat Stein etwas von dieser Episode erfahren; wenn es doch geschah, so würde das harte Urtheil, das er bald darauf über den todten Hardenberg fällte[2]), verständlicher werden. Die Verfolgung der Demagogenjäger, von der die Hochstehenden verschont blieben, richtete sich gegen diejenigen ihrer Mitarbeiter, die es nicht bis zum Minister oder General-Feldmarschall gebracht hatten. Als edelstes Opfer fiel Ernst Moritz Arndt, insofern nicht mit Unrecht, als seine Schriften sich von den Normen des absolutistischen und particularistischen Militär-Staates am weitesten entfernt hatten. Welch ein schimpfliches Schauspiel. Der deutsche Staat hatte früher eine Behörde gegen seine Unterthanen als ein Heer zur Abwehr der auswärtigen Feinde. Dieselben Regierungen, die während des Wiener Congresses einer Verstärkung der deutschen Central-Gewalt widerstrebt hatten, trugen jetzt kein Bedenken, sie dort zu bewirken, wo es sich um ihre Sicherstellung gegen populare Ausschreitungen handelte; dieselben Regierungen, die der Nation Berücksichtigung ihrer Wünsche versprochen hatten, duldeten jetzt nicht mehr, daß diese Wünsche überhaupt laut wurden. Es war nur logisch, daß auch der Artikel des deutschen Grundgesetzes, der von den Landständen handelte, von Bundes wegen im Sinne der Reaction interpretirt wurde.

Wo Steins Platz in diesem Kampfe war, konnte nicht zweifelhaft sein. Zwar fand auch er es bedenklich, den Journalisten Censur-Freiheit zu gewähren[3]), und keineswegs war er mit Allem einverstanden, was die liberalen Professoren vom Katheder herab der unbärtigen Jugend verkündigten. Wieder ließ er es nicht an strengen Worten fehlen; er erklärte geradezu, einem dieser „Gleichheits-Apostel",

---

[1]) Stern, Geschichte Europas seit 1815 (1897) 2, 397. 567. Metternichs Bedenken sind wohl durch Gentz erweckt worden, s. dessen Tagebücher (1874) 3, 12 ff.

[2]) Pertz 5, 760 f. 6, 1, 245. 6, 2, 1107.

[3]) Pertz, Denkschriften Steins S. 273. Pertz, Stein 6, 2, 1119. Vgl. Theil 2, 534.

wenn es auf ihn ankäme, den Lehrstuhl verbieten zu wollen. Aber mit dem größten Nachdruck bezeichnete er als die Hauptschuldigen die Fürsten und die Regierungen: „Sie sind die wahren Jakobiner; sie lassen den rechtlosen Zustand, in dem wir seit 1806 leben, fortdauern; sie reizen und erhalten Unwillen und Erbitterung; sie stören die Entwickelung und die Fortschritte des menschlichen Geistes und Charakters." Unwürdig nannte er das Treiben der Regierenden, unberechenbar die dorther drohenden Folgen. „Wäre mir Deutschland und der preußische Staat gleichgültiger, so könnte ich alles dieses ruhig ansehen; so aber zerreißt es mir die Brust." Er rühmte den guten und edlen Zweck der Burschenschaft, ihren Kampf gegen das läppische Wesen der Landsmannschaften; er tadelte, daß den Universitäten ihre Jahrhunderte alten Privilegien genommen würden; von den Karlsbader Beschlüssen überhaupt bemerkte er: „Sie mißfallen mir"[1]).

Die deutsche Nation wandte sich von ihrer zum Büttel herabgewürdigten Central-Gewalt ab und den particularen Gewalten zu.

Stein gehörte durch seinen Grundbesitz zwei deutschen Staaten an. Als 1814 die Staatsmänner und Feldherren dotirt wurden, war auch Stein nach seinen Wünschen gefragt worden. Er entschied sich — und übrigens außer ihm auch Gneisenau — für den Johannisberg im Rheingau, aber vergebens; weder Stein noch Gneisenau bekamen das Gelände, auf dem Germaniens edelste Reben wachsen, sondern Metternich: im Kleinen auch ein Stück deutscher Geschichte[2]). Gneisenau erhielt dann wenigstens eine Domäne: Stein mußte sich mit Geringerem begnügen. Sein südpreußischer Besitz Birnbaum hatte ihm auch nach jenem Unfall des Jahres 1811 Verdruß und Sorge bereitet; im März 1813, als er in Breslau krank

---

[1]) Pertz 5, 424 f. 452. 456. 850. Stein an Eichhorn, Frankfurt 12. Januar 1817. Von sehr schroffen Äußerungen berichtet auch der Herzog von Broglie, s. dessen Souvenirs (1886) 1, 362.

[2]) Pertz 4, 448 f. 462 f. In diesen Zusammenhang gehört wahrscheinlich die Anklage auf Falschheit, die Steins Selbstbiographie (S. 196) wider Hardenberg erhebt.

darniederlag, mahnten ihn seine Gläubiger um die rückständigen Zinsen, so daß er die Intervention des Zaren anrufen mußte[1]). Jetzt durfte er tauschen: an Stelle von Birnbaum, das der preußische Staat übernahm, bekam er die alte, durch den Reichs-Deputations-Hauptschluß säcularisirte Prämonstratenser-Abtei Kappenberg, südlich von Münster, nicht weit von der Lippe gelegen. Die Eroberungen der Franzosen hatten ihn nach dem Osten gedrängt, ihre Niederlage führte ihn nach dem Westen zurück. Seitdem lebte er abwechselnd hier in Westfalen, an das ihn so viele theure Erinnerungen knüpften, und auf seinem Stammsitze an der Lahn[2]).

Wohin ihn sein Herz zog, darüber ließ er keinen Zweifel. Die ganze Annäherung an die Nassauische Dynastie und Bureaukratie war nur die Wirkung der ihm von dort her erwiesenen Aufmerksamkeiten. Als der junge, seit 1816 regierende Herzog zögerte, die in dem Patent von 1814 verheißene Ständeversammlung zu berufen, setzte Stein eine Petition in Umlauf, die mit mühsam verhaltenem Groll an das verpfändete fürstliche Wort erinnerte, und als er (1818) in die erste Kammer des endlich berufenen Landtags eintreten sollte, knüpfte er die Leistung des Eides an Bedingungen: er sei preußischer Unterthan und könne die dem Herzoge zu gelobende Treue nur auf sein Verhältniß als Landstand und Gutseigenthümer, nicht auf sein persönliches Verhältniß beziehen. Da die Nassauer diese Clausel nicht gelten lassen wollten, blieb er ihrem Landtage fern und redete von ihrem „durch Gewalt und Unrecht zusammengeleimten" Staate nur mit Geringschätzung[3]). Sein Verhältniß zum

---

[1]) Oben S. 106. Steins Selbstbiographie S. 184: „Dieses veranlaßte mich, den Kaiser zu bitten, 80 000 Fl. auf die in Polen liegende Dotation, als den Betrag der Kriegsbrandschäden, anzuweisen". Der polnische Gulden galt etwa 0.4 Reichsmark.

[2]) Pertz 5, 86. Selbstbiographie S. 196. Die Cabinets-Ordre, die den Tausch genehmigte, erging am 21. Juni 1816. — Eichhorn an Stein (1. Juni 1816, Pertz 5, 59): „Da jeder weiß, daß E. E. keine Geldvortheile suchen, so findet man überall den besten Willen". Vgl. Pertz 5, 275 f.: „Als Ersatz für das, was er dabei hätte auszahlen müssen, verzichtete Stein auf das ihm vom König [s. S. 105] angewiesene Ruhegehalt von 5000 Thalern".

[3] Pertz 5, 107 ff. 205 ff. 414. 834. Sauer, Herzogthum Nassau S. 26 ff.

Herzoge war schon vorher unheilbar zerstört worden, als dieser seine Domänen-Casse auf Kosten des Landes füllte. Damals sprach Stein das drohende Wort: „Die Zeit wird kommen, wo dieser Frevel bestraft wird und wo die Vorsehung strenges Gericht über die Frevler halten wird; ich habe hieran nicht den mindesten Zweifel“ [1].

Wie anders gab er sich dem zweiten Staat, zu dessen Insassen er gehörte. So abgeneigt er Nassau war, so sehr liebte er jetzt, nach mannigfachen Schwankungen, Preußen; er gab ihm den Vorzug auch vor Österreich, das er je länger je mehr mit der Persönlichkeit Metternichs identificirte. Von Preußen, sagte er geradezu, hänge das Wohl Deutschlands ab [2]).

Auch in Preußen hatte die Krone erst unter seinem, dann wieder unter Hardenbergs Ministerium constitutionelle Zusagen gegeben [3]). Aber wir kennen schon die Gleichgültigkeit des preußischen Staatskanzlers gegen die ständische Reform, und deren Ausführung hatte dann auch auf sich warten lassen. Um so mehr mußte es überraschen, daß Hardenberg am 3. Juni 1814, während des Aufenthaltes in Paris, seinen König eine Erklärung abgeben ließ, welche die Erfüllung der früher ertheilten Versprechen in nahe Aussicht rückte; eine Erklärung, welche, zuweilen verstärkt und erweitert, seit dem Frühjahr 1815 in den Ansprachen an die dem Staate neu zuwachsenden Territorien wiederkehrte [4]). Wenn wir uns nun daran erinnern, wie stark der Einfluß war, den eben während des Sommers 1814

Spielmann, Karl v. Ibell (1897) S. 77 ff. 95 ff. Daß Stein die Flugschrift „Prüfende Bemerkungen über Nassaus Landstände“ inspirirt oder gar theilweise verfaßt hat, ist bis jetzt nicht bewiesen. Dagegen rührt der Aufsatz über die nassauische Staatsverwaltung, der 1817 sowohl in der Nemesis wie im Neuen Rheinischen Mercur erschien, von Stein her; ursprünglich hatte er ihn für das in Weimar erscheinende Oppositionsblatt bestimmt, aber dessen Raum reichte nicht aus. D. F. v. Müller an Stein, Weimar 23. September 1817.

[1]) Pertz 5, 81.

[2]) Stein an Gagern, Kappenberg 5. August 1819; Gagern, Antheil an der Politik 4, 76.

[3]) Theil 2, 207. 217. 586. Oben S. 78. 85. 91 f.

[4]) Gesetz-Sammlung f. d. preußischen Staaten 1814 S. 43. Lancizolle, Königthum und Landstände i. Preußen (1846) S. 191 f.

Stein in der deutschen Verfassungsfrage auf Hardenberg ausübte[1]), so ist die Vermuthung nicht abzulehnen, daß seine Zusprache auch bei der preußischen Constitution das Ihrige gethan hat. Dagegen ist er nicht bei der letzten, maßgebenden Formulirung betheiligt gewesen, welche die constitutionelle Idee in Preußen erhielt, bei dem Versprechen vom 22. Mai 1815; denn es erging zu einer Zeit, da er in Folge des Kaiser-Projects mit den preußischen Staatsmännern auf etwas gespanntem Fuße stand. Aber es kann nicht bezweifelt werden, daß, was hier verheißen wurde, Constitution und Reichs-Stände, ihm sehr recht war. Nur hielt er es für eine Degradation der Reichs-Stände, daß sie aus den Provincial-Ständen hervorgehen sollten[2]).

Nun geschah, was in Nassau geschehen war, auch in Preußen: der Souverain schob die Erfüllung seines Versprechens hinaus. Stein wollte zwar jetzt so wenig wie früher an einem Fürstenworte gedreht und gedeutet sehen[3]), aber insofern maß er mit zweierlei Maß, als er es unterließ, den Träger der preußischen Krone direct zu mahnen; er beschränkte sich darauf, im engeren Kreise für seine Ideale einzutreten. Er nahm Theil an den Schritten des westfälischen Adels, welche der Herstellung der durch die Fremdherrschaft beseitigten ständischen und Gemeinde-Verfassung galten. Über die Frage der Reichs-Stände äußerte er sich namentlich 1819, als Wilhelm v. Humboldt ins Ministerium gerufen wurde. Wenn Stein sogar in der Krisis des Jahres

[1]) S. 396.

[2]) Pertz 6, 2, 1107. Seeley, Life and times of Stein (1879) 4, 124 f. Stern, Abhandlungen u Actenstücke z. Gesch. der preußischen Reformzeit S. 211 f. Treitschke, Deutsche Geschichte 4, 190. Rühl, Briefe u. Actenstücke z. Gesch. Preußens 2, XIV ff. Die Glaubwürdigkeit der Rotherschen Denkschrift scheint mir durch Rühl nicht erschüttert zu sein. — Vgl. Theil 2, 87. 517.

[3]) Stein an Geheimrath Eichhorn, Frankfurt 2. Januar 1818 (Pertz, Denkschriften Steins S. 37): „Man wird auch nicht den Dümmsten aus dem Volk glauben machen, daß es von meiner Willkür abhänge, wenn und wie ich eine Verbindlichkeit zu erfüllen habe. Er wird sagen: Die Obrigkeit fordert von mir Gehorsam, gestützt auf die Worte des Evangeliums (Matthäi): Gebt Gott, was Gottes, und dem Kaiser, was des Kaisers ist; ich bin dazu bereit, aber zu einer Zeit und in einer Art, die in meinem Ermessen steht“.

1811 das Vertrauen auf die Nation nicht verloren hatte, so bekundete er es jetzt erst recht, nach den Thaten des Freiheitskrieges. Anders als der schwarzsehende Niebuhr und, fügen wir hinzu, anders auch als er selber oft genug geurtheilt hatte, konnte er sich jetzt nicht genug thun im Lobe der Bewohner des preußischen Staates. Er nannte sie verständige, geschäftsfähige, durch ein vorhergegangenes geschichtliches Leben geprüfte, treue, tapfere, fromme und besonnene Männer, in deren Mitte Unsittlichkeit, leichtsinnige Neuerungssucht, leidenschaftliches Jagen nach Genuß und Reichthum nicht überwiegend und herrschend seien. Die Repräsentation eines solchen Volkes beschränkt den Regenten nicht, sondern erleuchtet und stärkt ihn, und er hat dies nöthig: „Denn die relative Schwäche der preußischen Monarchie gegen die Nachbarstaaten kann nur durch moralische und intellectuelle Kraft ersetzt werden". Darum nicht etwa eine Versammlung, die auf das Rathgeben beschränkt ist: der fehlt es an Selbständigkeit und an Würde, und sie kann die Regierung nicht stützen; sie ist entweder eine inerte Masse oder ein turbulenter Haufe, der in das Blaue hineinschwatzt. Furcht erzeugt weder Achtung noch Vertrauen: also gebe man den Reichs-Ständen das Recht, Gesetze abzulehnen und zu beantragen, Steuern jährlich zu bewilligen, die Minister anzuklagen. Im Hinblick auf die allgemeine Wehrpflicht, die nunmehr in Preußen bleibende Institution geworden war, stellte Stein die in seinem Munde doppelt bedeutsame Behauptung auf, daß nur eine freie Verfassung den Gemeinsinn erzeugen kann, aus dem die Bereitwilligkeit zur Hingebung und Selbstaufopferung entspringt[1]).

Aber die reactionäre Fluth, eben so sehr dem repräsentativen wie dem nationalen Gedanken feind, verschlang nicht nur die deutsche

[1]) Steins „Bemerkungen zu dem Aufsatz des H. Staats-Ministers v. Humboldt über ständische Verfassung", Frankfurt 25. Februar 1819; Pertz, Denkschriften Steins S. 176 ff. u. Pertz, Stein 5, 321 ff. Humboldts Aufsatz jetzt auch in seinen „Gesammelten Schriften" (1904) 12, 2, 225 ff. — Stein an Boyen, Frankfurt 28. December 1818 (mitgetheilt von Meinecke). Übrigens war Stein für möglichste Erleichterung der Landwehrpflicht, auch für Abkürzung der Dienstzeit im ersten Aufgebot. — Vgl. oben S. 79. 81 und 436.

Verfassung, sondern schlug ihre Wogen auch in die deutschen Einzelstaaten. Die Herrscher von Baiern und Würtemberg, Baden und Darmstadt, Nassau, Sachsen-Weimar und Hannover hielten, zu Steins Freude, Stand und gaben ihren Unterthanen, worauf sie billiger Weise rechnen konnten[1]); der König von Preußen ließ sich aus der Bahn, die er mit der Verordnung vom 22. Mai 1815 betreten hatte, hinausdrängen. Er und seine Rathgeber, Fürst Wittgenstein und Hardenberg, trieben die Furcht vor den demagogischen Umtrieben und die Deferenz gegen die müde Staatskunst Metternichs so weit, daß sie ihren Staat durch eine völkerrechtliche Stipulation verpflichteten, auf Reichs-Stände zu verzichten. Das Document ist erst in unsren Tagen ans Licht gezogen, und auch Stein hat nur seine Wirkung gesehen[2]): Friedrich Wilhelm gewährte (1823) nur Provincial-Stände und behielt die Entscheidung der Frage, wann eine Berufung der allgemeinen Stände erforderlich sein werde, seiner landesväterlichen Fürsorge vor.

Über das allgemeine provincialständische Gesetz sowohl wie über die für Westfalen insbesondere bestimmte Verordnung ist Stein um ein Gutachten angegangen worden. Mit dem einen Grundgedanken des Entwurfs, der die Landtage nicht auf localer, sondern auf ständischer Basis aufbaute, war er einverstanden. Sonst hatte er gar Manches auszusetzen. Darin daß das Wahlrecht ausschließlich an den Grundbesitz gebunden sein sollte, fand er eine Ungerechtigkeit gegen das Gewerbe einerseits, die Kirche andrerseits, die er nicht von der Vertretung ausgeschlossen sehen wollte. Den Adel, der nach seiner Meinung von der Bureaukratie besonders schlecht behandelt wurde, wollte er nicht mit dem Großgrundbesitz zusammengeworfen, sondern besonders vertreten sehen. Wieder lehnte er eben so sehr bloß berathende Stände ab wie er das Steuerbewilligungs-Recht

[1]) Über Steins Antheil an der nassauischen und badischen Constitution s. S. 398 ff. u. 409 f. Die Herrscher von Würtemberg und Sachsen-Weimar haben seinen Rath ebenfalls eingeholt; s. Pertz 5, 111 u. Sauer, Herzogthum Nassau S. 26.

[2]) Doch ahnte er etwas von dem wahren Zusammenhange, s. Pertz 5, 769 f.

forderte, und in weitem Umfange sollten die jährlich zu berufenden Landtage an der Verwaltung betheiligt werden, um die Bureaukratie theils zu depossediren theils zu unterstützen: was ihm als Muster vorschwebte, war die Wirksamkeit seiner alten Stände von Kleve und Mark. Aber sein Rath blieb unbefolgt, obwohl kein Geringerer als Kronprinz Friedrich Wilhelm ihn eingeholt hatte[1].

Die Commission, welche die Gesetze wegen der Provincial-Landtage ausarbeitete, war über ihren nächsten Auftrag hinausgegangen und hatte ein allgemeines Programm aufgestellt: die Gesetzgebung dürfe den Unterschied der Stände nicht schwächen und verwischen, sondern müsse ihnen immer mehr Permanenz und Selbständigkeit geben. Stein pflichtete dem nachdrücklich bei, und in der That bewegten sich die socialpolitischen Rathschläge, die er selber während seiner letzten Lebensjahre ertheilte, in dieser Richtung. Er glaubte fest an die Zukunft des Adels: „Aristokratie wird nie untergehen, wenngleich die Umzäunung der Stammbäume verschwunden, sie ist zu tief im menschlichen Gemüth gewurzelt; sie findet sich überall, selbst in Schwyz unterscheiden sich die Herren von der großen Masse." Aber der Adel, wie er ihn wollte, sollte sich nicht „üben in der Kunst zu lungern", nicht seine Zeit mit „Tabak-Rauchen, Bracken-Jagd und dergleichen" hinbringen, nicht „in Selbstsucht und Einseitigkeit versinken", kein Steuer-Privilegium haben, vielmehr fähig sein, von dem Seinigen für das Gemeinwohl herzugeben. Vor Allem: er sollte sich beständig verjüngen durch die Aufnahme derer, die sich im Dienste des Gemeinwesens bewährt hätten. „So wird

[1] Ancillons Aufsatz über die Grundsätze der ständischen Commission, o. D. [1822]; Pertz 6, 2, 199 ff. d. Beilagen. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Stein, Berlin 16. October 1822; Pertz 5, 730 ff. Steins „Bemerkungen über die allgemeinen Grundsätze des Plans zu einer provincialständischen Verfassung", Kappenberg 5. November 1812; Pertz, Denkschriften Steins S. 206 ff. u. Pertz, Stein 5, 732 ff. Stein an W. v. Humboldt, Frankfurt 30. März 1822; O. Harnack i. d. Biographischen Blättern (1896) 2, 59. „Allgemeines Gesetz wegen Anordnung der Provincial-Stände", Berlin 5. Juni 1823; Gesetz-Sammlung S. 129 f. Gesetz für Westfalen, Berlin 27. März 1824; Gesetz-Sammlung S. 108 ff. — Vgl. Treitschke, Deutsche Geschichte (1885) 3, 246.

der Adel Allen erreichbar und das Ziel des Strebens aller politischen Talente; er kommt in Verein mit allen Ständen, steht nicht mit ihnen im grellen Gegensatz." Aber immer sollte Bedingung der Besitz von bedeutendem Grundeigenthum sein, und Majorate sollten den Adel überhaupt gegen Auflösung sichern[1]). Ebenso wollte er die Bauernhöfe, so wie bei seinen geliebten Westfalen, in angemessener Größe erhalten; die unbedingte Freiheit der Ansiedelung verwarf er, und die Verwandlung der bäuerlichen Natural-Leistungen in Geld-Abgaben sah er mit dem äußersten Mißtrauen an; weder sollte der Bauer den Wucherern in die Hände fallen noch der Gutsherr Capitalist werden[2]). Und das alte, von ihm selbst stets hochgehaltene Band zwischen Gutsherren und Bauern, „das Band der wechselseitigen Dienstleistung, des wohlthätigen Einflusses, des Raths," wollte er auch anderwärts wieder angeknüpft sehen, indem er den Gutsherren in Gericht und Verwaltung eine bevorrechtete Stellung da zudachte, wo sie dieselbe vor dem Beginne der Fremdherrschaft gehabt hatten; sogar gegen die Patrimonial-Gerichtsbarkeit sprach er sich nicht mehr kategorisch aus[3]). Um endlich den Bürgerstand vor dem Verfalle zu bewahren, forderte er Zurückführung der Gewerbefreiheit in gesetzmäßige Gränzen und Wiederbelebung der Zünfte. Das Bürgerthum werde besser erblühen aus Zünften, die durch gemeinschaftliches Gewerbe, Erziehung, Meister-Ehre und Gesellen-Zucht gebunden seien als aus den topographischen Stadtvierteln, wo Nach-

[1]) Pertz, Denkschriften Steins S. 227. Pertz, Stein 5, 141. 744. 6, 1, 209 f.

[2]) Pertz 5, 644. 838. 6, 2, 1135. 1184. Stein gerieth selber über die Ablösungsfrage mit der Regierung in Streit. Pertz 6, 1, 548 f.

[3]) Pertz, Denkschriften Steins S. 185 f. Pertz, Stein 6, 2, 1173. Wenn er in Nassau die Patrimonial-Gerichtsbarkeit und Orts-Polizei geradezu für sich zurückforderte (Sauer, Herzogthum Nassau S. 32 f.), so that er dies als ehemals Reichsunmittelbarer. — Mit Stolz berief er sich (Selbstbiographie S. 196) auf sein Amt als Markenrichter in Westfalen, das ihm Gelegenheit gegeben habe, „die Theilung der große Gemeinheiten oder Marken, praeterpropter 5000 Morgen, zur Zufriedenheit vieler hundert Menschen in kurzer Zeit (1817—1819) ohne Kosten und mit „großem Segen zu Stande zu bringen". — Über seinen persönlichen Verkehr mit den Bauern s. Arndt, Wanderungen S. 268.

bar mit Nachbarn in keiner Verbindung stehe, sondern Alle durch den Egoismus Aller auseinandergehalten würden[1]. Die Consequenz hätte ihm geboten, nun auch die Städte-Ordnung, über die er sich als Mitglied des Staatsraths[2] noch ein Mal zu äußern hatte, auf die Zünfte zu gründen. Das aber unterließ er; allzu deutlich waren die Segnungen dieses seines größten Werkes[3].

Er hat in jenen Jahren sein politisches Glaubensbekenntniß in die Worte gefaßt: „Der Staat ist kein landwirthschaftlicher und Fabriken-Verein, sondern sein Zweck ist religiös-sittliche, geistige und körperliche Entwickelung; es soll durch seine Einrichtungen ein kräftiges, muthiges, sittliches, geistvolles Volk, nicht allein ein kunstreiches, gewerbefleißiges gebildet werden"[4]. Das war im Grunde seine Meinung stets gewesen, immerdar hatte bei ihm die moralische Tendenz überwogen, immerdar war ihm der Staat Erzieher gewesen. Eine andre Frage ist es, ob er sich in der Wahl der Mittel treu geblieben ist. Erinnern wir uns daran, daß er auch in der Zeit, da er den preußischen Staat reformirte, zwischen dessen Überlieferungen und den Ideen von 1789 vermittelte; es ist also begreiflich, daß ihm das Schicksal aller derer widerfuhr, die eine mittlere Linie inne halten. Die Liberalen sahen in ihm einen Reactionär; der altständischen Partei blieb er verdächtig wegen seiner nationalen und constitutionellen Bestrebungen; die Bureaukraten mieden ihn, weil er mit eher zu- als abnehmendem Eifer die Selbstverwaltung empfahl. Aber unleugbar ist doch, daß er jetzt, wenn wir im Bilde der mittleren Linie bleiben dürfen, sie sehr zu Ungunsten der Ideen von 1789 zog. Die Wünsche, die er jetzt wegen der Zünfte und der ländlichen Gemeinden äußerte, sind weder mit den Weisungen, die er 1807 und 1808 gab, noch mit den Meinungen, die er noch 1810 äußerte, zu vereinigen, und mit vollem Rechte warf ihm in diesem Punkte sein alter Mitarbeiter Kunth Inconse-

---

[1] Pertz 5, 749 f.

[2] Er war es seit 1827. Pertz 6, 1, 387.

[3] Pertz, Denkschriften Steins S. 247 ff.

[4] Pertz 5, 749 f.

quenz vor[1]). Wie ist sie zu erklären? Verschiedenes wirkte zusammen: die romantische Ader, die während des österreichischen Exils in ihm zu schlagen begonnen hatte; die Wiederberührung mit dem heimathlichen Boden im Westen, die hundert theure und mächtige Erinnerungen wach rief; der religiöse Glaube, der durch den ans Wunderbare streifenden Umschlag des Jahres 1812 Rationalismus und Naturrecht vollends discreditirt fand; die Hingebung, die im Freiheitskriege nicht nur die Bürger und Bauern, sondern auch der Adel der preußischen Provinzen bekundet hatte; vielleicht am meisten der Jahre hindurch fortgesetzte Kampf gegen die Franzosen, von dem auch ihre Ideen, eben die von 1789, betroffen wurden. Wie bezeichnend, daß er jetzt einen seiner auf Herstellung des Alten gerichteten Vorschläge auch durch die Bemerkung motivirte: die Fremdherrschaft habe es geändert[2]).

Steins System litt an einem Fehler, der sich je länger je mehr bemerkbar machen mußte: es ignorirte die Schichten unterhalb der Bürger und Bauern, die doch auch zur Nation gehören: die Häusler und Tagelöhner auf dem Lande, die Gesellen und Fabrikarbeiter in den Städten[3]). Und selbst wenn man davon absah: Aussicht auf einigen Bestand hätte es doch nur unter der Bedingung der Adels-Reform gehabt; Stein wußte gar wohl, warum er auf sie den größten Werth legte. Ohne dies Ventil arbeitete die Maschine nur unvollkommen, wie Stein selbst in dem einzigen Amte zu empfinden bekam, das er während seiner letzten Jahre verwaltete. Der König berief ihn zum Landtags-Marschall der Provinz Westfalen: ein kümmerlicher Posten, verglichen mit den Stellungen von universaler Bedeutung, die er früher bekleidet hatte, aber Stein, dessen Patriotismus auch Resignation war, nahm ihn an. Auf den beiden ersten Landtagen nun, denen er präsidirte (1826 und 1828), geschah, daß

[1]) Pertz 6, 1, 182 ff. Goldschmidt, Leben d. Staatsraths Kunth (1888) S. 368 ff.

[2]) Pertz, Denkschriften Steins S. 186.

[3]) Er hat sich sehr hart über sie geäußert, indem er ihnen Neid und Habsucht imputirte und wegwerfend von heimathlosem, eigenthumlosem Pöbel redete. Pertz 6, 2, 1081.

in den wichtigsten Fragen, der Landgemeinde-Ordnung, der Kreis-Ordnung, der Ablösung der Grundlasten, auf der einen Seite die Mediatisirten und die Ritterschaft, auf der andren die Bürger und Bauern stritten[1]. Und als die Krone so schwach war, bei der Wahl zum Landraths-Amt den Rittergutsbesitzern ein Vorzugsrecht einzuräumen, konnte Stein nicht umhin, die Opposition des dritten und vierten Standes zu billigen, indem er bemerkte, die Hauptsache bei Besetzung der Ämter sei Tüchtigkeit, nicht Geburt. So redete er in seiner Wahrhaftigkeit: aber verurtheilte er damit nicht sein eigenes System, so weit es sich auf den Vorzug der Geburt gründete? Es war nicht etwa ein halb unbewußt gemachtes Zugeständniß; bis in seine letzten Tage war er, wie alle großen Denker, erfüllt von dem, was ein englischer Staatsmann so treffend rührigen Zweifel genannt hat: die letzte Wandlung der Paradoxie, über die einst sein Erzieher geklagt hatte. „Mir scheint", schrieb er ein Mal, „Spaltung der politischen Parteien in Liberale, Constitutionelle, Monarchisten und in ihre Unterabtheilungen und Schattirungen ist weniger nachtheilig als Trennung in Stände, wo Adelstolz, Bürgerneid und Bauernplumpheit gegen einander auftreten mit aller Bitterkeit und Verblendung der gekränkten Eigenliebe, wo einer den andern niederzutreten sucht, und zwar ohne alle Rücksicht auf Erhaltung der Verfassung, und hierzu die Unterstützung der Bureaukratie zu erlangen strebt". Und diese Bureaukratie selbst? Heftig stieß er auch jetzt mit ihr zusammen, sogar seines alten Freundes Vincke, der jetzt Ober-Präsident von Westfalen war, schonte er nicht[2], und zornig rief er aus: „Eine Maschinerie (die militärische) sah ich fallen 1806, den 14. October, vielleicht wird auch die Schreibmaschinerie ihren 14. October haben". Aber neben diesem Worte steht ein andres, das von jeder Leidenschaft frei ist: „Die bureaukratische Monarchie schadet der geistigen Entwickelung, sie er-

[1] Pertz, Denkschriften Steins S. 230 ff. Pertz, Stein 6, 1, 293 ff. 629 ff. Johann Hermann Hüffer, Erlebtes (Als Manuscript gedruckt Münster 1854) S. 106 ff.

[2] Pertz, Stein 6, 1, 443 ff.

starrt. Die freie constitutionelle Monarchie belebt, entwickelt, reißt den Menschen aus dem trägen, selbstsüchtigen Leben; aber nun wird die Selbstsucht laut, thätig; es erhebt sich der Kampf der Parteien nach Macht, Geld; die Verwaltung wird gelähmt, das Gute unterbleibt. Wie kann man nun die Vortheile der constitutionellen Regierung mit denen einer kräftigen Verwaltung verbinden?" Leider glitt die Debatte ab. Gagern, an den die Frage gerichtet war, gab die gutgemeinte, aber wenig zutreffende Antwort: man möge nur die Constitution halten. Das veranlaßte dann Stein, sein A und O von neuem zu predigen: auch für das constitutionelle Leben seien Religiosität und Sittlichkeit unerläßlich[1]).

Bei alle dem hatte er Deutschland im Auge. Aber als ein echter Deutscher, als Kind einer Zeit, die in der Idee der Menschheit lebte, als Kämpfer einer Epoche, welche die Völker gelehrt hatte, zusammenzustehen, bewahrte er sich ein Herz auch für das, was außerhalb Deutschlands geschah. Als er in diesen Tagen an Gibbon erinnert wurde, mußte er lachen über das Lob, das dieser den Zeiten von Trajan bis Marc Aurel gespendet hatte. „Ich glaube vielmehr", schrieb er, „daß unser Zeitalter, bei allen seinen Mängeln und Narrheiten, eher Anspruch hat auf den Namen eines vorzüglich und ausgezeichnet glücklichen". Dabei dachte er an die Vermehrung der Ideen, die Ausbreitung der Cultur, die fortschreitende Befreiung der Nationen. In einem Athemzuge nannte er die neue freie Handelsgesetzgebung Englands, die Kolonisation Australiens, die Ausbreitung des Christenthums in Afrika und auf den Inseln der Südsee, die Untergrabung des Heidenthums in Ostindien. Die Tapferkeit der südamerikanischen Kolonien, welche das spanische Joch abwarfen, imponirte ihm mehr als einst der Unabhängigkeitskrieg der Nordamerikaner[2]). Namentlich aber war sein Herz bei dem Freiheitskampfe der Rajah. „Alles", schrieb er an Capodistrias, den nunmehr von ihm aufs höchste geschätzten unermüdlichen Vorkämpfer

[1]) Pertz 6, 1, 638. Gagern, Antheil an d. Politik 4, 91. 211. 336 f. 339. 343.

[2]) Gagern, Antheil an der Politik 4, 143. 148. 163 f. 272. 285.

der hellenischen Nationalität, „Alles, was im gebildeten Europa eines frommen, edlen und menschlichen Gefühls fähig ist, umgiebt Sie mit seinen Wünschen". Nach seiner Meinung hätten die christlichen Fürsten, die im Namen der Dreieinigkeit verbunden waren, dem Sultan erklären müssen, „daß er seine Rechte, indem er sie mißbrauchte, verloren habe und daß ein Fürst der Beschützer seiner Unterthanen sein solle, nicht ihr Henker". Selber unterstützte er die Sache der Hellenen Jahre hindurch mit einer für seine Verhältnisse ansehnlichen Summe, und gern hätte er, wenn er jünger gewesen wäre, noch mehr für sie gethan; als er ein Jahr vor seinem Tode von einer Ohnmacht befallen wurde, waren beim Wiedererwachen seine ersten Worte: „Ach, wäre ich jung, so ginge ich nach Griechenland"[1]). Nicht ganz so stark erregte ihn das Emancipations-Bestreben der Iren[2]) und der neue Freiheitskrieg der Polen. Aber er beklagte das heldenmüthige und geistvolle Volk, dem er von Jugend auf gewogen gewesen war; er richtete scharfen Tadel gegen diejenigen, die es durch brutale Härte zum Aufstande gereizt hätten, und mit ins Grab nahm er die Überzeugung: „Die Theilung Polens bleibt ein politisches Verbrechen"[3]). Dagegen vermochte er der Revolution der Belgier keine gute Seite abzugewinnen; er sah in ihr „das Machwerk des dunklen Pfaffenthums, unwissender Aristokraten und schlauer Demokraten"[4]). Und die äußerste Strenge entfaltete sein Urtheil, als der alte Krater an der Seine seine unheimliche Arbeit von neuem begann. Er war um so zorniger, da er soeben der Hoffnung auf eine Besserung Ausdruck gegeben; nun bedachte er die Franzosen mit all den Scheltworten, die wir kennen, und hielt es nicht für unmöglich, daß sie wieder zu einem Angriff auf sein Vaterland schritten[5]). Der blieb aus, wohl aber gab die Juli-Revolution den Impuls zu einer neuen Erregung des politischen Lebens in Deutschland. Etwas davon bekam Stein selbst zu empfinden, als er das letzte öffentliche Amt seines Lebens versah.

[1]) Pertz 5, 765; 6, 1, 164. 431; 6, 2, 839.

[2]) Gagern, Antheil an der Politik 4, 240. 257. [3]) Pertz 6, 2, 1121. 1141.

[4]) Gagern, Antheil an der Politik 4, 323. 327. 336. Pertz, Denkschriften Steins S. 257.

[5]) Stein an Fritz Schlosser, Kappenberg 27. Februar 1829: „Die fran-

Im December 1830 trat unter seiner Leitung der dritte westfälische Landtag zusammen. Ein Augenzeuge schildert uns den Eindruck, den die Persönlichkeit Steins auf die Versammlung machte. Wenn er mit seinem Krückstock in den Saal trat, der von den Abgeordneten in bunten Gruppen gefüllt war, so eilte jeder auf seinen Platz, und lautlose Stille trat ein; es bedurfte keiner Glocke des Präsidenten, um den Beginn der Sitzung zu verkünden, sein bloßes Erscheinen war das lebendige Zeichen. Milde war sein Regiment nicht; auch jetzt ließ er es weder an heftigen noch an stachligen Worten fehlen. Möglich, daß er sich damit, wie früher, unnütz Feinde machte, aber entscheidend war das nicht; er selbst bemerkt treffend, daß es nicht sowohl auf die Personen als auf die öffentliche Meinung angekommen sei. Wohin diese ging, das zeigten gar bald zwei aus der Mitte der Versammlung gestellte Anträge. Der erste forderte die Beseitigung des privilegirten Gerichtsstandes, den Adel, Geistlichkeit und Beamtenschaft besaßen; er war zur Zeit der Fremdherrschaft beseitigt, dann aber von der preußischen Regierung, schwer begreiflicher Weise, wieder hergestellt worden. Der Antrag wurde fast einstimmig angenommen, Stein selbst war dafür. Viel weiter reichte ein anderes Postulat: der König möge gebeten werden, die Reichs-Stände zu berufen. Es wurde, sehr bezeichnend für die Stimmung, sowohl von der Rechten wie von der Linken erhoben, von einem Adlichen aus dem erlauchten Geschlecht der Fürstenberge und von dem bürgerlichen Advocaten Bracht, dem Stein jakobinische Grundsätze Schuld gab. Wieder hatte der Landtags-Marschall in der Sache nichts einzuwenden, denn Reichs-Stände wollte längst auch er; aber der Moment schien ihm schlecht gewählt: die Gemüther seien zu aufgeregt, König und Minister durch die Beschirmung des Staates gegen auswärtige Gefahren so sehr in Anspruch genommen, daß

zösische politische und historische Literatur nimmt einen ernst gründlichen Charakter". Gagern, Antheil an der Politik 4, 291. 309. 317. 323. 329. 345. 347. 353 f.: „Ihre Verheerungen, Umwälzungen des festen Landes vergaßen sie, und aus Dankbarkeit soll man sie kräftigen, verstärken, und diese belle, noble, grande illustre France auf den Knieen anbeten. Hol' sie der Teufel!"

sie an den Ausbau der inneren Staatsverfassung nicht denken könnten. Das setzte er — es war am 20. December 1830 — der Versammlung auseinander, aber sie entschied gegen ihn, der Antrag wurde dem Justiz- und Verfassungs-Ausschusse überwiesen. Hier schlug nun der Stellvertreter Steins, Freiherr v. Landsberg, einen Compromiß vor, auf den sich nicht nur der Ausschuß sondern, mit wenigen Ausnahmen, auch das Plenum vereinigte. Der Landtags-Marschall — man unterließ nicht daran zu erinnern, daß er selbst zu den Begründern des neuen Preußens gehöre — sollte dem an der Spitze der beiden westlichen Provinzen stehenden, mit ihm befreundeten Prinzen Wilhelm die Verhandlungen des Landtags vorlegen und ihn bitten, sich dieser wichtigen Sache anzunehmen und sie beim Könige zu befürworten. Stein konnte darauf eingehen; denn es war nicht wohl möglich, zarter und rücksichtsvoller aufzutreten. Aber der König und seine reactionäre Umgebung hatten dafür kein Verständniß. Ferner als je waren sie von dem Gedanken an Reichs-Stände; sogar das Wort war bei Hofe verpönt; daß die Westfalen sich herausgenommen, über die Sache zu reden, erregte Unwillen und wurde als Demagogie bezeichnet. So erhielt denn Prinz Wilhelm die Weisung, die erbetene Vermittelung abzulehnen; denn der Antrag verstoße gegen das Gesetz, das verfüge: „Bitten und Beschwerden der Stände können nur aus dem besondern Interesse der Provinz und ihrer einzelnen Theile hervorgehen."

Das war für Stein, wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache eine Rüge: denn wenn der Antrag gesetzwidrig war, so hätte er als Landtags-Marschall seine Berathung nicht zulassen dürfen. So endete auch seine dritte öffentliche Wirksamkeit in Preußen, wie die beiden ersten, mit einem Mißklange. Dies Mal aber war der ihm gemachte Vorwurf völlig grundlos, wie er mit großer Ruhe nachwies: „Allerdings können westfälische Stände nicht für ein schlesisches Interesse sich verwenden, aber das Recht der Stände, Bitten einzureichen, die ihr Interesse und unmittelbarer Weise auch das Interesse des Ganzen betreffen, kann ihnen nicht verweigert werden und ist ihnen nie verweigert worden." Mehr als ein

Dutzend Beispiele stand ihm hierfür zur Seite. Dann wandte er sich noch ein Mal, zum letzten Male (am 18. Februar 1831), an seinen großen Mitarbeiter Gneisenau, der zum Feldmarschall emporgestiegen war und dem er deshalb, auch weil er seinen Sitz in Berlin hatte, einen größeren Einfluß zutraute als sich selbst. Er schilderte ihm die Vorgänge auf dem Landtage und drang dann selber nachdrücklich auf die Berufung von Reichs-Ständen, und zwar solcher Reichs-Stände, die aus den Wahlen der Nation, nicht der Provincial-Stände, hervorgegangen seien. Seine Argumentation begann mit dem Satze: „Das Edict vom 22. Mai 1815 setzt fest, daß eine Repräsentation des Volkes gebildet werden solle; der König kann demnach diese Zusage zu erfüllen nicht unterlassen." Sie gipfelte in einer Erklärung, die halb Warnung halb Prophezeiung war: „Noch hat man es mit einem Geschlecht zu thun, das an die monarchisch-bureaukratischen Formen gewöhnt ist. Aber es rückt ein neues Geschlecht heran; es drängt sich in alle Canäle des bürgerlichen Lebens; es bildet sich unter dem Einfluß der neuesten Weltgeschichte, der Zeitungen, der politischen Schriften; es fühlt sich; Jugendkraft, Drang zum Handeln, Ehrgeiz, Habsucht, Neid unter den verschiedenen Ständen der Nation beseelen es; religiöse Grundsätze werden durch den Rationalism untergraben. Daß der Funken des politischen Brandes überall glimmt, das zeigt sich in ganz Europa; rathsam ist es, die Flamme zu leiten, ehe sie zerstörend wirkt." Aber diese Worte verhallten ungehört; nicht einmal auf Gneisenau machten sie sonderlichen Eindruck. Friedrich Wilhelm III. hat überhaupt keine Reichs-Stände berufen, Friedrich Wilhelm IV. erst dann, als das „neue Geschlecht" ihn dazu nöthigte. So zeigte sich so zu sagen auch von rückwärts, daß bei den Reformen, die den modernen preußischen Staat geschaffen haben, Stein die treibende Kraft gewesen war[1]).

[1]) Pertz, Denkschriften Steins S. 256 ff. Pertz, Stein 6, 2, 1060 ff. Hüffer, Erlebtes S. 121 ff. Treitschke, Deutsche Geschichte (1889) 4, 275. — Der Schluß des in der officiellen Schrift „Der dritte westfälische Landtag; Münster 1832" enthaltenen Landtags-Berichts rührt von Stein her, ist aber unvoll-

Man würde ein falsches Bild von der Periode erhalten, in welche die letzten Lebensjahre Steins fallen, wenn man sie nach den Erfolgen und Mißerfolgen der Politik beurtheilen wollte. Die Größe dieser halkyonischen Zeiten ist der Aufschwung, den Wissenschaft und Kunst nahmen, und an ihm hatte auch Stein seinen Antheil, der dann wieder theils empfangender theils gebender, theils genießender theils schöpferischer Art war.

Wie nur irgend ein Fürst, so sah es auch Stein als seine Schuldigkeit an, der Kunst durch Aufträge zu Hülfe zu kommen, und da hielt er es nicht für hinreichend, Porträts der Seinigen malen zu lassen: die Kunst sollte ihn auch an die großen Ereignisse, die er erlebt hatte, erinnern. Er bestellte bei Rauch Büsten der beiden Herrscher, für die er vornehmlich gewirkt hatte: Friedrich Wilhelms III. und Alexanders I.; ein Bild von Koch verherrlichte die Thaten der Tiroler[1]); zwei Büsten, die eine er selbst, die andere Napoleon, stellte er in seinem Nassauer Schlosse einander gegenüber: nur symbolisch, nicht darstellend, nur in seinem Hause, nicht vor der Welt wollte er den Ruhm, den Cäsar mit gestürzt zu haben, sich aneignen. Das andre Schloß, das er besaß, das Kappenberger, gedachte er durch Darstellungen aus der Geschichte der sächsischen, salischen und staufischen Kaiser zu schmücken. Das war die Zeit, an die er, wie wir wissen, seine politischen Ideale anlehnte, aber, wie überall, verfolgte er auch hier pädagogische Zwecke. „Meine Absicht", schrieb er als Zweiundsiebzigjähriger, „beschränkt sich nicht auf meinen individuellen Genuß; der ist in meinem Alter doch nur sehr vorübergehend, vielleicht wird er selbst durch ein früheres Hinscheiden nicht erreicht. Ich

ständig. Ursprünglich endete er mit einer kurzen Erwähnung der reichsständischen Wünsche und der Versicherung des Vertrauens zu dem Monarchen, „auf den das schöne Lob seines Ahnherrn Herzog Wilhelm von Cleve seine Anwendung findet: Sein Wort das ist sein Siegel." Aber Ober-Präsident Vincke äußerte die Besorgniß, daß der Bericht, falls er die Reichs-Stände erwähne, zurückgegeben werden möchte; worauf Stein den Abschnitt strich, indem er bemerkte: die Rückgabe würde ein Skandal sein, den man in so aufgeregten Zeiten vermeiden müsse. Pertz 6, 2, 1165 ff. — Über Prinz Wilhelm s. Theil 2, 145.

[1]) Pertz 5, 149. 504.

wünschte durch eine solche Aufstellung auf das Gemüth der neugierigen Besucher und der Bewohner des Hauses zu wirken und den Geschmack der reichen Familien dieses Landes bei ihren größeren Anlagen von der Frivolität des gewöhnlichen, wenngleich kostbaren Ameublements auf das Edlere und dauerhaft Schöne der Kunstwerke zu lenken". „Um dies zu bewirken", fuhr er fort, „wünschte ich etwas Vollendetes aufzustellen". Anfangs wollte er die Gemälde in Fresco und durch Cornelius ausführen lassen. Als dieser aber das nahe Düsseldorf verließ und nach München ging, entschloß sich Stein, auf das eben erst wieder in Übung gekommene Fresco zu verzichten, damit er in der Wahl der Künstler weniger beengt sei. Das erste Bild sollte den Sieg Ottos des Großen über die Ungarn, das zweite die Entführung Heinrichs IV. aus Kaiserswerth darstellen. Besonders hing sein Herz an dem dritten Gemälde, dessen Gegenstand der Tod Friedrichs I. war. Er begnügte sich nicht damit, dem Künstler — er hatte jetzt Schnorr v. Carolsfeld in Aussicht genommen — das Thema zu bezeichnen; er wies ihm auch die Werke nach, aus denen er sich sowohl über die Costüme und Waffen der Zeit wie auch über das Ereigniß selbst unterrichten konnte: außer der vor Kurzem erschienenen Geschichte der Hohenstaufen von Friedrich v. Raumer, die gleichzeitigen Quellen, den Ansbertus über Barbarossas Kreuzzug und Wibald von Korvey über das Äußere des großen Herrschers. Ja, er ging, vergleichbar den großen Mäcenen des Rinascimento, auf die Ausführung ein, wobei er eben so sehr die Stimmung des Ganzen wie die Einzelheiten im Auge behielt. Er wies den Maler darauf hin, daß der Ort des Ereignisses ein Hochland des mittleren Asiens sei; dadurch werde die Form der Landschaft und die Flora bestimmt, „ohne daß", fügte er feinfühlig hinzu, „man in ein kleinliches geologisches und botanisches Detail geht". Nun aber der geschichtliche Hergang. „Die Hauptgruppe, die das ganze Talent des Künstlers in Anspruch nimmt, ist die Leiche des kaiserlichen Greises, sein Sohn, der Herzog Friedrich von Rothenburg, und die die Leiche zunächst umgebenden Personen. Alles kommt darauf an, daß man sich in die Lage der Sache hineindenkt. Ein

Heer, das Schwierigkeiten aller Art von den Gränzen Deutschlands bis in das Innere von Asien überwand, Schlachten siegreich gefochten, mehrere feste Städte erstürmt hatte, das der Erreichung seiner Bestrebungen, der Besiegung Saladins, der Eroberung des gelobten Landes, der heiligen Stadt, des Grabes des Erlösers nahe war, dies Heer verliert den kaiserlichen Helden, dessen Weisheit und Kriegserfahrung es leitete, dessen Tapferkeit ihm in Schlachten und Stürmen vorglänzte, und steht verwaist und umgeben von grimmigen Feinden und verrätherischen Freunden in der Mitte eines fremden Welttheils". Als dann Schnorr wegen Mangel an Zeit ablehnte, legte sich Stein aufs Bitten: er denke ja nicht an sich, Zeit sei etwas sehr Untergeordnetes, es komme ihm nur darauf an, ein vollkommenes Kunstwerk zu erhalten. Wirklich ließ sich Schnorr erweichen, und Stein erlebte noch, daß die Zeichnung fertig wurde, die ihn dann mit Freude und Bewunderung erfüllte[1]).

Von den Geisteswissenschaften war Stein ausgegangen, um sich, während seiner Beschäftigung im Bergwerks-Departement, den Naturwissenschaften zuzuwenden. Aber längst waren diese wieder in den Hintergrund getreten. Wohl las er noch gelegentlich ein Werk, das ihn an die Zeit erinnerte, da er von seinem väterlichen Freunde Heinitz geleitet wurde, aber seine Liebe gehörte jetzt der Geschichtswissenschaft.

Das achtzehnte Jahrhundert war der Historie nicht günstig gewesen. Wenn es wirklich, wie das Naturrecht lehrte, einen besten Staat gab, so konnten die andren Staaten, die dann doch minderwerthig waren, den forschenden Geist nicht reizen; wenn nur die Vernunftwahrheiten ewig waren, so war den Geschichtswahrheiten der Stempel der Zufälligkeit aufgeprägt. In eine noch schlimmere Lage kamen die historischen Studien durch die Napoleonische Universal-Monarchie. Wer hatte Lust, dem Werden der Nationen nachzugehen, so lange sie mit Vernichtung bedroht waren? Wer konnte hoffen, geschicht-

[1]) Stein an Fritz Schlosser: Kappenberg 12. Juni 1829, Homburg 15. Juli 1829, Kappenberg 11. December 1830. Dieser Briefwechsel ist mir durch die Güte des Freiherrn v. Bernus zugänglich gemacht. — Vgl. Pertz 6, 2, 691.

liche Wahrheit zu ergründen, so lange der geschworene Feind der Wahrheit das Scepter führte? In unvergeßlichen Worten hat der Meister der deutschen Geschichtswissenschaft selbst es bekannt: erst der Sturz des Weltreiches habe ihm Lust und Kraft verliehen, die Vergangenheit zu erforschen.

Schon insofern als Stein Napoleon mit zu Falle bringen half, ist ihm also die Historie zu Dank verpflichtet. Aber er fügte diesem allgemeinen Verdienst noch ein besonderes hinzu.

Am schwersten hatte unter dem Rationalismus das Mittelalter, die verachtete Zeit der Gothen und Vandalen, zu leiden gehabt: umgekehrt vertiefte sich die Romantik in keine Periode lieber als in diese ihre mondbeglänzte Zaubernacht. Aber auch hier spielt der Antagonismus gegen Frankreich mit hinein; denn wo wäre man ruchloser mit den Reliquien des Mittelalters umgegangen als in dem Staate der Jakobiner? Als Feind der Rationalisten und der Jakobiner, als Freund der Romantik erkor sich Stein auch hier die großen Tage der mittelalterlichen Kaiser, die ihm bei seinen Reformplänen so lange vorgeschwebt hatten; die grausame Realität der Dinge nöthigte ihn, sie in der Politik bei Seite zu schieben, die Wissenschaft der Historie lud ihn ein, mit seinen Lieblingen weiter zu leben. Doch hatte er es noch weniger als etwa 1811 auf ein für die Öffentlichkeit bestimmtes Werk abgesehen. Vielmehr gab beide Male den ersten Anstoß die Erziehung seiner Kinder. Er unterwies jetzt Therese in der älteren deutschen Geschichte[1]; gewohnt, den Dingen auf den Grund zu gehen, begnügte er sich nicht mit dem Abhub von irgend einem modernen Autor, sondern drang zu der echten, ursprünglichen Überlieferung selbst vor. Da gewahrte er denn gar bald, wie übel es mit ihr bestellt war[2]). Zwar lag aus den Zeitaltern des Humanismus, der Reformation, der endgültig sich emanci-

[1]) Pertz 5, 57.

[2]) Es muß dahingestellt bleiben, ob und wieweit Stein durch die Bemerkungen von Johannes Müller und von Savigny angeregt ist. Vgl. Archiv d. Gesellschaft f. ältere Deutsche Geschichtskunde (1820) 1, 15; Steig, Goethe u. die Brüder Grimm (1892) S. 129 ff.

pirenden Wissenschaft manche Edition mittelalterlicher Geschichtschreiber vor, aber wenn er auch alles zusammennahm, so war es weder vollständig noch einigermaßen geordnet noch den höheren Anforderungen der modernen Philologie genügend. Und erwog er nun weiter: waren nicht alle, die es ernst nahmen mit dem historischen Unterricht, in gleicher Lage wie er? Mußte nicht, wenn die echten Quellen zugänglicher gemacht wurden, dies vortheilhaft einwirken auf die Schule im Allgemeinen? Wurde nicht dergestalt insbesondere vaterländischer Sinn erweckt und Liebe zum Vaterlande vermehrt? So wirkten Haus und Volk, Vergangenheit und Gegenwart, Gelehrsamkeit und allgemeines Bildungsbedürfniß zusammen, um in Stein einen Plan reifen zu lassen, der ihnen allen zu Statten kommen sollte.

Alsbald, fast in demselben Momente, da er seine Hand von der deutschen Verfassung zurückziehen mußte, ging er ans Werk. Zum ersten Male besprach er sein Vorhaben mit Goethe auf jener Rhein-Reise von 1815[1]). Das Jahr darauf knüpfte er an verschiedenen Orten an, auch in Berlin, und hier schien die Sache großen Beifall zu finden. Auf der Stelle — so eilig, daß eine Rückfrage bei Stein unterblieb — wurde von einer Anzahl angesehener Gelehrten und Beamten dem Staatskanzler ein umfassender Plan überreicht[2]). Aber eben sein Umfang gereichte ihm nicht zur Empfehlung[3]), und wir dürfen hinzunehmen, daß Hardenbergs Eifer für das Mittelalter nicht groß gewesen sein wird: jedenfalls schwieg er. Stein wartete lange; begreiflicher Weise: denn wenn ihm die Unterstützung des preußischen Staates zu Theil wurde, so durfte er seine Idee für geborgen halten. Endlich im Winter 1817 auf 1818 wurde er des Wartens müde und entschloß sich, auf eigene Faust vorzugehen[4]).

[1]) Goethe-Jahrbuch (1900) 21, 63 f. Sulpiz Boisserée (1862) 1, 249. 260.

[2]) Pertz 5, 58 f. Die Denkschrift der Berliner b. Pertz 6, 2, 101 ff. d. Anlagen; Datum (31. Mai 1816) und Unterzeichner b. Harnack, Gesch. d. preußischen Akademie d. Wissenschaften 1, 2, 678.

[3]) Hierüber Goethe (dem der Plan durch Stein zuging) und W. Grimm i. Goethe-Jahrbuch (1888) 9, 39 ff. 45 f. Vgl. ebendort (1900) 21, 59 f.

[4]) Für das Folgende s. die von Dümge verfaßte „Historische Übersicht“

Was er brauchte, war zweierlei: Arbeiter und Geld; denn es ließ sich voraussehen, daß das geplante Werk nicht genug abwerfen würde, um ein Verlags-Artikel zu werden; auch wollte Stein den Preis möglichst niedrig ansetzen, um eine große Verbreitung zu sichern: ein Zweck, dem außerdem Übersetzungen der lateinischen Originale dienen sollten. Das Geld wieder konnte auf doppeltem Wege beschafft werden, entweder durch Spenden von Privaten oder durch Beiträge der Regierungen, deren Hülfe auch für die Arbeit nicht zu entbehren war; denn von ihnen hingen Bibliotheken und Archive ab, welche die handschriftlichen Schätze bargen. So setzte sich denn Stein zeitig auch mit Beamten in Verbindung und zwar, da Preußen unthätig blieb und auf Österreich gar nicht zu rechnen war, mit Beamten von Kleinstaaten, wie er sie in Frankfurt am Bundestage traf. Namentlich ging auf seine Ideen der badische Legations-Rath Büchler ein, und dieser war es auch, der für die zunächst erforderlichen, halb administrativen halb gelehrten Arbeiten einen Archiv-Beamten, seinen Freund Dümge in Karlsruhe, empfahl. Dümge war kein Gelehrter ersten Ranges, aber zuverlässig, kenntnißreich und nicht ohne eigene Ideen. Er setzte einen Entwurf über die Ziele des Unternehmens auf, der dann bei Stein und seinen Bekannten circulirte. Wir hören nur von einer Meinungsverschiedenheit: Stein wollte mit dem Untergange der Staufer schließen, Dümge aber bewog ihn, bis zum Ausgange des 15. Jahrhunderts zu gehen. Darauf erschien, im Mai 1818, die „Ankündigung einer Gesammtausgabe der besten Quellenschriftsteller deutscher Geschichte des Mittelalters“, gerichtet „an Deutschlands gelehrtes und gebildetes Publicum“[1]). Nun galt es, die Mittel zu beschaffen. Stein war entschlossen, ansehnliche Summen aus dem Seinigen herzugeben, aber so reich war er nicht, daß er die ganzen Kosten hätte bestreiten können. Er ging also auf Werbung, und wirklich glückte es ihm,

---

im Archiv d. Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde (1820) 1, 53 ff. Dazu Pertz 5, 264 ff. 308 ff.

[1]) Die Überschrift wird im „Archiv“ verschieden angegeben; s. S. 1, u. S. 9.

in Westfalen und Rheinland, in und neben seinem alten Amtsbezirk, eine freilich nicht große Zahl opferbereiter Männer zu finden: den münsterschen Freiherrn v. Landsberg, den jülichschen Freiherrn v. Mirbach, den märkischen Landes-Director v. Romberg und den so oft von ihm empfohlenen Dom-Dechanten Grafen v. Spiegel in Münster; etwas später gesellte sich ihnen noch Graf Solms-Laubach bei, Steins Mitarbeiter in der Central-Verwaltung und auf dem Wiener Congresse, jetzt Ober-Präsident der Rheinprovinz. Es waren Katholiken und Evangelische, aber lauter Adliche — Adliche, die über die Pflichten ihres Standes ebenso dachten wie er selbst. Nicht durch Geld, sondern durch das Gewicht ihres Amts sollten dem Unternehmen nützlich werden vier kleinstaatliche Bundestags-Gesandte: der Baier Aretin, der Würtemberger Wangenheim, der Badener Berckheim und der Mecklenburger Plessen[1]. Das war der Stamm von Freunden und Bekannten, den Stein am 20. Januar 1819 in Frankfurt am Main vereinte zur „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde". Büchler wurde Secretär; als solcher fand er den Beistand des Frankfurter Juristen Fritz Schlosser, der vor Kurzem zur römischen Kirche übergetreten war, Goethe nahe stand und rasch auch Steins Vertrauen gewann. Dümge übernahm die Redaction der alsbald gegründeten Zeitschrift der Gesellschaft, des „Archivs"[2].

Der ersten Ankündigung des Unternehmens ließ man jetzt einen besonderen Aufruf „an Deutschlands gelehrte Männer und Freunde vaterländischer Geschichte folgen", der sie zur Mitarbeit aufforderte. In der That gingen Mittheilungen und Meldungen in erfreulicher Zahl ein. Eben so wichtig war, daß der Bundestag durch jene kleinstaatlichen Gesandten in Bewegung gebracht wurde und das Werk den Regierungen empfahl[3]. Aber nun begannen die Schwierigkeiten. Die Karlsbader Beschlüsse, die noch im Stiftungsjahre der Gesellschaft

[1]) Zu ihnen kam bald noch Senator Smidt, der Bremen am Bundestage vertrat.

[2]) Die Statuten (Frankfurt 12. Juni 1819), deren erster Entwurf von Stein herrührt (Pertz 5, 265 f.), im Archiv der Gesellschaft (1820) 1, 80.

[3]) Archiv d. Gesellschaft f. ältere deutsche Geschichtskunde (1820) 1, 58 ff. 89 ff.

gefaßt wurden, bestimmten einen der besten deutschen Historiker, Dahlmann, und seinen Freund, den Juristen Falck, Absagebriefe zu schreiben. „Ich hielt es", erklärte Dahlmann, „für unglaublich, daß dieselben Hände, welche das Todesurtheil unsrer Preßfreiheit unterzeichnet haben, ein Werk zur Ehre der Literatur versuchen möchten". „Meine Hoffnung", fuhr er fort, „ist dahin, daß unter solcher Leitung und solchem Schutze, nach solchen Vorgängen, ein Gedeihen für die Wissenschaften auch aus dem an sich preiswürdigsten Unternehmen erwachsen könne". Stein ließ sich nicht die Mühe verdrießen, an den Abtrünnigen zu schreiben. Den Werth der Karlsbader Beschlüsse erklärte er unerörtert zu lassen. „Aber wollten wir auch nur das Schlimmste annehmen, sollen wir darum verzweifeln, die Hand vom Pfluge abziehen, uns dem Mißmuth und den Gefühlen eines unmännlichen Grams überlassen, alles Vertrauen auf die Vorsehung verlieren?" Indeß Dahlmann zog sich in edler und stolzer, Größeres ahnen lassender Gewissenhaftigkeit auf sein akademisches Amt zurück: „Wir akademische Lehrer müssen denjenigen Staatsmännern, die jetzt an der Universitäten Untergange arbeiten, ihre Würden und Ehren schon lassen, ihre Macht uns zu schaden, uns vor der Welt als Verbrecher herabzuwürdigen und das vertrauende Verhältniß, das den Studirenden an den Lehrer binden soll, zu zerstören. Alles das bleibt ihnen billig; allein, daß wir sie dafür hochhielten oder auch nur den Schein davon annähmen und freiwillig in irgend eine Gemeinschaft mit denen träten, die falsch Zeugniß über uns abgegeben haben, dazu können sie uns nicht zwingen und dürfen es nicht". — „Es ist", grollte darauf Stein, „ein reizbares, unvernünftiges Volk, das Gelehrten-Volk". Als ob er Zeitlebens besonders sanftmüthig aufgetreten wäre[1]).

Dahlmann und Falck blieben die einzigen Gelehrten, die sich geradezu versagten. Gefährlicher war die politische Opposition der Laien, die dem Unternehmen, sowohl von links wie von rechts her, drohte. Einigen Anlaß zu ihr, das läßt sich nicht leugnen, hatten seine Wortführer gegeben, indem sie sich auf das politische Gebiet begaben und

[1]) Pertz 5, 466 ff.

das starre Festhalten an abgestorbenen Formen ebenso wie die haltungslose und naturwidrige Neuerungsluſt verwarfen[1]. Die Folge war, daß die Liberalen sowohl wie die Reactionäre mißtrauisch wurden. In einem rheinischen Blatte stand zu lesen: man wolle das Feudal-System wieder herstellen. Sicher sehr thöricht, und doch muß man zweifeln, ob nicht die Palme der Beschränktheit dem andren Extrem gebührt, wie es sich damals in Österreich, der Heimath der Karlsbader Beschlüsse, verkörperte. Schweigen wir von Kaiser Franz, der gegen die von Stein gestiftete Gesellschaft deshalb mißtrauisch war, weil zu viel des Erlebten den Verdacht gegen Alles rechtfertige, was jetzt als Gesellschaft oder Vereinigung auftrete. Wie tief aber war Friedrich Gentz, einst der erste Publicist Deutschlands, gesunken, daß er einem Mitarbeiter Steins auseinandersetzte: Österreich sei an die Erhaltung des Bestehenden gebunden und gleiche einer belagerten Festung, die gegen den unter allen Gestalten angreifenden Feind auf der äußersten Hut sein müsse. Belebung des historischen Geistes möge sehr wünschenswerth erscheinen; Österreich aber frage, wozu die Geschichte gebraucht werden solle: in einer Zeit, die alles in Gift zu verwandeln wisse, gebe sie so gut gegen als für das Bestehende Waffen. Andre Regierungen, die das Unternehmen nicht von der politischen Seite ansahen, hatten doch für die historischen Studien nichts übrig. In Baiern absorbirte nach dem Regierungsantritt von Ludwig I. die Kunst alle verfügbaren Mittel; dem preußischen Cultus-Minister, seinem ehemaligen Mitarbeiter Altenstein, machte Stein den stark übertriebenen, aber nicht ganz grundlosen Vorwurf, daß er für die fernsten Objecte der Botanik und Zoologie, etwa für eine afrikanische Erica oder einen brasilianischen Affen, mehr Interesse habe als für die Vergangenheit seines Volkes. Wie anders waren einst die Mauriner von der französischen Krone unterstützt worden. Der einzelne Deutsche aber war theils noch ungeübt in der Fähigkeit, ein Stück seines Besitzes für geistige Zwecke zu opfern, theils wirklich zu arm. So haperte es denn gar sehr mit den Beiträgen. Trotzdem war Stein nicht dazu zu bringen, daß er die von Ausländern angebotenen

[1] Archiv d. Gesellschaft 1, 76.

Spenden annahm: nicht einmal von Beiträgen ihm so nahe stehender Personen, wie es der Zar und dessen Schwester, nunmehrige Königin von Würtemberg[1]), waren, wollte er etwas wissen: „Es wäre", erklärte er, „doch demüthigend, wenn wir zu unsrer Ausgabe deutscher Geschichtsquellen die Unterstützung eines Russen bedürften; ich protestire feierlich dagegen". Dazu kam endlich noch, daß auch die wissenschaftliche Arbeit nicht recht vom Flecke kam. Genug, viele würden die Flinte ins Korn geworfen haben[2]).

Stein aber bekundete jetzt, bei der Leitung und Beschirmung eines wissenschaftlichen Unternehmens dieselbe Vereinigung von heißem Eifer und zäher Beharrlichkeit, die er vorher bei der Aufrichtung eines zusammengebrochenen Staates und der Bezwingung eines übermächtigen Gegners entfaltet hatte. Er warb neue Mitarbeiter und suchte alte festzuhalten, er ermunterte und spornte an, er bat und empfahl, er erwog und entschied, er belehrte und ließ sich belehren, eigenhändig machte er Auszüge aus Büchern und Katalogen[3]). Und so ging es doch Schritt für Schritt vorwärts. Das allgemeine Interesse an dem Unternehmen wuchs. Die Archive und Bibliotheken öffneten sich. Die Zahl der Beitragenden nahm zu; freilich mußte Stein wiederholt Deficits aus der eigenen Tasche decken: bis zum Jahre 1830 hat er mehr als den vierten Theil der gesammten Kosten selbst aufgebracht[4]). Vor Allem aber, er zeigte hier, was nicht zu besitzen auch die Freunde ihm zuweilen vorgeworfen haben, in geradezu glänzender Weise: den Blick bei der Beurtheilung von Menschen. Er übertrug die Redaction der großen Quellensammlung, die man plante, dem Hannoveraner Georg Heinrich Pertz. Der gehörte nicht zu den Talenten, die sich in aufsteigender Linie entwickeln, aber nur Unge-

---

[1]) Katharina, die Witwe des Prinzen Georg von Oldenburg; s. oben S. 152.

[2]) Pertz 5, 477. 582. 586. 787. A. Stern, Briefe Steins an Mülinen (Sonderabdruck aus dem Neuen Archiv d. Gesellschaft f. älterere Deutsche Geschichtskunde 1883) S. 9. Stein an Fritz Schlosser, Kappenberg 21. Mai 1831.

[3]) Namentlich in der Bibliothek des Vaticans; Pertz 5, 549 f. Vgl. ebendort 5, 362.

[4]) Dümmler, Im neuen Reich 1876 2, 209.

rechtigkeit könnte die Verdienste in Abrede stellen, die er sich im Beginne seiner Wirksamkeit erworben hat: Verdienste, die ihn neben die großen Editoren der neueren Jahrhunderte, die Franzosen Du Chesne und Bouquet, den Italiener Muratori, stellen. Ihm war es, nächst Stein, doch zu danken, daß bereits 1826 der erste Band des Werkes erschien. Es trug den Titel: Monumenta Germaniae historica und den Wahlspruch, den die von Stein gestiftete Gesellschaft sich erkoren hatte: Sanctus amor patriae dat animum. In der Vereinigung der beiden hier formulirten Ideen ruht seine Bedeutung. Es wäre niemals zu Stande gekommen ohne die hingebendste, vor keinem Opfer und vor keinem Hinderniß zurückschreckende Vaterlandsliebe, aber es war, blieb und wirkte fort als eine Schöpfung der Wissenschaft. Nicht nur ruht auf ihm die gesammte Historiographie, so weit ihr Gegenstand das frühere deutsche Mittelalter ist, an ihm hat sich auch wesentlich die Methode ausgebildet, die heute von den Historikern überhaupt, und zwar nicht nur denjenigen deutscher Zunge, gehandhabt wird. Man darf nicht so weit gehen, Stein neben König Alfred zu stellen, der seinen Angelsachsen gleichzeitig die Fundamente des Staates und der Literatur schenkte. Aber eine gewisse Analogie zwischen der Wirksamkeit der beiden Staatengründer besteht, insofern ein Volk nicht denkbar ist ohne die Kenntniß seiner selbst, zu der auch das Wissen von seiner Vergangenheit gehört. Dies historische Selbstbewußtsein hat Stein den Deutschen vermitteln helfen.

Das Vergangene wissen, das Gegenwärtige wollen, das Zukünftige ahnen: in diesem Dreigestirn der Gaben vollendet sich das Wesen derer, welche die Geschicke der Völker bestimmen.

Was Politik und Wissenschaft Stein an Zeit übrig ließen, widmete er der Verwaltung seines Besitzes, dem Umgange mit Freunden, seiner Familie und der Erholung.

Er war kein Landwirth; der größte Theil seiner Äcker war verpachtet. Aber er pflegte den Garten und den Wald. Von Gagern, der in einer wärmeren Gegend wohnte, ließ er sich Rosen und rothblühende Akazien kommen: alles aber, mochte er es selber ge-

pflanzt oder von den Eltern überkommen haben, sah er gewissermaßen als Kameraden an. „Er streichelte," erzählt Arndt, „die Bäume wie seine Lieblinge. Wie oft sind wir an einem Apfelbaum, an einer Lärche oder Tanne unter solchen Zärtlichkeitsanwandlungen seßhaft geworden, wobei er denn zu erzählen pflegte, wie er als ein kleiner Knabe dabei gewesen, als die selige Mutter und Schwester Marianne sie haben pflanzen lassen" [1]).

Schon die Theilung seines Besitzes zwischen Nassau und Westfalen bedingte, daß er sich nicht an einem Orte einspann. Gern weilte er in Frankfurt, so daß er das Ehrenbürgerrecht, das ihm die Stadt ertheilte, in jedem Betracht wohl verdient hat [2]). Der junge König von Würtemberg lud ihn nach Stuttgart, der Zar nach Aachen zu dem dort tagenden Congreß ein [3]). Er war in Berlin und freute sich der Änderung, welche die Physiognomie der Stadt in den 18 Jahren seit seiner Flucht erfahren hatte. „Ich fand," schrieb er, „ein Fortschreiten in ernster gründlicher Bildung, wozu die Anwesenheit der tüchtigen akademischen Lehrer beitrug, die die Stelle der seichten Schwätzer, eines Nicolai, Ramler, Zöllner u. s. w. einnahmen; die Sitten waren reiner und frömmer, nichts mehr von dem frivolen liederlichen Treiben der Gens d'armes-Offiziere u. s. w., und Kunst und Sinn für Kunst erhöht und verbreitet" [4]). Er suchte die Freunde auf, die in Schlesien weilten: Gräfin Reden, Prinz und Prinzessin Wilhelm, Prinzeß Luise Radziwill, Gneisenau [5]). Mit seiner ältesten Tochter, deren Gesundheit gelitten hatte, ging er in die Schweiz. Wieder pries er deren Bewohner [6]) und freute sich an

[1]) Arndt, Wanderungen S. 273 f.

[2]) Pertz 5, 110. Vgl. oben S. 332.

[3]) Pertz 5, 111. 301.

[4]) Pertz 6, 1, 391. Der Berliner Aufenthalt fällt in das Frühjahr 1827.

[5]) Pertz 5, 720. Bailleu i. d. Allgemeinen Deutschen Biographie 27, 156. Gneisenau schrieb damals (1828), „daß wir ihn [Stein] um 10 Jahre verjüngt gefunden haben, so rührig, geistreich und selbst muthwillig streitsüchtig war er: versteht sich in seiner Art und sich oft in Paradoxen gefallend"; Pick i. d. Histor. Zeitschr. (1896) N. F. 41, 72.

[6]) „Ein besonnenes, verständiges, braves Volk".

der Art ihrer Regierung: „Es wird wenig, im Sinn des Volks und wohlfeil regiert." Italien so nahe gekommen, konnte er der Versuchung nicht widerstehen, über die Alpen zu ziehen. Wie Tausende von Germanen vor ihm und Tausende nach ihm, war auch er ergriffen von der Schönheit des Wunderlandes. Aber noch gewaltiger wirkte auf sein allezeit historisch gestimmtes Gemüth die Vergangenheit, namentlich so weit die eigene Nation an ihr betheiligt war; in Rom wurde er von der Erinnerung an die Leiden, welche deutsche Heere und deutsche Fürsten dort erduldet, überwältigt[1]).

Die Zahl seiner Freunde nahm in den ersten Friedensjahren eher noch zu. Gelockerte Bande wurden wieder fester geknüpft, vor Allem mit Niebuhr, der wegen der Vorgänge von 1810 und 1811 lange gegrollt hat. Die Versöhnung wurde in Rom geschlossen, und als nun Stein dem Wiedergewonnenen sein Bild schenkte, schrieb dieser zurück: „Es soll auf meine Nachkommen übergehen und wird als ein Heiligthum bewahrt werden, so lange sie es werth sind, darauf stolz sein zu können, daß Sie mir Ihre Freundschaft geschenkt haben"[2]). Unter denen, die neu in diesen Kreis eintraten, waren erlauchte Persönlichkeiten: Kronprinz Ludwig von Baiern, für den Stein seine Selbstbiographie schrieb und der die Aufnahme des Befreiers in seine Walhalla als etwas Selbstverständliches ansah[3]); Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen, über dessen Jugendanfänge Stein, wie wir wissen, streng geurtheilt hatte, auf den er aber jetzt große Hoffnungen setzte[4]). Dazu in buntem Wechsel Andere. Aus Koblenz kamen nach Nassau herüber die Offiziere vom General-Commando

[1]) Pertz 5, 517 ff. Stern, Briefe v. Stein an Mülinen S. 9. Stein weilte in der Schweiz während des Sommers 1820, in Italien vom Herbst 1820 bis zum Mai 1821. — In der Schweiz traf er mit dem Herzog v. Broglie zusammen, s. dessen Souvenirs (1886) 1, 362 s. Vgl. oben S. 473.

[2]) Pertz 5, 559.

[3]) Pertz 5, 546.

[4]) Stein an Gagern, 2. August 1826: „Auch war mir das Wiedersehen des Kronprinzen höchst erfreulich: sein Ernst, womit er die Geschäfte behandelt, sein richtiges, wohlwollendes, gerechtes Urtheil, seine Liebe zu der Nation, an deren Spitze er steht, seine Frömmigkeit, alles dieses ist höchst befriedigend und giebt die größten, schönsten Hoffnungen". Ähnlich schon 1822; Pertz 5, 765.

des VIII. Armee-Corps; aus Ems, wer von alten und neuen Bekannten das Bad gebrauchte; aus den eigenen Gütern diejenigen, die ihm irgendwie zugethan waren. Denn er hielt, in Nassau wie in Kappenberg, offene Tafel für Alle, die um die Mittagsstunde bei ihm weilten: für Pfarrer und Bürgermeister, Rentmeister und Förster, Schöffen und Handwerker; sie saßen dann mit Excellenzen und Grafen zusammen an demselben Tische. So feind er jeder Art von Schwelgerei war, dieser Geselligkeit freute er sich, wie das wieder Arndt unübertrefflich geschildert hat: „Nach dem Mittagsessen in seiner Bibliothek und auf Spaziergängen im Abendschimmer durch Wald und Feld und Wiesen, dann an dem fröhlichen lebendigen Theetisch mit seinen Kindern und Gästen, da blühte, leuchtete und blitzte er in seinen gesunden Tagen, da war selbst seine ernste Stille, wenn er nun so heiter und fromm unter uns saß, mit einer wundersamen Klarheit und Heiterkeit übergossen: seine freundlich blitzenden Augen, seine breite hoch zurückgewölbte leuchtende Stirn, worauf Macht und Geist gelagert waren. Aus dieser Stirn sprach nichts als Macht, Muth und Verstand nebst Redlichkeit, Wahrheit und Treue; dies sprach sich so gewaltig aus, daß man sich vor solchem hohen Geist in Ehrfurcht verneigen mußte. Hier leuchtete wirklich eine olympische Größe, von welcher unwillkürlich und unbefohlen der Befehl ausging. Selbst wenn Unmuth und Zorn in ihm aufstiegen, hier oben, auf diesem Olymp, trat keine Verdunkelung ein; die Nebeldünste und Donnerwolken mußten sich tiefer nach unten hinabsenken, wo um den scharf geschlossenen Mund und das etwas zu spitze Kinn die niederen irdischen Kräfte und Leidenschaften in leicht beweglichen Zuckungen spielen konnten: denn jähzornig war er zuweilen, und dann bebte und zuckte in seinem unteren Antlitz die Erde, während oben der Himmel kaum leicht überzogen war“[1].

Im eigenen Hause erlebte er den Schmerz und die Freude, welche die höheren Jahre des menschlichen Lebens bringen. Er drückte dem geliebten Weibe die Augen zu; die beiden Töchter sah

---

[1] Arndt, Wanderungen S. 276. 279 f.

er wackeren Männern die Hand reichen, die älteste dem fränkischen Grafen Giech, die jüngere dem niedersächsischen Grafen Kielmansegge. Enkel wurden ihm geboren, so daß zwar sein Name, aber nicht sein Geschlecht ausstarb.

So überschritt er die Sechzig, die Siebzig. Die Schmerzen des Alters stellten sich ein, vorbereitet und vermehrt durch die Anstrengungen und Aufregungen, die er dem Vaterlande zu Liebe auf sich genommen hatte; bald nach 1815 erblindete er auf einem Auge. Wohl hatte er auch jetzt noch Momente höchsten Wohlbefindens; namentlich während des Aufenthaltes in Kappenberg, dem er, auch hierin ein echter Germane, wegen seiner ländlichen Abgeschiedenheit den Vorzug vor der Stadt Nassau gab, so schön er es übrigens an der Lahn fand, namentlich in seinem geliebten Mühlbach-Thal[1]. Als Siebenundsechzigjähriger schrieb er an Fritz Schlosser[2]: „Wir führen ein wahres patriarchalisches, antediluvianisches Leben, und Sie werden uns alle verjüngt finden. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Steigerung und Befestigung meiner Kräfte in diesem Fortschreiten bleibt, ich einen bestimmten Anspruch auf einen Platz unter den Centenarien habe, wenn nicht das westfälische Fest des Schweineschlachtens, welches ich sehr eifrig mitfeiere, mich um ein halb Dutzend Jahre bringt."

Aber die Stimmung, die in ihm überwog, war das nicht. Diese ist vielmehr in der Frage enthalten, die er in einem seiner schönsten Briefe, auch gerichtet an Schlosser[3]), aufwarf: „Soll man dem Greisenalter eine lange Fortdauer wünschen?" Er antwortete sich selbst mit Nein. „Täglich lösen sich die Bande des Irdischen, unsre Freunde gehen heim": er beklagte namentlich die Trennung von Kunth und von Kaiser Alexander. „Immer," fuhr er fort, „wird es einsamer um uns": auch seine Kinder weilten nun fern von ihm. „Die Kräfte schwinden, mit ihnen die Möglichkeit, in Geschäfte einzugreifen; das neue Geschlecht gehört dem alten nicht

[1]) Gagern, Antheil an der Politik 4, 180.

[2]) Stein an Fritz Schlosser, Kappenberg 6. Januar 1825.

[3]) Kappenberg 6. Januar 1825. S. auch das im Capellenblatt 1895 S. 88 mitgetheilte „Bekenntniß".

an. Ich gestehe, ich wünsche meinen Heimgang." Er fragte und antwortete mit Gleim: „Was ist der Tod? Unser Freund; in allem Leiden unser Trost; in aller Noth unser Helfer; aller Freuden beste Hoffnung; jedes Joch wird von uns abgenommen, und auf ewig"[1]).

Das hätte auch einer der Philosophen des Alterthums sagen können, und Hans v. Gagern, mit dem Stein beständig correspondirte, tröstete sich noch jetzt mit Cicero und mit Seneca. Nicht so Stein[2]). Zwar redete auch er wohl von der Religion schlechthin. Er hatte ein warmes Herz für die Armen, denen er, der Sparsame, reichlich von dem Seinigen gab; er suchte sie auch in ihren Hütten auf und war betroffen über die Menge physischen und moralischen Elends, das diese Welt einschließt. Da meinte er nun, daß trotz aller Spenden werkthätiger Liebe die leitende und stärkende Kraft der „Religion" für das Menschengeschlecht unentbehrlich sei. Aber darunter verstand er doch immer die christliche Religion. Die Anhänglichkeit, die er ihr bewährte, war zart, fast weiblich schüchtern. Selten, daß er den Namen Gottes in den Mund nahm, und es war ihm peinlich, bei der Lectüre der heiligen Schriften betroffen zu werden. Sein Christenthum war das des Evangeliums und trug ein kirchliches Gepräge. Er hielt sich zu Sacrament und Predigt; er that es auch dann, wenn er, wie eine Zeit lang in Nassau, mit den Leistungen des Predigers nicht zufrieden war: „Ist", meinte er, „die Predigt schlecht, so klingt doch mitunter ein Lied von Doctor Luther oder Paul Gerhardt"[3]). Von confessioneller Einseitigkeit blieb er fern. Er zählte unter seinen nächsten Bekannten mehr als einen Katholiken, er wollte auch für die römische Kirche gesorgt sehen, und er gewahrte gar wohl ihre Lichtseiten; er lobte die Barmherzigen Schwestern und trat nachdrücklich für die relative Berechti-

[1]) Pertz 6, 1, 265.

[2]) Gagern, Antheil an der Politik 4, 115. Arndt, Wanderungen S. 292 ff. Doch machte es Eindruck auf Stein, als Arndt ihm die schöne Stelle aus Cicero de senectute recitirte, die mit den Worten schließt: Igitur esse creditote, etiamsi nullum videbitis.

[3]) Arndt, Wanderungen S. 290 f.

gung klösterlichen Lebens ein. Hatte er die Wahl zwischen den Rationalisten, den „schwarzröckigen Jakobinern“, wie er sie zornig nannte, und den gläubigen Katholiken, so gab er diesen, trotz ihrer auch ihm anstößigen Heiligen-Verehrung, unbedingt den Vorzug: „Besser viele Pförtner des Himmels verehren als gar keine!“ Aber er unterschied. Von den Jesuiten wollte er nichts wissen; eine so giftige Gesellschaft, die Deutschland beinahe ein Jahrhundert lang mit Aufruhr, Krieg und Mord erfüllt habe, sollte verbannt bleiben. Denn — fügte er, das berühmte Wort ihres Generals persiflirend, hinzu —: Erunt ut fuerunt. Und allezeit blieb er mit seinem Herzen auf der Seite von Martin Luther: „Er glaubte,“ sagt treffend und erschöpfend ein gleichgestimmter Freund, „das Erlösungswerk des Lutherschen Katechismus“. Luthers Schlachtruf „Ein feste Burg ist unser Gott“ prangt auf dem Thurm, den er sich in Nassau zur Erinnerung an das schwere Werk der Befreiungskriege erbaute, und er war weit davon entfernt, die von Luther gestifteten Kirchengemeinschaften, so übel ihre Lage auch durch den Rationalismus geworden war, für verloren zu halten. Er rieth, theils — wie er schon 1808 gewollt — durch synodale Einrichtungen das Beispiel Calvins, theils das der römischen Kirche zu befolgen, indem man den Segen des gemeinsamen Lebens auf die Prediger-Seminare übertrüge und das Institut der Barmherzigen Schwestern nachbildete. So hoffte er seine Kirche „aus dem Todesschlafe aufzurütteln“[1].

---

[1]) Pertz, Steins Denkschriften S. 62. Pertz, Stein 6, 2, 1009 f. 1137. 1184. Arndt, Wanderungen S. 282 ff. Stein an Eichhorn 22. April 1818 (Pertz 5, 857 f.): „Plündern konnten wir die Kirche, aber nichts für ihre Erhaltung und Veredlung thun. — Eine Synodal-Verfassung wird unsre protestantischen aufgeklärten Geistlichen zwingen, zu der Einfachheit der christlichen Lehre zurückzukehren“. Stein an den Präses der Synode der Grafschaft Mark Kappenberg 26. Januar 1830 (mitgetheilt durch den verstorbenen Minister Gustav v. Goßler): „Das gemeinsame, man nenne es, wenn man will, klösterliche Leben halte ich für ein sehr kräftiges Beförderungsmittel der Zwecke eines Prediger-Seminars. Kloster-Sinnlichkeit, Kloster-Faulheit, Kloster-Dummheit sind sehr verwerflich, aber Kloster-Zucht und gemeinsames Leben hatten einen sehr hohen Werth, wo sie in ihrer Reinheit bestanden, und bethätigen ihn noch, wo sie in der Art fortdauernd bestehen“.

„Mich zu meinem Heimgang vorzubereiten", so redete er weiter mit Fritz Schlosser, „ist mein ernstes, wichtigstes Geschäft". Das wollte er bewirken, indem er ankämpfte gegen die Erbsünde des menschlichen Geschlechts, die Selbstsucht. Er pflichtete den „eben so wahren als schönen" Worten seines Lieblings Herder bei:

> So lasset dann im Wirken und Gemüth
> Das Ich uns mildern, daß das beßre Du
> Und Er und Wir und Ihr und Sie es sanft
> Auslöschen und uns von der bösen Unart
> Des harten Ich unmerklich sanft befrein.

„Möge", so schloß er jene Beichte, „der Tod nahe und sanft sein, im Vertrauen auf den Versöhner".

Dieser Wunsch ist ihm erfüllt worden. Er weilte in Kappenberg und ging in das 74. Jahr, als er an seinem Leibe die Zeichen gewahrte, welche ihn mahnten, sich zu der großen Fahrt zu rüsten, die aus dem Diesseits ins Jenseits führt. Völlig klar über das, was ihm bevorstand, frei von Todesfurcht, fest überzeugt, daß zwischen den Todten und den Lebenden eine ewige Gemeinschaft bestehe, versammelte er die Hausgenossen um sich und sagte ihnen einzeln Lebewohl. Er dankte und ermahnte, er verzieh und erbat Verzeihung; seinem jungen Förster rief er zu: er möge sich, wenn es zum Kriege komme, wie ein braver Preuße für König und Vaterland schlagen; den Geistlichen, der ihm das Sacrament reichte, erinnerte er an die der Kirche drohenden Gefahren: ihre Diener sollten auf der Hut sein. So starb er, wie er gelebt hatte, bis zuletzt sich selbst getreu in der moralisch-religiösen Gesinnung, die ihn zu allen seinen Thaten befähigt hatte. Was an ihm sterblich ist, ruht im Schatten seines Waldes, in der Familiengruft zu Frücht, die er würdig hatte herrichten lassen.

So wenig wie das Werk des Künstlers und des Denkers hört das des Staatsmanns mit dem Tode auf. Das Individuum tritt in die Welt ein, empfängt von ihr Eindrücke und Antriebe und giebt ihr von seinem Genius zurück.

Zwei Stätten politischer Arbeit waren Stein zugefallen: Preußen und Deutschland. Hier wie dort hatte er eine Reform begonnen, aber unvollendet lassen müssen. In Preußen war es die Umbildung des bureaukratisch-ständischen Staates in den nationalen und eng damit zusammenhängend die Beschränkung der absoluten Monarchie; in Deutschland die Überwindung der Kleinstaaterei und die Begründung des Bundesstaates. Hier wie dort widerstrebten die historisch erwachsenen Mächte: in Preußen der Adel, ein Theil der Bureaukratie und zeitweise auch die Monarchie: in Deutschland das Fürstenthum, dem der Particularismus der Bevölkerung zur Seite trat.

Die Opposition ist gebrochen worden durch die populare Erhebung des Jahres 1848. Ob Stein sie, wenn er so lange gelebt, gebilligt hätte, steht dahin. Aber zweierlei ist unzweifelhaft. Wiederholt hat er selber die niederen Schichten der Bevölkerung gelobt, angerufen, als Stütze benutzt, und er hat geradezu das Gelingen der Umwälzung in Preußen durch seine Reformen bewirken helfen. Denn wenn zu ihr sich vereinten der dritte und vierte Stand, so hat er sie, so weit es sich um die Städte handelte, überhaupt erst organisirt. Man weiß, welche Rolle in jener politischen Bewegung Magistrat und Stadtverordnete gespielt haben; erinnern wir uns daran, wie stark gerade bei der Städte-Ordnung die Einwirkung der revolutionären Gesetzgebung Frankreichs gewesen war. Der Antheil der ländlichen Bevölkerung trat 1848 zurück, aber von einem irgendwie gearteten politischen Selbstgefühl konnte bei ihr erst die Rede sein nach dem Edict vom 9. October 1807. Ein ferneres Organ besaß die constitutionelle Bewegung in dem Minister-Rath, dem Friedrich Wilhelm III. sich so heftig widersetzt hatte und der nun wirklich als eine Beschränkung der Monarchie wirkte. Das schließliche Ergebniß war in Preußen die Erfüllung des Versprechens vom 22. Mai 1815, auf welche Stein unaufhörlich gedrungen hatte: Reichs-Stände und Constitution.

Die Bewegung, die gleichzeitig das nichtpreußische Deutschland ergriff, war der preußischen analog, insofern es sich auch hier um das Vordringen der niederen Stände handelte. Aber auf constitutio-

nellem Gebiete war die Bresche schon gelegt, da die Regierungen theils nach 1815, theils nach 1830 das Beispiel befolgt hatten, das als die ersten deutschen Fürsten unter Steins Leitung die Herzöge von Nassau gaben. Wichtiger war die Überwindung des Gegensatzes von Landschaft und Landschaft, Staat und Staat, die dann eben so wirthschaftlicher wie politischer Natur war. Wie sehr diese durch Stein befördert ist, liegt auf der Hand. Seine erste That war der Bau von Canälen und Chausseen; dann wirkte er für die Befreiung der Gewerbe; die Bank, die heute das wirthschaftliche Leben Deutschlands regulirt, ist ihrem Berufe durch ihn zugeführt; unaufhörlich ist er für die Beseitigung der Binnenzölle thätig gewesen und hat dergestalt dem Zollverein vorgearbeitet.

Dasselbe Jahr, das in Preußen den Sieg des constitutionellen Gedankens besiegelte, bewirkte in Frankfurt, der durch Stein befreiten Bundesstadt, den Zusammentritt des ersten deutschen Parlaments: ein neuer Sieg seiner Politik, mochte auch die Versammlung sich noch so sehr unterscheiden von derjenigen, die er 1813 und 1814 geplant hatte. Die erste Arbeit des Parlamentes galt der Formulirung der Grundrechte. Es ging dabei über die Vorschläge von Stein hinaus, aber wir wissen, daß er mit wachsendem Eifer für die Befreiung und Sicherstellung des Individuums eingetreten ist. Die zweite Aufgabe, welche die Frankfurter Versammlung zu lösen suchte, war die Einigung Deutschlands. Sie forderte, wie zuvor Stein, das Kaiserthum; sie griff aber auch, ohne sich dieser ferneren Übereinstimmung bewußt zu werden, zu einem andern von ihm empfohlenen Mittel, indem sie zwischen engerem und weiterem Bunde unterschied. Darin daß sie die Kaiserkrone nicht dem Hause Österreich, sondern dem Hause Brandenburg zudachte, wich sie freilich auf das stärkste von dem Stein der Jahre 1813 und 1814 ab; aber sie handelte im Geiste des Stein, der den Zollverein freudig begrüßt und Preußen als die Hoffnung Deutschlands bezeichnet hatte.

Das preußisch-deutsche Kaiserthum scheiterte an der Abneigung dessen, dem es zugedacht war, und auch sonst blieben gar manche der hochgespannten Erwartungen des Jahres 1848 unerfüllt. Das hatte

seinen Grund nicht nur in dem mangelnden politischen Talent Friedrich Wilhelms IV., sondern auch in der immer noch unzureichenden Macht der nationalen Idee. Wieder, wie nach 1815, sammelte sie nunmehr neue Kräfte, und zu deren Vermehrung hat das Ihrige beigetragen die Erinnerung an Stein, dessen Ruhm wohl niemals größer gewesen ist als in dieser müden Zeit nach 1850. Es war wie eine andre politische Romantik: fast jede liberale und nationale Forderung suchte ihre Begründung in den Denkschriften und Briefen von Stein, die eben damals veröffentlicht wurden. So nahten die Jahre der Erfüllung. Sie ging von dem Preußen aus, das Stein für seinen hohen Beruf ausgerüstet hätte. Wohl kam es, was Stein nicht für möglich gehalten hätte, noch zu einer blutigen Auseinandersetzung mit Österreich und zu einem Bürgerkriege in Deutschland; dann aber lenkte die Entwickelung wieder in die Bahnen ein, die der politische Führer der Nation im Zeitalter der Freiheitskriege beschritten hatte: im Kampfe gegen Frankreich, der wenn auch nicht im Bunde so doch im Einvernehmen mit Rußland begann, wurde der deutsche Staat begründet. Noch ein Mal erklangen alle die zornigen Worte wider den Erbfeind, die wir so oft aus Steins Munde gehört haben, noch ein Mal wurden die deutschen Waffen nach Frankreich hineingetragen, noch ein Mal durchschritten deutsche Bataillone den Triumphbogen der Champs Elysées. Die Kaiserkrone, auf deren Erneuerung Stein nur mit blutendem Herzen verzichtet hatte, glänzte auf dem Haupte des königlichen Siegers, und nach einigen Jahren der Spannung fanden sich auch Deutschland und Österreich zu dem engen Bündnisse zusammen, das eine andre Cardinal-Forderung von Stein wenigstens annähernd erfüllte.

Innerhalb des Deutschen Reiches behauptete sich zwar der preußische Staat als ein besonderes Gemeinwesen, aber unaufhaltsam ging der von Stein theils begonnene theils beförderte Proceß weiter, der die Überbleibsel einer früheren Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigte oder wenigstens modificirte. Die Patrimonial-Gerichtsbarkeit hörte auf; Schwurgerichte wurden eingeführt; Bestimmungen ergingen, die einer Habeas-Corpus-Acte gleich kamen; die Einkommen-

steuer wurde bleibende Institution; die Grundsteuer-Privilegien sanken dahin; die Verfassung der Kreise wurde reformirt und der gesammten Administration ein Element der Selbstverwaltung beigegeben; endlich — 83 Jahre nach Steins zweitem Ministerium — auch die Landgemeinde umgestaltet.

Inzwischen sind der Staatskunst neue Probleme gestellt worden durch das Emporkommen und Vordringen der socialistischen Idee, die in der Verallgemeinerung des Wahlrechts eine starke Stütze fand. Stein hätte die eine wie die andre abgelehnt; doch fehlt es auch hier nicht an einem Bindegliede zwischen ihm und der modernen Entwickelung. Er verwarf die nationalökonomische Lehre, die den Staat auf die Rolle des Zuschauers bei den wirthschaftlichen Kämpfen beschränken zu müssen glaubte, wies ihm vielmehr, in Übereinstimmung mit der eigenen sittlich-religiösen Weltanschauung, die Aufgabe zu, auch für die wirthschaftlich Schwachen zu sorgen.

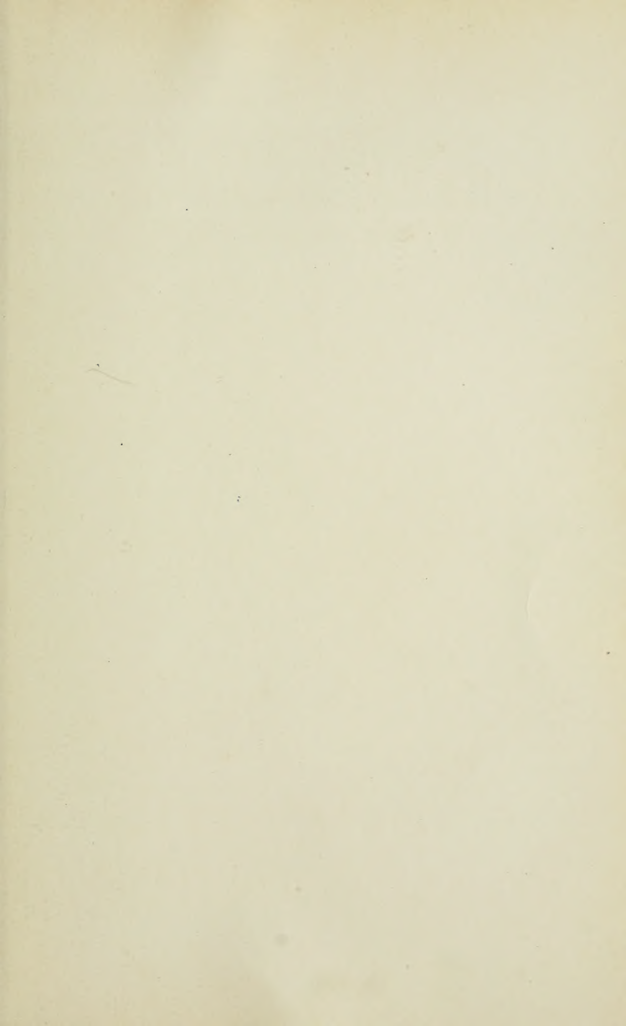
Es ist die ideale Grundlage, auf der die sociale Gesetzgebung des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts ruht.

Nachtrag.

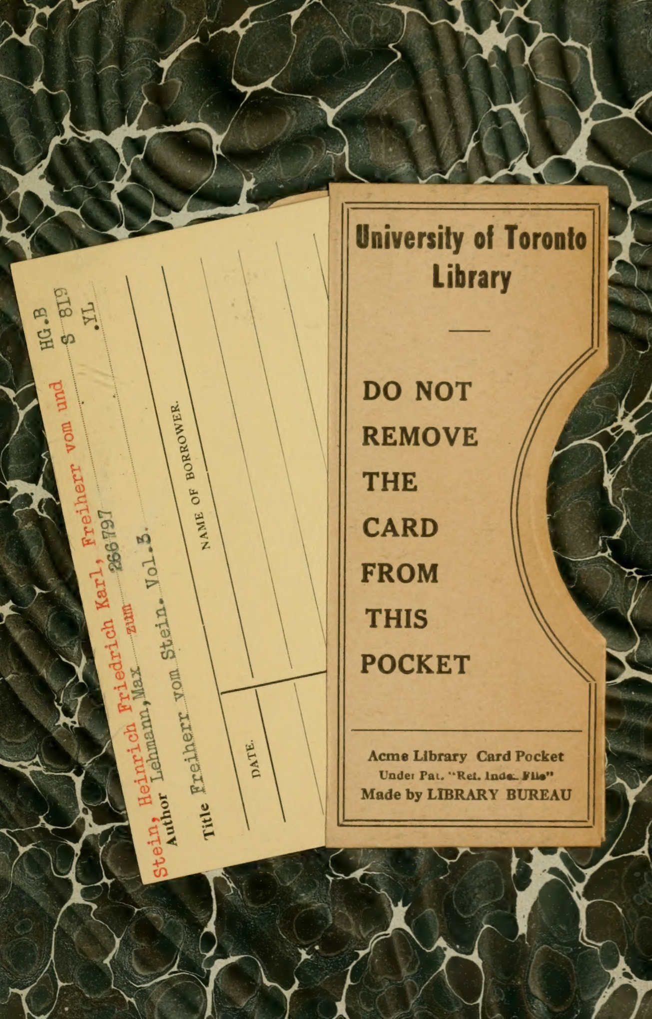
Zu S. 280. Die Behauptung von v. d. Hagen (Neue Jahrbücher d. Berliner Gesellschaft f. deutsche Sprache [1843] 5, 59), daß E. G. Graff als Beamter des Verwaltungsraths einen Aufruf an die Mecklenburger verfaßt habe, der die Befreiung von der Leibeigenschaft verhieß, wird anderweitig nicht bestätigt.

Druck von Pöschel & Trepte in Leipzig.








Stein, Heinrich Friedrich Karl, Freiherr vom und zum
HG.B
S 819
.YL
Author Lehmann, Max
266797
Title Freiherr vom Stein. Vol.3.
NAME OF BORROWER.
DATE.
University of Toronto Library
DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET
Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

